

Hamburger Abendblatt

SE THEMA
 HD Milliardenhilfe, süßsauer
 BY Volker Mester
 WC 1,397 字
 PD 2011 年 9 月 15 日
 SN Hamburger Abendblatt
 SC HABEND
 ED HA-HP1
 PG 8
 VOL 216
 LA 德文
 CY Copyright 2011 Axel Springer AG . Zusatzhinweis: "Dieser Artikel darf ohne die vorherige Zustimmung des Verlages nicht weiter-verbreitet werden. Dies ist eine Einschränkung der Rechte, die Ihnen generell hinsichtlich der Factiva-Dienste eingeräumt wurden." Notice: "This article may not be redistributed without the prior consent of the Publisher. This is a restriction on the rights granted under the terms of your subscription for Factiva Services."

LP

An "made in **China**" sind wir gewöhnt, doch Investitionen und Staatshilfen aus dem Reich der Mitte wecken Misstrauen. Welche Hintergedanken bewegen Peking zu der Geldspritze?

Das Verhältnis der Europäer zu den Chinesen ist von einer merkwürdigen Schizophrenie geprägt: **China** ist die zweitstärkste Wirtschaftsmacht der Erde, hat Deutschland als Exportweltmeister abgelöst. Für die meisten Bundesbürger sind niedrigpreisige Elektronikgeräte und Kleidung "made in **China**" längst eine Selbstverständlichkeit. Doch noch immer wird das asiatische Riesenreich vor allem als Absatzmarkt und "verlängerte Werkbank" der westlichen Industrie gesehen.

TD

Treten aber Chinesen als Investoren in Europa auf, löst dies Erstaunen aus - und auch Misstrauen. Das ist jedes Mal so, wenn die Asiaten in ein westliches Unternehmen einsteigen. Das war so, als Ministerpräsident Wen Jiabao vor knapp einem Jahr eine "strategische Kooperation" mit Griechenland und den Kauf von Staatsanleihen der bis zum Hals in der Schuldenkrise steckenden Südeuropäer anbot.

Und das ist auch jetzt, nach dem neuesten Vorstoß des chinesischen Premiers, wieder so: Vor dem Hintergrund der Schuldenkrise sagte Wen auf einem Treffen des Weltwirtschaftsforums im chinesischen Dalian, sein Land sei bereit, "eine helfende Hand auszustrecken" und mehr in den europäischen Ländern und den USA zu investieren. Er habe seine Hilfe in einem Telefonat mit EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso angeboten.

Damit sende Wen ein grundsätzlich ermutigendes Signal, meint Thomas Straubhaar, Direktor des Hamburgischen WeltWirtschaftsinstituts (HWWI): "Die Chinesen sind ganz offensichtlich der Überzeugung, dass der Euro überlebt." Straubhaar bekräftigt aber auch einen Verdacht, der sich sofort aufdrängt: "Es wäre naiv zu glauben, die Chinesen täten dies nicht zuallererst aus eigenem Interesse."

Tatsächlich gibt es für das Hilfsangebot ganz vordergründige Motive. So ist die EU der mit Abstand wichtigste Handelspartner Chinas - der Exportweltmeister will stabile Verhältnisse bei seinem wichtigsten Kunden.

Das zweite Motiv der Asiaten, den Euro über Wasser zu halten, lässt sich mit der Frage umschreiben: Wohin mit dem Geld? Peking besitzt die weltgrößten Devisenreserven im Umfang von umgerechnet 2,3 Billionen Euro. Rund zwei Drittel hält **China** davon in US-Dollar, ein Viertel in Euro. Die USA haben

allerdings ein ähnlich großes Schuldenproblem wie die Euro-Zone. "Mit dem hohen Dollar-Anteil an den Devisenreserven sind die Chinesen in einer äußerst unangenehmen Situation", erklärt Straubhaar. "Bräche der Dollar-Kurs ein, dann würde das Vermögen, das sie sich in den vergangenen 20 Jahren durch billige Exporte erarbeitet haben, zusammenschmelzen wie Schnee in der Sonne. Deshalb wollen sie raus aus dem Dollar und rein in den Euro - selbst wenn das nicht risikolos ist."

Ganz nebenbei könne sich **China** mit dem Kauf von Staatsanleihen eine schöne Verzinsung sichern: Fünf bis sechs Prozent bei italienischen Papieren, mehr als zehn Prozent bei griechischen - natürlich unter der Voraussetzung, dass keines der Länder Insolvenz anmelden muss.

Doch es gibt noch ein weiteres Motiv, das Wen auf typisch asiatische Weise wolkig umschrieb: Im Gegenzug zu Investitionen hoffe er, dass die "führenden Vertreter der Europäischen Union und ihrer wichtigsten Mitgliedstaaten ihre Beziehungen mit **China** mutig unter dem strategischen Blickwinkel betrachten".

Hinter dieser gewundenen Formulierung verbirgt sich der Wunsch Pekings nach einer offiziellen Anerkennung als Marktwirtschaft. Mit diesem Status würden weitere noch bestehende Handelshemmnisse fallen, **China** wäre aber auch vor Anti-Dumping-Klagen geschützt. Zudem erhofft sich **China** ein Ende des seit dem Massaker gegen die Demokratiebewegung auf dem Platz des Himmlischen Friedens 1989 geltenden EU-Waffenembargos.

Die Gefahr, dass Regierungen aus der Währungsunion im Hinblick auf Entscheidungen in Brüssel gewissermaßen erpressbar würden, wenn sie die Hilfen aus Asien annähmen, sollte nach Auffassung von Straubhaar allerdings nicht überschätzt werden: "Es gibt keinen Grund, politischem Drängen nachzugeben, denn das Euro-Problem muss von den Euro-Ländern selber gelöst werden, da helfen die chinesischen Milliarden wenig."

Über die verschiedenen ökonomischen Erwägungen hinaus zeigt Wens Offerte jedoch auch das neu gewonnene Selbstbewusstsein seines Landes. "Die Chinesen wollen die wirtschaftliche Macht, die sie sich erarbeitet haben, nun in politisches Gewicht umsetzen", sagt Eberhard Sandschneider, **China**-Experte und Otto-Wolff-Direktor des Forschungsinstituts der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP). "Das ist die normale Entwicklung in einer globalisierten Welt."

Sandschneider ist dennoch nicht überrascht über das Aufsehen, das die Chinesen mit ihrem wachsenden Engagement im Westen erregen: "Wir haben erhebliche Schwierigkeiten, uns von den Denkmustern der Vergangenheit zu verabschieden."

Dabei habe es eine ähnliche Debatte in den 1980er-Jahren über den damaligen Aufstieg Japans gegeben: "Als eine japanische Immobilienfirma das Rockefeller Center in New York übernahm, sahen manche schon das Ende des Westens nahen. Heute kommt uns das grotesk vor."

Allerdings gibt es Unterschiede zur heutigen Situation. "**China** hat ein kommunistisches System und gilt schon daher als böse", so Sandschneider. Außerdem hatte Japan kein Problem mit den Menschenrechten. In dieser Hinsicht könne das Prinzip "Wandel durch Annäherung" in Peking jedoch positive Wirkungen zeigen, hofft Straubhaar. Amnesty International (ai) dagegen befürchtet, dass Menschenrechtsfragen in den Hintergrund gedrückt werden. "Es ist zu befürchten, dass Kritik an den Menschenrechten in Zukunft noch leiser geübt wird", sagt Ai-**China**-Experte Dirk Pleiter. Sandschneider kritisiert in diesem Zusammenhang eine gewisse "Verlogenheit" des Westens: "Er schaut nur dort genau hin, wo er glaubt, sich das machtpolitisch leisten zu können" - aber zum Beispiel einen Ölstaat wie Saudi-Arabien messe man mit anderen Maßstäben.

Die grundlegend unterschiedliche Auslegung der Menschenrechte dürfte auch einer der Gründe sein, weshalb sich die Chinesen und nicht die Europäer im zurückliegenden Jahrzehnt massiv in Afrika engagiert haben: Berührungssängste gegenüber korrupten Regimen kannte man in Peking nicht.

Dabei beschränken sich Chinas Infrastrukturprojekte längst nicht mehr wie früher auf den Bau von Herrschaftspalästen und Sportstadien. Die Asiaten errichten Straßen und Kraftwerke, vor allem aber vergeben sie großzügig die dafür benötigten Milliardenkredite. Anders als westliche Regierungen verlangen sie auch nicht die Einhaltung von Umwelt- oder Sozialauflagen. Als Gegenleistung lässt sich **China** umfangreiche Förderrechte für diverse Rohstoffe übertragen.

"Afrika war für uns der vergessene Kontinent", sagt Straubhaar dazu. Wie wichtig die langfristige Verfügbarkeit von Rohstoffen einmal werden könnte, habe man im Westen nicht früh genug erkannt, was auch eine Frage des Planungshorizonts sei: "Chinesen denken in Generationen, Amerikaner und Europäer in Quartalsberichten. Das rächt sich irgendwann."

Diese Haltung zeigt sich auch, wenn die Asiaten in einer westlichen Firma das Ruder übernehmen. "Die Erfahrungen sprechen eine völlig eindeutige Sprache", sagt Sandschneider: "Chinesen steigen unter

dem Gesichtspunkt der langfristigen Rendite ein und versuchen sehr viel weniger als amerikanische Investoren, Einfluss auf die Geschäftspolitik zu nehmen."

Dennoch dürften die betroffenen Beschäftigten den Einzug neuer Gesellschafter aus **China** mit gemischten Gefühlen sehen. Dies könnte auch den Mitarbeitern des Hamburger Flughafens bevorstehen. Denn der chinesische Touristik- und Logistikkonzern HNA Group gehört zu den beiden Bietern für einen 49-Prozent-Anteil an der Fuhlsbütteler Flughafengesellschaft.

Ein solches Investment wäre durchaus folgerichtig, denn schließlich ist Hamburg schon jetzt eine Hochburg der Chinesen. Mehr als 400 Unternehmen aus dem Riesenreich haben sich bereits in der Hansestadt niedergelassen. Bei allen Vorteilen, die die starke Konzentration der deutschen Wirtschaft auf **China** in Zeiten boomenden Welthandels hat, sieht Straubhaar auch Risiken: "Wir haben uns sehr stark in eine wirtschaftliche Abhängigkeit von **China** begeben und andere Märkte wie etwa Indien, Indonesien, Mexiko oder die Türkei nicht genug beachtet."

Doch solche Erkenntnisse helfen derzeit wenig. Jetzt geht es darum, zusammen mit Peking eine drohende globale Rezession abzuwenden. "Die Chinesen wissen, dass wir alle in einem Boot sitzen", sagt Sandschneider. "Mittlerweile hat sich in der Weltwirtschaft eine Vernetzung entwickelt, die Abhängigkeiten ganz neuer Art schafft." Denn längst ist die Wirtschaft in Europa und den USA darauf angewiesen, dass das Wachstum in **China** hoch bleibt - und dies ist keine Selbstverständlichkeit. "Innenpolitisch ist **China** alles andere als stabil", weiß Sandschneider.

Sozialen Sprengstoff liefert nicht zuletzt das enorme Wohlstandsgefälle zwischen den Industriezentren an der Küste und den noch immer von der Landwirtschaft geprägten, rückständigen Provinzen im Landesinneren des riesigen Reiches. "Es gibt keine Garantie dafür, dass dies der Regierung nicht aus dem Ruder läuft", so der DGAP-Wissenschaftler.

Sollte der Balanceakt misslingen, wäre Schadenfreude im Westen fehl am Platz. "Wir müssen ein Interesse daran haben, dass **China** stabil bleibt", sagt Sandschneider. Schließlich bilden die Volkswirtschaften Chinas, Europas und Amerikas so etwas wie eine **Schicksalsgemeinschaft**. In dieser Beziehung aber seien die Chinesen künftig nicht mehr der Juniorpartner, so der Experte: "Für die Europäer geht es um nichts weniger als darum, einen erfolgreichen Abstieg zu gestalten."

"Wir haben uns sehr stark in eine wirtschaftliche Abhängigkeit von **China** begeben." Thomas Straubhaar, HWWI

China hält die größten Devisenreserven der Welt - vor allem in Dollar

In Hamburg wollen die Chinesen beim Flughafen einsteigen

Chinas Premier Wen Jiabao auf dem Weltwirtschaftsforum

Foto: dpa

RE gfr : Germany | china : China | beijin : Beijing | usa : United States | apacz : Asia Pacific | asiaz : Asia |
bric : BRIC Countries | chinaz : Greater China | dach : DACH Countries | devgcoz : Emerging Market
Countries | dvpcoz : Developing Economies | easiaz : Eastern Asia | eecz : European Union Countries |
eurz : Europe | namz : North America | weurz : Western Europe

PUB Axel Springer AG

AN 文件 HABEND0020110915e79f0001e

HD Ökonom und Historiker Ferguson; "Die Währungsunion wird zur Zombie-Zone"

WC 1,270 字

PD 2011 年 10 月 30 日

SN WELT online

SC WELTON

LA 德文

CY Copyright 2011 Axel Springer AG.

LP

Die Euro-Zone ist nicht gerettet, sagt der Historiker Niall Ferguson. Sie ist eher zu einem zermürbenden Überlebenskampf verdammt.

Sogar Wirtschaftsnobelpreisträger müssen dazulernen. Noch vor drei Jahren offenbarte der deutsche Laureat Reinhard Selten der "Welt am Sonntag" sein Erfolgsgeheimnis. "Ich schaue in den Börsenkursteil der Zeitung und picke mir die Aktien mit der höchsten Dividendenrendite und dem höchsten Substanzwert heraus. Mit dieser Strategie habe ich bislang noch stets die Märkte geschlagen."

TD

Doch mit dieser Methode dürfte Selten seit 2008 ziemlich schlecht gefahren sein. Denn die Regeln haben sich geändert. Statt schnöder Bewertungskennziffern zählt das Wissen um politische und historische Zusammenhänge. Wenn die Welt einen Zeitenwechsel erlebt, benötigen Anleger einen neuen Kompass.

Nicht nur verschieben sich die Machtpole vom Westen gen Osten. Auch innerhalb der Alten Welt bleibt kein Stein auf dem anderen. Die Währungsunion hat die Länder der Euro-Zone nicht zusammengebracht, sondern wirtschaftlich auseinandergetrieben. Die Kosten für ein Zusammenbleiben sind hoch, doch die Staaten sind mangels Alternativen nun dazu verdammt, zusammenzubleiben.

Das meint Harvard-Historiker Niall Ferguson, der die Finanzgeschichte kennt wie kaum ein Zweiter. Der Rebell der Geschichtswissenschaften kommt zum Gespräch direkt von seiner Buchpremiere aus den USA ("The West and the Rest"). Im lockeren Outfit ist ihm nach der Landung in Berlin kein Jetlag anzumerken. Und er wundert sich als Erstes, als er aus dem Gate kommt, über die momentane Euphorie nach dem EU-Gipfel am Mittwoch.

Im Interview mit der "Welt am Sonntag" bringt der gebürtige Schotte Ordnung ins neue Weltgefüge. Er erklärt, wie Anleger historische Umwälzungen erkennen und für sich nutzbar machen und warum trotz der Machtverschiebungen nach Osten kurzfristig auch **China** harte Zeiten bevorstehen.

Welt am Sonntag: Herr Ferguson, die Märkte haben euphorisch die Ergebnisse des Brüsseler EU-Gipfels gefeiert. Ist nach zwei Jahren die Euro-Krise nun zu Ende?

Niall Ferguson: Keineswegs. Ich kann die ganze Euphorie überhaupt nicht verstehen. Die europäische Politik hat keineswegs mutig und entscheidungsfreudig die Probleme angegangen. Schauen Sie doch nur auf Griechenland. Hier sollen die Verbindlichkeiten auf 120 Prozent der Wirtschaftsleistung zurückgeführt werden. Damit wird die Schuldenuhr gerade mal auf das Jahr 2009 zurückgestellt. Aber wettbewerbsfähiger wird das Mittelmeerland damit auch nicht. Gleichzeitig wird den Kreditinstituten bis zum kommenden Jahr Zeit gegeben, sich mit frischem Kapital auszustatten, um wieder solider dazustehen.

Welt am Sonntag: Na ja, Geld bekommen sie an den Märkten nicht gerade hinterhergeworfen, schon gar nicht über Nacht.

Ferguson: Amerika hat gezeigt, wie sie die Banken intelligenter und schneller wieder kapitalisieren. Jedes Institut - ob finanzstark oder nicht - bekam Milliarden quasi staatlich verordnet. Auf diese Weise war das Liquiditätsproblem auf einen Schlag gelöst. In Europa werden sich jetzt einige Institute geschrumpfen, andere werden dahinkeuchen und auf bessere Zeiten hoffen. Das wird nicht funktionieren, denn Brüssel hat den Kapitalbedarf schöngerechnet. Die Banken brauchen nicht 100 Milliarden Euro, sondern eher doppelt so viel.

Welt am Sonntag: Die Euro-Zone ist also alles andere als gerettet.

Ferguson: Schon in der kommenden Woche dürfte das alte Spiel wieder beginnen. Dann fällt den Investoren wieder auf, dass Portugal ebenfalls schlecht dasteht, in Spanien die dramatisch hohe Arbeitslosenquote an Depressionszeiten erinnert und Italien politisch handlungsunfähig ist. Dann beginnt die hektische Rettungsdiplomatie von vorn.

Welt am Sonntag: Bricht die Euro-Zone am Ende also doch auseinander?

Ferguson: Nein. Es wäre sogar denkbar, dass die Europäische Union zerfällt und gleichzeitig die Euro-Zone bestehen bleibt. Großbritannien etwa könnte aus der Gemeinschaft aussteigen, aber kein Land kann so einfach den Euro verlassen.

Welt am Sonntag: Warum nicht?

Ferguson: Die Kosten sind einfach zu hoch. Ein Land, das die Währungsunion verlässt, würde unmittelbar einen Ansturm auf seine Banken erleben. Jeder würde versuchen, noch schnell Euro abzuheben und in Sicherheit zu bringen. Damit wäre das Finanzsystem des Landes ruiniert. Ohne funktionierende Banken geht aber die gesamte Ökonomie den Bach runter. Und auch für die verbleibenden Euro-Länder wären die Folgen verheerend. Wenn erst mal ein Land die Währungsunion verlassen hat, würden sich die Märkte sofort auf weitere potenzielle Austrittskandidaten einschließen. Deren Finanzierungskosten gingen durch die Decke. Schwache Mitglieder können also die weniger schwachen erpressen.

Welt am Sonntag: Also werden die heute 17 Länder der Euro-Zone auf Gedeih und Verderb zusammenbleiben?

Ferguson: Ich könnte mir sogar vorstellen, dass die Währungsunion in den kommenden Jahren noch wachsen kann. Viele osteuropäische Staaten werden dem Euro wohl noch beitreten.

Welt am Sonntag: Welche Zukunft hat eine solche Euro-**Schicksalsgemeinschaft**?

Ferguson: Keine allzu dynamische. Der Euro-Zone steht eine Dekade der Stagnation bevor. Adam Smith hat diesen bleiernen Zustand einmal den Stationary State genannt, ein ökonomischer Zustand, in dem nichts richtig vorangeht. Das erinnert an das Heilige Römische Reich des Mittelalters, das meist mit internen Problemen beschäftigt war.

Welt am Sonntag: Für mich klingt das nach japanischen Zuständen.

Ferguson: Nur, dass wir in der Euro-Zone nicht nur Banken, sondern auch immer wieder Staaten retten müssen. Die Politik hat bis jetzt einen Neustart des Systems verpasst und dieser wird auch immer teurer. Aber nur wenn eine neue Software ohne Viren aufgespielt wird, kann sich etwas ändern. Gegen ein Reset spricht die Staatsgläubigkeit in der Euro-Zone. Gibt es Probleme, wird sofort nach dem Staat gerufen, der nicht die Courage hat, seinen Bürgern harte Tatsachen zuzumuten. So haben wir am Ende wie in Japan Zombie-Banken, die durch staatliche Zuschüsse künstlich am Leben gehalten werden. Und genauso wird es mit einigen Euro-Staaten aussehen, weil diese nur dank fremder Gelder überleben und gleichzeitig immer weniger wettbewerbsfähig sind. Aus der Euro-Zone könnte eine Art Zombie-Zone werden.

Welt am Sonntag: Aber wir haben doch noch die EZB, die das System flottmachen kann.

Ferguson: Ich kann mir vorstellen, dass all das Drucken frischen Geldes auch nicht helfen wird. Stattdessen werden wohl wie in Japan die Schulden immer weiter steigen.

Welt am Sonntag: Auch in Deutschland mit seiner Schuldenbremse?

Ferguson: Das meiste Rettungsgeld wird von Deutschland kommen müssen und auch kommen, unabhängig davon, ob die derzeitige Regierung im Amt bleibt oder eine Opposition an die Macht kommt. In der Bundesrepublik gibt es keine Anti-Europa-Populisten im großen Stil.

Welt am Sonntag: Das klingt nicht gerade nach tollen Aussichten für Anleger und Sparer - der Euro, eine Schwachwährung?

Ferguson: Um den Euro würde ich mir noch die wenigsten Sorgen machen. In einer Welt, in der jedes Land versucht, seine Währung künstlich zu drücken, um auf Kosten der anderen Wettbewerbsvorteile zu erzielen, hat das Konzept von Stark- und Schwachwährungen ausgesorgt. Für Aktionäre wird unter dem Strich nicht viel zu verdienen sein. Mal werden die Kurse steigen, dann wieder fallen. Auch bei Anleihen geht es eher um Gelderhalt denn Zinszuwächsen.

Welt am Sonntag: Also alles Geld jetzt nach China bringen?

Ferguson: Auf keinen Fall. Im Schatten der Euro-Zone hat sich in China Ungemach zusammengebraut: Der unglaubliche Immobilien- und Investitionsboom hat ein Schattenbankensystem entstehen lassen. Nicht regulierte illegale Kreditinstitute haben Milliarden an Projektentwickler und Firmen verliehen. Nun steigen die Immobilienpreise nicht mehr und auch die Firmen flöreren nicht mehr. Es droht ein Kaskadeneffekt, ein China-Crash. Doch noch jedes asiatische Wirtschaftswunder wurde von Krisen begleitet. Am Zeitplan, dass China die USA bereits 2016 als größte Volkswirtschaft der Welt ablösen wird, ändert das nichts.

Welt am Sonntag: Wie legen Sie in einem solchen Szenario Ihr Geld an?

Ferguson: Zehn Prozent meines Portfolios habe ich in Gold. Daneben habe ich einiges Geld in Aktien: In Europa setze ich allein auf deutsche Industriewerte. Daneben setze ich auf die Kreativität des Silicon Valley und investiere in Technologiewerte an der Nasdaq. Bei Amazon gibt es meines Erachtens nach der Gewinnwarnung Kaufkurse. In den Schwellenländern gefallen mir indische Konsumtitel. Ich habe aber auch ein paar amerikanische Staatsanleihen. Die sind noch immer die sichersten Wertpapiere.

NS e52 : Euro Zone/Currency | ecat : Economic News
RE gfr : Germany | dach : DACH Countries | eecz : European Union Countries | eurz : Europe | weurz : Western Europe
IPD Ökonom und Historiker Ferguson
PUB Axel Springer AG
AN 文件 WELTON0020111030e7au00002

SE Politik
HD SPD - Wie Steinmeier jetzt zur Kanzlerfrage steht
BY C. C. Malzahn und D. F. Sturm
WC 964 字
PD 2011 年 11 月 6 日
SN Berliner Morgenpost Online
SC BERCOM
ED BEMO
PG 13:25:36
VOL 0
LA 德文
CY Copyright 2011. Axel Springer AG
LP

SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier wird im Moment von seinem schärsten innerparteilichen Konkurrenten in den Schatten gestellt: Ex-Finanzminister Peer Steinbrück. Morgenpost Online sprach mit ihm über die Kanzlerfrage, Mindestlöhne und die Griechenland-Krise.

Morgenpost Online: Herr Steinmeier, können Sie eigentlich Schach spielen wie Peer Steinbrück und Helmut Schmidt?

TD

Frank-Walter Steinmeier: Weder bin ich ein guter Schachspieler, noch schreibe ich zurzeit an einem Buch.

Morgenpost Online: Steinbrück reagiert recht dünnhäutig auf Kritik. Müssen Sie ihm nicht Gerhard Schröders Satz "Wer keine Hitze verträgt, hat in der Küche nichts zu suchen" zurufen?

Steinmeier: Ich habe mit Peer Steinbrück lange genug am Kabinettscherm gestanden. Glauben Sie mir: Er ist hitzeresistent.

Morgenpost Online: Die SPD sagt, die Kanzlerkandidatenfrage stelle sich jetzt nicht. Können Sie uns denn die Inszenierung erklären, die Steinbrück und Helmut Schmidt zu dieser Frage betreiben?

Steinmeier: Helmut Schmidt und Peer Steinbrück kennen sich seit gemeinsamen Zeiten im Kanzleramt. Sie sind miteinander befreundet. Aus ihrer freundschaftlichen Beziehung entstand die Idee eines Buches. Dieses haben sie vorgestellt. Und ich habe daran nicht das Geringste auszusetzen.

Morgenpost Online: Ist es nicht ungewöhnlich, dass nicht in der SPD über den Kanzlerkandidaten debattiert wird, sondern in Talkshows und Magazinen?

Steinmeier: Das Phänomen ist doch nicht neu. Die Kandidatenfrage wurde in der Vergangenheit doch immer und nicht nur für meine Partei vorab in Magazinen und Talkshows diskutiert, und am Ende haben es die Parteien entschieden. Aber bei dem Zustand dieser Koalition ist es doch kein Wunder, dass sich die Öffentlichkeit schon nach der Hälfte der Legislaturperiode fragt, wer der nächste Bundeskanzler wird. Die Debatte können wir gar nicht künstlich beenden. Sie findet aber nach meinem Eindruck auch nicht zu unserem Schaden statt, im Gegenteil. Wenn alle Welt nur noch darüber streitet, welcher Sozialdemokrat der nächste Bundeskanzler wird, muss ich mich doch nicht beklagen!

Morgenpost Online: Helmut Schmidt warnt den Westen, gegenüber **China** die Menschenrechte zu thematisieren. Teilen Sie seinen Werterelativismus?

Steinmeier: Wer auf das Grundgesetz vereidigt ist, kann sich ja nicht für die Nichtbeachtung der Menschenrechte entscheiden! Aber in Wahrheit ist doch die Frage "Menschenrechte in der Außenpolitik, ja oder nein?" eine schreckliche Vereinfachung. In Wahrheit geht es doch darum, wie wir mit Ländern mit anderer politischer Ordnung oder auch anderem Verhältnis zu individuellen Rechten umgehen. Ignorieren? Belehren? Sanktionieren? Brücken bauen? Wie schmal der Grat für Außenpolitik ist, hat

Henry Kissinger gerade in seinem begeisternden Buch "On China" beschrieben. Aber der Altmeister der westlichen Diplomatie belegt am Beispiel China auch, was geht, wenn sich Außenpolitik ihrer Verantwortung stellt und sich nicht zum Instrument vordergründiger Innenpolitik machen lässt.

Morgenpost Online: Nach dem Atomausstieg usurpiert die CDU auch noch Ihr Lieblingsthema Mindestlohn. Müssen Sie nicht bald eine Wahlempfehlung zugunsten von Frau Merkel abgeben?

Steinmeier: Im Gegenteil: Wenn eine Regierung so ideenlos ist, dass sie nur noch plagiiert, sollte sie erkennen, dass ihre Tage gezählt sind. Alles, was in dieser Koalition auf Aufmerksamkeit stößt, ist nicht das Ergebnis von Nachdenken und eigener Konzeption, sondern abgekupfert. Obwohl schon ein Minister übers Plagiat gestolpert ist, wird das offenbar zur Methode ausgerufen: Denken Sie nur an die Themen Wehrpflicht, Elterngeld, Besteuerung der Finanzmärkte. Nun also der Mindestlohn. Jedes Mal beweist sich das merkelsche Gesetz: Wenn Merkel irgendetwas dementiert, kommt es schon wenig später ganz sicher.

Morgenpost Online: Freut es Sie nicht, wenn die Schnittmengen zwischen Union und SPD größer werden?

Steinmeier: Mich freut an dieser Regierung gar nichts. Da ist keine Führung, da ist keine Linie, da ist kein Kompass. Wenn man glaubt, in einem Politikfeld gerade eine Linie erkannt zu haben, kann man gewiss sein, dass sie in acht Wochen um 180 Grad geändert wird. In der Energiepolitik haben wir zwei 180-Grad-Wendungen in einem halben Jahr erlebt. Von einer Erhöhung der Schnittmenge zu reden ist doch verwegen.

Morgenpost Online: Zur Euro-Krise: Sind Sie erleichtert, dass die Volksabstimmung in Griechenland abgesagt wurde?

Steinmeier: Der Druck auf die Regierung Papandreou ist in den vergangenen Monaten immer größer geworden. Die Sparmaßnahmen sind schmerzhaft, die Proteste auf den Straßen immens. Das Referendum war der Versuch eines innenpolitischen Befreiungsschlags, der Europa allerdings in schwere Turbulenzen gestürzt hat. Der unsichere Ausgang des Referendums hätte die Zeit bis dahin zu einer Hängepartie gemacht, die Panik und Spekulationen Tür und Tor geöffnet hätte. Es ist gut, dass das abgewendet wurde. Die politische Lage bleibt gleichwohl labil. Immerhin: Papandreou hat die Vertrauensabstimmung gewonnen. Das deutet auf Einsicht mindestens bei den parteiinternen Kritikern des Sparkurses hin. Überhaupt nicht akzeptabel ist das Verhalten der christdemokratischen Opposition in Griechenland, die tagein, tagaus gegen die Sparauflagen polemisiert. Es kann doch nicht angehen, dass eine sozialdemokratische Opposition im deutschen Parlament dem Hilfspaket zustimmt und die Christdemokraten im griechischen Parlament dasselbe Paket ablehnen. Da erwarte ich klare Ansagen von Merkel gegenüber der konservativen Schwester.

Morgenpost Online: Muss sich die Euro-Zone darauf vorbereiten, Griechenland vom Rest der Währungsunion zu isolieren?

Steinmeier: Wäre das die einfachste Lösung, wäre sie sicher gezogen worden. Wenn das nicht geschehen ist, ist das doch nicht das Ergebnis europäischer Gefühlsduselei. In Wahrheit ist es doch so: Lautstark sind die selbst ernannten Experten, die im sicheren Gefühl für den Stammtisch den Rausschmiss Griechenlands mal aus dem Euro, mal aus der Währungsunion, mal aus der Europäischen Union in die Debatte werfen. Überzeugender sind die, die auf die dramatischen Folgen hinweisen: Von der Ansteckungsgefahr für die Nachbarländer über den Flächenbrand in der europäischen Bankenlandschaft bis zu den Risiken einer Rückabwicklung der europäischen Integration. Es gibt keine einfachen Lösungen. Ob wir uns in Europa noch als Schicksalsgemeinschaft verstehen, mindestens das ist mit manchen öffentlichen Äußerungen von Merkel und Sarkozy seit dieser Woche infrage gestellt.

Frank-Walter Steinmeier hält Peer Steinbrück für "hitzeresistent"

Foto: Reto Klar

Reto Klar

RF Weblink:

NS gpol : Domestic Politics | gcat : Political/General News | gpri : Politics/International Relations

RE greece : Greece | eecz : European Union Countries | gfr : Germany | balkz : Balkan States | dach : DACH Countries | eurz : Europe | medz : Mediterranean | weurz : Western Europe

PUB Axel Springer AG

AN 文件 BERCOM0020111107e7b6000f3



SE Meinungen
HD Nord Stream und Asien-Politik
WC 1,365 字
PD 2011 年 11 月 10 日 09:20 上午
SN RIA Novosti
SC RVESDE
LA 德文
CY Copyright 2011 RIA Vesti. All Rights Reserved.
LP

Der russische Präsident Dmitri Medwedew und die deutsche Kanzlerin Angela Merkel haben diese Woche die Nord-Stream-Pipeline eingeweiht – das wohl wichtigste Energieprojekt zwischen Russland und der EU im 21. Jahrhundert.

Dass bereits das Superlativ bemüht werden kann, liegt daran, dass bislang keine anderen Energieprojekte zustande gekommen sind. Teilweise aber auch daran, dass die Nord-Stream-Leitung in den frühen 2000er Jahren als eine Art Prototyp für künftige langfristige Kooperationsprojekte geplant worden war.

TD

Das Nord-Stream-Abkommen war im Herbst 2005 vom damaligen russischen Staatschef Wladimir Putin und dem damaligen Bundeskanzler Gerhard Schröder unterzeichnet worden, der nur eine Woche später bei der Bundestagswahl scheiterte. Kurze Zeit darauf wurde er zu einem der Top-Manager dieses Projekts ernannt. Der Bau der Nord-Stream-Pipeline sollte zur Lösung von mehreren politischen Aufgaben beitragen.

Erstens wollten Russland und seine wichtigsten europäischen Gasabnehmer endlich den ständigen Konflikten mit den Transitländern ein Ende setzen – die Pipeline verläuft durch die Ostsee direkt nach Deutschland. Damals gab es noch keine russisch-ukrainischen „Gaskriege“, aber die Beziehungen zwischen Moskau und Kiew waren nach der „Orangen Revolution“ in der Ukraine ohnehin alles andere als gut. Wenn man bedenkt, was im Januar 2009 passierte, muss man feststellen, dass Moskau und Brüssel damals eine sehr weise Entscheidung getroffen haben. Die Ostseepipeline kann zwar die Ukraine nicht vollständig ersetzen, ist aber eine gute Alternativroute für das russische Gas nach Europa.

Zweitens schlug Putin damals den Europäern ein strategisches Bündnis vor, obwohl sie während der „Orangen Revolution“ den anti-russischen Kandidaten Viktor Juschtschenko nebst Julia Timoschenko unterstützt hatten. Dabei handelte es sich nicht nur um den Bau einer neuen Gaspipeline (was zumindest positiv war), sondern auch um eine Möglichkeit für einen Aktientausch zwischen russischen und deutschen Unternehmen. Russland schlug seinen Partnern vor, an der Erschließung seiner Öl- und Gasvorkommen teilzunehmen, und erwartete im Gegenzug Beteiligungen an europäischen Pipelines. Das war zumindest Putins Ansinnen.

Was ist am Ende herausgekommen?

Bei der technischen Inbetriebnahme der Nord-Stream-Pipeline im September sagte Putin etwas, was alle ohnehin gewusst hatten, aber nicht laut aussprechen wollten: Die Ukraine habe ihre Position als alleiniges Transitland verloren, so dass Russland und Deutschland von den Launen der Regierenden in Kiew nicht mehr abhängen. Die Antwort der Ukrainer ließ nicht lange auf sich warten: Die Inbetriebnahme der Nord-Stream-Pipeline würde den Gastransit durch die Ukraine nicht beeinträchtigen. Merkwürdigerweise haben beide Seiten recht: Die neue Leitung ist tatsächlich keine Alternative für die Ukraine. Andererseits ist die Ukraine nicht mehr der Transitmonopolist und wird sich künftig genau überlegen, erneut einen Gaskrieg vom Zaun zu brechen.

Die Gasbeziehungen zwischen Moskau und Kiew werden seit Jahren immer wieder von Konflikten erschüttert. Kiew verlangt eine Novellierung der im Januar 2009 abgeschlossenen Gasverträge und scheut sich nicht, deswegen sogar einen Strafprozess gegen die frühere Ministerpräsidentin Julia Timoschenko anzustrengen. Auch die Nord-Stream-Pipeline spielt eine wichtige Rolle in diesem Konflikt. Kiew, das Moskau mal Drohungen ausspricht, mal neue Kooperationsangebote macht, weiß offenbar,

dass sich die Machtverhältnisse im Transitgeschäft verschoben haben: Die ukrainische Regierung verliert allmählich ein wichtiges Instrument, mit dem sie Russland unter Druck setzen konnte.

Wenn man bedenkt, dass auch die South-Stream-Leitung in wenigen Jahren errichtet werden könnte (was allerdings noch nicht feststeht – dafür gibt es derzeit noch zu viele politische und wirtschaftliche Hindernisse), könnte die Ukraine in eine Situation geraten, in der sie überhaupt keine Asse mehr im Ärmel hätte. Das ist jedoch alles Zukunftsmusik.

Was den zweiten Aspekt des Putin-Schröder-Abkommens - strategisches Bündnis mit Europa - angeht, so hatten die Seiten bisher keine besonderen Erfolge. Putins Hoffnung, dass sich die Energie-Partnerschaft als Basis für die politische Partnerschaft etablieren würde, ist nicht in Erfüllung gegangen. In erster Linie lässt sich das auf das gegenseitige Misstrauen und die Unfähigkeit zu Kompromissen bei der Verteidigung der eigenen Interessen zurückführen. Die Westeuropäer sehen in Russland immer noch einen Rivalen. Die russische Führung verhält sich ihrerseits zu ungeduldig und machte keinen Hehl aus ihrer Enttäuschung darüber. Am Ende ist ein konstruktiver Dialog gescheitert.

Nicht zu übersehen ist auch, dass die Situation auf dem europäischen Gasmarkt weiter unklar ist – die Seiten geben stark divergierende Nachfrageprognosen ab. Der russische Energieriese Gazprom hat keine klare Vorstellung von seiner künftigen Geschäftsstruktur in Europa und nicht nur dort. Russlands jüngste Initiative zur Vergrößerung der durch die Nord-Stream-Leitung zu pumpenden Gasmenge lehnte man in Berlin ab.

Die Ereignisse der letzten Wochen haben darüber hinaus gezeigt, dass die Gasbeziehungen in Wirklichkeit viel komplizierter sind als angenommen. Die EU-Kommission führte im Oktober auf Antrag mehrerer Mitgliedsländer Durchsuchungen in europäischen Gazprom-Büros durch. Damit demonstrierte Brüssel eindrucksvoll, welche Hebel sie hat. Das ist ein weiterer Beweis dafür, dass eine politische Annäherung zwischen Moskau und Brüssel zum aktuellen Zeitpunkt nicht infrage kommt.

Die neue Pipeline wurde während der zunehmenden Diskussionen über die Perspektiven der Energiebranche in Russland in Betrieb genommen, unter anderem in Bezug auf den europäischen und asiatischen Entwicklungsvektor. Moskau tendiert allmählich zu einer Diversifizierung seines Absatzmarktes – die Situation, in der Europa im Grunde der einzige Gasabnehmer ist, ist unnatürlich. Wenn die Russen aber in Richtung Asien gucken, müssen sie verstehen, dass sie es dabei mit einer völlig anderen Mentalität zu tun haben, was zu vielen neuen Problemen führen könnte. Auch die Bedingungen auf dem asiatischen Markt sind schlechter als in Europa, obwohl die Nachfrage dort sicherlich gegeben wäre.

Die Gasbeziehungen zum Fernen Osten haben auch ein gewisses politisches Potenzial – neben **China** gibt es immerhin auch Südkorea und Japan. Unter gewissen Umständen könnte Moskau also die geopolitische Konstellation in der Region beeinflussen. Nicht zu übersehen sind in diesem Kontext auch Russlands Bemühungen um die Lösung von mit Nordkorea verbundenen Problemen durch den Bau einer Pipeline in den Süden der Halbinsel.

Das alles steht jedoch noch in den Sternen. Aber egal wie, das Gerede von der Verlagerung des Mittelpunkts der Weltpolitik (aus Europa nach Asien) erhält für Russland allmählich eine konkretere Gestalt – jedenfalls in dem Bereich, der für Moskau schon immer Priorität war.

Die Meinung des Verfassers muss nicht mit der von RIA Novosti übereinstimmen.

[Russland: WTO-Beitritt markiert Ende der Postsowjet-Ära](#)

[Libyen nach Gaddafi: Fragen ohne Ende](#)

[Ukraine: Wie Unglaubliches wahr wird](#)

[Kiew setzt alles auf ein Spiel ohne Regeln](#)

[Östliche Partnerschaft: Alibi-Annäherung der EU](#)

[Machtwechsel im Kreml: Putin 3.0](#)

[Sehnsucht nach der Sowjetunion: Schluss mit dem Minderwertigkeitskomplex!](#)

<p class="bigtitle">[EU: **Schicksalsgemeinschaft** wider Willen](#)

<p class="bigtitle">[Russland und USA: Vertane Chance nach 9/11](#)

[China: Das Schweigen des erwachenden Riesen](#)

[Russland schlägt neues Korea-Modell vor](#)

[Vor 20 Jahren: UdSSR-Zerfall bringt USA aus dem Gleichgewicht](#)

[Ukraine: Timoschenko-Prozess bringt Janukowitsch in Bedrängnis](#)

[Drei Jahre nach Kaukasus-Krieg: Russland verharrt in Lethargie](#)

[Massaker in Norwegen: Bedrohliche Vorboten](#)

[Westen: Gefährlich verantwortungslos](#)

[Armenien-Aserbaidschan: Trügerische Ruhe im Südkaukasus?](#)

[Hochsaison für Verschwörungstheorien](#)

[Russlands Außenpolitik: Auf Ausgleich bedacht](#)

[Vor 20 Jahren: Erster Akt im Balkan-Drama](#)

[Shanghai-Organisation: Suche nach Gleichgewicht](#)

[Raketenabwehr: Russland und USA finden keinen Nenner](#)

[Russlands Rolle in der Weltpolitik: Zeit zum Nachdenken](#)

[Völkermord-Vorwurf: Georgien provoziert Russland](#)

[Strauss-Kahn-Affäre bringt Europa in die Bredouille](#)

[Pakistan und der Teufelskreis](#)

[Osama Bin Laden: Blutige Episode für neue Weltordnung](#)

[Arabischer Frühling: Ernüchterung nach der Euphorie](#)

[BRICS-Gipfel: Schwellenländer wollen mehr Einfluss](#)

[Post-Sowjet-Ära neigt sich dem Ende zu](#)

[Das Problem des deutschen Pazifismus](#)

[Libyen-Konflikt entzweit Russlands Machttandem](#)

[Libyen-Krise: Demaskierung der EU-Außenpolitik](#)

[Biden in Moskau: Weiterer Schritt der Annäherung?](#)

[Ukraine: Janukowitsch muss endlich Farbe bekennen](#)

[Zwischen Libyen und Singapur](#)

[Russland kann EU aus dem Schattendasein holen](#)

[Kurilen-Inseln: Russland und Japan im Dauerclinch](#)

[Revolutionswelle in Nordafrika: Europa schaut nur zu](#)

[Tief verwurzelter Terror](#)

[Demokratie im Orient und Okzident](#)

[Lukaschenko – Intrigenschmied aus Minsk](#)

[Politik und Wirtschaft im Clinch](#)

[Geometrie im Wandel](#)

[Turbulentes Jahr im postsowjetischen Raum](#)

[Wozu braucht Russland die Nato?](#)

[Lukaschenko: Polit-Pionier aus der Kolchose](#)

[Lieber über das Wetter reden](#)

[Unverheilte Wunden: Vergangenheit holt Asien ein](#)

[Russland und USA drehen sich im Kreis](#)

[Russland und Japan bleibt nur die Statistenrolle in Asien](#)

[Russland: Déjà-vu in Afghanistan?](#)

[Trotz Risiken: Russlands Zukunft liegt in Asien](#)

Zum Verfasser: Fjodor Lukjanow ist der Chefredakteur der Zeitschrift "Russia in Global Affairs."

IN iexplo : Natural Gas/Oil Exploration | i1 : Energy | i13 : Crude Oil/Natural Gas

NS gvexe : Executive Branch | gcat : Political/General News | gpir : Politics/International Relations | gpol : Domestic Politics | gvbod : Government Bodies

RE ukrn : Ukraine | russ : Russia | byelrs : Belarus | gfr : Germany | asiaz : Asia | bric : BRIC Countries | dach : DACH Countries | devgcoz : Emerging Market Countries | dvpcoz : Developing Economies | eecz : European Union Countries | eeurz : Central/Eastern Europe | eurz : Europe | ussrz : CIS Countries | weurz : Western Europe

IPC Meinungen

PUB RIA Novosti

AN 文件 RVESDE0020111110e7ba0003d

SE Wirtschaft
HD Wachsende Abhängigkeit - Die Krisen in den USA und Europa könnten China einen Konjunkturreinbruch bescheren
BY Bernhard Bartsch
WC 865 字
PD 2012 年 2 月 8 日
SN Berliner Zeitung
SC BERLRZ
PG 11
LA 德文
CY (c) 2012 Berliner Zeitung
LP

PEKING. Eine junge Chinesin radelt durch malerische Reisterrassen. "Eure Wirtschaft wird sehr schwach, unsere dagegen immer besser", flötet sie in akzentuiertem Englisch in die Kamera. "Wir nehmen eure Jobs - danke!" Der 30-sekündige Wahlkampfspot, mit dem der US-Republikaner Pete Hoekstra am Sonntag vor und während der Super-Bowl-Übertragung auf Stimmenfang ging, bedient sich eines kollektiven amerikanischen Albtraums: Chinas Aufstieg könnte Amerikas Untergang

bedeuten, fürchten in den USA viele. Republikaner und Demokraten winken gleichermaßen mit der Chinakeule. Ohne höhere Ausgaben für Bildung, Forschung und Infrastruktur werde Amerika den Wettbewerb mit China verlieren, warnt Präsident Barack Obama, während seine Herausforderer ihm vorwerfen, mit staatlichen Investitionen keineswegs die amerikanische,

TD

sondern die chinesische Wirtschaft anzukurbeln.

Verflechtung immer enger

In Deutschland, wo politische Debatten für gewöhnlich bei niedrigerer Temperatur geführt werden als in den USA, ist die Sorge vor China ebenfalls weit verbreitet: In einer Forsa-Studie erklärten jüngst 30 Prozent der Befragten, dass ihnen China Angst

bereite. Das gegenwärtige Formhoch der deutschen Wirtschaft, das nicht zuletzt auf den hohen Exporten nach China beruht, ist da schon eingepreist: Vor einem Jahr fürchteten sich noch 40 Prozent der Deutschen vor den Chinesen.

Zwar taugen politischer Populismus oder Meinungsumfragen kaum als wirtschaftliche Indikatoren, doch die Debatten signalisieren ein steigendes öffentliches Bewusstsein dafür, dass die Volksrepublik für die westlichen Industrienationen zu einem

entscheidenden Faktor geworden ist. Umgekehrt wird auch den Chinesen zunehmend klar, was die Verflechtung ihres Landes in die Weltwirtschaft bedeutet, und dass sie sich von künftigen Krisen womöglich nicht so einfach werden abkoppeln können, wie es 2008 nach der Lehman-Pleite gelang.

Anfang der Woche lieferte der Internationale Währungsfonds (IWF) den Chinesen eine drastische Warnung: Sollte sich die Euro-Krise weiter ausweiten und die europäische Konjunktur in den Keller reißen, könnte dies auch in China zu einem dramatischen

Wachstumseinbruch führen. Im schlimmsten Fall würde die chinesische Wirtschaft dieses Jahr nur um rund vier Prozent expandieren - halb so viel wie bisher angenommen. Dabei sind auch die aktuellen Prognosen für China nicht günstig. Wegen der abflauenden Nachfrage nach chinesischen Exportwaren reduzierte der IWF seine Wachstumserwartungen für das laufende Jahr um knapp einen Prozentpunkt auf 8,25 Prozent, während China 2011 noch um 9,2 Prozent und 2010 sogar um 10,3 Prozent

wuchs. Eine Wachstumsrate von weniger als sieben Prozent gilt in Peking als gefährlich, weil dann ein großer Teil der Landbevölkerung, die seit Jahren in die Städte zieht, keine Arbeit mehr finden würde. Die Regierung fürchtet um den sozialen Frieden.

Die eigentliche harte Nuss des IWF-Berichts steckt jedoch in der Empfehlung, welche die Experten den Peking Wirtschaftplanern machen: Um das schlimmste Szenario zu verhindern, genüge es nicht mehr, dass die Regierung erneut ein Konjunkturprogramm

auflege, um Arbeitsplatzverluste in der Exportindustrie durch Bauarbeiterjobs im Inland zu ersetzen. Gleichzeitig müsse **China** die europäischen Staaten massiv bei ihren Anstrengungen um die Rettung ihrer Gemeinschaftswährung unterstützen. Rund 55 Milliarden Euro solle Peking in europäische Anleihen investieren, vor allem in Papiere des Rettungsschirms EFSF.

Widerspruch gegen das IWF-Szenario gibt es in Peking nicht. Die Staatsmedien berichteten am Dienstag ausführlich über den Bericht. Zumal er gut zu der offiziellen Linie passt, das Volk auf schwere Zeiten einzustimmen. Das Industrieministerium schloss sich der Einschätzung indirekt an und prognostizierte für 2012 ein Wachstum der Industrieproduktion um elf Prozent. Damit würde sie ein Fünftel langsamer wachsen als im Vorjahr.

Investieren in den Euro

Das Bewusstsein dafür, wie sehr **China** Teil der globalwirtschaftlichen **Schicksalsgemeinschaft** geworden ist, dürfte ein wichtiger Grund dafür sein, dass Peking bereits vergangene Woche zu dem gleichen Ergebnis kam wie die IWF-Ökonomen. Als Bundeskanzlerin Angela Merkel bei Premier Wen Jiabao um Vertrauen in den Euro warb, erhielt sie prompt die Zusage für eine Investition. Zwar hat Peking bisher keine konkreten Zahlen genannt, doch werden Details sicher in Telefonaten der europäischen Finanzminister und Notenbankchefs mit ihren chinesischen Amtskollegen besprochen. Über Ergebnisse könnte die Öffentlichkeit womöglich nächste Woche informiert werden, wenn EU-Präsident Herman van Rompuy und EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso zum EU-**China**-Gipfel in die Volksrepublik reisen.

Weniger schnell

Chinas Wirtschaft kannte in den vergangenen Jahren nur extrem hohe Wachstumsraten. Im laufenden Jahr rechnet die Volksrepublik jedoch mit einem schwächeren Wachstum bei der Industrieproduktion. Der von der europäischen Schuldenkrise ausgelöste weltweite Abschwung belastete die Exporte Chinas und damit auch die Industrieproduktion, teilte das zuständige Ministerium am Dienstag mit. Stieg diese im Jahr 2011 noch um 14 Prozent, so wird für das laufende Jahr ein Plus von rund elf Prozent erwartet.

Vor allem kleinere Fabriken und Hersteller würden mit Gegenwind durch steigende Vorlaufkosten und Schwierigkeiten bei der Personalanwerbung kämpfen. Wegen der volatilen Rohstoffpreise und Schwankungen an den Finanzmärkten werde die weltweite Nachfrage 2012 schwach sein.

Auch Indien hat die Wachstumsprognose für 2012 auf 6,9 Prozent gesenkt. Das wäre das geringste Wirtschaftswachstum seit drei Jahren. Im Vorjahr hatte das Bruttoinlandsprodukt noch um 8,4 Prozent zugelegt. In den Jahren 2005 bis 2008 wuchs die indische Wirtschaft Jahr für Jahr um mehr als neun Prozent.

Grafik: Wirtschaftswachstum **China** (2009 bis 2011)

Foto: 2012 ist in **China** das Jahr des Wasser-Drachens. Im Zeichen des Fabelwesens soll Geld verdienen besonders leicht sein. Die IWF-Prognose ist nicht so günstig.

NS gvote1 : National/Presidential Elections | gcat : Political/General News | gpri : Politics/International Relations | gpol : Domestic Politics | gvote : Elections

RE china : China | beijing : Beijing | gfr : Germany | usa : United States | apacz : Asia Pacific | asiaz : Asia | bric : BRIC Countries | chinaz : Greater China | dach : DACH Countries | devgcoz : Emerging Market Countries | dypcoz : Developing Economies | easiaz : Eastern Asia | eecz : European Union Countries | eurz : Europe | namz : North America | weurz : Western Europe

IPC Wirtschaft

PUB Berliner Verlag GmbH & Co.

AN 文件 BERLRZ0020120208e8280002a

HD GEWOG - Porzer Wohnungsbaugenossenschaft eG; Köln

WC 11,373 字

PD 2012 年 7 月 26 日

SN Bundesanzeiger Jahresabschluss-Veröffentlichungen

SC JAHREV

LA 德文

CY Copyright 2012. Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH

LP

Kaiserstraße 11

51145

TD

Köln

Deutschland

GEWOG-Porzer Wohnungsbaugenossenschaft eG

Köln

Jahresabschluss zum 31.12.2011

Bilanz zum 31. Dezember 2011

AKTIVA

	Geschäftsjahr		Vorjahr
	EURO		EURO
Anlagevermögen			
Immaterielle Vermögensgegenstände			
entgeltlich erworbene Software und Lizenzen		5.291,00	9.175,00
Sachanlagen			
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten		65.285.442,61	
66.833.839,61			
Grundstücke mit Geschäfts- und anderen Bauten		35.152,70	36.370,77
Grundstücke ohne Bauten	9.150,01		38.229,47
Technische Anlagen und Maschinen	10.281,00		12.365,00
Anderer Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		122.304,00	154.605,00
Anlagen im Bau	688.612,84	0,00	
Bauvorbereitungskosten	79.011,97	66.229.955,13	64.921,15
Finanzanlagen			
Anteile an verbundenen Unternehmen		4.000.000,00	4.000.000,00
Wertpapiere des Anlagevermögens		3.226.710,00	0,00
Anderer Finanzanlagen	500,00	7.227.210,00	500,00
Anlagevermögen insgesamt		73.462.456,13	71.150.006,00
Umlaufvermögen			
Zum Verkauf bestimmte Grundstücke und andere Vorräte			
Unfertige Leistungen	4.384.256,50		4.396.982,31
Anderer Vorräte	1.879,88	4.386.136,38	2.827,23
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
Forderungen aus Vermietung	112.144,02		137.207,64
Forderungen gegen verbundene Unternehmen		3.295,06	3.041,61
Sonstige Vermögensgegenstände	112.240,45	227.679,53	67.761,53
Wertpapiere			
Sonstige Wertpapiere		2.521.355,00	4.878.197,75

Flüssige Mittel		
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	2.487.150,27	2.267.208,88
Rechnungsabgrenzungsposten		
Andere Rechnungsabgrenzungsposten	4.729,89	1.777,86
Bilanzsumme	83.089.507,20	82.905.010,81
Bilanzvermerk		
Treuhandvermögen aus Mietkautionen:	11.224,55	11.757,44
Passiva		

	Geschäftsjahr EURO	Vorjahr EURO	
Eigenkapital			
Geschäftsguthaben			
der mit Ablauf des Geschäftsjahres ausgeschiedenen Mitglieder	333.786,92		405.534,27
der verbleibenden Mitglieder	6.367.939,15		6.277.020,04
aus gekündigten Geschäftsanteilen	0,00	6.701.726,07	11.000,00
Rückständige fällige Einzahlungen auf Geschäftsanteile			
26.393,96 €		23.018,54	
Ergebnisrücklagen			
Gesetzliche Rücklage	9.436.920,22		9.198.318,91
davon aus Jahresüberschuss Geschäftsjahr eingestellt			
238.601,31 €		204.655,42	
Bauerneuerungsrücklage	5.500.000,00		4.500.000,00
davon aus Jahresüberschuss Geschäftsjahr eingestellt			
1.000.000,00 €		0,00	
Andere Ergebnisrücklagen	18.621.012,89	33.557.933,11	17.723.921,90
davon aus Jahresüberschuss Geschäftsjahr eingestellt			
897.090,99 €		1.595.920,12	
Bilanzgewinn			
Jahresüberschuss	2.386.013,09		2.046.554,16
Einstellungen in Ergebnisrücklagen	-2.135.692,30	250.320,79	-1.800.575,54
Eigenkapital insgesamt	40.509.979,97	38.361.773,74	
Rückstellungen			
Steuerrückstellungen	300,00	34.060,63	
Sonstige Rückstellungen	806.780,00	807.080,00	917.590,00
Verbindlichkeiten			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	5.994.574,24		11.280.163,63
Verbindlichkeiten gegenüber anderen Kreditgebern	29.847.115,23		26.206.138,46
Erhaltene Anzahlungen	4.756.655,24		4.731.264,99
Verbindlichkeiten aus Vermietung	67.002,53		62.852,53
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.005.669,61		1.226.974,27
Sonstige Verbindlichkeiten	101.289,81	41.772.306,66	84.013,64
davon aus Steuern: 17.973,00 €			6.129,00
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: 483,29 €			631,67
Rechnungsabgrenzungsposten		140,57	178,92
Bilanzsumme	83.089.507,20	82.905.010,81	
Bilanzvermerk			
Treuhandverbindlichkeiten aus Mietkautionen:		11.224,55	11.757,44

Gewinn- und Verlustrechnung vom 01. Januar bis 31. Dezember 2011

	Geschäftsjahr EURO	Vorjahr EURO	
Umsatzerlöse			
a aus der Hausbewirtschaftung		16.408.434,53	
15.818.792,39			
b aus anderen Lieferungen und Leistungen		55.916,12	16.464.350,65
54.233,08			
Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen Vorjahr Erhöhung			
-12.725,81	129.532,71		
Sonstige betriebliche Erträge		242.219,22	328.345,71
Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen			
a Aufwendungen für Hausbewirtschaftung			8.882.585,73
8.630.543,67			
Rohergebnis		7.811.258,33	7.700.360,22

Personalaufwand		
a Löhne und Gehälter	890.605,68	897.909,97
b soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung		239.867,90
1.130.473,58 229.149,33		
davon für Altersversorgung	65.459,72	62.763,58
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		
1.618.752,24 1.614.933,85		
Sonstige betriebliche Aufwendungen		697.876,56
715.539,08		
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens		6.726,81
22,50		
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	142.431,45	149.158,26
95.446,26		
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens		
3.452,00 41.370,00		
Zinsen und ähnliche Aufwendungen		1.630.480,40
1.724.982,97		
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		2.879.381,81
2.571.943,78		
Steuern vom Einkommen und Ertrag		46.704,82
76.741,76		
Sonstige Steuern	446.663,90	448.647,86
Jahresüberschuss	2.386.013,09	2.046.554,16
Einstellungen aus dem Jahresüberschuss in Ergebnissrücklagen		
2.135.692,30 1.800.575,54		
Bilanzgewinn	250.320,79	245.978,62

Anhang für das Geschäftsjahr 2011

A. Allgemeine Angaben

Die Bilanz zum 31.12.2011 und die Gewinn- und Verlustrechnung für den Zeitraum 01.01. bis 31.12.2011 wurden nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches in der Fassung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes BilMoG aufgestellt. Die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung entspricht der Verordnung für die Gliederung des Jahresabschlusses von Wohnungsunternehmen Formblatt VO, wobei für die Aufstellung der Gewinn- und Verlustrechnung das Gesamtkostenverfahren Anwendung findet.

Bei der Gliederung ist die bisherige Form der Darstellung bei den Positionen der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung beibehalten worden. Eine Vergleichbarkeit mit den Vorjahreszahlen ist gegeben.

B. Erläuterungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Bei Aufstellung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung wurden folgende Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden angewandt:

Das Sachanlagevermögen und die immateriellen Vermögensgegenstände sind zu den Anschaffungs- oder Herstellungskosten abzüglich Abschreibungen bewertet.

Für Sachanlagenzugänge sind als Anschaffungs- oder Herstellungskosten Fremdkosten angesetzt. Erhaltene Zuschüsse werden aktivisch abgesetzt.

Auf den Herstellungszeitraum entfallende aktivierungspflichtige Gemeinkosten im Sinne von § 255 Abs. 2 HGB werden aufgrund der Änderung durch BilMoG zukünftig aktiviert. Zinsen für Fremdkapital während der Bauzeit im Sinne von § 255 Abs. 3 HGB werden nicht aktiviert.

Der planmäßigen Abschreibung auf Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohn- und Geschäftsbauten liegt die lineare Abschreibungsmethode zu Grunde. Die Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten werden grundsätzlich auf eine Gesamtnutzungsdauer von 75 Jahren verteilt. Nachträgliche Herstellungskosten werden grundsätzlich nach Maßgabe der buchmäßigen Restnutzungsdauer abgeschrieben.

Die Wohnanlagen KAW Ensen und Urbach Ve 11, 12 werden mit einer Restnutzungsdauer bis zum 31.12.2012 abgeschrieben. Die Wohnanlage Einsteinstraße 1–11 Ve 27 wird mit 3 % p. a. abgeschrieben, separate Garagenobjekte mit 4 % p. a. Die in 2003 fertig gestellte Parkplatzanlage an der Siemensstraße Ve 12 wird linear mit einer Nutzungsdauer von zehn Jahren abgeschrieben. Das in

2004 erworbene Objekt Wattstraße 1-17 Ve 13; Baujahr 1966 wird mit einer Gesamtnutzungsdauer von 40 Jahren abgeschrieben 2,5 % p. a.. Der im Bereich KAW Ensen erstellte Ersatzparkplatz wurde aufgrund Baubeginns des Projektes Amselstraße 11-15 in 2011 aus dem Bestand genommen.

Die Gegenstände der technischen Anlagen, der Betriebs- und Geschäftsausstattung und die immateriellen Vermögensgegenstände werden mit den AfA-Sätzen für allgemein verwendbare Anlagegüter unter Beachtung der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer in drei bis achtzehn Jahren linear abgeschrieben.

Geringwertige Wirtschaftsgüter im Wert zwischen 150,00 € und 1.000,00 € netto werden ab dem Wirtschaftsjahr 2008 als Sammelposten ausgewiesen und mit 20 % p.a. abgeschrieben. Bis zum Wirtschaftsjahr 2007 sind die geringwertigen Wirtschaftsgüter mit einem Wert bis 410,00 € netto im Jahr der Anschaffung in voller Höhe abgeschrieben und als Zu- und Abgang im Anlagespiegel dargestellt worden.

Die Anteile an verbundenen Unternehmen und die anderen Finanzanlagen werden zum Nominalwert ausgewiesen

Die sonstigen Wertpapiere des Anlagevermögens sind mit den Anschaffungskosten bewertet.

Als unfertige Leistungen werden die noch abzurechnenden umlagefähigen Betriebskosten ausgewiesen. Sie enthalten neben den bezogenen Lieferungen und Leistungen, die zu Anschaffungskosten bewertet sind, Leistungen des Gärtnerregiebetriebes, des Waschhauses und der Hauswarte, die zu Herstellungskosten bewertet sind. Für Leerstandszeiten sind aktivisch abgesetzte Wertberichtigungen vorgenommen worden. Ebenfalls unter den unfertigen Leistungen werden die noch nicht abgerechneten Kosten der Geschäftsbesorgung für die GEWOG Wohnungsgesellschaft Porz mbH ausgewiesen, die zu Herstellungskosten bewertet sind.

Die anderen Vorräte werden nach der FIFO-Methode bewertet.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind in Höhe der voraussichtlich realisierbaren Beträge bilanziert, nachdem bei Forderungen aus Vermietung und sonstigen Vermögensgegenständen auf ausfallgefährdeten Posten in angemessenem Umfang Abschreibungen oder aktivisch abgesetzte Einzelwertberichtigungen vorgenommen worden sind.

Die sonstigen Wertpapiere des Umlaufvermögens sind mit den Anschaffungskosten oder dem niedrigeren Wert am Bilanzstichtag bewertet. Niedrigere Ansätze aufgrund von in Vorjahren vorgenommenen Abschreibungen nach § 253 Abs. 4 HGB in der bis zum 28.05.2009 geltenden Fassung werden unter Anwendung der für sie geltenden Vorschriften des HGB fortgeführt. Zuschreibungen bei Wertpapieren erfolgen ab dem Kaufdatum 29.05.2009 zum jeweiligen Bilanzstichtag.

Rückstellungen wurden nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung mit ihrem notwendigem Erfüllungsbetrag angesetzt. In Übereinstimmung mit § 249 HGB sind Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten sowie für im Geschäftsjahr unterlassene Aufwendungen für Instandhaltung gebildet, soweit die Instandhaltungen innerhalb von drei Monaten des Geschäftsjahres 2012 nachgeholt werden.

Die Verbindlichkeiten sind mit dem Erfüllungsbetrag passiviert.

Die einzelnen Bilanzposten wurden unter Beachtung des Niederstwertprinzips verlustfrei bewertet.

C. Erläuterungen zur Bilanz und zur Gewinn- und Verlustrechnung

I. Bilanz

In der Position Unfertige Leistungen sind 4.322.774,70 € noch nicht abgerechnete Betriebskosten ohne Umlageausfallwagnis und 62.481,80 € noch nicht abgerechnete Kosten der Geschäftsbesorgung enthalten.

Die Forderungen gegenüber dem verbundenen Unternehmen in Höhe von 3.295,06 € resultieren aus der Umsatzsteuerorganschaft für das Geschäftsjahr 2011 2.486,97 € und zu erstattender Hauswartkosten 808,09 €.

Die Forderungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr stellen sich wie folgt dar:

	Insgesamt	davon mit einer Restlaufzeit von mehr als 1 Jahr
	Geschäftsjahr	Vorjahr
Forderungen aus Vermietung	112.144,02 €	26.064,56 € 27.630,34 €

In der Position Sonstige Vermögensgegenstände sind insgesamt 78.545,17 € an Zinserträgen aus Wertpapieren des Anlage- bzw. Umlaufvermögens und Festgeldanlagen enthalten, die erst nach dem Abschlussstichtag rechtlich entstehen.

Im Geschäftsjahr wurden Abschreibungen auf sonstige Wertpapiere des Umlaufvermögens in Höhe von 3.452,00 € vorgenommen. Zuschreibungen erfolgten in Höhe von 14.850,00 €

In den Sonstigen Rückstellungen sind folgende Rückstellungen enthalten:

Rückstellungen für im Geschäftsjahr unterlassene Aufwendungen für Instandhaltung innerhalb von 3 Monaten nachzuholen	630.000,00 €
Rückstellung für Kanalsanierungen	94.600,00 €
Rückstellung für Prüfungskosten des Jahres 2011	24.000,00 €
Rückstellung für interne Abschlusskosten	24.000,00 €
Rückstellung für Steuerberatungskosten	6.100,00 €
Rückstellung für Kosten der Veröffentlichung	9.000,00 €
Rückstellung für Berufsgenossenschaft	8.000,00 €
Rückstellung für Urlaubsansprüche	11.080,00 €
	806.780,00 €

Ein Aufwendungsdarlehen wurde gemäß Wahlrecht nach § 88 Abs. 3 II. WohnbauG in Vorjahren in voller Höhe passiviert.

In den Verbindlichkeiten sind keine Beträge enthalten, die erst nach dem Abschlussstichtag rechtlich entstehen.

Die Fristigkeiten der Verbindlichkeiten sowie die zur Sicherheit gewährten Pfandrechte o.ä. Rechte stellen sich wie folgt dar:

		insgesamt	Davon		
			Restlaufzeit	gesichert	
		EURO	unter 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	über 5 Jahre
EURO	Art der Sicherung	EURO	EURO	EURO	EURO
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		5.994.574,24	352.288,08	1.175.887,16	
4.466.399,00	5.994.574,24 Grundpfandrechte	11.280.163,63	577.178,55	1.845.091,50	8.857.893,58
Verbindlichkeiten gegenüber anderen Kreditgebern		29.847.115,23	1.109.297,83	4.883.766,94	
23.854.050,46	29.847.115,23 Grundpfandrechte	26.206.138,46	941.241,45	4.121.219,91	21.143.677,10
Erhaltene Anzahlungen		4.756.655,24	4.756.655,24		
		4.731.264,99	4.731.264,99		
Verbindlichkeiten aus Vermietung		67.002,53	67.002,53		
		62.852,53	62.852,53		
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		1.005.669,61	1.005.669,61		
		1.226.974,27	1.226.974,27		
Sonstige Verbindlichkeiten		101.289,81	101.289,81		
		84.013,64	84.013,64		
Insgesamt		41.772.306,66	7.392.203,10	6.059.654,10	28.320.449,46
35.841.689,47		43.591.407,52	7.623.525,43	5.966.311,41	30.001.570,68

Vorjahreszahlen in Klammern

	Anschaffungs-/ Herstellungskosten	Zugänge	Abgänge
Umbuchungen			

	des Geschäftsjahres EURO	EURO	EURO	EURO
Immaterielle Vermögensgegenstände	72.712,74		0,00	0,00
0,00				
Sachanlagen				
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten	104.977.307,76			32.632,40
426.450,743 1.122,07				
Grundstücke mit Geschäfts- und anderen Bauten	189.961,26		0,00	
11.224,51 - 1.122,07				
Grundstücke ohne Bauten	38.229,47		0,00	0,00 -
29.079,46				
Technische Anlagen und Maschinen	74.797,02		0,00	3.062,12
0,00				
andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	348.655,58			4.743,64
539,00 0,00				
Anlagen im Bau	0,00	659.533,38	0,00	29.079,46
Bauvorbereitungskosten	64.921,15		14.090,82	0,00
			- 30.201,53	
	105.693.872,24	711.000,24	441.278,37	
30.201,53				
Finanzanlagen				
Anteile an verbundenen Unternehmen	4.000.000,00		0,00	0,00
0,00				
Wertpapiere des Anlagevermögens	0,00		3.226.710,00	0,00
0,00				
Andere Finanzanlagen	500,00	0,00	0,00	0,00
	4.000.500,00	3.226.710,00	0,00	0,00
			- 30.201,53	
	109.767.084,98	3.937.710,24	441.278,37	
30.201,53				

	Abschreibungen kumuliert EURO	Buchwert am 31.12.2011 EURO
Abschreibungen des Geschäftsjahres EURO		
Immaterielle Vermögensgegenstände	67.421,74	5.291,00
3.884,00		
Sachanlagen		
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten	39.299.166,88	
65.285.422,61 1.575.644,60		
Grundstücke mit Geschäfts- und anderen Bauten	142.461,98	35.152,70
95,00		
Grundstücke ohne Bauten	0,00	9.150,10 0,00
Technische Anlagen und Maschinen	61.453,90	10.281,00
2.084,00		
andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	230.556,22	122.304,00
37.044,64		
Anlagen im Bau	0,00	688.612,84 0,00
Bauvorbereitungskosten	0,00	79.011,97 0,00
	39.733.638,98	66.229.955,13 1.614.868,24
Finanzanlagen		
Anteile an verbundenen Unternehmen	0,00	4.000.000,00
0,00		
Wertpapiere des Anlagevermögens	0,00	3.226.710,00 0,00
Andere Finanzanlagen	0,00	500,00 0,00
	0,00	7.227.210,00 0,00
	39.801.060,72	73.462.456,13 1.618.752,24

II. Gewinn- und Verlustrechnung

Im Geschäftsjahr 2011 sind keine außerordentlichen Aufwendungen oder Erträge angefallen.

In den Posten der Gewinn- und Verlustrechnung sind folgende wesentliche periodenfremde Erträge und Aufwendungen enthalten:

Erträge aus Kostenerstattungen von Miet- und Räumungsklagen früherer Jahre	54.742,48 €
Sonstige Erträge aus früheren Jahren	14.118,92 €

Unter den „sonstigen betrieblichen Erträgen“ sind Erträge aus Versicherungsentschädigungen in Höhe von 58.675,41 € Vorjahr: 60.135,75 € enthalten.

Die „sonstigen Erträgen aus früheren Jahren“ betreffen die Erstattungen der RheinEnergie aus der Rahmenvereinbarung Wohnungswirtschaft, die mit der Umlagenabrechnung für 2011 an die Nutzer weitergegeben werden.

Unter den „sonstigen betrieblichen Aufwendungen“ wurden erfasst:

Sächliche Verwaltungsaufwendungen	467.860,86 €
Vorjahr:	486.328,56 €
Freiwillige soziale Aufwendungen	6.609,80 €
Vorjahr:	8.232,27 €
Andere Aufwendungen	223.405,90 €
Vorjahr:	220.978,25 €

D. Sonstige Angaben

Zum 31.12.2011 bestanden Verbindlichkeiten aus Gewährleistungsverträgen in Höhe von 126.870,04 € Vorjahr: 142.552,29 €.

Haftungsverhältnisse bestehen in Höhe von 500,00 €. Es handelt sich um die Haftsumme aus der Mitgliedschaft bei einem genossenschaftlichen Kreditinstitut Kölner Bank eG. Das Risiko der Inanspruchnahme wird gering eingeschätzt.

Die Genossenschaft besitzt 100 % der Kapitalanteile an der GEWOG Wohnungsgesellschaft Porz mbH mit Sitz in Köln. Das Stammkapital beträgt 4.000.000,00 €. Im Geschäftsjahr 2011 betrug der Jahresüberschuss 228.779,20 €.

Mit nahe stehenden Unternehmen und Personen wurden in 2011 Geschäfte mit einem Gesamtwert von 181.228,23 € zu marktüblichen Konditionen getätigt. Die Geschäfte betreffen die Geschäftsbesorgung für die Tochtergesellschaft, die Mieten für die Geschäftsräume der Genossenschaft und die Nutzungsgebühren von Aufsichtsratsmitgliedern für angemietete Flächen der Genossenschaft.

Von den zehn Wertpapieren des Anlage- bzw. Umlaufvermögens mit einem Kurswert von 5.739.550,00 € zum Bilanzstichtag war ein Depotbestand mit einem Kurswert von 571.000,00 € zur Sicherung eines Darlehens für den Kauf des Objektes Wattstr. 1–17 Ve 13 zugunsten der Sparkasse KölnBonn verpfändet. Aufgrund der Ablösung des Darlehens besteht die Verpfändung ab 01.01.2012 nicht mehr.

Sonstige nicht in der Bilanz oder dem Anhang ausgewiesene oder nicht vermerkte finanzielle Verpflichtungen, die für die Beurteilung der Finanzlage von Bedeutung sind, bestehen nicht.

Zukünftige Bauinstandhaltungen können mit Eigenmitteln finanziert werden. Zukünftige Neubauten und Modernisierungen werden branchenüblich eigen- und fremdfinanziert.

Zum Bilanzstichtag bestanden keine Forderungen an Mitglieder des Vorstandes und Mitglieder des Aufsichtsrates.

Als Treuhandverbindlichkeit werden Kautionskonten in Höhe von 11.224,55 € ausgewiesen.

Die Zahl der im Geschäftsjahr durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer betrug:

	Vollbeschäftigte	Teilzeitbeschäftigte
Kaufmännische Mitarbeiter	9	4
Technische Mitarbeiter	1	1
Mitarbeiter im Regiebetrieb	1	2
Hauswarte	4	-
	15	7

Außerdem wurde ganzjährig eine Auszubildende beschäftigt.

Für die Mitarbeiter existiert eine betriebliche Altersversorgung bei der Rheinischen Zusatzversorgungskasse RZVK. Die Rentenberechnung erfolgt bei der RZVK nach einem Punktesystem, rentennahe Jahrgänge Geburtstag bis 01.01.1947, für welche das Prinzip der Vollversorgung angewendet wird, sind nicht beschäftigt. Neben dem Beitragssatz von 4,25 % wird ein Sanierungszuschlag in Höhe von 3,5 % vom Zusatzversorgungspflichtigen Entgelt erhoben. Der Aufwand im Geschäftsjahr 2011 betrug 65 T€.

Mitgliederbewegung

Stand 01.01.2011		3.082
Zugang 2011	+	203
Abgang 2011	./.	186
Stand 31.12.2011		3.099

Die Geschäftsguthaben der verbliebenen Mitglieder haben sich im Geschäftsjahr um 90.919,11 € erhöht. Eine Nachschusspflicht besteht gem. § 18 der Satzung nicht.

Abgeltungssteuer

Als steuerbefreite Vermietungsgenossenschaft nach § 5 Abs. 1 Nr. 10 KStG haben wir die Voraussetzungen für die Antragstellung nach § 34 Abs. 16 KStG zum 01.01.2007 erfüllt. Der Vorstand hat beschlossen, die 3 %ige Abgeltungssteuer auf das steuerlich festgestellte EK 02 nicht zu leisten. Dem Antrag auf Ausübung des Wahlrechts mit der Folge, dass die bisherigen Regelungen des §§ 38 und 40 KStG weiter anzuwenden sind, wurde mit Schreiben vom 17.09.2008 des Finanzamtes Köln-Porz stattgegeben.

Name und Anschrift des zuständigen Prüfungsverbandes:

Verband der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft Rheinland Westfalen e.V.

Goltsteinstraße 29

40211 Düsseldorf

Mitglieder des Vorstandes:

Karl Jacob, ehrenamtliches Vorstandsmitglied

Manfred Pöplau, ehrenamtliches Vorstandsmitglied

Uwe Seibel, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied

Mitglieder des Aufsichtsrates:

Hans-Dieter Jungmann, Bautechniker Vorsitzender
Hans Josef Böhner, Betriebswirt stellv. Vorsitzender
Gabriele Enste, Sekretärin
Michael Evert, Rechtsanwalt
Jürgen Hollstein, kfm. Angestellter
Klaus Kuschik, Dipl.-Bauing. bis 11.05.2011
Axel Scholle, Dipl.-Ing. ab 11.05.2011
Wolfgang Mombaur, Dipl.-Kaufmann
Michael Püchner, Dipl.-Kaufmann
Astrid Schinz, Architektin

Köln-Porz, den 29.02.2012

GEWOG – Porzer Wohnungsbaugenossenschaft eG

Vorstand

Karl Jacob

Manfred Pöplau

Uwe Seibel

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2011

A Geschäft und Rahmenbedingungen

1. Allgemeine Angaben

Die GEWOG - Porzer Wohnungsbaugenossenschaft eG wurde am 12.02.1937 gegründet und ist im Genossenschaftsregister Köln unter der Nr. 666 eingetragen. Der Sitz der Genossenschaft ist Köln. Die rechtlichen Verhältnisse regelt die Satzung in der zuletzt am 26.01.2009 eingetragenen Fassung.

Gegenstand des Unternehmens ist vorrangig eine gute, sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung gemeinnütziger Zweck der Mitglieder der Genossenschaft § 2 der Satzung. Der Geschäftskreis richtet sich auf die Steuerbefreiung nach § 5 Abs. 1 Nr. 10 KStG aus.

1. Darstellung des Geschäftsverlaufs und des Geschäftsergebnisses

2.1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung und Branchenentwicklung

Der alles überschattende Super-GAU in Japan erschütterte 2011 die Welt. Die durch das sehr starke Beben ausgelöste riesige Flutwelle beschädigte drei Reaktoren des Atomkraftwerkes in Fukushima so stark, dass es zur Kernschmelze kam; radioaktive Stoffe wurden in großen Mengen frei. Plötzlich wurde ein Alptraum Realität.

Neben dieser Naturkatastrophe und den Revolutionen im arabischen Raum war die noch nicht überwundene Staatsschuldenkrise in Europa und auch - unter anderen Rahmenbedingungen - in den USA der größte Einflussfaktor auf die weltwirtschaftliche Entwicklung im Jahr 2011. Um die Volkswirtschaften zu stützen wurde mit abgestimmten Aktionen der führenden Weltbanken dem globalen Finanzsystem mehr Liquidität zur Verfügung gestellt.

Die Weltwirtschaft hat 2011 nach dem Abklingen kräftiger Aufholeffekte im Zuge der internationalen Krise eine Abschwächung der konjunkturellen Dynamik erkennen lassen. Nach Prognosen des Internationalen Währungsfonds IWF ist die weltweite Wirtschaftsleistung im Jahr 2011 um 4,1 % gewachsen, 2012 dürften es noch 3,3 % werden.

Die US-Wirtschaft ist trotz eines ordentlichen Endsprints im letzten Quartal des vergangenen Jahres mit einer Wachstumsrate von 1,7 % deutlich langsamer gewachsen als 2010. Eine Wachstumsbremse war der vermehrte Import von Waren in die USA, wodurch sich das Handelsbilanzdefizit im Jahr 2011 vergrößerte. Besonders besorgniserregend bleibt die hohe Arbeitslosigkeit, die im Dezember 8,5 % betrug. Auch der Wohnungsmarkt, die Ausgangsbasis der US-Finanzkrise, blieb eine Achillesferse der Wirtschaft. Die Auswirkungen der Eurokrise gelten als größtes Risiko für die US-Wirtschaft.

China erreichte 2011 nach Angaben des Internationalen Währungsfonds IWF ein gegenüber dem Vorjahr leicht abgeschwächtes Wirtschaftswachstum von 9,2 %. Eine Wachstumsrate von weniger als sieben Prozent gilt in Regierungskreisen der Volksrepublik als gefährlich, weil dann der soziale Frieden gefährdet und die Kluft zwischen Arm und Reich vertieft wird. Für die westlichen Industrienationen ist **China** aufgrund seiner Verflechtung in die Weltwirtschaft zu einem entscheidenden Faktor und Teil der globalwirtschaftlichen **Schicksalsgemeinschaft** geworden.

Im Euroraum stieg das Bruttoinlandsprodukt BIP 2011 nach Prognosen von Eurostat, dem Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaft, um 1,5 %; im Vorjahr war es noch um 1,8 % gestiegen. Nach Einschätzung des Ifo-Institutes aus München deuten viele Indikatoren darauf hin, dass sich der konjunkturelle Aufschwung nicht fortsetzt, 2012 soll das Wachstum des BIP in Europa nur noch 0,4 % betragen. Ursächlich für diese Annahme ist, dass die Rezession in einer Reihe von Mitgliedsländern mit strukturellen Umbrüchen - insbesondere im Immobilienmarkt und im Bankensektor - einhergeht.

Die Staatsfinanzen im Euroraum wurden durch die Finanzkrise massiv in Mitleidenschaft gezogen. In einigen Staaten des Euroraumes hat die öffentliche Verschuldung ein derart hohes Ausmaß angenommen, dass von den Finanzmärkten zunehmend erhebliche Insolvenzrisiken unterstellt werden, die die Kreditwürdigkeit dieser Länder schmälern z. B. Griechenland, Portugal. Die Anpassungsreaktionen bestehen in drastischen Sparprogrammen der betroffenen Mitgliedsstaaten. Zur Rettung der Gemeinschaftswährung wurde von der EU der dauerhafte Rettungsschirm ESM Europäischer Stabilitätsmechanismus verabschiedet, der bereits Mitte 2012 startet und damit ein Jahr früher als geplant. Der ESM, mit einem möglichen Volumen von bis zu einer Billionen Euro, löst den Rettungsschirm EFSF ab.

Das Risiko eines Scheiterns der Eurozone belastete die globale Wirtschaft. Die großen Mächte der Eurozone, Deutschland, Frankreich, Italien und Spanien und insbesondere die Europäische Zentralbank bleiben in Zukunft stark gefordert. Allen Krisen zum Trotz führte das kleine Estland als siebzehntes Land zum 01.01.2011 die Gemeinschaftswährung Euro ein.

In Deutschland hat die Bundesregierung als Konsequenz aus der Reaktorkatastrophe in Fukushima, Japan, den stufenweisen Ausstieg aus der Kernenergie beschlossen. Bis spätestens 2022 sollen alle deutschen Atomkraftwerke vom Netz gehen und durch alternative Energieerzeuger ersetzt werden.

Die deutsche Wirtschaft hat sich trotz Euro-Krise 2011 glänzend geschlagen und ist im Euroraum zu einer Konjunkturlokomotive geworden. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt BIP wuchs um 3,0 % Vorjahr 3,7 %, teilte das Statistische Bundesamt mit. Dies lag vor allem am starken ersten Quartal, zum Jahresende ist die Wirtschaftsleistung leicht geschrumpft. Wachstumsimpulse kamen 2011 vor allem aus dem Inland, insbesondere die Konsumausgaben erwiesen sich als Stütze der wirtschaftlichen Entwicklung. Geprägt wurde das Jahr von einer weiterhin kräftigen Investitionsdynamik mit einem Plus von 8,3 % gegenüber dem Vorjahr. Zwar überstiegen die deutschen Ausfuhren erstmals eine Billionen Euro, die Exporte stiegen um 11,4%, insgesamt trug der Außenhandel aber nur einen geringen Anteil von 0,8 % am Wirtschaftswachstum bei.

Der Konsum war 2011 stärkster Motor der wirtschaftlichen Entwicklung, preisbereinigt stiegen die privaten Konsumausgaben um 1,5 %, die staatlichen um 1,2 %. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit, der Anstieg der Erwerbstätigkeit und Lohnsteigerungen führten dazu, dass der private Konsum so stark wie seit 2006 nicht mehr stieg. Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte erhöhte sich 2011 um 2,8 %.

Der Umfang der Bauinvestitionen in Deutschland ist nach Angaben des Statistischen Bundesamtes im Jahr 2011 im Vorjahresvergleich um 5,4 % gestiegen, das stärkste Plus seit 1994. Getragen wurde dieser Aufschwung insbesondere durch die kräftigen Zuwächse bei den Wohnbauten +5,9 %. Mit einem Anteil von 57 % an der Gesamtsumme der Bauinvestitionen sind die Wohnbauten Neubau und Sanierungen zudem die bedeutsamste Teilsparte unter den Bauarten. Im Wohnungsneubau, und hier insbesondere im Geschosswohnungsbau, zeigte sich die Nachfrage im Jahr 2011 ungebrochen. Die Baugenehmigungen lagen um rund ein Fünftel insgesamt bzw. um ein Viertel Geschosswohnungsbau über dem Vorjahrsniveau. In den öffentlichen Hochbau wurde dagegen weniger investiert, die konjunkturelle Dynamik drehte sich um, was in erster Linie auf das Auslaufen der staatlichen Konjunkturprogramme im Zusammenhang mit der Finanz- und Wirtschaftskrise des Jahres 2008 zurückzuführen ist.

Das Fehlen sicherer Anlagemöglichkeiten an den Finanzmärkten macht den Wohnungsbau für viele Anleger zusätzlich attraktiv; Immobilien gelten als weitgehend sichere und werterhaltende Kapitalanlage. Den positiven Trend beim Wohnungsbau beflügelte zudem das weiterhin äußerst niedrige Niveau der Hypothekenzinsen. Für 2012 wird mit einer leichten Verschlechterung der Finanzierungsbedingungen gerechnet, es ist mit moderaten Zinssteigerungen zu rechnen.

Das Haushaltsloch der Bundesregierung fiel, wie das Bundesfinanzministerium mitteilte, mit 17,3 Mrd. € deutlich kleiner aus als erwartet. Grund ist die boomende Wirtschaft und gestiegene Steuereinnahmen sowie gesunkene Ausgaben für Zinszahlungen. Das Haushaltsdefizit sank 2011 auf ein Prozent des BIP im Vorjahr 3,5 % und damit deutlich unter das von den EU-Staaten festgelegte Maastricht-Kriterium zur maximalen Neuverschuldung von drei Prozent.

Die Verbraucherpreise in Deutschland stiegen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes im Jahresdurchschnitt 2011 gegenüber dem Vorjahr um 2,3 %. Damit lag die Jahresteuersatzrate deutlich höher als in den beiden Vorjahren; 2010 mit +1,1 %, 2009 mit +0,4 %. Für 2011 wurden sowohl im Jahr als auch in allen einzelnen Monaten Inflationsraten von 2 % und mehr ermittelt. Für den deutlichen Anstieg der Jahresteuersatzrate 2011 waren vor allem die Energiepreise mit einem Plus von 10 % verantwortlich, aber auch bei Nahrungsmitteln und alkoholfreien Getränken zeigten sich überdurchschnittliche Preissteigerungen.

Die Wirtschaftsleistung in Deutschland wurde nach Angaben des Statistischen Bundesamtes im vierten Quartal des Jahres 2011 von rund 41,6 Millionen Erwerbstätigen erbracht, das waren 1,4 % mehr als ein Jahr zuvor; die Erwerbstätigenzahl erreichte nochmals einen neuen Höchststand. Erfreulich war zudem, dass der Anstieg der Erwerbstätigkeit überwiegend vom Aufbau voll sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung getragen wurde. Die Bruttolöhne und -gehälter der Arbeitnehmer erhöhten sich 2011 um 3,9 %. In dieser Zahl spiegeln sich der massive Abbau der Kurzarbeit, tarifliche Lohnerhöhungen sowie die höhere Arbeitnehmerzahl wieder.

Der Arbeitsmarkt hat nach Informationen der Bundesagentur für Arbeit vom konjunkturellen Aufschwung profitiert. Die Zahl der Erwerbslosen im Jahr 2011 sank spiegelbildlich zur hohen Erwerbstätigenzahl auf

knapp unter drei Millionen. Die Arbeitslosenquote ist jahresdurchschnittlich auf 7,1 % im Vorjahr 7,7 % gesunken. Der deutsche Arbeitsmarkt hat im Aufschwung an die Entwicklung des letzten Konjunkturzyklus anknüpfen können, in 2011 erreichten Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung den jeweils niedrigsten Stand seit 1991.

Auch wenn die deutsche Konjunktur sich als Insel im Sturm der Euro-Krise zeigte, ganz unbeschadet wird sie die andauernden Turbulenzen nicht überstehen können. Die Hoffnungen hängen im Wesentlichen am privaten Konsum, und damit am Arbeitsmarkt. Vom Außenhandel kann 2012 angesichts der Sparprogramme in den Euro-Ländern und der globalen Konjunkturabkühlung wenig erwartet werden.

Das vom Marktforschungsunternehmen GfK, Gesellschaft für Konsumforschung, ermittelte Konsumklima in Deutschland zeigte sich trotzdem deutlich aufgeheitert. Entscheidend dafür seien die jüngsten Lohnzuwächse und die auf unter drei Millionen Menschen gesunkene Arbeitslosigkeit.

Es bleibt Aufgabe der Politik, insbesondere der Bundesregierung in Berlin, Deutschland mit strukturellen Reformen, die die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft verbessern, nach vorn zu bringen und die richtigen Weichen für unsere Zukunft zu stellen. Beim Mietrecht z. B. gilt es, endlich bestehende Hemmnisse für energetische Investitionen abzubauen und die Ausgewogenheit der Interessen von Wohnungswirtschaft und Mieterschaft dort wieder herzustellen, wo sie nicht mehr gegeben ist!

Die Marktsegmente der Immobilienwirtschaft blieben auch 2011 als ausgewogen bis entspannt eingestuft, von einigen Ballungsgebieten mit Engpässen abgesehen. Aus der globalen Perspektive betrachtet, sind weiterhin ausreichend Wohnungsangebote in allen Segmenten vorhanden. Der gut ausbalancierte deutsche Wohnungsmarkt mit seiner Mischung von Eigentum, Miete und genossenschaftlichem Wohnen war eine zentrale Voraussetzung dafür, dass Deutschland gut durch die Wirtschafts- und Finanzkrise gekommen ist. In anderen Ländern war der Wohnungsmarkt Auslöser der Krise, in Deutschland wirkte er stabilisierend. Die Immobilienaktien verzeichneten 2011 nach den deutlichen Wertzuwächsen im vergangenen Jahr eine negative Entwicklung. Der DIMAX Deutscher Immobilienaktienindex sank gegenüber dem Endstand 2010 um rund 12 %

Der Transaktionsmarkt für Wohnimmobilienportfolios für 2011 endete mit einem Drei-Jahres-Hoch. Nach Angaben von Residential Investment Jones Lang LaSalle wurden mit insgesamt mit rund 150.000 fast dreimal so viele Wohnungen gehandelt wie im Vorjahr. Der starke Anstieg des Transaktionsvolumens bestätigte den Trend der Investitionen in Sachwerte. Für 2012 beeinflussen unsichere Finanz- und Aktienmärkte sowie die Folgen der europäischen Schuldenkrise die Dynamik und könnten dämpfende Auswirkungen haben.

Wie in den meisten Städten ist auch in Köln der Anteil öffentlich geförderter Wohnungen mit ihrer Preisbindung zuletzt massiv geschrumpft, weil die Mietpreis- und Belegungsbindungen in erheblichem Umfang ausgelaufen sind. Neubauten konnten diesen Verlust nicht kompensieren. Die wachsende Zahl nachfrageschwacher Haushalte traf im preisgünstigen Segment auf weiter schrumpfende Sozialwohnungsbestände. Dieser Trend wird sich in Zukunft fortsetzen. Neben rückläufigen Regionalmärkten waren insbesondere die Wohnungsmärkte in den wirtschaftlich dynamischen Ballungsräumen durch Nachfrageüberhänge mit steigenden Mieten gekennzeichnet.

Die Bestandsmieten in Deutschland nettokalt sind wiederum nur moderat gestiegen. Dies geht aus dem „F+B Mietspiegelindex 2011“ hervor. Lediglich ein Prozent betrug die durchschnittliche Mietsteigerung für eine 65 m² große Wohnung mittlerer Ausstattung und Lage im letzten Jahr. Das Mietniveau in Köln lag mit 7,80 €/m²/mtl. deutlich über dem deutschen Mittelwert von 6,04 €/m²/mtl. zum Vergleich: GEWOG-Porz eG 5,80 €/m²/mtl.. Es handelt sich um statistische Durchschnittswerte, die für den gesamten Mietwohnungsbestand ermittelt wurden. Regional bzw. lokal beobachtete Mietpreissteigerungen können hiervon deutlich abweichen, dies gilt vor allem für Neuvertragsmieten.

Die Angebots- und Nachfragesituation an Mietwohnungen im Stadtgebiet Köln-Porz, in dem die GEWOG-Porz eG am Markt präsent ist, war im abgelaufenen Geschäftsjahr durch eine weiterhin als ausgeglichen zu bezeichnende Situation gekennzeichnet. Den Interessenten standen in allen Segmenten öffentlich geförderter und freifinanzierter Wohnungsbau ausreichende Angebote an Wohnungen gegenüber. Wesentliche Steigerungen der Mietpreise waren nicht zu verzeichnen. 2011 betrug die Durchschnittsmiete der GEWOG-Wohnungen 5,80 €/m²/mtl. und lag damit deutlich unter dem Kölner Mittelwert von 7,80 €/m²/mtl. Steigerungen der Betriebskosten, insbesondere der Energieversorgung, verteuerten das Wohnen in unserer Region.

2.2 Geschäftstätigkeit

Organe

Im Berichtsjahr 2011 fanden 22 Vorstandssitzungen statt, der Aufsichtsrat und seine Ausschüsse traten zu insgesamt 12 Sitzungen zusammen.

Der Bericht des VdW-Verband der Wohnungswirtschaft Rheinland Westfalen e.V. über die gesetzliche Prüfung des Geschäftsjahres 2010, Nr. RW-91430-0101-2010, wurde am 14.10.2011 erstellt und enthält keine wesentlichen Bemerkungen.

Die ordentliche Vertreterversammlung für das Geschäftsjahr 2010 fand am 11.05.2011 im Hotel Holiday Inn am Flughafen Köln/Bonn statt. Die anwesenden Vertreter nahmen den Bericht des Vorstandes nebst Erläuterungen zum Jahresabschluss 2010 und den Bericht des Aufsichtsrates entgegen. Alle erforderlichen Beschlüsse zur Bilanz 2010, den vorgelegten Berichten, der Gewinnverwendung und zur Entlastung von Aufsichtsrat und Vorstand wurden gefasst.

Wohnungsbewirtschaftung

Die GEWOG bewirtschaftete 2011 zum Ende des Geschäftsjahres 2.711 Wohnungen, die sich wie folgt zusammensetzen:

Altbauwohnungen bezugsfertig vor dem 21.06.1948	35
Öffentlich geförderte Wohnungen	71
Freifinanzierte bzw. nicht mehr der öffentlichen Bindung unterliegende Wohnungen	2.605

Die Anzahl der Gewerbeeinheiten, Garagen, Tiefgaragenplätze und Außenstellplätze belief sich auf insgesamt 1.016 Einheiten 16 Gewerbeeinheiten, 1.000 Garagen/Stellplätze.

Zum 31.12.2011 betrug die Wohn- und Nutzfläche 169.473,17 m² Vorjahr 171.409,65 m². Die Reduzierung ergab sich aus dem Abbruch der Objekte Planckstraße 1/3, 8a/10/12 und Ohmstraße 53/55 Ve 12, KAW Urbach.

Die Sollmieten betrugen im abgelaufenen Geschäftsjahr rund 12.141 T€. Dies bedeutet eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 250 T€ +2,1 %, zurückzuführen auf die Erhöhungen von Nutzungsgebühren bei Mieterwechseln, Mieterhöhungen nach BGB und die ganzjährige Auswirkungen von in 2010 unterjährig vorgenommenen Anpassungen.

Als partiell steuerbefreite Vermietungsgenossenschaft wurden die Sollmieten zum größten Teil im Bereich der Wohnraumvermietung 11.720 T€ erzielt. Aus der Vermietung von Garagen und Stellplätzen 338 T€ sowie von gewerblichen Einheiten 83 T€ wurden 421 T€ erzielt.

Die durchschnittliche Netto-Nutzungsgebühr pro m² Wohnfläche monatlich erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 0,18 € auf 5,80 €. Bereinigt um die zum Abbruch vorgesehenen Wohnungen der KAW Ensen und Urbach Ve 11 und 12 betrug die Durchschnittsmiete 5,94 €/m² Wohnfläche Vorjahr 5,79 €. Die moderate Erhöhung ist u. a. auf den Wegfall von Wohnungen im ganz niedrigen Preissegment durch Abbruch Ve 12, Ohmstr. 51/53, Planckstraße 1/3 und 8a/10/12 sowie den höheren Nutzungsentgelten bei der Vermietung der im Zuge von Mieterwechseln modernisierten Wohnungen zurückzuführen.

Die Durchschnittsmiete im Unternehmen „über alles“ Gewerbe, Stellplätze, Wohnungen pro m² Wohn- und Nutzfläche erhöhte sich auf 5,97 €/mtl.

Die Gesamtzahl der Kündigungen von Wohnraumnutzungsverhältnissen addierte sich im Geschäftsjahr auf 213, die Fluktuationsquote betrug 7,9 %. Bereinigt um die zum Abriss vorgesehenen Objekte der KAW Ensen und Urbach Ve 11 und 12 erfolgten 194 Wohnungskündigungen; dies entspricht einer Quote von 7,6 %.

Im Berichtszeitraum wurden 204 neue Dauernutzungsverträge im Vorjahr 266 abgeschlossen. Innerhalb des eigenen Bestandes zogen 35 Mitglieder um, dies entspricht wie im Vorjahr rund 17 % der Neuvermietungen.

Leerstandszeiten entstehen in der Regel durch umfassende Instandhaltungsmaßnahmen vor Neuvermietung, die den Wohnwert erhöhen und eine bessere Vermietbarkeit der Wohnungen ermöglichen.

Ausfälle an Nutzungsgebühren auf Sollmieten, abgerechneten Umlagen sowie Abschreibungen auf Mietforderungen und Fremdkosten für Miet- und Räumungsklagen abzüglich Zahlungseingänge auf abgeschriebene Forderungen und Kosten für Miet- und Räumungsklagen lagen bei rd. 407 T€. Im Vergleich zum Vorjahr ist der Anteil des Ausfalles an den Sollmieten und abgerechneten Umlagen auf

2,4 % Vorjahr 3,9 % gefallen. Bereinigt um den Leerstand in den Objekten KAW Ensen und Urbach Ve 11, 12 betrug die Ausfallquote 1,8 % Vorjahr 3,2 %.

Die Erlösschmälerungen im Bereich der Sollmieten konnten im Geschäftsjahr 2011 mit 191.675,00 € deutlich unter den Vorjahreswert 408.500,43 € gesenkt werden.

Die Erlösschmälerungen der Sollmieten teilen sich wie folgt auf:

	Geschäftsjahr	Vorjahr
wegen Abbruch	29.366,04 €	56.603,07 €
wegen Ausbau / Modernisierung / Renovierung	86.986,48 €	137.692,21 €
wegen Erstbezug von Neubauten	0,00 €	74.530,80 €
wegen Vermietungsschwierigkeiten	17.256,08 €	72.954,14 €
wegen fehlender direkter Anschlussvermietung	31.327,78 €	33.644,04 €
aus sonstigen Gründen	26.738,62 €	33.076,17 €

Die Reduzierung ergibt sich aus dem geringeren Zeitaufwand für die Durchführung von Modernisierung von Wohnungen im Zuge von Mieterwechseln und der daraus folgenden schnelleren Anschlussvermietung. Auch ist festzustellen, dass aufgrund der Lage des Bestandes z. B. Grengel Vermietungsschwierigkeiten im Geschäftsjahr nicht wie in den Vorjahren aufgetreten sind.

Von den 139 am 31.12.2011 leer stehenden Wohnungen 5,1 % des Gesamtbestandes betrafen 94 die Objekte der KAW Ensen und Urbach Ve 11 und 12 mit insgesamt noch 108 Wohnungen, die kurzfristig zum Abbruch vorgesehen sind. Der bereinigte Leerstand zum 31.12.2011 betrug 1,7 % 45 von 2.603 Wohnungen. Am Stichtag wurden in 26 der leer stehenden Wohnungen umfangreiche Instandhaltungsmaßnahmen durchgeführt, die sich in 2012 fortsetzten. Für acht Wohnungen wurde zum Beginn des Jahres 2012 ein Dauernutzungsvertrag abgeschlossen.

Während des Geschäftsjahres 2011 standen 73 Vorjahr 71 der Wohnungs- und Gewerbeeinheiten bis zu einem Monat zur Vermietung frei, zwischen zwei und sechs Monaten waren 123 Einheiten Vorjahr 145 nicht vermietet. Länger als sechs Monate standen, fast ausschließlich aus den KAW-Gebieten, 114 Einheiten Vorjahr 175 leer.

Wie bereits in den Vorjahren resultiert der relativ hohe Gesamt leerstand per 31.12.2011 und die damit verbundenen Leerstandskosten aus dem in 2003 gefassten Unternehmensbeschluss, die Gebäude der Ve 11 und 12, KAW Ensen und Urbach, aufgrund ihrer unzureichenden Bausubstanz abzureißen und diese Gebiete städtebaulich neu zu entwickeln. Daher und aufgrund der unzureichenden Ausstattung kein Bad, keine Heizung werden dort gekündigte Einheiten nicht neu vermietet.

Die Wohnfläche der per Stichtag nicht vermieteten Einheiten betrug 7.069,51 m² und somit 4,2 % Vorjahr 5,2 % der gesamten Fläche. Bereinigt um die Wohnflächen der KAW Ensen und Urbach betrug die nicht vermietete Fläche nur 2.761,42 m² von 163.422,99 m² oder 1,7 % Vorjahr 2,1 %.

Die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Mietforderungen sind von 43 T€ auf 30 T€ gesunken. Die Fremdkosten für Miet- und Räumungsklagen betrugen rund 51 T€ und haben sich im Vergleich zum Vorjahr ebenfalls verringert. Diesen Posten standen Erträge aus erstatteten Kosten für Miet- und Räumungsklagen mit 62 T€ Vorjahr 16 T€ gegenüber. In Zukunft ist vermehrt mit Gerichtsverfahren aufgrund von kalten Wintern und nicht ordnungsgemäßem Heiz- und Lüftungsverhalten, die zu Schäden durch Schimmelbildungen in den Wohnungen führen, zu rechnen.

Weiterhin werden einige Wohnungen in vertragswidrigem Zustand an die Genossenschaft zurückgegeben. Die Kosten zur Herrichtung beliefen sich im Geschäftsjahr auf ca. 41 T€, diese wurden den ehemaligen Mietern belastet. Das Geschäftsguthaben der Genossenschaftsanteile reichte in einigen Fällen nicht aus, den vertragsgemäßen Zustand vor Neuvermietung wieder herzustellen. Bedingt durch die Rechtsprechung des BGH zur Thematik Schönheitsreparaturen werden Mieterbelastungen zunehmend erschwert.

Die um Wertberichtigungen und Abschreibungen korrigierten Forderungen aus Vermietungen betrugen zum Bilanzstichtag rund 112 T€. Bereinigt um die gestundeten Forderungen aus Ratenzahlungsvereinbarungen bzw. zukünftigen Verrechnungen mit den Geschäftsguthaben betrug der Forderungsbestand rund 43 T€. Dies entspricht 3,0 % der Sollmieten und Vorauszahlungen aus Dezember 2011 Vorjahr 4,2 % bzw. 0,3 % der Erlöse aus Sollmieten und Umlagenabrechnungen des Geschäftsjahres 2011.

Instandhaltungen / Sanierungen / Modernisierungen / Erwerb

Ziel der GEWOG ist und bleibt es, ihren Mitgliedern Wohnung und Wohnumfeld mit modernem und zeitgemäßem Standard zur Verfügung zu stellen und damit eine gute, sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung zu gewährleisten § 2 unserer Satzung.

Das Investitionsvolumen 2011, bestehend aus Instandhaltung, Modernisierung, Neubau und Erwerb, betrug rund 5.949 T€ incl. verrechneter interner Aufwand von 372 T€.

Die Fremdkosten für die Planung und Erstellung neuer Objekte incl. Abbruchkosten sowie nachträgliche Herstellungs- bzw. Erwerbskosten für in Vorjahren fertig gestellte Objekte und aktivierten Modernisierungskosten beliefen sich auf 733 T€.

Umfangreiche Modernisierungen und Instandhaltungen an den GEWOG-Immobilien sowie im Bereich des Wohnumfeldes wurden auch in 2011 durchgeführt. Das Investitions- bzw. Aufwandsvolumen betrug insgesamt 4.844 T€ Fremdkosten und befindet sich auf dem Niveau des Vorjahres.

Besonders zu erwähnen sind folgende Maßnahmen:

Ve 41, Im Oberfeld 1-15 Erneuerung der Fassade, Haustür- und Treppenhäusenfensteranlage, Eingangstüren, Entwässerung, Balkone; T€ 1.505

Ve 58, Linder Weg 10-24 Überarbeitung/Neugestaltung der Zufahrten und Parkplätze sowie Ertüchtigung der Kanäle; T€ 344

Ve's 52, 53, 57, Meisen-, Elster-, Lerchen- und Starenweg Anstrich der Fassaden, Sanierung von Balkonen. T€ 302

Für die Renovierung von Treppenhäusern, Balkonsanierungen, Speicherbodendämmungen, Füllungen und Ersatzpflanzungen, allgemeine Wohnumfeldverbesserungen und ähnliche Maßnahmen wurden 712 T€ aufgewendet.

Wohnungswechsel, vor allem in den älteren Beständen, wurden dazu genutzt, wertverbessernde und wohnwerterhöhende Maßnahmen Fußböden, Sanitärinstallation und -ausstattung, Elektroinstallation in den Wohnungen durchzuführen.

Die Aufwendungen für die laufende Instandhaltung unseres Immobilienbestandes incl. Versicherungsschäden in Höhe von 842 T€ Vorjahr 781 T€ und die mietwirksamen Aufwendungen vor Neuvermietung in Höhe von 1.138 T€ Vorjahr 1.177 T€ an und in unseren Häusern bzw. Wohnungen addierten sich im Geschäftsjahr 2011 auf 1.980 T€.

Der Gesamtinstandhaltungsaufwand der Genossenschaft, bestehend aus laufender Instandhaltung, Großmaßnahmen, modernisierungsbegleitender Instandhaltung, wertverbessernder Maßnahmen, verrechnetem sächlichen Aufwand und Personalaufwand, abzüglich der Erstattungen durch Versicherungen, betrug 5.116 T€ und damit 30,19 € pro m² Wohn- und Nutzfläche und ist zum Vorjahr um 2,61 € je m² gestiegen.

Die umfangreichen Sanierungen im Bereich Sanitär, Fußboden und Elektro vor Neuvermietung um die Wohnungen auf einen zeitgemäßen Standard zu setzen, wurden im Geschäftsjahr 2011 fortgesetzt. Das Investitionsniveau hat sich leicht über dem des Vorjahres eingependelt.

Der Gesamtaufwand für Instandhaltung/-setzung ist gegenüber dem Vorjahr nochmals gestiegen und erreicht den höchsten Ansatz der vergangenen fünf Jahre.

Im Geschäftsjahr 2011 wurde über die „Arbeitsgemeinschaft Kölner Wohnungsunternehmen“ ARGE unter dem Gesichtspunkt des Wirtschaftlichkeitsgebotes die Energieart Gas ausgeschrieben. Das Ergebnis hat als günstigsten Anbieter nach Verhandlungen die RheinEnergie Köln ergeben. Die neuen Preise - gültig ab Januar 2012 - bieten in Abhängigkeit des individuellen Verbrauchs der Mitglieder in den Wohnanlagen und der Jahreszeit ein Einsparpotential von rund 10 %.

Neubautätigkeit

Im September 2011 wurde planmäßig mit den Bauarbeiten des Projektes Ve 86, Amselstr. 11-15, in Porz-Ensen begonnen. Nachdem die dortigen KAW-Gebäude entmietet und abgerissen werden konnten, entstehen auf dem ca. 3.855 m² großen Grundstück drei baugleiche energieeffiziente Wohngebäude in Winkelform mit jeweils drei Vollgeschossen und einem Staffelgeschoss sowie einer gemeinsamen Tiefgarage. Insgesamt werden 42 Wohnungen mit rund 3.440 m² Wohnfläche errichtet, in der Tiefgarage sind 34 Stellplätze vorgesehen. Geplant sind Zwei- und Dreizimmer-Wohnungen mit Wohnflächen von etwa 60 bis 90 m² in den Regelgeschossen und bis etwa 100 m² in den Staffelgeschossen. Die

Ausstattung orientiert sich am Niveau unserer letzten Neubauten, z.B. Aufzug, Parkett, Fußbodenheizung.

Das Energiekonzept sieht für die drei Gebäude den Einsatz einer gemeinsamen Pelletsanlage in Kombination mit Solarthermie auf den Dächern und dezentrale Lüftungsanlagen mit Wärmerückgewinnung in den Wohnungen vor, wodurch KfW-40 Standard erreicht wird. Zusätzlich wurde die Neubaumaßnahme in das Landes-Programm für Rationelle Energieverwendung, Regenerative Energien und Energiesparen progress.nrw, 100 Solarsiedlungen NRW aufgenommen.

Die Fertigstellung der ersten zwei Gebäude, Amselstr. 13 und 15, ist zum 01.01.2013 geplant, das dritte Gebäude, Amselstr. 11, wird mit einem zeitlichen Versatz von ca. einem halben Jahr fertiggestellt.

Das Investitionsvolumen für dieses Projekt wurde mit rund 7,8 Mio. € kalkuliert. Die Finanzierung erfolgt zu rund einem Drittel aus Eigenmitteln der Genossenschaft, einem KfW-Darlehen in Höhe von 2,1 Mio. € und einem Hypothekendarlehen über 3,2 Mio. €. Die im Geschäftsjahr 2011 erfolgten Zahlungen in Höhe von rund 535 T€ erfolgten aus Eigenmitteln.

Das formelle Verfahren zur Aufstellung eines Bebauungsplanes für das Gebiet der Schlichtwohnungen KAW-Urbach rund um die Hertz- und Planckstraße wurde gemeinsam mit der Stadt Köln fortgesetzt. Die Berechnungen zur GRZ/GFZ wurden abgestimmt, Tiefgaragenzufahrten angepasst sowie der Umweltbericht mit seinen Fachgutachten zu Flora und Fauna einschließlich des Grünordnungsplanes erstellt. Bedingt durch die Notwendigkeit der ausführlichen Erörterung in den politischen Gremien der Stadt Köln wird mit einer Rechtskraft des B-Planes durch Satzungsbeschluss zum Jahresende 2012 gerechnet.

Die Planungen zur städtebaulichen Gliederung und Neuausrichtung der Gebäudeanordnungen sehen vor, das in mehreren Bauabschnitten und über mehrere Jahre verteilt, insgesamt rund 260 Genossenschaftswohnungen in diesem rund 2,3 Hektar großen Gebiet entstehen. Nach dem derzeitigen Stand des B-Plan Verfahrens kann voraussichtlich 2013 mit den ersten Baumaßnahmen begonnen werden.

In 2011 wurden Gespräche mit dem Bauträger Wilma Wohnen Köln-Bonn GmbH aus Ratingen, der bereits das Projekt Germania Carré Ve 33 mit 72 Wohnungen in Porz-Mitte für uns errichtet hat, über die schlüsselfertige Errichtung der Neubauten im Gebiet rund um die Hertz- und Planckstraße aufgenommen. Die Verhandlungen führten im Dezember zum Abschluss eines Dienstleistungsvertrages/Letter of Intend LOI, da parallel zu den zu führenden Verhandlungen zum Abschluss eines Generalunternehmervertrages eine Einbindung in die fortzusetzenden Planungen unumgänglich ist.

Im Geschäftsjahr 2011 wurden nach vollständiger Entmietung die Objekte Ohmstr. 51/53, Planckstr. 1/3 und 8a/10/12 mit insgesamt 36 Wohnungen abgerissen. Die Kosten dieser Abbrüche betrugen rund 155 T€. Die Anzahl der Schlichtwohnungen im Gebiet der KAW-Urbach Ve 12 reduzierte sich zum Jahresende auf 78 von ursprünglichen 180.

Mitgliederbewegung

Im Geschäftsjahr 2011 haben sich im Mitgliederbestand und in der Anzahl der gezeichneten Geschäftsanteile nachfolgend dargestellte Entwicklungen ergeben:

	Mitglieder	Geschäftsanteile	
Stand 01.01.2011		3.082	6.356
Zugänge 2011		+ 203	+ 453
Abgänge 2011			
- durch Kündigung	121	241	
- durch Übertragung	8	16	
- durch Tod	51	102	
- durch Ausschluss	6	./.	371
Stand 31.12.2011		3.099	6.438

Auf das gezeichnete Kapital waren zum 31.12.2011 Einzahlungen in Höhe von 98,9 % erfolgt.

Geschäftsergebnis

Das Geschäftsjahr 2011 schloss zum 31.12. mit einem Jahresüberschuss von 2.386.013,09 €. Der Überschuss wurde, wie in den vergangenen Jahren, im Wesentlichen im Bereich der Hausbewirtschaftung erzielt. Nach Einstellung von 2.135.692,30 € in die gesetzliche, Bauerneuerungs-

und freie Rücklage verbleibt für das Geschäftsjahr 2011 ein Bilanzgewinn von 250.320,79 € zur Ausschüttung der satzungsgemäßen Dividende von 4 %.

Der im Wirtschaftsplan 2011 prognostizierte Überschuss von 1.650 T€ wurde um 736 T€ übertroffen. Dies resultiert im Wesentlichen aus Mehreinnahmen gegenüber dem Budgetansatz im Bereich der Sollmieten/Umlagen 14 T€, sonstigen betrieblichen Erträgen 67 T€ und Zinserträgen 40 T€, denen geringere Instandhaltungs- 156 T€, Betriebs- 394 T€ und Personalkosten 70 T€ als veranschlagt gegenüberstehen.

Hinsichtlich weiterer Einzelheiten zum Jahresabschluss 2011 Ergebniskomponenten, Vermögens- und Kapitalstruktur wird auf B – Darstellung der Lage, Ziffer 1-3, verwiesen.

2.1 Finanzielle Leistungsindikatoren

Durch den vorgestellten Jahresabschluss zum 31.12.2011 wird weiterhin ein positives Bild der Genossenschaft aufgezeigt, wie die nachfolgend ausgewählten Kennzahlen verdeutlichen und erläutern.

Die Gesamtkapitalrentabilität, das Verhältnis von Jahresüberschuss zzgl. Fremdkapitalzinsen und Ertragssteuern zur Bilanzsumme am 31.12., betrug im Geschäftsjahr 4,9 % und ist im Vergleich zum Vorjahr leicht gestiegen. Die Eigenkapitalquote ist im Vergleich zum Vorjahr um 2,5 %-Punkte auf 48,8 % gestiegen.

Die durchschnittliche Sollmiete pro m² Wohn- und Nutzfläche 169.473,17 m² betrug 5,97 €/mtl. Die Leerstandquote, das Verhältnis der am Bilanzstichtag leer stehenden Wohnungen zum Gesamtbestand, erreichte 5,1 % im Vorjahr 6,0 %. Bereinigt um den Bestand und den Leerstand der zum Abbruch vorgesehenen Wohnungen im Bereich der KAW Ensens und Urbach Ve 11 und 12 betrug der Leerstand zum Stichtag lediglich 1,7 % Vorjahr 2,0 %.

Instandhaltungskosten von 5.116 T€ Fremdkosten zzgl. verrechnetem Personal- und Sachaufwand, abzgl. Erstattungen von Versicherungen und Mitgliedern bedeuteten bei 169.473,17 m² Gesamtwohn- und Nutzfläche 2,52 € pro m² monatlich und damit einen Anteil von rund 42 % der durchschnittlichen Sollmiete im Unternehmen.

Die durchschnittlichen Buchwerte der bebauten Grundstücke betrugen 385,43 € je m² Wohn-/Nutzfläche. Dies bedeutete eine Verringerung um 4,69 € oder 1,2 % im Vergleich zum Vorjahr, bedingt durch die jährlichen Regelabschreibungen. Der Abnutzungsgrad des Sachanlagevermögens betrug 37,5 % im Vorjahr 36,4 %. Die Verschuldung ist durch die planmäßigen Tilgungen im Geschäftsjahr 2011 von 218,69 € auf 211,49 € pro m² Wohn-/Nutzfläche gesunken.

B Darstellung der Lage

1. Vermögenslage

In der nachfolgenden Aufstellung wurden die Positionen zur Vermögens- und Kapitalstruktur den entsprechenden Vorjahreszahlen gegenübergestellt:

	31.12.2011		31.12.2010		Veränderungen		
	T€	%	T€	%	T€		
Vermögensstruktur							
Anlagevermögen							
Immaterielle Vermögensgegenstände			5	0,0	9	0,0	./.
Sachanlagen	66.230		79,8		67.140	81,0	./.
Finanzanlagen	7.227		8,7		4.001	4,8	+
Umlaufvermögen							
Langfristig	26	0,0	28	0,0	./.	2	
Kurzfristig							
Unfertige Leistungen	4.386		5,3		4.400	5,3	./.
Flüssige Mittel und Wertpapiere des Umlaufvermögens			5.009		6,0	7.145	8,7
Übrige Aktiva	206	0,2	182	0,2	+	24	
Gesamtvermögen	83.089		100,0		82.905	100,0	+
Kapitalstruktur							
Eigenkapital							
Langfristig							
Geschäftsguthaben verbleibender Mitglieder			6.368	7,7	6.277	7,6	+
Ergebnisrücklagen	33.558		40,4		31.422	37,9	+
	39.926	48,1	37.699	45,5	+	2.227	
Kurzfristig							

Geschäftsguthaben ausgeschiedener Mitglieder	334	0,4	417	0,5	./.	83
Bilanzgewinn	250	0,3	246	0,3	+	4
	40.510	48,8	38.362	46,3	+	2.148
Fremdkapital						
Langfristig						
Verbindlichkeiten aus der Dauerfinanzierung	35.796	43,1	37.467	45,2	./.	1.671
Kurzfristig						
Rückstellungen	807	1,0	952	1,1	./.	145
erhaltene Anzahlungen	4.757	5,7	4.731	5,7	+	26
übrige Verbindlichkeiten	1.219	1,4	1.393	1,7	./.	174
	6.783	8,1	7.076	8,5	./.	293
Bilanzsumme	83.089	100,0	82.905	100,0	+	184

Die Bilanzsumme ist im Vergleich zum Vorjahr leicht gestiegen.

Das Sachanlagevermögen ist um 910 T€ gesunken. Die Verringerung beruht auf den jährlichen Abschreibungen, denen Zugänge aufgrund des im Bau befindlichen Objektes Amselstraße 11-15 Ve 86 und Planungskosten der KAW Urbach Ve 90 gegenüberstehen.

Die Finanzanlagen sind durch Investitionen von aktuell nicht benötigten liquiden Mitteln in langfristige Wertpapiere Inhaberschuldverschreibungen von Kreditinstituten stark gestiegen.

Der Finanzmittelbestand ist zum Bilanzstichtag um 2.136 T€, resultierend aus der Anlage in langfristige Wertpapiere, auf 5.009 T€ gesunken. Der Anteil des Umlaufvermögens beträgt 11,5 % des Gesamtvermögens. Aufgrund der Erhöhung der langfristigen Finanzanlagen bei gleichzeitiger Abnahme des Sachanlagevermögens durch die Regelabschreibungen ist der Anteil des Anlagevermögens von 85,8 % auf 88,5 % im laufenden Geschäftsjahr gestiegen.

Die Eigenkapitalquote ist im Geschäftsjahr 2011 um 2,5 %-Punkte auf 48,8 % gestiegen. Im Geschäftsjahr 2011 wurden für das Projekt Amselstraße 11-15 bereits Darlehen incl. KfW Mittel in Höhe von 5,3 Mio. € aufgenommen, aufgrund der vorhandenen liquiden Mittel jedoch noch nicht abgerufen. Dies und die jährliche Tilgung der Darlehen tragen zur Verbesserung der Eigenkapitalstruktur in 2011 bei. Aufgrund des aktuellen sowie zukünftiger Neubauprojekte insbesondere im Physikerviertel und des damit verbundenen Kapitalbedarfs, wird die Eigenkapitalquote in Zukunft moderat sinken.

Das langfristige Fremdkapital hat sich um 1.671 T€ verringert. Dies ergibt sich aus den jährlichen Tilgungsleistungen. Der Anteil des langfristigen Fremdkapitals am Gesamtkapital ist auf 43,1 % gesunken. Analog zum mittelfristig prognostizierten moderaten Rückgang der Eigenkapitalquote wird dieser Anteil in den nächsten Jahren leicht steigen.

Das kurzfristige Fremdkapital in Höhe von 6.783 T€ 8,1 % des Gesamtkapitals ist im Vergleich zum Vorjahr leicht gesunken. Ursächlich hierfür sind die Verringerungen der kurzfristigen Rückstellungen und der übrigen Verbindlichkeiten.

2. Finanzlage

Zum 31.12.2011 sind die langfristigen Vermögenswerte 73.488 T€ zu 103,0 % im Vorjahr 105,6 % durch Eigenkapital und langfristiges Fremdkapital 75.722 T€ gedeckt.

Die Genossenschaft hat auch im Jahr 2011 jederzeit ihre finanziellen Verpflichtungen erfüllt. Die Zahlungsbereitschaft war stets gewährleistet.

Der in 2011 erwirtschaftete Cashflow Jahresergebnis + Abschreibungen + Veränderungen der langfristigen Rückstellungen betrug 4.005 T€ Vorjahr 3.662 T€.

Ausgehend von der Stichtagsliquidität in Höhe von 2.234 T€ ist, unter Berücksichtigung des für 2012 erwarteten geldrechnungsmäßigen Überschusses von 960 T€, die Liquidität im Geschäftsjahr 2012 gesichert.

3. Ertragslage

Die Genossenschaft schloss das Geschäftsjahr 2011 mit einem Jahresüberschuss von 2.386 T€ ab. Nach Einstellung von 239 T€ in die gesetzliche Rücklage, 1.000 T€ in die Bauerneuerungsrücklage und von 897 T€ in die freie Rücklage verbleibt ein Bilanzgewinn von 250.320,79 € zur Ausschüttung der Bruttodividende von 4 % auf das dividendenberechtigte Geschäftsguthaben per 01.01.2011 in Höhe von 6.258.020,04 €.

Der Jahresüberschuss von 2.386 T€ wurde im Wesentlichen im Bereich Hausbewirtschaftung erzielt. Nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten stellt sich die Ertragslage wie folgt dar:

	2011 T€	2010 %	Veränderung T€	2010 %	Veränderung T€			
Umsatzerlöse einschl. Bestandsveränderung	16.452	98,9	16.003	99,1	+ 449			
Andere betriebliche Erträge	183	1,1	140	0,9	+ 43			
Betriebsleistung	16.635	100,0	16.143	100,0	+ 492			
Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen	8.883	53,4	8.631	53,5	+ 252			
Personalaufwand	1.130	6,8	1.087	6,7	+ 43			
Abschreibungen	1.619	9,7	1.615	10,0	+ 4			
Andere betriebliche Aufwendungen	521	3,1	557	3,5	./.	36		
Zinsaufwand	1.630	9,8	1.725	10,7	./.	95		
Gewinnunabhängige Steuern	447	2,7	449	2,8	./.	2		
Aufwendungen für die Betriebsleistung	14.230	85,5	14.064	87,2	+ 166			
Betriebsergebnis	2.405	14,5	2.079	12,8	+ 326			
Finanzergebnis	146	55			+ 91			
Neutrales Ergebnis	./.	118	./.	10	./.	108		
Gesamtergebnis vor Ertragssteuern	2.433		2.124		+ 309			
Steuern vom Einkommen und Ertrag	./.	47	./.	77	+ 30			
Jahresüberschuss	2.386		2.047		+ 339			

Das Betriebsergebnis von 2.405 T€ wird durch den Bereich der Hausbewirtschaftung mit 2.511 T€ positiv beeinflusst. Das Betriebsergebnis hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 326 T€ verbessert.

Im Bereich der Hausbewirtschaftung wurden die Gesamterträge von 16.570 T€ hauptsächlich von den Umsatzerlösen aus Sollmieten und Umlagenabrechnungen 16.387 € bestimmt. Die Steigerung in diesem Teilbereich um 334 T€ resultiert größtenteils aus den in 2010 unterjährig und 2011 durchgeführten Mietanpassungen bei Neuvermietungen sowie moderater Mieterhöhungen in Teilbereichen unseres Bestandes.

Die Gesamtaufwendungen in Höhe von 14.059 T€ werden durch Instandhaltung 5.216 T€, Betriebskosten 4.186 T€, Abschreibungen 1.576 T€ und Zinsaufwand 1.630 T€ bestimmt. Der größte prozentuale Anstieg bei den Aufwendungen ist im Bereich der Instandhaltung mit 8,0 % festzustellen.

Mit Hilfe einer internen Betriebsabrechnung BAB wurden Verwaltungskosten Personal- und Sachkosten von 280,76 € Vorjahr 276,88 € je Bewirtschaftungseinheit ermittelt.

Der sonstige betriebliche Bereich belastet das Betriebsergebnis im Geschäftsjahr 2011 negativ mit 106 T€. Dies bedeutet eine leichte Verschlechterung gegenüber dem Vorjahr um 18 T€. Dies ist hauptsächlich auf die Steigerung der internen Kosten im Bereich der Bautätigkeit durch Intensivierung der Neubaumaßnahmen in der KAW Ensen und Urbach sowie auf den Anstieg der Verwaltungskosten der Tochter GmbH infolge des Neubauprojektes Linder Weg 16 a/b zurückzuführen. In den Folgejahren wird der sonstige betriebliche Bereich das Betriebsergebnis weiterhin negativ belasten, da den ermittelten Kosten für die Bau- und Modernisierungstätigkeit keine aktivierten Eigenleistungen gegenüberstehen.

Das neutrale Ergebnis schloss im Geschäftsjahr 2011 negativ mit 118 T€ ab. Das Ergebnis wird hauptsächlich durch die Abbruchkosten im Bereich KAW Urbach mit 155 T€ belastet.

Das Finanzergebnis schließt mit 146 T€ positiv ab und ist zum Vorjahr um 91 T€ gestiegen. Trotz des weiterhin niedrigen Zinsniveaus auf dem Geldmarkt wurde durch weitere Umschichtungen von flüssigen Mitteln in festverzinsliche Wertpapiere ein besseres Ergebnis als im Vorjahr erzielt.

Die Ertragslage wird auch künftig im Wesentlichen von der Bewirtschaftung unseres Bestandes bestimmt. Der Wirtschaftsplan 2012 sieht einen Jahresüberschuss von 1.190 T€ vor. Unter Einbeziehung der Wirtschafts- und Finanzplanung ist die Ertragslage weiterhin gesichert.

C Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach dem 31.12.2011 nicht eingetreten; insbesondere sind für 2012 keine gravierenden Risiken erkennbar, die die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Genossenschaft negativ beeinflussen bzw. den Fortbestand des Unternehmens gefährden könnten.

D Risikobericht

1. Risiken der künftigen Entwicklung

Nach dem Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich KonTraG sind geeignete Maßnahmen im Unternehmen getroffen, damit Entwicklungen, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden könnten, früh erkannt werden. Es besteht ein auf die Unternehmensgröße abgestimmtes internes Überwachungssystem mit Risikomanagement im Sinne des KonTraG für die Tätigkeitsfelder der Genossenschaft. Anhand von regelmäßigen Vergleichen des Wirtschaftsplans mit den fortgeschriebenen Einnahmen/Ausgaben unter Verwendung der Angaben aus dem Rechnungswesen wird die Entwicklung dargestellt. Der Aufsichtsrat wird über die Erwartungen und bestehenden Geschäftsrisiken regelmäßig informiert.

Das Management und die Bewirtschaftung des eigenen Bestandes sowie verstärkte Neubautätigkeiten bleiben Schwerpunkte unserer Tätigkeit. Daher kommt den Entwicklungen und Risiken in diesen Betätigungsfeldern größere Bedeutung zu.

Eine Entspannung auf dem Wohnungsmarkt kann zu steigenden Erlösschmälerungen führen. Modernisierungsbegleitende und wohnwertverbessernde Instandhaltungen bei Mieterwechseln verursachen vorübergehende Leerstände und Mietausfälle, die durch höhere Nutzungsgebühren bei Neuvermietung kompensiert werden. Für das Jahr 2012 werden Erlösschmälerungen in Höhe von ca. 2,0 % der Sollmieten erwartet.

Da unser Portfolio geprägt ist von den ehemaligen öffentlich geförderten Wohnanlagen der 50er und 60er Jahre, weist der Bestand altersbedingt einen wachsenden Modernisierungsbedarf auf. Unsere Wohnungsbestände sind vor mehrere grundlegende Herausforderungen gestellt. Einerseits müssen laufend steigende Anforderungen an die energetische Ausstattung erfüllt werden, andererseits muss der Spagat zwischen altersgerechtem Wohnraum und attraktiven Wohnmöglichkeiten für junge Menschen geleistet werden. Die in der Vergangenheit schon in großem Umfang durchgeführten und notwendigen Investitionen in den Bestand, etwa in die energetische Optimierung, werden, wo es unter genossenschaftlichen Aspekten für sinnvoll erachtet wird, fortgeführt.

Die wirtschaftliche Situation der privaten Haushalte in Deutschland entwickelt sich dabei sehr unterschiedlich. Gegenwärtig zählen rund 20 % der Haushalte zu den Niedrigeinkommensbezieher. Diese Gruppe wird künftig eher wachsen. Vor allem die Seniorenhaushalte werden ein deutlich geringeres Einkommen haben als die heutigen Rentnerhaushalte.

Diese Risiken beeinträchtigen zwar die Ertragslage, stellen aber keine bestandsgefährdenden Risiken für die GEWOG dar.

2. Chancen der künftigen Entwicklung

Der demografische Wandel führt in Deutschland zu einem deutlichen Rückgang der Bevölkerung, was nicht ohne Auswirkungen auf die Wohnungsnachfrage bleiben kann. Die demografische Entwicklung trifft jedoch nicht alle Landesteile in gleichem Maße, sondern tritt regional in sehr unterschiedlichen Ausprägungen auf, die zum Teil sogar gegenläufig sind und zu einer Gleichzeitigkeit ungleicher Entwicklungen führen. Strukturschwache Regionen werden durch das Wanderungsverhalten und die bereits alterslastigen Strukturen weiter entleert/entvölkert, wirtschaftlich starke Regionen wie z.B. Köln verzeichnen Bevölkerungswachstum. Die Struktur der Nachfrage wird sich daher auf den regionalen Wohnungsmärkten weiter ausdifferenzieren. Einerseits werden Wohnungen benötigt, die der alternden Bevölkerung das „Wohnen für ein langes Leben“ in den Beständen ermöglichen, andererseits werden auch Angebote für junges Wohnen und für Familien erforderlich. In vielen Wohnungsteilmärkten ist der Umbau der Bestandswohnungen für das bezahlbare familien- oder altengerechte Wohnen erforderlich. Wir sehen große Chancen darin, unsere Bestände, Projekte und Dienstleistungen so zu entwickeln, dass veränderte Wohnwünsche rechtzeitig erkannt und bedient werden können.

Bei unseren strategischen Portfolioüberlegungen stoßen wir zunehmend auf Bestände/Objekte wo es abzuwägen gilt, ob nicht der Abriss die bessere Alternative ist, um ein nachhaltiges und zukunftsfähiges Wohnungsangebot zu schaffen z. B. KAW Ensens und Urbach. Wenn Gebäude unter städtebaulichen, wohnungs- und sozialpolitischen Gesichtspunkten wirtschaftlich nicht saniert werden können, tragen hocheffiziente Ersatzneubauten zu einer Verbesserung der Klimabilanz bei und führen zu einer Aufwertung des Gesamtportfolios der Genossenschaft. Die Qualität der Wohnungen und deren Bewirtschaftung werden zum entscheidenden Wettbewerbsfaktor.

Für Köln ist nach allen Prognosen ein Bevölkerungswachstum anzunehmen, daher wird mit einer vorausschauenden genossenschaftlich orientierten Unternehmenspolitik nach ökologischen, generationengerechten und energetischen Maßstäben die Marktposition unserer Genossenschaft behauptet werden.

Als Genossenschaft mit Tradition und Zukunft stellen wir die hohe Qualität des Produktes „Wohnen“ für unsere Mitglieder durch sorgfältige und kontinuierliche Instandhaltung, umfassende Modernisierung mit zeitgerechter Ausstattung und Neubauten zu marktgerechten Preisen sicher. Das vorrangige Ziel der GEWOG bleibt es, ihren Mitgliedern spekulationsfreien Wohnraum mit modernem und zeitgemäßem Standard zur Verfügung zu stellen.

Wir bieten unseren Mitgliedern sicheres Wohnen ein Leben lang, Service, Solidarität in gelebten Nachbarschaften und Mitbestimmung im Rahmen der Satzung. Nicht die Wohnung ist das Produkt, sondern „das Wohnen“ und Wohnen ist Leben.

Auch im nächsten Jahr werden wir uns weiter aktiv an der Imagekampagne „Typisch Genossenschaften“ innerhalb der Arbeitsgemeinschaft Kölner Wohnungsunternehmen beteiligen. Erfreulich bleibt das geschlossene Auftreten der Genossenschaften in „Köln und Umgebung“. Gemeinsames Ziel ist es, das Wohnen und Leben in Genossenschaften als moderne und eigenständige Wohnform der Öffentlichkeit zu kommunizieren.

Die Auseinandersetzung mit der Entwicklung einer Wohnanlage, eines Quartiers, eines Stadtteils ist „Typisch Genossenschaft“, denn wir bleiben am Standort und haben deshalb allen Grund, die Bestände mit Blick in die Zukunft weiterzuentwickeln. Für unsere Mitglieder bieten wir damit ein hohes Maß an Sicherheit und die richtige Schnittmenge zwischen optimalem Preis und hoher Wohnqualität. Die hohe Wohnzufriedenheit der Mitglieder führt zu einer langen Verweildauer in den Wohnungen.

Innerhalb des Portfolios unseres Immobilienbestandes wird uns die Zukunft der sogenannten KAW-Gebiete in Ensen und Urbach Ve 11 und 12 weiter beschäftigen. Es handelt sich um zwei Wohngebiete in Porz mit noch insgesamt 108 Wohnungen im Vorjahr 144, Tendenz weiter abnehmend, die nach dem Krieg als Kasernenausweichwohnungen KAW in kürzester Zeit errichtet wurden, um ausgebombte Familien, die notdürftig in Kasernen untergebracht waren, schnell mit Wohnraum zu versorgen. Gebäudetiefen, Grundrisse und die ungenügende statische Basis lassen eine vernünftige Modernisierung der Bauten in beiden Gebieten nicht zu. Da die mangelnde Ausstattung für den Wohnungsmarkt der Zukunft keinerlei Vermietungschancen bietet, werden wir in den nächsten Jahren diese Nachkriegsbauten weiter entmieten, nach und nach durch Abbruch vom Markt nehmen und durch Neubauten mit moderner und zeitgemäßer Ausstattung ersetzen.

Im Gebiet der ehemaligen KAW-Ensen wurde Ende 2011 mit der Errichtung weiterer Neubauten entlang der Amselstraße begonnen, die Errichtung der drei Winkelhäuser mit insgesamt 42 Wohnungen wird 2012 fortgesetzt und 2013 fertiggestellt. Das formelle Verfahren zur Aufstellung eines Bebauungsplanes für das Gebiet der Schlichtwohnungen KAW-Urbach rund um die Hertz- und Planckstraße wurde gemeinsam mit der Stadt Köln fortgesetzt. Bedingt durch die Notwendigkeit der ausführlichen Erörterung in den politischen Gremien der Stadt Köln wird mit einer Rechtskraft des B-Planes durch Satzungsbeschluss zum Jahresende 2012 gerechnet. Die Planungen zur städtebaulichen Gliederung und Neuausrichtung der Gebäudeanordnungen sehen vor, das in mehreren Bauabschnitten und über mehrere Jahre verteilt, insgesamt rund 260 Genossenschaftswohnungen in diesem rund 2,3 Hektar großen Gebiet entstehen. Nach dem derzeitigen Stand des B-Plan Verfahrens kann voraussichtlich 2013 mit den ersten Baumaßnahmen begonnen werden.

Neubauprojekte werden aufgrund unseres Portfolios, das geprägt ist von den ehemals öffentlich geförderten Wohnanlagen der 50er und 60er Jahre, weiter mit hoher Priorität realisiert. Gleichzeitig weist unser Wohnungsbestand altersbedingt einen wachsenden Modernisierungsbedarf auf. Es werden höhere Investitionen in den Bestand notwendig sein, um diesen marktfähig zu halten, gerade unter den Aspekten der Erhöhung der Energieeffizienz und der Anpassung an den demografischen Wandel. Dabei ist die Refinanzierung solcher Investitionen ein wesentlicher Gesichtspunkt.

Aus wohnungs- und stadtentwicklungspolitischer Sicht ist es wichtig, die Handlungsfelder Neubau und Bestand in Balance zu halten. Wir stoßen bei unseren strategischen Portfolioüberlegungen zunehmend auf Objekte wo es abzuwägen gilt, ob nicht Abriss die bessere Alternative ist, um ein nachhaltiges und zukunftsfähiges Wohnungsangebot zu schaffen. Wenn Gebäude unter städtebaulichen, wohnungs- und sozialpolitischen Gesichtspunkten wirtschaftlich nicht saniert werden können, tragen hocheffiziente Ersatzneubauten zu einer Verbesserung der Klimabilanz bei.

Das Thema Ökologie ist bei unseren Mitgliedern etabliert, diese Einstellung wird sich in den kommenden Jahren weiter ausprägen und das Nachfrageverhalten in zunehmendem Maße mitbestimmen. Der Umfang der Heiz- und Betriebskosten ist bereits heute ein wesentlicher Wettbewerbsfaktor, die Gesamtmiete wird zum entscheidenden Kostenmaßstab.

Der Investitionsplan 2012 mit einem Gesamtvolumen in Höhe von 12,0 Mio. € sieht u. a. folgende Maßnahmen vor:

- Ve 61, Krefelder Str. 1-11, Sanierung Fassaden, Dächer, Balkone, Fenster, Heizung, Wohnungseingangstüren;
- Ve 66, Aachener Str. 25, Sanierung Fassade, Dach, Fenster, Wohnungseingangstüren;
- Ve 39 und 43, St. Aegidiusstr. 16-24, Anstrich Fassaden, Eingangspodeste, Dach, Speicherbodendämmung;
- Ve 55, Kornblumenweg 11-21, Anstrich Fassaden, Dach, Speicherbodendämmung;
- Ve 56, Im Bodesfeld 36, 38, 46, Anstrich Fassaden, Speicherbodendämmung;
- Wohnumfeldverbesserungsmaßnahmen, Vegetationsarbeiten, Spielplätze;
- Ve 86, Amselstr. 11-15, Fortsetzung der Neubaumaßnahmen in Ensen;
- Ve 90, Ohm-/Planck-/Hertz-/Siemensstraße, Fortsetzung und Abschluss des Bebauungsplanverfahrens mit der Stadt Köln.

Für Köln werden mindestens bis zum Jahr 2015 Zuwachsraten bei der Entwicklung der Bevölkerung und insbesondere bei der Zahl der Haushalte prognostiziert. Bis 2035 wird darüber hinaus nach der neuesten Bevölkerungsprognose der Stadt Köln eine gesunde Stadtentwicklung vorausgesagt. Die relevante Einflussgröße für die Entwicklung der Wohnungsnachfrage bleibt die Zahl und Struktur der privaten Haushalte. Unabhängig von der Frage des zukünftigen Bevölkerungsniveaus wird sich der Altersaufbau deutlich in Richtung der älteren Generation verschieben, der Anteil junger Menschen wird sinken.

Köln steht als viertgrößte Stadt in Deutschland im nationalen und internationalen Vergleich derzeit nicht da, wo sie hingehört. Köln braucht eine gesunde Wirtschaftsentwicklung und mehr qualifizierte Arbeitsplätze. Die Politik dieser Stadt ist besonders gefordert!

Die Marktsituation in Köln-Porz wird sich in den nächsten zwei Jahren nicht wesentlich verändern, wesentliche Mietsteigerungen/-sprünge sind nicht zu erwarten. Insbesondere steigende Energiepreise werden das Wohnen in unserer Region verteuern. Die Nachfrage nach den von der GEWOG angebotenen Wohnungen, Neubau und Bestand, bleibt konstant. Gründe hierfür sind das gute Preis-/Leistungsverhältnis, wohnwertverbessernde Investitionen in den Bestand, das Angebot an spekulationsfreiem Wohnraum als Genossenschaft sowie die gute Infrastruktur des Stadtteils Köln-Porz. Mit einer weiterhin vorausschauenden Investitionspolitik nach ökologischen, generationengerechten und energetischen Maßstäben werden wir die Marktposition der GEWOG zukünftig behaupten.

Deutschland bleibt die Konjunkturlokomotive in Europa. Die Wirtschaft wird auch 2012 stärker wachsen als in anderen Euro-Staaten. Die Bundesregierung rechnet trotz der ambivalenten Lage in ihrem Jahreswirtschaftsbericht 2012 mit einem weiteren Wachstum. Die Wirtschaftsleistung soll um 0,7 % zulegen, für 2013 wird ein weiterer Anstieg um 1,6 % erwartet. Getragen werde das Wachstum vor allem von einer lebhaften Baunachfrage sowie dem privaten Konsum.

Das größte Risiko wird von den Analysten in einer weiteren Zuspitzung der Schulden- und Vertrauenskrise in Europa gesehen, bei der das europäische Finanzsystem erneut ins Wanken geriete. Im Eiltempo haben die Staats- und Regierungschefs in Brüssel den europäischen Fiskalpakt in einen Vertrag gegossen, wonach fast alle EU-Staaten einer soliden Haushaltspolitik Priorität geben. Jenseits der politischen Symbolik ist der Wert des neuen Pakts allerdings schwer zu greifen und stellt keinen Riesenschritt in Richtung Stabilitätsunion dar.

Die Krise um den Euro wird 2012 weitergehen und die Idee eines gemeinsamen Europas umso stärker in den Hintergrund drängen, je mehr sich die europäische Politik auf die Währungsproblematik fixiert. Da bleibt es nur eine Randnotiz, dass Kroatien im Sommer 2013 voraussichtlich das 28. EU-Mitglied werden wird, weil es trotz aller Probleme dazugehören will.

Mit 2012 ist das Jahr der Genossenschaften gestartet. Die Vereinten Nationen haben das Jahr 2012 zum Internationalen Jahr der Genossenschaften erklärt, um die weltweite Bedeutung von Genossenschaften für die wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Entwicklung herauszustellen. Genossenschaft ist auch heute noch gelebte soziale Marktwirtschaft und zeigt, dass Wirtschaftlichkeit und soziale Verantwortung miteinander vereinbare Ziele sind; das Motto: „Ein Gewinn für alle - Genossenschaften“.

F Dank für Mitwirkung und Mithilfe

Herzlichen Dank allen unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren engagierten Einsatz und ihre erfolgreiche Arbeit im Geschäftsjahr 2011 zum Wohle unserer Genossenschaft.

Herzlichen Dank allen Mitgliedern und Hausgemeinschaften vor Ort, insbesondere den gewählten Vertreterinnen und Vertretern in den jeweiligen Wohngebieten, für ihre unermüdliche persönliche Initiative, ihre für uns sehr hilfreichen Anregungen und ihr Vertrauen.

Herzlichen Dank an die Mitglieder des Aufsichtsrates für die auch im Geschäftsjahr 2011 gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit zum Erreichen der gemeinsam vereinbarten Ziele der GEWOG.

Wir freuen uns auf eine weiterhin erfolgreiche Zusammenarbeit!

Köln-Porz, den 29.02.2012

GEWOG - Porzer Wohnungsbaugenossenschaft eG

Vorstand

Karl Jacob

Manfred Pöplau

Uwe Seibel

Bericht des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2011

Der Berichtszeitraum umfasst das Geschäftsjahr 2011 vom 01.01 bis 31.12. In dieser Zeit ist die deutsche Wirtschaft trotz der andauernden Krise um die Gemeinschaftswährung Euro kräftig gewachsen und hat sich zur Konjunkturlokomotive in Europa entwickelt. Die Bundesregierung hat als Folge der Atomkatastrophe in Japan die Energiewende beschlossen. Unsere Genossenschaft zeigte sich stabil und gesund, sie hat sich weiterhin positiv entwickelt. Durch Neubaumaßnahmen und Sanierungen in den eigenen Liegenschaften haben wir weitere Schritte zum langfristigen Erhalt des Wohnungsbestandes unternommen.

Der Aufsichtsrat hat satzungsgemäß den Vorstand überwacht und diesen bei der Erfüllung seiner Aufgaben unterstützt. Über die Risiken der künftigen Entwicklung unter Berücksichtigung des KonTraG hat der Aufsichtsrat sich angemessen unterrichtet.

Im Berichtsjahr 2011 informierte sich der Aufsichtsrat und die von ihm eingesetzten Ausschüsse, Prüfungs- und Technischer Ausschuss, regelmäßig und zeitnah über die Lage und die Entwicklung der Genossenschaft. Der Vorstand hat den Aufsichtsrat über Geschäftsvorgänge von besonderer Bedeutung umfassend in Kenntnis gesetzt.

In vier gemeinsamen Sitzungen von Aufsichtsrat und Vorstand waren die wirtschaftliche und finanzielle Entwicklung, die Geschäftspolitik und das Investitionsprogramm der Genossenschaft Punkte der Tagesordnung. In diesen Sitzungen hat sich der Aufsichtsrat anhand von Vorlagen, durch Einsicht in Unterlagen und durch weitere Berichte des Vorstandes eingehend über die Geschäftsführung durch den Vorstand informiert.

Der Technische Ausschuss hat in sechs Sitzungen die Beschlüsse von Aufsichtsrat und Vorstand zu Neubau-, Modernisierungs- und Instandhaltungsmaßnahmen gemäß Investitionsplan 2011 vorbereitet. Sanierungen und die Vergabe von Bauaufträgen wurden eingehend beraten und entsprechende Empfehlungen ausgesprochen. Die Aufwendungen für die jeweiligen Maßnahmen wurden anhand der geplanten Kostenschätzungen überprüft.

Der Prüfungsausschuss hat in zwei Sitzungen an Prüfungen des Jahresabschlusses mitgewirkt, Belege eingesehen und den Finanzbestand der Genossenschaft geprüft. Es gab keine prüfungsrelevanten Beanstandungen. Die Bilanz 2011, der Lagebericht des Vorstandes und die Verwendung des Jahresüberschusses 2011 wurden nach sorgfältiger Prüfung für in Ordnung befunden.

Alle erforderlichen Beschlüsse wurden durch den Aufsichtsrat oder durch die von ihm eingesetzten Ausschüsse nach intensiven Beratungen gefasst.

Der Aufsichtsrat billigt nach Eigenprüfung den vorgelegten Jahresabschluss 2011 nebst Lagebericht des Vorstandes zum 31.12.2011.

Aufgrund der intensiven Beratungen und Prüfungen empfiehlt der Aufsichtsrat der Vertreterversammlung den Jahresabschluss 2011 Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang durch entsprechende Beschlussfassung festzustellen und den Bilanzgewinn für das Geschäftsjahr 2011 vorschlagsgemäß zu verteilen.

Das Geschäftsjahr 2011 schließt mit einem Bilanzgewinn von 250 T€.

Der Aufsichtsrat empfiehlt der Vertreterversammlung dem Vorstand für das Jahr 2011 Entlastung zu erteilen.

Mit der gesetzlichen Jahresabschlussprüfung 2010 war der VdW-Verband der Wohnungswirtschaft Rheinland Westfalen e. V., Düsseldorf, beauftragt. In der gemeinsamen Sitzung am 08.12.2011 ließ sich der Aufsichtsrat durch den vom Prüfungsunternehmen bestellten Prüfer eingehend und umfassend über das Ergebnis dieser Prüfung berichten. Es wurde festgestellt, dass sich zum Jahresabschluss 2010 keine prüfungsrelevanten Beanstandungen ergaben.

Satzungsgemäß schied Herr Klaus Kuschik mit Ablauf der Vertreterversammlung im Jahr 2011 altersbedingt aus dem Aufsichtsrat aus. Als Nachfolger wurde Herr Axel Scholle von den Vertretern gewählt.

Herzlichen Dank den Mitgliedern des Vorstandes und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der GEWOG. Durch ihre erfolgreiche Arbeit und ihren engagierten Einsatz haben sie zu dem guten Jahresabschluss 2011 maßgeblich beigetragen. Ihr Einsatz ermöglicht eine gute, sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung unserer Mitglieder. Ebenfalls ein „Herzliches Danke schön“ an alle Vertreterinnen und Vertreter sowie allen Mitgliedern unserer Genossenschaft für ihre Anregungen, die zur Sicherung der hohen Wohnqualität beigetragen haben.

Köln-Porz, 21.03.2012

Hans-Dieter Jungmann, Vorsitzender des Aufsichtsrates

Ergebnisverwendungsbeschluss für das Geschäftsjahr 2011

Vorschlag

Gewinnverwendung zum 31.12.2011

Der Vorstand schlägt vor, den Bilanzgewinn 2011 in Höhe von 250.320,79 € wie folgt zu verteilen:

Ausschüttung einer Dividende

Das dividendenberechtigte Geschäftsguthaben am 01.01.2011 beträgt: 6.258.020,04 €

Die Bruttodividende von 4 % hierauf beträgt ./ 250.320,79 €

Die in der Satzung festgelegte Obergrenze der Bruttodividende beträgt 4 %.

Köln-Porz, den 29.02.2012

GEWOG - Porzer Wohnungsbaugenossenschaft eG

Der Vorstand

Karl Jacob

Manfred Pöplau

Uwe Seibel

NS c151 : Earnings | c15 : Performance | ccat : Corporate/Industrial News | ncat : Content Types | nfact :
Factiva Filters | nfcpin : FC&E Industry News Filter

RE gfr : Germany | eecz : European Union Countries | dach : DACH Countries | eurz : Europe | weurz :
Western Europe

PUB Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH

AN 文件 JAHREV0020120727e87q000me

SE Wirtschaft
HD Wolfsburg, Peking, München; 255 Jahre war MAN eigenständig. Jetzt gliedert VW die Traditionsfirma ein
– sie ist nur noch eine Marke von vielen
BY VON THOMAS FROMM
WC 1,059 字
PD 2013 年 6 月 7 日
SN Süddeutsche Zeitung
SC SDDZ
PG 18
LA 德文
CY Copyright 2013 Süddeutsche Zeitung GmbH
LP

München – Es passiert selten, dass dieser Mann allein unterwegs ist. Meistens ist er umzingelt. Von anderen Managern, von Journalisten, von Konzernsprechern. Heute also ist er allein unterwegs, irgendwie haben sie ihn wohl alle vergessen. Er schlendert herum, schaut sich die ausgestellten Busse und Lkws in der Münchner Messehalle an. Es ist halb zehn, und vielleicht will der Mann an diesem Morgen nur etwas allein sein. Vielleicht will er auch erst mal wach werden, bevor es gleich richtig losgeht. „Ich bin müde“, sagt Martin Winterkorn, 66. Der Volkswagen-Chef und Aufsichtsrat beim Münchner Lkw-Bauer MAN war gerade noch in **China**, jetzt soll er bei der Hauptversammlung in München den Lkw-Bauer unter sein VW-Dach holen.

TD

„Ich bin erst um drei Uhr gelandet“, erzählt er. „War für sieben Stunden in **China**.“ Für sieben Stunden? Winterkorn lächelt. Ja. So ist das, wenn man VW-Chef ist. Man fährt für ein paar Stunden nach Peking, gründet in der Großen Halle des Volkes zusammen mit 13 anderen internationalen Managern wie General-Electric-Boss Jeffrey Immelt und Carrefour-Chef George Plassat einen Beraterkreis für den chinesischen Ministerpräsidenten Li Keqiang. Und fliegt dann wieder zurück.

Das Programm ist hart: Geschäfte in **China** absichern, wo VW ein Drittel seiner Autos verkauft. Als einziger deutscher Manager die Regierung in Peking beraten. Danach MAN an die Kandare nehmen. Alles innerhalb von 24 Stunden. Winterkorn, der Spaziergänger aus der Messehalle, bleibt vor einem Dieselmotor stehen. Ein Monstrum, 48 Tonnen. Winterkorn ist begeistert. Und wach.

Wolfsburg, **China**, München. Der Global-Strategist und Marken-Sammler sitzt nun auf der Messebühne, zweite Reihe, im Hintergrund. Für ihn, den Chef des größten europäischen Autobauers, ist das hier nur ein Termin von vielen. Für den bayerischen MAN-Konzern, seine Manager und Aktionäre ist es mehr. Daniela Bergdolt von der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz (DSW) spricht von einer „Zäsur“. So kann man es auch nennen. Die Veranstaltung hier ist, streng genommen, das Ende von MAN als eigenständiger Konzern. MAN ist jetzt offiziell eine von zwölf VW-Marken. Nach 255 Jahren Selbständigkeit. So einfach ist das.

Es war ein langer Kampf. 2006 ging es los, da versuchte der damalige MAN-Chef Hakan Samuelsson den schwedischen Rivalen Scania zu schlucken. Es war die letzte große Attacke aus München, nie wieder war der Traditionskonzern so selbstbewusst wie in jenen Monaten der Jahre 2006 und 2007. Die Sache ging daneben, am Ende schluckte VW beide, MAN und Scania. Ziel: ein Nutzfahrzeugkonzern unter einem gemeinsamen Wolfsburger Dach. MAN und Scania, die beiden Erzfeinde, sollen nun unter VW-Kontrolle endlich enger zusammenarbeiten. Für den einen oder anderen in München ist das immer noch surreal: Jahrelang hatte man gegeneinander gearbeitet. Plötzlich ist man verwandt.

Der Abschied von Größe und Unabhängigkeit kam auf Raten. Schon der 24. September 2012 war so ein Tag: Da fiel die MAN-Aktie vom Dax 30 in den MDax. Keine „qualitative Bewertung“ sei das gewesen, sagt MAN-Chef Georg Pächta-Reyhofen heute. Sondern eine Folge der Übernahme durch VW: Immer mehr Aktien in Wolfsburg, immer weniger Aktien am Markt, da rutscht man schnell vom großen Leitindex ab in die zweite Liga. Tatsächlich aber war es die erste große Demütigung für den einst so wichtigen Dax-Konzern.

An diesem Donnerstag dann das große Finale: Das, worüber die Aktionäre abstimmen, heißt „Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag“. Beherrschen, abführen – das Vokabular der Wirtschaftsjuristen kann manchmal sehr nach Krieg klingen. Es ist nicht so, dass MAN nicht schon eine VW-Tochter gewesen wäre. VW hält 75,03 Prozent an MAN, das reicht, um sich bei Hauptversammlungen durchzusetzen. Jetzt aber geht es um mehr: MAN, das alte Traditionsunternehmen, ist nun auch offiziell eine VW-Tochter, so wie Audi, wie Skoda, wie all die anderen in der großen Wolfsburger Motoren-Galaxie. Jetzt ist MAN verpflichtet, die Ansagen aus Wolfsburg zu befolgen. Die Gewinne, die in München gemacht werden, werden abgeschöpft – sie sind also VW-Profit. „MAN gehört nun zur VW-Familie, wir schlagen damit ein neues Kapitel unserer traditionsreichen Unternehmensgeschichte auf“, sagt Pachta-Reyhofen. Normalerweise lächeln Menschen, wenn sie so etwas sagen. Pachta-Reyhofen aber verzieht keine Miene. Wer mag schon beherrscht werden? Vor allem, wenn der eigene Vertrag noch bis 2016 läuft.

Für den Viel-Marken-Konzern aus dem Norden ist die Sache, wie gesagt: business as usual. Noch ein Konzern, der beherrscht wird. Zu beherrschen gibt es bei MAN viel, Gewinne mitnehmen lassen sich aber nur wenige. Die Lkw-Konjunktur ist wegen der Euro-Krise in Südeuropa im Keller, die Manager warnen vor sinkenden Gewinnen. „Wir sehen derzeit noch keine signifikante Erholung der Märkte“, sagt Pachta-Reyhofen. Das bedeutet: Wenn ihr schlechte Zahlen von uns bekommt, dann ist das nicht unsere Schuld. Widrige Umstände.

Zwei Tage vor dem Aktionärstreffen hatte der Konzern darauf vorbereitet und seine Gewinnprognosen nach unten geschraubt. Werden Konzerne übernommen, geht das selten stressfrei über die Bühne. Hier aber sind VW und MAN längst eine **Schicksalsgemeinschaft**. So lassen die verbliebenen Minderheitsaktionäre die Sache über sich ergehen. Sie kritisieren die Abfindung von 80 Euro, die VW für ausstehende Aktien zahlen will, als zu niedrig. Die Aktie notiert derzeit bei rund 84 Euro. Vom Ende eines eigenständigen Konzerns: so gut wie keine Rede.

Auch für die MAN-Manager ist die Sache längst entschieden. Sie sind ja schon längst VW. Widerstand, wenn überhaupt eher im Stillen. Mit Folklore und Tradition gegen die Beherrschung. Es werden Lederhosen eingeblendet. Auf denen stehen die Logos von MAN und des FC Bayern München. Draußen steht der Mannschaftsbus, der Gewinnerbus, und er ist, natürlich, von MAN. „Triple-Sieger fahren MAN“ steht darauf. Rot-weiß, der FC Bayern, MAN. Ein bisschen von dem Selbstbewusstsein der Bayern, etwas von dieser Siegerpose – das wäre was.

„Kann man ganz Europa zeigen, wer die Lederhosen anhat? MAN kann“ ist einer der Werbeslogans in diesen Tagen. Dabei: Man muss es ja nicht gleich ganz Europa zeigen. Es reicht, dass es die neuen Herren in Wolfsburg, vor allem Martin Winterkorn, verstehen: Man lässt sich beherrschen, aber die Lederhosen bleiben an.

Konzernchef Winterkorn

ist müde, er war

sieben Stunden in **China**

Beherrschen, abführen –

das Vokabular der Juristen

klingt manchmal nach Krieg

RF A54743615

ART Im offenen Doppeldecker-Bus von MAN fuhren die Spieler des FC Bayern München am vergangenen Sonntag durch München. Der Konzern will auch vom Triple-Glanz profitieren. FOTO: DPA

CO man : MAN SE | vlkwag : Volkswagen AG

IN i351 : Motor Vehicles | i35101 : Passenger Cars | iaut : Automotive

NS ccat : Corporate/Industrial News | gcat : Political/General News

RE munich : Munich | china : China | bavar : Free State of Bavaria | beijin : Beijing | apacz : Asia Pacific | asiaz : Asia | bric : BRIC Countries | chinaz : Greater China | dach : DACH Countries | devgcoz : Emerging Market Countries | dvpcos : Developing Economies | easiaz : Eastern Asia | eecz : European Union Countries | eurz : Europe | gfr : Germany | weurz : Western Europe

PUB Süddeutsche Zeitung GmbH

AN 文件 SDDZ000020130607e9670005b

SE	Titel
HD	Rückkehr nach Berlin - was die Deutschen von Barack Obamas Staatsbesuch erwarten können
BY	Hoyng, Hans Hujer, Marc Neukirch, Ralf Schmitz, Gregor Peter
WC	4,593 字
PD	2013 年 6 月 10 日
SN	Der Spiegel
SC	SPGL
PG	74-83
VOL	24 2013
LA	德文
CY	(c) 2013 Der Spiegel
LP	<p>50 Jahre nach John F. Kennedy reist Präsident Barack Obama zum Staatsbesuch nach Berlin. Auf hysterischen Jubel wie damals kann er leicht verzichten, seine Aufmerksamkeit gilt den neuen Mächten Asiens, wo Amerikas Gläubiger leben.</p> <p>Als Barack Obama vor zwei Jahren in Europa war, besuchte er das irische Dorf Moneygall, weil dort ein Mann wohnt, der Henry Healy heißt.</p>
TD	<p>Obama kannte Healy nicht, und er war noch niemals in seinem Leben in Moneygall gewesen. Aber Ahnenforscher hatten herausgefunden, dass einer von Healys Vorfahren, der 1850 in die USA ausgewandert war, Obamas Urururgroßvater ist.</p> <p>Und so wurde Moneygall, ein Jahr vor der neuerlichen Präsidentschaftswahl, zur wunderbaren Kulisse für Obama. Er konnte zeigen, was Familie für ihn bedeutet und wie ernst er seine europäischen Wurzeln nimmt. Er feierte transatlantische Verbundenheit in Irland wie zuvor schon der wenig irische Bill Clinton, der erwiesenermaßen irischstämmige Ronald Reagan und der irischste aller US-Präsidenten überhaupt, John Fitzgerald Kennedy.</p> <p>90 Minuten lang blieb Obama in Moneygall. Er umarmte Healy, als gehörte der zum engsten Familienkreis, und zwang sich tapfer zu einem Pint Guinness. Healy, der Buchhalter, wusste vor lauter Stolz gar nicht, wohin mit sich selbst, und Obama bemühte sich, den Eindruck zu erwecken, dass er seinen entfernten europäischen Verwandten genauso wichtig nehme. Damals war ihm auch daran gelegen zu beweisen, dass sein Verhältnis zu den Europäern genauso unverbrüchlich ist wie das seiner Vorgänger.</p> <p>Und heute?</p> <p>Wenn Obama, 51, Anfang kommender Woche erneut die irische Insel besucht, wird er nicht noch einmal nach Moneygall fahren. Niemand erwartet das, auch Healy wird wohl nur zu Hause im Fernsehen verfolgen, wie Obama in Nordirland zum G-8-Gipfel eintrifft und wie er anschließend mit seiner Frau Michelle nach Berlin weiterreist, wo vor 50 Jahren John F. Kennedy eine Rede hielt, die so begeistert gefeiert wurde wie Obamas Besuch in Moneygall.</p> <p>Es ist Obamas neunte Europareise als Präsident, aber sein erster Staatsbesuch in Berlin. Viereinhalb Jahre hat es gedauert, bis er Deutschland, der unumstrittenen Vormacht Europas, den ersten offiziellen Besuch abstattet. Deshalb hat diese Reise für die Deutschen eine besondere Bedeutung.</p> <p>Die Erinnerung an die Kennedy-Visite vor 50 Jahren und der Obama-Besuch heute machen das besondere Verhältnis zwischen Deutschen und Amerikanern deutlich, zeigen aber auch, wie sehr sich inzwischen die Welt geändert hat: Kennedys Reise nach Berlin war die fast schon ekstatische Feier eines Schutz-und-Trutz-Bündnisses (siehe Seite 80), der Aufenthalt seines nicht minder charismatischen Nachfolgers wird voraussichtlich zu einer eher unaufgeregten Familienangelegenheit. "Das ist vor allem Symbolpolitik, mehr nicht", sagt ein Berliner Regierungsmitglied.</p>

Der Obama, der in Berlin eintrifft, wird ein eher zurückhaltender amerikanischer Bekannter sein, der gerade so lange bleibt wie nötig. Er soll im Ritz-Carlton übernachten, Kanzlerin Angela Merkel und Bundespräsident Joachim Gauck erwarten ihn zu wenig spektakulären Arbeitstreffen.

Er wird dann, was er ja schon 2008 vorhatte, endlich am Brandenburger Tor reden - diesmal hat die Kanzlerin und Wahlkämpferin Merkel keine Einwände -, es wird um die "tiefe und anhaltende Verbindung" zwischen Deutschen und Amerikanern gehen, um gemeinsame Werte und die transatlantische Allianz. Die Gespräche der Politiker werden sich allerdings kaum um eine neue Weltordnung drehen, sondern, sehr viel prosaischer, um die Vorzüge der Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP), eines geplanten Freihandelsabkommens zwischen der EU und den USA. In dem muss unter anderem festgelegt werden, ob amerikanische Hühnchen für den Export nach Europa mit Chlor desinfiziert werden dürfen und welche Vorschriften es für die Zulassung europäischer Medikamente in den USA geben soll.

Kleinkram eher statt packender Visionen, und doch: Als Obama, der hierzulande noch weitgehend unbekannte Superstar der amerikanischen Politik, im Präsidentschaftswahlkampf 2008 an der Berliner Siegessäule von den "neuen Brücken" sprach, die Amerikaner und Europäer rings um den Erdball errichten sollten, jubelten 200 000 Zuhörer begeistert. Selbst wenn sich inzwischen herausgestellt hat, dass auch ein Obama kein Pontifex maximus ist, wird allein schon die historische Kulisse - der wichtigste Brennpunkt des Kalten Kriegs - dafür sorgen, dass der Vergleich mit dem triumphalen Besuch Kennedys unausweichlich wird. Der hatte am 26. Juni 1963 vor dem Rathaus Schöneberg das damals noch junge transatlantische Bündnis der Nachkriegszeit in vier Wörtern zusammengefasst: "Ich bin ein Berliner".

Es sind schließlich ihre großen Reden, die beide Politiker so erfolgreich gemacht haben, Reden, mit denen sie ihrem Land, aber auch dem Rest der Welt Hoffnung gegeben haben. Von Kennedy bleibt neben der Berlin-Rede vor allem seine Ansprache zur Amtseinführung 1961 in Erinnerung mit dem Satz: "Frag nicht, was dein Land für dich tun kann, sondern was du für dein Land tun kannst."

Von Obama bleiben seine Rede zur Rassenfrage, seine Rede in Kairo und nicht zuletzt seine Parteitage-Rede 2004 im Gedächtnis, die ihn über Nacht berühmt machte. Er formulierte damals den Satz, der zum großen, immer noch unerfüllten Versprechen seiner Präsidentschaft wurde: "Es gibt kein schwarzes und kein weißes Amerika, sondern nur die Vereinigten Staaten von Amerika." Genau das war auch das große Versprechen der Kennedy-Jahre gewesen.

Inzwischen ist Amerika lange ohne die Kennedys ausgekommen. Seit mehr als einem Vierteljahrhundert beherrschten andere die Politik, Ronald Reagan, die Bushs und Bill Clinton. Doch das Land, das nach den Kulturkämpfen der vergangenen Jahre auf Versöhnung hoffte, entdeckte in Obama, dem schwarzen Senator aus Illinois, der nicht eindeutig für eines der Lager stand, weder für rechts noch links, einen Nachfolger. Obama stellte Pragmatismus vor Ideologie und versprach, Parteigrenzen zu überbrücken.

Wie JFK ist er kein Eiferer, er fasziniert weniger durch seine Taten als durch seine Persönlichkeit, auch jenseits der Politik. Damals liebte das Volk JFK, weil er neues Leben ins Weiße Haus brachte, wahres Leben. Die Amerikaner liebten die Bilder von seinem Sohn JFK Jr., der unter dem Schreibtisch des Vaters tobte, von Sweet Caroline mit ihrem Pferdeschwanz und ihrem Pony Macaroni, und natürlich waren alle fasziniert von der First Lady Jacqueline, ihrem Stil, ihrem Geschmack, ihrer Klasse. Die Bilder machten den Namen Kennedy zum Maßstab für die Idee von einer neuen, besseren Welt. Heute lieben viele Amerikaner ihre Obamas, den ersten schwarzen Präsidenten, seine Frau Michelle, die Teenager und ihren Hund Bo. Wie die Kennedys wurden die Obamas zu Ikonen einer neuen Zeit.

Obama hat dieses Verlangen nach einer heilen Welt von Beginn an gespürt, als er im Februar 2007 zu seiner ersten Wahlkampfrede in die John F. Kennedy High School nach Cedar Rapids, Iowa, flog. Er spielte mit hohem Einsatz, mit dem historischen Anspruch, Amerika in eine neue Ära zu führen, und er hielt sich an das Drehbuch der Kennedy-Jahre. Es klang anmaßend, übermütig, ein wenig kokett.

Aber Obama gab Amerika die Hoffnung, dass er das Land von den Nahkämpfen der Gegenwart zwischen Arm und Reich, Schwarz und Weiß, Gläubigen und Agnostikern erlösen könne. Und er eröffnete großen Teilen der Welt die Aussicht, dass die dröhnende Machtpolitik seines Vorgängers ausgedient habe.

Der Tod John F. Kennedys und fünf Jahre später der seines Bruders Robert hatten dann allerdings die Utopie jäh zerstört, die mit dem Namen von Amerikas erster Familie verbunden war. Die Kennedys beteiligten sich am Niedergang des schönen Traums: Sex, Drogen, Alkohol machten aus Amerikas "First Family" eine ganz normale Familie.

Umso größer war die Begeisterung für Obama, weil sie mit dem Gefühl eines Comebacks verbunden war. Obama ergriff die Gelegenheit und nutzte den Namen, der zum Maßstab für die Idee von einer neuen, besseren Welt geworden war. Wie Kennedy hielt er seine Parteitage-Rede 2008 in einem

Football-Stadion, wie Kennedy schrieb er ein Buch, das sein Land faszinierte. Er arbeitete mit Kennedys Redenschreiber Ted Sorensen zusammen und berief Caroline Kennedy, die einzige Tochter des ermordeten Präsidenten, in die Kommission, die den Vizepräsidenten auswählen durfte. Sie stand im Wahlkampf neben ihm und sagte den Satz, mit dem sie Amerika betörte: Sie habe ihr halbes Leben lang auf diesen Mann gewartet, einen Mann, der so sei wie ihr Vater.

Obama wurde so zum Symbol für die bestmögliche Zukunft des Landes, ein junger Politiker, halb weiß und halb schwarz, Sohn einer weißen Mutter aus Kansas und eines schwarzen Vaters aus Kenia, geboren in einer Zeit, in der es in den Vereinigten Staaten noch Bundesstaaten gab, die Mischehen ächteten. Er erfüllte die kollektive Sehnsucht nach einem neuen, freundlicheren Amerika, das offener ist, toleranter, weltgewandt, nach einem neuen Stil der Politik, nach einer Politik mit Happy End.

Das steht, nach viereinhalb Jahren im Amt, einstweilen aus. Wie Kennedy den Umbau seines Landes nicht wirklich vollenden konnte, musste auch Obama enttäuschen – dass er in Fragen nationaler Sicherheit zuweilen rabiater erschien als sein Vorgänger, entsetzte vor allem seine Anhänger. Als vorige Woche das ganze Ausmaß der Sammelwut seiner Administration für persönliche Daten aus dem Internet bekannt wurde, sprachen Kritiker bereits von "Big Brother" ().

Aber auch die Verbündeten haben ihre Erwartungen zurückgeschraubt, sie rechnen gar nicht erst mit einem zweiten Kennedy, der damals den Berlinern umfangreiche Sicherheitsgarantien brachte. Die sind fast 70 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs, 20 Jahre nach dem großen Umbruch in Europa und dem Ende der Ost-West-Rivalität schlicht überflüssig geworden. Die Rückversicherung wechselseitiger Freundschaft fällt heute erstaunlich nüchtern aus. Die Kanzlerin, die sich vom Obama-Besuch Prestigegewinn verspricht, erwartet nicht, dass er etwas Neues zu sagen hat. Deutschland braucht in Wahrheit keine neue Kennedy-Rede, Obama würde sich lächerlich machen, wenn er behauptete, ebenfalls ein Berliner zu sein. Die transatlantische Freundschaft ist weniger emotional geworden, auch deutlich weniger eng, dafür aber erwachsener, pragmatischer.

Deutsche Diplomaten hatten lange auf Obamas ersten Staatsbesuch gewartet. Sie hatten mit wachsender Ungeduld nachgerechnet, wie schnell andere amerikanische Präsidenten nach ihrer Wahl nach Deutschland kamen und wie viel Zeit sich Obama bis zu dieser Reise gelassen hat – auch weil er wenig Lust hatte, sich einem Vergleich mit Kennedys Triumphzug durch Berlin auszusetzen.

Obama ist der einzige US-Präsident in einem halben Jahrhundert, der nicht schon in den ersten Jahren seiner Amtszeit Berlin oder Bonn besucht hat. Reagan, Clinton und selbst George W. Bush, dessen Verteidigungsminister Donald Rumsfeld für Amerikas plötzlich aufmüpfig gewordene Verbündete spöttisch den Begriff "altes Europa" prägte, kamen schon im zweiten Jahr.

Barack Obama ist aber auch ein anderer Präsident als seine Vorgänger, die im Zweiten Weltkrieg noch als Soldaten dienten oder kurz nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs geboren wurden. Er dagegen wuchs in den sechziger Jahren in Hawaii auf, mitten im Pazifik, er lebte in Indonesien, er bereiste als Student Pakistan und suchte in Afrika nach den Wurzeln seines kenianischen Vaters.

Kein amerikanischer Präsident vor ihm hat die Usancen des transatlantischen Bündnisses so ungerührt ignoriert wie Obama. Als die Europäer sich vor einem geplanten EU-USA-Gipfel nicht darauf einigen konnten, wer neben dem amerikanischen Präsidenten werde Platz nehmen und wer ihm wann die Hand werde schütteln dürfen, sagte Obama seine Teilnahme kurzfristig ab, offiziell aus Termingründen.

Gelegentlich löste Obama mit kleinen diplomatischen Fehlritten Irritationen diesseits des Atlantiks aus. Zum Antrittsbesuch am britischen Königshof 2009 überreichte der US-Präsident einer verblüfften Monarchin Elizabeth II. einen iPod, auf den er Bilder und Videos seiner Gastgeberin geladen hatte. Zudem vergaß sein Sprecher damals, die "special relationship" zu loben, das seit Jahrzehnten beschworene, besonders enge Verhältnis der Angelsachsen beiderseits des Atlantiks, auf das Briten so stolz sind.

Die Empfindlichkeiten der Europäer sind noch immer groß, wenn es um den Umgang mit Amerika geht. In Berlin ist das politische Debakel um die Libyen-Resolution des Uno-Sicherheitsrats vor zwei Jahren noch in peinsamer Erinnerung. Deutschland hatte sich damals als einziges Nato-Land enthalten und stand im Bündnis plötzlich isoliert da. Die Bundesregierung hatte sich darauf verlassen, dass Obama, der zunächst ebenfalls gegen ein Eingreifen war, bei seiner Haltung bleiben würde. Doch unter dem Druck von Außenministerin Hillary Clinton knickte er schließlich ein. Seither zweifeln die Deutschen an Obamas Zuverlässigkeit in wichtigen Fragen.

So wie die Amerikaner zuweilen irritiert sind über die noch ungewohnte Eigenständigkeit ihrer Alliierten, haben auch die Europäer das Gefühl, nicht hinreichend ernst genommen zu werden. Im Dezember 2009 beim Weltklimagipfel in Kopenhagen etwa handelte Obama hinter dem Rücken der Europäer Kompromisse mit Chinesen und Indern aus, die wirkliche Reformen, für die sich die Europäer stark

gemacht hatten, verhinderten. Auch das Gefangenenlager Guantanamo, das Symbol der dunklen Bush-Jahre, das Obama trotz aller Beteuerungen noch immer nicht geschlossen hat, lastet auf dem transatlantischen Verhältnis, ebenso wie der unheimliche Drohnenkrieg, in dem der Präsident allein entscheidet, wer Amerikas Feind ist und wer mit ferngesteuerten Raketen hingerichtet wird.

Die deutsche Bevölkerung nimmt allerdings nur wenig Notiz von den Irritationen der politischen Klasse, sie sieht dem Friedensnobelpreisträger Obama manchen Fehlschlag nach, auch seine durchwachsene Bilanz. Die Mehrheit der Deutschen ist nach wie vor begeistert vom US-Präsidenten, fast 90 Prozent wünschten sich in einer Umfrage seine Wiederwahl.

Obama kann in Deutschland dramatisch höhere Zustimmungswerte verzeichnen als der verachtete George W. Bush, aber auch höhere Werte, als sie einstmals Bill Clinton genoss, der in seiner achtjährigen Amtszeit Deutschland sechsmal besuchte, mit dem damaligen Bundeskanzler Helmut Kohl um die Wette Pasta aß und von dessen Nachfolger Gerhard Schröder eine Kiste guter kubanischer Zigarren bekam, die er eigentlich nicht annehmen durfte. Heute scheint es auf solche Zeichen persönlicher Vertrautheit gar nicht mehr anzukommen. Weder Angela Merkel noch ihr Gast mögen derlei Anbiederung - die engsten Freunde sind sie ohnehin nicht.

Merkel hat auch nach viereinhalb Jahren keinen persönlichen Draht zu Obama gefunden. Sie hält den Präsidenten für einen Mann, der viel ankündigt und wenig umsetzt. Dass ihn Europa nicht sonderlich interessiert, hat sich in Berlin herumgesprochen. Die Erwartungen an die zweite Amtszeit Obamas sind in der Bundesregierung gering. Das transatlantische Verhältnis ist abgeklärter geworden.

Als Kennedy Amerika regierte, war Deutschland eine junge, verunsicherte Demokratie, ein Experiment, bei dem es darum ging, die Deutschen in die Wertegemeinschaft des Westens zu integrieren. Der greise Kanzler Konrad Adenauer musste sich bereits gegen den unausweichlichen Verlust seiner Macht wehren. Unter seiner Führung hatte sich die Bonner Regierung hinter ewig gültigen Wahrheiten des Kalten Kriegs verschanzt, eine Politik, die Kennedy als "engstirnig und im Wortsinn reaktionär" bezeichnete.

Der junge US-Präsident und seine Demokratische Partei waren zum großen Vorbild für viele Deutsche geworden. Kennedy stand für die Ziele, mit denen sie sich identifizieren konnten: ein Land, das sich grundsätzlich zum Freiheitsgedanken bekennt, das aber, nachdem es sich in der Kuba-Krise als stark erwiesen hatte, nun darauf sann, wie das Leben im Schatten nuklearer Bedrohung sicherer gemacht werden könnte.

Kennedy schien ein Land zu formen, in dem alle Gesellschaftsschichten Anteil am wirtschaftlichen Erfolg haben sollten, ein Land, das sich abgrenzen wollte vom ungehemmten Kapitalismus und dem religiösen Fanatismus der amerikanischen Konservativen. Deutschland brauchte Kennedys Amerika damals, auch als moralischen Kompass.

John F. Kennedy war, als er ins Amt gewählt wurde, zunächst ein zögerlicher Präsident, aber er wuchs mit der Größe der Aufgaben seiner Zeit, und sein tragischer Tod in Dallas am 22. November 1963 begründete den Mythos vom großen Kennedy-Aufbruch in eine gerechtere Zukunft. Seine jüngeren Brüder, Robert und Ted, die das Erbe antraten, machten den Namen Kennedy zum Symbol für ein neues, liberaleres Amerika, ein, aus der Sicht Europas, europäisches Amerika.

Heute steht der Name Kennedy vor allem für den Ausbau des amerikanischen Sozialstaats, dessen Grundstein der Demokrat Franklin D. Roosevelt im New Deal gelegt hatte. Zwar war es in Wahrheit Kennedys Nachfolger, Präsident Lyndon B. Johnson, gewesen, der die wichtigsten Gesetze für eine staatliche Gesundheitsversorgung im Kongress durchsetzte, der auch die entscheidenden Schlachten für die Gleichstellung des schwarzen Amerika geschlagen hat. Aber dessen Ansehen ging im Strudel des Vietnam-Kriegs unter, und deshalb blieb es der Name Kennedy, der für ein gerechteres Amerika, für Bürgerrechte, für die Gleichheit von Mann und Frau stand.

Aus den Ideen, die sich mit seinem Namen verbanden, gingen dann die großen Bewegungen der sechziger Jahre hervor, die Bürgerrechtsbewegung, die Frauenbewegung, auch die Studentenrevolte, und die ganze Welt, nicht nur Deutschland, blickte gebannt auf dieses neue, reformbewegte Amerika, Kennedys Hinterlassenschaft.

Dieses Amerika lieferte die Helden für die sechziger Jahre, die Deutschland, die kleine, behäbige, spießbürgerliche Bonner Republik, selbst nicht zu bieten hatte. Das Deutschland der Sechziger war das Land der Heimatfilme und der Schlagerparade. Die Deutschen hatten Konrad Adenauer und Ludwig Erhard, Rex Gildo und Dieter Thomas Heck, die Amerikaner John F. und Robert Kennedy, Elvis und die Rebellen von Woodstock.

Viele Ziele, die Amerika und Europa damals so emotional verbanden, sind heute erreicht, auf beiden Seiten des Atlantiks. Der Ost-West-Konflikt ist Geschichte; es gibt in Amerika keine separaten

Wasserspender für Schwarze und Weiße mehr. Frauen haben bessere Chancen im Berufsleben, erst vorige Woche ernannte Obama seine Vertraute Susan Rice zur neuen Nationalen Sicherheitsberaterin und die Politologin Samantha Power zur neuen Uno-Botschafterin. Schwule und Lesben können sich in vielen Bundesstaaten zu eheähnlichen Gemeinschaften zusammenschließen, und es gibt einen Sozialstaat, der mehr ist als nur eine Rentenversicherung für Arme wie unter Kennedy.

Gleichzeitig hat Europa, der einst so kriegslüsterne Kontinent, Frieden gefunden. Die finstere Kriegsvorgeschichte wurde aufgearbeitet, nicht zuletzt in Deutschland, und der Wettstreit der Systeme zwischen Kommunismus und Kapitalismus, der den Kontinent spaltete, ist endgültig überwunden. Deutschland, die neue europäische Macht, ist längst seiner einstigen Rolle als Musterschüler Amerikas entwachsen und schaut nicht mehr automatisch über den Atlantik, um sich dort Ratschläge einzuholen.

Amerika ist auch in Europa nicht mehr das alleinige Maß für Fortschritt. Und Deutschland ist längst nicht mehr das Land, bei dem die Welt zuallererst an Blasmusik oder Bratwurst, an Heidelberg oder Schloss Neuschwanstein denkt, Deutschland hat Berlin, die coolste Stadt Europas, es hat das Berghain, einen der angesagtesten Techno-Clubs. Biertrinker in den USA, denen es auf Geschmack ankommt, trinken Bier, das nach deutschem Reinheitsgebot gebraut wird, und gehen in einen der mittlerweile 54 deutschen Biergärten in New York. Besserverdienende fahren nicht Ford, Chrysler oder Chevy, sondern Audi, Mercedes oder BMW.

Beide Seiten sind einer gleichberechtigten Partnerschaft näher gekommen und stellen doch verblüfft fest, dass dieser Beziehung zwischen Europa und Amerika etwas verlorengegangen ist, wie Roger Cohen in der "New York Times" schreibt, eben der "emotionale Kern" des transatlantischen Projekts. Ein Freund ging verloren - und kehrt nun als Kompagnon zurück. Gibt es tatsächlich keine gemeinsame Vision mehr, wie sie die Freundschaft unter Kennedy trug?

Vieles, was Obama in seiner ersten Amtszeit erreicht hat, ist in der Tradition Kennedys begründet. Das erste wichtige Gesetz, das Obama nach seinem Amtsantritt 2009 unterzeichnete, war ein Gesetz für gleichen Lohn von Mann und Frau. Mit Obamacare, seiner Gesundheitsreform, stellte er sicher, dass es nun eine Versicherungspflicht für alle Amerikaner gibt, und vollendete damit den Sozialstaat amerikanischer Prägung. Und, nicht zuletzt, war auch seine Wahl, die Wahl des ersten schwarzen Präsidenten Amerikas, die Erfüllung eines großen Traums der Kennedy-Ära. So gesehen, steht Obamas Amtsführung am Ende der großen Versprechen, die Kennedy symbolisierte. Der erste schwarze Präsident ist eine Zäsur, gewissermaßen auch das: der letzte Kennedy.

Als Obama 2008 zunächst in den parteiinternen Vorwahlkampf gegen Hillary Clinton und danach den Hauptwahlkampf gegen den Republikaner John McCain zog, war das eine Art Déjà-vu, ein Rerun von 1960, ein Kampf des neuen Amerika gegen das alte Amerika, Kennedy gegen Richard Nixon.

Obama steht nun für den Abschied von der weißen Leitkultur, für ein Amerika, in dem die neuen Einwanderer aus Lateinamerika langsam die Mehrheit gewinnen, in dem Englisch nicht mehr die allein beherrschende Sprache ist, sondern mindestens auch Spanisch. Aber bedeutet das automatisch, dass die alte transatlantische Wertegemeinschaft an Tragweite verliert? Heißt das, dass Europa mit Sorge dem Untergang des alten Amerika zusehen und dem neuen Amerika Obamas mit Skepsis begegnen muss?

Im Wahlkampf hat sich Obama gern als Weltbürger präsentiert, als Kandidat, der anders als Präsident George W. Bush nicht rücksichtslos amerikanische Interessen durchsetzt, sondern auch auf Amerikas Partner in der Welt Rücksicht nimmt. Er versprach ein kooperationswilliges Amerika.

Aber die Sorge mancher Europäer war, dass sich sein Kooperationswille vornehmlich auf Länder fernab von Europa bezieht. Er selbst hat sich als "pazifischen Präsidenten" bezeichnet, der außenpolitische Schwenk in Richtung Asien hat für ihn politische Priorität.

Müssen die Europäer deshalb Obamas Amerika fürchten? Die Frage ist heikel. Innenpolitisch hat die Angst vor diesem neuen Amerika der reaktionären Tea Party in die Hände gespielt, die nicht die Nähe zu Europa, sondern im Gegenteil die Abgrenzung zum Alten Kontinent zu ihrem Wahlprogramm erklärt hat. Sie tut so, als wäre Europa ein Erdteil ohne Freiheit, eine monströse Sowjetunion. Sie redet so, als wäre der Kalte Krieg nie zu Ende gegangen.

Sie kämpft gegen den "Steuerstaat", gegen strengere Waffengesetze, sie will eine Machtfülle für die Vereinigten Staaten erhalten, die nicht länger durchsetzbar ist, sie will zurück zu den Kämpfen, die schon Kennedy ausgefochten hat. Die Tea Party steht für einen Rückschritt, innenpolitisch, aber auch im transatlantischen Verhältnis. Allerdings hat sie bei der vergangenen Wahl eine empfindliche Niederlage erlitten.

Die Zukunft gehört Obamas Amerika. Vielleicht verstanden John F. Kennedys Erben das besser als andere, als sie sich 2008 gegen Hillary Clinton und für Obama als Präsidentschaftskandidaten

entschieden. Ted Kennedy, der letzte überlebende Bruder, zog für Obama in den Wahlkampf, und zwar mit Sätzen des ehemaligen Präsidenten: "Die Welt verändert sich. Mit den alten Wegen kommen wir nicht weiter. Es ist Zeit für eine neue Generation, das Land zu führen."

Es war eine große politische Weihe, die Obama Glaubwürdigkeit verlieh und ihn mit zum Wahlsieg trug. Es sollte aber auch ein Signal sein, dass dieses neue Amerika Obamas dem Kennedy-Ideal näher ist als das, was vom alten Amerika demografisch geblieben ist.

Für Europa heißt das: Die enge transatlantische Verbindung ist noch da, aber sie hat sich grundlegend gewandelt.

Das Verhältnis der Berliner Republik zu Amerika ist längst nicht mehr durch die verzückte, amouröse Erinnerung an die Sechziger geprägt, sondern maßgeblich durch die verbleibenden gemeinsamen Interessen. Das hat nicht nur Deutschland, sondern beide Seiten freier gemacht. Es geht endlich nicht mehr um einstudierte Beschwörungen ewiger Treue.

Denn trotz ihrer engen Verflechtungen müssen beide Seiten ihre eigenen Probleme vorrangig selbst lösen. Folgerichtig haben sich die Europäer wiederholt amerikanische Empfehlungen in Sachen Euro verboten. Als US-Finanzminister Timothy Geithner im September 2011 bei einem Treffen seiner EU-Kollegen auftauchte, machten diese ihrem Unmut über den Gast aus Übersee Luft. "Eigenartig" sei es, dass ausgerechnet das Land, das Europa die Finanzkrise eingebracht habe, nun Ratschläge zu deren Lösung erteilen wolle, schimpfte Österreichs Finanzministerin Maria Fekter.

Inzwischen schauen die Europäer für die Lösung ihrer ökonomischen Schwierigkeiten genau wie die Amerikaner nach Asien, genauer gesagt: Sie sind schon lange da. Die EU ist mittlerweile wichtigster Exportmarkt für **China** und für Indien.

Das Kanzleramt hat dem Weißen Haus ausdrücklich mitgeteilt, dass Obama ruhig, wie so oft in anderen Reden, über die Bedeutung Asiens reden könne. Deutschland fühle sich dadurch nicht zurückgesetzt.

De facto ist damit eingetreten, was sich Deutschlands und Europas Transatlantiker immer gewünscht haben, ein Bündnis auf Augenhöhe. Freilich ist es eine Verbindung von zwei Mächten in der Defensive, eine Zweckgemeinschaft also.

Nichts verdeutlicht dies besser als der Verhandlungsmarathon über das geplante Freihandelsabkommen TTIP, dem auch Merkel große Bedeutung beimisst. Dieses Projekt geistert seit Jahrzehnten durch europäisch-amerikanische Debatten, seine Befürworter erinnern unentwegt daran, dass Europa und die USA gemeinsam knapp 50 Prozent des globalen Bruttoinlandsprodukts stellen, 60 Prozent der weltweiten Forschungsausgaben und 75 Prozent aller Finanzdienstleistungen - und dass US-Direktinvestitionen in Spanien immer noch höher liegen als Investitionen in **China**.

Die TTIP-Anhänger erwarten von dem Freihandelsabkommen eine neue große transatlantische Zukunft, auch ein mögliches Bollwerk gegen eine ökonomische Supermacht **China**. Doch Obama hat das Projekt bislang nur zögerlich unterstützt, erst in letzter Minute rang er sich dazu durch, das Vorhaben mit einem Satz in seiner Februar-Rede zur Lage der Nation zu erwähnen, allerdings hinter der Passage über das geplante Freihandelsabkommen mit pazifischen Staaten.

Europas Führer unternehmen zudem wenig, um Obamas Begeisterung zu mehren. Die Franzosen beharren bei TTIP-Verhandlungen bereits auf Ausnahmeregelungen, um ihre Filmindustrie zu schützen, die Briten bestehen auf Schutzwällen für ihren Finanzstandort London, deutsche Bauern wettern gegen amerikanischen Genmais.

Alle Seiten werden genau auf ihre Vorteile achten und pochen, es wird um jedes Detail gerungen werden. Die Zeiten, als beide Seiten in einer **Schicksalsgemeinschaft** verbunden waren und über Kleinigkeiten hinwegsehen konnten, sind vorbei. Europa muss nicht mehr russische Panzer fürchten, egal wie sehr Russlands Präsident Wladimir Putin sich aufplustert, und Amerika muss das Überleben des Westens nicht mehr in Berlin verteidigen. Auch die deutschen Monster der Vergangenheit, gegen die vor kurzem noch Demonstranten in den Schuldenstaaten Südeuropas auf die Straße gingen, zählen als Argument nicht mehr. Die Welt glaubt nicht länger, dass Deutschland, diese zögerliche Mittelmacht, sich erneut Europa unterwerfen will.

Die neuen Bedrohungen für die Verbündeten auf beiden Seiten des Atlantiks lassen sich eher in ernüchternden Zahlen und Statistiken messen. In 25 Jahren wird die Zahl der Europäer im arbeitsfähigen Alter um 7 Prozent gesunken sein, während die Zahl der Senioren über 65 um 50 Prozent steigt. Der weltweite Reichtum wandert schon heute nach Asien. Laut einer Studie der Boston Consulting Group wird dort in einigen Regionen schon in fünf Jahren der private Wohlstand höher sein als in Teilen Europas.

Amerika wiederum kämpft mit unvorstellbaren 16,7 Billionen Dollar Staatsverschuldung, die Zahl macht selbst Europas Schuldenberge zu Hügeln. "Die größte Gefahr für unsere nationale Sicherheit" nannte sie der ehemalige Vorsitzende des Generalstabs, Mike Mullen.

Diese Zahl erklärt auch Obamas außenpolitische "Rückzugsdoktrin", wie es das "Wall Street Journal" nennt. Sein Land ist kriegsmüde, einstweilen tut Obama alles, um nicht schon wieder im Nahen Osten militärisch eingreifen zu müssen. Dass **China** weiterhin den größten Gläubiger der USA gibt, kommt einem Marshall-Plan gleich, der derzeit für die USA so wichtig ist wie einst der für Europa. Umgekehrt ist für die Europäer der nächste Brüsseler Krisengipfel im Zweifel wichtiger als Obamas Blitzvisite.

Was wird also bleiben, wenn die "Air Force One" des Präsidenten am 19. Juni wieder vom Flughafen Tegel abhebt? Alltag.

Europa und Amerika werden weiterhin zusammenarbeiten, an einer Vielzahl von Projekten, wirtschaftlich, politisch, kulturell. Sie sind verwoben und verbunden durch die Millionen Jobs ihrer Multis, durch Austauschprogramme und Erfahrungen, die diese beiden Kontinente geschaffen haben und die ihre Allianz noch immer stärker macht als jede andere auf diesem Planeten.

Doch die Verbündeten müssen sich nicht länger gegenseitig beeindrucken, wie Partner es tun, die gerade erst zarte Bande knüpfen. Wie so etwas aussieht, war vorigen Freitag zu bestaunen, als Obama Chinas Präsidenten Xi **Jinping** mit einem aufwendig inszenierten "USA-**China**-Gipfel" umwarb, ausgerichtet im Anwesen Sunnylands bei Palm Springs, einem legendären pinkfarbenen Prachtbau mitten in der kalifornischen Wüste, einst das Winterquartier der milliardenschweren Verlegerfamilie Annenberg. Peking späht Amerikas Computer aus, die KP stützt das Regime in Nordkorea, das die USA angeblich mit einem Nuklearschlag auslöschen möchte. Doch solche Unfreundlichkeiten durften keine große Rolle spielen in Sunnylands, "unser Ziel war ein möglichst freundschaftlicher Rahmen", hieß es aus dem Weißen Haus. Es war eine Art Paartherapie unter Palmen.

Europa kann nicht **China** sein. Doch der Alte Kontinent, und dazu passt der entspannte Ton, der vor Obamas Arbeitsbesuch in Berlin gepflegt wird, ist auch nicht mehr auf einen strahlenden amerikanischen Helden in dunklen Zeiten angewiesen, schon gar nicht auf einen Retter, denn diese Rolle können die USA im 21. Jahrhundert ohnehin nicht mehr spielen, selbst wenn sie es wollten.

Amerikaner und Europäer wissen, dass sie sich selbst retten müssen. Zusammenarbeit kann dabei allerdings hilfreich sein.

SIPA press

AKG

CECIL STOUGHTON / JBH

photopress.at

STANLEY TRETICK / BETTMANN / CORBIS

PETE SOUZA / THE WHITE HOUSE

KEYSTONE

LARRY DOWNING / REUTERS

US-Präsident Obama an Bord des Hubschraubers "Marine One" 2012

US-Präsident Kennedy vor dem Schöneberger Rathaus 1963

Staatschef Kennedy, Kinder Caroline, John Jr. im Oval Office 1962: Wahres Leben

Staatschef Obama im Oval Office 2009: Große, noch immer unerfüllte Versprechen

Starpolitiker Kennedy, Anhänger 1960: "Frag, was du für dein Land tun kannst"

Starpolitiker Obama, Anhänger 2009: Bündnis auf Augenhöhe

Berlin-Besucher Obama 2008: Neue Brücken rund um den Erdball

Glamourpaar John, Jackie Kennedy 1961: Stil, Geschmack, Klasse

Glamourpaar Barack, Michelle Obama 2011: Sehnsucht nach einer Politik mit Happy End

NS gvexe : Executive Branch | gdip : International Relations | gcat : Political/General News | gpir : Politics/International Relations | gpol : Domestic Politics | gvbod : Government Bodies

RE china : China | eecz : European Union Countries | eurz : Europe | gfr : Germany | usa : United States | apacz : Asia Pacific | asiaz : Asia | bric : BRIC Countries | chinaz : Greater China | dach : DACH Countries | devgcoz : Emerging Market Countries | dvpcoz : Developing Economies | easiaz : Eastern Asia | namz : North America | weurz : Western Europe

IPD Titelgeschichte

PUB Spiegel-Verlag Rudolph Augstein GmbH

AN 文件 SPGL000020130610e96a0001u

HD GEWOG - Porzer Wohnungsbaugenossenschaft eG; Köln

WC 11,241 字

PD 2013 年 8 月 26 日

SN Bundesanzeiger Jahresabschluss-Veröffentlichungen

SC JAHREV

LA 德文

CY Copyright 2013. Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH

LP

Kaiserstraße 11

51145

TD

Köln

Deutschland

GEWOG-Porzer Wohnungsbaugenossenschaft eG

Köln

Jahresabschluss zum Geschäftsjahr vom 01.01.2012 bis zum 31.12.2012

Bilanz zum 31. Dezember 2012

AKTIVA

	Geschäftsjahr EURO		Vorjahr EURO	
Anlagevermögen				
Immaterielle Vermögensgegenstände				
Entgeltlich erworbene Software und Lizenzen		6.090,00	5.291,00	
Sachanlagen				
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten		63.595.990,23		
65.285.442,61				
Grundstücke mit Geschäfts- und anderen Bauten	35.057,70		35.152,70	
Grundstücke ohne Bauten	121.828,77		9.150,01	
Technische Anlagen und Maschinen	8.389,00		10.281,00	
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	122.532,00			
122.304,00				
Anlagen im Bau	5.089.233,70		688.612,84	
Bauvorbereitungskosten	139.731,54	69.112.762,94	79.011,97	
Finanzanlagen				
Anteile an verbundenen Unternehmen	4.000.000,00		4.000.000,00	
Wertpapiere des Anlagevermögens	4.241.210,00		3.226.710,00	
Andere Finanzanlagen	500,00	8.241.710,00	500,00	
Anlagevermögen insgesamt		77.360.562,94	73.462.456,13	
Umlaufvermögen				
Zum Verkauf bestimmte Grundstücke und andere Vorräte				
Unfertige Leistungen	4.480.498,75		4.384.256,50	
Andere Vorräte	1.156,85	4.481.655,60	1.879,88	
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
Forderungen aus Vermietung	107.132,28		112.144,02	
Forderungen gegen verbundenen Unternehmen	3.460,05		3.295,06	
Sonstige Vermögensgegenstände	90.092,35	200.684,68	112.240,45	
Wertpapiere				
Sonstige Wertpapiere		1.794.750,00	2.521.355,00	

Flüssige Mittel		
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	3.733.872,58	2.487.150,27
Rechnungsabgrenzungsposten		
Andere Rechnungsabgrenzungsposten	2.912,42	4.729,89
Bilanzsumme	87.574.438,22	83.089.507,20
Bilanzvermerk		
Treuhandvermögen aus Mietkautionen:	9.259,03	11.224,55
Passiva		

Geschäftsjahr EURO Vorjahr EURO

Eigenkapital			
Geschäftsguthaben			
der mit Ablauf des Geschäftsjahres ausgeschiedenen Mitglieder	381.627,00		
333.786,92			
der verbleibenden Mitglieder	6.527.035,83	6.367.939,15	
aus gekündigten Geschäftsanteilen	2.000,00	6.910.662,83	0,00
Rückständige fällige Einzahlungen auf Geschäftsanteile 29.812,21 €			26.393,96
Ergebnisrücklagen			
Gesetzliche Rücklage	9.611.348,82	9.436.920,22	
davon aus Jahresüberschuss Geschäftsjahr eingestellt 174.428,60 €			
238.601,31			
Bauerneuerungsrücklage	6.000.000,00	5.500.000,00	
davon aus Jahresüberschuss Geschäftsjahr eingestellt 500.000,00 €			
1.000.000,00			
Andere Ergebnisrücklagen	19.437.472,67	35.048.821,49	
18.621.012,89			
davon aus Jahresüberschuss Geschäftsjahr eingestellt 816.459,78 €			
897.090,99			
Bilanzgewinn			
Jahresüberschuss	1.744.285,95	2.386.013,09	
Einstellungen in Ergebnisrücklagen	-1.490.888,38	253.397,57	
-2.135.692,30			
Eigenkapital insgesamt	42.212.881,89	40.509.979,97	
Rückstellungen			
Steuerrückstellungen	0,00	300,00	
Sonstige Rückstellungen	1.116.150,00	1.116.150,00	806.780,00
Verbindlichkeiten			
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	8.026.026,68	5.994.574,24	
Verbindlichkeiten gegenüber anderen Kreditgebern	29.569.368,97		
29.847.115,23			
Erhaltene Anzahlungen	4.642.227,93	4.756.655,24	
Verbindlichkeiten aus Vermietung	65.377,56	67.002,53	
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.863.963,71		
1.005.669,61			
Sonstige Verbindlichkeiten	78.339,26	44.245.304,11	101.289,81
davon aus Steuern: 300,25 €		17.973,00	
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: 0,00 €			483,29
Rechnungsabgrenzungsposten		102,22	140,57
Bilanzsumme	87.574.438,22	83.089.507,20	
Bilanzvermerk			
Treuhandverbindlichkeiten aus Mietkautionen:	9.259,03	11.224,55	

Gewinn- und Verlustrechnung vom 01. Januar bis 31. Dezember 2012

Geschäftsjahr EURO Vorjahr EURO

Umsatzerlöse		
a aus der Hausbewirtschaftung	16.544.885,34	
16.408.434,53		
b aus anderen Lieferungen und Leistungen	65.325,25	
16.610.210,59	55.916,12	
Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen Vorjahr Verminderung		
96.242,25	-12.725,81	
Sonstige betriebliche Erträge		296.022,80
242.219,22		

Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen

a Aufwendungen für Hausbewirtschaftung		9.725.142,27	
8.882.585,73			
Rohergebnis	7.277.333,37		7.811.258,33
Personalaufwand			
a Löhne und Gehälter	935.074,01		
890.605,68			
b soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung			248.738,62
1.183.812,63 239.867,90			
davon für Altersversorgung	68.632,33		
65.459,72			
Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen			
1.618.469,63 1.618.752,24			
Sonstige betriebliche Aufwendungen		794.321,42	
697.876,56			
Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens			88.437,32
6.726,81			
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	79.555,93		167.993,25
142.431,45			
Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens			
250,00 3.452,00			
Zinsen und ähnliche Aufwendungen			1.591.891,98
1.630.480,40			
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit			2.256.580,96
2.879.381,81			
Steuern vom Einkommen und Ertrag			53.870,50
46.704,82			
Sonstige Steuern	458.424,51		446.663,90
Jahresüberschuss		1.744.285,95	
2.386.013,09			
Einstellungen aus dem Jahresüberschuss in Ergebnismrücklagen			
1.490.888,38 2.135.692,30			
Bilanzgewinn	253.397,57		250.320,79

Anhang für das Geschäftsjahr 2012

A. Allgemeine Angaben

Die Bilanz zum 31.12.2012 und die Gewinn- und Verlustrechnung für den Zeitraum 01.01. bis 31.12.2012 wurden nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches in der Fassung des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes BilMoG aufgestellt. Die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung entspricht der Verordnung für die Gliederung des Jahresabschlusses von Wohnungsunternehmen Formblatt VO, wobei für die Aufstellung der Gewinn- und Verlustrechnung das Gesamtkostenverfahren Anwendung findet.

Bei der Gliederung ist die bisherige Form der Darstellung bei den Positionen der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung beibehalten worden. Eine Vergleichbarkeit mit den Vorjahreszahlen ist gegeben.

B. Erläuterungen zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Bei Aufstellung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung wurden folgende Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden angewandt:

Das Sachanlagevermögen und die immateriellen Vermögensgegenstände sind zu den Anschaffungs- oder Herstellungskosten abzüglich Abschreibungen bewertet.

Für Sachanlagenzugänge sind als Anschaffungs- oder Herstellungskosten Fremdkosten angesetzt. Erhaltene Zuschüsse werden aktivisch abgesetzt.

Auf den Herstellungszeitraum entfallende aktivierungspflichtige Gemeinkosten im Sinne von § 255 Abs. 2 HGB werden aufgrund der Änderung durch BilMoG zukünftig aktiviert. Zinsen für Fremdkapital während der Bauzeit im Sinne von § 255 Abs. 3 HGB werden nicht aktiviert.

Der planmäßigen Abschreibung auf Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohn- und Geschäftsbauten liegt die lineare Abschreibungsmethode zu Grunde. Die Anschaffungs- bzw.

Herstellungskosten werden grundsätzlich auf eine Gesamtnutzungsdauer von 75 Jahren verteilt. Nachträgliche Herstellungskosten werden grundsätzlich nach Maßgabe der buchmäßigen Restnutzungsdauer abgeschrieben.

Die Wohnanlagen KAW Ensen und Urbach Ve 11, 12 wurden mit einer Restnutzungsdauer bis zum 31.12.2012 abgeschrieben. Die Wohnanlage Einsteinstraße 1–11 Ve 27 wird mit 3 % p. a. abgeschrieben, separate Garagenobjekte mit 4 % p. a. Die in 2003 fertig gestellte Parkplatzanlage an der Siemensstraße Ve 12 wird linear mit einer Nutzungsdauer von zehn Jahren abgeschrieben. Das in 2004 erworbene Objekt Wattstraße 1-17 Ve 13; Baujahr 1966 wird mit einer Gesamtnutzungsdauer von 40 Jahren abgeschrieben 2,5 % p. a..

Die Gegenstände der technischen Anlagen, der Betriebs- und Geschäftsausstattung und die immateriellen Vermögensgegenstände werden mit den AfA-Sätzen für allgemein verwendbare Anlagegüter unter Beachtung der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer in drei bis achtzehn Jahren linear abgeschrieben.

Geringwertige Wirtschaftsgüter im Wert zwischen 150,01 € und 1.000,00 € netto werden ab dem Wirtschaftsjahr 2008 bis einschließlich 2011 als Sammelposten ausgewiesen und mit 20 % p.a. abgeschrieben. Bis zum Wirtschaftsjahr 2007 und ab 2012 sind die geringwertigen Wirtschaftsgüter mit einem Wert bis 410,00 € netto im Jahr der Anschaffung in voller Höhe abgeschrieben und als Zu- und Abgang im Anlagespiegel dargestellt worden.

Die Anteile an verbundenen Unternehmen und die anderen Finanzanlagen werden zum Nominalwert ausgewiesen.

Die sonstigen Wertpapiere des Anlagevermögens sind mit den Anschaffungskosten bewertet.

Als unfertige Leistungen werden die noch abzurechnenden umlagefähigen Betriebskosten ausgewiesen. Sie enthalten neben den bezogenen Lieferungen und Leistungen, die zu Anschaffungskosten bewertet sind, Leistungen des Gärtnerregiebetriebes, des Waschhauses und der Hauswarte, die zu Herstellungskosten bewertet sind. Für Leerstandszeiten sind aktivisch abgesetzte Wertberichtigungen vorgenommen worden. Ebenfalls unter den unfertigen Leistungen werden die noch nicht abgerechneten Kosten der Geschäftsbesorgung für die GEWOG Wohnungsgesellschaft Porz mbH ausgewiesen, die zu Herstellungskosten bewertet sind.

Die anderen Vorräte werden nach der FIFO-Methode bewertet.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind in Höhe der voraussichtlich realisierbaren Beträge bilanziert, nachdem bei Forderungen aus Vermietung und sonstigen Vermögensgegenständen auf ausfallgefährdeten Posten in angemessenem Umfang Abschreibungen oder aktivisch abgesetzte Einzelwertberichtigungen vorgenommen worden sind.

Die sonstigen Wertpapiere des Umlaufvermögens sind mit den Anschaffungskosten oder dem niedrigeren Wert am Bilanzstichtag bewertet. Zuschreibungen bei Wertpapieren erfolgen zum jeweiligen Bilanzstichtag auf den Nennwert bzw. die Anschaffungskosten.

Rückstellungen wurden nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung mit ihrem notwendigem Erfüllungsbetrag angesetzt. In Übereinstimmung mit § 249 HGB sind Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten sowie für im Geschäftsjahr unterlassene Aufwendungen für Instandhaltung gebildet, soweit die Instandhaltungen innerhalb von drei Monaten des Geschäftsjahres 2013 nachgeholt werden.

Die Verbindlichkeiten sind mit dem Erfüllungsbetrag passiviert.

Die einzelnen Bilanzposten wurden unter Beachtung des Niederstwertprinzips verlustfrei bewertet.

C. Erläuterungen zur Bilanz und zur Gewinn- und Verlustrechnung

I. Bilanz

In der Position Unfertige Leistungen sind 4.426.773,24 € noch nicht abgerechnete Betriebskosten ohne Umlageausfallwagnis und 53.725,51 € noch nicht abgerechnete Kosten der Geschäftsbesorgung enthalten.

Die Forderungen gegenüber dem verbundenen Unternehmen in Höhe von 3.460,05 € resultieren aus der Umsatzsteuerorganschaft für das Geschäftsjahr 2012 2.690,69 € und zu erstattender Hauswartkosten 769,36 €.

Die Forderungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr stellen sich wie folgt dar:

	Insgesamt	davon mit einer Restlaufzeit von mehr als 1 Jahr
	Geschäftsjahr	Vorjahr
Forderungen aus Vermietung	107.132,28 €	42.939,24 € 26.064,56 €

In der Position Sonstige Vermögensgegenstände sind insgesamt 66.520,54 € an Zinserträgen aus Wertpapieren des Anlage- bzw. Umlaufvermögens enthalten, die erst nach dem Abschlussstichtag rechtlich entstehen.

Im Geschäftsjahr wurden Abschreibungen auf sonstige Wertpapiere des Umlaufvermögens in Höhe von 250,00 € vorgenommen. Zuschreibungen erfolgten in Höhe von 9.005,00 €.

In den Sonstigen Rückstellungen sind folgende Rückstellungen enthalten:

Rückstellungen für im Geschäftsjahr unterlassene Aufwendungen für Instandhaltung innerhalb von 3 Monaten nachzuholen	884.000,00 €
Rückstellung für Kanalsanierungen	94.600,00 €
Rückstellung für Ausgleichszahlungen Baumfällungen	53.400,00 €
Rückstellung für Prüfungskosten des Jahres 2012	23.000,00 €
Rückstellung für interne Abschlusskosten	25.000,00 €
Rückstellung für Steuerberatungskosten	6.200,00 €
Rückstellung für Kosten der Veröffentlichung	10.000,00 €
Rückstellung für Berufsgenossenschaft	8.000,00 €
Rückstellung für Urlaubsansprüche	11.950,00 €
	1.116.150,00 €

Ein Aufwendungsdarlehen wurde gemäß Wahlrecht nach § 88 Abs. 3 II. WohnbauG in Vorjahren in voller Höhe passiviert.

In den Verbindlichkeiten sind keine Beträge enthalten, die erst nach dem Abschlussstichtag rechtlich entstehen..

Die Fristigkeiten der Verbindlichkeiten sowie die zur Sicherheit gewährten Pfandrechte o.ä. Rechte stellen sich wie folgt dar:

		insgesamt	Davon		
			Restlaufzeit	gesichert	
EURO	EURO	Art der Sicherung	unter 1 Jahr	1 bis 5 Jahre	über 5 Jahre
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	8.026.026,68	Grundpfandrechte	387.649,57	1.152.376,14	
6.486.000,97	8.026.026,68		5.994.574,24	352.288,08	1.175.887,16 4.466.399,00
Verbindlichkeiten gegenüber anderen Kreditgebern	29.569.368,97	Grundpfandrechte	1.226.230,65	5.259.627,20	
23.083.511,12	29.569.368,97		29.847.115,23	1.109.297,83	4.883.766,94 23.854.050,46
Erhaltene Anzahlungen	4.642.227,93		4.642.227,93		
	4.756.655,24		4.756.655,24		
Verbindlichkeiten aus Vermietung	65.377,56		65.377,56		
	67.002,53		67.002,53		
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.863.963,71		1.863.963,71		
	1.005.669,61		1.005.669,61		
Sonstige Verbindlichkeiten	78.339,26		78.339,26		
	101.289,81		101.289,81		
Insgesamt	44.245.304,11		8.263.788,68	6.412.003,34	29.569.512,09
37.595.395,65			41.772.306,66	7.392.203,10	6.059.654,10 28.320.449,46

Vorjahreszahlen in Klammern

Entwicklung des Anlagevermögens

Umbuchungen		Anschaffungs-/ Herstellungskosten		Zugänge	Abgänge
		des Geschäftsjahres		Abschreibungen kumuliert	
Buchwert am 31.12.2012	Abschreibungen des Geschäftsjahres	Abschreibungen kumuliert			
EURO	EURO	EURO	EURO	EURO	EURO
Immaterielle Vermögensgegenstände			72.712,74		5.836,96
2.045,08	0,00	70.414,62	6.090,00	5.037,96	
Sachanlagen					
Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten			104.584.609,49		0,00
732.626,90		- 112.678,76	40.143.313,60	63.595.990,23	1.568.725,18
Grundstücke mit Geschäfts- und anderen Bauten			177.614,68		0,00
0,00	0,00	142.556,98	35.057,70	95,00	
Grundstücke ohne Bauten			9.150,01	0,00	0,00
112.678,76	0,00	121.828,77	0,00		
Technische Anlagen und Maschinen			71.734,90	0,00	0,00
0,00	63.345,90	8.389,00	1.892,00		
andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung			352.860,22		65.552,49
75.012,01	0,00	220.868,70	122.532,00	42.719,49	
Anlagen im Bau			688.612,84	4.400.620,86	0,00
0,00	0,00	5.089.233,70	0,00		
Bauvorbereitungskosten			79.011,97	60.719,57	0,00
0,00	0,00	139.731,54	0,00		
					-
112.678,76			105.963.594,11	4.526.892,92	807.638,91
112.678,76	40.570.085,18	69.112.762,94	1.613.431,67		
Finanzanlagen					
Anteile an verbundenen Unternehmen			4.000.000,00		0,00
0,00	0,00	0,00	4.000.000,00	0,00	
Wertpapiere des Anlagevermögens			3.226.710,00		1.014.500,00
0,00	0,00	0,00	4.241.210,00	0,00	
Andere Finanzanlagen			500,00	0,00	0,00
0,00	0,00	500,00	0,00		
			7.227.210,00	1.014.500,00	0,00
0,00	0,00	8.241.710,00	0,00		
					-
112.678,76			113.263.516,85	5.547.229,88	809.683,99
112.678,76	40.640.499,80	77.360.562,54	1.618.469,63		

II. Gewinn- und Verlustrechnung

Im Geschäftsjahr 2012 sind keine außerordentlichen Aufwendungen oder Erträge angefallen.

In den Posten der Gewinn- und Verlustrechnung sind folgende wesentliche periodenfremde Erträge und Aufwendungen enthalten:

Erträge aus Kostenerstattungen von Miet- und Räumungsklagen früherer Jahre 31.882,44 €

Unter den „sonstigen betrieblichen Erträgen“ sind Erträge aus Versicherungsentschädigungen in Höhe von 84.598,77 € Vorjahr: 58.675,41 € enthalten.

Unter den „sonstigen betrieblichen Aufwendungen“ wurden erfasst:

Sächliche Verwaltungsaufwendungen 492.653,40 €
 Vorjahr: 467.860,86 €
 Freiwillige soziale Aufwendungen 8.809,27 €
 Vorjahr: 6.609,80 €
 Andere Aufwendungen 292.858,75 €
 Vorjahr: 223.405,90 €

D. Sonstige Angaben

Zum 31.12.2012 bestanden Verbindlichkeiten aus Gewährleistungsverträgen in Höhe von 185.185,92 €
 Vorjahr: 126.870,04 €.

Haftungsverhältnisse bestehen in Höhe von 500,00 €. Es handelt sich um die Haftsumme aus der Mitgliedschaft bei einem genossenschaftlichen Kreditinstitut Kölner Bank eG. Das Risiko der Inanspruchnahme wird gering eingeschätzt.

Die Genossenschaft besitzt 100 % der Kapitalanteile an der GEWOG Wohnungsgesellschaft Porz mbH mit Sitz in Köln. Das Stammkapital beträgt 4.000.000,00 €. Im Geschäftsjahr 2012 betrug der Jahresüberschuss 181.851,50 €.

Mit nahe stehenden Unternehmen und Personen wurden in 2012 Geschäfte mit einem Gesamtwert von 200.889,35 € zu marktüblichen Konditionen getätigt. Die Geschäfte betreffen die Geschäftsbesorgung für die Tochtergesellschaft, die Mieten für die Geschäftsräume der Genossenschaft und die Nutzungsgebühren für angemietete Flächen von Aufsichtsratsmitgliedern an die Genossenschaft.

Sonstige nicht in der Bilanz oder dem Anhang ausgewiesene oder nicht vermerkte finanzielle Verpflichtungen, die für die Beurteilung der Finanzlage von Bedeutung sind, bestehen nicht.

Zukünftige Bauinstandhaltungen können mit Eigenmitteln finanziert werden. Zukünftige Neubauten und Modernisierungen werden branchenüblich eigen- und fremdfinanziert.

Zum Bilanzstichtag bestanden keine Forderungen an Mitglieder des Vorstandes und Mitglieder des Aufsichtsrates.

Als Treuhandverbindlichkeit werden Kautionskonten in Höhe von 9.259,03 € ausgewiesen.

Die Zahl der im Geschäftsjahr durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer betrug:

	Vollbeschäftigte	Teilzeitbeschäftigte
Kaufmännische Mitarbeiter	9	4
Technische Mitarbeiter	1	1
Mitarbeiter im Regiebetrieb	1	2
Hauswarte	4	-
	15	7

Außerdem wurde ganzjährig eine Auszubildende bzw. Auszubildender beschäftigt.

Für die Mitarbeiter existiert eine betriebliche Altersversorgung bei der Rheinischen Zusatzversorgungskasse RZVK. Die Rentenberechnung erfolgt bei der RZVK nach einem Punktesystem, rentennahe Jahrgänge Geburtstag bis 01.01.1947, für welche das Prinzip der Vollversorgung angewendet wird, sind nicht beschäftigt. Neben dem Beitragssatz von 4,25 % wird ein Sanierungszuschlag in Höhe von 3,5 % vom zusatzversorgungspflichtigen Entgelt erhoben. Der Aufwand im Geschäftsjahr 2012 betrug 69 T€..

Mitgliederbewegung

Stand 01.01.2012	3.099
Zugang 2012	+ 238
Abgang 2012	./ 219
Stand 31.12.2012	3.118

Die Geschäftsguthaben der verbliebenen Mitglieder haben sich im Geschäftsjahr um 159.096,68 € erhöht. Eine Nachschusspflicht besteht gem. § 18 der Satzung nicht.

Abgeltungssteuer

Als steuerbefreite Vermietungsgenossenschaft nach § 5 Abs. 1 Nr. 10 KStG haben wir die Voraussetzungen für die Antragstellung nach § 34 Abs. 16 KStG zum 01.01.2007 erfüllt. Der Vorstand hat beschlossen, die 3 %ige Abgeltungssteuer auf das steuerlich festgestellte EK 02 nicht zu leisten. Dem Antrag auf Ausübung des Wahlrechts mit der Folge, dass die bisherigen Regelungen des §§ 38 und 40 KStG weiter anzuwenden sind, wurde mit Schreiben vom 17.09.2008 des Finanzamtes Köln-Porz stattgegeben.

Name und Anschrift des zuständigen Prüfungsverbandes:

Verband der Wohnungs- und Immobilienwirtschaft Rheinland Westfalen e.V.

Goltsteinstraße 29

40211 Düsseldorf

Mitglieder des Vorstandes:

Karl Jacob, ehrenamtliches Vorstandsmitglied

Manfred Pöplau, ehrenamtliches Vorstandsmitglied

Uwe Seibel, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied

Mitglieder des Aufsichtsrates:

Hans-Dieter Jungmann, Bautechniker Vorsitzender
Hans Josef Bähner, Betriebswirt stellv. Vorsitzender
Gabriele Enste, Sekretärin
Michael Evert, Rechtsanwalt
Jürgen Hollstein, kfm. Angestellter
Axel Scholle, Dipl.-Ing.
Wolfgang Mombaur, Dipl.-Kaufmann
Michael Püchner, Dipl.-Kaufmann
Astrid Schinz, Architektin

Köln-Porz, den 28.02.2013

GEWOG – Porzer Wohnungsbaugenossenschaft eG

Vorstand

Karl Jacob

Manfred Pöplau

Uwe Seibel

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2012

A Geschäft und Rahmenbedingungen

1. Allgemeine Angaben

Die GEWOG - Porzer Wohnungsbaugenossenschaft eG wurde am 12.02.1937 gegründet und ist im Genossenschaftsregister Köln unter der Nr. 666 eingetragen. Der Sitz der Genossenschaft ist Köln. Die rechtlichen Verhältnisse regelt die Satzung in der zuletzt am 26.01.2009 eingetragenen Fassung.

Gegenstand des Unternehmens ist vorrangig eine gute, sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung gemeinnütziger Zweck der Mitglieder der Genossenschaft § 2 der Satzung. Der Geschäftskreis richtet sich auf die Steuerbefreiung nach § 5 Abs. 1 Nr. 10 KStG aus.

1. Darstellung des Geschäftsverlaufs und des Geschäftsergebnisses

2.1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung und Branchenentwicklung

Die Weltwirtschaft hat sich seit Mitte 2012 zunehmend abgekühlt und wird nach gesenkten Prognosen des Internationalen Währungsfonds IWF 2012 nur noch um 3,3 % wachsen, 2013 sollen es 3,6 % werden. Die verschlechterten Aussichten lassen sich laut IWF vor allem mit der Unsicherheit auf den Märkten begründen. Die weiterhin schwelende Staatsschuldenkrise in Europa und auch - unter anderen Rahmenbedingungen - in den USA, sind neben den andauernden Unruhen im arabischen Raum, wo der Norden Afrikas in islamistischer Reaktion und wirtschaftlicher Stagnation zu versinken droht, die größten Belastungsfaktoren für die Entwicklung der Weltwirtschaft.

Die US-Wirtschaft ist im Gesamtjahr 2012 um 2,2 % Vorjahr 1,8 % gewachsen. Ein harter Sparkurs und zögerliche Unternehmen haben die US-Wirtschaft allerdings im vierten Quartal 2012 und damit zu Beginn der zweiten Amtszeit des wiedergewählten Präsidenten Barak Obama überraschend um 0,1 % schrumpfen lassen wie das Handelsministerium mitteilte. Obwohl der Sturz von der so genannten Fiskalklippe vermieden werden konnte, übte die Unsicherheit über den zukünftigen finanzpolitischen Kurs und die Eurokrise in Übersee zusätzlichen Druck auf das Wachstum aus. Auch die Arbeitslosenquote von zuletzt 7,8 % Vorjahr 8,5 % ist immer noch hoch, und eine Besserung nicht in Sicht. Mit der hart umkämpften Einigung im US-Haushaltsstreit hat das neue Jahr mit einer positiven Nachricht begonnen, die weltweit zunächst einmal für eine gewisse Beruhigung an den Finanzmärkten gesorgt hat. Für das kommende Jahr rechnet der Internationale Währungsfonds IWF mit einem Wachstum der US-Wirtschaft von zwei Prozent.

China, die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt, erreichte 2012 nach Angaben des Internationalen Währungsfonds IWF ein gegenüber den Vorjahreszahlen abgeschwächtes Wirtschaftswachstum von 7,8 %. Angesichts der schwachen Handelszahlen und der Kontrolle des überhitzten Immobilienmarktes beschrieben Experten das Wachstum im abgelaufenen Jahr noch als sehr gut. Mindestens sieben Prozent Wachstum beim Bruttoinlandsprodukt BIP sind in einem Schwellenland wie **China** wegen des großen Nachholbedarfs notwendig, um genügend Arbeitsplätze zu schaffen und Entwicklungsprobleme zu lösen. Für die westlichen Industrienationen ist **China** aufgrund seiner Verflechtung in die Weltwirtschaft zu einem entscheidenden Faktor und Teil der globalwirtschaftlichen **Schicksalsgemeinschaft** geworden.

Im Euroraum hat sich die Rezession im Verlauf des Jahres 2012 fortgesetzt. Das Bruttoinlandsprodukt BIP verringerte sich nach Prognosen von Eurostat, dem Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaft, um 0,5 %; im Vorjahr war es noch um 1,4 % gestiegen. Nur vom Außenhandel gab es in Folge der Abwertung des Euro Anregungen, die Binnennachfrage im Euroraum schrumpft seit Sommer 2011 kontinuierlich. Bei den Bauinvestitionen war der Rückgang besonders stark; sie sind mittlerweile auf das Niveau von 1997 gefallen, wobei die Anpassung in den Niederlanden und in Spanien als Folge von Immobilienkrisen besonders ausgeprägt ist.

Vielerorts in Europa werden große Anstrengungen zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte unternommen, so dass höhere Abgaben und Einschnitte bei Löhnen und Beschäftigung im öffentlichen Dienst die private Nachfrage belasten. Der dauerhafte Rettungsschirm ESM Europäischer Stabilitätsmechanismus, mit einem möglichen Volumen von bis zu einer Billionen Euro, startete 2012. Zum Ende des Jahres hin hat vor allem das neue Hilfspaket für Griechenland mit dem bereits erfolgreich durchgeführten Schuldentrückkauf zu einer optimistischen Grundstimmung geführt. Ein Auseinanderbrechen der Eurozone gilt derzeit als eher unwahrscheinlich.

2013 soll das BIP in Europa nochmals um 0,2 % schrumpfen. Ursächlich sind die schlechte Arbeitsmarktsituation und die Unsicherheit über den Fortgang der Eurokrise. Die Heterogenität zwischen den einzelnen Mitgliedsländern dürfte im Prognosezeitraum weiter zunehmen. Kroatien wird im Sommer 2013 das 28. EU-Mitglied werden, weil es trotz aller Probleme dazugehören will.

Deutschland erweist sich weiterhin als Fels in der Brandung. Die deutsche Wirtschaft ist im Jahresdurchschnitt 2012 weiter gewachsen, um 0,7 % war das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt BIP höher als im Vorjahr, wie vom Statistischen Bundesamt mitgeteilt wurde. In den beiden vorangegangenen Jahren war das BIP sehr viel kräftiger gestiegen, 2010 um 4,2 % und 2011 um 3,0 %. Dabei handelte es sich aber um Aufholprozesse nach der weltweiten Wirtschaftskrise 2009. 2012 erwies sich die deutsche Wirtschaft dagegen in einem schwierigen wirtschaftlichen Umfeld als widerstandsfähig und trotzte der europäischen Rezession. Wichtigster Wachstumsmotor war einmal mehr der Außenhandel mit über einer Billionen Euro und einem Plus von 4,1 %; die Importe stiegen lediglich um 2,3 %.

Die Binnennachfrage entwickelte sich unterschiedlich. Zwar wurde im Inland mehr konsumiert, die privaten Konsumausgaben stiegen um 0,8 %, die staatlichen um 1,0 %, aber die Investitionen konnten erstmals seit der Wirtschaftskrise 2009 keinen positiven Beitrag zum BIP-Wachstum liefern.

Für die Bauwirtschaft war das vergangene Jahr eine Achterbahnfahrt. Die Investitionen in gewerbliche und öffentliche Gebäude gingen um fast fünf Prozent zurück - das Auslaufen staatlicher

Konjunkturprogramme zeigte Wirkung. Gleichzeitig stiegen die Wohnungsbau-investitionen Neubau und Sanierungen um real 1,5 %. Insgesamt ergab sich für die Branche 2012 dennoch ein Minus von 1,1 %. Die Zahl der Baugenehmigungen ist 2012 nach Angaben des Bundesbauministeriums um 7,4 % auf 245.000 gestiegen; für 2013 wird ein Anstieg der fertiggestellten Wohnungsneubauten auf knapp über 200.000 erwartet.

Die deutsche Bauwirtschaft bleibt nach Angaben ihres Zentralverbandes auch vor dem Hintergrund eines labilen gesamtwirtschaftlichen Umfeldes positiv gestimmt. Wachstumsmotor für das Bauhauptgewerbe wird - wie in den Vorjahren - der Wohnungsbau bleiben. In dieser Sparte wird, bedingt durch die unverändert guten Rahmenbedingungen und die hohe Anlegerpräferenz für Sachwerte, ein Umsatzplus von 3,5 % erwartet. Insgesamt wird sich die Baukonjunktur im Jahr 2013 damit auf Vorjahresniveau stabilisieren.

Die von der Bundesregierung als Konsequenz aus der Reaktorkatastrophe in Japan im Jahr 2011 beschlossene Energiewende ist auf den Weg gebracht worden. Sie bietet die Chance, ein effizientes und flexibles Energiesystem mit Schwerpunkt erneuerbare Energien, den noch erforderlichen fossilen Kraftwerken, Stromspeichern und einem angepassten Netzausbau aufzubauen. Der nachhaltige Umbau der Energiewirtschaft und eine höhere Energieeffizienz erfordert entschiedenes politisches Handeln.

Das Fehlen sicherer Anlagemöglichkeiten an den Finanzmärkten macht Immobilien weiterhin für viele Anleger zusätzlich attraktiv; sie gelten als sichere und wertbeständige Kapitalanlage. Die Zinsentwicklung zwischen Anfang und Ende 2012 war für Kreditnehmer weiterhin positiv. Unabhängig von Fristigkeit und Darlehensvolumen gingen die Effektivzinssätze deutlich zurück. Mit einer wesentlichen Verschlechterung der Finanzierungsbedingungen im Jahr 2013 ist nicht zu rechnen.

Die Haushalte des Staates waren im Jahr 2012 weiter auf Konsolidierungskurs. Der Staatssektor, dazu gehören Bund, Länder, Gemeinden und Sozialversicherungen, beendete das Jahr nach Angaben des Statistischen Bundesamtes mit einem Finanzierungsüberschuss in Höhe von 4,2 Milliarden Euro. Gemessen am BIP errechnet sich für den Staat daraus eine Überschussquote von 0,2 %. Damit kann der Staat für 2012 erstmals seit fünf Jahren wieder einen ausgeglichenen Haushalt vorweisen.

Die Verbraucherpreise in Deutschland stiegen nach Angaben des Statistischen Bundesamtes im Jahresdurchschnitt 2012 gegenüber dem Vorjahr um 2,0 %. Damit lag die Jahresteuersatzrate leicht unter Vorjahresniveau +2,3 %. Überdurchschnittliche Preissteigerungen ergaben sich bei Energieprodukten +5,7 %, Verbrauchsgütern +3,7 % sowie Nahrungsmitteln und alkoholfreien Getränken + 3,2 %. Die Nettokaltmieten dagegen stiegen unterdurchschnittlich nur um 1,2 %.

Im vierten Quartal 2012 waren nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes insgesamt 41,9 Millionen Personen erwerbstätig, ein nochmaliges Plus von 0,8 % gegenüber dem Vorjahr. Erfreulich war zudem, dass der Anstieg der Erwerbstätigkeit überwiegend vom Aufbau sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung getragen wurde. Die Bruttolöhne und -gehälter der Arbeitnehmer stiegen 2012 nominal um durchschnittlich 2,6 %.

Der Arbeitsmarkt hat nach Informationen der Bundesagentur für Arbeit insgesamt robust auf das schwierigere konjunkturelle Umfeld reagiert. Die Zahl der Erwerbslosen im Jahr 2012 sank spiegelbildlich zur hohen Erwerbstätigenzahl auf 2,84 Millionen. Die Arbeitslosenquote ist jahresdurchschnittlich auf 6,8 % im Vorjahr 7,1 % gesunken. Auf dem Arbeitsmarkt haben die ungünstigeren wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nur wenige Spuren hinterlassen.

Auch wenn die deutsche Konjunktur sich als Insel im Sturm der Euro-Krise zeigte, ganz unbeschadet wird sie die andauernden Turbulenzen nicht überstehen können. Das vom Marktforschungsunternehmen GfK, Gesellschaft für Konsumforschung, regelmäßig ermittelte Konsumklima spiegelte zum Jahresende 2012 die Verunsicherung der Verbraucher durch den internationalen konjunkturellen Gegenwind wider. Während die Einkommenserwartung leicht zulegte, werden Einbußen bei der wirtschaftlichen Entwicklung erwartet.

Es bleibt Aufgabe der Politik, insbesondere der Bundesregierung in Berlin, Deutschland mit strukturellen Reformen, die die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft verbessern, nach vorn zu bringen und die richtigen Weichen für unsere Zukunft zu stellen. Anreize für mehr Investitionen in den Wohnungsbau müssen in einem ausgewogenen Verhältnis zueinander stehen.

Die ab 2014 geplanten Verschärfungen bei der Energieeinsparverordnung EnEV für den Neubau werden eine massive Bremse für den Wohnungsbau sein. Dies kann angesichts der aktuellen Diskussion um mehr bezahlbaren Wohnraum gerade in Ballungsregionen nicht hilfreich sein. Die politisch geäußerte Sorge vor höheren Mieten greift zu kurz, nachhaltig und langfristig agierende Wohnungsbaugenossenschaften, zu denen auch die GEWOG-Parz eG gehört, reinvestieren ihre Mieten in die Bestände. Davon profitieren langfristig die Mitglieder und Bewohner durch Sicherung und

Aufwertung ihrer hohen Wohnqualität. In diesem Zusammenhang ist vor politisch regulierten Mietspiegeln zu warnen, diese wirken kontraproduktiv und verzerren die reale Marktentwicklung.

Aus der globalen Perspektive betrachtet, sind weiterhin ausreichend Wohnungsangebote in allen Segmenten vorhanden. Der gut ausbalancierte deutsche Wohnungsmarkt mit seiner Mischung von Eigentum, Miete und genossenschaftlichem Wohnen war eine zentrale Voraussetzung dafür, dass Deutschland gut durch die Wirtschafts- und Finanzkrise gekommen ist. Die Immobilienaktien konnten 2012 deutlich zulegen. Der DIMAX Deutscher Immobilienaktienindex stieg bis Jahresende 2012 um rund 32,0 % gegenüber dem Endstand 2011.

Der Transaktionsmarkt für Wohnimmobilienportfolios zeichnete sich 2012 durch eine hohe Dynamik aus. Nach Angaben von Residential Investment Jones Lang LaSalle haben über 200.000 Wohneinheiten die Eigentümer gewechselt und damit ein neues Fünf-Jahres-Hoch markiert. Es wurde ein Transaktionsvolumen von ca. 11,1 Milliarden Euro registriert. Insbesondere für ausländische Investoren erscheint der deutsche Wohnungsmarkt nach wie vor äußerst attraktiv. Infolge dessen haben die Kaufpreise in Teilbereichen im Verlauf des Jahres stark angezogen.

Wie in den meisten Städten ist auch in Köln der Anteil öffentlich geförderter Wohnungen mit ihrer Preisbindung in den vergangenen Jahren massiv geschrumpft, weil die Mietpreis- und Belegungsbindungen in erheblichem Umfang ausgelaufen sind. Neubauten konnten diesen Verlust nicht kompensieren. Die wachsende Zahl nachfrageschwacher Haushalte traf im preisgünstigen Segment auf weiter schrumpfende Sozialwohnungsbestände. Dieser Trend wird sich in Zukunft fortsetzen. Neben rückläufigen Regionalmärkten waren insbesondere die Wohnungsmärkte in den wirtschaftlich dynamischen Ballungsräumen durch Nachfrageüberhänge mit steigenden Mieten gekennzeichnet.

Die Bestandsmieten in Deutschland nettokalt sind wiederum nur moderat gestiegen. Dies geht aus dem „F+B Mietspiegelindex 2012“ hervor. Lediglich 1,2 % betrug die durchschnittliche Mietsteigerung für eine 65 m² große Wohnung mittlerer Ausstattung und Lage im letzten Jahr. Das Mietniveau in Köln lag mit 7,93 €/m²/mtl. deutlich über dem deutschen Mittelwert von 6,13 €/m²/mtl. zum Vergleich: GEWOG-Porz eG 5,98 €/m²/mtl.. Es handelt sich um statistische Durchschnittswerte, die für den gesamten Mietwohnungsbestand ermittelt wurden. Regional bzw. lokal beobachtete Mietpreissteigerungen können hiervon deutlich abweichen, dies gilt vor allem für Neuvertragsmieten.

Im Vergleich zum Vorjahr bleiben 2012 in Nordrhein-Westfalen die Disparitäten zwischen der Rheinschiene mit ihren positiven Rahmenbedingungen gegenüber den strukturschwächeren Städten und ländlicheren Regionen unverändert bestehen. Als attraktiver Wohn- und Investitionsstandort ist die Metropolregion entlang des Rheins sehr wettbewerbsstark.

Die Angebots- und Nachfragesituation an Mietwohnungen im Stadtgebiet Köln-Porz, in dem die GEWOG-Porz eG am Markt präsent ist, war im abgelaufenen Geschäftsjahr durch eine weiterhin als ausgeglichen zu bezeichnende Situation gekennzeichnet. Den Interessenten standen in allen Segmenten öffentlich geförderter und freifinanzierter Wohnungsbau ausreichende Angebote an Wohnungen gegenüber. Wesentliche Steigerungen der Mietpreise waren nicht zu verzeichnen. 2012 betrug die Durchschnittsmiete der GEWOG-Wohnungen 5,98 €/m²/mtl. und lag damit deutlich unter dem Kölner Mittelwert von 7,93 €/m²/mtl. Steigerungen der Betriebskosten, insbesondere der Energieversorgung, verteuerten das Wohnen in unserer Region.

2012 war das von den Vereinten Nationen erklärte Internationale Jahr der Genossenschaften. Der große Erfolg wurde in einer festlichen Abschlusszeremonie in New York gebührend gefeiert. Die weltweite Bedeutung von Genossenschaften für die wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Entwicklung wurde bei einer Vielzahl von überregionalen sowie lokalen Veranstaltungen und Events das ganze Jahr über herausgestellt. Die 150 Jahre alte Wirtschaftsform der Genossenschaft ist auch heute noch eine zeitgemäße und zukunftsgerichtete Idee. Der Gedanke, ökonomische und soziale Ziele miteinander zu vereinbaren, hat gerade in Zeiten weltweiter Wirtschaftskrisen und ihren vielfachen gesellschaftlichen Folgen nicht nur besonders an Aktualität, sondern auch an Attraktivität gewonnen; das Motto: „Ein Gewinn für alle - Genossenschaften“. Einen regionalen Höhepunkt bildete der von der Marketinginitiative „Typisch Genossenschaften“ organisierte Festakt im Landtag Nordrhein-Westfalen am 29.10.2012..

2.2 Geschäftstätigkeit

Organe

Im Berichtsjahr 2012 fanden 24 Vorstandssitzungen statt, der Aufsichtsrat und seine Ausschüsse traten zu insgesamt zwölf Sitzungen zusammen.

Der Bericht des VdW-Verband der Wohnungswirtschaft Rheinland Westfalen e.V. über die gesetzliche Prüfung des Geschäftsjahres 2011, Nr. RW-91430-0101-2011, wurde am 11.09.2012 erstellt und enthält keine wesentlichen Bemerkungen.

Die ordentliche Vertreterversammlung für das Geschäftsjahr 2011 fand am 14.05.2012 im Hotel Holiday Inn am Flughafen Köln/Bonn statt. Die anwesenden Vertreter nahmen den Bericht des Vorstandes nebst Erläuterungen zum Jahresabschluss 2011 und den Bericht des Aufsichtsrates entgegen. Alle erforderlichen Beschlüsse zur Bilanz 2011, den vorgelegten Berichten, der Gewinnverwendung und zur Entlastung von Aufsichtsrat und Vorstand wurden gefasst.

Wohnungsbewirtschaftung

Die GEWOG bewirtschaftete 2012 zum Ende des Geschäftsjahres 2.633 Wohnungen, die sich wie folgt zusammensetzen:

Altbauwohnungen bezugsfertig vor dem 21.06.1948	35
Öffentlich geförderte Wohnungen	71
Freifinanzierte bzw. nicht mehr der öffentlichen Bindung unterliegende Wohnungen	2.527

Die Anzahl der Gewerbeeinheiten, Garagen, Tiefgaragenplätze und Außenstellplätze belief sich auf insgesamt 1.025 Einheiten 16 Gewerbeeinheiten, 1.009 Garagen/Stellplätze.

Zum 31.12.2012 betrug die Wohn- und Nutzfläche 166.080,01 m² Vorjahr 169.473,17 m². Die Reduzierung ergab sich aus dem Abbruch der restlichen 78 Wohnungen der KAW Urbach Ve 12.

Die Sollmieten betrugen im abgelaufenen Geschäftsjahr rund 12.250 T€. Dies bedeutet eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr um 109 T€ +0,9 %, zurückzuführen auf die Erhöhung von Nutzungsgebühren bei Mieterwechseln, Mieterhöhungen nach BGB und die ganzjährige Auswirkung von in 2011 unterjährig vorgenommenen Anpassungen.

Als partiell steuerbefreite Vermietungsgenossenschaft wurden die Sollmieten zum größten Teil im Bereich der Wohnraumvermietung 11.830 T€ erzielt. Aus der Vermietung von Garagen und Stellplätzen 342 T€ sowie von gewerblichen Einheiten 78 T€ wurden 420 T€ erzielt.

Die durchschnittliche Netto-Nutzungsgebühr pro m² Wohnfläche monatlich erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 0,18 € auf 5,98 €. Bereinigt um die zum Abbruch vorgesehenen Wohnungen der KAW Ensen und Urbach Ve 11 und 12 betrug die Durchschnittsmiete 6,02 €/m² Wohnfläche Vorjahr 5,97 €. Die moderate Erhöhung ist u. a. auf den Wegfall von Wohnungen im ganz niedrigen Preissegment durch Abbruch Ve 12, KAW Urbach sowie den höheren Nutzungsentgelten bei der Vermietung der im Zuge von Mieterwechseln modernisierten Wohnungen zurückzuführen.

Die Durchschnittsmiete im Unternehmen „über alles“ Gewerbe, Stellplätze, Wohnungen pro m² Wohn- und Nutzfläche erhöhte sich auf 6,15 €/mtl.

Die Gesamtzahl der Kündigungen von Wohnraumnutzungsverhältnissen addierte sich im Geschäftsjahr auf 224, die Fluktuationsquote betrug 8,5 % Vorjahr 7,9 %. Bereinigt um die zum Abriss vorgesehenen Objekte der KAW Ensen und Urbach Ve 11 und 12 erfolgten 207 Wohnungskündigungen, dies entspricht einer Quote von 8,0 %.

Im Berichtszeitraum wurden 229 neue Dauernutzungsverträge im Vorjahr 204 abgeschlossen. Innerhalb des eigenen Bestandes zogen 28 Mitglieder um, dies entspricht rund 12 % der Neuvermietungen.

Leerstandszeiten entstehen in der Regel durch umfassende Instandhaltungsmaßnahmen vor Neuvermietung, die den Wohnwert erhöhen und eine bessere Vermietbarkeit der Wohnungen ermöglichen.

Ausfälle an Nutzungsgebühren auf Sollmieten, abgerechneten Umlagen sowie Abschreibungen auf Mietforderungen und Fremdkosten für Miet- und Räumungsklagen abzüglich Zahlungseingänge auf abgeschriebene Forderungen und Kosten für Miet- und Räumungsklagen lagen bei rund 281 T€. Im Vergleich zum Vorjahr ist der Anteil des Ausfalles an den Sollmieten und abgerechneten Umlagen auf 1,7 % Vorjahr 2,4 % gefallen. Bereinigt um den Leerstand in den Objekten KAW Ensen und Urbach Ve 11, 12 betrug die Ausfallquote 1,3 % Vorjahr 1,8 %.

Die Erlösschmälerungen im Bereich der Sollmieten sind im Geschäftsjahr 2012 mit 134.951,78 € um rund 30 % unter den Vorjahreswert 191.675,00 € gefallen.

Die Erlösschmälerungen der Sollmieten teilen sich wie folgt auf:

Geschäftsjahr Vorjahr

wegen Abbruch	7.440,12 €	29.366,04 €
wegen Ausbau / Modernisierung / Renovierung	82.379,93 €	86.986,48 €
wegen Vermietungsschwierigkeiten	3.246,01 €	17.256,08 €
wegen fehlender direkter Anschlussvermietung	25.066,72 €	31.327,78 €
aus sonstigen Gründen	16.819,00 €	26.738,62 €

Alle Teilbereiche der Leerstände weisen im Geschäftsjahr Reduzierungen gegenüber dem Vorjahr auf. Auch sind kaum noch Vermietungsschwierigkeiten aufgrund der Lage von Beständen z.B. Grengel vorhanden.

Von den 55 am 31.12.2012 leer stehenden Wohnungen 2,1 % des Gesamtbestandes; im Vorjahr noch 5,1% betrafen 25 die Objekte der KAW Ensen Ve 11, mit insgesamt noch 30 Wohnungen, die in 2013 abgebrochen werden. Der bereinigte Leerstand zum 31.12.2012 betrug 1,2 % 30 von 2.603 Wohnungen. Am Stichtag wurden in 16 der leer stehenden Wohnungen umfangreiche Instandhaltungsmaßnahmen durchgeführt, die sich in 2013 fortsetzten. Für vier Wohnungen wurde zum Beginn des Jahres 2013 ein Dauernutzungsvertrag abgeschlossen.

Während des Geschäftsjahres 2012 standen 74 Vorjahr 73 der Wohnungs- und Gewerbeeinheiten bis zu einem Monat zur Vermietung frei, zwischen zwei und sechs Monaten waren 141 Einheiten Vorjahr 123 nicht vermietet. Länger als sechs Monate standen 67 Einheiten Vorjahr 114, ausschließlich aus den KAW-Gebieten, leer.

Die Wohnfläche der per Stichtag nicht vermieteten Einheiten betrug 3.058,18 m² und somit 1,8 % Vorjahr 4,2 % der gesamten Fläche. Bereinigt um die Wohnflächen der KAW Ensen Ve 11 betrug die nicht vermietete Fläche lediglich 1.707,67 m², das entspricht 1,0 % Vorjahr 1,7 %.

Die Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Mietforderungen beliefen sich auf rund 42 T€. Die Fremdkosten für Miet- und Räumungsklagen betrugen rund 55 T€ und befanden sich auf Vorjahresniveau. Diesen Posten standen Erträge aus erstatteten Kosten für Miet- und Räumungsklagen mit 47 T€ Vorjahr 62 T€ gegenüber. In Zukunft ist vermehrt mit Gerichtsverfahren aufgrund von kalten Wintern und nicht ordnungsgemäßem Heiz- und Lüftungsverhalten, die zu Schäden durch Schimmelbildungen in den Wohnungen führen, zu rechnen.

Die Kosten zur Herrichtung von nicht im vertragsgemäßen Zustand zurück gegebener Wohnungen beliefen sich im Geschäftsjahr auf rund 54 T€. Diese wurden den ehemaligen Mietern belastet. Das Geschäftsguthaben der Genossenschaftsanteile reichte in einigen Fällen nicht aus, die Kosten zu decken. Bedingt durch die Rechtsprechung des BGH zur Thematik Schönheitsreparaturen werden Mieterbelastungen zunehmend erschwert.

Die um Wertberichtigungen und Abschreibungen korrigierten Forderungen aus Vermietungen betrugen zum Bilanzstichtag rund 107 T€. Bereinigt um die gestundeten Forderungen aus Ratenzahlungsvereinbarungen bzw. zukünftigen Verrechnungen mit den Geschäftsguthaben betrug der Forderungsbestand rund 32 T€. Dies entspricht 2,2 % der Sollmieten und Vorauszahlungen aus Dezember 2012 Vorjahr 3,0 % bzw. 0,2 % der Erlöse aus Sollmieten und Umlagenabrechnungen des Geschäftsjahres 2012.

Instandhaltungen / Sanierungen / Modernisierungen / Erwerb

Ziel der GEWOG ist und bleibt es, ihren Mitgliedern Wohnung und Wohnumfeld mit modernem und zeitgemäßem Standard zur Verfügung zu stellen und damit eine gute, sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung zu gewährleisten § 2 unserer Satzung.

Das Investitionsvolumen 2012, bestehend aus Instandhaltung, Modernisierung, Neubau und Erwerb, betrug rund 10.750 T€ incl. verrechneter interner Aufwand von 408 T€.

Die Fremdkosten für die Planung und Erstellung neuer Objekte incl. Abbruchkosten beliefen sich auf 4.697 T€.

Umfangreiche Modernisierungen und Instandhaltungen an den GEWOG-Immobilien sowie im Bereich des Wohnumfeldes wurden auch in 2012 durchgeführt. Das Investitions- bzw. Aufwandsvolumen betrug insgesamt 5.645 T€ Fremdkosten und ist im Vergleich zum Vorjahr planmäßig um rund 17 % gesteigert worden.

Besonders zu erwähnen sind folgende Maßnahmen:

Ve 61, Krefelder Str. 1-11 Erneuerung der Fassade, Fenster, Haustür- und Treppenhausfensteranlage, Eingangstüren, Entwässerung, Heizung, Balkone; T€ 1.912

Ve 66, Aachener Str. 25 Erneuerung der Fassade, Fenster, Eingangstüren, Entwässerung, Heizung, Balkone; T€ 328

Ve 39, 43, 55, 56, St. Aegidiusstr., Kornblumenweg, Im Bodesfeld Anstrich der Fassaden, Erneuerung Hauseingänge, Wohnungseingangstüren, Speicherbodendämmung. T€ 1.030

Für die Renovierung von Treppenhäusern, Balkonsanierungen, Fällungen und Ersatzpflanzungen, allgemeine Wohnumfeldverbesserungen und ähnliche Maßnahmen wurden 261 T€ aufgewendet.

Wohnungswechsel, vor allem in den älteren Beständen, wurden dazu genutzt, wertverbessernde und wohnwerterhöhende Maßnahmen Fußböden, Sanitärinstallation und -ausstattung, Elektroinstallation in den Wohnungen durchzuführen.

Die Aufwendungen für die laufende Instandhaltung unseres Immobilienbestandes inklusiv Versicherungsschäden in Höhe von 865 T€ Vorjahr 842 T€ und die mietwirksamen Aufwendungen vor Neuvermietung in Höhe von 1.249 T€ Vorjahr 1.138 T€ an und in unseren Häusern bzw. Wohnungen addierten sich im Geschäftsjahr 2012 auf 2.114 T€.

Die umfangreichen Sanierungen vor Neuvermietung in den Bereichen Sanitär, Fußboden und Elektro, um die Wohnungen auf einen zeitgemäßen Standard zu setzen, wurden im Geschäftsjahr 2012 fortgesetzt. Das Investitionsniveau hat sich über dem des Vorjahres eingependelt.

Der Gesamtinstandhaltungsaufwand der Genossenschaft, bestehend aus laufender Instandhaltung, Großmaßnahmen, modernisierungsbegleitender Instandhaltung, wertverbessernder Maßnahmen, verrechnetem sächlichen Aufwand und Personalaufwand, abzüglich der Erstattungen durch Versicherungen und Mitgliedern, betrug 5.914 T€ und damit 35,61 € pro m² Wohn- und Nutzfläche. Der Instandhaltungsaufwand ist damit im Vergleich zum Vorjahr nochmals um 5,50 €/m² gesteigert worden und erreicht rund 48 % der Sollmieten, den höchsten Ansatz der vergangenen zehn Jahre.

Im vorausgegangenen Jahr 2011 wurde über die „Arbeitsgemeinschaft Kölner Wohnungsunternehmen“ unter dem Gesichtspunkt des Wirtschaftlichkeitsgebotes die Energieart Gas ausgeschrieben. Das Ergebnis hat als günstigsten Anbieter nach Verhandlungen die RheinEnergie Köln ergeben. Die neuen Preise - gültig ab Januar 2012 - bieten in Abhängigkeit des individuellen Verbrauchs der Mitglieder in den Wohnanlagen und der Jahreszeit ein Einsparpotential von über 10 %.

Neubautätigkeit

Die bereits im September 2011 begonnen Bauarbeiten des Projektes Ve 86, Amselstr. 11-15, in Porz-Ensen wurden im Jahr 2012 planmäßig fortgesetzt. Es entstehen auf dem ca. 3.855 m² großen Grundstück drei baugleiche energieeffiziente Wohngebäude in Winkelform mit jeweils drei Vollgeschossen und einem Staffelgeschoss sowie einer gemeinsamen Tiefgarage. Insgesamt werden 42 Wohnungen mit rund 3.440 m² Wohnfläche errichtet, in der Tiefgarage sind 34 Stellplätze vorgesehen. Geplant sind Zwei- und Dreizimmer-Wohnungen mit Wohnflächen von etwa 60 bis 90 m² in den Regelgeschossen und bis etwa 100 m² in den Staffelgeschossen. Die Ausstattung orientiert sich am Niveau unserer letzten Neubauten, z.B. Aufzug, Parkett, Fußbodenheizung.

Das Energiekonzept sieht für die drei Gebäude den Einsatz einer gemeinsamen Pelletsanlage in Kombination mit Solarthermie auf den Dächern und dezentrale Lüftungsanlagen mit Wärmerückgewinnung in den Wohnungen vor, wodurch KfW-40 Standard erreicht wird. Zusätzlich wurde die Neubaumaßnahme in das Landesprogramm für Rationelle Energieverwendung, Regenerative Energien und Energiesparen progress.nrw, 100 Solarsiedlungen NRW aufgenommen.

Das Investitionsvolumen für dieses Projekt wurde mit rund 7,8 Mio. € kalkuliert. Die Finanzierung erfolgt zu rund einem Drittel aus Eigenmitteln der Genossenschaft, einem KfW-Darlehen in Höhe von 2,1 Mio. € und einem Hypothekendarlehen über 3,2 Mio. €. Zahlungen im Geschäftsjahr 2012 in Höhe von rund 4,4 Mio. € erfolgten aus Eigen- und Fremdmitteln. Die Fertigstellung der ersten beiden Gebäude, Amselstr. 13 und 15, erfolgt nach Überarbeitung und Fortschreibung des Bauzeitenplans zum 01.05.2013, das dritte Gebäude, Amselstr. 11, wird zeitlich versetzt zum 01.09.2013 fertiggestellt.

Das Verfahren zur Aufstellung eines Bebauungsplanes für das Gebiet der Physiker-Siedlung Ve 90, den ehemaligen Schlichtwohnungen der KAW-Urbach rund um die Hertz- und Planckstraße, ging weiter seinen langwierigen formellen Gang. Die Planungen zur städtebaulichen Gliederung und Neuausrichtung der Gebäudeanordnungen sehen vor, das in mehreren Bauabschnitten und über mehrere Jahre verteilt, insgesamt rund 260 Genossenschaftswohnungen in diesem rund 2,3 Hektar großen Gebiet entstehen.

Unter anderem wurden die Unterlagen zur Offenlage des B-Plan Entwurfes in Abstimmung mit der Stadt Köln fertiggestellt, die im Januar/Februar 2013 stattfand. Bedingt durch die Notwendigkeit der ausführlichen Erörterung in den politischen Gremien der Stadt Köln Bezirksvertretung Porz, Stadtentwicklungsausschuss, Rat wird mit einer Rechtskraft des B-Planes durch Satzungsbeschluss wahrscheinlich im II. Quartal 2013 gerechnet.

Die Verhandlungen zum Abschluss eines Generalunternehmervertrages mit dem Bauträger Wilma Wohnen Köln-Bonn GmbH aus Ratingen über die schlüsselfertige Errichtung der Neubauten in der Physiker-Siedlung auf Basis des Dienstleistungsvertrages/Letter of Intend LOI wurden 2012 fortgesetzt. Planungen zu Wohnungsmix und Wohnungsgrößen sowie Gebäudeanordnung und Tiefgaragen wurden abgestimmt. Zu möglichen Energiekonzepten wurden Voruntersuchungen veranlasst. 2013 soll mit den ersten Baumaßnahmen auf dem Grundstück zwischen Watt- und Hertzstraße begonnen werden. Im Investitionsplan 2013 ist ein entsprechender Budgetansatz vorgesehen.

Im Geschäftsjahr 2012 wurden nach vollständiger Entmietung die noch verbliebenen Objekte Siemensstr. 1/3, Planckstr. 2-8 und 9/11, Hertzstr. 2/4 und 7-11 mit insgesamt 78 Wohnungen abgerissen. Die Kosten dieser Abbrüche betrugen rund 236 T€. Insgesamt wurden in den vergangenen fünf Jahren alle 180 Schlichtwohnungen dieses Gebietes sozialverträglich entmietet und durch Abbruch vom Markt genommen. Ve 12, KAW-Urbach, ist damit Geschichte, es kommt, beginnend ab 2013, die neue Physiker-Siedlung..

Mitgliederbewegung

Im Geschäftsjahr 2012 haben sich im Mitgliederbestand und in der Anzahl der gezeichneten Geschäftsanteile nachfolgend dargestellte Entwicklungen ergeben:

	Mitglieder	Geschäftsanteile	
Stand 01.01.2012		3.099	6.438
Zugänge 2012		+ 238	+ 614
Abgänge 2012			
- durch Kündigung	140	281	
- durch Anteilsündigung		2	
- durch Übertragung	8	16	
- durch Tod	59	116	
- durch Ausschluss	12	./.	24 ./.
Stand 31.12.2012		3.118	6.613

Auf das gezeichnete Kapital waren zum 31.12.2012 Einzahlungen in Höhe von 98,7 % erfolgt.

Geschäftsergebnis

Das Geschäftsjahr 2012 schloss zum 31.12. mit einem Jahresüberschuss von 1.744.285,95 €. Der Überschuss wurde, wie in den vergangenen Jahren, im Wesentlichen im Bereich der Hausbewirtschaftung erzielt. Nach Einstellung von 1.490.888,38 € in die gesetzliche, Bauerneuerungs- und freie Rücklage verbleibt für das Geschäftsjahr 2012 ein Bilanzgewinn von 253.397,57 € zur Ausschüttung der satzungsgemäßen Dividende von 4 %.

Der im Wirtschaftsplan 2012 prognostizierte Überschuss von 1.190 T€ wurde um 554 T€ übertroffen. Dies resultiert im Wesentlichen aus Mehreinnahmen gegenüber dem Budgetansatz im Bereich der sonstigen betrieblichen Erträge 121 T€ und Zinserträgen 48 T€, denen höhere sonstige betriebliche Aufwendungen 104 T€ aufgrund des forcierten Abbruchs in der KAW Urbach Ve 12 gegenüberstehen. Des Weiteren sind die Ansätze im Bereich Instandhaltung 355 T€ und Zinsaufwendungen 58 T€ zum Teil deutlich unterschritten worden.

Hinsichtlich weiterer Einzelheiten zum Jahresabschluss 2012 Ergebniskomponenten, Vermögens- und Kapitalstruktur wird auf B – Darstellung der Lage, Ziffer 1-3, verwiesen..

2.1 Finanzielle Leistungsindikatoren

Durch den vorgestellten Jahresabschluss zum 31.12.2012 wird weiterhin ein positives Bild der Genossenschaft aufgezeigt, wie die nachfolgend ausgewählten Kennzahlen verdeutlichen und erläutern.

Die Gesamtkapitalrentabilität, das Verhältnis von Jahresüberschuss zzgl. Fremdkapitalzinsen und Ertragssteuern zur Bilanzsumme am 31.12., betrug im Geschäftsjahr 3,9 % und ist im Vergleich zum Vorjahr aufgrund der höheren Investitionen in unsere Bestandsbauten gefallen. Die Eigenkapitalquote ist im Vergleich zum Vorjahr um 0,6 %-Punkte auf 48,2 % gesunken.

Die durchschnittliche Sollmiete pro m² Wohn- und Nutzfläche 166.080,01 m² betrug 6,15 €/mtl. Die Leerstandquote, das Verhältnis der am Bilanzstichtag leer stehenden Wohnungen zum Gesamtbestand, sank auf 2,1 % Vorjahr 5,1 %. Bereinigt um den Bestand und den Leerstand der zum Abbruch vorgesehenen Wohnungen im Bereich der KAW Ensens 11 betrug der Leerstand zum Stichtag lediglich 1,2 % Vorjahr 1,7 %.

Instandhaltungskosten von 5.914 T€ Fremdkosten zzgl. verrechnetem Personal- und Sachaufwand, abzgl. Erstattungen von Versicherungen und Mitgliedern bedeuteten bei 166.080,01 m² Wohn-/Nutzfläche 2,97 € pro m² monatlich und damit einen Anteil von rund 48 % der durchschnittlichen Sollmiete im Unternehmen.

Die durchschnittlichen Buchwerte der bebauten Grundstücke betrugen 380,06 € je m² Wohn-/Nutzfläche. Dies bedeutete eine Verringerung um 1,4 % im Vergleich zum Vorjahr, bedingt durch die jährlichen Regelabschreibungen. Der Abnutzungsgrad des Sachanlagevermögens betrug 37,0 % Vorjahr 37,5 %. Die Verschuldung ist durch die planmäßigen Tilgungen, Sondertilgungen und die Teilauszahlungen der Darlehen für den Neubau Amselstraße 11-15 Ve 86 im Geschäftsjahr 2012 von 218,69 € auf 226,37 € pro m² Wohn-/Nutzfläche gestiegen..

B Darstellung der Lage

1. Vermögenslage

In der nachfolgenden Aufstellung wurden die Positionen zur Vermögens- und Kapitalstruktur den entsprechenden Vorjahreszahlen gegenübergestellt:

	31.12.2012		31.12.2011		Veränderungen		
	T€	%	T€	%	T€		
Vermögensstruktur							
Anlagevermögen							
Immaterielle Vermögensgegenstände			6	0,0	5	0,0	+ 1
Sachanlagen	69.113		79,0		66.230	79,8	+ 2.883
Finanzanlagen	8.242		9,4		7.227	8,7	+ 1.015
Umlaufvermögen							
Langfristig	43	0,0	26	0,0	+	17	
Kurzfristig							
Unfertige Leistungen	4.482		5,1		4.386	5,3	+ 96
Flüssige Mittel und Wertpapiere des Umlaufvermögens			5.528		6,3	5.009	6,0 + 519
Übrige Aktiva	160	0,2	206	0,2	./.	46	
Gesamtvermögen	87.574		100,0		83.089	100,0	+ 4.485
Kapitalstruktur							
Eigenkapital							
Langfristig							
Geschäftsguthaben verbleibender Mitglieder			6.527	7,5	6.368	7,7	+ 159
Ergebnisrücklagen	35.049		40,0		33.558	40,4	+ 1.491
	41.576	47,5	39.926	48,1	+	1.650	
Kurzfristig							
Geschäftsguthaben ausgeschiedener Mitglieder			384	0,4	334	0,4	+ 50
Bilanzgewinn	253	0,3	250	0,3	+	3	
	42.213	48,2	40.510	48,8	+	1.703	
Fremdkapital							
Langfristig							
Verbindlichkeiten aus der Dauerfinanzierung			37.516	42,8	35.796	43,1	+ 1.720
Kurzfristig							
Rückstellungen	1.116	1,3	807	1,0	+	309	
erhaltene Anzahlungen	4.642	5,3	4.757	5,7	./.	115	
übrige Verbindlichkeiten	2.087	2,4	1.219	1,4	+	868	
	7.845	9,0	6.783	8,1	+	1.062	
Bilanzsumme	87.574		100,0		83.089	100,0	+ 4.485

Die Bilanzsumme ist im Vergleich zum Vorjahr um rund 4,5 Mio. € +5,4 % gestiegen.

Das Sachanlagevermögen ist um 2.883 T€ gestiegen. Die Veränderung beruht auf den jährlichen Abschreibungen, denen Zugänge aufgrund des im Bau befindlichen Objektes Amselstraße 11-15 Ve 86 und Planungskosten für die Physiker-Siedlung Ve 90 gegenüberstehen.

Die Finanzanlagen sind durch Investitionen von aktuell nicht benötigten liquiden Mitteln in langfristige Wertpapiere Inhaberschuldverschreibungen von Kreditinstituten weiter gestiegen.

Der Finanzmittelbestand ist zum Bilanzstichtag um 519 T€ auf 5.528 T€ gestiegen. Der Anteil des Umlaufvermögens beträgt 11,6 % des Gesamtvermögens und ist nahezu unverändert. Aufgrund des weiteren Kaufs von langfristigen Geldanlagen ist der Anteil der Finanzanlagen auf nunmehr 9,4 % gestiegen. Der Anteil des Sachanlagevermögens ist durch die Investitionen für das Neubauprojekt Amselstraße 11-15 Ve 86 und die Regelabschreibungen leicht auf 79,0 % gesunken.

Die Eigenkapitalquote ist im Geschäftsjahr 2012 um 0,6 %-Punkte auf 48,2 % gesunken. Die im Geschäftsjahr 2011 bereits für das Projekt Amselstraße 11-15 aufgenommenen Darlehen inkl. KfW Mittel in Höhe von 5,3 Mio. € wurden in 2012 teilweise abgerufen 3,8 Mio. €. Die Valutierung der ersten Darlehnsrate abzüglich der jährlichen Tilgung von Darlehen führte zu einer leichten Absenkung der Eigenkapitalquote in 2012. Aufgrund des aktuellen sowie zukünftiger Neubauprojekte insbesondere in der Physiker-Siedlung und des damit verbundenen Kapitalbedarfs, wird die Eigenkapitalquote in Zukunft moderat sinken.

Das langfristige Fremdkapital hat sich um 1.720 T€ erhöht. Der Anteil des langfristigen Fremdkapitals am Gesamtkapital ist auf 41,8 % gesunken. Analog zum mittelfristig prognostizierten moderaten Rückgang der Eigenkapitalquote wird dieser Anteil in den nächsten Jahren leicht steigen.

Das kurzfristige Fremdkapital in Höhe von 7.845 T€ 9,0 % des Gesamtkapitals ist im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Ursächlich hierfür sind die Steigerungen der kurzfristigen Rückstellungen und der übrigen Verbindlichkeiten.

2. Finanzlage

Zum 31.12.2012 sind die langfristigen Vermögenswerte 77.404 T€ zu 102,1 % im Vorjahr 103,1 % durch Eigenkapital und langfristiges Fremdkapital 79.092 T€ gedeckt.

Die Genossenschaft hat auch im Jahr 2012 jederzeit ihre finanziellen Verpflichtungen erfüllt. Die Zahlungsbereitschaft war stets gewährleistet.

Der in 2012 erwirtschaftete Cashflow Jahresergebnis + Abschreibungen + Veränderungen der langfristigen Rückstellungen betrug 3.362 T€ Vorjahr 4.005 T€.

Ausgehend von der Stichtagliquidität in Höhe von 1.688 T€ ist, unter Berücksichtigung des für 2013 erwarteten geldrechnungsmäßigen Überschusses von 2.300 T€, die Liquidität im Geschäftsjahr 2013 gesichert.

3. Ertragslage

Die Genossenschaft schloss das Geschäftsjahr 2012 mit einem Jahresüberschuss von 1.744 T€ ab. Nach Einstellung von 174 T€ in die gesetzliche Rücklage und von 1.316 T€ in die freie Rücklage verbleibt ein Bilanzgewinn von 253.397,57 € zur Ausschüttung der Bruttodividende von 4 % auf das dividendenberechtigten Geschäftsguthaben per 01.01.2012 in Höhe von 6.334.939,15 €.

Der Jahresüberschuss von 1.744 T€ wurde im Wesentlichen im Bereich Hausbewirtschaftung erzielt. Nach betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten stellt sich die Ertragslage wie folgt dar:

	2012 T€	2011 %	Veränderung T€	Veränderung %	T€					
Umsatzerlöse einschl. Bestandsveränderung					16.706	98,9	16.452	98,9	+	254
Andere betriebliche Erträge		194	1,1	183	1,1	+	11			
Betriebsleistung	16.900	100,0	16.635	100,0	+	265				
Aufwendungen für bezogene Lieferungen und Leistungen			9.725	57,5	8.883	53,4	+	842		
Personalaufwand	1.184	7,0	1.130	6,8	+	54				
Abschreibungen	1.618	9,6	1.619	9,7	./.	1				
Andere betriebliche Aufwendungen		547	3,2	521	3,1	+	26			
Zinsaufwand	1.592	9,4	1.630	9,8	./.	38				
Gewinnunabhängige Steuern		458	2,7	447	2,7	+	11			
Aufwendungen für die Betriebsleistung		15.124	89,4	14.230	85,5	+	894			
Betriebsergebnis	1.776	10,6	2.405	14,5	./.	629				
Finanzergebnis	168		146		+	22				
Neutrales Ergebnis	./.	146	./.	118	./.	28				
Gesamtergebnis vor Ertragssteuern		1.798		2.433	./.	635				
Steuern vom Einkommen und Ertrag		./.	54	./.	47	./.	7			

Jahresüberschuss	1.744	2.386	./ 642
------------------	-------	-------	--------

Das Betriebsergebnis von 1.776 T€ wird durch den Bereich der Hausbewirtschaftung mit 1.910 T€ positiv beeinflusst. Es hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 629 T€ reduziert.

Im Bereich Hausbewirtschaftung wurden die Gesamterträge von 16.843 T€ hauptsächlich von den Umsatzerlösen aus Sollmieten und Umlagenabrechnungen 16.649 € bestimmt. Die Steigerung in diesem Teilbereich um 262 T€ resultiert größtenteils aus den in 2011 unterjährig und 2012 durchgeführten Mietanpassungen bei Neuvermietungen sowie moderater Mieterhöhungen in Teilbereichen unseres Bestandes.

Die Gesamtaufwendungen in Höhe von 14.933 T€ werden durch Instandhaltung 6.053 T€, Betriebskosten 4.225 T€, Abschreibungen 1.569 T€ und Zinsaufwand 1.592 T€ bestimmt. Der größte prozentuale Anstieg bei den Aufwendungen ist im Bereich der Instandhaltung mit 16,3 % festzustellen.

Die planmäßige Steigerung der Instandhaltungsaufwendungen um 850 T€ im Vergleich zum Vorjahr führte zur Senkung des Gesamtbetriebsergebnisses und des Bereiches der Hausbewirtschaftung. Hierdurch wird nachhaltig in die Zukunft unseres Immobilienbestandes investiert.

Mit Hilfe einer internen Betriebsabrechnung BAB wurden Verwaltungskosten Personal- und Sachkosten von 291,65 € Vorjahr 284,98 € je Bewirtschaftungseinheit ermittelt.

Der sonstige betriebliche Bereich belastet das Betriebsergebnis im Geschäftsjahr 2012 negativ mit 134 T€ Vorjahr 106 T€. Dies ist hauptsächlich auf die höheren internen Kosten im Bereich Bautätigkeit durch die Neubaumaßnahmen in der Amselstraße Ve 86 zurückzuführen. In den Folgejahren wird der sonstige betriebliche Bereich das Betriebsergebnis weiterhin negativ belasten, da den ermittelten Kosten für die Bau- und Modernisierungstätigkeit keine aktivierten Eigenleistungen gegenüber gestellt werden.

Das neutrale Ergebnis schloss im Geschäftsjahr 2012 negativ mit 146 T€ ab. Es wird hauptsächlich durch die Abbruchkosten im Bereich KAW Urbach Ve 12 mit 236 T€ belastet. Nachdem in 2012 die letzten Häuser in diesem Bereich abgebrochen wurden, stehen nur noch fünf Häuser im Bereich KAW Ensen Ve 11, die zum Abbruch in 2013 vorgesehen sind. Diese Kosten werden das neutrale Ergebnis in 2013 belasten. Für nachfolgende Geschäftsjahre wird sich der Bereich wieder positiver darstellen.

Das Finanzergebnis schließt mit 168 T€ positiv ab und ist zum Vorjahr um 19 T€ gestiegen. Trotz des weiterhin niedrigen Zinsniveaus auf dem Geldmarkt wurde durch weitere Umschichtungen von flüssigen Mitteln in festverzinsliche Wertpapiere ein besseres Ergebnis als im Vorjahr erzielt.

Die Ertragslage wird auch künftig im Wesentlichen von der Bewirtschaftung unseres Bestandes bestimmt. Der Wirtschaftsplan 2013 sieht einen Jahresüberschuss von 2.150 T€ vor. Unter Einbeziehung der Wirtschafts- und Finanzplanung ist die Ertragslage weiterhin gesichert.

C Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach dem 31.12.2012 nicht eingetreten; insbesondere sind für 2013 keine gravierenden Risiken erkennbar, die die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Genossenschaft negativ beeinflussen bzw. den Fortbestand des Unternehmens gefährden könnten.

D Risikobericht

1. Risiken der künftigen Entwicklung

Nach dem Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich KonTraG sind geeignete Maßnahmen im Unternehmen getroffen, damit Entwicklungen, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden könnten, früh erkannt werden. Es besteht ein auf die Unternehmensgröße abgestimmtes internes Überwachungssystem mit Risikomanagement im Sinne des KonTraG für die Tätigkeitsfelder der Genossenschaft. Anhand von regelmäßigen Vergleichen des Wirtschaftsplans mit den fortgeschriebenen Einnahmen/Ausgaben unter Verwendung der Angaben aus dem Rechnungswesen wird die Entwicklung dargestellt. Der Aufsichtsrat wird über die Erwartungen und bestehenden Geschäftsrisiken regelmäßig informiert.

Das Management und die Bewirtschaftung des eigenen Bestandes sowie verstärkte Neubautätigkeiten bleiben Schwerpunkte unserer Tätigkeit. Daher kommt den Entwicklungen und Risiken in diesen Betätigungsfeldern größere Bedeutung zu.

Modernisierungsbegleitende und wohnwertverbessernde Instandhaltungen bei Mieterwechseln verursachen vorübergehende Leerstände und Mietausfälle, die durch höhere Nutzungsgebühren bei

Neuvermietung kompensiert werden. Für das Jahr 2013 werden Erlösschmälerungen in Höhe von ca. 2,0 % der Sollmieten erwartet.

Da unser Portfolio geprägt ist von den ehemaligen öffentlich geförderten Wohnanlagen der 50er und 60er Jahre, weist der Bestand altersbedingt einen wachsenden Modernisierungsbedarf auf. Unsere Wohnungsbestände sind vor mehrere grundlegende Herausforderungen gestellt. Einerseits müssen laufend steigende Anforderungen an die energetische Ausstattung erfüllt werden, andererseits muss der Spagat zwischen altersgerechtem Wohnraum und attraktiven Wohnmöglichkeiten für junge Menschen geleistet werden. Die in der Vergangenheit in großem Umfang durchgeführten und notwendigen Investitionen in den Bestand, etwa in die energetische Optimierung, werden, wo es unter genossenschaftlichen Aspekten für sinnvoll erachtet wird, fortgeführt.

Die wirtschaftliche Situation der privaten Haushalte in Deutschland entwickelt sich dabei sehr unterschiedlich. Rund 20 % der Haushalte zählen zu den Niedrigeinkommensbezieher. Diese Gruppe wird künftig eher wachsen. Vor allem die Seniorenhaushalte werden ein deutlich geringeres Einkommen haben als die heutigen Rentnerhaushalte.

Diese Risiken beeinträchtigen zwar die Ertragslage, stellen aber keine bestandsgefährdenden Risiken für die GEWOG dar.

2. Chancen der künftigen Entwicklung

Der demografische Wandel führt in Deutschland zu einem deutlichen Rückgang der Bevölkerung, was nicht ohne Auswirkungen auf die Wohnungsnachfrage bleiben kann. Die demografische Entwicklung trifft jedoch nicht alle Landesteile in gleichem Maße, sondern tritt regional in sehr unterschiedlichen Ausprägungen auf, die zum Teil sogar gegenläufig sind und zu einer Gleichzeitigkeit ungleicher Entwicklungen führen. Strukturschwache Regionen werden durch das Wanderungsverhalten und die bereits alterslastigen Strukturen weiter entleert/entvölkert, wirtschaftlich starke Regionen wie z.B. Köln verzeichnen Bevölkerungswachstum. Die Struktur der Nachfrage wird sich daher auf den regionalen Wohnungsmärkten weiter ausdifferenzieren. Einerseits werden Wohnungen benötigt, die der alternden Bevölkerung das „Wohnen für ein langes Leben“ in den Beständen ermöglichen, andererseits werden auch Angebote für junges Wohnen und für Familien erforderlich. In vielen Wohnungsteilmärkten ist der Umbau der Bestandwohnungen für das bezahlbare familien- oder altengerechte Wohnen erforderlich. Wir sehen große Chancen darin, unsere Bestände, Projekte und Dienstleistungen so zu entwickeln, dass veränderte Wohnwünsche rechtzeitig erkannt und bedient werden können.

Bei unseren strategischen Portfolioüberlegungen stoßen wir zunehmend auf Bestände/Objekte wo es abzuwägen gilt, ob nicht der Abriss die bessere Alternative ist, um ein nachhaltiges und zukunftsfähiges Wohnungsangebot zu schaffen. Wenn Gebäude unter städtebaulichen, wohnungs- und sozialpolitischen Gesichtspunkten wirtschaftlich nicht saniert werden können, tragen hocheffiziente Ersatzneubauten zu einer Verbesserung der Klimabilanz bei und führen zu einer Aufwertung des Gesamtportfolios der Genossenschaft. Die Qualität der Wohnungen und deren Bewirtschaftung werden zum entscheidenden Wettbewerbsfaktor.

Für Köln ist nach allen Prognosen ein Bevölkerungswachstum anzunehmen, daher wird mit einer vorausschauenden genossenschaftlich orientierten Unternehmenspolitik nach ökologischen, generationengerechten und energetischen Maßstäben die Marktposition der GEWOG-Parz eG behauptet werden.

E Prognosebericht

Als Genossenschaft mit Tradition und Zukunft stellen wir die hohe Qualität des Produktes „Wohnen“ für unsere Mitglieder durch sorgfältige und kontinuierliche Instandhaltung, umfassende Modernisierung mit zeitgerechter Ausstattung und Neubauten zu marktgerechten Preisen sicher. Das vorrangige Ziel der GEWOG bleibt, ihren Mitgliedern spekulationsfreien Wohnraum mit modernem und zeitgemäßem Standard zur Verfügung zu stellen.

Wir bieten unseren Mitgliedern sicheres Wohnen ein Leben lang, Service, Solidarität in gelebten Nachbarschaften und Mitbestimmung im Rahmen der Satzung. Nicht die Wohnung ist das Produkt, sondern „das Wohnen“ und Wohnen ist Leben.

Auch im nächsten Jahr werden wir uns weiter aktiv an der Imagekampagne „Typisch Genossenschaften“ innerhalb der Arbeitsgemeinschaft Kölner Wohnungsunternehmen beteiligen. Erfreulich bleibt das geschlossene Auftreten der Genossenschaften in „Köln und Umgebung“. Gemeinsames Ziel ist es, das Wohnen und Leben in Genossenschaften als moderne und eigenständige Wohnform der Öffentlichkeit zu kommunizieren.

Die Auseinandersetzung mit der Entwicklung einer Wohnanlage, eines Quartiers, eines Stadtteils ist „Typisch Genossenschaft“, denn wir bleiben am Standort und haben deshalb allen Grund, die Bestände mit Blick in die Zukunft weiterzuentwickeln. Für unsere Mitglieder bieten wir damit ein hohes Maß an Sicherheit und die richtige Schnittmenge zwischen optimalem Preis und hoher Wohnqualität. Die hohe Wohnzufriedenheit der Mitglieder führt zu einer langen Verweildauer in den Wohnungen.

Innerhalb des Portfolios unseres Immobilienbestandes hat uns die Zukunft der sogenannten KAW-Gebiete in Ensen und Urbach Ve 11 und 12 über Jahre beschäftigt. Nachdem in 2012 die restlichen Gebäude der KAW-Urbach durch Abbruch vom Markt genommen werden konnten, werden die noch verbliebenen 30 Schlichtwohnungen der KAW-Ensen voraussichtlich 2013 abgerissen. Auf diesem Grundstück entlang der Amselstraße 1-9 wird dann ab 2014 mit weiteren Ersatz-Neubauten begonnen.

Im letzten Jahr wurde mit der Errichtung von Neubauten entlang der Amselstraße 11-15 fortgefahren, die Fertigstellung der drei Winkelhäuser mit insgesamt 42 Wohnungen erfolgt Mitte 2013. Das Verfahren zur Aufstellung eines Bebauungsplanes für das Gebiet der Physiker-Siedlung, den ehemaligen Schlichtwohnungen der KAW-Urbach rund um die Hertz- und Planckstraße, geht weiter seinen langwierigen formellen Gang. Die Planungen zur städtebaulichen Gliederung und Neuausrichtung der Gebäudeanordnungen sehen vor, das in mehreren Bauabschnitten und über mehrere Jahre verteilt, insgesamt rund 260 Genossenschaftswohnungen in diesem rund 2,3 Hektar großen Gebiet entstehen. Mit den ersten Baumaßnahmen auf dem Grundstück zwischen Watt- und Hertzstraße soll nach Rechtskraft des B-Planes noch 2013 begonnen werden. Im Investitionsplan 2013 ist ein entsprechender Budgetansatz vorgesehen, es kommt die neue Physiker-Siedlung.

Neubauprojekte werden aufgrund unseres Portfolios, das geprägt ist von den ehemals öffentlich geförderten Wohnanlagen der 50er und 60er Jahre, weiter mit hoher Priorität realisiert. Gleichzeitig weist unser Wohnungsbestand altersbedingt einen wachsenden Modernisierungsbedarf auf. Es werden höhere Investitionen in den Bestand notwendig sein, um diesen marktfähig zu halten, gerade unter den Aspekten der Erhöhung der Energieeffizienz und der Anpassung an den demografischen Wandel. Dabei ist die Refinanzierung solcher Investitionen ein wesentlicher Gesichtspunkt.

Aus wohnungs- und stadtentwicklungspolitischer Sicht ist es wichtig, die Handlungsfelder Neubau und Bestand in Balance zu halten. Wir stoßen bei unseren strategischen Portfolioüberlegungen zunehmend auf Objekte, wo es abzuwägen gilt, ob nicht Abriss die bessere Alternative ist, um ein nachhaltiges und zukunftsfähiges Wohnungsangebot zu schaffen. Wenn Gebäude unter städtebaulichen, wohnungs- und sozialpolitischen Gesichtspunkten wirtschaftlich nicht saniert werden können, tragen hocheffiziente Ersatzneubauten zu einer Verbesserung der Klimabilanz bei.

Das Thema Ökologie ist bei unseren Mitgliedern etabliert, diese Einstellung wird sich in den kommenden Jahren weiter ausprägen und das Nachfrageverhalten in zunehmendem Maße mitbestimmen. Der Umfang der Heiz- und Betriebskosten ist bereits heute ein wesentlicher Wettbewerbsfaktor, die Gesamtmiete wird zum entscheidenden Kostenmaßstab.

Der Investitionsplan 2013 mit einem Gesamtvolumen in Höhe von 11,4 Mio. € sieht u. a. folgende Maßnahmen vor:

Ø Ve 42, Am Tambourskreuz 1-11, Sanierung Fassaden, Balkone, Entwässerung, Erneuerung Haustür- und Treppenhausanlagen, Wohnungseingangstüren und Fenster;

Ø Ve 13, Wattstr. 1-17, Anstrich Fassaden und Überarbeitung Balkone;

Ø Ve 35, Am Marktplatz 1-5, Elsterweg 1-5, Anstrich Fassaden und Balkone, Speicherbodendämmung, Zugangswege;

Ø Ve 46 u. 47, Gilsonstr. 61 u. 62, Anstrich Fassaden und Überarbeitung Balkone, Dach, Speicherbodendämmung;

Ø Ve 59, Im Winkelfeld 1-7, Anstrich Fassaden und Balkone, Speicherbodendämmung, Erneuerung Treppenhausfensteranlagen;

Ø Wohnumfeldverbesserungsmaßnahmen, Vegetationsarbeiten, Spielplätze;

Ø Ve 86, Amselstr. 11-15, Fertigstellung der Neubaumaßnahme in Ensen;

Ø Ve 90, Ohm-/Planck-/Hertz-/Siemensstraße Physiker-Siedlung, Abschluss des Bebauungsplanverfahrens, Beginn des ersten Bauabschnittes.

Für Köln werden mindestens bis zum Jahr 2015 Zuwachsraten bei der Entwicklung der Bevölkerung und insbesondere bei der Zahl der Haushalte prognostiziert. Bis 2035 wird darüber hinaus nach der neuesten

Bevölkerungsprognose der Stadt Köln eine gesunde Stadtentwicklung vorausgesagt. Die relevante Einflussgröße für die Entwicklung der Wohnungsnachfrage bleibt die Zahl und Struktur der privaten Haushalte. Unabhängig von der Frage des zukünftigen Bevölkerungsniveaus wird sich der Altersaufbau deutlich in Richtung der älteren Generation verschieben, der Anteil junger Menschen wird sinken.

Die Marktsituation in Köln-Porz wird sich in den nächsten zwei Jahren nicht wesentlich verändern, größere Mietsteigerungen/-sprünge sind nicht zu erwarten. Die Nachfrage nach den von der GEWOG angebotenen Wohnungen, Neubau und Bestand, wird konstant bleiben. Gründe hierfür sind das gute Preis-/Leistungsverhältnis, wohnwertverbessernde Investitionen in den Bestand, das Angebot an spekulationsfreiem Wohnraum als Genossenschaft sowie die gute Infrastruktur des Stadtteils Köln-Porz. Mit einer weiterhin vorausschauenden Investitionspolitik nach ökologischen, generationengerechten und energetischen Maßstäben werden wir die Marktposition der GEWOG zukünftig behaupten.

Deutschland wird auch 2013 die Konjunkturlokomotive in Europa bleiben. Die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute gehen davon aus, dass sich im Laufe des Jahres 2013 die deutsche Konjunktur belebt, da sich die Lage im Euroraum allmählich entspannen und die übrige Weltwirtschaft stärker Fahrt aufnehmen dürfte. Für den Jahresdurchschnitt 2013 erwarten die Institute einen Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts in Deutschland um rund 1,0 %. Für 2014 gibt es bereits erste Prognosen, die ein Wachstum von über zwei Prozent erwarten.

Die Krise um den Euro wird 2013 weitergehen und die Idee eines gemeinsamen Europas umso stärker in den Hintergrund drängen, je mehr sich die europäische Politik auf die Währungsproblematik fixieren muss. Da bleibt es nur eine Randnotiz, dass Kroatien im Sommer 2013 voraussichtlich das 28. EU-Mitglied werden wird, weil es trotz aller Probleme dazugehören will.

2013 blickt die Immobilienbranche mit großen Erwartungen auf die kommende Bundestagswahl. Von der Politik, gleich welcher Couleur, wird erwartet, dass die Interessen der gesamten Immobilienwirtschaft ausgewogen berücksichtigt werden, damit das Wohnen für alle bezahlbar bleibt. Zu wünschen ist ein politischer Sinneswandel der die Herausforderungen der Energiewende und des demografischen Wandels in einem integrierten Vorgehen interessengerecht berücksichtigt. Intakte Städte mit bezahlbarem Wohnraum kann es nur geben, wenn auch die Wohnungspolitik dazu intakt ist. Und damit lässt sich auch beim Wähler punkten.

Dass Genossenschaften eine starke Tradition haben wurde 2012, dem Internationalen Jahr der Genossenschaften, eindrucksvoll bestätigt. Gutes und Bewährtes hält sich - auch in Zukunft. Bei der GEWOG-Porz eG wird das Wohnen bezahlbar bleiben!

F Dank für Mitwirkung und Mithilfe

Herzlichen Dank allen unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren engagierten Einsatz und ihre erfolgreiche Arbeit im Geschäftsjahr 2012 zum Wohle unserer Genossenschaft.

Herzlichen Dank allen Mitgliedern und Hausgemeinschaften vor Ort, insbesondere den gewählten Vertreterinnen und Vertretern in den jeweiligen Wohngebieten, für ihre unermüdliche persönliche Initiative, ihre für uns sehr hilfreichen Anregungen und ihr Vertrauen.

Herzlichen Dank an die Mitglieder des Aufsichtsrates für die auch im Geschäftsjahr 2012 gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit zum Erreichen der gemeinsam vereinbarten Ziele der GEWOG.

Wir freuen uns auf eine weiterhin erfolgreiche Zusammenarbeit!

Köln-Porz, den 28.02.2013

GEWOG - Porzer Wohnungsbaugenossenschaft eG

Vorstand

Karl Jacob

Manfred Pöplau

Uwe Seibel

Bericht des Aufsichtsrats für das Geschäftsjahr 2012

Der Berichtszeitraum umfasst das Geschäftsjahr 2012 vom 01.01 bis 31.12. In dieser Zeit ist die deutsche Wirtschaft preisbereinigt um 0,7 % gewachsen. Sie hat sich in einem schwierigen wirtschaftlichen Umfeld als widerstandsfähig erwiesen und der europäischen Rezession getrotzt. Die von der Bundesregierung als Konsequenz aus der Reaktorkatastrophe in Japan im Jahr 2011 beschlossene

Energiewende ist auf den Weg gebracht worden. Der nachhaltige Umbau der Energiewirtschaft und eine höhere Energieeffizienz erfordert entschiedenes politisches Handeln. Die GEWOG zeigte sich 2012 stabil und gesund, sie hat sich weiterhin positiv entwickelt. Durch Neubaumaßnahmen und Sanierungen in den eigenen Liegenschaften haben wir weitere Schritte zur langfristigen Sicherung des Gesamtportfolios unternommen.

Der Aufsichtsrat hat satzungsgemäß den Vorstand überwacht und diesen bei der Erfüllung seiner Aufgaben unterstützt. Über die Risiken der künftigen Entwicklung unter Berücksichtigung des KonTraG hat der Aufsichtsrat sich angemessen unterrichtet.

Im Berichtsjahr 2012 informierte sich der Aufsichtsrat und die von ihm eingesetzten Ausschüsse, Prüfungs- und Technischer Ausschuss, regelmäßig und zeitnah über die Lage und die Entwicklung der Genossenschaft. Der Vorstand hat den Aufsichtsrat über Geschäftsvorgänge von besonderer Bedeutung umfassend in Kenntnis gesetzt.

In vier gemeinsamen Sitzungen von Aufsichtsrat und Vorstand waren die wirtschaftliche und finanzielle Entwicklung, die Geschäftspolitik und das Investitionsprogramm der Genossenschaft Punkte der Tagesordnung. In diesen Sitzungen hat sich der Aufsichtsrat anhand von Vorlagen, durch Einsicht in Unterlagen und durch weitere Berichte des Vorstandes eingehend über die Geschäftsführung durch den Vorstand informiert.

Der Technische Ausschuss hat in sechs Sitzungen die Beschlüsse von Aufsichtsrat und Vorstand zu Neubau-, Modernisierungs- und Instandhaltungsmaßnahmen gemäß Investitionsplan 2012 vorbereitet. Neubauprojekte, Sanierungen und die Vergabe von Bauaufträgen wurden eingehend beraten und entsprechende Empfehlungen ausgesprochen. Die Aufwendungen für die jeweiligen Maßnahmen wurden anhand der geplanten Kostenschätzungen überprüft.

Der Prüfungsausschuss hat in zwei Sitzungen an Prüfungen des Jahresabschlusses mitgewirkt, Belege eingesehen und den Finanzbestand der Genossenschaft geprüft. Es gab keine prüfungsrelevanten Beanstandungen. Die Bilanz 2012, der Lagebericht des Vorstandes und die Verwendung des Jahresüberschusses 2012 wurden nach sorgfältiger Prüfung für in Ordnung befunden.

Alle erforderlichen Beschlüsse wurden durch den Aufsichtsrat oder durch die von ihm eingesetzten Ausschüsse nach intensiven Beratungen gefasst.

Der Aufsichtsrat billigt nach Eigenprüfung den vorgelegten Jahresabschluss 2012 nebst Lagebericht des Vorstandes zum 31.12.2012.

Aufgrund der intensiven Beratungen und Prüfungen empfiehlt der Aufsichtsrat der Vertreterversammlung den Jahresabschluss 2012 Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang durch entsprechende Beschlussfassung festzustellen und den Bilanzgewinn für das Geschäftsjahr 2012 vorschlagsgemäß zu verteilen.

Das Geschäftsjahr 2012 schließt mit einem Bilanzgewinn von 253 T€.

Der Aufsichtsrat empfiehlt der Vertreterversammlung dem Vorstand für das Jahr 2012 Entlastung zu erteilen.

Mit der gesetzlichen Jahresabschlussprüfung 2011 war der VdW-Verband der Wohnungswirtschaft Rheinland Westfalen e. V., Düsseldorf, beauftragt. In der gemeinsamen Sitzung am 23.11.2012 ließ sich der Aufsichtsrat durch den vom Prüfungsunternehmen bestellten Prüfer eingehend und umfassend über das Ergebnis dieser Prüfung berichten. Es wurde festgestellt, dass sich zum Jahresabschluss 2011 keine prüfungsrelevanten Beanstandungen ergaben.

Herzlichen Dank den Mitgliedern des Vorstandes und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der GEWOG. Durch ihre erfolgreiche Arbeit und ihren engagierten Einsatz haben sie zu dem guten Jahresabschluss 2012 maßgeblich beigetragen. Ihr Einsatz ermöglicht eine gute, sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung unserer Mitglieder. Ebenfalls ein „Herzliches Danke schön“ an alle Vertreterinnen und Vertreter sowie allen Mitgliedern unserer Genossenschaft für ihre Anregungen, die zur Sicherung der hohen Wohnqualität beigetragen haben.

Köln Porz, 20.03.2013

Hans- Dieter Jungmann, Vorsitzender des Aufsichtsrates

Ergebnisverwendungsbeschluss für das Geschäftsjahr 2012

Vorschlag Gewinnverwendung zum 31.12.2012

Der Vorstand schlägt vor, den Bilanzgewinn 2012 in Höhe von 253.397,57 € wie folgt zu verteilen:

Ausschüttung einer Dividende

Das dividendenberechtigte Geschäftsguthaben am 01.01.2012 beträgt: 6.334.939,15 €
Die Bruttodividende von 4 % hierauf beträgt ./. 253.397,57 €

Die in der Satzung festgelegte Obergrenze der Bruttodividende beträgt 4 %.

Köln-Porz, den 28.02.2013

GEWOG - Porzer Wohnungsbaugenossenschaft eG

Der Vorstand

Karl Jacob

Manfred Pöplau

Uwe Seibel

NS ccat : Corporate/Industrial News | c151 : Earnings | c15 : Performance | ncat : Content Types | nfact : Factiva Filters | nfcpin : FC&E Industry News Filter
RE gfr : Germany | eecz : European Union Countries | nrhine : North Rhine-Westphalia | dach : DACH Countries | eurz : Europe | weurz : Western Europe
PUB Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH
AN 文件 JAHREV0020130827e98q000jy

SE Wirtschaft
HD Kommentar; Riskante Allianz
WC 301 字
PD 2013 年 11 月 20 日
SN Stuttgarter Zeitung
SC STUGTR
PG 9
LA 德文
CY (c) 2013, Stuttgarter Zeitung Ansprechpartner: 0049-711-7205-782
LP

China Das Land öffnet sich. Aber jeden Tag kann sich der Spielraum für die Wirtschaft verändern.
Michael Heller

Die Allianz von Daimler und der chinesischen BAIC-Gruppe ist in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert. Gewiss sind die Stuttgarter auf diesem Wachstumsmarkt ein Spätstarter, aber sie sind jetzt so weit gegangen wie noch kein Konkurrent. Die Deutschen treten nicht nur wie sonst üblich als Partner in einem Gemeinschaftsunternehmen auf. Sie überlassen sogar die Mehrheit an dem Gemeinschaftsunternehmen den Chinesen und beteiligen sich an dessen Muttergesellschaft. Die BAIC-Gruppe und Daimler betreten mit ihrer engen Verflechtung Neuland und verbinden sich zu einer **Schicksalsgemeinschaft**. Daimler will mit Hilfe des Partners seinen Rückstand gegenüber den Dauerrivalen BMW und Audi wettmachen, und die Chinesen wollen mit Unterstützung von Daimler - und mit Geld von der Börse - zu den Marktführern im eigenen Land aufschließen.

TD
Klar ist, dass eine so enge Allianz im Fall des Misserfolgs nur schwer wieder aufzulösen ist - zumal, wenn BAIC auch noch Daimler-Aktionär werden sollte. Deshalb stellt sich die Frage, ob Daimler da nicht allzu viele Eier in einen Korb legt. Durch die Beteiligung an BAIC Motor und diverse Anteilverschiebungen wird zunächst einmal kein einziges Auto zusätzlich verkauft. Gewiss kennen sich Deutsche und Chinesen nach den vielen Jahren einer gemeinsamen Fertigung recht gut. Aber **China** ist noch immer ein Markt, der nicht nur Wachstum verspricht, sondern auch Rätsel aufgibt. Die Öffnung gegenüber einem deutschen Partner (der Maschinenbauer Trumpf konnte sogar die Mehrheit an einem Unternehmen erwerben) und der Gang an die Börse sprechen dafür, dass **China** nicht wie bisweilen befürchtet den Rest der Welt aufkaufen will, sondern sich zunehmend in die Weltwirtschaft integriert. Das Risiko besteht darin, dass niemand einschätzen kann, welche Rolle der chinesische Staat in der Wirtschaft dauerhaft zu spielen gedenkt und wie groß die Handlungsspielräume der Unternehmen sein werden.

CO damb : Daimler AG | beaihc : Beijing Automotive Group Co., Ltd. | bmcrlc : BAIC Motor Corp Ltd
IN i351 : Motor Vehicles | i35101 : Passenger Cars | iaut : Automotive | ibcs : Business/Consumer Services
NS nedc : Commentaries/Opinions | ncat : Content Types | nfact : Factiva Filters | nfcpx : C&E Executive News Filter
RE gfr : Germany | dach : DACH Countries | eecz : European Union Countries | eurz : Europe | weurz : Western Europe
PUB Stuttgarter Zeitung Verlagsgesellschaft mbH & Co KG
AN 文件 STUGTR0020131120e9bk0002o

SE	KULTUR
HD	Leiden im Lager, Leben im Kollektiv
BY	Waldemar Kesler
WC	511 字
PD	2014 年 2 月 25 日
SN	Die Welt
SC	DWELT
ED	DWBE-HP
PG	22
VOL	47
LA	德文
CY	Copyright 2014 Axel Springer AG. Zusatzhinweis: Dieser Artikel darf ohne die vorherige Zustimmung des Verlages nicht weiter-verbreitet werden. Dies ist eine Einschränkung der Rechte, die Ihnen generell hinsichtlich der Factiva-Dienste eingeräumt wurden. Notice: This article may not be redistributed without the prior consent of the Publisher. This is a restriction on the rights granted under the terms of your subscription for Factiva Services.
LP	Neue China -Comics von Li Kunwu Waldemar Kesler
TD	<p>Im Jahr 2005 boten der chinesische Zeichner Li Kunwu und der französische Hobby-Comicautor Philippe Ôtié den beiden wichtigsten französischen Comicverlagen Delcourt und Dargaud eine Biographie über Marco Polo an. In einem Abstand von 15 Minuten antworteten ihnen beide Häuser, dass sie eher an einer von einem Chinesen erzählten Geschichte Chinas interessiert wären. Nach dem immensen Erfolg von Marjane Satrapis "Persepolis" witterten die Verlage ein Erfolgsrezept: eine persönliche Zeitzeugengeschichte aus einem Land, das der Westen bloß als totalitären Block wahrnimmt. So entstand der Comic "Ein Leben in China", der auf den Erinnerungen von Li Kunwu basiert. Die Auftragsarbeit richtet sich also an Europäer. Li Kunwu dankt im Buch allen, die ihm "die Geheimnisse westlichen Denkens" erschlossen haben. Seltsamerweise spricht er ihnen auch einen großen Anteil an seinem Erinnern zu.</p> <p>Der erste Teil "Die Zeit meines Vaters" spannt einen Bogen vom Herbst 1950 bis zum Tod Mao Zedongs am 9. September 1976. Der zweite Teil "Die Zeit der Partei" schildert die Zeit bis zu den frühen Achtzigerjahren, der dritte "Die Zeit des Geldes" widmet sich dem immer kapitalistischer werdenden China ab der Deng Xiaoping-Ära bis 2009. Lis Zeitzeugenbericht trägt anfangs Züge einer kommunistischen Modellbiografie. Wenn er als Kind begeistert mit seinen Schulkameraden ausschwärmt, um Ernteschädlinge zu töten, wird die staatliche Verführungskraft auf kindliche Gemüter spürbar: Bei den Kleinen geht der Spieltrieb im Staatsdienst auf. In Li Kunwus Kindheit scheint die Omnipräsenz des Übervaters Mao sogar aufzuwiegen, dass der wirkliche Vater in ein Umerziehungslager gesteckt wird.</p> <p>Faszinierend an Li Kunwus Geschichte ist die Kraft, mit der ein Kollektiv sich mitreißen lässt und selbst bei radikalen Richtungsänderungen folgsam bleibt. Lis Vater wird im zweiten Teil rehabilitiert, statt dem Ersatzvater Mao zu folgen, wird für Li Kunwu die Aufnahme in die Partei zur stärksten Antriebskraft. Im dritten Teil ist die Distanz am größten. Er arbeitet mittlerweile als Journalist und zeichnet den kapitalistischen Wandel eher beobachtend als teilnehmend auf.</p> <p>Die Geschichte folgt manchmal plötzlich den Spuren einer Nebenfigur, damit sie mehr als ein individueller Lebensbericht ist. Wenn Li den Eindruck hat, dass sein Erfahrungshorizont der Geschichte nicht gerecht wird, kommt das im Comic direkt zur Sprache: Etwa, wenn er zur blutigen Niederschlagung des Aufstandes im Juni 1989 kommt. Li gibt seinen Lesern zu verstehen, dass sein Buch ein erster Versuch ist, die neuere Geschichte Chinas aufzuarbeiten. Er tuscht schwarzweiße, detaillierte, bisweilen wuselige Bilder, bei denen er ständig zwischen Ober- oder Untersicht, Nähe oder Distanz wechselt.</p>

Durch Massenszenen und Bilder von einem beengten Zusammenleben wirken sie oft unübersichtlich vollgestopft, was gut in das Konzept passt, aus dem Knäuel der Erinnerungen einen roten Faden herauszuziehen.

Li will das Gefühl, einer **Schicksalsgemeinschaft** anzugehören, nicht zersetzen. Bei einer Buchpräsentation im französischen Le Mans sagte er: "Ich wollte den jüngeren Generationen die Veränderungen spürbar machen, die **China** in den letzten fünfzig Jahren durchgemacht hat. Fundamentale Veränderungen, die niemand für möglich gehalten hätte."

Lesen, was Mao meint: chinesisches Wimmelbild mit Wandzeitungen

RF Li Kunwu: "Ein Leben in **China**". Edition Moderne, Zürich. 3 Bände, jeweils 28 €.

NS gbook : Books | gent : Arts/Entertainment | gcat : Political/General News

RE gfr : Germany | dach : DACH Countries | eecz : European Union Countries | eurz : Europe | weurz : Western Europe

IPD KULTUR

PUB Axel Springer AG

AN 文件 DWELT00020140225ea2p0003b

SE KULTUR
HD Leiden im Lager, Leben im Kollektiv
BY Waldemar Kesler
WC 254 字
PD 2014 年 2 月 25 日
SN Welt kompakt
SC WLKPKT
ED DWKKE-HP
PG 10
VOL 39
LA 德文
CY (c) Copyright 2014 Axel Springer AG

LP
Neue **China**-Comics von Li Kunwu
Waldemar Kesler

TD

2005 boten der chinesische Zeichner Li Kunwu und der französische Hobby-Comicauteur Philippe Ôtié den beiden wichtigsten französischen Comicverlagen Delcourt und Dargaud eine Biographie über Marco Polo an. Beide Häuser antworteten ihnen, dass sie eher an einer von einem Chinesen erzählten Geschichte Chinas interessiert wären. Nach dem immensen Erfolg von Marjane Satrapis "Persepolis" witterten sie ein Erfolgsrezept: eine Zeitzeugengeschichte aus einem Land, das der Westen als totalitären Block wahrnimmt. So entstand der Comic "Ein Leben in **China**", der auf den Erinnerungen von Li Kunwu basiert. Der erste Teil "Die Zeit meines Vaters" spannt einen Bogen vom Herbst 1950 bis zum Tod Mao Zedongs am 9. September 1976. Der zweite Teil "Die Zeit der Partei" schildert die Zeit bis zu den frühen 80ern, der dritte "Die Zeit des Geldes" widmet sich dem immer kapitalistischer werdenden **China** ab der Deng Xiaoping-Ära bis 2009.

Lis Zeitzeugenbericht trägt anfangs Züge einer kommunistischen Modellbiografie. Wenn er als Kind mit seinen Schulkameraden ausschwärmt, um Ernteschädlinge zu töten, wird die staatliche Verführungskraft auf kindliche Gemüter spürbar: Bei den Kleinen geht der Spieltrieb im Staatsdienst auf. Li will das Gefühl, einer **Schicksalsgemeinschaft** anzugehören, nicht zersetzen, sondern die Erlebnisse seiner Generation bewahren. "Ich wollte den jüngeren Generationen die fundamentalen Veränderungen spürbar machen, die **China** in den letzten 50 Jahren durchgemacht hat", sagt er.

Zeichner Li Kunwu arbeitet im Werk kollektive Erfahrungen auf

RF Li Kunwu: "Ein Leben in **China**", Edition Moderne, 3 Bände, jeweils 28 Euro
NS gent : Arts/Entertainment | gcat : Political/General News
RE gfr : Germany | dach : DACH Countries | eecz : European Union Countries | eurz : Europe | weurz : Western Europe
IPD KULTUR
PUB Axel Springer AG
AN 文件 WLKPKT0020140225ea2p0002u

HD Das Tageblatt sprach mit Albert Hettrich, demPräsidenten des...

BY Von unserem KorrespondentenJoachim Penner, Völklingen

WC 1,322 字

PD 2014 年 5 月 2 日

SN Tageblatt

SC TAGBLA

LA 德文

CY Copyright 2014 Editpress Luxembourg SA. All Rights Reserved.

LP

Das Tageblatt sprach mit Albert Hettrich, demPräsidenten des Saarrhüttenverbandes, über Stahl in der Welt und Stahl an der Saar.

Tageblatt: Herr Hettrich, wieder einmal hat die deutsche Stahlbranche Probleme. Auch die Hütten an der Saar sind betroffen. Ist der Stahlstandort Saarland auf Dauer zu halten?

TD

Albert Hettrich: „Nicht nur die deutsche Stahlindustrie hat derzeit Probleme. Weltweit setzen sich zurzeit die Stahlunternehmen mit Überkapazitäten, mit Auslastungsproblemen bei ihren Anlagen und wie stets bei solchen Problemen mit sehr niedrigen, oftmals nicht kostendeckenden Preisen auseinander. Die saarländische Stahlindustrie ist mit entsprechenden Gegenmaßnahmen, das heißt zur Kostensenkung, Erhöhung der Flexibilität, verbesserter Effizienz und bestem Service gut unterwegs. Insofern bin ich auch überzeugt, dass der Stahlstandort Saarland auf Dauer gute Chancen hat.“

„T“: Warum schwächelt die Stahlkonjunktur?

A.H.: „Die Gründe für die konjunkturelle Schwäche rund um den Globus sind für mich klar ersichtlich. Einerseits sind in den letzten gut zehn Jahren weltweit enorme Stahlkapazitäten aufgebaut worden, insbesondere in **China**, aber auch in anderen Weltregionen, ohne dass alte nicht mehr rentable Anlagen, wie es eigentlich notwendig wäre, aus dem Markt genommen wurden. Die weltweite Nachfrage hat mit diesem ausgeweitetem Angebot nicht Schritt gehalten. Wenn beispielsweise die Wachstumsrate in **China** statt 12 Prozent nur noch 7 Prozent beträgt, dann hat das enorme Auswirkungen auf die Weltwirtschaft, auch im Stahlbereich. Hinzu kommt die schwache Konjunktur in anderen Regionen in der Welt, in den sogenannten Schwellenländern oder auch in Westeuropa. In solchen Situationen wird der Wettbewerb um die verbleibenden Aufträge schärfer und die Preise geraten unter Druck. Zusätzlich ist in den letzten Jahren ein Trend zur Abschottung nationaler Märkte festgestellt worden, um die eigenen Unternehmen zu schützen. Auf etlichen Märkten wurden zwischenzeitlich Importzölle eingeführt oder Märkte durften bzw. dürfen aus politischen Gründen nicht bedient werden, Stichwort Iran. Das alles macht das Leben für die Unternehmen und saarländische Hütten schwerer.“

„T“: Sind die Unternehmen wehrlos?

A.H.: „Nein, wehrlos ist vielleicht ein missverständlicher Begriff. Die Stahlindustrie muss natürlich darauf reagieren, und sie tut das in zweierlei Hinsicht. Zum einen muss sie, wo immer es geht, die Kosten im Griff behalten, das heißt minimieren, Prozesse verbessern, Flexibilität erhöhen. Zum anderen muss die heimische Stahlindustrie die Vorteile, die sie hat, halten und möglichst ausbauen, das heißt gezielt in die Zukunft ihrer Anlagen und Produkte investieren. An der Saar hat die Stahlindustrie in den letzten Jahren auf beiden Feldern enorm gearbeitet. Darüber hinaus hilft es sehr, dass die beiden großen Unternehmen AG der Dillinger Hüttenwerke und Saarstahl AG, Völklingen, enger zusammenrücken. Die beiden saarländischen Hütten verfügen mit der Rogesa nicht nur über eine gemeinsame Roheisengesellschaft und eine Zentralkokerei (ZKS). Sie arbeiten daran, sich auch in verschiedenen Feldern als eine Einheit zu betrachten. Und dabei kommen beträchtliche Einsparungen heraus. Das jährliche Ziel liegt diesbezüglich bei mindestens 100 Millionen Euro. Ganz so weit ist der Prozess noch nicht, aber inzwischen auf einem guten Weg. Völklinger und Dillinger Hütte bilden heute eine **Schicksalsgemeinschaft**, deren gemeinsame Firmenstruktur – gerade auch über den gemeinsamen Mehrheitsaktionär Montanstiftung Saar – Sinn macht. Existenziell sehe ich daher den Standort Saar nicht gefährdet.“

„T“: Wie ist die Saar-Stahlindustrie im europäischen Vergleich aufgestellt?

A.H.: „Die saarländische Stahlindustrie ist gut aufgestellt, auch im Vergleich zur europäischen Konkurrenz. Gewiss, die Dillinger Hütte muss sich derzeit wegen des mehr oder weniger zusammengebrochenen

Marktes im Bereich Rohbleche umstellen und in einigen Bereich neu aufstellen. Auf diesem Gebiet sind die früheren Produktionsziffern nicht mehr zu erreichen, das wird aus heutiger Sicht auch für längere Zeit so bleiben. Dementsprechend geringer fällt der Anteil der Dillinger Hütte am Bezug von Roheisen der Rogesa aus. Da aber gleichzeitig die Saarstahl AG in diesem Jahr mehr abnehmen kann, weil bis zu 70 Prozent ihrer Produkte an die Automobilindustrie gehen, vor allem bei den deutschen Premium-Herstellern, die bestens im Geschäft sind, kommt die Rogesa insgesamt zu einer guten Auslastung. Und dass aktuell Mitarbeiter der Dillinger Hütte, deren Stellen in Dillingen wegfallen, zur Völklinger Hütte wechseln können, die derzeit zusätzlich Mitarbeiter benötigt, ist ein weiterer positiver Effekt der Gemeinsamkeit, die sich so manche nicht hätten vorstellen können.“

„T“: Es gibt ja noch die Stahlwerke Bous ...

A.H.: „... ja, das Unternehmen steht häufig nicht im Blickpunkt, wenn es um die saarländische Stahlindustrie geht. Die Stahlwerke Bous, die zur Georgsmarienhütte-Gruppe gehört, ist in dieser Gruppe gut aufgestellt. In den letzten Jahren wurde auch in Bous kräftig investiert, was dem Standort Bous eine gute Zukunftsperspektive gibt. Vorrangig muss man endlich das Verkehrsproblem, das das Stahlunternehmen seit Jahren belastet, gelöst werden. Die Bouser brauchen endlich eine anständige Anbindung an die Autobahn.“

„T“: Ist eine neuerliche Restrukturierung der saarländischen Stahlindustrie in absehbarer Zeit denkbar?

A.H.: „Der Begriff Restrukturierung erinnert ja eher an die Probleme insbesondere der 80er Jahre. Vergleichbares sehe ich heute für die saarländische Stahlindustrie nicht. Natürlich gibt es immer wieder Veränderungen auf den Märkten. Wie gesagt: Die Stahlindustrie an der Saar sieht sich gut gewappnet. Seit 2001/2002 wurden hier deutlich mehr als vier Milliarden Euro investiert – übrigens auch beträchtliche Millionenbeträge in den Umweltschutz – und aus eigener Kraft finanziert. Nach Abschluss des laufenden Investitionsprojektes werden für die kommenden Jahre keine Rieseninvestitionen erforderlich sein, die finanziert werden müssten. Vielmehr kann die saarländische Stahlindustrie auf die Grundlage dieser modernen Anlagenkonfiguration die eingeschlagene Strategie weiter verfolgen und ausbauen, nämlich als Nischenhersteller mit hochwertigsten und innovativen Stahlprodukten und bestem Service. Es gilt, diese Anlagen auch vernünftig auszulasten und dabei möglichst viele Arbeitsplätze im Saarland zukünftig sicher zu halten und letztlich auch die Position der Stahlindustrie als wesentlicher Bestandteil des Industriestandortes Saar zu festigen.“

„T“: Aber ist die Saar- Stahlindustrie im globalen Konzert nicht zu klein, um auf Dauer erfolgreich zu sein?

A.H.: „Die gesellschaftsrechtliche Struktur der saarländischen Stahlindustrie (ausgenommen Stahlwerke Bous) wurde, als sie um die Jahrtausendwende als sogenannte saarländische Hüttenlösung realisiert wurde, bewusst so angelegt, dass Entscheidungen über Investitionen und Arbeitsplätze an der Saar getroffen werden. Die Entwicklung seither hat ja bewiesen, dass sich die saarländische Stahlindustrie im globalen Konzert gut behauptet hat. Es mag aber durchaus Sinn machen, künftig je nach Marktgeschehen auch mit Partnern zusammenzuarbeiten, möglicherweise auch auf gesellschaftsrechtlicher Ebene. Auch dann müssten natürlich unsere saarländischen Interessen gewahrt werden. Aber es macht keinen Sinn, aktuell darüber zu spekulieren.“

„T“: Was kann die saarländische Landespolitik tun, um die Stahlindustrie zu unterstützen?

A.H.: „Die saarländische Politik war für die Entwicklung der Saarländischen Hütten in den letzten Jahrzehnten von großer Bedeutung, keine Frage! Ohne den Einsatz der saarländischen Politik würden wir vermutlich unser Gespräch gerade nicht führen. Auch der Umstand, dass wir die Entscheidungsbefugnisse über die Hütten an der Saar auch an der Saar halten konnten, hat damit zu tun. Ich möchte gar nicht darüber spekulieren, wie die Stahlindustrie an der Saar sich bei einer anderen Entwicklung heute darstellen würde. Ich will auch keinen Vergleich mit anderen Regionen in Europa diesbezüglich anstellen. Fest steht jedenfalls für mich auch heute: Wir sind auf die Unterstützung der saarländischen Politik angewiesen, und zwar über die Parteigrenzen hinweg. Ich denke hier aktuell an das Thema Energiekosten, die Neuregelung des EEG, damit verbunden die dringend erforderliche Entlastung unserer Stahlindustrie und die Befreiung von der sogenannten Eigenstromerzeugung. Oder anderes Beispiel: der Ausbau der Moselschleusen, der nicht nur nach unserer Einschätzung zu langsam vonstatten geht und uns deshalb permanent Sorgen bereitet.“

„T“: In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass eine gute Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften die Entwicklung unterstützen kann. Ziehen Saarhüttenverband und IG Metall am gleichen Strang?

A.H.: „Ja, das würde ich, was die strategischen Entscheidungen angeht, durchaus sagen. Die deutsche Art der Sozialpartnerschaft hat bei uns dazu beigetragen, dass es nicht zu Verhältnissen wie in Frankreich oder Großbritannien gekommen ist. Die Franzosen hatten in der Vergangenheit stark verstaatlicht, die Briten haben massiv privatisiert. Beides war nicht erfolgreich. In Deutschland hatten Extreme keine

Chance. Das gilt auch für die Saar. Wir sagen uns in Tarifverhandlungen zwar auch gelegentlich kräftig die Meinung. Letztendlich sind wir aber immer zu einem für beide Seiten vertretbaren Ergebnis gelangt.“

RF 490_0001_2528390_interview_von_penner
IN i221 : Iron/Steel/Ferroalloys | i22 : Primary Metals | ibasicm : Basic Materials/Resources
NS ccat : Corporate/Industrial News
RE saarl : Saarland | gfr : Germany | dach : DACH Countries | eecz : European Union Countries | eurz : Europe | weurz : Western Europe
IPC 490_0001_2528390_interview_von_penner
PUB Lumedia
AN 文件 TAGBLA0020140501ea520000v

HD TOP-THEMA-Deutschland und **China** rücken enger zusammen

WC 638 字

PD 2014 年 10 月 10 日 05:32 下午

SN Reuters - Nachrichten auf Deutsch

SC FDG

LA 德文

CY Copyright 2014 Thomson Reuters. All Rights Reserved.

LP

- * Regierungskonsultationen mit Milliardenaufträgen

- * Berlin und Peking wollen "Innovationspartnerschaft"

TD

- * Auch strategischer Dialog in Außen- und Sicherheitspolitik

- * Führungsanspruch in Ostasien und Europa

- * Minister und Wirtschaft beklagen aber Benachteiligungen

Berlin, 10. Okt (Reuters) - Deutschland und **China** wollen ihre Zusammenarbeit weiter ausbauen. Bundeskanzlerin Angela Merkel und Chinas Ministerpräsident Li Keqiang schlossen am Freitag in Berlin eine Innovationspartnerschaft, die auch eine enge Kooperation im Hochtechnologiesektor beinhaltet. "Deutschland und **China** sind füreinander die jeweils wichtigsten Kooperationspartner in ihren jeweiligen Regionen", heißt es in einer Erklärung nach den Regierungskonsultationen. Bei dem Besuch Lis, der am Samstag noch an einer Unternehmerkonferenz in Hamburg teilnehmen wird, wurden zudem Wirtschaftsverträge in Milliardenhöhe unterzeichnet. Volkswagen und Daimler vereinbarten umfassende Kooperationsabkommen mit ihren chinesischen Partnern.

Merkel betonte, dass die Zusammenarbeit mit **China** immer breiter werde, was sich auch an dem 35-seitigen Aktionsplan zeige. Die Kanzlerin betonte aber: "Der wichtigste Grundsatz sollte eine konsequente Gleichbehandlung unserer Unternehmen sein." Li versprach eine weitere Marktöffnung Chinas und forderte auch eine engere Zusammenarbeit zwischen der EU und seinem Land. "Wir sollten uns für eine **Schicksalsgemeinschaft** Asien-Europa einsetzen." In der gemeinsamen Erklärung bekräftigen beide Regierungen ihre Unterstützung für einen zügigen Abschluss des geplanten EU-Investitionsschutzabkommens mit **China** und einer Liberalisierung des Welthandels.

Vereinbart wurde ein besserer Marktzugang für Banken. Beide Seiten stimmten zu, den Finanzinstituten der jeweils anderen Seite die gleichen Bedingungen zu gewährleisten. Zudem wurde ein Finanzdialog auf hoher Ebene verabredet, der auch Kontakte der Zentralbanken einschließt. Auch engere Absprachen in der Außen- und Sicherheitspolitik wurden verabredet. Li sagte zudem auf einem parallel in Berlin stattfindenden deutsch-chinesischen Wirtschaftsforum eine Marktöffnung auch bei Dienstleistungen zu und versprach einen besseren Schutz des geistigen Eigentums zu.

Das bilaterale Handelsvolumen beider Länder beläuft sich inzwischen auf rund 140 Milliarden Euro. Chinas Führung erwartet für 2014 trotz der schwächeren Weltkonjunktur sogar ein Rekordjahr im deutsch-chinesischen Handel, der in den ersten drei Quartalen stark wuchs. Li warnte, dass sich die weltwirtschaftliche Lage eintrübe. Dennoch müsse **China** sein Wachstumsziel von "etwa" 7,5 Prozent in diesem Jahr nicht korrigieren. Angesichts der hohen Wachstumsreserven rechne er weiter mit einem "hohen bis mittleren" Wachstum.

Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel hob hervor, **China** habe sich inzwischen von einem Entwicklungsland zur zweitgrößten Volkswirtschaft der Welt entwickelt. In einer schwierigen weltwirtschaftlichen und auch weltpolitischen Lage spielten beide Länder die Rolle von Stabilitätsankern.

DIFFERENZEN BEI RECHTSFRAGEN UND MARKTZUGANG

Bei den Regierungskonsultationen, zu denen mehr als ein Dutzend chinesischer Minister nach Berlin gereist waren, kamen aber auch strittige Themen zur Sprache. Merkel sagte, sie habe die Lage der

Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und die Notwendigkeit einer freien Arbeit für Medien angesprochen. Hintergrund sind nicht nur die Demonstrationen in Hongkong, sondern auch die Verhaftung einer chinesischen Mitarbeiterin der "Zeit".

Gabriel forderte **China** auf, Benachteiligungen deutscher und anderer ausländischer Firmen zu beenden. Er mahnte auf dem Wirtschaftsforum mit 500 Wirtschaftsvertretern eine "Partnerschaft auf Augenhöhe" an, die solche Behinderungen verbiete. Der Chef der einflussreichen Nationalen Entwicklungs- und Reformkommission in **China**, Xu Shaoshi, forderte deutsche Firmen auf, Kooperationschancen im Zuge der wirtschaftlichen Modernisierung des Landes zu nutzen.

AUFTRÄGE IN MILLIARDENHÖHE

Am Rande des Besuches unterzeichnete etwa Airbus und VW größere Abkommen mit ihren chinesischen Partnern. Airbus erhielt den Auftrag zur Lieferung von 70 Flugzeugen der A320-Familie. Der Auftrag habe ein Volumen von etwa 5,5 Milliarden Euro, sagte Airbus-Chef Fabrice Bregier. VW verlängerte seine Partnerschaft mit seinem chinesischen Partner FAW um weitere 25 Jahre. Der Daimler-Konzern will künftig in **China** mit seinem lokalen Partner BAIC mehr kleine Autos produzieren. Die Deutsche Börse steht Branchenkreisen zufolge vor einer umfassenden Kooperation mit ihrem Pendant in Schanghai, ein entsprechender Vertrag wurde am Freitag allerdings noch nicht unterzeichnet. (Reporter: Andreas Rinke, Gernot Heller, Sabine Siebold; redigiert von Alexander Ratz.; Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an die Redaktionsleitung unter den Telefonnummern 069-7565 1231 oder 030 2888 5168)

RF Released: 2014-10-13T15:32:11.000Z

NS cdereg : Deregulation | e512 : Physical Trade | gpir : Politics/International Relations | gpol : Domestic Politics | c13 : Regulation/Government Policy | ccat : Corporate/Industrial News | e51 : Trade/External Payments | ecat : Economic News | gcat : Political/General News | ncat : Content Types | nfact : Factiva Filters | nfcpin : C&E Industry News Filter

RE china : China | gfr : Germany | beijin : Beijing | berlin : Berlin | eecz : European Union Countries | usa : United States | apacz : Asia Pacific | asiaz : Asia | bric : BRICS Countries | chinaz : Greater China | dach : DACH Countries | devgcoz : Emerging Market Countries | dvpcoz : Developing Economies | easiaz : Eastern Asia | eurz : Europe | namz : North America | weurz : Western Europe

IPD Business

IPC SERVICE:GEA

PUB Thomson Reuters (Markets) LLC

AN 文件 FDG0000020141010eaaa003jt

HD Li in Berlin; Merkel, Chinas Ministerpräsident und der Supermarkt

WC 1,018 字

PD 2014 年 10 月 10 日

SN WELT online

SC WELTON

LA 德文

CY Copyright 2014 Axel Springer SE.

LP

Bereits zum vierten Mal in einem Jahr trifft sich die Bundeskanzlerin mit Politikern aus **China**. Eine "Innovationspartnerschaft" wird vereinbart, ein Supermarkt besucht - und Kritik nur angedeutet.

Regierungskonsultationen sind ein besonderes Stilmittel der Außenpolitik Angela Merkels: Nicht nur die Regierungschefs, sondern ganze Kabinette treffen sich dabei. Die Idee dahinter ist, die Zusammenarbeit mit vielen Einzelprojekten praktisch zu machen, statt nur Floskeln auszutauschen. Mit den Nachbarn und engsten Verbündeten gibt es diese Klassenfahrten in die Weltpolitik schon länger, aber auch mit den Großmächten.

TD

Für Aufsehen sorgte die Kanzlerin, als sie am Freitagnachmittag mit dem chinesischen Ministerpräsidenten Li Keqiang in einem Supermarkt in der Nähe des Brandenburger Tores shoppen ging. Unter den Augen neugieriger Kunden zeigte Merkel ihrem Gast verschiedene Gemüsesorten und machte mit ihm an der Fleischtheke halt. Schließlich kauften sie Grußkarten, Jodsalz, Aufbackbrötchen und einen Nikolausstiefel. Bezahlt hat die Kanzlerin - in bar.

An diesem Freitag und Samstag sind zum dritten Mal die Chinesen zu Besuch. Li Keqiang und seine Minister vereinbaren zahlreiche Kooperationen, außerdem sollen 40 Wirtschaftsverträge im Gesamtwert von mehreren Milliarden Euro unterzeichnet werden. So eng war die Partnerschaft noch nie: Erst im Frühsommer 2013 war Li zum letzten Mal in Berlin, Staatspräsident Xi **Jinping** auf einer eigenen Reise ebenfalls, Angela Merkel ihrerseits hatte den kommunistischen Machthabern erst im Juli in Peking und Chengdu eine Aufwartung gemacht - man sieht sich jetzt also schon zum vierten Mal in nur einem Jahr.

Auch der sozialdemokratische Teil der Regierung will nicht zurückstehen. Vizekanzler Sigmar Gabriel veröffentlichte am Freitag einen Gastbeitrag in der Zeitung "**China** Daily", in dem er für engere Wirtschaftsbeziehungen beider Länder warb. Ein Hinweis auf die Menschenrechte oder die Demonstrationen in Hongkong fehlte in dem Text. Gabriels Kritik erschöpfte sich in dem Satz: "Ausländische Unternehmen sehen sich in **China** immer noch umfangreichen Beschränkungen ausgesetzt."

Im Gegensatz dazu hatte Bundespräsident Joachim Gauck bei seinem Treffen mit Li am Morgen die Bedeutung des Rechtsstaats hervorgehoben. Nach Angaben aus Teilnehmerkreisen sagte Gauck bei dem etwa einstündigen Gespräch im Schloss Bellevue, die Kommunistische Partei Chinas habe sich in der Vergangenheit schwerer Rechtsbrüche schuldig gemacht. Die Frage sei jetzt, wie die Rolle des Rechts mit der Herrschaft der KP einhergehen könne.

Die Bundeskanzlerin deutete auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Li Kritik nur an: Für Deutschland seien "faire Bedingungen beim Marktzugang und bei Patenten, die journalistischen Bedingungen und Fragen der Menschenrechte wichtig", sagte Merkel. Allerdings ist schon das Zulassen freier Fragen beim Besuch chinesischer Spitzenpolitiker nicht selbstverständlich. Andere europäische Länder beugen sich längst dem Druck der Besucher, diese nicht mehr stellen zu lassen.

In Berlin lachte Li, als er von einem Reporter gefragt wurde, warum die Menschen in Hongkong ihre Vertreter nicht selbst wählen dürften, und sah während der Übersetzung der Antwort demonstrativ auf seine Uhr. Hongkong sei eine Angelegenheit der "chinesischen Innenpolitik", er könne aber allen ausländischen Investoren, auch den deutschen, garantieren, dass ihre Interessen gewahrt blieben.

Die Frage, ob die Verhaftung von Mitarbeitern deutscher Medien zur Vertrauensbildung beitrage, ignorierte der Ministerpräsident. Eine chinesische Mitarbeiterin der Wochenzeitung "Die Zeit" war Anfang November festgenommen worden. Merkel hatte dies als "durchaus bedenkliche Nachricht" bezeichnet.

Li hob von sich aus die Bedeutung seines Besuchs hervor: "Deutschland ist das einzige Land, das ich als chinesischer Ministerpräsident schon zum zweiten Mal besuche." Er sprach von einer "Schicksalsgemeinschaft Asien und Europa" und sagte: "Wir befinden uns an beiden Enden eines Kontinents und sind einflussreiche Großmächte." Er versprach, den Marktzugang für deutsche Unternehmen in China zu "erleichtern" und "geistiges Eigentum besser zu schützen".

Die Sorge vor einem sich abschwächenden chinesischen Wachstum versuchte Li zu besänftigen: Er sei zuversichtlich, dass "in diesem Jahr ein Wachstum von etwa 7,5 Prozent erreicht werden kann". Eine Abweichung von 0,1 oder 0,2 Prozent von diesem Ziel dürfe man nicht überbewerten.

Merkel und Li betonten beide, das weitere politische Potenzial der Zusammenarbeit. Li kleidete dies in ein für europäische Ohren ungewohntes Bild: "Ich habe gesagt, wir sollten die Flusskrebse, die aufgetischt sind, wirklich aufessen. Die Frau Bundeskanzlerin hat geantwortet: 'Ja, dafür braucht man aber Instrumente.' Ich meine: Wir haben diese Instrumente."

Warum beim gemeinsamen Mahl unbedingt Flusskrebse aufgetischt werden mussten, erschließt sich vielleicht aus dem Gastkommentar, den der chinesische Premier vor seiner Ankunft in der "Welt" veröffentlicht hatte. Dort hieß es: "Ein aus dem Lateinischen stammendes deutsches Sprichwort sagt: 'Wer den Weg nicht kennt, auf dem er zum Meer gelangen kann, der sollte sich einen Fluss als Begleiter suchen.'"

Mit diesem Bild hatte Li seinen Befund abgeschlossen, dass Deutschlands und Chinas "jeweiliger historischer und kultureller Hintergrund sowie ihr politisches System völlig verschieden" seien. Das ist eine geradezu mutige Beobachtung im Vergleich zu den Worten, die von der deutschen Staatsspitze zu den wechselseitigen politischen Differenzen zu vernehmen waren.

In der Bundesrepublik dominiert bisweilen das Gefühl, der ökonomischen Supermacht China ohnehin keine Lektionen erteilen zu können. Deren Spitzendelegation dürfte aber ganz im Gegensatz zu diesem Eindruck mit großer Aufmerksamkeit nach Deutschland gereist sein - und zwar nicht nur mit Blick auf technologische und wirtschaftliche Innovationen.

Die friedlichen Revolutionen in Europa, der Fall der Mauer vor 25 Jahren, der Zusammenbruch der UdSSR - all das sind Ereignisse, die in der Volksrepublik auch heute noch mit hoher Intensität analysiert werden. Denn das ist es, was die Kommunistische Partei Chinas unter allen Umständen und möglichst für alle Zeit verhindern will. Ihre Formel dafür lautet: Repression einerseits - von den Panzern auf dem Platz des Himmlischen Friedens im Jahr 1989 bis zur Internetzensur unserer Tage - und Wachstum andererseits.

Was China durch seine ausschließlich wirtschaftliche Liberalisierung seither geleistet hat, ist erstaunlich. Aber was es braucht, um die Konjunktur weiter auf einem Niveau zu halten, damit die gewaltige Bevölkerung nicht in soziale Spannungen stürzt, sind Innovationen. Sie sind die Achillesferse des Giganten und sie sind die Stärke des kleinen Deutschland. Wie viel wirtschaftliche Kreativität mit politischer Freiheit zu tun hat, das werden sich die chinesischen Minister in Deutschland durchaus fragen. Zumal im Hongkonger Finanzdistrikt wieder Proteste aufflammten. Und erst recht, wenn sie es mit einem Präsidenten zu tun haben, der einst für Bürgerrechte in der DDR predigte und einer Bundeskanzlerin, die als linientreue Physikerin begann und in der Demokratie mächtiger wurde als jede Deutsche vor ihr.

NS	gdip : International Relations gvexe : Executive Branch gcat : Political/General News gpri : Politics/International Relations gpol : Domestic Politics gvbod : Government Bodies
RE	china : China berlin : Berlin gfr : Germany apacz : Asia Pacific asiaz : Asia bric : BRICS Countries chinaz : Greater China dach : DACH Countries devgcoz : Emerging Market Countries dvpcoz : Developing Economies easiaz : Eastern Asia eecz : European Union Countries eurz : Europe weurz : Western Europe
IPD	Li in Berlin
PUB	Axel Springer SE
AN	文件 WELTON0020141010eaaa000gw

SE Politik
HD Chinas Premier in Berlin; Blumige Worte über Hongkongs Demonstranten
BY Von Nico Fried
WC 868 字
PD 2014 年 10 月 10 日
SN Süddeutsche Zeitung Online
SC SUDZEIT
LA 德文
CY Copyright 2014 sueddeutsche.de

LP

<http://www.sueddeutsche.de/politik/chinas-premier-in-berlin-blumige-worte-ueber-hongkongs-demonstranten-1.2168086>

Der Besuch des chinesischen Premiers bringt Kanzlerin Merkel in eine schwierige Lage. Sie könnte mit ihm nicht nur über Geschäftliches reden, sondern auch die Menschenrechte und die Massendemos in Hongkong ansprechen. Doch die unangenehmen Fragen stellt ein anderer.

TD

Man könnte fast meinen, die deutsch-chinesischen Beziehungen seien so gut, dass der Bundeskanzlerin dafür die Worte fehlen. Die dritten Regierungskonsultationen seien "ein Zeichen intensiver Zusammenarbeit, die sich im Laufe der Jahre intensiviert hat", sagt Angela Merkel am Freitag zu Beginn der Pressekonferenz mit Li Keqiang, dem chinesischen Ministerpräsidenten. Später bringt sie dann doch noch ein paar Adjektive mehr hervor: Offen und konstruktiv seien die Gespräche gewesen, am Ende ihres Statements nennt sie die Begegnung sogar "fruchtbringend".

Li Keqiang ist in seiner Sprache bedeutend reicher an Superlativen. Die deutsch-chinesische Partnerschaft sei die Lokomotive für die Beziehungen Chinas mit der EU. Die beiden Länder seien Großmächte am jeweiligen Ende ihrer Kontinente und sollten ein Bewusstsein entwickeln für die "Schicksalsgemeinschaft Asiens und Europas". Er versteht darunter zumindest in dieser Pressekonferenz freilich nur Fragen von Entwicklung und Wohlstand.

Merkel weiß, was die deutsche Öffentlichkeit erwartet

Merkel weiß, was die deutsche Öffentlichkeit erwartet, weshalb sie sich um den Eindruck bemüht, es gehe eben nicht nur um Projekte in Wirtschaft und Industrie. Es gebe mit der chinesischen Seite Dialoge zu verschiedenen Themen, darunter auch die Arbeit von Journalisten und das Thema Menschenrechte. Konkreter wird die Kanzlerin da nicht. Vielleicht nicht zufällig streut sie aber den Hinweis ein, dass ihr Vier-Augen-Gespräch mit Li erst für den Abend geplant sei. Traditionell sehen deutsche Kanzler den kleinen Kreis als idealen Ort für Delikates. Jedenfalls behaupten sie das stets.

Mehrere Minister haben zuvor in einer Zeremonie Abkommen unterzeichnet: Kooperiert werden soll nun bei Gesundheit, Bildung, Entwicklungshilfe und Landwirtschaft. Aber bezeichnend war dann doch, dass Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel gleich dreimal seine Unterschrift zu Papier bringen durfte und außerdem noch hohe Vertreter führender deutscher Unternehmen, von Daimler über Volkswagen bis zur Telekom, Verträge abschlossen. Auch Airbus wird wieder einige Flugzeuge nach China verkaufen. Den A320 und den A330.

Gauck hat so seine Erfahrungen mit dem Marxismus

Freilich gibt es auch in den Wirtschaftsbeziehungen nicht nur Positives. Gabriel spricht Probleme an, als er am Vormittag ein deutsch-chinesisches Forum eröffnet. Er appelliert an die Chinesen, Benachteiligungen für ausländische Firmen abzuschaffen. Diese sähen sich in China "immer noch umfangreichen Beschränkungen ausgesetzt". Gleichwohl werden während des Forums rund 30 Vereinbarungen unterzeichnet. Volumen: mehr als zwei Milliarden Euro.

Insgesamt 140 Milliarden Euro betrug 2013 der Umfang der Handelsbeziehungen. Aber da geht noch mehr, findet auch Gabriel. Dem Wirtschaftsminister wäre es am liebsten, es gäbe alsbald auch ein Freihandelsabkommen. Dem freilich widerspricht auf derselben Veranstaltung EU-Handelskommissar

Karel De Gucht. Angesichts solcher Meinungsverschiedenheiten mag mancher chinesische Gast über seine europäischen Gastgeber gedacht haben: Das habt ihr von eurem Pluralismus.

Für Li Keqiang ist Deutschland der erste Staat, den er nach seinem Amtsantritt bereits zum zweiten Mal besucht. Schon beim ersten Mal lernte der Ministerpräsident auch Joachim Gauck kennen. Man hat offenbar Interesse aneinander, denn der Bundespräsident empfing ihn auch diesmal, obgleich das protokollarisch nicht zwingend gewesen wäre. Eine Stunde dauerte die Begegnung, doppelt so lange wie vorgesehen, und sie verlief offenbar recht unverkrampft. Man war sich einig über den Wert der engen Beziehungen, doch sollte man, so wurde Gauck später in Teilnehmerkreisen wiedergegeben, auch über die Probleme reden. Das sah der Chinese ganz genau so.

Gauck erkundigt sich nach dem Schicksal eines Uiguren

Gauck hatte eingangs noch gescherzt, er habe so seine Erfahrungen mit dem Marxismus gemacht, was der Gast höflich-humorvoll nicht als Problem, sondern als Gewinn für das gemeinsame Gespräch verstand. Dann aber machte Gauck deutlich, dass er ein gewisses Problem in der Vereinbarkeit einer Herrschaft des Rechts mit der Herrschaft der kommunistischen Partei sehe. Li schilderte China daraufhin als Land, das einen Entwicklungsprozess erlebe und auch den Rechtsstaat vervollkomme. Dem einst von Gerhard Schröder ins Leben gerufenen Rechtsstaatsdialog mit Deutschland maß der Ministerpräsident dabei besondere Bedeutung bei.

Gleichwohl ließ Gauck dieses Thema nicht im Ungefähren, sondern fragte auch nach dem konkreten Schicksal eines verhafteten uigurischen Professors und Menschenrechtsaktivisten: Ilham Tohti war wegen des Vorwurfs des "Separatismus" verurteilt worden. Lebenslang. Da jedoch mochte der Gast im Schloss Bellevue nicht mehr ganz so offen reden, vermied den Einzelfall und zog einige allgemeine Sätze vor, wonach die Gesetze gelten und gerechte Verfahren gewährleistet werden müssten.

In der Pressekonferenz mit Merkel äußerte sich Li auch zu den Demonstrationen in Hongkong - eher blumig, wie nicht anders zu erwarten. Er vertraue auf "die Weisheit der Regierung und der Menschen, die gesellschaftliche Stabilität zu wahren", so der Ministerpräsident. Im Übrigen aber - und an dieser Stelle wurde Li dann doch ein wenig schärfer - sei Hongkong eine Frage der Innenpolitik Chinas, weshalb sich ausländische Regierungen zurückhalten sollten. Das ging ganz unverhohlen gegen die Kanzlerin, die sich jüngst zu den Protesten geäußert hatte. Dann ging Merkel auf die Geschehnisse ein: Die Demonstrationen seien bisher friedlich verlaufen. "Und ich hoffe, dass das auch weiter so bleiben kann und dass man in freiem Meinungs Austausch auch Lösungen findet, die die Bevölkerung in Hongkong zufriedenstellen."

NS e512 : Physical Trade | ghum : Human Rights/Civil Liberties | gcivds : Civil Disruption | gpol : Domestic Politics | e51 : Trade/External Payments | ecat : Economic News | gcat : Political/General News | gcns : National Security | gcom : Society/Community/Work | gpri : Politics/International Relations | grisk : Risk News

RE china : China | berlin : Berlin | gfr : Germany | apacz : Asia Pacific | asiaz : Asia | bric : BRICS Countries | chinaz : Greater China | dach : DACH Countries | devgcoz : Emerging Market Countries | dvpcoz : Developing Economies | easiaz : Eastern Asia | eecz : European Union Countries | eurz : Europe | weurz : Western Europe

PUB Süddeutsche Zeitung GmbH

AN 文件 SUDZEIT020141011eaaa0001p

SE Politik
HD Deutsch-chinesische Konsultationen: Milliarden deals und Menschenrechte; Bundeskanzlerin mahnt friedliche Lösung für Hongkong an.
WC 212 字
PD 2014 年 10 月 11 日
SN Ostthüringer Zeitung
SC OSTZEIT
ED Schleiz
PG 2
LA 德文
CY Copyright 2014. ZGT Verlag GmbH.
LP
Von Christian Kerl Berlin Deutschland und **China** treiben ihre wirtschaftliche Zusammenarbeit weiter voran, doch sorgen die Menschenrechtslage und ein härteres Geschäftsklima in **China** zunehmend für Missstände. Bei Regierungskonsultationen gestern in Berlin vereinbarten beide Seiten eine neue Innovationspartnerschaft und eine engere Zusammenarbeit unter anderem im Gesundheitswesen, der Wissenschaft, Landwirtschaft und bei der Entwicklung neuer Autoantriebe. Mehrere Unternehmen, darunter Volkswagen, Daimler, Airbus und Telekom, besiegelten neue Kooperationen oder Milliardenengeschäfte. Der chinesische Premier Li Keqiang sprach von einer **Schicksalsgemeinschaft** Asien-Europa; Kanzlerin Angela Merkel lobte die Zusammenarbeit als Zeichen der Stabilität in einer schwierigen Lage der Weltwirtschaft. Doch richtete Merkel auch klare Worte an die chinesische Regierung: Der Konflikt in Hongkong zwischen Regierung und Protestbewegung müsse friedlich in freiem Meinungsaustausch gelöst werden.

TD
Auf eine erste Mahnung Merkels vorige Woche hatte Peking empört reagiert, im direkten Kontakt blieb der Premier kühl: Er versicherte zwar, es bleibe für Hongkong beim Grundsatz Ein Land zwei Systeme, die Interessen ausländischer Investoren würden geschützt. Doch betonte er auch, es handele sich um eine innere Angelegenheit Chinas, was andere Länder akzeptieren müssten. Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) sagte nach einem Forum mit Unternehmern aus beiden Ländern, chinesische Firmen würden für die deutsche Wirtschaft zunehmend auch als Innovationspartner interessant.

NS ghum : Human Rights/Civil Liberties | gpol : Domestic Politics | gcat : Political/General News | gcom : Society/Community/Work | gpir : Politics/International Relations
RE china : China | berlin : Berlin | gfr : Germany | hkong : Hong Kong | apacz : Asia Pacific | asiaz : Asia | bric : BRICS Countries | chinaz : Greater China | dach : DACH Countries | devgcoz : Emerging Market Countries | dvpcos : Developing Economies | easiaz : Eastern Asia | eecz : European Union Countries | eurz : Europe | weurz : Western Europe
IPD Politik
PUB ZGT Verlag GmbH
AN 文件 OSTZEIT020141011eaab000b6

SE NACHRICHTEN
HD Mehr als nur ein Geschäft
BY Robin Alexander; Daniel-Dylan Böhmer
WC 677 字
PD 2014 年 10 月 11 日
SN Berliner Morgenpost
SC BERMP
ED BM-HP1
PG 2
VOL 277
LA 德文
CY Copyright 2014 Berliner Morgenpost GmbH . Zusatzhinweis: "Dieser Artikel darf ohne die vorherige Zustimmung des Verlages nicht weiter-verbreitet werden. Dies ist eine Einschränkung der Rechte, die Ihnen generell hinsichtlich der Factiva-Dienste eingeräumt wurden." Notice: "This article may not be redistributed without the prior consent of the Publisher. This is a restriction on the rights granted under the terms of your subscription for Factiva Services."

LP
Bereits zum vierten Mal in einem Jahr trifft die Kanzlerin sich mit führenden Politikern aus dem Reich der Mitte
Robin Alexander und Daniel-Dylan Böhmer

TD
Berlin - Regierungskonsultationen sind ein besonderes Stilmittel der Außenpolitik Angela Merkels: Nicht nur die Regierungschefs, sondern ganze Kabinette treffen sich dabei. Die Idee dahinter ist, die Zusammenarbeit mit vielen Einzelprojekten praktisch sichtbar zu machen, statt nur Floskeln auszutauschen. Mit den Nachbarn und engsten Verbündeten gibt es diese traulichen Klassenfahrten in die Weltpolitik schon länger, aber auch mit den Großmächten.
An diesem Freitag und Sonnabend sind zum dritten Mal die Chinesen zu Besuch. Ministerpräsident Li Keqiang und seine Minister vereinbaren zahlreiche Kooperationen, außerdem sollen 40 Wirtschaftsverträge im Gesamtwert von mehreren Milliarden Euro unterzeichnet werden. So eng war die Partnerschaft noch nie: Erst im Frühsommer 2013 war Li Keqiang zum letzten Mal in Berlin, Staatspräsident Xi Jinping auf einer eigenen Reise ebenfalls, Merkel ihrerseits hatte den kommunistischen Machthabern erst im Juli in Peking und Chengdu eine Aufwartung gemacht - man sieht sich jetzt also schon zum vierten Mal in nur einem Jahr.
Bedeutung des Rechtsstaats
Auch der sozialdemokratische Teil der Regierung will nicht zurückstehen. Vizekanzler Sigmar Gabriel veröffentlichte am Freitag einen Gastbeitrag in der Zeitung "China Daily", indem er für engere Wirtschaftsbeziehungen wirbt. Ein Hinweis auf die Menschenrechte oder die Demonstrationen in Hongkong fehlte in dem Text. Gabriels Kritik erschöpfte sich in dem Satz: "Ausländische Unternehmen sehen sich in China immer noch umfangreichen Beschränkungen ausgesetzt." Im Gegensatz dazu hatte Bundespräsident Joachim Gauck bei seinem Treffen mit Li am Vormittag, die Bedeutung des Rechtsstaats hervorgehoben. Nach Angaben aus Teilnehmerkreisen sagte Gauck bei dem etwa einstündigen Gespräch im Schloss Bellevue, die kommunistische Partei Chinas habe sich in der Vergangenheit schwerer Rechtsbrüche schuldig gemacht. Die Frage, die sich jetzt stelle, sei, wie die Rolle des Rechts mit der Herrschaft der KP einhergehen könne.
Die Bundeskanzlerin deutete auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Li Kritik nur an: Für Deutschland seien "faire Bedingungen beim Marktzugang und bei Patenten, die journalistischen Bedingungen und Fragen der Menschenrechte wichtig", sagte Merkel. Allerdings ist schon das Zulassen freier Fragen beim Besuch chinesischer Spitzenpolitiker nicht selbstverständlich. Andere europäische Länder beugen sich längst dem Druck der Besucher, diese nicht mehr zuzulassen. In Berlin lachte Li als

er von einem Reporter gefragt wurde, warum die Menschen in Hongkong ihre Vertreter nicht selbst wählen durften und sah während der Übersetzung seiner Antwort demonstrativ auf seine Uhr. Hongkong sei eine Angelegenheit der "chinesischen Innenpolitik", er könne aber allen ausländischen Investoren, auch den deutschen, garantieren, dass ihre Interessen gewahrt blieben. Die Frage, ob die Verhaftung von Mitarbeitern deutscher Medien zur Vertrauensbildung beitrage, ignorierte der Ministerpräsident. Eine chinesische Mitarbeiterin der Wochenzeitung "Die Zeit" war Anfang November festgenommen worden. Merkel hatte dies im Vorfeld als "durchaus bedenkliche Nachricht" bezeichnet. Li hob von sich aus die Bedeutung seines Besuches hervor: "Deutschland ist das einzige Land, dass ich als chinesischer Ministerpräsident schon zum zweiten Mal besuche." Er sprach von einer "**Schicksalsgemeinschaft** Asien und Europa" und sagte: "Wir befinden uns an beiden Enden eines Kontinentes und sind einflussreiche Großmächte." Er versprach den Marktzugang für deutsche Unternehmen in **China** zu "erleichtern" und "geistiges Eigentum besser zu schützen". Die Sorge vor einem sich abschwächenden chinesischen Wachstum versuchte Li zu vertreiben: Er sei zuversichtlich, dass "in diesem Jahr ein Wachstum von etwa 7,5 Prozent erreicht werden kann." Eine Abweichung von 0,1 oder 0,2 Prozent von diesem Ziel dürfe man nicht überbewerten.

Wie vertraut die Beziehung ist, zeigte sich nach dem Termin im Kanzleramt. Da machte die Kanzlerin mit dem Gast aus Peking noch einen Abstecher in einen Supermarkt an der Mohrenstraße in Mitte, in dem man sie auch sonst häufiger mal sehen kann. Jörg Woltmann, Inhaber der Königlichen Porzellan-Manufaktur Berlin, führte sie und ihren Gast zudem durch seine Manufaktur. Im Supermarkt wurden Nikolausstiefel, Grußkarten und Salz gekauft. Merkel bezahlte. Li Keqiang wirkte da schon wieder aufs Höchste amüsiert.

Shoppern zwischendurch: Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und ihr Gast, der chinesische Ministerpräsident Li Keqiang, kaufen zwischen zwei Terminen in einem Supermarkt in der Mohrenstraße in Mitte ein

NS c33 : Contracts/Orders | gdip : International Relations | ccat : Corporate/Industrial News | gcat : Political/General News | gpir : Politics/International Relations | ncat : Content Types | nfact : Factiva Filters | nfcpin : C&E Industry News Filter

RE china : China | berlin : Berlin | apacz : Asia Pacific | asiaz : Asia | bric : BRICS Countries | chinaz : Greater China | dach : DACH Countries | devgcoz : Emerging Market Countries | dvpcoz : Developing Economies | easiaz : Eastern Asia | eecz : European Union Countries | eurz : Europe | gfr : Germany | weurz : Western Europe

IPD NACHRICHTEN

PUB Axel Springer SE

AN 文件 BERMP00020141011eaab00011

HD Merkel pocht in deutsch-chinesischem Dialog auf Menschenrechte

WC 345 字

PD 2014 年 10 月 11 日 12:58 下午

SN Reuters - Nachrichten auf Deutsch

SC FDG

LA 德文

CY Copyright 2014 Thomson Reuters. All Rights Reserved.

LP

Berlin, 11. Okt (Reuters) - Deutschland hat nach Ansicht von Bundeskanzlerin Angela Merkel in den Beziehungen zu **China** eine besondere Verantwortung, auch Menschenrechte anzusprechen. Man pflege mit **China** einen derartigen Dialog, betonte Merkel in ihrem Video-Podcast, der am Samstag und damit einen Tag nach ihrem Treffen mit Chinas Ministerpräsident Li Keqiang veröffentlicht wurde. "Das heißt, dass wir auch immer wieder bestimmte Themen ansprechen", sagte Merkel.

Am Freitag hatten beide Regierungen einen intensiveren Dialog über Rechtsstaatlichkeit vereinbart. Merkel mahnte zudem eine friedliche Lösung in der chinesischen Sonderwirtschaftszone Hongkong an, wo Demonstranten mehr Demokratie fordern und auch am Samstag auf die Straße gingen. Li hatte jedoch darauf verwiesen, dass Hongkong Teil Chinas sei und es sich um eine interne Angelegenheit des Landes handle.

TD

Mit Blick auf den am Donnerstag beginnenden Asem-Gipfel zwischen der EU und asiatischen Staaten in Mailand betonte Merkel zudem, dass Streitigkeiten im asiatischen Raum - etwa um Inseln - friedlich gelöst und möglichst vor internationalen Institutionen ausgetragen werden müssten. Auch dies zielt auf **China**, das sich mit einigen Nachbarstaaten um Gebiete im Ost- und Südchinesischen Meer streitet. Li sprach am Freitag von einer **Schicksalsgemeinschaft** zwischen Europa und Asien und bezeichnete Deutschland und **China** als zentrale Akteure. Am Samstag tritt er auf einer Wirtschaftskonferenz in Hamburg auf.

Da auch Russlands Präsident Wladimir Putin zum Asem-Gipfel nach Mailand reist, spielt dort auch der Ukraine-Konflikt eine Rolle. Erstmals seit Juni sind wieder direkte Treffen zwischen EU-Regierungschefs und Putin geplant. Sowohl die EU als auch die USA haben wegen der russischen Einverleibung der ukrainischen Halbinsel Krim und der militärischen Unterstützung für prorussische Separatisten in der Ostukraine Sanktionen gegen Russland verhängt. Merkel betonte, sie werde auf dem Treffen deutlich machen, dass die friedliche europäische Nachkriegsordnung "nur dadurch zustande gekommen ist, dass man zum Beispiel das Prinzip der territorialen Integrität wirklich geachtet hat". (Reporter: Andreas Rinke; redigiert von Thomas Seythal. Bei Fragen wenden Sie sich bitte an die Redaktionsleitung unter den Telefonnummern +49 69 7565 1231 oder +49 30 2888 5168.)

RF Released: 2014-10-11T11:58:11.000Z

NS ghum : Human Rights/Civil Liberties | gpri : Politics/International Relations | gppl : Domestic Politics | gcat : Political/General News | gcom : Society/Community/Work

RE china : China | gfr : Germany | eecz : European Union Countries | hkong : Hong Kong | russ : Russia | apacz : Asia Pacific | asiaz : Asia | bric : BRICS Countries | chinaz : Greater China | dach : DACH Countries | devgcoz : Emerging Market Countries | dvpcoz : Developing Economies | easiaz : Eastern Asia | eeurz : Central/Eastern Europe | eurz : Europe | ussrz : CIS Countries | weurz : Western Europe

IPD Politics

IPC SERVICE:GEA

PUB Thomson Reuters (Markets) LLC

AN 文件 FDG0000020141011eaab0015p

SE NACHRICHTEN
HD Kanzlerin pocht gegenüber **China** auf Menschenrechte
WC 274 字
PD 2014 年 10 月 12 日
SN Berliner Morgenpost
SC BERMP
ED BM-HP1
PG 4
VOL 278
LA 德文
CY Copyright 2014 Berliner Morgenpost GmbH . Zusatzhinweis: "Dieser Artikel darf ohne die vorherige Zustimmung des Verlages nicht weiter-verbreitet werden. Dies ist eine Einschränkung der Rechte, die Ihnen generell hinsichtlich der Factiva-Dienste eingeräumt wurden." Notice: "This article may not be redistributed without the prior consent of the Publisher. This is a restriction on the rights granted under the terms of your subscription for Factiva Services."
LP
Berlin - Deutschland hat nach Ansicht von Bundeskanzlerin Angela Merkel in den Beziehungen zu **China** eine besondere Verantwortung, auch Menschenrechte anzusprechen. Man pflege mit **China** einen derartigen Dialog, betonte Merkel in ihrem Video-Podcast, der am Sonnabend und damit einen Tag nach ihrem Treffen mit Chinas Ministerpräsident Li Keqiang veröffentlicht wurde. "Das heißt, dass wir auch immer wieder bestimmte Themen ansprechen", sagte Merkel.
Am Freitag hatten beide Regierungen einen intensiveren Dialog über Rechtsstaatlichkeit vereinbart. Merkel mahnte zudem eine friedliche Lösung in der chinesischen Sonderwirtschaftszone Hongkong an, wo Demonstranten mehr Demokratie fordern. Li hatte darauf verwiesen, dass Hongkong Teil Chinas sei und es sich um eine interne Angelegenheit des Landes handele.
TD
Mit Blick auf den am Donnerstag beginnenden Asem-Gipfel zwischen der EU und asiatischen Staaten in Mailand betonte Merkel zudem, dass Streitigkeiten im asiatischen Raum - etwa um Inseln - friedlich gelöst und möglichst vor internationalen Institutionen ausgetragen werden müssten. Auch dies zielt auf **China**, das sich mit einigen Nachbarstaaten um Gebiete im Ost- und Südchinesischen Meer streitet. Li sprach am Freitag von einer **Schicksalsgemeinschaft** zwischen Europa und Asien und bezeichnete Deutschland und **China** als zentrale Akteure.
In Hongkong sind auch am Sonnabend wieder zahlreiche Demonstranten für mehr Demokratie auf die Straße gegangen. Gegner der Regierung der chinesischen Sonderverwaltungszone harrten in der Nacht zum Sonnabend in mehr als 100 Zelten auf der achtspurigen Harcourt Road im Geschäfts- und Verwaltungsbezirk aus. Bis zum Nachmittag stießen dann zahlreiche Unterstützer zu ihnen. "Hongkong ist meine Heimat. Wir kämpfen für Hongkongs Zukunft, unsere Zukunft", sagte der 23-jährige Student Lawrence Chan. Protestplakate zierten Brücken. Mehrere Freizeitsportler liefen aus Solidarität mit den Demonstranten einen Marathon.
NS ghum : Human Rights/Civil Liberties | gcivds : Civil Disruption | gcat : Political/General News | gcns : National Security | gcom : Society/Community/Work | grisk : Risk News
RE china : China | gfr : Germany | hkong : Hong Kong | apacz : Asia Pacific | asiaz : Asia | bric : BRICS Countries | chinaz : Greater China | dach : DACH Countries | devgcoz : Emerging Market Countries | dvpcoz : Developing Economies | easiaz : Eastern Asia | eecz : European Union Countries | eurz : Europe | weurz : Western Europe
IPD NACHRICHTEN
PUB Axel Springer SE
AN 文件 BERMP00020141012eaac0001w

SE MEINUNG
HD LEITARTIKEL; Sorge ja, Panik nein
BY OLIVER SCHADE
WC 517 字
PD 2015 年 8 月 25 日
SN Hamburger Abendblatt
SC HABEND
PG 2
VOL 197
LA 德文
CY Copyright 2015 Zeitungsgruppe Hamburg GmbH. Zusatzhinweis: Dieser Artikel darf ohne die vorherige Zustimmung des Verlages nicht weiter-verbreitet werden. Dies ist eine Einschränkung der Rechte, die Ihnen generell hinsichtlich der Factiva-Dienste eingeräumt wurden. Notice: This article may not be redistributed without the prior consent of the Publisher. This is a restriction on the rights granted under the terms of your subscription for Factiva Services.

LP
OLIVER SCHADE

Wer zu Beginn der Hamburger Sommerferien DAX-Papiere im Wert von 10.000 Euro besaß und nun gut erholt aus dem Urlaub in die Hansestadt zurückgekehrt ist, dürfte beim Blick in sein Aktiendepot ein wenig blasser um die ansonsten braun gebrannte Nase geworden sein: Auf 8300 Euro ist sein Wertpapiervermögen geschmolzen. Denn der Deutsche Aktienindex verbuchte in gut fünf Wochen ein sattes Minus von 17 Prozent. Grund zur Sorge ist bei dieser von optimistischen Analysten gerne als "Kurskorrektur" bezeichneten Talfahrt der Kurse durchaus angebracht. Panisch werden sollte allerdings niemand.

TD
Nach dem langen Hin und Her in der Griechenland-Krise schaut die Börsenwelt derzeit gebannt auf einen weitaus gefährlicheren ökonomischen Brandherd: **China**. Fast drei Jahrzehnte lang glänzte das Reich der Mitte beinahe monatlich mit neuen Wirtschaftsrekorden. Und die westliche Welt - allen voran Deutschland - erkannte frühzeitig, dass sich mit dem Giganten aus Asien lukrative Geschäfte machen lassen. Mittlerweile ist **China** der viertwichtigste Exportmarkt für deutsche Firmen - hinter Frankreich, den USA und Großbritannien. Längst haben fast alle großen heimischen Konzerne wie Volkswagen, Daimler oder Airbus eigene Produktionsstätten in **China**. Die Verbindungen sind eng, bei einigen Unternehmen kann man fast schon von einer **Schicksalsgemeinschaft** sprechen. Doch nach jedem Aufschwung folgt irgendwann ein Abschwung. Diese volkswirtschaftliche Lehrbuch-Binse trifft auch auf **China** zu. Und nun hat der Abschwung begonnen.

Denn die Chinesen haben über ihre Verhältnisse gelebt. Aus der Kreditblase entweicht die Luft, Darlehen im Wert von rund 3000 Milliarden Dollar gelten als ausfallgefährdet - das ist mehr als ein Drittel der gesamten chinesischen Wirtschaftsleistung. Häuser und Büromieten sind unbezahlbar geworden, Immobilien stehen deshalb leer. Die ökonomische Spirale dreht sich nach unten. Pekings Regierung reagiert darauf mehr panisch als kontrolliert, indem sie die eigene Währung abwertet und die heimische Börse streng reguliert.

Mittlerweile fragen sich auch die größten **China**-Fans, ob die in der Vergangenheit ständig publizierten Rekord-Statistiken geschönt waren. Auf jeden Fall muss nun auch Peking einräumen, dass das Wirtschaftswachstum 2015 wohl so gering wie seit 25 Jahren nicht mehr ausfallen wird. **China** wird weniger Produkte aus dem Ausland einführen, weil die Wirtschaftskraft fehlt. Unter dieser Entwicklung werden Handelspartner wie Deutschland leiden. Auch auf Hamburg dürften schwierige Monate zukommen. Denn der Hafen ist der national wichtigste Umschlagplatz für Waren von und nach **China**.

Trotz der wenig ermutigenden Signale aus dem Fernen Osten könnten die meisten Aktienbesitzer mit der Strategie des Aussitzens richtig liegen. Denn es stellt sich die berechnete Frage nach der alternativen Geldanlage. Die Zinsen auf dem Sparbuch und Tagesgeldkonto tendieren weiter gen null. Für längerfristiges Festgeld und solide Staatsanleihen bekommt man kaum mehr. Der Immobilienmarkt in

weiten Teilen Deutschlands ist überhitzt, sodass man Durchschnittsverdienern - ohne großes Erbe - kaum noch den Kauf eines Hauses oder einer Wohnung empfehlen kann. Und Gold sollte trotz des derzeit niedrigen Preises immer nur einen kleinen Teil des Vermögens ausmachen.

Die chinesische Krise wird die Welt weiter beschäftigen. Aber für Aktienbesitzer sind die Chancen dennoch groß, dass nach den nächsten Sommerferien der Blick ins Depot wieder ein wenig mehr Freude bereitet.

Seite 19 Krise in **China** lässt Börsen abstürzen

Der Autor leitet das Wirtschaftsressort beim Abendblatt

NS c16 : Bankruptcy | m11 : Equity Markets | nedc : Commentaries/Opinions | cactio : Corporate Actions | ccat : Corporate/Industrial News | ccfid : Corporate Financial Difficulty | mcat : Commodity/Financial Market News | ncat : Content Types | nfact : Factiva Filters | nfce : C&E Exclusion Filter | nfcpx : C&E Executive News Filter | nfcpi : C&E Industry News Filter

RE gfr : Germany | hambg : Free Hanseatic City of Hamburg | dach : DACH Countries | eecz : European Union Countries | eurz : Europe | weurz : Western Europe

IPD MEINUNG

PUB Axel Springer SE

AN 文件 HABEND0020150825eb8p00032

Neue Zürcher Zeitung

SE Wirtschaft
HD Einbruch des Handels mit Deutschland; Importe vom nördlichen Nachbarn erreichen vor dem Besuch von Bundeskanzlerin Angela Merkel ein 10-Jahre-Tief
BY Michael Rasch **Schicksalsgemeinschaft** Erhalt der Ehrendoktorwürde
WC 724 字
PD 2015 年 8 月 31 日
SN Neue Zürcher Zeitung
SC NEUZZ
PG 19
LA 德文
CY Besuchen Sie die Website der führenden Schweizer Internationalen Tageszeitung unter
LP

Im ersten Halbjahr erlitt der Schweizer Handel mit Deutschland den grössten Rückgang seit der Finanzkrise. Hauptursache ist die Aufhebung des Euro-Mindestkurses.

Im Gegensatz zum deutschen Altkanzler Helmut Kohl gilt Angela Merkel nicht als eine besondere Freundin der Schweiz. Der Pfälzer hatte wohl allein schon eine grössere kulturelle Nähe zum Alpenland als die gebürtige Ostdeutsche. Wenn die Bundeskanzlerin an diesem Donnerstag in Bern einfliegt, wird dies nach 2008 erst der zweite offizielle Besuch sein.

TD

Im Zentrum des Treffens mit Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga stehen die Europapolitik sowie bilaterale Fragen in der Energie- und Verkehrspolitik. In Anwesenheit von Wirtschaftsminister Johann Schneider-Ammann dürfte jedoch auch generell über die engen wirtschaftlichen Bande der Nachbarländer gesprochen werden. Aus Schweizer Sicht gab es in diesem Bereich im ersten Semester 2015 einen herben Rückschlag: Die Exporte nach Deutschland sind gegenüber dem Vorjahr um 7,5% eingebrochen, stärker als der gesamte Aussenhandel (-2,6%). Noch heftiger fielen die Importe mit 10,4%, auch hier deutlich stärker als die Gesamteinfuhren der Schweiz (-7,2%).

Damit bestätigte sich ein Trend, der sich bereits in den ersten zwei Monaten des Jahres abgezeichnet hatte. Im Januar und Februar waren die Exporte nach Deutschland um 5,2% gesunken und die Importe sogar um 13,6%. Hauptursache für den Rückgang war die Aufhebung des Euro-Mindestkurses durch die Schweizerische Nationalbank (SNB). Die schlechten Zahlen kommen nicht nur durch einen reinen Preiseffekt zustande, sondern beruhen auch auf einem realen Rückgang der Handelsaktivitäten. Ende März hofften Experten für den Aussenhandel allerdings noch auf eine baldige Besserung. So sagte Gottlieb Keller, der Präsident der Handelskammer Deutschland - Schweiz, einen so dramatischen Rückgang habe man selten gesehen. Er hoffe jedoch für den Jahresverlauf auf eine gewisse Erholung. Diese hat sich bisher nur geringfügig eingestellt. Beobachter setzen allerdings weiter darauf, dass sich bis zum Jahresende eine gewisse Normalisierung einstellt.

Die Volkswirtschaften dies- und jenseits des Rheins bilden schon lange eine Art **Schicksalsgemeinschaft**. Brummt die Wirtschaft in Deutschland, profitieren davon nicht nur Unternehmen und Menschen dort, sondern auch Wirtschaftsteilnehmer in der Schweiz. Deutschland ist für die Schweiz noch immer der mit Abstand bedeutendste Handelspartner. Die wichtigsten Bundesländer beim Austausch sind Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Bayern und Hessen, wogegen auf Schweizer Seite 90% des Handels die Deutschschweiz betreffen. Im grossen Bild sinkt die Bedeutung des Handels mit Deutschland jedoch seit Jahren zugunsten des Austauschs mit den USA und mit asiatischen Ländern.

Im Jahr 2014 lag der Aussenhandel mit Deutschland nur noch bei knapp 90 Mrd. Fr. und damit in der Nähe des Tiefs aus dem Jahr 2009 von 89 Mrd. Fr. Der Wert des Boomjahres 2008 von 107 Mrd. Fr. liegt inzwischen weit entfernt. Allerdings bezieht die Schweiz mit fast 29% so viele Importe aus Deutschland wie ungefähr von den vier nächstwichtigsten Ländern (Italien, Frankreich, **China** und USA) zusammen.

Auch für Schweizer Exporte ist Deutschland das wichtigste Zielland. Mit 18,5% ist der Anteil an den gesamten Ausfuhren so gross wie derjenige der Exporte in die USA und nach Frankreich zusammen. Der Handel mit dem nördlichen Nachbarn ist immer noch viermal wichtiger als jener mit **China**.

Beim Blick auf die Güterarten fällt auf, dass ein Grossteil aus dem Tausch gleichartiger Waren besteht, worin sich die immer feinere Arbeitsteilung zwischen Schweizer und deutschen Firmen spiegelt. Konjunkturelle Aufschwünge und Wirtschaftsflauten erleben vor allem Unternehmen aus der Maschinen-, Apparate- und Elektronikbranche fast synchron. So betreffen die Importe der vier Warenarten mit den grössten Volumen Produkte der chemisch-pharmazeutischen Industrie (19,4%), Maschinen, Apparate und Elektronik (19,2%), Metalle (12,2%) und Fahrzeuge (12,1%). Hinsichtlich der Exporte nach Deutschland sind die vier bedeutendsten Warenarten Produkte der chemischen-pharmazeutischen Industrie (34,7%), Maschinen, Apparate und Elektronik (21,2%), Präzisionsinstrumente, Uhren/Bijouterie (12,4%) sowie Metalle (12,1%).

Jenseits manch tagesaktuellen Geplänkels und Streits, etwa über Steuer- und Fluglärmp Probleme, sind die beiden befreundeten Länder wirtschaftlich nahezu untrennbar verbunden. Das wissen natürlich auch die Regierungsvertreter. Nach dem offiziellen Programm wird Angela Merkel dann um 15 Uhr in der Aula der Universität Bern noch ihre bereits im Jahr 2009 zuerkannte Ehrendoktorwürde verdanken und am Ende auch Fragen aus dem Publikum beantworten. Auf dem Rückflug hat die Sympathie der pragmatischen Bundeskanzlerin für die Schweiz und ihre Anliegen dann bestenfalls etwas zugenommen.

NS gpol : Domestic Politics | gcat : Political/General News | gpri : Politics/International Relations
RE gfr : Germany | switz : Switzerland | bern : Bern | dach : DACH Countries | eecz : European Union
Countries | eurz : Europe | weurz : Western Europe
IPD Wirtschaft
PUB Neue Zürcher Zeitung
AN 文件 NEUZZ00020150831eb8v0003I

HD Der Tag
WC 5,169 字
PD 2015 年 10 月 14 日 11:00 下午
SN Phoenix Transkripte
SC PHOTRK
LA 德文
CY Copyright (2015) mediacipping GmbH

LP

Grenzkontrollen Tempolimits deutschen Weisungen Grenze Europa bringen Scheitern zunichte Bezüge
Solidarität fehlende vielen fehlende innerhalb Hilfsbereitschaft Blume Balletts Mann Imbiß Rand würdest
bringen Abschluss Zweck gern Schluß mal nahm Arbeit nicht geht viel näher Abwege helfen Clement nicht
müssen ablehnen gewohnt gefror also zehn finden viel stark positives hier negative dunkle mal
Deutschland wollen ihm hinter Erfahrung Teile wer Deutschlands Super groß immerwährenden
Unterstützung Hause unseren Bundeskanzlerin Einrichtungen lag Erstversicherer Ermahnung Sachsen
Sopranos Richtung Gegenteil verlas erwogen organisiert solche Volkszorn zwar freundlich meldete
formuliert hässlich seinem Gesicht hässlichen Deutschland derzeit bestimmen sicher Münchner Augen
hören schauen Deutschlandtrend derzeit bestimmen sicher Münchner Augen hören schauen natürlich
Situation Bevölkerung Einkommen Eindruck Staat mehr nicht funktioniert dieses keine sozusagen Kontrolle
mehr dieses natürlich

TD

surren bestimmte anheizen Stimmung bestimmte Befürchtungen heißt verstärkt passiert hier glaube ähnlich
Listen großen Herzrasen Großverfahren selig sagen ganzen möchte Diskussion zurollen gegenseitiges
Abwehr zurückweisen Nordeuropas Namen sicherlich annahm kein europäischen Ruhmesblatt Union
behauptet erleben Wertegemeinschaft gerade zumindestens Fragezeichen Wertegemeinschaft machen
Susanne glauben Sohn allen weltweiten Fluchtbewegung Migration Abwehrmechanismen weltweiten
Fluchtbewegung Migration Abwehrmechanismen klassischen sowie Art Holzmarkt wer Johnson erfolgreich
Weltrat fünfzig Million sechzig Menschen unterwegs Nahrung mehr Syrien erklärt weit Haxen uns mich
Name Film Auto Morgen ohne diskutieren Zimmer Ober ihn würde Note ganz lachte kurz dessen Ende
Punkten müssen ordne Sinner seinem ganzen endeten erhalten mich sagen immer Zweifel Treff dazu
richtet wieviel positive viele Dinge erlebt Arbeitern Integrationsgruppe sondern versucht reifere schlichtweg
Arbeitsmarktchancen für aufzeigen Zunder Arbeit vermittelt dabei wer treues Volk für Tag Deutschlands
Zweitsprache viele besucht viele Verleihern gewinnt amtliche sehr dabei Land unser schaffen starke
offenes fünf freundliches Land Politik glaube aller Energie achter ganzen Tour Kirchner Vechelder müsse
Optimisten April Energie Ticket ganzen achter endete Tour Essen müssen letzten Vechelder zehn also
dessen Moment zweite Kammer Netzwerken Buch zwischen Gesichter bestellt schauen für Sommer
insbesondere Spätsommer Anfang September elf Werbung Uhr Museen Golf Vertuschung Hälfte Münchner
angespornt Stock Eindruck würde äußern insbesondere mögen neue draußen Prognose Flüchtlingen
bekommt dies gegeben möglich Fingerzeige heute führenden öffentlich Gewalt wollte gefunden gesagt
würde ausdrücken epochal danken Diskussionen gesagt Morgen kümmert uns formt Thema Flüchtlinge
Gipfel haben dahin Kritik Union Flüchtlingswohnheim Anhang Aussichten für mal Union Namen geleimt
sechs Streit neunzig Punkten herzlich wäre willkommen guten Phoenix Amt Tag Tausenden Frischlinge
streben Tag für Deutschland Tag suchen Schutz sicheren Unterkunft Rechtsstaat menschenwürdige
Umgang gerechte diesem Zustrom für Herausforderung Politik Zeit Begriffe erwähnt schnell größer für
mehr nix Ansichten epochalen Marke Aufgabe gesprochen Aufgabe nationalen Jahrhundert Aufgabe sieht
wer später Sendung deutschen Chef Polizeigewerkschaft mitten Sendung Debatte Chef deutschen haben
Polizeigewerkschaft mitten Debatte CDU Kanzlerin Vorsitzende Angela Fianna Merkel Haltungen
Flüchtlingsfrage immer artet mehr Kritik Reihen eigenen laut heftig gestern Samstag Sitzung
Bundestagsfraktion großen zugewandten Parteiveranstaltung sächsischen jetzt streut traf heute macht
bundespolitische regionale politische begrüßen Ohnmacht höflich deutlich Abgesandten reserviert CDU
Basis Zorn voller Situation Ortsverbänden sehr sehr weiten jeder gesamten Sender Einnahmen zahlt keine
weil Jahr wer schaffen Maler egal wer Kosten welche Kanzlerin spürt Stimmung gedrückte versuchs
Heiterkeit schaffen schnell Finales mal jener Damen weil keiner anfängt sauer Damen ihn zurufen paar
Gesine Jahr Werk unseren sowohl Single danach immensen selbst sagen jedenfalls werde tun Botschaft
geben Lösungen näher kommen arbeitet jedenfalls daran versichert machen darf reicht nicht dies wer nicht
Morgen Rat europäischen einsetzender zusammen Maler Ramazzotti immer Flüchtlinge einsetzen endlich
Schritt für endlich Schritt vielen Aufgabenteilung redet Europa nicht sondern Schaaf zuweilen erklärt
verortet Prügel Parteibasis für Politik Tausend frei Menschen unterzubringen Jahre Ende Smiths nicht
nächstes passiert Jahr viel Heeres bekommt Freude für passiert mich nächstes Jahr bekommt viel Freud

nämlich deutsche immer Volk weitgehend katholischer Schluss Sonntag erste Kultur Schuss lebendes Volk Fragen müsste souverän nicht Anzeichen dumm Überforderung Land Unterkünfte keine mehr finden amtlichen ihren ausgelaugt nicht wies wissen weitergeht Kanzlerin aller stellt Kritik meisten akzeptiere hier Entscheidung Entscheidung weil betroffen nicht Name ehrlich traf etwas mehr null Mühe Dresdner Zidane können Wochenende sehr zäh Ramallah gebrochene langem erwählten warum warum negative Bruchlandung Thema sammeln umgehen Verfolgers uns würde wurden oft durchzuspielen Lego verstand friedlichen Menschen Annäherung hier tut Zeit gut viel länger Stunde vorgesehen diskutierte immer wachse trotz Stunde diskutierte trotz immer wachsender Kritik Reihen eigenen hält Angela ihren Merkel Kurs Flüchtlingskrise fest also wobei dritten CDU Zukunftskonferenz versammelten Spreu Landesverbände jetzt Berlin Brandenburg Sachsen Sachsen Anhalt Thüringen Halle hatten sehr mir vereinbar mehr geschunden sieben hoch ging her Tagesordnung darstellen ohne Makulatur Partei blieb Chefin eben deutlich vorgesehen länger Drücker Sachsen Team Phoenix versieht zusammengefasst Weltkrieg zweiten mir nicht Flüchtlinge viele Welt heute Millionen sechzig mal gehen leisen breitschlagen privat nicht weil alles machen reicht deshalb nicht mich Morgen Rat europäischen sitzende zusammen Meyers Ramazzotti Thema Flüchtlinge Morde mehr sitzender zusammen Meyers Ramazzotti Thema Flüchtlinge einsetzen endlich Schritt für endlich Schritt fairen Aufgabenteilung Mann Europa soll damals lindern Armut jetzt Elfe Harfe gefährliche Europäische Geburt AWO SWR gemeinsamer Verantwortung Verantwortung Auftritten Mainzer übernehmen einmal zumal Recht haben Verantwortung Pauls gemeinsam übernommen Löwen elf zweimalige mühsame haben Arbeit letzten Monaten Eifel Thomas warme Länder Irrfahrt paar Lagerhalle längst Ende nicht DFB Gegebenheiten gerne wahren natürlich immer Jena mehr Merkel gerne immer natürlich Griechenland jeden Karlsruhe Tag ankommen allein registriert Walfang Außengrenzen europäischen allseitige Union Flüchtlingsbewegungen nicht Filme lösen füllen setzen Flüchtlinge Zahl ging wohl Tag Fluchtursachen begleitet Lastwagen Flüchtlinge Erdmann Wasser dazu einmal geführt verlassen Natur leicht nicht AffA allem Bürgerkrieg syrische katastrophaler Auswirkungen Libanon Flüchtlingslagern Jahr einnehmen Jahr diesem fünf drei Rennen vier Verwandte helfen Schlag endlich kam Pop Simon gekürzt zwanzig Dollar Pop Tatort gekürzt Simon Dollar zwanzig Monat dreizehn Monaten Dollar weil viele einzahlen nicht dieses Welternährung leitet Gabriel Nachname perfekt natürlich lehne sehr viel immer schlechter läuft Türkei Mai Ende wahrnehmen Lagerfläche dort enger nie Linke auflöst Wanne zartesten Peter Anfang Greif Milliarden mich unser Jemen Mann nicht uns Reisen Wagen Wintertag Flüchtlinge mehr bekommt Bayern weiter immer gekämpft alsbald Sonntag erlahmt Nizza drei Kommission fliegen welche Kommission Vertretern spricht türkischen Regierung helfen kleinen dort Wort hier Larven helfen dort Erde Live Larven Türkei weitere tragen Schalter stellen allemal weil affinen Richtlinie Heimat Nanni bleiben können weiter immer Weg müssen Bundeskanzlerin Frau gesundheitlicher bekommen Worte mag reden glaube Waffen sogar wissen währendes Joghurt wissen Zusatz gehörten vieler verschaffen vieler Büroräumen nicht Deutschland mehr hören diesen können wonach Grunde Meinung Außenminister Grundgesetz angepasst Schwellenwert junges Reihen Hypo für Obergrenzen neue Linie hier berechtigt Löhne bekommen Land bringt kommt islamisch Gesellschaft geprägte hierher kommen Blut ihm gelangt gegebenenfalls entwickeln Parallelgesellschaften davon haben viel genug viele Wall Parallelgesellschaften gegebenenfalls entwickeln davon genug haben viel viele Helmut Palette Reinke Sonntag Jahrzehnte über versagt ruhig verläuft akzeptieren dort Problem zwar sagen Grundgesetz steht Übung über Weltregionen richtig eigene müsse Foto Augen Milliarden umgesetzt nicht machen weitere werdens Parallelgesellschaften Wege Schuld große vieler Tiere haben Deutschland für mich mal inakzeptabel meinen politisch umsetzbar nicht vermisse Rubrik zweifelnd Politikfähigkeit Leitplanke schön AbbVie ehrliches dazu mutig München Aussage machen Tag Lösung Europäische Flüchtling Zustrom aktuell Größenordnung uneben erdenklich immer Inhalt lange Doris aktuell Unterbau Leben denkt mal gehe ohne mal Alter lange brauchen Lösung dahin wählte deutlich machen für wurden Jahr geschaffen präsentiere Tiere elf Jahre Rückkehr Udes jetzt rudert Europa zurück Europa lässt Stich uns hier Flüchtlingsstrom dort freuen hingeht Welt Individuum nicht Deutschland hier Presse französischen Hammam Helfer Seite Tyler zwanzig Tausend haben Tourette Grenzen Schleusen indem geöffnet eingeladen angefleht torkelt Welt Leila Schlaraffenland legt Deutschland wollen geht ganz Sonntag einfach viele Weg obwohl gemacht haben gelobte hierher Land kommen Weg Hoffnung gemacht haben ins hierher gelobte Land Hoffnung kommen verbunden haben Hoffnung passiert jetzt Nummer Millionen drei junge Männer Uhr sogar eins Millionen wartet Männern sitzen sollte Million wahrscheinlich über Hilfe hier üben durchs Land längere Würfel Wege für vierzehn Hilfe wahrscheinlich nicht Angst dir jeder Staat Java kapituliert Angst dieses böse ganz Folgen immer Senat China Leib Leben Leib würde Leben Nase müssen tragen Auswahl müssen meine viel sorgen Ängste weiter aufeinander gefragter Partner Adidas etwa weil ihm Versuche Einschlag ehrliche Antworten fünf Seelen Aviv dient Belastung sehr sehr Situation Beginn sehe jeden Einzelfall Überlassung gut Landtag Sonntag erzählt wählen Wahlen Hansa Tag jeden viele Gramm treffliche passte fiel redliche geben Antwort jeder Wahl also verringerte Deutschland fordern setzen Signal indem bald würde Grenzkontrollen Wahl diejenigen nichts offensichtlich Aufenthalt letzte Grenze Seite Hause sagen darf Richtlinie erlaubt sollte Gästen umwerfende Beiname Sozialdemokrat ihn weiter übrigen nicht ihn weiß übrigen nicht IBM jeder perverse Nummernkonten acht Bananen fünfzehn Elemente mehr einführen gewagt verlassene meine jetzt zwölf Jahre Bayern dreizehn nicht einfach elf Zusätze soll dort Freundin meine Nasa verstehen Heulsuse meint weil Saddam Erwerber damals gemacht Übergriffe immer wollen Polizeibeamten Jan Tausende gegen Flüchtlingen keine machen Hilfe daran Grenzzaun Anfang Mühe Dezember Zaun weil mehr unser Monarchen erlebt beilegen Zaun gebaut diesem Ergebnis Dienstag

Flüchtling Rahmen weniger Rinnal meine paßte übrigen freilich daran Grüne ganze Grenze elf
 Weihnachtsgans Grenzübergänge gewandt Japan ordnen anders Grenzübergänge Weihnachtsgans Japan
 gewandt anders ordnen immer meine mal Alltag passiert Alltag nie keine haben Leute Resultat nicht Euro
 würde letzten drei Schnellhardt Monaten Jahr darauf Ortsrat Drama weiter ganze vorher Jahr Fall ihrer
 Revue Sicht danach gebe anderen gerne zusammen seinem alleine alles allergrößter Anstrengung schnell
 darf ihm Franz Werder scheut elf Entscheidung Asylbewerber über unseren Außengrenzen einmal
 Angriffen alles immer kennt sorgen Muslime Elben einnehmen Integration egal Zahl Gastarbeiter Muslime
 uns gekommen integriert gut Westintegration Arbeit uns Gastarbeiter gekommen gut Westintegration
 integriert Arbeit Ausbildung damals Bahntickets sehr viel Ermittler Geleit diesen Weg aufgedeckten jetzt
 etwa elf seit also mache jetzt gerne kommen ableiten zum syrische hoffe Bürgerkrieg jetzt sag
 Lichtinstallation nie jeder bleiben immer Säuren kam Valencia fachlich Müll Salz Flut Ursache erwürgen
 acht viele Jahre Amia viele keine gar Flüchtlinge gerne einzelnen jedem Fall überprüft Heil mal
 Sachverhalts empörter Erbes auseinanderzusetzen Tatsache Türkei Genfer reif Flüchtlings Valencia
 unterschrieben nicht für diejenigen Europas außerhalb Wahrheit befreit sagen einfach lege Mandat einfach
 nicht sagen lege zurückgeht Teil sagen Lebensbedingungen also Flüchtlinge Land sehr leisten Beitrag darf
 nicht viele mehr Eindrücke dritten setzen Zukunftskonferenz zeigen Ton Konferenz verschärft Spreu
 Sachsen Kollege mein Gunnar helfe verfolgt uns Puls geht Kritik viel musste Kanzlerin durchaus sagen
 heftig Supermann nennen bin Höfen Formulierungen meine nicht anderen Fall Jahre fünf Hilfen für erhellen
 Helfer helfen helfen Hüfthöhe Hillary Hilfe heimfahren gehören Hall drei Herren verhaseln Verhör für
 Firmen Ware gehört Hawaii gehört Verhöre Herr Hawaii Hall versteinert Verhörs hören geguckt versucht
 gesehen Thriller Montag unserem Hosen zehn drei vorgetragene Argumente Kritiker abruptes schwer
 überzeugte sagen selber zieht Design anerkennende Worte waschen Mandat außer durchaus viel sehr Lob
 für Kanzlerin Klarheit Uhr verfängt Partei eigenen offenbar nicht ostdeutschen vereinigen Verbänden
 gingen versandten schweigend Angaben zügig Lob großes für Bundeskanzlerin eigenen Merkel Reihen
 Menschlichkeit erfüllt Irland gefeilt haben für hoffen viele Gegner gebracht Ausdruck Sonntagabend Saal
 führen Applaus triftigen Applaus besitzt also durchaus Waage nicht könne sagen Zukunft aller Verletzung
 Landesverbände hier gegen geschlossen Pflicht Hermann sagen nicht Zukunft Verletzung Landesverbände
 aller hier geschlossen Flüchtlingspolitik gegen Bundesregierung Nein gegeben keineswegs leicht weniger
 lange Schwert vieles möglich deutliche Arbeitsgebiet Gegenstimmen natürlich Bundeskanzler künftige
 eigenen Reihen Heather klar Vorfeld eben Konferenz nicht erstrahlte deutlichen Bürgermeistern Brief
 Landräten Kreisvorsitzende sorgen Jahre einmal Papier haben gebracht Grunde sagen aufgefordert kannst
 haben teilte Flüchtlingspolitik ändere stark Stimmen Kongress jetzt Konferenz entscheiden Marke wer
 durchaus vertreten Bürgermeister hier Landräte genau Hindernisse Vorwürfe lang mehreren Briefen
 offenen Bundesregierung erreicht sorgen haben hier anders haben vorgetragen angesichts Angesicht
 gesagt Kanzlerin haben bestimmten Unterbringung Punkten Verpflegung Aufnahmen bestimmten kam
 Punkten Unterbringung Aufnahmen Verpflegung gar Grenzen einfach angelangt nicht wisse Jahr
 kommenden weniger Flüchtlinge niemand erwartete angeben sollten konkret ganz Kanzlerin gefragt
 würden jemand weitermachen sollen Forscher optional Elternrates Versuch konkrete ganz Fragen stellen
 ganz würden konkret Antworten Kanzlerin dazu nicht haben zumindestens Sohn meinem Eindruck ehrlich
 versuchen Antworten bunten sondergleichen musische sagen musste nicht jetzt sagen könnte Partei
 Protokollen selbstkritische Töne Jahr Camus fünfundzwanzig Wiedervereinigung während erinnert ganz
 aktuelle eindeutig Studien belegen Tat größeres Osten Problem Fremdenfeindlichkeit Osten hin
 Deutschlands deutlich Zahn höher fremdenfeindlichen Übergriffen nehmen Brandanschlägen vielleicht Ost
 unterschätzt CDU all nehmen Ost vielleicht CDU unterschätzt Selbstkritik zeichne konkret gab Bischof mich
 eingegangen einmal gesprochen Nazis während Cafe lange sitzt Analyse ausgeartet Problem wäre letzten
 Jahren vielleicht angegangen Kritiker sagen angehen verschlafen möchte hier Tagesordnung nicht
 gekommen normaler weniger mehr gewichtiges Frage Fragen abgearbeitet Grenzkontrollen Fragen
 Transitzenon Beispiel ganze Welt nicht ging Licht Meer Antworten ihren Fragen folgendermaßen ohne
 formuliert fiktive dürften Union Flüchtlinge nicht leiden gebe Richtlinie Transitzenon erlaubt Muster machen
 Sozialdemokraten reden durchaus also normal versucht Positionsdaten konkret arbeiteten Selbstkritik
 erhalte liefen durchaus normal konkret suchen Sitzungsbeginn arbeitete ihnen Selbstkritik formulierte
 Scherf wissen alles andere Themen Platz überhaupt gehabt daran Tagen diesen hinein Zukunftskonferenz
 eigentlich finden Bundesparteitag vorzubereiten Parteitag diesem wählt Union Zukunft für fit machen
 Frauen mehr anlocken Städten hatten stärker Themen Platz ehrlicherweise entsprechendes sagen Nein
 ging Konferenz Grußworten jeweiligen Vorsitzende Arbeitsgruppen bewußter wahr Klöckner Frau hören
 Hubschrauber rasch Generalsekretär Robe eigenes Fragen genau abgearbeitet Jahr über managte
 besprochen spätestens Kanzlerin Auftritt rundum fünfzig eigentliche Minuten Diskussion Zukunft Parteitag
 CDU gelegt ging Flüchtlingskrise ausschließlich Kanzlerin selbst redet Lehrer weniger Worte Thema
 diesem verloren klangvoll selbst gar ihrer Rede Worte weniger diesem Thema voll verloren ganz
 Flüchtlingskrise angesichts gewidmet Stimmung Saal angemessen durchaus Kuhn gewährleistet verhalf
 Haus Streitgespräch vornahm mehr gab kurz Sendung Konferenz aufgezeichnet Nord Sachsen Ende
 inzwischen gegangen Bürgermeister CDU Kommunalpolitiker Parteibasis seien zwar heute richteten passt
 Vormittag gut Belgien kassierte traten dort Chefs deutschen Gemeindebundes Städte deutschen
 Polizeigewerkschaft Presse gemeinsam erhöhten Druck forderten Politik schnelle Hilfe Einsatzkräfte für
 Kuhn kommen tüchtiger unvermindert Kriegs Krisenregionen mittleren Nahen Ostens saßen Stück Million
 längst Raum mehr womöglich steigenden Zahl Probleme wachsen sorgen Deutschland dort besonders

nicht mehr Zahl steigenden wachsen Probleme Deutschland sorgen besonders dort untergebracht Flüchtlinge sollen deutsche Sohn Polizeigewerkschaft Gemeindebund schlagen gemeinsam Alarm haben Positionspapier Polizei Forderungskatalog Zentrum **Schicksalsgemeinschaft** Mannschaft Dynamo Schiff gilt anderen für Füße sollte gemeinsam müssen daran arbeiten Sitze sowohl gute Print Integration künftige Menschen gelingt Kernforderungen Übung verschärfte Strafbarkeit Kriminalität Hass Anschläge Unterkünfte Haider Flüchtlingen Nord sollten geächtet besonders Kastanienallee Titels Straftaten gemeingefährlichen gehandelt außerdem mehr fordert Personal für Kommunen Polizei mehr Sicherheit User verspricht machen große ganz Flüchtlingsunterkünfte wichtig frühzeitige zwischen Kommunikation Politik Bürger nicht zunächst geklappt weil Firmengelände stehen Männer Pfalz Land wollte zunächst nicht weil geklappt stehen Firmengelände reinen Lohnzahlungen Pfalz wollte zweieinhalbtausend Land Frischlinge unterbringen vier nahmen Tausend Einwohner Städtchen zählenden gefragt wohl Bürgerprotest niemand Jüngling schick Container Flüchtlings Ortstermin kommt klaren schnell Schluss Problem Zahlen müssen zehn reduzieren Vertretern örtlichen aller abgesprochen gesagt haben empfehlen würde tragen außen Korps Nationen Management Krisen offenbar immer gesucht dringend Flüchtlingskrise vielleicht Antwort bald finden Frage Deutschland Tage Herr schaffen Helferinnen vielen Helfer ehrenamtlichen darüber hauptamtlichen Anja Martin deutschen sprechen roten Kreuz für zuständig Bereich Nord Hunderten erkrankten Einrichtung bundesweit achtzig mehr Einrichtungen Bereich hören Nord Helfern Vorort Schuh drückt wäre sehr unterschiedliche sehr Sachen Helferin Mut Ort Schwung weichere sehr sehr unterschiedliche Sachen Helfer Bereiche sehr lange etwas unterwegs erschöpft merkt möchten einfach Privatleben haben große feinen Begeisterung für dies Aufgabe einfach möglich weiter machen helfen Menschen bieten Schutz hören gehen hören weil vielen seinerseits gleich Politikfeldern genauer hören deutschen Vorwürfe Städte Gemeindebunds deutschen infame Polizeigewerkschaft positiven sagen angefangen schaffen stoßen Grenzen nicht geschaffen stehe Hilfsbereitschaft großen Bevölkerung ungebrochen Hamm Flüchtlingsunterkunft tun Hilfsbereitschaft mehr Kohl Menschen kommen begleiten Flüchtlinge Mächten Spielenachmittag vieles organisiert andere Puten ganz seien Patent Grenze brauchen erreicht mehr Hilfen ganze kein Zeit lang hilft wirklich mein Mann Zeitlang ganze wirklich doppelt Job belastet machen Ehrenamtes Frauen Stelle brach Bergisch Hartz Gladbach Nacht arbeitet tagsüber Krankenschwester Flüchtlingsunterkunft geleitet viel Begeisterung Herzblut keine machen Dauerlösung müssen endlich Kräfte hauptamtlichen ehrenamtlichen ersetzen ganz sprechen wichtige Punkte SED anders Willkommenskultur Flüchtlinge ankommen hier hier erstmal Obdach Hilfe finden Basis Bedürfnisse aller gedeckt Einrichtung langfristigen helfen Sachen ihn müssten Integration Gegner aufkommenden ganzen hiergegen Strauß Möglichkeiten Migration haben Haken haben tue Integrationsamt haben Flüchtlingsberatung also Geld viele Paraden bundesweit Strukturen anbieten Flüchtlingen Yen Schritten neuen neuen helfen Heimat Sprache Zugang ihn Bildung zehn Schritten neuen Yen neuen Heimat Sprache helfen Zugang Bildung Dingen ähnlichen sagen jeden mal Fall mehr gilt immer natürlich gefordert natürlich Personal mehr etwas riskant Morgen heute passieren Helfer ließen ausbilden müsste Daten Helfer bereits heißt hauptamtlichen einstellen Gräff uns geschult ehrenamtlicher umgeschult RAG uns Einrichtungen Flüchtlings weiterhelfen würden Gesetzeslücken Integrationsbereitschaft immer Leute Flüchtlinge kamen selbst sitzen weil können oft beste nicht Hilfe Flüchtlinge hier ankommen besten selber Verantwortung Jahr wahrnehmen also schnell Möglichkeiten eng schaffen einsetzt lieben Antwort Leben denken Flüchtlingsunterkünften Allerwichtigste anders haben helfen Flüchtlinge also helfen Gemeindefest putzen Flüchtlinge helfen helfen also putzen Gemeindefest bauen Beispiel haben nicht sondern Hilfsbedürftigen diejenigen etwas haben geben viele ungeordnete darf Hilfe seinen Hasses Forderung Beispiel Liste letzten häufiger Tagen höre Hilfe professionalisieren Einrichtungen müsse vielleicht beste etwas lernen durchaus chaotisch bissig trotzdem hilft durchaus Hamas professionell unsere Helfer ehrenamtlichen ausgebildeter Unterkunft richten hier Hand Fuß See saß gelangte macht für Kräfte Betreuung Sozialarbeiter Sozialpädagogen dessen Nummer Wanderschuhe Hilfe professionelle Bilanz würde ziehen Markt Juden Frankreich Nordrand hinein hören jetzt Gerd Landsberg Städte Vorsitzende Gemeindebundes Deutschland deutschen Cent Polizei Merkel Städte Vorsitzende Gemeindebundes Deutschland deutschen Cent Polizeigewerkschaft beiden gemeinsam heute Berlin Presse haben getreten wahren Forderungskatalog sagen veröffentlicht Politik müsse Antworten schneller finden sonst Gerd ruhige Landsberg zwar ruhig sehr sehr heftige äußert Kritik Flüchtlingspolitik fünf für zwölf viele Kommunen fünf bereits zwölf Flüchtlingsstrom Momente lange fast zehn Menschen Tausend pro Tag Kommune besingt Unterbringung Betreuung Integration spätere überfordert heißt nationale brauchen Europäische internationale Zustrom Strategie begrenzen fünf hören sieben wollen Strategie nicht brauche warm Öl jetzt sondern gleiche Zahl zusammen für Musik Verwaltung Flüchtlingspolitik Umsetzung deutlich professioneller Umsetzung schneller Flüchtlingspolitik deutlich schneller professioneller besser effektiver ckichen abgestimmter Standards brauchen Ordnung mehr Sicherheit System obersten Abläufen Innenstädten Gemeinden tippen Stimmung beginnen beginnt üben deshalb derweil Bürgerinnen Gefühl Bürgern haben Staat Männermagazins nicht organisieren haben Hunderte Schätzungen sondern Tausende nicht Personen registriert Bürger Deutschlands wohl natürlich Foren Baureihen Sicherheit denke Staat zeigen stärker Armut Abläufe Schutz sichert Einrichtung innere gewährleistet Ordnung dazu gehört Maßnahmen weiter dazu ganz Integrationskurse sicherlich Zen deswegen Bundesregierung erwarten solches Maßnahmenpaket bringen Weg wären ganz Zahlen andere können sprechen mehr brauchen Personal nicht Ordnungsamt Polizei Sonntag Syke mehr brauchen Personal nicht Ordnungsamt Polizei verwandeln Schulen Gewerkschaft Zahlen begründete Erziehungswissenschaftler hundert sah Tausendsten Sieg

Kinder Kita gewissen zwölf rund Monaten drei hundert Schüler Tausend Konsum weil vier gemacht
 zwanzig Tausend Zwangspausen Lehrer vierzehn Tausend Erzieher Erzieherinnen dies sorgte gar Markt
 nicht wichtige innere Thema Sicherheit Übergriffe zunimmt Flüchtlingsunterkünfte nicht hinnehmen gilt
 können für Hass gegen Royce Flüchtlinge ungebrochener Kommunen CSU Polizei Justiz mehr dafür
 Personal genügt sagen nicht Staat zeigt alles Stärke nicht Menschen Umsätzen Stärkung Jahresumsatz
 Real glauben Gleitzeit Flüchtlinge ihrer Boden Aufnahme einheitlich nicht einzelne Bassener Gemeinde
 zusammenstellt informiert dabei sollen Spielregeln mich für neuen erkomm informiert darüber sollen ihnen
 für Spielregeln mich neuen Asylbewerber Neubürger gelten dazu Hinweis natürlich passiert eigentlich mich
 denen daran hält nochmal heißt klarer Botschaften Spielregeln Jahr einhält männlich Bleiberecht
 Auswirkungen sollen ganz nicht offen getan Grundgesetz Grundgesetz Handrücken wichtiges würden
 Verfassung angeblich deutschen Probleme weil verstehen abstrakt abstrakte großes Ablöse Besoldung
 einfacher seines wegen nenne teilte Mann zwischen Frau Toleranz anderen gegenüber Regionen Asthma
 Meinungsunterschiede nebenbei ebenfalls Deutschland automatisch nicht wer Gewalt setzt Ausnahme
 Akzeptanz Basis viele für Neuankömmlinge schwierig Vorgänge behördliche Zeit brauchen erwarten
 schnell können Horvat Zeit müssen eben verstärkten Deutschland Polizei steht sicherlich junger
 vereinnahmt Aufgabe Teilen steht Deutschlands sicherlich vereinnahmt Aufgabe junger größten
 Herausforderungen Nachkriegsgeschichte Sinne bewältigen Leben ganze derzeit Palette dessen Einsatz
 Polizeien geschehen erleben Leben können Dortmunders vergangenen Grenzregion Wochenende Passau
 elf Stunden einige Langfilm Zins Kollegen Komödien Bundespolizei bayerischen Live Bereitschaftspolizei
 anschauen würden Tiefe Lügen Dankbarkeit geliehenen uns München kommen gehen erschöpft
 geschwächt traumatisiert erlebt ihren haben Fluchtweg Essen Geld Sicherheitskräfte gehe unfähig
 gebeutelt korrupt froh deutsche Polizisten Polizistinnen Treffen wollte sinnliche wissen Wort anständig
 Polizistinnen Wünsche Polizisten Treffen wissen wollte Wellensittich anständig brandet Richard sondern
 Weise ihnen aufgenommen erlaubt unglaublichen Situation schwierigen befinden persönliche bewahren
 würde Gleitzeit Leben Seite andere heißt gehen Fall Aversionen Demonstrationen geht Einsatzkräfte gegen
 Polizei Vertreter Stellvertreter sichtbar Platzes richten Demonstrationen hasserfüllte gehen größer während
 aggressiver lehnen Explosion Attacken Zahl Flüchtlingsansturm Brandstiftungen ertragen Fahrt eben
 Steinwürfe andere vieles mehr Leben Einrichtungen Flüchtlinge rund Sicherung allein abspielt Hamburg
 diesem Rosenfeld Jahr entsetzt herum allein abspielt Hamburg diesem Rosenfeld Jahr Einsätze
 Flüchtlingsheimen Württemberg Lichtungen fast zweitausend Jahr Polizeieinsätze dort Schlägereien
 Schlägereien Grusel stattfinden Komma drei sieben Monats Streifenwagen sondern fahren belastete
 Einsatzkräfte Schuhe UNO zwar Politik tut uns gelegentlich Geduld könne erwartet feststellen Kräfte
 Beschäftigten Polizei sinnig Unterwasserwelt viel Region länger Ende Wirtschaft stärker umso leichter
 Flüchtlinge könnten integriert heute Sigmar Bundeswirtschaftsminister Gabriel Vorlage Belgien
 Herbstprognose gute Zahlen dennoch legte fuhr deutsche bleibt Wirtschaft trotz schwächelnder
 Wachstumskurs Weltwirtschaft Deutschland steht Herausforderungen vier Weltwirtschaft schwächer
 Deutschland Fazit steht vier Weltwirtschaft Herausforderungen schwächelt Fazit Gabriel
 Bundeswirtschaftsminister für deutsche positiv Wirtschaft herzieht insgesamt würde gute wusste
 wirtschaftliche für Prognose unser Land Voraussetzung würde dafür Köln dies endet seien Segregation
 Deutschland Flüchtlingen schaffen viele Rückenwind Jobs steigend teuer sprudeln Gelder private Konsum
 Ölpreis dazukommt Zinsen niedrig sieht dennoch Opposition Versäumnisse solide gut Haushalte haben
 weder System Ausformungen bewältigen müssen können Amnesty Zukunft Breitband Energiewende eben
 Integration drei Einwanderungsgesetz großen Haus jetzt Forderung wenig verschlafen warnen konomen
 haben Bereiche Infrastruktur öffentlichen Bereich Bildung Forschung Bereich Finanzierung Unterstützung
 Nürnberg Bedarf wenig geschehen Jahren letzten aufgestockt guter Hafenamts Sitzungsbeginn zuwenig
 geschehen Jahren letzten aufgestockt gut Schritte kleine Bundeshaushalt müsse stärker viel angestellt
 Rückzieher wegen Zwang Flüchtlinge wäre Tausend Arbeitslosigkeit sechzehn leicht sogar ansteigen
 gleichzeitig wirkten dient Investition Zuge Flüchtlingskrise Werten gemacht müssen kleines insgesamt
 Konjunkturprogramm rechnet Bundesregierung vorsichtiger Selters führende Wirtschaftsforscher fällt
 positiv Blick Jahr sechzehn Tausend schwarz Rot Janssen rechnet Rekordzahl mehr vierzig drei Millionen
 Erwerbstätigen Aussagen hier Bundeswirtschaftsminister Sigmar ausführlich Gabriel können heute wählen
 grundsätzlich gehen Herbstprognose Leute für Entwicklung vorstellen diesem wer Jahr eins sieben Komma
 Prozent Wirtschaftswachstum Jahr kommenden eins Komma Prozent acht gesehen deshalb laufende für
 Jahr Cornelia Komma eins acht Prozent deshalb gesehen gewürzten laufende Tausend Jahr fünfzehn
 etwas Ziel vorsichtiger Wirtschaftsforschungsinstitute gehen Tausend für fünfzehn eins null Komma Cent
 Wirtschaftswachstum glauben sehen schwierige Entwicklung Schwellenländern großen China würden
 kleine obwohl Reduzierung Wirtschaftswachstums haben Folge würde eins fünf Komma eins Komma
 Krisenjahre sieben gute Nachricht Beschäftigungslage Arbeitsmarkt bleibt weiterhin stark außerordentlich
 Zunahme diesem rund Jahr mal siebzig Beschäftigungsverhältnissen Pausen haben nächsten mal Jahr
 weit über außen Monate heißt bauen fast Beschäftigung alles davon ermüdet sozialversicherungspflichtig
 Zahl Beschäftigten Mode Geschichte Sorbet über vierzig drei Millionen stabile Land Entwicklung haben
 wusstest sodass Deutschlands hier stabile Land Entwicklung haben wusstest würden Wirtschaftswachstum
 dazu zwingt Dingen allen weil gute alt Noten Entwicklung besser Jahren vielen zuvor sicher zwölf
 Mindestlohn Rentenpolitik Regierung dazu führt starke Binnennachfrage zusammen haben seinen
 schwachen Wechselkurses Ölpreise Euro für Bohnen Land liegt Deutschland Exportsektor großen natürlich
 solch Rahmenbedingungen gute sehe allerdings glaube sagen nicht einfach ausgehen davon können

Bruch Leben fortsetzte Deutschland Wahlbereich Nachwuchs Fachmärkte Bereich Idealisierung Forschung
 Bereich Entwicklung zulegen Bedingungen müssen schaffen gute soziale wirtschaftliche Situation Jahren
 nicht Jelzin alleine derart übertraf weit Jahre nutzen nicht Jelzin alleine derart Redakteure weit kommen
 können möglichst Fachkräften schnelle Qualifikation Flüchtlinge Integration Arbeitsmarkt haben
 Ministerpräsidenten Wochen gemeinsame würgte April Ahnung beginnen wesentlich Geld mehr für
 Sprachkurse Bundesarbeitsministerin Vorname erhält Milliarden mehr Euro für Arbeitsmarktpolitik
 Westintegration weil Ausbildung Weiterbildung hilft Arbeit Flüchtlingen uns hilft kommen uns größten
 Industriegesellschaft Experimente lang machen gut musste bestehen nämlich Jahren wenigen sechs
 Millionen Deutschland Arbeitskräfte verlieren erheblichen privatem Bedarf Rahmen befand Dinge können
 zusammenbringen letzten helfen Land diejenigen jetzt kommen uns insgesamt gute musste würgen
 wirtschaftliche Prognose kommen führen insgesamt Ende Ulms unserer Würfel Busse Prognose
 wirtschaftliche für unser würde Land Voraussetzung dafür bewiesen würden seien Segregation
 Deutschland Flüchtlingen schaffen dabei uns hilft gute wirtschaftliche erwarten Entwicklung zumal deutsche
 debattiert Bundestag heute über Türkei Lage verheerenden Terroranschlag fast Ankara aktuellen Stunde
 Kuh Antrag Innenstadt fand sehen Grünen demokratische Entwicklung agieren Türkei Präsident Januar für
 Daten Bundesregierung müsse Vorgehen klarstellen neunzehn dürfe Lage angespannten nichts tun erneut
 Stärkung ausgelegt könnte für Beispiel Wochenende geplante Merkels Reise Türkei Rednerpult Claudia
 Sparte Roth Grünen Kritik nicht hier über Kritik schrecklichen hier über Gebäude schrecklichen berichten
 Terroranschlag vielen Ankara verletzten Hunderten vielen verletzten Toten unsexy Mitgefühl empfundenes
 richte Hinterbliebenen Rangliste Opfer darüber allumfassend überwachen Sicherheit Langwedel vier mal
 dritten Japan höher Flut Juni Juli überhaupt tätlichen derart Angriff kommen linksliberalen konnte HDP
 Dämmung Zivilgesellschaften fraglichen goldener Adler siebte Halle Teil seit Flüchtlinge Jahren
 aufgenommen dreieinhalb Menschen Millionen Zeit reif Hälfte dafür Zahlen mehr keine sehr Unterstützung
 gefunden nicht eigentlich interessiert Unterstützung eigentlich aufmuntern nicht interessiert vier Flüchtlinge
 Jahren Blutvergießen ankommen uns jetzt reagiert Kollegen Teamkolleginnen ließen Bekämpfung nicht
 Fluchtursachen Absicherung Abschottung Zusammenarbeit Grenze türkischen Militär Vorhaben nicht
 Türkei sicheren umzudenken Herkunftsland dafür Hause ihnen wolle vorlegen Interessen Flüchtlinge
 geleitet abzuhalten Realität nie Türkei nicht tun länger Kolleginnen vormerken gerade fährt Türkei Luder
 mimte ohne Beträge ihren Besuch Wahlkampf mehrfach unterstützen mehr unverständlich Berlin bestürzt
 Rom Folgen gemeinsam Oasen Terroranschlags gemeinsam Räume serbischen Volk müssen Opfer
 Terroranschlags Ankara hier sprechen anderen Ort Beileid unser Terrorismus gezeigt Zahl große
 Menschen gefühlt für schwerverletzt Gewaltlosigkeit friedliche Einsatz Sommer gewonnen sieben Aktionen
 nicht zwischen Juli Schuss allem Teil sinnlosen Haus diesem allein helfen sammle friedliche aufgefordert
 zusammenzustehen Eskalation weiteren Gewaltspirale diesen Brandherde Jahren Mittelost Runde Teil
 entscheidend langen Regio stellen strategischen zwischen Europa Türkei Asien vergangene Jahr
 Flüchtlinge Schwangeren Syrien wiederaufgenommen Länder mehr lehnen zusammen mehr Julia Länder
 lehnen Julia zusammen Anglizismen ungefähr syrischen Flüchtlingslager Grenze Amundsens immer Tafel
 interessieren sehr bewegen tiefen Herrenhausen Woche zweideutige stehen Haltung gegen angemahnten
 dieses sowie verbesserte Sicherheitsbehörden Zusammenarbeit Transit Extremisten seinen Europa
 Lehrern zurück kontrollieren wirksamer müssen gewinnen jetzigen aller Regierung Gipfel Lagers Teil fünf
 wichtiger Partner strategischer Kind Rückenwind hinaus Themen sowohl Vergangenheiten Dialog würfeln
 Türkei fliehen richtig weiterzuentwickeln wichtig Bundeskanzlerin Fragen kommen sprechen Reisende
 dafür wünschen vier eineinhalb Hand freie sprechen hier einsatzfähig Heu Mitgefühl Land anfangs fallen
 frechen Humor unser Freunden tiefstes Mitgefühl diesem selbst Anschlag Menschen sehr verlor nie lange
 meinen hier Kampf gegen Unterdrückung wachsende viele sehen Frieden für Türkei dabei haben uns
 wissen nicht einfach Bayern schrecklich Hochwasser helles helles Junior raten Heer Herrn Flüchtlinge
 setzen sicheren Türkei Herkunftsstaat lernen deshalb wollen appelliere gewissen Kollegen Liebe Kollegen
 Union Stimmen SPD diesem Anschlag nicht Menschenrechte sagen helfte Zynismus diesen diesem Bündnis
 gegen Werderaner Flüchtlinge Land Staatsbesuch NRW erwartet Fachwissen NRW Land gerade
 Staatsbesuch Halbmonds erwartet weil diesen Wochen Besuch Heim Türkei Rolle diesem Aufwertung
 natürlich gern gut diesem riesigen ungesehen Halle erfahren Kanzler dieses Absicht erfüllen Opposition
 Partei sozialdemokratischen modischen HDP wer ändern diesen Tagen manche erfährt gar NRW
 ausräumen Stimmung lässt meine Herren Damen Fahrrad egal einige uns darüber Mitglied diskutiert Türkei
 sonst sehr kein bewusst gewöhnlicher Art seien Institute Land wem sehr wer viele kein einst gewöhnlicher
 Türkei Land viele sehr Verbindungen haben kulturellen aufgrund familiären Bindung politischen natürlich
 wirtschaftlichen Beziehung davon derweil ihm nicht anders viel geht mir Türkei innerhalb Spannungen
 kommt Ausnahme politischen einfädeln nicht weit irgendwo Weg Wahnsinnstat Auswirkungen unmittelbare
 Lage Deutschland eigene müsse Wahlkreis Hamburg Alleine mehrfach Teil innerhalb Stunden wenigen
 Demonstrationen kommen Bestseller leider Aussagen gewalttätigen Satzung Außenhandel zwischen
 nationalistischen kurdischen syrischen Gruppierungen manchmal Ausnahmen allerdings Satzung
 Gruppierung gegen Geweihe Polizeibeamte angewandt syrische haben Staat davon überzeugt bin
 funktionsfähigen Staates gefordert jetzt ordnungsgemäße Wahlen Geld sicherzustellen gefordert Sicherheit
 ordnungsgemäße fordert Wahlen sicherzustellen Sicherheit geworden Kandidatinnen Kandidaten diesem
 Meinungsfreiheit Land garantieren Wachheit Mindeste haben klares daran Interesse Friedensprozess PKK
 weil aufgenommen Weser Versöhnung gangbare einzige Aktionen diesem Treffen Land deswegen fordern
 Stilmittel Sachverhalt Allah ihn Gewaltanwendung akzeptabel Seiten PKK Vertreter Vertretern serbischen

Staates diesen inakzeptabel Weg bestreiten ganze glaube scheint Verteidigungsministerin Nein Ursula sechs dreißig schnell Sturmgewehre ausgemustert Frage seit spätestens heute gefallen trotz lassen aller Mängel Afghanistan Einsätzen gab offenbar Probleme keine Gewehr diesem kommt Ergebnis Expertenkommission offenbar Probleme keine Gewehr diesem kommt Ergebnis Expertengruppe dieses Spott Gewehr Häme überschüttet Gas jetzt sechs dreißig Gewehr Astana Bundeswehr Einsatz Probleme keinerlei bereitet allem Expertenkommission stellt fest Teilen Soldaten deutschen Präzisionsarbeit Endes dreißig sechste Zustandekommen Hauptrunde gar wurden getötet Tests wohl sehr Präzision Bremer deshalb aufgetreten Kommission ausmustern dreißig Weg für nicht zweite gerechtfertigt Kommission sollte Schuld klären Misere trägt niemand Antwort richtig keine dreizehn wirklichen himmelschreiende Kraft Hauptverantwortlichen Sinne gegeben viel gegeben Wechsel also Probleme groß nicht unverantwortlich keiner ließ Opposition Kommissionsbericht anders Seite Ministerium Treitmühle Sekt Wüste zwischen drei weiteren seitdem Runden lebt Müllsäcke Wüste zwischen drei weiteren Lösungswort Rom bitte Sonntag Ferien Mini dazu gar Berichte nicht erst mal lesen Ruhe Wenders jetzt Uhr analysieren aufarbeiten entsprechenden ziehen Konsequenzen Uhr Rüstungsbranche jetzt erst nicht neue bereitet Probleme nämlich Eurofighter Kampffjets Beschaffung wegen Fertigungstiefe gestoppt gerade jetzt Eurofighter abgefallen Südhang Ministerin ernste Hersteller Gespräche Airbus führen für müssen Rüstungsprojekte Rüstungsproduktion schwierig bleiben für Ministerin musste heute mal Kommissionsbericht sehr entgegennehmen leise anfang viel analysieren lesen Kommission nicht Duftmarke haben wiegen Berichte Aufgabe erstellen schwierigen nämlich Situation gesamte Gutachten schwierigen erschienen Situationen nämlich Gutachten gesamte erschienen gerade passt nicht sechs dreißig Präzision Punkten Problem nämlich geschossenen heiß Gewehr zweitens außen Temperaturschwankungen Außentemperatur Schwankungen Hanse unnatürlich diesem Zeitpunkt Fragen drei insbesondere betrieben Frage erste Soldaten Schaden wegen gekommen Präzision Probleme dreißig sechs zweite Frage Jahre warum dauert Organisation Lage Bundeswehr schlussendlich Ergebnisse Tisch lassen legen Jahre Formationen gedauert vier Pausenpiff Aktenordnern fünfzehn Nein Aufgabe dankenswerterweise haben gewidmet Müller Frage dritte unsere bewegt Heim Frage akzeptabel Distanz zwischen gegeben Bundesverteidigungsministerium haben Distanz akzeptabel gegeben zwischen Häcksler Bundesverteidigungsministerium Koch also Auftraggeber Auftragnehmer nicht allen Phasen drei nachgegangen Herzen für danken uns eben wurden Übungen also mehrere Fälle solcher berichtet Verein Hannover Panzerdivision andere Verlage wohl gegeben auffällige zwar Präzision ungewöhnliche Abweichung dar geben insofern Richtung wissenschaftliche anderen Tests Seite haben ausschließen dieses können uns Wert Fälle dreißig Afghanistan Soldaten gefallen stellen vorgenommen festgestellt lockere meisten Soldaten freue sogenannt Eröffnung Gefechts also getötet fielen Handy Feldsteinen also Sprengfallen Bildsensor Panzerfaust Appenzeller Beschuss bellen Cäsar keine Panzerfaust Beschuss kein Geld einziger eigener gefallen Schuss offenkundig hält sechs Präzision dreißig keine gespielt Rolle haben Situation Soldaten Gang dazu Befragten haben Soldaten Fälle Verwundungen Hansi denen gesagt schließen geht kategorisch einfach darum Nachfolgemodell brauchen nachfolgen Gewehr richtig erinnert einfach besser nötig weil sitzen weil Leistungsgrenzen eben Wilhelm kleine Summen Wanne vornherein Raucherinnen festgelegt Lieferbedingungen William nicht weil würde deswegen wichtig Einsatz aufgrund Erfahrung für Einsätze künftige für Zukunft beschafft Gewehr eben Leistungsgrenzen möglich technisch Würfels gestellt überwindet Himmel über Thema Phoenix Rente natürlich weiter Engel Bericht überwindet über Phoenix Thema natürlich weiter Morgen berichten berichten deutschen würde Bundestag anderem über Asylrechts Änderung beschlossen zweite Lesung dritte Bundestag befassen Abstimmung namentlicher drei können Live Morgen Phoenix verfolgen uns sehen mögen dahin zehn Health Berlin Studio warten Kanzleramt jetzt gar Menschen Hunderte Kälte Regen tagelang Kinder Schlange stehen registrieren Asylbewerber lassen Meißner besser stärken klar Bürger Politik helfen ihren Lösungen zupackenden oft ehrenamtlichen hinterher Asyl Woche Paket Bundestag ehrenamtlichen zupackenden hinterher Woche Paket Asyl Bundestag verabschiedet Vorschlag über Transitzone deutschen diskutiert Grenzen Streit Merkels Sendergruppe schaffen zuletzt angekommen Abend guten begrüßte herzlich Runde Phoenix einmal Flüchtlingskrise Schwerpunkt heute Streit Transitzone Gäste meine Stefan Meyers dreizehn Bayerns Uhr innenpolitischer Unionsfraktion Sprecher Bundestag jetzt denke bekommt SPD Vorsitzende für Ausschusses Arbeit Soziales daraus jener politische Korrespondentin Zimmer taz weiter Generalsekretär roten deutschen Kreuz sehr Unterbringung Beschäftigte Flüchtlingen hundert Flüchtlinge Tausend drei hundert fünften fünfzig Platz bekommen jetzt Meyer über Woche Zellen Sirtaki Bundestag beschlossen jetzt Bundesrat neuen Begriff wählt Transitzone helfen soll Grenze Flüchtlinge zurückzuweisen erklären passen uns

mediacipping-bc-97182373

IN i3640047 : Military Aircraft | iaer : Aerospace/Defense | idef : Defense Equipment/Products | iindstrls : Industrial Goods

RE gfr : Germany | bavar : Free State of Bavaria | munich : Munich | syria : Syria | berlin : Berlin | turk : Turkey | eecz : European Union Countries | nrhine : North Rhine-Westphalia | asiaz : Asia | balkz : Balkan States | dach : DACH Countries | devgcoz : Emerging Market Countries | dvpcos : Developing Economies | eurz : Europe | meastz : Middle East | medz : Mediterranean | wasiaz : Western Asia | weurz : Western Europe

PUB Medi clipping GmbH

AN 文件 PHOTRK0020151015ebae00004

HD ZDF-Mittagsmagazin

WC 5,257 字

PD 2015 年 10 月 14 日 01:00 下午

SN ZDF Transkripte

SC ZDFTRK

LA 德文

CY Copyright (2015) mediacipping GmbH

LP

Gesetzgeber fiktives dreißig heute fünfzig Kinder ZDF laufenden Newsletter Teams Highlight Anleihen Gewinnspiele mehr Seite Jan ZDF Sarrazins ZDF kommen Mittagsmagazin Unterbringung Integration Sicherheit Polizei deutschen Gemeinden Städte etwa per Forderung Maus Flüchtlingspolitik Zusammenhang Anforderungsprofil sollte vorgelegtes zehn Kommunen Verruf Städtebund Polizeigewerkschaft Entlastungen fordern flüchtiges Wesen Schar neuen Gewalt lösen Landes Siemens jetzt Premier Applaus Applaus Applaus gratulieren jetzt Palästinensern Applaus Applaus gratulieren Applaus jammerte Wort sechzigsten seinem Geburtstag Psychogramm Seele gequälten Schauspielerin Manuela lesen sang setzen zwangen Krimi Katzen Fuhre Information wichtigsten zunächst Nachrichten Tages zusammengefasst sogar heute Express Herz kreischen bekommen Demokraten Nachfolger suchen für Präsident Wahl Obama Tausend sechzehn Außenministerin verschoben Clinton Las lieferten Vegas Bewerber Schlagabtausch Thema großes Kampf gegen

TD

Ungleichheit soziale Clinton strebt Mindestlohnes Erhöhung Russland Versuche scharfer Sozialist Kapitalismuskritik Punkten gesetzlichen Beiträge Krankenversicherung Zeitung Jahr kommenden Frau Beiträge Krankenversicherung gesetzlichen Zeitung kommenden voraussichtlich Jahr steigen null Prozentpunkte Komma allein Arbeitnehmer Grund getragen Steakhaus Film sechzehn Tausend rund drei Euro Milliarden Nachmittag Schätzerkreis Prognose offizielle vorlegen anhaltende nahm Walter Osten erlaubt Sicherheitskabinett israelische Polizei arabische Jerusalem Viertel abzuriegeln Konfliktgebiet außerdem sollen mehr Soldaten benützen eingesetzt Wochen wurden sieben Auseinandersetzungen Israelis Achtung Palästinenser zwanzig getötet hertragen türkischen Anschlägen Hauptstadt Ankara erstmals Präsidentenamt Tatort besucht Gedenken Opfer Konsequenz Selbstmordanschlag Toten hundert wurden Polizeichef weitere Hauptstadt hochrangige Beamte suspendiert Dienst für Niederlande gereicht nicht Steve Fußball für National Niederlande nicht Steve gereicht Fußball Nationalmannschaft gegen verlor Tschechien Europa Müssens Meisterschaft nicht dabei Türkei müssen eins null gegen Sieg Island Ticket freier Rennens nahm Himmel wegfahren Autokorso Nacht Deutschlands Flachland ins geschneit Rheingau Trares Saulus morgendliche Berufsverkehr Partie Schlitzte Erzgebirge musste umgeknickte Feuerwehr Bäume Straßen Überblick Rollen hier Sitz ZDF weiter Mittagsmagazin Arbeitnehmer schaffen Uhr Kanzlerin Sachen Anniversary Flüchtlingskrise dagegen geschafft Ende fast unserer Kräfte Polizeirevier Beispiel begrenzen versucht kompetente halbwegs einweisen möglichen Sicherheit dies innerhalb außerhalb sorgen Flüchtlingsunterkünfte für uns Fifi tun Sicherheit innerhalb Flüchtlingsunterkünfte außerhalb soll für Kommunen uns nicht mehr vielen wissen Menschen menschenwürdig sollen unterbringen besser kam gestellt Polizei Gemeindebund heute Berlin zusammengetan gemeinsames Forderungsverzicht stellt Form endlich Hilferuf Politik klingt achtzehn Uhr kamen berichtet unvermindert Frischlinge Krisenregionen Kriegs Nahen mittleren Zahl Ostens Million Stück Raum engstem womöglich mehr steigenden Tote Zahl wachsen sorgen Probleme Deutschland besonders Flüchtlinge dort untergebracht sollen Polizeigewerkschaft deutsche Sohn Gemeindebund Alarm schlagen gemeinsam haben Forderungskatalog Positionspapier politische Nation **Schicksalsgemeinschaft** Kommune Dynamo Mannschaft gilt Schiff für anderen befürchten vorgefühlt müssen gemeinsam arbeiten daran sowohl jetzige künftige Unterbringung Integration Menschen über gelingt Kernforderungen Fälscher Integration Titel Menschen gelingt Kernforderungen Übung verschärfte Strafantrag Kriminalität Hass Anschläge Unterkünfte Haider Flüchtlingen Nord sollten geächtet besonders Kastanienallee Titels Straftaten gemeingefährlichen behandelt außerdem mehr fordert Personal für Kommunen Polizei mehr Sicherheit User verspricht machen große ganz Flüchtlingsunterkünfte wichtig frühzeitige zwischen Kommunikation Politik hier nicht zunächst geklappt weil Firmengelände stehen Männer Pfalz Land wollte zweieinhalbtausend Frischling nahmen unterbringen vier Tausend zählenden Einwohner Städtchen gefragt niemand wohl erster Bürgerprotest lenkt ihren schickt Flüchtlingsfragen kommt Ortstermin schnell klaren Problem Schluss könnte müssen reduzieren Zahlen nicht örtlichen aller Vertretern abgesprochen haben empfohlen gesagt würde außen Tor wahren Nationen Krisen haben Management gesagt empfehlen außen würde wahren Korps Krisen Nation Management offenbar dringend immer gesucht Flüchtlingskrise bald vielleicht Antwort finden Tage Frage Deutschland ausgeliehen zugeschaltet Live Gerd Landsberg deutschen Hauptgeschäftsführer Städte Gemeindebundes Laden

verlangt zusammen ihren deutschen Kollegen Polizeigewerkschaft Positionspapiere vorstellt Berlin welches
 Hilferuf fühlen Politik Städte Gemeinden gelassen Stich Bund weiter gefielen Rändern uns nicht Stich
 denen gelassen sagen geschehen mehr Flüchtlingsstrom anhält Unterbringung Versorgung Freundin
 Integration deswegen überfordert erwarten weiteres Bundesregierung Maßnahmenpaket diesem Jahr
 Zusätze Eis Mittel für sowohl Personal Polizei zehn Ende Personen zwar wahre wenigsten Zahl zwölf
 Monaten hundert haben Tausend Kita Milliarde Kinder vereinbaren Zahlen zwölf nächsten Monaten haben
 Tausend hundert Kita Kinder Jahren Milliarde drei hundert Schüler Tausend mehr bisher beschult Movil
 verwalteten ähnliches Flüchtlingsunterkünfte Dame Sicherheitsprobleme panisch abwarten geredet
 Antworten machen süßlich Vorschläge Wahlhilfe Jahr verlangen Lohnforderung schaffen friedlicher rund
 Umgebungen Flüchtlingsunterkünfte soll umgesetzt konkret denke müssen klar ganz Übergriffe
 Flüchtlingsheim bekämpfen Asylanten zwar nicht Wort Politik mach dich betroffen bin denen gehört dazu
 sondern gehört konsequente weiß Verfolgung Polizeikräfte heißt Ausreißern Staatsanwaltschaft Bericht
 müssen Sicherheitszone Modell aussehen Flüchtlingsheime möglich gefährdet dort Art schaffen Bannmeile
 nicht Menschen geflüchtet traumatisiert derzeit neunzehn Gesicht Menschen schauen hasserfüllt haben
 sagen fordern erneut Gesicht Menschen schauen hasserfüllt verramschen besagten fordern nicht
 vorzuweisen geschlagen Einführung neuen nämlich Berufes Flüchtlings Managers sollte Aufgaben
 künftigen Ansicht sollte Ende Flüchtlings Manager Manager Vibration seien sehr Gefälligkeiten vielfältig
 gefordert interkultureller Mehrsprachigkeit Kompetenz wissen welche welcher Gruppe
 Unterbringung Behörden welche würde wissen uns Flüchtlingsproblem Jahre beschäftigen Aufgabe
 wichtige interessanter Aufgabe junge für Leute deswegen solches schlagen Berufsbild schnell Leute
 entwickeln sprechen Landsberg gleich denen nochmal kurz zwar miteinander Schweizer besonders geht
 wichtig nämlich Problem Recht mancherorts Kommunikation Kommune Menschen Bürgern herfahren
 spielten sogar beide Gast Lokalpresse zwanzig Feuer Zahl Westen mancherorts sollte viel Lokalpresse
 zwanzig Feuer Zeit errichtet mancherorts sollte viel viele einmal Menschen Schlag untergebracht nicht führt
 selten Führung Protesten gut Spannungen vielleicht könnte vermeiden Wissam jetzt niedersächsische ins
 dort sollen Flüchtlinge Tausend untergebracht Dorf Einwohnern hundert gilt Mann Ortsbürgermeister
 berichtet Christian Fabel Woche seit hinterher seitdem hundert weiß Seelen Dorf Niedersachsen östlichen
 Tausend Flüchtlinge soll aufnehmen ehemaliger Bürokomplex Dorfrand samt extra dafür Euro hergerichtet
 für Führungskräfte Morde solcher besinnen erfassen Handy gelungen gemündet würde Rums besorgte
 Rums Ausbruch Einkaufsmöglichkeit nächste für uns Arzt kein Weg einzige Hand öffentliche Harem für
 kein uns Arzt Weg öffentliche einzige Transportmittel Raum nicht dunkle fremdenfeindlich schiere
 Verhältnis Masse eins eins Tage hundert herzlos sitzen Ziel drei reinen Distel Truman Abwasser Maetzig
 stimmig Daten Innenleben internen Airbus willkommen immer Kinder zwischen werfen Russen Tschechen
 Aufführung eigenen hundert Hause Flüchtlingen unserer schnell Sicht für Szene Rechte für echt örtlichen
 munkelt NPD genutzt nämlich soll umliegenden Dörfer betroffen fühlt amtlichen Information nahegelegenen
 Versammlungen neue Haus nicht kommen hortet fünfzig nahmen Menschen Rennen Damen
 niedersächsischen Vertreter Innenministeriums Hannover Vertreter Begleittext niedersächsischen
 Innenministeriums spricht Hannover Klartext hausen Menschen Meyer Overall nie unserer trafen andere
 entnahm müssen Flüchtlinge untergebracht deshalb Regierungsvertreter kräftig Tennis für möglich mich
 bleibt Tausend trotz Flüchtlingen aller Befürchtungen zwar Hunde wichtig für sehr Milch souveräne
 sonstiger bringen Ausdruck konnten souveränen dieses glaub ganze angelaufen sehr mehr viele
 Regierungsarbeit müssen leisten Verständnis werben Wünsche müssen wurden Sohn Treffen sofort
 Polizeipräsenz vier Straßenbeleuchtung Laterne jetzt ganze mal Nacht Fragen Geschäftsführer Städte
 deutschen Gemeindebundes Landsberg setze summt krasses Beispiel Kommunikation fordern Kunden
 bewahren sitzen Zabel fast Spieler Kommunikation fordern Kunden bewahren müssen verbessert viel
 früher wer wissen kommt wann viele kommt kommen woher Unterschied kommen Albanien Kommune
 beschrieben Syrien haben leider Einzelfall kein dürfen Orts Webserver Gemeinschaft Städte nicht sonst
 überfordern Konflikte Jungs Thema Niederlage führen Masse besprochen Polin haben dazu logistische
 würde Oberweite letztlich Beispiel zeigt hilflos inzwischen Kommoden Arbeit vereinbart Zahl sollen groß
 Winter welche schaffen Unterbringung müssen nicht deswegen Lösung sagen ordnungsgemäß haben
 verpackt mehr Zeit gegebenenfalls gewinnen Bund große schaffen Erstaufnahmeeinrichtung nicht schnell
 Kommunen Länder verteilt apropos Landsberg Winter stilvolle für Münstermann Schulgesetz Sinnlichkeit
 für für Unterkünfte Popovich Herr Bild Landsberg Tür gewetzt ziemlich möchte kalt für für Unterkünfte Zeit
 stellte Wintertag Woche schaffen schaffen turnten Gestell frisch Ball verzetteln wetterfesten berühmte
 hundert Frage Dollar müssen schaffen entweder heißt schaffen diesen Zelte Winter winterfest machen
 Leute müssen eben östlichen Vorwahlen Gebäude jedenfalls insoweit also unterbringen sehr kalt plädieren
 gleichzeitig für Bauprogramm kaum Container über Sowjets Baumeister Holz auszuweichen Zacher Palace
 Winter bedruckte unbedachte kommt Wort Ziel Opfer Landsberg geschaffen fordert Hauptgeschäftsführer
 Städten deutschen Mannes Gemeindebundes Firma übernachteten überwintern Standuhr Unterkünften für
 Erkältung könnten viele denen Menschen über engstem uns Raum Zusammenleben Sache klare
 Infektionsrisiko sehr für hoch viele Flüchtlinge passendes Schutze Wort echte sehr Infektionsrisiko hoch für
 Flüchtlinge viele Schutze passendes echtes Wort Fremdwort medizinische Flüchtlingen Versorgung
 Mammutaufgabe eigentlich zweitens gewildert Gesundheitsämter viele jetzt Städte völlig überlassen liegt
 woran sitzt einzig müsste passieren seitens dort Inhalte für meiner koschere Düsseldorf gehört für viele
 spielerisch Team ernste Helmpflicht syrische Kindern Kinder Krieg selten aufgewachsen hernach
 Grundwerten Ausbruch könne Infektionen drohen Theologen fürchten Business Trophy dürfte reinstellen

vielen Details Versuche Kinderkrankheiten aufzubereiten Minimalziel nicht Masern Mitglied Pokalhalbfinale kommt Spiel Winter Fuge Winterzeit müssen rechnen Pläne Flüchtlingsfrage fertig ausbreitet weil absehbar Film viele Menschen Flüchtlingsheim engem ausbreitet Walter abziehbar Filz viele Menschen Raum engem Thema Infektionsrisiko sollen deshalb Flüchtlinge sofort Ankunft ihrer medizinisch untersucht Ländern manchen Krankheiten Tuberkulose Flüchtlinge verbreitet müssen daher geräumt sofort mussten seien dieses aufgrund riesigen genießen durchgehend Mädchen Tage geschehen heißt sondern all wichtigen gebremst Diözesen gehen dafür Hand meine nicht wollen genauso Gesundheitscheck schwierig alles diesen andere Tagen Vorsingen Damen Dienste schauen wen Jahren fünf Heimen frei jemand Hackordnung krank erwartet Fragebögen Kind haben jetzt arabische handschriftlich Börse reicht immer nicht genügend Summe Afrika Hafenwald einige Analphabeten schwierigster Synonyme mussten Hafenwald einige Afrika Analphabeten Synonyme Zweifelsfall schwierig Nein seines flicht gebrochenen Deutschland sondern dringend Wut nötiges Angebot ausreichend für Menschen gehen Infektionen können Kontrolle gehalten Hafenarbeiter Erstaufnahmestelle zügig haben Ärzte ehrenamtliche geworden jetzt Schwierigkeit nächste herzliche sowohl Apotheke Abend beiden Impfstoffe konnte sorgen Ausreißer Menge verliehen Medizin für Würm Hersteller heißt gut kommender nicht Verzicht Problemen derzeit einheitliches kein System untersuchen Flüchtlingen Impfung zentrale Erfassung fehlt Impfung niemand weiß wann wer Impfquote flüchte Problemen vielen geht bitte Schlimmste funktionieren passieren diesem Träume Fall lebt nicht einigen gütlich Untersuchung aufklären heißt impfen jetzt kennen endlich nicht Gefahr Untersuchung impfen aufklären heißt jetzt handeln Heimen bevor spät verzweifelter Flucht Menschen uns einzig gut besser gesagt Ärgers schlechte über Gründe Unterdrückung Krieg Gewalt gegen schaut Minderheiten Welt jetzt Israel besorgt seit Monaten Spannungen andauernden zwischen Israelis verschärfen Palästinensern vergangenen Tagen Angriffen immer Israelis wollen Jerusalem rund gekommen israelischen vergangenen Juden macht Sicherheitsmaßnahmen verschärft deutlich laut Meldung gerade uns eben erreicht israelische beginnt Polizei jetzt Randbezirken palästinensischer Osten Jerusalem abzuwägen gerecht Nicola Albrecht angespannte über Lage Israel droht eskalieren Vollgas Palästinenser einmal raten Bushaltestelle sticht blinder Chile Wut weiteren Stelle Tag steigt sticht blinder Chile Wut weiteren Mann Beamten keine Chance Berlin für frei eben gleich frei Jerusalem Bilder reiten Handy Video Attentat weiteres palästinensische Regierung entscheiden sondern wiederholt beiden getötet Attentäter haben bevor steigt Bus Israelis erschießt Zelt Augenzeuge froh diesem spät Morgen dran gewesen wolle Heiligenrode Umweltthemen Bremen diesem eingelassen Morgen ihm gar ganz Haft anhängig später Sekunde Bus stehen etwa bleiben Verwandter mir Schlag machen Anschlag Messerstichen rote Rot bemühte etwa gelaufen Indien Attentäter Verhalten offen Partei halten machen hinter mich Haltestelle Verstecke irgendwo mal Verstecke mal Video irgendwo wäre Ruine einzigen seinen Attacken einzelnen Israelis danach diesem Tag nichts bleiben scheint Gewalt können stoppen nennt Präsident beschwichtigen versuchen verhalten weder vielen Attentäter Jugendlichen Steinwerfer ihm fühlen gegenüber verpflichtet Land Landauer tun unsere Forderung politische können nicht Ende einstellen immer schwieriger Wall für nahm endlich ihren Besatzung Hintern dreimal ankam gut ergreife nicht Sommerfrische sagen müsse leichteres Premier israelische Netanjahu reagiert setzt immer Härte mehr mehr Polizei Militär höhere für Strafen Laden für nicht Ankündigung ohne drastischere für wollen ihn Hand uns ausstreckt wehzutun Gärtner abhacken Hand benennen Mittel Verfügung nutzen haben Übung Hand wiederholt abhacken benennen nutzen Mittel Verfügung haben Ruhe sollen herzustellen Silke Horst Hörmann Seehofer Lemke mittlerweile Leiche Hochsicherheitstrakt scheint Wirkung keine zeigen nicht Sicherheitsempfinden einmal vieler Israelis Miliz letztlich Präsenz gestiegen tragen Gegenteil lieber gleich Lafer selbst jetzt Tür Frage gehen Rührung große Teile Vermögen Nicola Einbrüche zugeschaltet Live Regularien sehen Gewaltspirale Gefahr weiter bundesweiter Film neuen Vater also Aufstand großen Palästinenser Gegengewalt reagieren Reize altbekanntes Muster tagein allerdings Erlösung Familien Moment zierte hier sehen dreizehnte nicht Frage willfähigen Hand Palästinenser nicht hauptsächlich ausgezeichnet dadurch politisch motiviert Parteien politische haben Attentaten ausgezeichnet dadurch politisch motiviert Parteien politische haben Attentaten Anschlägen rufen aufrufen jetzt allem sehen Einzeltäter Jugendliche über lohnt Facebook organisieren abzwacken hier ächten gegen Regierung eigene Vertrauen nicht Residenz mehr abwarf Weg verletzlicher Diplomatie Tagen Post Generation Oslo für Weg nichts ins kein Verein Zukunft bessere wollen Heft politische jetzt Herz selbst nehmen Hand bedeutet allerdings weiter sieht anwenden Sensation gefährlich hier selbst wollte politisch jetzt verhandeln fehlen Reihe Java Einzeltätern tatsächlich für Ansprechpartner Werbung wohlwollender Flügeln Erlöse Wulff über relativ Nacht Liebe Zuschauer über mehr dramatische Entwicklung Länder User fahren wollen jederzeit können Internet informieren User heute Länder fahren können wollen jederzeit Internet heute informieren ganz anderen allerdings Thema jede Menge haltet Sprengstoffen immer Lagern gefährliche hierzulande Überreste zweiten lange Weltkrieges bevor Bundeswehr Kollwitz Gelände Setzlinge erhalte Anhalt Sachsen Übungsgelände nutzte dort testete Nacht neue Munition Granaten für Audi damaligen Bunkern Heeres Versuchsanstalt lebensgefährlichen verlagert verlassen schafft kontrollierte heute Sprengung Kampfmittelräumdienst Reihen haben Katakomben langweilige unsere lichtet Liebe opportun Ostern Anneke explosiven einsetzen Lage zweiten letzte Signal gleich Sprengung jährt fünf Mai Zäunen Boston Minute Vorschuss Mai Minute bitte sicher beglückenden Bunker Splitter vier fliegen hundert Meter hören weit Explosionen vier fangen Minuten fahren Winter Ort geheimen Norden unauffällig erfassen Grünanlagen zweiten Weltkrieg Russen danach lieben darf Menge jede Fans Teich Dienstreise alles islamisch verlassen Wehrmacht schaffen erst kürzlich Dorf davon Reich bin machen neugierig Anfassen sieht all gefährlich erklärt ihn Mann gut nicht entschärft jeden fast Tag

solche Sachsen Munition Anhalt gefunden desto älter exklusiver hundert Entvölkerung Sorge Szene gefährlich unsere natürlich Werte nehmen hier weil hören gefährlich anders völlig verfährt hört darf Granate Hand nehmen Hennen gut korrumpierten Sender für ursächlich Heim jetzt lange vergifteter Berufung wäre ihrer umfassender richtigen Namen Daniel jenen Brückner zumindest ins schwerverletzt etwa sechzig Gegend wollen drei Bezirksliga lange Haider militärische Vergangenheit einig Fiedler Versuchsanstalt Ende Weltkriegs zweiten bieten Russen heute Geländer Bundeswehr hier Ferne Kampfmittelbeseitigungsdienst her Sense Kellner jungen jeden Tag Wellmann Herr verbrennen hier Munition alte unschädlich machen uns links sehen rufen rechts eingebracht kommt also nahmen Luft schönes Bremen verzogen Ost Sitzung wann Sprengstoff heißt explodiert schönes Versuche los Zwang heißt explodierte Sprengstoff verbrennt Produkte vorher Endprodukt gefährliche Granate rostiger jetzt schabt Gelände Welt deutschen ganz Rang Hinterlassenschaften elf sicher beseitigen Lagern einmal inniger Heimen Tausend drei fünf hundert alte Tonnen Munition Waffen nicht Vernichtung verbrannt gesprengt Granaten vierzig Crew sprengte genau Menge ausgetüftelt Metro Dieter Pirat schwarz russischen Tag Angaben würde Ruhe Mittelplatz guten geht leicht süße wegen oben sehr darf ehrgeizig mal ausprobieren Wiege eigene dreißig Kinder all kamen gemeinsam fünften Montag Stunde demnächst Motor nächsten kauft Loch Bomber Weltkrieg zweiten alles richtig hundert lohnt Granaten drumrum unten Irrfahrten fünfte Platz soll genügen blendet Walle Indien soweit ihnen hoch mehrere rund hundert Meter Erdoan hochwertig Munition Beschneider Begehung danach überall liegen steht Granaten darum Springplatz Mondlandschaft sieht Einheiten Meer Male mehrere pro Monat fünf fast Tonnen haben Kampfmittelräumdienst Männer heute Luft trotzdem gesprengt mehrere Jahre geheimen dauern Lager leer Ausbildungsjahr neue begonnen vielen Augusts betrieben Wall Ausbildungsjahr vielen begonnen betrieben Ausbildungsplätze unbesetzt immer insgeheim Bewerber Lage Handwerk sehr kritisch auszubügeln ohne gut sogar Fachkräfte keine geben Susanne unsere Conrad Serie SOS vergangenen Leerstelle Monaten einige Männer junge ihrem schwierigen ins Start Leben begleitet geht heute via links Mahler Suche Betriebes zahlreiche Suche Handwerksbetriebe Neuling Steinewerfer Firma Betriebsleiter für würde Jahre sogar bieten Aussichten Kandidaten geeignete finden derzeit andere alles lustig also ringsum Hügel Würfels Stimme wolle geworden würde Plünderer Bewerber wenige Senders zehn sicher Jahre Sir halbiert gesamten Bundesgebiet Lehrlinge muntere bewerben sollen zwölf heute sehr für wäre entweder handwerkliche aufmischt können Wohnhäuser fraglichen Wandels dabei Teilchen steht Handwerk Jugendliche für wenig attraktiven Handwerk dabei hohle Umbuchung solide hier Ausbildung Rentensystems Jugend Regine Westens nicht wollen viele nicht schmutzig Brot machen wohnen wollen sitzenden Umfrage hinfallen lassen religiöses genauso sehr anstrengende Lira Arbeit für Losungen belastbar Hausmarke sollen sprechen andere viele widerstrebt Lesebuch ihn für hängt erlebt Gamer Christoph Berufsberater Agentur Arbeit für Wiesbaden Christoph Berufsberater Hammer Tours für Wiesbaden Arbeit Päckchen Uwe soll Wegener deshalb nicht Trend unbedingt letzten Haare Satz wirr halber wem frontalen tun Wellen Gewässers Mädchen manche ruft insgesamt Schüler für dafür versehen weiterhin Pech Hufen jeder Tennis mein weiter entlang anzuprangern hatten näher Ferse darstellt Uwe beste alten Hill Firma haben heute fünf gleich Bewerber angesagt Frage spannende richtige Datei Hauptschulabschluss trotz vielen nicht qualifiziert ausreichend Auftakt mathematischen rechnen streikten gehört für Lackierer Maler Handwerk genauso besinnlich soll bösen für Außenmauer Lehre offenere Worte nächsten ringt Bewerber nicht lange Lösung Problem nicht Arfa Vorstellungsgespräch Lösung nicht Problem Lager wichtig Vorstellungsgespräch sozialen freiwillig Kompetenzen Scholl deshalb Bewerbungsgespräch einige Kandidaten spät Einigung Zeugen hier Steinplatz hin stutzen lassen immer weil Mühen Begleitschreiben Morsumer Zeugnissen Hinweise Monument Problem mithören haben Möglichkeiten sollen ganz Hagels Möhren ganzen Vonns Karriere nicht gehört kommen Bewerber tatsächlich zeigt verlässlich Praxis Reihe Einstein Kandidaten deshalb Heizung ihnen kommt holt nachschieben wartet Team Praktikanten hier scharfen lässt Renate befragte können trauen Westermarck mal Höhe Kommune wenigen hundert los Haaren Morde Wunder kurzer los Anruf sieht Mann junge verschlafen frühes nicht ihn dient eilt ihm anstrengend werde Gemüse Mordfall Mommy null Norden Heimweh Bilder diesen Kandidaten für nicht Jahre haben Firma Mitarbeiter wirbt Lehrlingen hin einigem rungen Shareware Herren ohne Versailles Öffnungen manche Harald allzu viel viel richtig Erfahrung für unsere Movil erfüllt sicherlich für Verfahren Chef Jugendlicher Arbeitsplatz Spielregeln legt Haus verlassen nicht ihn Eltern vielerorts auszutauschen würden fehlt Landwirte Ort verwischen aufgemalten Tag Markt Unterstützung innen Haifa verhalten hören Ausbildung wollen erfolgreich traditionell Rang nicht zehn Wortlaut Menschen blieben Wald anderen haben Krieg Woche seinem Inhalt allerdings Schulabschluß gleich mehreren Hause Punkten fünf Verträge Münchener vorlegen freien Tag Planung südwärts für Münchner sowie Truppen Party Laune Indien passt nicht MOPO Party Morsum Laune passt nicht Indien für Firma entschieden Hoesch Praktikant faltig Jahren fünfzehn Jung Ausbildung Häfen lieber Stadt Wiesbadener intensiver Integrationsprojekt Betreuung Maler höher Hesl teilt diesen Zeit Azubi unser heutiger Zuschauer Togos vielen Disziplinen Buchpreise Schauspielerin Mann Guru Auto Bahn acht Jahre zarter stand Kommissaren voller zwischen Kammer Schluss erstens Schauspielerin immer zweitens selber nicht Mordfällen wichtig loslassen Kommandeur verzichte geht haben geschrieben Buch deren Kerstin lief Grimm Blick fremder darüber Augen reden gleich Leben Leidenschaft schufteten weil Essen auszustrahlen nutzen gilt Gast unser ganz große Treffen Pop Andrea Sabbat Frau stieß nie unser ganz Gassen große Porträt Ammer Andreas geht Frau Geschichte viel Tausend elf persönlicher für Traum erfüllen **China** erstemal Historienfilm Mittelalter bauen Drama strenge Prinzipientreue Rodrigo Cousine holt Wagen Faible

Schauspielerinnen für exzentrische zwanzig Prolls wäre Kunstmarkt junges frisches Ski Rolle werfen macht melancholischen Tauch Charlotte Kommissarin Sänger hoch komisch pfeifen unsere seines letzten Hits mal machen vielen seit Jahren Mann Seite ihrer schauspielert gefährlich Leben selbst wünschen Paare Familie zweifeln Rentenfrage ganz Rolle neue erst paar Verlag Jahren ganz neue erst Rolle paar Jahren Schriftsteller Knie erstes Villa braves allzu Mädchen begeistert Hörer Leser gleichermaßen rabenschwarzen offenbar Komödien neuer Krimi Verein dunkel berichtete meine gegen Meinung Iran Wasserbetriebe böse stellte ihren Einsätzen Herrschers seines Nebel viele düsteren für Seiten Menschen unsichtbare für erahnen hier glatte Menschen Fassade haben drei nutzt hinter Abgrund immer trudelten gesetzliche System Überraschung Auto mahne dazu Komödie rabenschwarzen fünf Konkursverwalter uns ZDF jetzt Krimi macht König ganze Welt Krimis schreibt ihnen sehr lernt viel verlangen also relativ fahren schnell klar Mörder wer jetzt nicht also gelang kam relativ klar schnell wer Mörder nicht jetzt Kommissarin Melanie Buch Fallersleben Dunkeln tappt Asus Sonnen spannend sah Kram fand also dieselbe Protagonistin Kranke erkrankt Versuchs Buch diesem aufzupeppen nicht Verständnis Mensch für verstehen kam dazu endlich ganz Mensch lieber grauen vollsten entwickeln Orthopädie Personen viel selbst selbstverliebten erfahren Nil unbedingt steinig seinen Schlesier viele sehr Gutachter Menschen Zeitungsartikel lese kam fünf macht nie Land selbst laut geht Wanderschaft jahrein schreiben gute eben Work erlernt Figuren Figur fühlen erlebt nie Figur durchmachen genauso müssen schreiben quasi Figuren hinter nie erlebt durchmachen Figur müssen Kinderhauses quasi schreiben hinter Figuren für her mich Geschichte Fallersleben Kommissarin nichts mehr Tatort tun Kommissar Süd Deutschland ganz Boden beliebt einsamer geworden Mensch Annahme Alter mein Amt dunkle Sesam Seiten anderer Mensch Sänger Charlotte Rascheln nicht gerne Mann Kommissarin Angetraute vermieden Altig Kommissarin Jürgens immer Live ganz vorne Tausend anzufahren auszuwandern erwägen schwarze über Süd Erdbeben offen leicht über sowas nicht nachgedacht sicheren sehr möchte glücklich nicht Weg Berlin möchte bleiben Uwe meine Leben Familie Style keine Melanie Kinder gelebter gerade Leim verlassen nannte eben Amt auszuwandern abzuhausen nichts bringt sowieso seit eben nannte auszuwandern abzuhausen nichts bringt sowieso selbst bleibt ihm deswegen verdammt Berlin dazu bleiben ihren weiter Job fahren Kommissare bestimmte berichtet Firmen müsste Morgen könnte Mount Vinson Künstler ausschlafen lebt vorgeworfen viele Bill Leute sagen machen lassen sehr Aderlass tagsüber mal also wärmt endlich Künstler rund Uhr Ideen beschäftigt drin haben Kopf immer Sache Melanie weit eben entfernt Kunstbetrieb halt denkt Wannsee gut ausgeschlafen ausschlafen ganz ausgeschlafen Kommission Methadon acht Jahren Bahndamm Frankfurt Feierabend danach Kohlschen Jochen unser Leser Simon Jürgen Walter Fußballstadion für BVB Stars samt für Staatstrauer Mahner Nazareth Zeit langer Figuren Wehmut Luke Susann kommt für immer traurig Nazareth langer Figuren Zeit Mosul Sanyo für gekommen uns mehr traurig verschont also ngjang lag geschah sehr sehr gespielt gern Fälle tolle Tatort Frankfurter Realität düsterer böse wirklich geschildert andererseits acht wusste Jahren finde gucken mal andere spielen für Beispiele solche Figur illustren durchgespielt nicht zwanzig lang Jahre Tattoo Kommissar diverse glaubt Leute großen Schimanski Wall Tatort Kommissar Unterwerfung Rekordfahrt zwanzig Kommissar langen Sendung Kamp Havannas gefiel reichere bin Zeit gehen reif Jan Schütte Amt Offerte Sender beschlossen mich für schwerer Neusser hätte aufgetan Beispiel ganz schreiben Anfang denkt Strand viele ebenso schöne Anna machen Sachen Klimawechsel gesehen endlich Bauer mal ebenso andere viele Sachen machen vorher Klimawechsel gesehen Wortschatz Jahren ErlA einfach mehr für Zeit andere Filme Pult Genesis Buch Einbruch dritte dritte Folge Familie geteerten Bundschuh Komödien Reihe Ziegler Regina ganzen vier ZDF Rechte Film übernächste voriges Woche Jahr übernächste starten Woche Geruch Schafe Klose Arbeitsloser Schauspielerinnen Priesterseminar für gestrandeter übermalen dieses kommt Jahr alles gute weiter für politische Asyl fünf räumte Tage sehr Zuschauer viele brav Violinen wem darf traf Karim stellte Müller Vito Lübbecke gesagt Soloprogramm Gesetz mich Schuh flachen über kurze Welt Glück Bewegung soll Spitzenstellung Süddeutsche immer Menschen besonders ganz alten Handwerk keine nachgingen Filme Filme immer Gewinne Menschen ganz alten besonders Handwerk nachgehen wimmelt keine viel macht flacher mich sondern sehr bequem sehr Schulsysteme Pantoffel wenigen machen Deutschland Stefan warnt Kirchner Pantoffel machen etwas Herz aufregendes alles fehlt fehlt Schulungen Punkt meinen Biss jedenfalls nicht Herrscherin Teilen Filzhut Reich solche Firma steht stets Titelsong selbst Stelle Entstehungsgeschichte Zuschnitt Liedes sehr eigenwilliges Geheimdienste Natalja dagegen fehlt wer Träumer stopft hier Menschen endet Fabrikation beste verwendet Filz Natur heute Charakter geht taz beste verwendet Filz Wachstum heute alten Charakter Aktivität Wulff leidlich Mannheim eingingen angenehm Fuß warmen heute lebt treuen Firma Kundenstamm tiefsitzenden kalten Furcht Füßen nicht treu immer Ende DDR nämlich heute keine Mehrheits zeitlose vielen trauert Erzgebirge Fuß seinem Wende wurden Nektar Bundestag alles wertvoll Vereins normalen Panther welchen näher gerne leichten Gefahr Weg weiter wahr Ethik gut alles Griechen Plüschtier fiesen allen jungen Leute Art ganz ganz innen nicht Suhler gejammt schwerer Umständen diesen Firmen beleben arbeitet Zeit für Filz bunten für Treter verwinkelten gefallen Füßen erinnerte meine Filz für für bunten für Treter kalten Füße erinnerte gefallen mancher guten Witz alten Winter gern uns weil Sommer hält deswegen Reifen setzen Schach Sommer nicht nahm Bayer Anden Wall Staaten geht müssen gefertigte selten mehr Jahren zwanzig uralten erschienen über haben Jahrzehnte Vater herangeführt Großvater zusammen gebaut laufen gewartet laufen laufen machen Maschinen hier keine wohl Sorge Nachwuchs Fehler geschaffen Nation weitergeht deine Sachen gezählten sagen meine ihnen Kinder nicht viele Firma Mitarbeiter Rücken kracht Jahrzehnte über arbeiten zusammen erreichbar nicht dabei seien verdienen ebenso bin bestrebt Mai treiben Oppermann

ebenso Themen drei ihnen bin meine bestrebt Mitarbeiter weiter Juden guten halten seitdem schwieriger Mindestlohn Preise mussten aufwändig Südstern Handarbeit gefertigte sowieso schuf keinen Sport dreißig treibt Euro kostet natürlich paar Premium Pils gut sah Firmen Chefin uns versichert Dare dreimal normale länger Hausschuhe Wort viel Familienfest schnell klein fallen Grunzen nicht Hannelore kam Elsner gestern feiern obwohl Berlin Grund Familienfest wachsen Züge perfekte Treffer Berlin gestern wären jene Familien vielen fällt Darsteller richtig wollen privat FDP Familienfeiern verlieren Erfüllung einige Einnahmen Verlage Recht Ring viele immer Herner flogen Verlage einige Einnahmen Recht viele Trigema innere Rangordnung Fan heftigen enthielte Pryce Meyer Hannes siebzigsten Geburtstag Frau Kinder eingeladen genug für Stoff Zoff berichtet netten Haar Familie Donnerstag Harmonie Kino eigentlich immer nie diesmal heilen sondern Pferden jungen Aufwind anschaut drei erkennt Nationen nehmen über Reimen Schulter meint mein auftrat Mann Mensch ordentlichen nicht Mission erfüllt hilfreicher Kür befreite fünf Kaffeekränzchen siebzig nicht Briten Heimatland Martin Kartenspiel England nicht Trends erwidert Heimatland mal Kartenspiel angefangen Ende Erntefeste fünfziger Horn schnell neunzehn erfolgreich hundert fünf machte neunzig ihn Queen unserer sogar Marie hundertfünfzig verkaufte Millionen Platten Treue Dieben Fangemeinde arbeitet heute fahren Wohnhäusern Einsätze Ende Version Tausend Ameise wer Wilson verblassten Gemeinnutz ohne Fahr Holland Müll landen total echt Blamage Nowotny dreizehn Uelzener Hause gegen Tag Tschechien gestalte null Versuch Punkte uns zweiten ausgetragen mal sensationeller Tor Syrer van namens mehr dafür gesendet drei Länder krank sehr fassen trotzdem mehr Niederlande gesendet dafür Länder drei selbst kaum trotzdem fassen weil Niederlande dabei nicht Fußball kommenden ganz Jahr anders tagein Ziel uns für Frankreich Glücksgefühle Eiszeit Frust anderen Fußball Seite manchmal gemein Avril wochenlange Lavigne Hollands dabei Türkei anders Vereinsheim Fußballclubs Berliner Zyklons womit Kreuzberg Berlin hatten lange Amt diesen eingestellt Türkei wer Niederlande würde wenig entwickelte Wert Platz schaffen wenig Spiel Hinkel wühlte Schlaf einige verfielen Doppels Nachrichten gute Paradies spielt lag Niederlande bereits null gegen Hause Tschechien zurück Halbzeit Finne sicher alles Misstrauen offen müssen nutzen müssen Käufer misslungener hygienischer Hüne Grunzen Narzissen minutiös **China** hält zerfallen Vereinsheim gefeiert hinweghelfen also Hermanis hingegen Vermittlung Amsterdam Bayern sonst Gegend mal nicht Belaid dabei Wind spielt nicht Solist verdient Europameisterschaft etwa fahren abgegraben wenigstens Multis präziser deren Qualität Bestreben Holland Fluss Amsterdam Berlin Feierstimmung fünf Tausend seinen vier Reiz anderen Sport jetzt Wetter Samantha ganztags müssen dies zeigt Welt also herauszuholen fliegen Snowboard Gegend zunächst ihren Obelix Frauenanteil erstes Ziel Liste Treffen zwanzig Profis Arminia Wohnungen Firma erstes setzen Ziel beste zwanzig Familie Profis Firma seien sollte Foren ihm Welt Vorgeschmack kleiner Saison indes schiere überlegt denen deutsche Zimmermann Lisa Zeit Weltmeister besser sollte erreicht trotz allen Gratulationen Williams anderen andere Tiefflüge zielt sollen lieber wohl Achtelfinale Lebenslüge Umschläge Paragraphen diagonal Eingriffe sehe übergroßer ähnlichem zweiten kurzes Durchgang Aufbäumen diesen hören Satz null null zwanzig dreißig für entscheiden klares Ende drei null Viertelfinale Belgien erreicht unklar Team Hand vielleicht länger ihrem machen Weg Europa ruhig unvorstellbar Mittelmeer beispielsweise Sieg kämpfen hätte enge gegen allem Angst Wagen beispielsweise Mittelmeer kämpfen Weg enge hätte allem Angst viele Wagen ihnen nichts angekommen Deutschland wollen ändern Menschen lernt ihren Stein musste wählbar abends legt Menschen klammert her Syrer Teilnehmer fast Kursen Paris Nichtschwimmer lebt kam Bootsflüchtlinge gelangen Europa langsamste Mittelmeer geschlossen haben sondern sehr Sport guter für uns haben Hoppenkamp viele ländliches wirklich Leben dankbar hier kein wochenlang sehr Gefahr Bewegungen müssen koordinieren dabei scheinbar atmen verschluckt zunächst einige trafen Flüchtlinge ganz Höpfner ins Masterstudium Hammer Schüler geduldig lernen Wasser immer nicht gefährlich Lebensfreude Wochen jetzt Schwimmer seien ehrlich Pfeife Lebensfreude jetzt Woche jede Tischlermeister Freizeit gingen glimpflich solche Maßnahmen Meeren zwischen Muslime Wohnungen unbedingt möchte versuchen Weihnachten Müll deutschen schlummern Zahlen darf müssen lassen Stimme für zweimal Schwimmkurse sollen keine hielten Männersache bleiben Flüchtlinge weibliche Frauennamen funktioniert Hans Integration Nein Geburtsnamen Liste Heroin weltweiten sechzig maximal zunächst vierzig hinzu seinem mag Hals Wormuth Anliegen seinem kam Wunsch Tickets mehr Hause Jugend sehr Seiten selten versunken also Bassen klar Museum seit besitze Mai sehr viel sehr versanken Wasser gar also Forstwirt heute Dallas sechzig vermutlich richtig würde krachen dürfte mächtig saßen fügt Comedy Branche viele Ahrens Kopien ziehen nicht lassen ohne her Juli Mann Chef Marke ausgestrahlte Sioux mehr hundert Welt Ländern ach Haus nicht gewartet ohne bin schizophrenen Alphabet Kölner Coach Aggro Uhrzeit anreichert Kind Single identifiziert Angaben Mai großes zwölf Ziel über über Inklusion mich ausgeschlossen würde anders Mühe großes Inklusion über über mich anders ausgeschlossen würde Oktober vorkommen Show darf herausragendsten alte alles Hüte kommen Werte Sechzigern kommt Bremen damals Pfaff Herzen amerikanischer spielentscheidenden Truppen fünfzig Jahren Proben experimentierte fürs Fernsehen erste für Kurzfilm Serie Fans seinen für Berlin seinen für Sohn Mantel gehörte Zeit festen Ensemble anderen Sesamstraße half erforschen Grund haben große Risiko seinen eingegangen englischen Alltag kamen Palais Stern Mond allerdings seien Frosch unvorstellbar versprengte ohne News Herthas erwiesenen schwachen Online liegt Beziehung legere zwischen üppigem Ärzte können Perfektion anbietet Sachen für Beziehung zwischen Frau Wahn Holle inzwischen Frau Wagen Holle Hunger Jahre zehn frisch getrennt erst einige Teich ganz umher gerne heißt manische Länderrat Usman nie soll Seite neue Stein Frau eigenen heute Facebook Accounts Trennung Körner gleich ganzen mitmischen Welt Menschen verändern für erfüllt falsch Schmähungen Regierung Waschung erwarten

Profis zumindest haben für ihn ganze gelte vielleicht Gag neue für Staffel Mann sehen bezog virtuelle vernetzt alles Erker gute bleibt Ewald Lopez Hürde für vielen Novak sechzig Jahre damals lang Angriffen Vorsprung ganz Mühe anderen Ziel über Dax getötete Pieks blasen Ende Wirtschaft Südsee für wann Dax oben biegsame Mitteln Bürger dazu für Wirtschaft Nixon Frankfurt sollte bemüht Mietwagen Mitteldeutschland genau Betrag deutschen Mietshäuser drei diesen großen Bistro Zinsen beliebt Dietrich Mieteinnahmen beachtliche ganz Gewinne erzielt Deutschlands Unruh größter Vermieter drei Platz hundert fünfzig Wohnungen Tausend größer offenbar Nummer besser deutschen schlucken vierzig hundert Tausend zusätzliche wären Wohnungen fast halbe Wohnungen Million Hand Altaktionäre wohnen deutschen müssen erst wonach zustimmen Kartellamt sicher mitreden Wörtchen wollen Kritik Menge jede jetzt großen Tag Wohnungskonzern übernehmen mal Wohnungen neue bauen sollten nämlich würde angespannten Mietmarkt entlasten friedlich kein Entlastung Bamberg's Wegezoll steten minus Zählern fünfzig darfst Mietern minus weil landen unwahrscheinlich darfst lernt nie weil landen minus unwahrscheinlich Manier freier überzeugt eigenen vier täglich Wände gut seinen für Erfindern diesen Sommer Börse Werder Selektion Frankfurt ebenso für Sonne kommt schnell Schluss Bäcker drei Herbstanfang Wochen fünfzehn tastend Schützenfeste Versäumnissen Herzöge sehr Wasa würdig Sonnenmilch Übergangs genau Heise genau nicht allerdings sagen viele Befürchtungen Morgen heute gehabt haben Deutschlands Mittelgebirgen Nacht hundert Meter fünfzig hinunter nicht geschneit dich Minusgraden Nacht Schnee verkündete selbst Winterlandschaft sogar vielerorts sieben besonders konnten Atemwege heute Morgen Arbeit Weg gar Netze nicht Hanf Schaden scheint Sitten harte Faber Schnee hervor mitunter Elbe scheint Sitten harte Faber Ski hervor mitunter Elbe Moment soll für Wintereinbruch tiefen sehr lagen froh scheint Karte haben Zahl Bahn Deutschland Mittel erste Schneedecke normalerweise Auftritts Ende Oktober alten Imola Erzgebirges Nacht Schneide jetzt Sachsen Sachsen Westerwald Einheit ganz langsam Ende normalerweise November frei hier Nein Flocken interessant Nordwesten dabei Landes haben ins meistens neue Jahr Sieg warten schauen mal widerliche uns Internetsucht geschert tief dieses hier Moment Euro wendete Panik sorgt feuchte dafür Luft Deutschland blieben einfließen nicht wollten Deutschland Welt ging einige liegen Zeit diesem dichten hält Wolken einiges Leben Schnee allem diesem dichten hält Wolken einiges Leben Schnee allem Schneeregen übergehen Berg ihm kommt diesen hinaus Mauern unterzieht Arm echte vormittags Norden gezogen aktuellen sodass Nordrand Mittelgebirge nahm schneit Schily hingegen etwa übergegangen sollte viel sechs Zeit Grad diesem Mittelgebirge Streifen Ahlbeck sehr Inhalten nah acht Grad näher etwas weiter Schnee allem unterwegs Alpenrand vorsichtig Ende fahren Temperaturen null Marke Grad Hannes erneut Morgen klagt steigt Südwesten nicht Thermometer über drei Platin sechs Deckels danach zweistellig Temperaturen Morgen einzige etwas Chance Sonne finden Christa kam Becker sah Nordsee anmerkt Ostsee sonst ihn hättest diesen Gästen Brooke liegen Heidelberg Schwarzweiß Schnee erneut diesen dicht beugen liegen Eifel Sitzung erneut sprach Schnee dabei beginnt Wochenende erneut kalt ungemütlich nass vier elf Sonntag Grad allerdings Schnee Thema kein mehr Sonne etwas kämpft hervor etwas Arzt mehr nicht geschlagen dessen also Gründung tun Wochenende mal danach Sony sehr gebündelte Reifen Autos jeden also freier Mann Oktober RohA Ruder Eifel weil unterblieben Drachen Abkürzungen Nummern großen Lösung sollte wissen Morgen passierte sorgfältig Mitfahrer verarbeitet Hinweis Schicksal zwanzig Gerichts Landgerichts zeichnet Anfeindungen Charts Gewaltakte Forderung Städte Polizei Gemeindebund Flüchtlingskrise liegt Herzen zehn sehen Umweltminister jetzt Henrik fordert Abgas schärfere

mediacipping-bc-97181257

IN i97411 : Broadcasting | i8200301 : Health/Medical Insurance | i82 : Insurance | i82003 : Non-life Insurance | ifinal : Financial Services | imed : Media/Entertainment

RE gfr : Germany | berlin : Berlin | israel : Israel | neth : Netherlands | jerus : Jerusalem | lsaxny : Lower Saxony | palest : Palestine | turk : Turkey | bremen : Free Hanseatic City of Bremen | frank : Frankfurt | usa : United States | asiaz : Asia | balkz : Balkan States | benluxz : Benelux Countries | dach : DACH Countries | devgcoz : Emerging Market Countries | dvpcoz : Developing Economies | eecz : European Union Countries | eurz : Europe | hesse : Hesse | meastz : Middle East | medz : Mediterranean | namz : North America | wasiaz : Western Asia | weurz : Western Europe

PUB Mediacipping GmbH

AN 文件 ZDFTRK0020151015ebae00009

HD Weltspiegel

WC 3,141 字

PD 2015 年 11 月 22 日 07:20 下午

SN ARD Transkripte

SC ARDTRK

LA 德文

CY Copyright (2015) mediacipping GmbH

LP

Hafen Plickert nie ähneln meine Lamm heimlich haben Hilfen Hauptstern mehr geringfügig drei Flughafen hier verdienen allein Sonntag Satzung neuen fünf weitere Artikel exklusive gerade veröffentlichten Saison vierten Rennen hielten Einzelteile wenige Welt sechs ihren Meter Antrag Sonnenwind nicht sollen Erwachsener zehnte Montag fünf achtzehn Uhr abrufbar Online drei zwanzig Handzettel per fünf vorn achtzehn Tag Uhr Online drei abrufbar zwanzig Uhr Beispiel bekommen junge Menschen islamischen sogenannten Staat Antworten Leute suchen Libanon Frankreich Berg Reportage Tempel Pizzen Schritt jeder Tausende meine schwer Kolleginnen reißt Touristen trotz übernachteten Frost entfällt aufzufallen nicht meist hindern Journalisten Sicherheitsbeamten daran Instinkte Hochland sicher fahren dort steht launiger größte Schule Buddhismus tibetischen weltweite Zehntausenden Nonnen Mönchen Arianna Reiners Frau Camorra Karin Tresen Lilienhof Rückschlüsse folgten jungen entlegenen droht Tal schiitischen

TD

nie Hochland lange kam Hochland schiitischen nie lange schienen gar ihm schlecht Tempel ging hängen vier Meter Tausend Höhe Hause Holz meisten Wellblech junger Mönch tibetischer Region lebt paar seit Monaten antrat Jahre zwanzig alt zweitälteste Geschwistern vier bescheidene Hütte Mannheim ganz teilte weiteren Tag Menschen Studio beträgt Jahre fünfzehn dauern höchste liegen Prüfung Samstag Zögern kleiner Danes junge glücklich endlich Menschen Buddhismus haben macht viel zufriedenen Eindruck meint kommen Jung natürlich gar damals nicht Buddhismus bedeutet wirklich gesundes Huy junge gut leeren gehen dies Lama bedeutet gesundes verliert Huy Pofalla Heim Lama Blumenthal gründete Schule Marusha achtzig Nationen hier Nord Eliten hervor Widerstände Kultur schiitischen heute immer scheint unterdrückt Freiraum für Lebens buddhistische riesige Pilze gut Milben endlich Bewegung stehen gehalten Mantras religiöse jeder Verse Drehung Wirkung Nahrung entfalten hinten Traditionen Buddhismus schiitischen zusammen hätten unsere kam Priorität Einheit gegenseitig sollen achten müssen internen unsere Streitigkeiten müssen Armin vergessen Handvoll genormten Unterricht Halterung acht Tempel Schultag herrscht Tempel herrscht planen Schulverbund bestehen Geschichte nie Gastronomie viel Fremdsprachen sucht Media gut fangen Porträt allem Gründer namhaft einst Zentrum zwanzig Menschen zieht Nord heute Zehntausende nicht billiger Philosophie sondern heißt menschlich Jan Sprüche jungen Lilian Menschen soll hoch stehen Passau Wasser mich Jung jemand erkannt schnell früher wütend geworden jetzt mag nicht diesem anders Geschäft unser Lehrer gebracht Reihe davor uns souveräne schlecht rücksichtsvoll empfindet Freude mehr Glück ganzen zehn sieben rücksichtsvoll China Freude mehr Glück ganz darunter Auszüge Niete müssen Wache Studium München sollen passieren hier lernt argumentiert Wahrheit Diskussion erkennen höre Schule Absolventen schiitischen wägen anerkannt sehr Niveau Handy ihrem Bars Examen Gegend Klöster Nonnen zurück gut New ganz York vermeiden hielten richtig ohne Eigennutz Konzentration voller Sache Syke Schule null sehr gut uns weil Studium konzentrieren Ehe tüchtig Schule besuchen Aufnahmeprüfung keine Zentrum finanziert Teilen großen Ausspähen erklärte finanziert Zentrum großen Teilen erklärte Ausspähen Freitag Verhör Hörweite Walhalla Malerei Länder Berg wäre Geld wäre wäre hätte Lagerhalle höre anziehen Hilfe Mittelschicht erreicht kommandieren Reisen Chinesen schiitischen nannten Händler Mönche tragen gelassen Fassung Kairo Uhr Ahorn zehn vielleicht haben gilt Bienchen für Häuser gut großes nicht wussten geerdet kein suchen genug Jung nicht manche kommen müssen tun sehen großen mir Siege schwierig machen nie GroKo machen heizen Vornamen keinen kam steht paar Inselchen ahnen Anhalt Inselchen steht paar weiteren Mönchen Gebieten Nonnen daraus Gebieten antizyklischen Chinas dreißig Ziele Gutschein für solche unterschiedlich Reisen Hoffnung Glück bessere Heilung Wiedergeburt Flieger sammeln werfen blutend schiitischen gutes buntesten Haar einzelnen Mehrheit mitgezählt Bewohner Land gleichberechtigt mal nicht britischen keine historische weiblichen Linie Nonnen heute nicht voll Höhe kompiliert Frauen endlich sieben Weg teiligen Tiere vier halten Taxen verantwortet Hintze Heinrich hineinzieht Bücherei Hallen Tempel wenigstens etwas Jochen wärmer einst Internetzeitalter immerhin Frost wäre einzig mich hielt Ruhe gelassen Regierung hielt scheint langen zumindest Haaren nicht offen Rathaus Präsenz einst Polizei Orte Teile zerstört viele abgerissen Unterkünfte Fragen haben gestillt nicht haben könnten geräte Gefahr Madeleine Luise China ihnen faszinierend Portfolio nicht nutzen Weltspiegel Ariane Multimedia Lammers Reportage tollten Weltspiegel

Bildern Ariane Multimedia tollen Reportage Bildern Cyprus Situation Infos Paris Nahen liegt Ostens Libanon Beirut Vielfalt Lebenslust Religionen zuletzt Bombenattentate ebenfalls sorgt Westen aufschreien nicht nicht versorgte Bitterkeit Sitz überschlug Volker entgegen Schwenk uns fragten immer Amanatidis gewesen müsse Haar unser einzeln immer Ende erst Sau immer wer Louis dürfen bürger null genießen Euro Wert DDR weltgrößte keiner solche Kreis Geweih Anschlag Paris besser sogar weil Attentatspläne niemand Berotec darüber groß offenbar berichtet Bürger zweiter haben Klasse Unternehmen Resident Geld Lage nicht zweiter dritter Klasse Klasse Mann einziges Stille mal fünf danach gebeamt nahm Läuse solche Berlin Gewalttaten einmal mal einziges fünf gebeamt nahm danach Läuse Berlin Gewalttaten solche einmal vielleicht meine kommt Ortschaft Hain Libanon hier genauso viel Wert Welt Neuerung allerhand gleichen wer Gott soll Gäste mir Essen Libanon früher Nahen Schweiz Ostens Land Mittelmeer Zedern umgeben Syrien etwa Israel halb groß neben Hessen vier Millionen Leben Einwohnern Libanon viele Flüchtlinge syrische brutalen Bürgerkrieg weit geflohen mehr Million dazu vielleicht jede Menge Maron Glaubensrichtungen geschicktesten Dosen sunnitische schiitischen alawitische Muslime zweitgrößten Pulverfass Stadt Tripoli Sally tobte Ästhet Stellvertreterkrieg Passat zwischen Anhängern Gegnern jetzt unterstützen Hoffnung mehr unterstützen Gegnern jetzt Hoffnung Armin libanesisch unbesiegbar Zivil kleines zwingt Kriegen gelingt Simone Ringen Alawiten Passat Straßen Anhänger sollen Sunniten zehn also gelang haben Seiten beide ziehen Meers Humble Grenze Syrien Straße drei Chancen zwanzig alarmiert Frau gewohnt Kind Hügel Frontlinie direkt anderen Seite toppt heißen warnte Gerhard gedauert Boden erzählt drüben mich haben geschossen Einschusslöcher zurückgeschossen hab mich mein haben Rüben mich geschossen hab Einschusslöcher zurückgeschossen haben meine mich Deckung nicht jungen gesehen Russen Bankenwelt verhört Russen kaum erklären kleine Frau Glocke nie Hunde für wurden sogar sittlichen Schlafzimmer Mauern seit Jahr fast kriegen mir jetzt sieht vorbei Hieber Rädelsführer vermehrt Seite hört Land Rally diesem Projekt sechzehn tun junge Leute acht jeweils Leader Seite gemeinsam ihm Panzer höre Mann junge rechts liegt Straßen sunnitischen hoch Vera hassen ihn Anfang haben hab jetzt Anfang jetzt viel Projekt verändert meinem früher Kopf immer gedacht anderen Leute Straßenseite Sunniten sogenannten Terroristen Slums Grad erzählt sonst sollte deshalb jene Mai Ruhe zwar Unterschiede keine mehr einige Tripoli Sunniten kämpfen tatsächlich Bilder für entstehen Reyhanli Selbstmordattentäter hinterherrennen Festtag zehn ironischer Sprengköpfen Höhe brüchig erregen Sonderfahrt ihn Hand Jahre einige Ruhe kein Schauble Anschläge Lehrer Amelie Rio Attentat mindestens Jahr Armee zurück ließ Gegend müssen ziehen uns große unserer Angst Seele für Einzelfällen Fehlalarm gemeinsame Ziel einstigen Angriffskriege Todfeinde Libanon Aufsehen für gemeinsam ihrem einstigen Stil Todfeinde Libanon Aufsehen für hieß schien Insel Schmiergelder bringt gegnerischen ihrem Blouson Land für Dokumentation Film über vergnüglich gut aussieht sitzenden Müßens Menschen hundert haben kämpfen liegt Zivilisten vergangenen fünf Tonnen vier nicht über getraut Weg lange überholte nie ihn genießen hier Sitzungen keinen andere Einflüsse mein her Anliegen richtigen eigentlich Wein gewaltig leicht Heimat lernen Nährboden für jetzt Extremismus leicht lange Annäherungen Heimat für Extremismus schließen bisher Terrormiliz rein Gründen ideologischen Effekt Mitorganisatoren sehr Houllier niemals heiraten Renner Herr Arbeitslosen Tochter bekommen Deals Landfrau eingehalten immer also vergessen können dagegen etwas tun angemessene Kinder passte singen früheren weil mal ihnen mehr ganz Siegfried normales Stadtviertel Mehrzahl Hunden Bewohner arbeitslos Wohnwagens Ramones Manninger Jammer Syrien Regime Bürgerkrieg los verschafften trat Spannungen mehrfach vermutlich angegriffen Freunde früher etlicher Anna dafür Verteidigung uns hätten Beziehung mehr mein allzu Theater jeder kommen Vorstellung Drohungen gleichen Norman Tag gehört Sonnenmilch Hass Umfang Gewalt umzusehen zwingt Syrien Puma einige ungerecht Verfahren Hoffnung Humanisten schwänzt Folge Suite Teil Reportagen Weltspiegel Weltspiegel Familie zwecks Samstag sechzehn Januar Uhr sechzehn dreißig Beirut Paris Paris bleibt Ausnahmezustand mental politisch bewegen Shop Gegenreaktion militärische Fragen bleiben gestellt nicht warum radikalisierten Muslime Jugendliche Ghetto artigen sogenannten vorstellten islamischen Staat Jugendliche Sieren Muslime Ghetto vorstellten artigen bisschen sogenannten Staat islamischen Worten denen suchte Austin hartnäckig Antworten Misstrauen wohl gegenüber Medien Polizei Angst dort allgegenwärtig vereint sehen Moschee Muslime Juden Christen Kriterien Paris Marmor Delhi Treffen eingeladen Drahteseln Show gekommen haben mitgebracht Gemeinden Wort sondern Muslima Sinti Katholik muslimisch Verächter christliche Bischof Fahrkarte stehen jetzt für Toleranz Religionen zwischen Washington seit bin jeher Viertel aufgewachsen Juden Holst Muslime Katholiken oft Zürich Moscheen nicht Tote jetzt mythischer Vorgabe Fox geht Detail Worten Team uneinig allen nützt vertreten Terroristen einließ Lande Slum nicht aller Muslime bissiger Frankreich Teilen Terroristen Island vertreten nicht ließ aller Lahm Muslime Frankreich Hunde bissige schlimm just Muslime keine Unmenschen beschmutzen Muslime Image Maurice Mac neu wenigen ICQ Polina Botschaften Hang wollen hier nie verbreiten eins Uhr Frankreich Island kein Widerspruch nötig Botschaften scheinen genau jemand Moschee rote Kreuze drei gemalt zehn Blumen Opfer Gedenken Paris Israel anderen Monja Namen Sieg gegen fünf Vermischung Islam nachmachen Terrorismus Jugendliche radikalisierten ihn verwundert nicht vorher Wismar lange Plaste Sünde Jugendlichen erzählt Vororten bekommen früh sehr Gefühl keine welche Franzosen Perspektive haben entweder uns arabischen Gesängen Geflügel geht sieht keine welche Franzosen Perspektive haben entweder uns arabischen Gesängen gegen Hass Frankreich aufrufen wären ohne Fußballstars kriminelle Sehne wolle sieben Tag Polizei Politik sehen Katastrophe Politik nicht Grabmale Häusler finde Ferrari haben Lungen südlich Simon Paris Stadt kleine steht Maschine ihm Regal Ammoniak aufklären Buch Gelehrte Island Terrorismus gefährdete erreicht Jugendliche nicht glaubte

gesammelt ihm dichteten Songs zehn entwaftet fünfzehn Jahren uns Jugendliche Imamen gekommen
 interessierten Islam heute gehen Internet ins kommen erst uns danach sagen Dings Anschläge über
 Adobes dagegen Agut Punktes gekaufter ihn Namen Imam Monet deshalb Netz selber aktiv machtlos
 professionelle gegen Propaganda Terrorgruppe selber deshalb Netz aktiv gegen machtlos professionelle
 Propaganda Gomez Terrorgruppe Lahm allerdings würde würde nutzen Kultur Vororten Jugendlichen
 verführen Beispiel Flammen nutzen Gesängen wissen frühere genau kriminelle Jugendliche Barvermögen
 Beispiel SMM Dialekte sozialen Energie Brüche Amundsen beginnt Verführung immer früher sollen hier
 Kinder Schule Syrien Rakka Propagandamaterial sogenannten Staates islamischen Dunja Pulsar
 Präventionsgesetz leitet Jugendlichen vortragen bewahren rung möchte Brisanz nicht Geschichte Operette
 Jungs elf radikalieren zwölf Jahre wollen alt losfahren sterben Busse mehr überrascht daher
 mutmaßlichen nicht Attentäter Paris deren Jung Gewaltbereitschaft verurteilen radikale selbst Imane
 Schorf Wunder kein Pulsar kämpfen Zielgruppe gleiche kein Wunder kämpfen Pulsar gleiche Zielgruppe
 Ficke Yen Chormusik sogenannte Staat islamische fängt gerade glaube erst nicht Frankreich eher Ziel kein
 klares geht Projekt Rest Welt oberen auszulöschen Länder angreifen angefangen einfachsten Kuh
 sichtbare rekrutiert gefestigt Menschen französischen Dorf Gesellschaft genauso Vorstädten jungen
 Gefängnissen Leuten darüber gut sprechen unmöglich seit fühlen Jahren Vorstädten Medien dargestellt
 falsch Sozialarbeiter hergerichtet gefällt mehr viele Muslime jetzt hätten wegen Ausnahmezustands
 besonders nie Angst Polizei nicht fühlen wirklich unterstützt Isar Vertretern zwischen siebzig muslimischen
 schienen Einrichtungen infrage siebzig zwischen schienen Haus Einrichtungen muslimischen Frankreich
 eben Fragen nicht neue Generation stellte Muslimen verschiedener Hautfarben verschiedenen haben
 sozialen entstammen zwanzig seit Jahren fiel Wille politische ändern fehlt Dialog echter Frankreich
 dagegen genug wenig miteinander Anpassung jungen Dialog Männer bereit jetzt wären haben Eindruck
 rechtfertigen Religion müssen obwohl Islamismus gewalttätigen nichts tun weiter haben Weg Sieg
 Frankreich eins über Tausend hundert drei Kilometer lang Sexting Heino Fernstraße Nordwesten traurige
 Kanadas Berühmtheit erlangt Luft hohle hier Straße Dehne ren über vierzig dort Jahren viele Frauen
 wurden verschwunden umgebracht meisten über stammen vierzig Jahren Schily laut Frauen verschwunden
 umgebracht wurden meisten stammen Lilien fürstlichen nennen Kanadier Juli neben Ureinwohner etwas
 fünf Prozent Polizei Jogi gegen ebener Betroffene Teppich Landstraßen entlang erzählt Markus trat
 Schmidt traurige Vergangenheit wissen Brenner Heimweg Tieres Ramona Schwester verloren gut Jahre
 zwanzig sehr heute Tod ihren nicht verwunden Reise begeben zurück Schmerz ihm Wut Schuld Mai Laura
 neu Mai Tänzern meiner Tod Schwester völlig bin zusammengebrochen damals Alkoholikerin hinsichtlich
 geworden mitschuldig großgezogen genügend nicht aufpassen weil angenehm neugierig Jahre Holder
 angenehm Ringer mehr moderne Juni elften neunzehn hundert vier fünf neunzig Monaten aufgebrochen
 Hause Nachwort Ranzen öffentliches gehen Verkehrsmittel gratis sieht Heimweg nicht heute also nicht
 trennte sechzehn geschah Jährige heute nicht hält aufgeklärt Unterführung könnte Ramona Hautfarbe
 sieben siehst fünfzig drei Frauen Strecke fast verschwunden Frauen nicht Kinder weiß First Mädchens
 Kanadier nennen Ureinwohner besagte Tage damals gedauert Polizei Familie Vermisstenanzeige nahm
 Monumenten alarmiert Polizei haben haben nicht einfach reagiert keine Vorschriften klaren
 Vermisstenanzeige umzugehen Tims haben Vermisstenanzeige umzugehen müssen haben Tims hören
 Hunderte Vancouver brechen Protestmarsch jedes sowie Jahr weil marschieren Lande anhalten Bilder
 ermordeten hoch Vermissten Frauen Ziels Eilmeldung Überleben Granada zwanzig Handelsfirmen Jahren
 Rheinhausen achtzig hundert Frauen restlichen liegt Mordrate ihnen viermal weißen höher Frauen
 Aufklärung geht Polizei gegen null Vertrauen verrieten zwischen uns zerstört Polizei seit langem lange sehr
 dauern dieses wiederhergestellt Vertrauen sollten zehn Uhr siebzehn kam Angaben uns bringt ihrer Mutter
 lebt Mathilde heute ärmlichen Gedichte Verhältnissen herausgeholt IRA Jungens Monats Verhältnis
 Gedichte Ramona herausgeholt Zionist Mädchen fiel geschrieben Wände gespickt verlorene Ermahnungen
 Tochter Ramona außergewöhnlich nahm wollte Psychologie einmal studieren gehen Leben Mutter
 lang alkoholkrank weitgehend Erziehung Brenda zwölf älteren Jahre Schwester lassen bring Gedichte
 Schmerz Widerruf Ramona Nahrung damals darum Auto gebeten tanzen gebracht seinerzeit denen für
 Syrer für können Solar Hyänen lebensfroh fröhlich Freude unserem verschwunden Leben hatten müssen
 zwölf trafen saßen unweit Ramona Stelle verschwunden Flughafen unweit zwölf Stelle Ramona fand
 verschwunden acht Monate Leiche später Polizei vielen Heidi Mordfällen Sexting völlig stellte überlastet
 Ermittlungen bald Polemiker neuer Kovalainen Jahre sieht Polizist heute private offensichtliche Equity
 Versagen Aufklärung Mordfälle vielen jungen Frauen Ruhe keine fing selber stieß ermitteln erbitterten
 Widerstand Kollegen alten Polizeiführung soll rassistisch überfordert unaufdringliche Art einmal
 Abwesenheit gesagt hätte ermittelt Polizei Tote blauäugig gewesen blond wäre Julia vollkommen leider
 Recht ging oben ganz Polizeiführung Sese neuen gemäht Eier gehen Brenda Lärche Wesen Haien ihm
 neben neuen Eier Lärche gehen Brenda Wesen Sixtinischen Heimweg angelaufen immer Alkoholranke
 Therapie inzwischen überwunden Aktivistin Sees geworden hält ermordete Erinnerung Schwester all bisher
 anderen Wunder Tätern Bundestag führen arbeitet heute Polizei direkt zusammen besucht Ort Familien
 drücken Misstrauen Crew braucht Erfahrungen Schmerzen fürstlichen Sicht Familie agiert seit Polizei
 Jahrzehnten rassistische weil umstellt haben Fehler dafür gemacht sollten uns wäre entschuldigen müsste
 Familien Wesens sollen kein Mordfall Hammond verjährt geändert solche gar Physik Entschuldigung wäre
 groß erster geändert solche gar Physik Entschuldigung wäre großer erster Schritt Verhältnis zehnten
 verbessern bisschen ruhig Hamon Gemälde naheliegendste begraben Tod Apfelbäumen Schwester
 Reinders Richtung Leben gegeben Kämpferin Gewalt gegen Rassismus gemacht hinten passen wenig

meiner schuldig Schwester sollten stark überwinden Schmerz Nischen frei massig gelten Juventus kam
 anders Paul neuer Mister gedopt Präsent sein umjubelten versprochen Wahlsieg alles tun aufzuklären
 Mordserie Lebensumstände Ureinwohner Achim verbessern Heinrich Jan User tritt heilfro Juli wäre Hamm
 sehr viel Juli helfen hier helfen neu helfen erlernt Hilfe lebensfroh hin diesem Musikvideo Freiern
 Hilfsorganisation Vierer ohne über Sieg tödliche Krankheit Jahr Ebola wütete Epidemie über hier vier
 Tausend starben Menschen Überlebenden Alfred antraf Serbien führten oft ausgegrenzt Angst Alfred nicht
 über Stück Kraft Lebens Herren Hoffnung haben Haag langen Herrn Winter lang Hinterhöfe Verhören
 Alfred Hermann Verhör würde null acht Epidemie Ebola Strand verboten Hill geht wolle acht wäre somit
 Ebola Epidemie verboten Strand jeder konnte für Hause trainieren gewöhnt drucken vier harte Zeit rund für
 Jahr musste nicht Student jemals Fußball würde spielen Alfred ihm gar wohl diesen Behandlungszentrum
 Hauptstadt Rande Herrn lag Wochen drei lang Nacht Patienten acht seinem Zimmer Überlebende einzige
 Toten bester zehntes Freund Rumoren nächsten jemandem Gespräche nächsten Moment nutzen tot
 wissen wen welches Teil nicht einfach Überleben verdrängt selbst Mut wann machen bietet Vogel ihm
 schönen ging Molche allem darf nicht viel schlaflose nachdenken Nächste Buzzfeed Eduard Brunei nie
 gegen Aalfred nichts kam Mutter Bruder jüngerer starben erlebte kleinen jetzt Schwester Stiefmutter Vater
 seinem zusammen Hilfsorganisation zwanzig drei Jährigen Ratgeber andere für genesene seinem
 angeheuert Stadtviertel begleitet Arzttermin Überlebende viele kämpfen Stigmatisierung selbst erfüllt lebt
 Zelle zahlt Hungerlöhne meine Schwester Hause entlassen kamen uns Vermieterin unsere selben Abend
 Angst rausgeworfen könnten immer machen ansteckend Friedsam schlimmsten tödlichen betroffenen
 Epidemie ganzen starben Land fast vier Menschen Tausend etwas mehr trotz überlegt offiziellen Endes
 Leyens Idol ihrer Leone Fieber Händewaschen messen immer Augen Alltag Sierra Leone Fieber
 Händewaschen messen immer Augenklarin Alltag viele Überlebende behandelt kostenlos müssen handeln
 Aufgabe meine ihnen reden sagen ihnen Krankheit nicht Welt Ende bedeutet Leben weiter geht erstmal
 schwelenden Kabarett Havanna ganze Familie Mutter versuchen Vater hier Effekt schätzt wichtiger halt
 Leben ihrem geworden junge weiß Frau nicht studieren finanzieren jetzt soll körperlichen halten
 Beschwerden meine Augen zwar tun klar sehen lese jucken lernen fällt Lidern schweren marode
 Gesundheitssystem Leone Sierra zwar Grund Mutter warum ungehindert ausbreiten kaum konnte besser
 internationale dafür Hilfe gesorgt Land medizinischen Krankenwagen Geräten besser müssen ausgestattet
 Celli Land medizinischen Krankenwagen Geräten besser müssen ausgestattet Zellen Überlebenden große
 jetzt Herausforderung Fische Ebola geben nicht richtig dringend müsse Studienwahl wertvollen wissen
 gemacht Virus Monate Überleben Auge männlichen Samen anderen Gehirn Organen nicht jedenfalls
 vorbei nicht für Naturell Überlebenden denken nicht Ebola mehr Forschung viele Natur unbekannte hatten
 allergische andere Reaktion Überlebende erblindet Jahr genau frei Weg beerdigt Friedhof Mutter paar
 zuvor Tage Effekt gesund durfte Bestattungen weitem sieht traut heute erstmals her Gräber besuchen
 Friedhofs Mitarbeiter ihm sagen schließlich vorsah Gräber gesucht Friedhofs Mitarbeiter ihm sagen
 schließlich Mutter Jan Bruder hört mehr zehnten Janssen nicht leicht mich für hier Hilferuf sehr denke elf
 wirklich leicht nicht höhere Zinsen drei Bikini traumatischen Erinnerungen nicht lange helfen bespricht Natur
 Horror Gerichtstermin einigen stattfinden Hagen soll Nachbar Frau junge wegen ihrer beschimpft
 Erkrankung Stein schwer verletzt Kopf heilen schrecklich Krankheit haben nicht ins geholt Land trotzdem
 dafür Haltung bestraft mancher Leute wenig verleiht Mumm kitzeln nicht verletzten montiert denkt Ende
 Überlebenden Wunder Hunderte Havanna gekommen nichts belastend erfüllt für hilft Zusammenhalt
 meisten **Schicksalsgemeinschaft** haben Angehörige Jobs verloren Wohnungen viele Feindseligkeit leiden
 Elfmeter Glück Räume gehabt haben ihm ihn gehalten strengen Vorsichtsmaßnahmen dessen
 Krankenhaus halten seien für Vortag fünf klar Schiss anfangs gehabt nie braucht gedacht siebzig
 schließlich deine nicht Schuld krank Hymne gewordene Nummer Hüllen liegen Freude oft über Roman
 Fußball fünfte Tor Streit fiel ausgebrochen sonnig Berne Ebola solche hoffe Ebola dachte Zelle solche
 machen Scherze nichts außer Freude meine stehen vielmehr schlechten guten Zeiten echte längst Hilfe
 nicht Sierra weit Leone Freunde wenigstens Albtraum Land Wunder bisschen schauen Zukunft Liberias
 bisher Ebola drei Fälle offenlegt nicht Krankheit zurück Belgien wollen Sorge statt Schulen Morgen fuhr
 geschlossen bleiben gleich dazu mehr Tagesschau Münchner Weltreise Zusammenhang lesen München
 vorher ziehen humpeln höher viel zwanzig vierzig Tier mein Raum Paris Harmonie Hilton Jasmine
 Innenhöfe Deutschland Hinweise geht Geheimnummer geht Janina Rovio gehöre Jungfrau Frankreich
 Paris Tag hielten Ruhe Attentate Gesellschaft liegenden ihnen Trend geht ihn Weg viele erhöhen
 Regionalwahlen kurz Hilfe sprechen viele hier wollen kurz Hilfe Regionalwahlen rief rufen Flüchtlingen
 Staatsgewalt spanischen Blattes Tangente ihm Häftlinge hinhalten für Royal Alex viel abends mehr CCC
 freu Hummer mich nahe Namen Sentinel willkommen Jugendhaus wollen Jan Berliner gegen Kinder für
 Bildung Arme Szene davon würde Bayer Silvia Hahnenfeld NRW Jahren jetzt Jahre fünf mitspielen Mieder
 geht Loser sieben Euro lose gewinnt denen fünf holen Jahren Tausend Euro eins fallen acht sieben zehn
 fünf Tausend zehn fünf eins null null hundert sieben Tausend Euro eins vier vier fünf hundert Yen Tausend
 Euro eins vier vier fünf müssen vier Gewinn Million Hessen Euro Gliedern wuseln Ziffern viele sechs sieben
 vier fünf eins fünf Brille kurz verlor drei ließ Viertel tolle Serie Spielewelt gewählt servieren See sehen gern
 Studio Jan nahmen Hofer langsam Richtung Tagesschau müsse Brüssel gilt Zerrung Drogendealer
 Warnstufe präsentierte Premierminister belgische Michel Abend nationalen Sitzung Sicherheitsrates
 Schulen Hauptstadt Universitäten bleiben geschlossen fährt Bahn weiterhin nichts konkrete Hintergrund
 Hinweis

mediacipping-bc-98232398

IN i764 : Airports | iairtr : Air Transport | itsp : Transportation/Logistics

RE leban : Lebanon | munich : Munich | bavar : Free State of Bavaria | belg : Belgium | berlin : Berlin | fra : France | paris : Paris | switz : Switzerland | asiaz : Asia | benluxz : Benelux Countries | dach : DACH Countries | dvpcoz : Developing Economies | eecz : European Union Countries | eurz : Europe | gfr : Germany | ilefra : Ile-de-France | meastz : Middle East | medz : Mediterranean | wasiaz : Western Asia | weurz : Western Europe

PUB Mediacipping GmbH

AN 文件 ARDTRK0020151122ebbm000p1

SE Wirtschaft & Politik
HD Die geteilte Region
BY Hennes, Markus
WC 1,761 字
PD 2016 年 5 月 31 日
SN Handelsblatt
SC HNDBLT
PG 010
LA 德文
CY Copyright 2016 Handelsblatt GmbH. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de

LP

Das Ruhrgebiet hat zwei Gesichter: Im Norden von Deutschlands größtem Ballungsraum kommt der Strukturwandel kaum voran, der Süden dagegen holt auf. Die Grenze zwischen Arm und Reich verläuft mitten durch viele Städte im Revier. Von Markus Hennes

Es ist die Rückkehr an den Ort, wo der Aufstieg des Ruhrgebiets zur wichtigsten Wirtschaftsregion Deutschlands einst begann. Das Jahr 1851 markiert den Start der Kohleförderung auf der Zeche Zollverein in Essen - und den Beginn des unternehmerischen Schaffens der Duisburger Industriellenfamilie Haniel. Durch eine Erfindung, mit der eine als undurchdringlich geltende Gesteinsschicht durchstoßen werden konnte, hatte Franz Haniel den massenhaften Kohleabbau in größeren Tiefen erst ermöglicht.

TD

165 Jahre später zählen die Haniels noch immer zu den zehn reichsten Unternehmerfamilien in Deutschland. Aber sie haben sich schon lange aus der Schwerindustrie verabschiedet. Auf der Zeche Zollverein wurde vor 30 Jahren die letzte Kohle gefördert. Seit 2001 gehört das Bergwerk zum Welterbe der Unesco.

An diesem historischen Ort wollen die Haniels nun wieder einen Schatz heben - mit ihrer Ideenschmiede "Schacht One". Der Name des neu gegründeten Unternehmens ist ein Bekenntnis zu den Wurzeln der Haniels im Bergbau. Die Mitarbeiter von Schacht One sollen an neuen digitalen Produkten und Modellen tüfteln, damit die gesamte Unternehmensgruppe vorankommt. "Franz Haniel hat 30 Jahre gebraucht, um die erste Kokskohle nach oben zu bringen. So viel Zeit haben wir heute nicht", spornt der aktuelle Haniel-Chef Stephan Gemkow die Mannschaft an.

Die Landesregierung in Düsseldorf ist hocherfreut darüber, dass Haniel nicht dem Beispiel anderer Traditionskonzerne folgt und das neue Tochterunternehmen für die Erschließung der digitalen Welt fernab der Ruhr gründet - so wie der Stahlhändler Klöckner & Co. "Wir hätten in Duisburg nicht die Mitarbeiter gefunden, die wir für unsere neue Gesellschaft kloeckner.i brauchen", glaubt Gisbert Rühl, der Vorstandsvorsitzende des Konzerns. Deshalb fiel die Wahl auf Berlin.

Insbesondere ausländische Spezialisten aus dem Bereich Venture Capital zögen die deutsche Hauptstadt als Standort, an dem sie leben und arbeiten wollen, dem Revier vor. Gleichwohl will Rühl den Auszug nach Berlin nicht als Entscheidung gegen das Ruhrgebiet verstanden wissen. Schließlich behalte die 110 Jahre alte Traditionsfirma ihren Sitz in Duisburg. "Berlin hat die Digital Natives, das Ruhrgebiet die Industrie. Wir verbinden nun beides miteinander", erklärt der Manager.

Immer noch wird das Ruhrgebiet im restlichen Deutschland als einheitliche (Krisen-)Region wahrgenommen, in der auch nach 40 Jahren Strukturwandel nicht so recht etwas vorangeht. Doch dieser Mythos von der **Schicksalsgemeinschaft** der Region ist genau das - ein Mythos. Tatsächlich zerfällt das Ruhrgebiet in zwei Teilregionen mit gänzlich unterschiedlichen Zukunftsaussichten: den armen Norden und den äußersten Westen, die noch immer von der Montanindustrie geprägt sind - oder vielmehr von deren Niedergang. Und den wohlhabenden Süden, wo auch schon früher die Krupps und die Thyssens wohnten und heute viele zukunftsfähige Branchen und leistungsstarke Universitäten zu Hause sind, wo erstklassige Opernhäuser, Theater und Museen für Lebensqualität sorgen.

Im Ruhrgebiet selbst wusste man um diese Spaltung schon immer. Jetzt wird sie durch den Prognos-Zukunftsatlas 2016 eindrucksvoll bestätigt. In dieser Studie evaluieren die Prognos-Forscher alle drei Jahre die Zukunftschancen der 402 deutschen Landkreise und kreisfreien Städte.

Grundsätzlich gilt: Je früher sich die Städte im Revier vom Bergbau verabschiedeten, desto besser geht es ihnen. Dortmund, im Osten, Essen und Mülheim im Süden, stehen in vielen Bereichen deutlich besser da als die Städte im Norden. Im Prognos-Ranking der 402 deutschen Städte und Kreise belegen Herne und Gelsenkirchen die Plätze 377 und 389. Sie sind damit die Schlusslichter im Ruhrgebiet. Risikofaktoren sind in beiden Fällen hohe Arbeitslosigkeit, hohe Kriminalität, der hohe Anteil an Hartz-IV-Empfängern sowie die hohe öffentliche Verschuldung. Kaum besser sieht es in Oberhausen (Platz 371) aus.

In Dortmund dagegen herrscht Aufbruchstimmung. SPD-Oberbürgermeister Ullrich Sierau sieht "Dortmund auf Wachstumskurs". Stolz referiert er ermutigende Zahlen: Insgesamt 320 000 Arbeitsplätze zählen die lokalen Wirtschaftsförderer derzeit. Die Dortmunder Unternehmen schufen im Jahr 2015 insgesamt 4 400 neue sozialversicherungspflichtige Stellen. Auch die Zahl der Einwohner wächst. Sierau: "Wahrscheinlich schon in diesem Jahr könnte Dortmund die Marke von 600 000 wieder überspringen." Das war zuletzt Anfang der 1990er-Jahre der Fall.

Auch die Mieten steigen wieder. Mit 11,5 Prozent im Zeitraum 2012 bis 2015 sogar dreimal so stark wie im Bundesdurchschnitt. Der Immobiliendienstleister CRBE attestiert der Stadt, dass "der Trend im Moment eindeutig positiv aussieht". Vor allem Dortmunds Süden ist in. Dafür sorgen szenige Nachtklubs und ein schickes neues Wohnviertel um den künstlich angelegten Phoenix-See, einst Standort einer Kokerei. Dortmund hat es geschafft - wenn auch zum Großteil finanziert durch öffentliche Gelder - , sich als moderner Wirtschaftsstandort zu positionieren.

Dabei hilft zum Beispiel das European Center for Creative Economy. Es unterstützt vom Dortmunder U aus, dem Sitz der ehemaligen Union-Brauerei in der Innenstadt, Akteure aus Musik, Design, Literatur, Architektur, Film bis hin zur Spieleentwicklung. 86 000 Menschen arbeiten mittlerweile in den mehr als 10 000 Kreativunternehmen im Ruhrgebiet. Der Technologiepark Dortmund lockt immer mehr High-Tech-Unternehmen in die Region. Mehr als 10 000 meist hochqualifizierte und gut bezahlte Mitarbeiter arbeiten mittlerweile in den fast 300 Firmen, die sich in unmittelbarer Nähe zur Technischen Universität Dortmund niedergelassen haben.

Stefan Schreiber, Hauptgeschäftsführer der Dortmunder Industrie- und Handelskammer, die einer der Gründungsgesellschafter des Technologiezentrums ist, sieht Dortmund schon fast auf Augenhöhe mit München und Berlin: "Wir sind kein Billiganbieter. Die Unternehmen kommen hierhin, weil sie von der Qualität des Standorts überzeugt sind."

Wie andere Revierstädte musste auch Dortmund ab den 1970er-Jahren einen drastischen Verlust von Industriearbeitsplätzen verkraften. Der lokale Beschäftigungsdreiklang aus Stahl, Kohle und Bier galt mit einem Mal nicht mehr. Insgesamt ging im Ruhrgebiet in 40 Jahren Strukturwandel mehr als die Hälfte der einst eine Million Arbeitsplätze im produzierenden Gewerbe verloren. Qualifizierte Arbeitskräfte wanderten ab, auch viele Studierende verließen nach dem Examen die Region. Es blieben vermehrt diejenigen, die sich einen Wegzug nicht leisten konnten: Rentner und sozial Schwächere.

Doch zumindest in Dortmund hat die steigende Zahl von Arbeitsplätzen im Dienstleistungssektor den Wegfall kompensiert. "Dortmund hat heute mehr Erwerbstätige als zu Hochzeiten der Industrie", sagt IHK-Mann Schreiber.

Dennoch ist die Arbeitslosigkeit mit 11,8 Prozent immer noch fast doppelt so hoch wie im Bundesdurchschnitt. Das liegt vor allem daran, dass die Grenze zwischen dem aufstrebenden und dem abgekoppelten Teil des Ruhrgebiets in Dortmund mitten durch die Stadt verläuft. Im Norden zeigt sich das andere, hässliche Gesicht Dortmunds: Nahe des Borsigplatzes tobt seit Jahren ein von meist ausländischen Banden ausgetragener Drogenkrieg auf offener Straße. Wer kann, verlässt das Multikulti-Getto, das einst bevorzugte Wohngegend von Studenten war, wo nun aber die Polizei die öffentliche Sicherheit nicht mehr garantieren kann. Bei der Kriminalitätsrate belegt Dortmund im gesamtdeutschen Ranking von Prognos Platz 397 von 402 - schlechter geht es kaum.

50 Kilometer weiter westlich gibt es eine ähnlich hohe Kriminalitätsrate wie in Dortmund, und dazu einen anhaltend negativen Trend, was die Qualität des Wirtschaftsstandorts betrifft: Duisburg, da wo die Ruhr in den Rhein mündet.

Viele Besucher, die über eine der zahlreichen Autobahnen das Stadtgebiet erreichen, sind zunächst einmal überrascht: Auf den großen Schildern in braunweißem Design, die woanders auf die Sehenswürdigkeiten einer Region hinweisen, preist sich Duisburg als "Größter Binnenhafen Europas"

und "Größter Stahlstandort Europas". Womit das Chance-Risiko-Profil der Stadt schon recht genau umrissen wäre.

Für Klöckner- & Co-Chef Rühl besteht das Handicap des Ruhrgebiets "in der Dominanz einiger etablierter Großkonzerne, die zu wenig Raum für Neues lässt". Auch der Duisburger IHK-Präsident Burkhard Landers räumt ein, dass "wir mit der starken Ausrichtung auf die Montanindustrie ein Strukturproblem vor der Brust haben". Für die IHK ist es deswegen besonders wichtig, Thyssen-Krupp, Arcelor-Mittal und das Joint Venture HKM im Kampf gegen schärfere Umweltgesetze der EU und Billigimporte aus China zu unterstützen. Denn an der Zukunft der Stahlhütten hängen Zehntausende Arbeitsplätze. Insgesamt gibt es in Duisburg rund 160 000 sozialversicherungspflichtigen Stellen.

Duisburg tut sich schwer. Neben allen wirtschaftlichen gibt es auch ein Imageproblem. Stichwort: Loveparade. "Das tragische Ereignis hängt auch heute noch wie eine Glocke über der Stadt", weiß Landers aus Gesprächen mit Unternehmern. Auch deswegen setzt er sich für den neuen "Masterplan Duisburg" ein, der gemeinsam von Wirtschaft, Politik und Verwaltung entwickelt wird und ein anderes Bild von der Stadt vermitteln soll.

Duisburg braucht zum Beispiel mehr Gründer. Eine der wenigen Ausnahmen ist die IT-Firma Prodot, die die beiden ehemaligen Wirtschaftsinformatik-Studenten Mischa Hüsch und Pascal Kremmers 2001 im Technologiezentrum der Nachbarstadt Essen gründeten. Im Jahr 2010 zogen sie mit ihrer Firma in ihre Heimatstadt um, in das H2Office im völlig neu gestalteten Duisburger Innenhafen. Nicht aus Sentimentalität, sondern aus nüchternem wirtschaftlichem Kalkül, wie sie betonen. Die mehr als 30 Mitarbeiter von Prodot entwickeln maßgeschneiderte Softwarelösungen für Konzerne und große Mittelständler.

Groß raus kommt auch Duisburgs Prunkstück, der Hafen. Erst im Frühjahr machte die Politik der Stadt ihre Aufwartung, als Chinas Staatspräsident Xi Jinping, Bundeswirtschaftsminister Siegmund Gabriel und NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (beide SPD) die mit 10 300 Kilometern lange neue Eisenbahnverbindung zwischen China und dem größten Binnenhafen Europas einweihten. Mehr als 360 regelmäßige Güterzugverbindungen gibt es inzwischen zwischen Duisburg und rund 80 Zielen in Europa und Asien. Ausgangspunkt der Erfolgsgeschichte von Duisport bildete das Logport-Konzept, 265 Hektar sanierte Industriefläche auf dem ehemaligen Gelände des Krupp-Stahlwerks Rheinhausen, direkt am Rheinufer gelegen.

Einen weiteren Achtungserfolg sieht IHK-Präsident Landers in der Entscheidung der Targo-Bank, seine Callcenter-Aktivitäten in der Stadt zu konzentrieren. Das gute Preis-Leistungs-Verhältnis am Duisburger Arbeitsmarkt habe das Management des französischen Konzerns überzeugt, freut sich Landers. Mit Qualität zu günstigen Preisen will die Stadt auch als Hotel- und Wohnstandort punkten. "Es muss uns gelingen, stärker von der Nähe zu Düsseldorf zu profitieren", sagt Landers. Tatsächlich sind es mit dem Zug zehn Minuten bis zum Düsseldorfer Flughafen, 15 Minuten zur florierenden Düsseldorfer City.

Für die dortige Landesregierung ist die Gründung von "Schacht One" auf Zeche Zollverein ein Achtungserfolg. Er sei froh, dass sich Haniel für den Standort im Essener Norden entschieden habe, sagte Landeswirtschaftsminister Garrelt Duin bei der Einweihung Ende April. "In gar nicht allzu ferner Zeit werden wir auf diesen Tag zurückblicken und sagen: Das ist der Tag, an dem sich in NRW etwas verändert hat."

Womöglich, weil dann allen klar sein wird: Das Ruhrgebiet gibt es nicht mehr. Sondern nur noch einen Ballungsraum mit über fünf Millionen Einwohnern, in dem die Bandbreite zwischen Aufstieg und Niedergang ebenso groß ist wie im Rest der Republik. Nur eben auf engerem Raum.

RUHRGEBIET

ZITATE FAKTEN MEINUNGEN

Das Problem des Ruhrgebiets ist die Dominanz einiger etablierter Großkonzerne, die zu wenig Raum für Neues lässt. Gisbert Rühl Vorstandschef von Klöckner & Co

RF Zukunftsatlas 2016 (Handelsblatt-Serie)

ART mauritius images Großkünstler Markus Lüpertz mit ebensolcher Büste in Duisburg, Digital-Hochburg im Weltkulturerbe - Zeche Zollverein in Essen. dpa Reuter

CO hlzbnk : Verlagsgruppe Georg von Holtzbrinck GmbH | klcknr : Kloeckner & Co SE | hif : Franz Haniel und Cie GmbH | gldnd : Goldberg Lindsay & Co. LLC

IN i475 : Printing/Publishing | i4751 : Newspaper Publishing | i61 : Wholesalers | i64 : Retail/Wholesale | i8396 : Diversified Holding Companies | ibcs : Business/Consumer Services | imed : Media/Entertainment | ipubl : Publishing

NS ccat : Corporate/Industrial News

RE gfr : Germany | nrhine : North Rhine-Westphalia | dach : DACH Countries | eecz : European Union
Countries | eurz : Europe | weurz : Western Europe

IPD Wirtschaft & Politik

PUB Handelsblatt GmbH

AN 文件 HNDBLT0020160530ec5v0001z

HD HINTERGRUND-Angeschlagene EU trifft streitendes Asien

WC 704 字

PD 2016 年 7 月 15 日 02:35 下午

SN Reuters - Nachrichten auf Deutsch

SC FDG

LA 德文

CY Copyright 2016 Thomson Reuters. All Rights Reserved.

LP

* Brexit und Terror - EU ist mit sich selbst beschäftigt

TD

* Keine einheitliche Position gegenüber **China**

* Merkel muss Fahne der EU nach Brexit hochhalten

- von Andreas Rinke

Ulan-Bator, 15. Jul (Reuters) - Die Reisen Angela Merkels nach Asien gleichen immer mehr einer "road show", mit der Firmen bei Investoren um Vertrauen werben. In den vergangenen Jahren erklärte die Kanzlerin des größten EU-Staates ihren Gastgebern in **China** oder Indien wieder und wieder, dass der Euro trotz aller Turbulenzen eine sichere Währung sei. Am Freitag musste Merkel auf dem Asem-Treffen im mongolischen Ulan-Bator darlegen, warum der alte Kontinent trotz der Brexit-Entscheidung noch ernst genommen werden sollte - obwohl die EU gerade dabei ist, rund 15 Prozent ihrer Wirtschaftskraft zu verlieren.

Bei jedem der seit 20 Jahren stattfindenden Asem-Treffen zeigt sich deutlicher, dass sich die Gewichte wieder ein Stückchen weiter Richtung Asien verschoben haben. Das zeigte diesmal schon die Teilnehmerliste. Obwohl sich die größten Wachstumsmärkte in Asien befinden und EU-Ratspräsident Donald Tusk in Ulan-Bator engere Beziehungen zwischen beiden Kontinenten beschwor, war von den wichtigen großen EU-Staaten nur Deutschland auf Regierungschef-Ebene vertreten. Die Briten wurden nach ihrer Austrittsentscheidung aus der EU sogar nur von ihrer Botschafterin aus Peking repräsentiert. Dabei machen gerade bilaterale Treffen mit den Regierungschefs der aufstrebenden Ländern den wichtigsten Teil solcher Gipfel aus. Asien hingegen wurde von den Ministerpräsidenten Chinas und Japans, der Präsidentin Südkoreas und den Vizepräsidenten aus Indien und Indonesien repräsentiert. Das Fehlen der EU-Schwergewichte wirkte deshalb symptomatisch für den vor allem mit sich selbst beschäftigten Kontinent.

GEMEINSAME PROBLEME UND BEDROHUNGEN

Dabei waren sich auf dem Treffen alle einig, dass es eigentlich eine breite gemeinsame politische Agenda für die europäischen und asiatischen Regierungen gibt, und auch in Asien riesige Probleme existieren. Der Anschlag von Nizza etwa wurde von zahlreichen Teilnehmern als Beleg für den notwendigen gemeinsamen Kampf gegen islamistischen Terror angeführt, dem sich fast alle Regierungen gegenüber sehen. Dasselbe gilt für den Kampf gegen den Klimawandel. Und nicht nur die Europäer klagen über Dumping-Praktiken etwa von chinesischen Stahlproduzenten.

Zudem nimmt das militärische Säbelrasseln an beiden Enden der "eurasischen Landmasse" (Merkel) zu: Im Westen verhält sich Russland nach der Krim-Annexion nach Ansicht gerade kleiner Nato-Staaten immer aggressiver und empfindet die Nato-Solidarität für ihre verängstigten osteuropäischen Partner schon als Provokation. Im Südosten hat **China** als Antwort auf die Niederlage vor dem Internationalen Schiedsgerichtshof in Den Haag im Streit um Inselgruppen im südchinesischen Meer gerade mit der Drohung reagiert, nun auch noch den Luftraum über den umstrittenen Gebieten zu sperren. Russland wie auch **China** rüsten nicht nur massiv auf, sondern verletzen aus Sicht ihrer Nachbarn auch die internationale Rechtsordnung.

EU TRITT NICHT EINHEITLICH AUF

Darauf haben die demokratischen, westlichen Regierungen in Europa und Asien aber keine gemeinsame Antwort - was auch auf dem Asem-Treffen sichtbar wurde. Wegen der Blockade vor allem Kroatiens konnten sich die EU-27 und Großbritannien lange nicht einmal auf eine gemeinsame Position zu dem Urteil aus Den Haag einigen. Ohnehin ist gerade der Umgang mit **China** in Europa immer umstrittener. Großbritannien machte bereits im vergangenen Jahr mit Blick auf winkende Milliardenaufträge einen Kotau vor **China** und versprach dem Land den umstrittenen Marktwirtschaftsstatus - gegen den Willen der wichtigsten EU-Partner, die prompt wieder bremsen. Und von Jahr zu Jahr vergrößert **China** mit Investitionen seinen Einfluss auf EU-Staaten wie Griechenland, wo chinesische Investoren gerade den Hafen Piräus aufgekauft haben. Auch in Osteuropa ruft **China** mittlerweile Regierungschefs von EU- und Nicht-EU-Staaten regelmäßig an der EU vorbei zu eigenen Konferenzen zusammen.

Bei so viel Uneinigkeit auf beiden Seiten beschworen viele Regierungschefs auch in Ulan-Bator lieber ganz allgemein den nötigen Kampf gegen Terror - und träumten wie vor zwei Jahren ganz abstrakt von "Eurasien". Chinas Ministerpräsident Li Keqiang hatte bereits vor zwei Jahren bei Asem-Treffen in Mailand gelockt: "In Asien und in Europa sollten wir uns für die Entwicklung eines Bewusstseins für eine **Schicksalsgemeinschaft** Asien-Europa einsetzen." Auch Russlands Ministerpräsident Dmitri Medwedew erneuerte seine Vision einer eurasischen Wirtschaftsunion mit der EU. Wenn in den USA im November tatsächlich der Republikaner Donald Trump Präsident werden sollte, dürfte diese Vision nach Einschätzung von EU-Diplomaten selbst für einige Europäer attraktiver werden.

RF Released: 2016-7-15T13:35:04.000Z
CO euruno : The European Union
NS gdef : Armed Forces | gdip : International Relations | gpol : Domestic Politics | gcat : Political/General News | gcns : National/Public Security | gpir : Politics/International Relations
RE china : China | eecz : European Union Countries | eurz : Europe | gfr : Germany | uk : United Kingdom | apacz : Asia Pacific | asiaz : Asia | bric : BRICS Countries | chinaz : Greater China | dach : DACH Countries | devgcoz : Emerging Market Countries | dvpcoz : Developing Economies | easiaz : Eastern Asia | weurz : Western Europe
IPD Business
IPC SERVICE:GEA
PUB Thomson Reuters (Markets) LLC
AN 文件 FDG0000020160715ec7f004bn

SE NRW
HD Achse der Bedrohten
BY Guido M. Hartmann
WC 1,075 字
PD 2016 年 9 月 4 日
SN Welt am Sonntag
SC WSONNT
ED WSMS-RVP1
PG 5
VOL 36
LA 德文
CY Copyright 2016 Axel Springer SE
LP

Die NRW-Rheinhäfen wollen noch enger mit Rotterdam und Antwerpen zusammenarbeiten. Denn am Mittelmeer entsteht neue und gefährliche Konkurrenz

Guido M. Hartmann

TD

Im Düsseldorfer Güterhafen weht ein anderer Wind als im benachbarten "Medienhafen". Während dort Büromenschen die Mittagspause in schicken Restaurants genießen, geht es im Industriehafen laut und staubig zu. Hier gibt es noch Schrottplätze, Stahlläger und Mühlenbetriebe. Und einen gewaltigen Container-Kran, der Lasten von bis zu 40 Tonnen heben kann. An der Weizenmühlenstraße wird gerade die "MS Terra" mit neuen Mercedes-Transportern beladen. Das niederländische Spezialschiff bringt die "Sprinter" vom Werk in Düsseldorf über den Rhein bis nach Rotterdam und Antwerpen. Bei ihrer Rückfahrt haben die Schiffe kleinere Mercedes-Transporter vom Typ "Vito" an Bord, die Mercedes in Nordspanien bauen lässt. Seit 2010 verkehren in der Woche zwei der Schiffe mit rund 300 Kleintransportern zwischen den beiden Nordseehäfen und Düsseldorf. "Wenn man sich diese 300 Sprinter auf Lkws vorstellt, dann weiß man, was hier an Verkehrsverlagerung realisiert werden konnte", sagt Rainer Schäfer, Chef der Neuss-Düsseldorfer Häfen. Der Geschäftsführer spricht zudem von einer Art "**Schicksalsgemeinschaft**" der NRW-Rheinhäfen mit den wichtigen Nordseehäfen Antwerpen, Rotterdam und zunehmend auch Hamburg.

Auf dem Rhein und den vielen Kanälen in NRW werden jährlich mehr als 120 Millionen Tonnen Güter und mehr als eine Million Standardcontainer transportiert und umgeschlagen. Mehr als die Hälfte der Güter und zwei Drittel der Container entfallen dabei auf die Häfen Duisburg, Düsseldorf/Neuss und Köln, die mit den Nordseehäfen als die wichtigsten Kanäle zur Versorgung Nordwesteuropas mit Gütern und Waren aus aller Welt gelten.

Doch diese Vormachtsstellung ist bedroht. Denn in Südeuropa formiert sich seit einigen Jahren eine neue Konkurrenz, die sowohl den Häfen an der Nordsee wie auch denen am Rhein gefährlich werden könnte. So werden nach der umfassenden Verbreiterung des Suezkanals in Ägypten die Häfen in Italien, Slowenien, Griechenland und Frankreich ausgebaut, auch mit chinesischem Kapital. Die größte chinesische Reederei Cosco hat zudem gerade erst in Griechenland den Hafen Piräus gekauft und plant darüber hinaus neue Transportwege in Süd- und Südosteuropa, vor allem auf der Schiene. Auch im slowenischen Adria-Hafen Koper gibt es entsprechende Aktivitäten, zudem stehen Marseille, Genua, und Gioia Tauro vor einer möglichen Renaissance. Und in der Tat spart ein am Mittelmeer auf Schiene oder Lkw gebrachter Container gegenüber der Schifffahrt um Gibraltar und bis zur Nordsee etwa fünf Tage ein. Hinzu kommt, dass nach Eröffnung des neuen Gotthard-Basis-Tunnels in der Schweiz künftig auf der Tangente Rotterdam-Genua verstärkt Güter in beide Richtungen fließen könnten, an den Rheinhäfen und damit auch am Duisburger Binnenhafen vorbei. Der Schweizer Handelskonzern Migros etwa bekommt viele seiner Waren bereits über Genua, die früher noch über die Nordsee und dann über den Rhein, Schiene und Lkw herangeschafft wurden.

Auch der Landesregierung ist die Gefahr für die 317.000 Jobs in der Logistikbranche bewusst. Verkehrsminister Michael Groschek hat deshalb ein neues NRW-Wasserstraßen- und Hafenkonzept

erarbeitet. Dabei geht es etwa um die vorausschauende Sicherung von Logistikflächen, den Ausbau des Kanalnetzes und die Anhebung von Brücken im Kanalnetz, um mit mehr Containern über die kleineren Wasserstraßen schippen zu können. Zudem schlug Groschek vor wenigen Tagen bei einer internationalen Hafenkonferenz in Essen den Nordseehäfen Rotterdam und Antwerpen vor, gemeinsam eine "Allianz zu schmieden". Sein Appell: "Bauen Sie mit uns am Fundament einer Logistik-Drehscheibe NRW und Europa."

Bei den Holländern und Belgiern rannte der Minister damit offene Türen ein. Wenn die NRW-Häfen florierten, dann nutze das auch den Seehäfen in der Region, sagte Allard Castelein, Chef des Rotterdamer Hafens. Und auch der Antwerpener Hafenrepräsentant Frank Geerkens betonte, dass die Nordseehäfen besonders eng mit NRW verflochten seien und man die Beziehungen ausbauen wolle. Dazu müsse NRW aber auch seine Infrastruktur verbessern, so Geerkens. Vor allem wünscht man sich in Antwerpen einen baldigen Ausbau der Schienenstrecke Aachen-Düren-Köln und zusätzliche Bahnverbindungen. Denn während zuletzt 23,3 Millionen Tonnen Güter per Schiff nach NRW kamen, waren es auf der Schiene 10,8 Millionen Tonnen. Einen großen Anteil hat aber weiterhin der Lkw-Transport mit 30,1 Millionen Tonnen.

In Essen sprachen sich die Gäste aus Benelux zudem für gemeinsame IT- und Buchungssysteme zugunsten der Logistikkunden in aller Welt aus. "Über Zusammenarbeit können wir bessere Dienstleistungen und Produkte anbieten", sagte Rotterdams Hafenchef Castelein. Die chinesischen Handelspartner sollten sich möglichst auch in Zukunft für die Nordseehäfen als Zugang zum Kontinent entscheiden.

Um wettbewerbsfähig zu bleiben, investieren Holländer und Belgier bereits massiv in Informationstechnologie und Infrastruktur. So wurden in Antwerpen ein neuer Tunnel nur für Güterzüge und eine der weltgrößten Schleusen gebaut. Damit können nun auch die größten Containerschiffe das Hafenbecken an der Schelde ansteuern. Und auch im Hinterland an den Maashäfen wird kräftig investiert - auch weil es beim Ausbau den Güterzugverbindungen nach NRW, der "Betuwe-Linie" und dem "Eisernen Rhein", auf deutscher Seite massive Verzögerungen gab und gibt. "Es wäre natürlich auch für uns schlecht, wenn von der See bis an die Maas verstärkt per Schiff transportiert und die Ware dann per Lkw nach und durch NRW gefahren würde", sagt Rainer Schäfer vom Hafen Düsseldorf-Neuss.

Auch im weltgrößten Binnenhafen in Duisburg hat man sich auf die neue Konkurrenzsituation im Mittelmeer-Raum eingestellt und bemüht sich, zusätzliche Aufträge und Güterströme aus Zentralasien und **China** an Rhein und Ruhr zu holen. Etwa, indem wöchentlich mehrere Züge zwischen Westeuropa und **China** verkehren, die in Duisburg enden. Diese sind zwar teurer als Schiffstransporte, dafür aber auch deutlich schneller. Diese Züge, die von Hafenchef Erich Staake als Teil einer "neuen Seidenstraße" beworben werden, sollen Chinesen und anderen Kunden in der Region aber auch zu besonders guten Konditionen angeboten werden, wie aus der Branche zu hören ist.

Wie eine Zusammenarbeit auf Hafenebene aussehen kann, haben bereits Köln und Düsseldorf/Neuss vorgemacht. Vor vier Jahren gründeten sie die gemeinsame Tochter Rheincargo, die sich mit 500 Beschäftigten und rund 200 Millionen Euro Umsatz in sieben Häfen zwischen Köln-Godorf und Krefeld zu einem wichtigen Logistikplayer entwickelt hat. Nach Duisburg sieht man sich als zweitwichtigsten Akteur auf der NRW-Rheinschiene, an der zwischen Bonn und Wesel zahllose Industriefirmen liegen. Deshalb ist man bei Rheincargo auch dafür, den Rhein über Dormagen hinaus zu vertiefen, möglichst bis nach Koblenz hinunter.

Dafür spricht sich auch der NRW-Verkehrsminister aus und wirbt dafür nun in Berlin. Denn bei einer Vertiefung nur bis Dormagen wäre das Vorhaben "im Grunde eine Luftnummer", sagte Groschek beim Essener Hafengipfel.

Umsatz- und Jobmaschine: Mehr als eine Million Standardcontainer werden jährlich in den Häfen an Rhein und Ruhr umgeschlagen

IN i763 : Port/Harbor Operations | iship : Water Transport/Shipping | itsp : Transportation/Logistics
NS ccat : Corporate/Industrial News
RE gfr : Germany | nrhine : North Rhine-Westphalia | belg : Belgium | neth : Netherlands | rotte : Rotterdam | benluxz : Benelux Countries | dach : DACH Countries | eecz : European Union Countries | eurz : Europe | weurz : Western Europe
IPD NRW
PUB Axel Springer Syndication GmbH
AN 文件 WSONNT0020160904ec940000v

HD Isbank AG; Frankfurt am Main
 WC 11,502 字
 PD 2016 年 9 月 22 日
 SN Bundesanzeiger Jahresabschluss-Veröffentlichungen
 SC JAHREV
 LA 德文
 CY Copyright 2016. Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH

LP
 Rossmarkt 9
 60311

TD
 Frankfurt am Main
 Deutschland
 Isbank AG
 Frankfurt am Main
 Jahresabschluss zum Geschäftsjahr vom 01.01.2015 bis zum 31.12.2015
 Jahresbilanz zum 31. Dezember 2015
 der Isbank AG
 Aktivseite

EUR	31.12.2015 EUR	Vorjahr EUR
1. Barreserve		
a) Kassenbestand	4.413.599,23	
5.553.906,34		
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken		104.260.399,52
91.267.220,20		
darunter: bei der Deutschen Bundesbank EUR 96.501.790,92 (Vorjahr: EUR 81.318.736,15)		
	108.673.998,75	
96.821.126,54		
2. Forderungen an Kreditinstitute		
a) täglich fällig	55.017.601,36	
47.170.831,45		
b) andere Forderungen	236.475.997,40	
299.699.364,83		
	291.493.598,76	
346.870.196,28		
3. Forderungen an Kunden		698.034.457,39
523.948.578,58		
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert: EUR 151.298.098,00 (Vorjahr: EUR 170.978.550,00)		
Kommunalkredite: EUR 0,00 (Vorjahr: EUR 0,00)		
4. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		
a) Geldmarkhpapiere		
aa) von anderen Emittenten	4.550.254,16	
0,00		

darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank EUR 0,00 (Vorjahr: EUR 0,00)

b) Anleihen und Schuldverschreibungen

ba) von öffentlichen Emittenten 102.547,69

9.106.206,30

darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank EUR 0,00 (Vorjahr: EUR 9.003.720,02)

bb) von anderen Emittenten

78.336.267,02

19.616.180,87

darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank EUR 25.990.298,48 (Vorjahr: EUR 6.991.298,05)

82.989.068,87 28.722.387,17

5. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

1.450.215,64 1.809.488,09

Immaterielle Anlagewerte Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und

12.834.560,94 582.695,23

ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten

868.351,24 582.695,23

b) Geleistete Anzahlungen

11.966.209,70

0,00

7. Sachanlagen

3.148.163,63

15.850.907,70

8. Sonstige Vermögensgegenstände

5.528.634,24

3.044.774,77

9. Rechnungsabgrenzungsposten

2.078.320,59

255.058,76

Summe der Aktiva

1.206.231.018,82

1.017.905.213,13

Passivseite

31.12.2015

Vorjahr

EUR

EUR

EUR

1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

a) täglich fällig

18.448.761,65

12.733.139,44

b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist

249.702.037,95

102.005.763,05

268.150.799,60

114.738.902,49

2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

a) Spareinlagen

aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten

28.745.521,64

28.203.581,35

ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten

4.243.696,71

3.240.373,27

b) andere Verbindlichkeiten

ba) täglich fällig

177.795.693,02

204.892.767,91

bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist

548.303.610,30

483.909.702,14

759.088.521,67

720.246.424,67

3. Sonstige Verbindlichkeiten

2.939.019,24

9.028.342,48

4. Rechnungsabgrenzungsposten

274.584,79

475.394,23

5. Rückstellungen

a) Steuerrückstellungen

1.135,21

10.600,62

b) Andere Rückstellungen

1.212.984,29

1.174.859,83

1.214.119,50

1.185.460,45

6. Instrumente des zusätzlichen aufsichtsrechtlichen Kernkapitals

41.156.388,89

41.156.388,89

40.019.166,67

7. Eigenkapital

a) Gezeichnetes Kapital	120.000.000,00
120.000.000,00	
b) Kapitalrücklage	315.292,40
315.292,40	
c) Gewinnrücklagen	
ca) Gesetzliche Rücklagen	536.130,29
471.973,96	
cb) Andere Gewinnrücklagen	11.337.192,12
9.682.982,11	
d) Bilanzgewinn	1.218.970,31
1.741.273,67	
	133.407.585,13
132.211.522,14	
Summe der Passiva	1.206.231.018,82
1.017.905.213,13	

EUR	31.12.2015 EUR	Vorjahr EUR
1. Eventualverbindlichkeiten		
a) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	42.339.545,63	
34.969.544,66		
2. Andere Verpflichtungen		
a) Unwiderrufliche Kreditzusagen	15.028.896,51	16.421.775,39
	57.368.442,14	51.391.320,05

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01. Januar bis 31. Dezember 2015

der Isbank AG

EUR	31.12.2015 EUR	Vorjahr EUR
1. Zinserträge aus		
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	29.027.815,79	
32.342.242,29		
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	2.578.747,73	
1.501.475,53		
	31.606.563,52	
33.843.717,82		
2. Zinsaufwendungen	10.679.386,56	
9.564.364,45		
	20.927.176,96	
24.279.353,38		
3. Provisionserträge	10.344.544,91	
9.812.424,65		
4. Provisionsaufwendungen	385.439,93	
413.599,23		
	9.959.104,98	
9.398.825,42		
5. Sonstige betriebliche Erträge		
9.106.373,76	257.978,41	
6. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen		
a) Personalaufwand		
aa) Löhne und Gehälter	15.831.258,89	
14.684.138,65		
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		
2.668.375,93	2.311.879,68	
darunter: für Altersversorgung EUR 276.109,33 (Vorjahr: EUR 88.764,97)		
	18.499.634,82	
16.996.018,33		
b) Andere Verwaltungsaufwendungen		
13.303.466,49	12.453.921,26	
	31.803.101,31	
29.449.939,59		

7. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagenwerte und Sachanlagen	1.561.763,13	2.543.124,69	
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	67.093,52	250.884,12	
9. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft		7.027.679,22	3.490.534,23
10. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft		1.675.308,15	1.867.844,64
			5.352.371,07
	1.622.689,59		
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere		359.272,45	0,00
12. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		1.421.791,54	2.797.236,71
13. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	2.270.845,77	2.866.755,93	
14. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	955.675,53	790.838,72	
15. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 8 ausgewiesen	32.043,59	242.997,56	
			987.719,12
	1.033.836,28		
16. Jahresüberschuss	1.283.126,65	1.832.919,65	
17. Einstellungen in Gewinnrücklagen			
in die gesetzliche Rücklage			64.156,33
91.645,98			
b) in die Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen	0,00	0,00	
c) in satzungsmäßige Rücklagen			0,00
0,00			
d) in andere Gewinnrücklagen			0,00
0,00			
			64.156,33
91.645,98			
18. Bilanzgewinn			1.218.970,31
1.741.273,67			

Anhang für das Geschäftsjahr 2015

A. Vorbemerkung

Der Jahresabschluss der İşbank AG für das Geschäftsjahr 2015 wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB), der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) sowie des Gesetzes betreffend die Aktiengesellschaften (AktG) aufgestellt.

B. Allgemeine Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Die Barreserve ist zum Nennwert ausgewiesen.

Die Forderungen sind grundsätzlich mit dem Nennwert zuzüglich abgegrenzter Zinsen angesetzt. Für erkennbare Bonitätsrisiken im Kreditgeschäft haben wir Einzelwertberichtigungen bzw. Rückstellungen und Pauschalwertberichtigungen gebildet.

Die Anleihen und Schuldverschreibungen wurden dem Anlagevermögen zugeordnet. Der Gesamtbestand von TEUR 82.989 wird nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Zum Bilanzstichtag bestehen stille Reserven in Höhe von TEUR 629 sowie stille Lasten in Höhe von TEUR 2.662. Außerplanmäßige Abschreibungen sind nicht vorgenommen worden, da von einer nicht bonitätsbedingten und damit nicht dauerhaften Wertminderung ausgegangen wird. Unter Pari erworbene festverzinsliche Wertpapiere werden periodengerecht auf den Nennwert zugeschrieben. Über Pari erworbene festverzinsliche Wertpapiere werden periodengerecht auf den Nennwert abgeschrieben.

Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere liegen ausschließlich in Form von Anteilen an Investmentsondervermögen vor, die vollständig dem Anlagevermögen zugeordnet werden und deren

Anlageziel darin besteht, langfristig eine angemessene Gesamtrendite aus Kapitalwachstum und –ertrag zu erzielen. Die Bewertung erfolgt nach dem gemilderten Niederstwertprinzip.

Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, werden planmäßig über die erwartete Nutzungsdauer abgeschrieben. Geringwertige Vermögensgegenstände bis EUR 150 werden im Anschaffungsjahr voll abgeschrieben. Vermögensgegenstände, deren Anschaffungskosten zwischen EUR 150 und EUR 1.000 liegen, werden aktiviert und über fünf Jahre linear abgeschrieben.

Verbindlichkeiten sind mit dem Erfüllungsbetrag zuzüglich abgegrenzter Zinsen bilanziert. Ist der Erfüllungsbetrag einer Verbindlichkeit höher als der Ausgabebetrag, wird der Unterschiedsbetrag gemäß § 250 Abs. 3 HGB i.V.m. § 340e Abs. 2 Satz 3 HGB in den

Rechnungsabgrenzungsposten auf der Aktivseite aufgenommen. Der Rechnungsabgrenzungsposten wird planmäßig linear über die Laufzeit der Verbindlichkeit aufgelöst. Steuerrückstellungen und andere Rückstellungen berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und sind gemäß § 253 Abs. 1 HGB in Höhe des Erfüllungsbetrages angesetzt worden, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist.

Das gezeichnete Kapital von TEUR 120.000 wurde zum Nennbetrag angesetzt.

Eventualverbindlichkeiten und unwiderrufliche Kreditzusagen werden mit dem Nominalwert nach Abzug von in der Bilanz berücksichtigten Barsicherheiten und Rückstellungen gezeigt.

Aufwendungen und Erträge wurden periodengerecht erfasst. Kontogebühren werden vierteljährlich- und zulässige Bearbeitungsgebühren sofort bei Abschluss vereinnahmt.

Auf fremde Währung lautende Vermögensgegenstände und Schulden wurden zum Devisenkassamittelkurs des Bilanzstichtages umgerechnet. Bei einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr kommt das strenge Niederstwertprinzip zur Anwendung.

Die Aufwendungen und Erträge aus der Fremdwährungsumrechnung werden in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen und Erträgen dargestellt.

Bei der verlustfreien Bewertung von zinsbezogenen Geschäften des Bankbuchs (BFA3) wurde die periodische (GuV-orientierte) Methode angewendet. Hierbei wurden den vom Financial Management ermittelten barwertigen Periodenergebnissen aus zinsbezogenen Geschäften die Verwaltungsaufwendungen für das Bestandsgeschäft, die auf Basis der GuV des abgelaufenen Geschäftsjahres ermittelt wurden, sowie die noch bis zur Endfälligkeit der Geschäfte zu erwartenden Risikokosten, basierend auf den erwarteten Zahlungsausfällen, gegenübergestellt. Eine Drohverlustrückstellung nach BFA3 ist per 31.12.2015 nicht zu bilden.

C. Erläuterungen zur Bilanz

Die anteiligen Zinsen wurden nach § 11 RechKredV mit in die Restlaufzeitengliederung einbezogen.

	31.12.2015 TEUR	Vorjahr TEUR
Forderungen an Kreditinstitute		
- täglich fällig	55.018	47.171
- bis 3 Monate	94.170	134.981
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	141.215	156.669
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	1.091	8.049
- mehr als fünf Jahre	0	0
Forderungen an Kunden		
- bis drei Monate	102.360	76.639
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	207.428	125.383
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	214.841	151.632
- mehr als fünf Jahre	67.212	77.539
- mit unbestimmter Laufzeit	106.193	92.756
Anleihen und Schuldverschreibungen im Bestand Geldmarktpapiere Von anderen Emittenten	4.550	
0		
Schuldverschreibungen (Buchwerte) Von öffentlichen Emittenten	103(*)	9.106(*)
Von anderen Emittenten	78.336(*)	19.616(*)
- davon in Pension gegeben	36.199	6.452
- im Folgejahr fällig werdend	4.550	4.083

(*) Sämtliche Wertpapiere sind börsenfähig und börsennotiert.

Investmentanteile am Türkisfonds sind börsenfähig sowie börsennotiert (Anschaffungskosten: TEUR 2.000) und wurden zum Stichtagskurs bewertet und es hat sich eine Wertminderung in Höhe von TEUR 359 ergeben. Dieser Betrag wurde erfolgswirksam abgeschrieben.

Die Forderungen an Kunden sind in Höhe von TEUR 151.298 (Vorjahr: TEUR 170.979) durch Grundpfandrechte gesichert.

Die Position Sachanlagen hat sich aufgrund des Verkaufs des ehemaligen Hauptverwaltungsgebäudes der Bank (Restbuchwert zum Jahresende 2014 TEUR 12.965) vermindert.

Die immateriellen Anlagewerte beinhalten im Wesentlichen aktivierte Anzahlungen für die geplante Einführung eines neuen Kernbankensystems.

Die sonstigen Vermögensgegenstände in Höhe von TEUR 5.529 (Vorjahr: TEUR 3.045) beinhalten im Wesentlichen mit TEUR 4.334 Forderungen an Finanzämter und Städte (Gemeinden) wegen Steuererstattungsansprüchen auf Gewerbe-, Umsatz-, und Körperschaftssteuer sowie Solidaritätszuschlag, mit TEUR 977 noch nicht freigegebene Kundenaufträge und mit TEUR 125 Mietkaution für gemietete Gebäude und Filialen.

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von TEUR 2.078 (Vorjahr: TEUR 255) enthält mit TEUR 1.322 Vorauszahlungen aus dem Mietvertrag der Hauptverwaltung. Weiterhin entfallen TEUR 326 auf Agio-Zahlungen, TEUR 211 auf im Voraus bezahlte Rechnungen, TEUR 166 auf Vorauszahlungen für Mieten der Filialen Frankfurt, Mannheim, Nürnberg, Amsterdam und Paris, wie auch auf Versicherungsvorauszahlungen in Höhe von TEUR 53.

Anlagenspiegel zum 31.12.2015

		Buchwerte					
Anschaffungs-/ Herstellungskosten Stand 01.01.2015		Zugänge		Abgänge		Umbuchungen	
Kumulierte Abschreibungen Stand 31.12.2015		31.12.2015		Zuschreibungen des Geschäftsjahres		Stand 31.12.2015	
31.12.2015		Abschreibungen des Geschäftsjahres		Stand 31.12.2015		Stand 31.12.2014	
TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Immaterielle Anlagewerte Software		9.669	899	0	0		
9.700	0			614	868	583	
2. Geleistete Anzahlungen		0	11.966	0	0		
0	0			0	11.966	0	
	9.669	12.865	0	0			9.700
	0		614	12.835	583		
Sachanlagen Betriebs und Geschäftsausstattung			8.777	1.500	1.911	0	
5.266	47				786(***)	3.148	
2.886							
2. Vom Kreditinstitut selbst genutzte Grundstücke und Bauten		19.864	0	19.864	0		
0	0			162(****)	0		
12.965							
	28.642	1.500	21.775	0			5.266
	47		948	3.148	15.851		
III. Wertpapiere des Anlagevermögens		30.559	83.158	31.516	0		
- 2.239	2.944			679 (**)	84.439(*)		
30.532							
Gesamtsumme		68.870	97.523	53.292	0		
12.728	2.991			2.241	100.422	46.966	

(*) einschließlich Zinsabgrenzungen in Höhe von TEUR 1.065 (**) Agio/Disagio-Buchungen/Änderungen Währungskurse und Zinsabgrenzung Wertpapiere im Geschäftsjahr (***) In den Zuschreibungen sind Währungseffekte in Höhe von TEUR 47 enthalten (****) Selbst genutzte Grundstücke und Bauten wurden zum 29.06.2015 veräußert.

	31.12.2015 TEUR	Vorjahr TEUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
- täglich fällig	18.449	12.733
- bis drei Monate	224.012	75.460
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	5.059	10.039
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	20.632	16.507
- mehr als fünf Jahre	0	0

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (Spareinlagen)

- bis drei Monate	28.746	28.204
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	1.561	541
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	2.048	2.125
- mehr als fünf Jahre	635	574

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (andere

Verbindlichkeiten)		
- täglich fällig	177.796	204.893
- bis drei Monate	195.085	161.111
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	246.732	208.771
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	104.433	113.546
- mehr als fünf Jahre	2.053	481

Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen sind in folgenden Positionen enthalten:

	31.12.2015 TEUR	Vorjahr TEUR
Forderungen an Kreditinstitute	35.505	12.814
- davon gegenüber der Alleinaktionärin	834	1.204
Forderungen an Kunden	0	16.451
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	0	831
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	51.861	10.538
- davon gegenüber der Alleinaktionärin	15.051	10.257
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.805	9.467
Instrumente des zusätzlichen aufsichtsrechtlichen Kernkapitals	41.156	40.019

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten enthalten TEUR 20.632, die im Rahmen von Offenmarktgeschäften mit der Deutschen Bundesbank durch die dort im Dispositionsdepot hinterlegten Wertpapiere besichert sind und TEUR 31.134 auf Grund von Pensionsgeschäften. TEUR 100.678 entfallen auf einen aufgenommenen Konsortialkredit.

Die sonstigen Verbindlichkeiten in Höhe von TEUR 2.939 (Vorjahr: TEUR 9.028) enthalten im Wesentlichen noch nicht freigegebene Kundenaufträge in Höhe von TEUR 1.126, Verbindlichkeiten gegenüber Finanzämtern wegen noch abzuführenden Steuern in Höhe von TEUR 361, noch abzuführende Abgeltungsteuer und Solidaritätszuschlag mit TEUR 122 sowie Verbindlichkeiten aus Gehaltsabrechnungen in Höhe von TEUR 93.

Zur Deckung von Kreditgewährungen in USD hatte die Bank zum Jahresende sechs Devisenswapgeschäfte (Nominalwert: TEUR 146.964) im Bestand. Zum Bilanzstichtag ergibt sich aus diesen Währungsswaps ein negativer Betrag in Höhe von TEUR 1.137.

Der passive Rechnungsabgrenzungsposten besteht im Wesentlichen aus abgegrenzten Upfront- fee Zahlungen (TEUR 275) für angekaufte Konsortialkredite.

Die anderen Rückstellungen betreffen im Wesentlichen ausstehende Rechnungen in Höhe von TEUR 398, Urlaubsrückstellungen in Höhe von TEUR 364, Rückstellungen für Prüfungskosten TEUR 309 wie auch Archivierungsrückstellungen in Höhe von TEUR 101.

Das Grundkapital beträgt TEUR 120.000 und ist eingeteilt in 12.000.000 nennwertlose auf den Inhaber lautenden Stückaktien. Andere Aktiengattungen bestehen nicht. Das Eigenkapital gliedert sich wie folgt:

	31.12.2015 TEUR	Vorjahr TEUR
Gezeichnetes Kapital	120.000	120.000
Kapitalrücklage	315	315
Gesetzliche Rücklagen	536	472
Gewinnrücklagen	11.337	9.683
Gewinn	1.219	1.741
	133.408	132.212

Auf Fremdwährung lautende Positionen:

	31.12.2015 TEUR	Vorjahr TEUR
Vermögensgegenstände	332.528	205.408

Schulden	187.974	101.604
----------	---------	---------

Die Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen setzen sich nach

Absetzung der Pauschalwertberichtigungen wie folgt zusammen:

	31.12.2015 TEUR	Vorjahr TEUR
Bürgschaften und Gewährleistungsverträge	14.857	12.102
Akkreditive	27.483	22.868
	42.340	34.970

Von den Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen entfallen auf die Alleinaktionärin TEUR 1.205.

Die barbesicherten Bürgschaften belaufen sich im Geschäftsjahr auf TEUR 14.164. Die unwiderruflichen Kreditzusagen belaufen sich im Geschäftsjahr auf TEUR 15.029.

Die Risiken aus der Inanspruchnahme der Eventualverbindlichkeiten und der anderen Verpflichtungen werden seitens der Işbank auf Grund bestehender Sicherheiten als gering eingeschätzt.

D. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach der Staffelform erstellt.

Über die Verwendung des Bilanzgewinns ist noch kein Beschluss gefasst worden. Die Hauptversammlung wird zu einem späteren Zeitpunkt darüber eine Entscheidung treffen.

Die Erträge gliedern sich nach den Betriebsstätten wie folgt:

	Deutschland TEUR	Niederlande TEUR	Frankreich TEUR	Schweiz TEUR	Bulgarien
TEUR Gesamt TEUR					
Zinserträge	27.014	3.337	855	232	168
Provisionserträge	8.414	500	469	877	85
Jahresüberschuss	2.561	- 618	- 489	- 112	- 59
					1.283

Die sonstigen betrieblichen Erträge in Höhe von TEUR 9.106 (Vorjahr: TEUR 258) ergeben sich im Wesentlichen aus dem erzielten Veräußerungsgewinn des Gebäudeverkaufs in Höhe von TEUR 8.699 (Vorjahr: TEUR 0), der Auflösung von sonstigen Rückstellungen in Höhe von TEUR 90 (Vorjahr: TEUR 71) sowie Mieterträgen in Höhe von TEUR 26 (Vorjahr: TEUR 52). Zudem sind Erträge aus der Fremdwährungsumrechnung in Höhe von TEUR 145 enthalten.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von TEUR 67 (Vorjahr: TEUR 251) ergeben sich aus Aufwendungen für Betriebsveranstaltungen mit TEUR 25, sowie aus der Fremdwährungsumrechnung in Höhe von TEUR 1.

Für das Geschäftsjahr wurden für die Abschlussprüfungsleistungen TEUR 205, für sonstige Leistungen TEUR 80 Honorar berechnet sowie für andere Bestätigungsleistungen TEUR 2.

Während des Geschäftsjahres sind Steuern vom Einkommen und vom Ertrag in Höhe von TEUR 956 angefallen.

Verwendung des Bilanzgewinns des Vorjahres:

Mit Beschluss der ordentlichen Hauptversammlung vom 11.06.2015 wurde ein Teil des Bilanzgewinns i. H. v. TEUR 87 an die Aktionärin als Dividende ausgezahlt und der Restbetrag i. H. v. TEUR 1.654 in die anderen Gewinnrücklagen eingestellt.

E. Sonstige Angaben

Inhaberschuldverschreibung

Die Işbank AG hat am 29.12.2014 eine unbefristete, nichtbesicherte, nachrangige Inhaberschuldverschreibung (sog. Contingent Convertible Bond-CoCo Bond), welche den vom Bundesverband deutscher Banken e.V. veröffentlichten Musterbedingungen für Herabschreibungsanleihen entspricht, in Höhe von TEUR 40.000 begeben. Die Schuldverschreibung, die durch eine Urkunde ohne Zinsscheine verbrieft wurde, lautet auf den Inhaber, d.h. der Gläubiger dieser Schuldverschreibung ist jeder Inhaber der Urkunde dieser Schuldverschreibung. Alleinige Gläubigerin ist aktuell die Muttergesellschaft.

Die Schuldverschreibung begründet eine nicht besicherte, nachrangige Verbindlichkeit der Işbank AG.

Die Schuldverschreibung wird bezogen auf ihren Nennbetrag mit einem Zinssatz in Höhe von 5,75 % p.a. verzinst. Zinszahlungstermin ist der 30.06 jeden Jahres. Im Falle einer Herabschreibung wird die Schuldverschreibung, solange und soweit sie noch nicht wieder hochgeschrieben wurde, nur bezogen auf den entsprechend reduzierten Nennbetrag verzinst. Die Anleihe wird in der Bilanz unter dem Sonderposten "Instrumente des zusätzlichen aufsichtsrechtlichen Kernkapitals", ausgewiesen und die laufende Bedienung dieser Anleihe in der GuV infolge des Fremdkapitalcharakters unter den Zinsaufwendungen dargestellt.

Länderspezifische Berichterstattung (Country-by-Country Reporting) der Işbank AG nach § 26a KWG zum 31. Dezember 2015

Die Angaben zur länderspezifischen Berichterstattung (Country by Country Reporting) aus Artikel 89 EU-Richtlinie 2013/36/EU bzw. § 26a KWG werden in unserer "Länderspezifischen Berichterstattung (Country by Country Reporting) zum 31. Dezember 2015" im Detail dargestellt. Nach Feststellung des Jahresabschlusses erfolgt eine Veröffentlichung der länderspezifischen Berichterstattung zusammen mit dem Jahresabschluss sowie dem Lagebericht im Bundesanzeiger.

Offenlegungsbericht

Die Işbank unterliegt den Offenlegungsvorschriften gemäß den Artikeln 431 ff. der Verordnung (EU) Nr.575/2013. Die Veröffentlichung eines entsprechenden Offenlegungsberichts erfolgt auf der Internetseite der Işbank AG (www.isbank.de).

Sondervermögen:

Übersicht gemäß § 285 Nr. 26 HGB

Sondervermögen	31.12.2015	Differenz Markt-/Buchwert	Ausschüttungen 2015	Tägliche Rückgabe möglich
Unterlassene Abschreibungen				
Buchwert	Marktwert			
Türkisfund Equities Classe A	1.450.215,64	1.450.215,64	0,00	0,00
ja	Nein			

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Der Gesamtbetrag der sonstigen finanziellen Verpflichtungen teilt sich wie folgt auf:

	2016 TEUR	2017 - 2018 TEUR	ab 2019 TEUR	Gesamt TEUR
Mietverträge	2.722	5.126	14.828	22.676
Leasingverträge	332	463	197	992
Sonstige Verträge	217	385	7	609

Die folgende Tabelle stellt die Nominalbeträge der Fremdwährungsswaps dar, die zur Deckung von Fremdwährungsrisiken aus dem Kundengeschäft geschlossen wurden:

Restlaufzeit	Nominal TEUR	Marktwert TEUR
Bis 1 Jahr	146.964	- 1.137

Aufgrund der Mitgliedschaft im Einlagensicherungsfonds des Bundesverbandes deutscher Banken e.V. sind wir unter bestimmten Umständen verpflichtet, Nachschüsse zu leisten. Die Nachschussverpflichtung ist derzeit nicht gegeben.

Mitarbeiter

Im Jahresdurchschnitt beschäftigte die Bank insgesamt 259 Mitarbeiter, darunter

	2015	Vorjahr
Prokuristen	11	14
Angestellte	248	220
	259	234

Die Bezüge der Vorstände betrugen im abgelaufenen Geschäftsjahr TEUR 595 (Vorjahr: TEUR 470). Da keine Pensionszusagen gewährt wurden, werden seitens der Işbank AG keine Pensionsrückstellungen für Mitglieder des Vorstandes gebildet. Im Geschäftsjahr wurde ein Kontokorrent in Höhe von TEUR 9 (Zinssatz p.a 6,0 %) an ein Vorstandsmitglied gewährt.

An die Mitglieder des Aufsichtsrates wurden im Geschäftsjahr Aufwandsentschädigungen gemäß § 285 Nr. 9a HGB in Höhe von TEUR 162 (Vorjahr: TEUR 162) gezahlt. Es wurden keine Kredite an Aufsichtsratsmitglieder gewährt.

Organe der Gesellschaft

Vorstand:

Nevzat Burak Seyrek, Frankfurt am Main, Vorsitzender des Vorstands

Robert McCormack, Frankfurt am Main, Mitglied des Vorstands

Aufsichtsrat

Adnan Bali, Istanbul/Türkei, Vorsitzender, Generaldirektor bei der Türkiye İş Bankası A.Ş.

Suat Ince, Istanbul/Türkei, Stellvertretender Vorsitzender, Stellvertretender Generaldirektor bei der Türkiye İş Bankası A.Ş.

Murat Bilgiç, Istanbul/Türkei, Bereichsdirektor bei der Türkiye İş Bankası A.Ş.

Yalçın Sezen, Istanbul/Türkei, Stellvertretender Generaldirektor bei der Türkiye İş Bankası A.Ş. Hakan Aran, Istanbul/Türkei, Stellvertretender Generaldirektor bei der Türkiye İş Bankası A.Ş. Yavuz Ergin, Istanbul/Türkei, Berater der Türkiye İş Bankası A.Ş.

Ömer Karakuş, Istanbul/Türkei, Bereichsdirektor bei der Türkiye İş Bankası A.Ş.

Ilhami Koç, Istanbul/Türkei, Stellvertretender Generaldirektor bei der Türkiye İş Bankası A.Ş. Yilmaz Ertürk, Istanbul/Türkei, Stellvertretender Generaldirektor bei der Türkiye İş Bankası A.Ş.

Konzernbeziehungen

Die İşbank AG, Frankfurt am Main, ist eine 100 %-ige Tochtergesellschaft der Türkiye İş Bankası A.Ş., Büyükdere Cad. Pembegül Sok, 34330, Levent - Istanbul, Türkei. Zum 31. Dezember 2015 wird von der Muttergesellschaft Türkiye İş Bankası A.Ş. ein Konzernabschluss erstellt, der auch am Sitz der Gesellschaft erhältlich ist.

Frankfurt am Main, 14. April 2016

N. Burak Seyrek, Vorstandsvorsitzender

Robert McCormack, Mitglied des Vorstands

M. Behçet Vargönen, Mitglied des Vorstands

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2015

a) Grundlagen zur İşbank AG

• Basisinformationen

Die İşbank AG ist als Tochtergesellschaft der größten türkischen Privatbank, der Türkiye İş Bankası A.Ş., seit ihrer Gründung im Jahre 1992 für die nachhaltige Unterstützung von Handels- bzw. Geschäftsverbindungen zwischen Europa und der Türkei tätig. Sie ist eine Bank mit Universalbank-Charakter, die ihren Kunden in der Türkei und in Europa ein breites Produkt- und Dienstleistungsspektrum in den Bereichen der Außenhandelsfinanzierung sowie des Firmen- und Privatkundengeschäfts anbietet. Eine Besonderheit gegenüber anderen Banken in Europa besteht in der Möglichkeit, auch Sicherheiten in der Türkei für Kreditaufnahmen im Inland zu hinterlegen. Als Spezialist für diese Nische spricht die İşbank AG türkischstämmige Unternehmen in Europa und europäische Unternehmen mit Geschäftsbeziehungen in die Türkei an.

Die İşbank-Gruppe, die schon in den 30er Jahren als erste türkische Bank im Ausland mit Filialen in Hamburg und Alexandria vertreten war, hat die Bedeutung der Präsenz in den internationalen Märkten schon früh erkannt. Die Türkiye İş Bankası A.Ş. zählt zu den umsatzstärksten Unternehmen der Türkei, das in dem Land nicht nur wirtschaftlich sondern auch gesellschaftlich stark engagiert ist. Entsprechend ihrer globalen Vision wurde sie in 2015 von der Zeitschrift The Banker aufgrund ihrer starken Performanz und des innovativen Leistungsverständnisses als "Bank des Jahres in der Türkei" ausgezeichnet. Zugleich konnte sie sich erneut als einzige türkische Bank in der Liste "Die weltweit größten 1.000 Banken" der selben Zeitschrift auch im Jahre 2015 platzieren und auf den 96. Platz aufsteigen.

- Länder und Segmente

Mit ihren insgesamt 17 Filialen bedient die İsbank AG neben dem Hauptmarkt Deutschland auch die Länder Niederlande, Frankreich, Bulgarien und die Schweiz. Im Zuge des Ausbaus des Filialnetzes in den letzten Jahren ist die İsbank AG dort vertreten, wo viele türkischstämmige Kunden leben und arbeiten.

Während das Geschäft der Bank sich in den Anfangsjahren auf die Abwicklung von Überweisungen türkischer Kunden in ihre Heimat beschränkte, ist die İsbank AG heute eine Universalbank, die ihren Kunden insbesondere in den Filialen in Deutschland ein breites Produkt- und Dienstleistungsspektrum anbietet. Die Auslandsfilialen in Amsterdam und Sofia sind in erster Linie im institutionellen Bereich tätig, die Standorte Paris und Zürich hingegen fungieren im Privat- und Firmenkundengeschäft.

- Organisationsstruktur

Im Geschäftsjahr 2015 gab es basierend auf der fundamentalen Trennung der Geschäftsaktivitäten in Markt- und Marktfolgebereiche einige organisatorische Änderungen. Parallel zu der Neustrukturierung im Geschäftsjahr 2014, wonach der Marktbereich aufgeteilt wurde in die Geschäftseinheiten Privat- und Geschäftskunden und Corporate Banking & FI, wurde auch im Marktfolgebereich im Kreditmanagement eine Unterteilung der Abteilung in Corporate & Banken sowie Privat & Gewerblich vorgenommen. Darüber hinaus wurde im Zuständigkeitsbereich der Kreditabteilung die Unterabteilung Abwicklung/Intensivbetreuung/Sanierung gegründet. Innerhalb der Aufbauorganisation im Bereich Marktfolge wurde auch die Rechtsabteilung neu aufgestellt.

- Steuerungssystem

Die ganzheitliche Steuerung mit einer optimalen Entwicklung der Bank wird durch die hohe Wettbewerbsintensität, die Veränderung externer Rahmenbedingungen und den strengen aufsichtsrechtlichen Auflagen wesentlich beeinträchtigt. Die Gesamtbanksteuerung der İsbank AG erfolgt unter Berücksichtigung eines ausgewogenen Verhältnisses zwischen den zentralen Leistungsindikatoren Eigenkapital, Erträge, Kosten, Liquidität und Risiko. Für die Steuerung der Bank orientiert man sich an der Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) bzw. der Bilanz, der Liquiditätsrechnung und der Risikotragfähigkeitsrechnung (siehe Abschnitt Risikobericht). Der Vorstand wird regelmäßig über die positiven und negativen Ergebnistreiber informiert, um bei Bedarf eventuelle außerplanmäßige Entwicklungen frühzeitig zu erkennen und gegenzusteuern. Entscheidungsgrundlage für den Vorstand bilden auch die Ergebnisse der 13 Führungskomitees der Bank, die in regelmäßigen festgelegten Zeiträumen tagen.

- Ziele und Strategien

Die mittel- und langfristige Strategie der İsbank AG basiert auf einem nachhaltigen und profitablen Wachstum. Hauptinstrument zur Erreichung der gesteckten Ziele bildet das Strategiepapier „İş-Vision“, es bezeichnet die Neustrukturierung der Bank bezogen auf das Kundenportfolio, die Produktvielfalt, die Aufbau- und Ablauforganisation, das Geschäftsmodell, die Investitionen in IT und Weiterbildungsmaßnahmen sowie die Erhöhung der Qualität der kundenorientierten Dienstleistungen. Im Rahmen des für fünf Jahre angesetzten „İş-Vision“ Strategiepapiers liegt der Fokus auf folgenden Zielen:

Erhöhung des Marktanteils an den intensiven Handelsbeziehungen zwischen der EU und der Türkei durch Ausweitung der Trade Finance Aktivitäten

Pflege und Ausbau von Korrespondenzbankbeziehungen in unterschiedlichen geografischen Regionen

Ausdehnung des Geschäftsfelds Retailbanking mittels Anpassung der Filialorganisation und Entwicklung neuer Filialmodelle, Kundensegmentation, Produkthanpassungen und – Produkterweiterungen sowie Neukundengewinnung

Im Zuge des neuen Kernbanksystems Optimierung der Geschäftsprozesse und der Produkte und Dienstleistungen

Schaffung eines effizienten Risikomanagement- und Monitoring-Systems und einer optimierten Aktiva-Qualität

- b) Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die Weltwirtschaft und der Welthandel waren im vergangenen Jahr belastet durch eine Verlangsamung in den aufstrebenden Volkswirtschaften und einen gedämpften Investitions- und Produktivitätswachstum

in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften. Betrachtet man vor diesem Hintergrund die Zugpferde der Weltwirtschaft USA und insbesondere **China**, so fällt das Wirtschaftswachstum so mager aus wie lange nicht, für **China** ist von der schwächsten Jahresrate seit 25 Jahren die Rede. Mit einem Wirtschaftswachstum von 6,9% in 2015 bleibt die chinesische Wirtschaft damit unter dem Vorjahresniveau. In den USA blieb das Wirtschaftswachstum relativ robust und lag im Jahr 2015 bei rund 3,1%. Zusätzlich zu einer Konjunkturverlangsamung in **China** sind die beiden aufstrebenden Volkswirtschaften Brasilien und Russland in eine tiefe Rezession geraten. Die russische Wirtschaft litt besonders unter den Sanktionen des Westens sowie dem Verfall des Ölpreises. Brasilien hatte mit schwächelnden Rohstoffpreisen, politischen Unruhen und einem sich ausweitenden Haushaltsdefizit zu kämpfen. Diese gesamten Entwicklungen haben dazu geführt, dass sich das weltweite Wachstum im Jahr 2015 auf rund 3% abgeschwächt hat.

Politisch und wirtschaftlich war das Jahr 2015 geprägt von dem Streit um die Rettung Griechenlands, der Flüchtlingsproblematik, der Geldpolitik der Europäischen Zentralbank und dem Preisverfall beim Erdöl. Während die Eurozone im vergangenen Jahr mit dem stärksten Flüchtlingszustrom seit dem zweiten Weltkrieg konfrontiert war, konnte sie nur langsam wachsen, mit geschätzten 1,9% auf Jahressicht. Dabei konnten Deutschland, Frankreich und Spanien eine höhere Wirtschaftsleistung im Vergleich zum Vorjahr erzielen, für Italien und den Niederlanden ist das Wachstum jedoch schwächer ausgefallen als erwartet.

Auch Deutschland konnte sich dem schwächelnden weltwirtschaftlichen Umfeld nicht gänzlich entziehen, aber dennoch war die Konjunktur moderat aufwärtsgerichtet. Die deutsche Wirtschaft ist im vorigen Jahr mit 1,7% so stark gewachsen wie seit vier Jahren nicht mehr. Ausschlaggebend hierfür waren in erster Linie der hohe private und staatliche Konsum bedingt durch die gute Situation auf dem Arbeitsmarkt und den niedrigen Zinsen. Der schwache Euro und günstige Ölpreise verhalfen dem Export, so dass die preisbereinigten Exporte von Waren und Dienstleistungen um 5,4% höher waren als im Vorjahr. Der Staatssektor hat im zweiten Jahr in Folge einen Überschuss erwirtschaftet mit einer Überschussquote von + 0,5% gemessen am Bruttoinlandsprodukt.

Im vergangenen Jahr war die Türkei aufgrund der geopolitischen Krise an der Südgrenze des Landes und einem daraus resultierenden Flüchtlingszustrom mit neuen Herausforderungen konfrontiert. Während im außenwirtschaftlichen Bereich aufgrund der regionalen Turbulenzen der Handel mit Russland und dem Irak rückläufig war, haben sich die Exportaussichten mit den europäischen Märkten verbessert. Die drastische Wechselkursabwertung hat zudem die Wettbewerbsfähigkeit der Exporteure begünstigt. Die private Nachfrage und die Arbeitsplatzbeschaffung sind vor dem Hintergrund sinkender Ölpreise kräftig geblieben. Auch die öffentlichen Finanzen konnten einhergehend mit einem reduzierten Handelsdefizit und Staatsverschuldungsgrad unter Kontrolle gebracht werden, so dass die Türkei auch in 2015 das Maastricht-Kriterium erfüllt hat. Insgesamt zeigte sich die türkische Wirtschaft trotz der Währungsabwertung widerstandsfähig und erreichte ein Wirtschaftswachstum von ca. 4%.

Die deutsche Bankenbranche zählt zu den größten der Welt, sie ist maßgeblich geprägt durch die Drei-Säulen-Struktur mit den Genossenschaftsbanken, den öffentlich-rechtlichen Instituten sowie den privaten Geschäftsbanken. Hierbei ist die Bankenlandschaft insbesondere geprägt durch Universalbanken, die ein breites Spektrum an Geschäften anbieten mit dem klassischen, einlagenfinanzierten Kreditgeschäft als Kern. Die krisenbedingten Ertragseinbrüche bei Kreditinstituten, die Veränderung des Finanzmarktumfelds und die Reformen der Bankenregulierung haben auch den deutschen Bankensektor beeinflusst. Im ersten Halbjahr des Jahres 2015 verzeichneten die deutschen Banken eine Bilanzsumme in Höhe von insgesamt EUR 7,8 Billionen. Der türkische Bankensektor zeichnet sich auch im Geschäftsjahr 2015 durch eine robuste Kapitalstruktur und gute Profitabilität aus. Im Vergleich zum Vorjahr konnten sowohl im Einlagengeschäft als auch im Kreditgeschäft Zuwächse verzeichnet werden. Das Kreditvolumen erzielte einen Zuwachs von 19,9% auf 1,506 Mrd. TL. (EUR 464,7 Mio.), wobei die Kreditvergabe an Unternehmen um 24,5% anstieg und um 8% bei den Privatkunden. Betrachtet man das Einlagenvolumen, so ist ein Anstieg um 17,9% auf 1,331 Mrd. TL (EUR 410,7 Mio.) zu konstatieren.

Die İşbank AG ist das älteste türkische Finanzinstitut in Europa mit dem größten Filialnetz in Westeuropa. Auf diese Tradition und das mit dem Namen der Muttergesellschaft, der Türkiye İş Bankası A.Ş., verbundene Vertrauen bauen die Kunden. Ergänzt wird diese bevorzugte Positionierung im Vergleich zu den Wettbewerbern um den Vorteil des großen Filialnetzes der Muttergesellschaft und weiterer Synergiepotenziale. Der große Anteil türkischer Mitbürger, Unternehmen in Europa – vor allem in Deutschland – und europäischer Unternehmen in der Türkei bietet der İşbank AG immense Chancen.

Geschäftsverlauf

Das Geschäftsjahr 2015 steht für wichtige Meilensteine in der Unternehmensgeschichte der İşbank AG. Im März 2015 konnte die İşbank AG zum ersten Mal in ihrer Geschichte einen Konsortialkredit unterzeichnen, in einer Höhe von 100 Mio. Euro unter der Beteiligung von 13 Finanzinstituten aus sieben

verschiedenen Ländern und einer Nachfrage von über 150%. Der Umstand, dass die Nachfrage für den ersten Konsortialkredit der İşbank AG höher war als erwartet, ist ein Indiz für das Vertrauen der internationalen Märkte in die İşbank-Gruppe sowie in die stabile Geschäftsstrategie der İşbank AG.

Im Zuge der Neustrukturierung der Bank und einer damit einhergehenden Personalaufstockung wurde Ende 2015 erstmals eine Gesamtanzahl von 268 Beschäftigten erzielt. Parallel zu dieser Entwicklung erfolgte im April der Umzug in das neue prestigeträchtige und zentral gelegene Gebäude der Hauptverwaltung und der Filiale Frankfurt. Das ehemalige Gebäude der Hauptverwaltung und der Frankfurter Filiale, welches Eigentum der İşbank AG war, wurde veräußert.

Im Berichtsjahr konnte das herausfordernde Core-Banking-Projekt Anka nach Durchführung der Designphase sowie Implementierungs- und Testphase zu 90% abgeschlossen werden. Mit Ausführung der letzten Testphasen und der Mitarbeiterschulungen wird Anfang Mai des laufenden Geschäftsjahres die Inbetriebnahme erfolgen. Im Dezember konnte die Software Doka 5 von Surecomp für die Abwicklung des Trade Finance Geschäfts erfolgreich implementiert werden.

Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Vermögens- und Finanzlage

Eine Ausweitung der Vertriebsaktivitäten sowohl im Trade Finance Bereich als auch im Privat- und Geschäftskundenbereich führten zu einer Erhöhung der Bilanzsumme um 18,5% und der erstmaligen Überschreitung der Schwelle von EUR 1,2 Mrd. Das Geschäftsjahr konnte somit mit einer Bilanzsumme von EUR 1,206 Mrd. und einem Geschäftsvolumen von EUR 1,264 Mrd. abgeschlossen werden.

Die Forderungen an Kunden weisen im Berichtsjahr einen Anstieg um 33,2% auf und belaufen sich auf EUR 698 Mio. Dieser Anstieg ist in erster Linie durch verstärkte Vertriebsaktivitäten im Privatkundenbereich mittels spezieller Kampagnenaktionen zu begründen. Die Forderungen an Kreditinstitute verringerten sich um 16,0% auf EUR 291,5 Mio. Der Zukauf von Wertpapieren für die Gewährleistung von besseren Refinanzierungsmöglichkeiten durch Repo und EZB-finanzierung und für eine Optimierung der Liquidity Coverage Ratio haben zu einer Erhöhung des Bilanzpostens Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere beigetragen, diese hatten am Ende des Berichtsjahres einen Wert von EUR 83,0 Mio., ein Jahr zuvor beliefen sie sich auf einen Betrag von EUR 28,7 Mio. Die Minderung der Sachanlagen von EUR 15,9

Mio. auf EUR 3,1 Mio. basiert auf der Veräußerung des ehemaligen Gebäudes der Hauptverwaltung in Frankfurt am Main. Die geleisteten Anzahlungen für die Projektkosten der ERP Software führten zu einer Erhöhung des Postens immaterielle Anlagewerte auf einen Gesamtbetrag von EUR 12,8 Mio. Der Rechnungsabgrenzungsposten ist im Vergleich zum Vorjahr ebenfalls angestiegen aufgrund von Vorauszahlungen im Rahmen des Bezugs des neuen Gebäudes der Hauptverwaltung.

Die Veränderungen auf der Passivseite resultierten vorwiegend aus den Verbindlichkeiten gegenüber den Kreditinstituten, die zum Jahresende 2015 einen Wert von EUR 268,2 Mio. aufweisen und damit um 133,7% angestiegen sind. Der Anstieg ist auf den im Monat März unterzeichneten Konsortialkredit in Höhe von EUR 100 Mio. zurückzuführen. Auch die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden sind mit 5,4% geringfügig angestiegen, sie belaufen sich auf EUR 759,1 Mio. Im Vorjahr bezifferten sich diese mit EUR 720,2 Mio. Basierend auf niedrigeren Salden auf CPD-Konten sind die sonstigen Verbindlichkeiten im Vergleich zum Vorjahr auf EUR 2,9 Mio. gesunken. Insgesamt konnte das Geschäftsjahr einschließlich des Bilanzgewinns mit einem Gesamtkapital von EUR 133,4 Mio. abgeschlossen werden. Dies stellt weiterhin eine unverändert solide und ausreichende Kapitalbasis für die Entwicklung der Bank dar.

Ertragslage

Im Berichtsjahr gab es einen Rückgang des Zinsüberschusses um 13,8% auf EUR 20,9 Mio. bedingt durch die allgemeine Zinsentwicklung im Markt. Dabei sind die Zinsaufwendungen um 11,7% angestiegen und die Zinserträge um 6,6% gesunken. Der Anstieg der Zinsaufwendungen resultiert im Wesentlichen aus den Zinszahlungen für die im Vorjahr emittierte Herabschreibungsanleihe.

Bei dem Provisionsüberschuss konnte ein leichter Anstieg um 6,0% erzielt werden, wobei die Erträge mit einem ausgewiesenen Betrag von EUR 10,3 Mio. aufgrund von verstärkten Marketingaktivitäten gestiegen und die Aufwendungen auf einen Betrag von EUR 0,4 Mio. gesunken sind.

Die Erträge gliedern sich nach den Betriebsstätten wie folgt:

	Deutschland TEUR	Niederlande TEUR	Frankreich TEUR	Schweiz TEUR	Bulgarien
TEUR Gesamt TEUR					
Zinserträge	27.014	3.337	855	232	168
Provisionserträge	8.414	500	469	877	85
					10.345

Jahresüberschuss	2.561	- 618	- 489	- 112	- 59	1.283
------------------	-------	-------	-------	-------	------	-------

Der Reinerlös aus der Veräußerung des Gebäudes der Hauptverwaltung resultierte in einer Zunahme der sonstigen betrieblichen Erträge, so dass diese mit einem Wert von EUR 9,1 Mio. ausgewiesen sind. Basierend auf der strategischen Planung wurden diese für den Ausbau der IT, die Aufstockung des Personals sowie für das neue Gebäude eingesetzt

Im Vergleich zum Vorjahr sind die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen um 8,0% angestiegen, sie betragen zum Jahresende EUR 31,8 Mio. Der Grund hierfür sind gestiegene Personalkosten aufgrund einer Personalaufstockung, Kosten aufgrund von technologischen Investitionen sowie Mietzahlungen. Im Berichtsjahr wurde basierend auf einer vorsorglichen EWB-Bildung eine Netto-Risikovorsorge in Höhe von EUR 5,4 Mio. gebildet.

Im Zuge der im Berichtsjahr ausgeführten infrastrukturellen Maßnahmen betrug das Ergebnis der İşbank AG aus der normalen Geschäftstätigkeit EUR 2,3 Mio. Nach Abzug von Steuern das Geschäftsjahr 2015 mit einem Jahresüberschuss von EUR 1,3 Mio. abgeschlossen werden.

Liquiditätslage

Die Zahlungsfähigkeit der İşbank AG war im Geschäftsjahr 2015 aufgrund einer geplanten und ausgewogenen Liquiditätsvorsorge jederzeit sichergestellt und die aufsichtsrechtlich vorgeschriebenen Liquiditätskennzahlen wurden stets eingehalten.

Der İşbank AG standen auch im abgelaufenen Geschäftsjahr zur Durchführung von Neugeschäften diverse Refinanzierungsmöglichkeiten zur Verfügung.

Gesamtaussage

Unter Berücksichtigung der regulatorischen Anforderungen und der volatilen Marktgegebenheiten konnte die İşbank AG ihre Ziele weitgehend erfüllen und insgesamt ein zufriedenstellendes Resultat erzielen. Im Vergleich zum Vorjahr wurde aufgrund von infrastrukturellen Maßnahmen ein geringeres Ergebnis ausgewiesen. Die Geschäftsentwicklung ist aus Sicht der İşbank AG insgesamt positiv verlaufen.

c) Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben sich nach dem Abschlussstichtag nicht ereignet.

d) Risikobericht

Gemäß § 25a Abs. 1 KWG müssen Institute über eine ordnungsgemäße Geschäftsorganisation verfügen, die insbesondere die Festlegung einer auf die nachhaltige Entwicklung gerichtete Geschäftsstrategie und ein angemessenes und wirksames Risikomanagement umfassen muss, auf dessen Basis die Risikotragfähigkeit laufend sicherzustellen ist. Konkret werden Verfahren zur Ermittlung und Sicherstellung der Risikotragfähigkeit als ein Element des Risikomanagements verlangt. Die Risikotragfähigkeit ist gegeben, wenn alle wesentlichen Risiken eines Institutes

unter Berücksichtigung von Risikokonzentrationen durch das Risikodeckungspotenzial laufend abgedeckt sind.

Das Interne Kontrollsystem der İŞBANK AG

Der Vorstand der İşbank AG trägt die Verantwortung für die Einrichtung eines angemessenen Internen Kontrollsystems (IKS). Entsprechend den regulatorischen Anforderungen wurde ein Internes Kontrollsystem eingerichtet, welches Regelungen zur Aufbau- und Ablauforganisation sowie zu Risikosteuerungs- und -controllingprozessen umfasst. Das IKS stellt eine prozessabhängige Überwachung sicher und orientiert sich an der Art, dem Umfang, der Komplexität und dem Risikogehalt der Geschäftsaktivitäten der İşbank AG.

Das IKS und die Interne Revision zusammen mit Compliance und dem Risikomanagement bilden in der Gesamtheit das Interne Kontrollverfahren der İşbank AG.

Gesamtrisikoprofil

Gemäß AT 2.2 Tz. 1 MaRisk hat sich ein Institut regelmäßig sowie anlassbezogen einen Überblick über das Gesamtrisikoprofil zu verschaffen. Das Risikomanagementsystem sowie die Prozesse zur Identifizierung, Messung, Beurteilung, Steuerung, Überwachung und Kommunikation der einzelnen Risikoarten sind im Risikohandbuch der İşbank AG sowie in ergänzenden Arbeitsanweisungen beschrieben. Für alle Risikoarten und, soweit einschlägig, für deren einzelne Ausprägungen ist eine

Wesentlichkeitseinschätzung dokumentiert. Als wesentliche Risikoarten werden das Adressenausfallrisiko, das Marktpreisrisiko, das Liquiditätsrisiko, das Geschäftsrisiko, das Reputationsrisiko sowie die Operationellen Risiken identifiziert. Mit Ausnahme von Liquiditätsrisiko werden diese Risikoarten im Rahmen der Risikotragfähigkeitsrechnung berücksichtigt.

Organisation des Risikomanagements

Der Vorstand der İsbank AG ist für die Sicherstellung eines angemessenen Risikomanagements und die Erfüllung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen verantwortlich. In der operativen Umsetzung wird sie durch die Abteilung Risikomanagement, den Risikoausschuss, den Aktiv/Passiv-Ausschuss und die Interne Revision unterstützt.

Der Bereich Risikomanagement nimmt die zentrale Steuerung, Überwachung und Kontrolle der Risikobereiche der Bank im In- und Ausland wahr.

Eine der Kernaufgaben des Risikomanagements ist die Unterrichtung des Vorstands. Insbesondere die laufende Unterrichtung über alle wesentlichen Risikopositionen der Bank ermöglicht dem Vorstand, seine Gesamtverantwortung für alle Risikobereiche umfassend wahrzunehmen und rechtzeitig erforderliche Maßnahmen zur Steuerung und Minimierung dieser Risiken zu ergreifen.

Die Risikoberichterstattung erfolgt regelmäßig risikobezogen als auch risikoübergreifend auf Gesamtbankebene. Darüber hinaus sind anlassbezogene ad hoc-Reportings vorgesehen.

Die Überwachung des Kreditgeschäfts hinsichtlich der Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben und der internen Kompetenzregelungen obliegt der Kreditabteilung. Diese ist dem Mitglied des Vorstands Marktfolge unterstellt, welcher zugleich die Leitung der Risikocontrolling-Funktion innehat. Die Kreditabteilung überwacht die Handelsaktivitäten der Bank auf Basis EDV- gestützter Instrumente und gewährleistet die Einhaltung der vorgegebenen Handelslimite.

Geschäfts- und Risikostrategie

Die Kerngeschäftsbereiche der İsbank AG bilden das Privat- und Firmenkundengeschäft. Die İsbank AG ist in diesen Geschäftsbereichen im Kredit- und Einlagengeschäft aktiv und bietet im Rahmen des Firmenkundengeschäfts auch Forfaitierungsleistungen und Außenhandelskredite an.

Um ein nachhaltiges, reibungsloses und profitables Wachstum zu erreichen, sind wirksame Risikostrategien unerlässlich. Das Risikomanagement der İsbank AG unterzieht sich einem fortlaufenden Optimierungsprozess und überprüft die eingesetzten Methoden und Steuerungsansätze regelmäßig hinsichtlich ihrer Effizienz und Angemessenheit vor dem Hintergrund der aktuellen Geschäftsentwicklung.

Risikoarten

Aus der Geschäftstätigkeit der İsbank AG ergeben sich folglich unterschiedliche Risiken, die durch den Vorstand gemeinsam mit den verantwortlichen Fachbereichen systematisch identifiziert und bewertet wurden. Nachfolgend werden die als wesentlich identifizierten und im Rahmen des Risikobewertungsprozesses bewerteten Risiken nach Umsetzung von Risikobegrenzungsmaßnahmen (Nettodarstellung) dargestellt:

Adressenausfallrisiken,

Marktpreisrisiken,

Liquiditätsrisiken,

Operationelle Risiken,

Sonstige Risiken.

Für jede wesentliche Risikoart wurde zudem untersucht, ob diese Einfluss auf die Vermögenslage (inklusive der Kapitalausstattung), die Ertragslage und/oder die Liquiditätslage hat.

Adressenausfallrisiken

Das Adressenausfallrisiko bezeichnet die Gefahr, dass aufgrund des Ausfalls oder der Bonitätsverschlechterung einer externen Adresse ein Verlust eintritt. Zusätzlich zum adressenbezogenen Kreditrisiko existiert bei grenzüberschreitenden Kapitaldienstleistungen auch noch das Länderrisiko.

Das Adressenausfallrisiko umfasst bei der İsbank AG die folgenden Risikoarten:

Ausfallrisiko

Emittentenrisiko

Bonitätsrisiko/Migrationsrisiko

Sicherheiten- und Restwertrisiko

Länderrisiko

Die İsbank AG nutzt die mittleren Ausfallwahrscheinlichkeiten je Ratingklasse für die Ermittlung der Adressenausfallrisiken. Durch die Verwendung der mittleren Ausfallwahrscheinlichkeit werden auch die Effekte aus Migrationsrisiken indirekt berücksichtigt.

Die İsbank AG berücksichtigt die Adressenausfallrisiken sowohl auf der Ebene der Einzelkreditnehmer als auch im Portfoliokontext. Ziel ist es dabei sowohl unverhältnismäßig hohe Einzelrisiken als auch den Aufbau von Konzentrations- und Portfoliorisiken zu erkennen, zu begrenzen oder zu vermeiden.

Steuerung und Überwachung der Adressenausfallrisiken

Die Steuerung der Adressenausfallrisiken erfolgt sowohl auf Einzelkredit- als auch Portfolioebene. Hierzu greift die İsbank AG auf Limitsysteme für das Einzelkreditrisiko, das Länderrisiko und das Branchenrisiko zurück. Eine weitere Limitsetzung erfolgt über das Gesamtportfolio und im Rahmen der Risikotragfähigkeitsberechnung. Auf Einzelkreditenebene wendet die İsbank AG Risikoklassifizierungssysteme zur Risikoeinstufung an.

Die Adressenausfallrisiken werden kontinuierlich durch Limitüberwachungen, Risikoentwicklungen sowie Auswertungen der Limitauslastungen und Bildung von Einzel- und Pauschalwertberichtigungen überwacht. Die İsbank AG überprüft Branchen- und Länderlimitierungen gemäß der Geschäftsentwicklung und nimmt ggf. Anpassungen an der Limitsystematik vor.

In die Risikotragfähigkeitsberechnung werden erwartete und unerwartete Verluste mit einbezogen. Hierfür wird ein Value at Risk-Ansatz zugrunde gelegt, welcher mit einem Asset- Value-Modell, allgemein unter dem Namen „CreditMetrics“ bekannt, (für den Going-Concern- Ansatz mit einem Konfidenzniveau von 97%) berechnet wird.

(in TEUR zum 31.12.2015)	Inanspruchnahme	Limits
Adressenausfallrisiko	34.150	39.886
Erwarteter Verlust aus AAR	6.718	--
Unerwarteter Verlust aus AAR	27.432	--

Adressenausfallrisiken werden in die Risikolimitierung auf Basis der Risikodeckungsmasse einbezogen.

Instrumente und Quellen der Risikoerkennung

Hinsichtlich der Risikoerkennung existieren im Wesentlichen zwei Instrumente:

Überziehungsüberwachung

Risikoklassifizierung

Die Überziehungsüberwachung der vorhandenen Limite erfolgt täglich durch die Kreditabteilung bzw. durch die Filialen. Zudem werden Überziehungen mittels entsprechender Berichte an den Vorstand und an die betroffenen Bereiche bzw. Abteilungen gemeldet.

Methode bzw. Verfahren der Risikomessung

Die Risikomessung der Adressenausfallrisiken erfolgt unter Zuhilfenahme der Instrumentarien, die bereits im Rahmen der Risikomessung dargestellt sind bzw. auf Basis der aufsichtsrechtlich vorgegebenen Normen.

Marktpreisrisiken

Unter Marktpreisrisiken werden bei der İsbank AG die potenziellen Verluste bezeichnet, die sich aus Veränderungen von Marktparametern ergeben können.

Die İsbank AG unterteilt ihre Marktpreisrisiken in folgende Subrisiken:

Zinsänderungsrisiko,

Währungsrisiko.

Marktpreisrisiken bestehen für die İşbank AG insbesondere in Form des Zinsänderungsrisikos. Dieses ergibt sich für die Bank durch Differenzen in den Zinsbindungsfristen und Zinsanpassungsmöglichkeiten zwischen Aktiv- und Passivpositionen.

Steuerung und Überwachung der Marktpreisrisiken

Die Steuerung der Marktpreisrisiken erfolgt auf Basis der spezifischen Risikoausprägung durch individuelle Maßnahmen. Der Vorstand entscheidet auf Basis von Analysen des Rechnungswesens über die jeweils einzusetzenden Maßnahmen, wie z.B. Aufnahme fristenkongruenter Finanzierungsmittel oder Einsatz von Swapgeschäften zur Absicherung von Währungspositionen.

Die Überwachung der Marktpreisrisiken erfolgt überwiegend täglich durch Analyse der offenen Positionen.

Zinsänderungsrisiko

Die İşbank AG berechnet im Rahmen des aufsichtsrechtlichen Meldewesens mindestens vierteljährlich das Zinsänderungsrisiko analog der aufsichtsrechtlichen Vorgabe mittels des

Ausweichverfahrens gem. Rundschreiben 11/2011 der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht.

Die Einschätzung über das Zinsänderungsrisiko basiert wesentlich auf einer internen Prognose des zukünftigen Zinsverlaufes der zuständigen Facheinheit, dem Geld- und Devisenhandel. Basis ist wesentlich neben einer internen Einschätzung aus Erfahrungswerten die Analyse der 5-jährigen Änderungskurve zu den 3-Monats Libor/Euribor Sätzen und den darauf basierenden statistischen Hochrechnungen auf die Zukunft. Die auf dieser Basis ermittelte Einschätzung erhalten der Vorstand sowie das Risikomanagement im Vierteljahresrhythmus.

Im Rahmen der Risikotragfähigkeitsberechnung werden die Zinsänderungsrisiken mit einer GuV-orientierten historischen Simulation mit absoluten Änderungen ermittelt.

Per 31.12.2015 lag das Zinsänderungsrisiko mit 640 TEUR innerhalb des Limits von 1.800 TEUR.

Instrumente der Risikoerkennung

Als Instrument zur Überwachung des Zinsänderungsrisikos dient die Zinsbindungsbilanz und darauf aufbauend die Berechnung des Zinsänderungsrisikos mittels der historischen Simulation mit absoluten Änderungen.

Währungsrisiko

Als Währungs- bzw. Wechselkursrisiko werden die aus der Unsicherheit über zukünftige Wechselkursentwicklungen entstehenden Risiken bezeichnet. Diese sind umso höher je stärker die zu beobachtende Wechselkursvolatilität ist bzw. je weiter in der Zukunft die geplante Ausgabe in einer Fremdwährung liegt.

Die Geschäftspolitik der İşbank AG sieht vor, dass Fremdwährungsrisiken strategisch grundsätzlich vermieden werden.

Im Vergleich zu unserem Gesamtexposure ist der Anteil des Bestandes in Türkischer Lira (TL) vernachlässigbar gering. Da die İşbank AG grundsätzlich Kredite in den Währungen EUR und USD vergibt, spielt für die İşbank AG die TL eine sehr geringe Rolle.

Operationelle Risiken

Die İşbank AG definiert das Operationelle Risiko als die Gefahr von Verlusten infolge menschlichen Versagens, der Unzulänglichkeit von internen Prozessen und –Systemen sowie externer Ereignisse.

Das Operationelle Risiko setzt sich aus den folgenden Risikofaktoren zusammen:

Geschäftsfeldrisiko / externe Faktoren,

Rechtsrisiko und ethisches Risiko,

Geschäfts- und Prozessrisiko,

Informationstechnologierisiko,

Risiko der Angewiesenheit auf externe Unterstützung.

Risikerkennung-, Mess – und Steuerungsinstrumentarien der Operationellen Risiken

Die Erkennung und insbesondere die Messung des Operationellen Risikos werden aufgrund der Vielfältigkeit der Risikofaktoren erschwert. Die İsbank AG nimmt jährlich eine Bewertung der bestehenden Operationellen Risiken durch Self Assessments vor. Es handelt sich dabei um ein qualitatives Instrumentarium.

Für die Risikosteuerung greift die İsbank AG in Abhängigkeit von den spezifischen Risikofaktoren unter anderem auf folgende Instrumente zurück:

Versicherung von Risiken,

Kontrollen und Vier-Augen-Prinzip bei wesentlichen Tätigkeiten, aktuelle Arbeitsrichtlinien,

Training von Mitarbeitern,

Notfallplanung und Verträge mit Servicedienstleistern für den Notfall,

Personalplanung.

Das Operationelle Risiko wird in die Risikolimitierung auf Basis der Risikotragfähigkeit einbezogen.

Zusätzlich wird im Bereich Risikomanagement eine Verlustdatenbank zur Messung des (eingetretenen) Operationellen Risikos geführt.

Für die Messung des Operationellen Risikos im Rahmen der Erfüllung der CRR und der Ermittlung des erforderlichen Eigenkapitals zur Unterlegung der Operationellen Risiken greift die İsbank AG auf den Basisindikatoransatz gemäß CRR zurück.

Steuerung und Überwachung der Operationellen Risiken

Die Überwachung und Steuerung der Operationellen Risiken erfolgt zum einen im Rahmen des vierteljährlichen Risikoberichts. Zum anderen sind in die Überwachung und Steuerung alle Mitarbeiter der İsbank AG eingebunden, um die zeitnahe Identifikation schlagend werdender Operationeller Risiken, neu auftretender oder sich verändernder Risikofaktoren sowie die Ableitung von Maßnahmen sicherzustellen.

Risikotragfähigkeit und Stresstesting

Kreditinstitute sind gemäß § 25a Abs. 1 KWG verpflichtet, angemessene und wirksame Verfahren einzurichten, um ihre Risikotragfähigkeit zu ermitteln und nachhaltig sicherzustellen.

Die Risikotragfähigkeitsrechnung der İsbank AG stellt primär auf Bilanz- und GuV-Werte ab. Die Risikotragfähigkeit ist dann gegeben, wenn alle wesentlichen Risikoarten laufend durch das Risikodeckungspotential gedeckt sind. Darauf basierend werden Limite für die wesentlichen Risiken definiert. Die İsbank AG berechnet die Risikotragfähigkeit sowohl nach dem Going- Concern als auch nach dem Gone-Concern Ansatz, um der Anforderung des AT 4.1 Tz. 8 MaRisk gerecht zu werden.

Zur Erfüllung der aufsichtsrechtlichen Vorgaben gemäß CRR wendet die İsbank AG den KSA- Ansatz für das Kreditgeschäft sowie den Basisindikatoransatz für die Operationellen Risiken an.

Der von der İsbank AG verwendete Going-Concern Ansatz erfüllt die Erfordernisse des am 7. Dezember 2011 von der BaFin veröffentlichten Rundschreibens „Aufsichtliche Beurteilung bankinterner Risikotragfähigkeitskonzepte“.

Die Risikotragfähigkeit ist gegeben, wenn die Gesamtrisikoposition durch das Risikodeckungspotenzial gedeckt ist. Legt man hier die bankenweit üblichen, generellen aufsichtsrechtlichen Anforderungen zugrunde, beträgt das Verhältnis der Gesamtrisikoposition zur Risikodeckungsmasse per 31.12.2015 47,4%. Die İsbank AG steuert ihre Risiken jedoch nicht lediglich auf Basis solcher Mindestanforderungen, sondern nach restriktiveren Kriterien. Hiernach liegt der Wert bei 67,3%.

Unter Berücksichtigung von Risikokonzentrationen sieht die İsbank AG im Rahmen der Risikotragfähigkeitsberechnung die regelmäßige Durchführung von Stresstests für die aus Banksicht wesentlichen Risiken vor. Dabei greift sie -unter Berücksichtigung der strategischen Ausrichtung der Bank- auf geeignete historische und hypothetische Szenarien zurück.

Zwecks Sicherstellung der Konsistenz der einzelnen risikospezifischen Stressszenarien zueinander wurde ausgehend von einem übergeordneten makroökonomischen Szenario ein Gesamtbankstresstest entwickelt, woraus sich die einzelnen Risikoarten aus dem übergeordneten Szenario ableiten.

Unter Berücksichtigung der strategischen Ausrichtung der Bank wird auf geeignete historische und hypothetische Szenarien zurückgegriffen. Die Beurteilung der Risikotragfähigkeit im Stressfall erfolgt ebenfalls anhand des Ausnutzungsgrades des Risikodeckungspotenzials.

Gemäß der dritten MaRisk Novelle werden bei der İşbank AG inverse Stresstests halbjährlich durchgeführt. Dabei werden auch die Angemessenheit sowie die zugrunde liegenden Annahmen überprüft. Bei wesentlichen Änderungen des Kreditportfolios ist die Durchführung von zusätzlichen Stresstests vorgesehen. Dabei definiert die Bank zum einen qualitative Szenarien und untersucht zum anderen Ereignisse, die die Bank in ihrer Überlebensfähigkeit gefährden können.

Liquiditätsrisiko

Die İşbank AG differenziert unter dem Begriff des Liquiditätsrisikos zum einen das Liquiditätsrisiko im engeren Sinne als die Gefahr, dass die Bank ihren Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen kann, und zum anderen das Refinanzierungsrisiko als die Gefahr, dass die Bank das gewünschte Refinanzierungsniveau nicht halten kann.

Risikoerkennungs-, Mess- und Steuerungsinstrumentarien des Liquiditätsrisikos

In diesem Zusammenhang sind nachfolgende Instrumente vorhanden:

Liquiditätsberechnung gem. LiqV-Berechnung (Berechnung und Meldung der Liquiditätskennziffer auf Basis von Restlaufzeiten sowie Ermittlung von Beobachtungskennzahlen gem. LiqV seitens der Buchhaltung).

Liste „Liquidity Report“ (Erstellung seitens der Abteilung Geld- und Devisenhandel)

Liquiditätsstresstests

wöchentliche ALMU- und die monatliche ALCO- Komitees sowie das FTP –Preissystem.

Steuerung und Überwachung des Liquiditätsrisikos

Die İşbank AG steuert und überwacht die Liquiditätsrisiken auf Basis der Liquiditätskennziffer, Beobachtungskennzahlen, Liquidity Report sowie der offenen Währungspositionen. In Abhängigkeit von der Entwicklung der Kennzahlen werden spezifische Maßnahmen eingeleitet, zu diesen gehören u.a.:

das Schließen von offenen Währungspositionen,

frühzeitige externe Mittelbeschaffung,

Mittelbeschaffung über die Mutter

Auflösung von Einlagen bei der Deutschen Bundesbank oder Verkauf bzw. Beleihung von Wertpapieren.

Liquiditätsrisikotoleranz

Die İşbank AG legt für Liquiditätsrisiken angemessene Risikotoleranzen fest und stellt deren Einhaltung durch geeignete Maßnahmen sicher. Dabei wird die jeweils maximal tolerierbare Höhe der Liquiditätsrisiken definiert.

Die Liquiditätsrisikotoleranzen erstrecken sich auf die:

Liquiditätsreserve (Liquiditätspuffer),

Laufzeitbänder sowie

Ermittlung der Überlebensperiode.

Liquiditätspuffer

Zur Gewährleistung der Zahlungsfähigkeit, sogar im Falle von kurzfristigen Liquiditätsengpässen, wird ein Liquiditätspuffer aus liquiden und unbelasteten Liquiditätsengpässen, wird ein Liquiditätspuffer aus liquiden und unbelasteten Liquiditätsreserven vorgehalten, der unter Beachtung der Liquiditätsrisikotoleranz an den Liquiditätsbedarf der Bank unter Stresssituation angepasst ist, damit ausreichend Liquidität selbst in einer angespannten Marktsituation gewährleistet ist.

Laufzeitbänderfestsetzung

Die Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit und Optimierung der Zahlungsströme der Refinanzierungsstruktur erfolgt auf Basis einer Liquiditätskennzahl. Hierzu wurde ein auf Risikotoleranzkennzahlen basierendes Ampelsystem implementiert, durch das die frühzeitige Erkennung von Risiken und die entsprechende Einleitung von Maßnahmen sichergestellt wird.

Liquiditätsmindestreichweite („Survival Period“)

Unter der Liquiditätsmindestreichweite ist der Zeitraum zu verstehen, den die İsbank AG in der Lage ist, bei Liquiditätsabflüssen und ohne neue Liquiditätszuflüsse zu überleben. Als Grundlage für die Berechnung der Liquiditätsmindestreichweite dient die von der Abteilung Geld- und Devisenhandel erstellte und fortlaufend aktualisierte Cashflow-Übersicht.

Refinanzierungsrisiko

Unter dem Refinanzierungsrisiko wird allgemein die Gefahr verstanden, dass die Bank das gewünschte Refinanzierungsniveau nicht mehr halten kann.

Marktliquiditätsrisiko

Das Marktliquiditätsrisiko wird im Zusammenhang mit dem Risikomanagement des Liquiditätsrisikos der İsbank AG indirekt mit abgedeckt.

Geschäfts- und Ertragsrisiko

Das Geschäfts- und Ertragsrisiko wird definiert als die Gefahr des Abweichens von der Ertragsplanung (Planung vor Risiko). Ursachen liegen in Abweichungen des geplanten Neugeschäfts und in Abweichungen der geplanten Kosten bzw. Preise.

Steuerung und Überwachung des Geschäfts- und Ertragsrisikos

Für die Messung des Geschäfts- und Ertragsrisikos wird der Earnings-at-Risk Ansatz verwendet. Das Modell bestimmt aus historischen Zeitreihen die Volatilität der Revenues und Expenses sowie die Korrelationen zwischen den Revenues und Expenses.

Reputationsrisiken

Als Reputationsrisiko verstehen wir die Gefahr von Ereignissen, die das Vertrauen in die İsbank AG in der Öffentlichkeit oder in den Medien, bei Mitarbeitern oder Kunden bzw. Geschäftspartnern mindern.

Die operativen Geschäftseinheiten und Filialen tragen im Rahmen ihrer Geschäftsaktivitäten unmittelbare Verantwortung für Reputationsrisiken, die aus ihrer jeweiligen Geschäftstätigkeit entstehen.

Durch den Namen und die Verbindung zur Muttergesellschaft Türkiye İş Bankası A.Ş. profitiert die İsbank AG insbesondere vom Vertrauenstransfer bei denjenigen Kunden, die die Bank aus der Türkei kennen. Selbst heute ist es für viele Kunden ein wichtiges Kriterium zu wissen, wer als Gesellschafter hinter der İsbank AG steht und welche Leistungskraft die Türkiye İş Bankası A.Ş.-Gruppe verkörpert. Außerdem wurde innerhalb von Jahrzehnten auch der eigene gute Ruf der İsbank AG aufgebaut.

Neben einem hohen Ansehen innerhalb der türkischen Population in Europa wird dem Reputationsrisiko in der Risikostrategie der İsbank AG dadurch Rechnung getragen, dass ein fairer Umgang mit allen Geschäftspartnern festgelegt wird und Geschäfte mit zweifelhaften Adressen ausgeschlossen werden.

Konzentrationsrisiken

Generell kann sich das Konzentrationsrisiko bei der İsbank AG im Wesentlichen bei den Adressenausfallrisiken niederschlagen. Eine Konzentration beim Adressenausfallrisiko entsteht, wenn sich das Risiko durch bestimmte Faktoren verdichtet und auf Grund dessen die Diversifikation des Portfolios begrenzt wird. Gemäß unserer Risikostrategie wird das Kreditportfolio anhand definierter Limite für Branchen-/Länder- und Größenklassenlimite diversifiziert, sodass das Entstehen von Konzentrationen weitgehend begrenzt wird. Konzentrationsrisiken bestehen bei der İsbank AG im Wesentlichen gegenüber der Türkei. Dieses Konzentrationsrisiko wird detailliert überwacht und im Sinne der Geschäftsstrategie bewusst getragen.

e) Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Gesamtwirtschaftliche Situation

Für das Jahr 2016 rechnet der Internationale Währungsfonds (IWF) mit einem voraussichtlichen Wirtschaftswachstum von 3,4%. Haupttreiber dieser Entwicklung dürften ein starker Dienstleistungssektor sowie der Konsum sein. Als die größten Wachstumsrisiken sieht der IWF die Wachstumsverlangsamung in China, die geopolitische Straffung in den USA gepaart mit einem starken Dollar sowie in einer möglichen Eskalation der bestehenden geopolitischen Spannungen. Weniger positiv sind die Aussichten für Russland und Brasilien, für beide Länder ist eine nachhaltige Erholung nicht in Sicht, weshalb sie auch 2016 nicht aus der Rezession herauskommen werden. Die Eurozone wird 2016 aufgrund zyklischer Impulse stärker wachsen, wenngleich sie trotz dieser guten Aussichten hinter den USA bleiben wird. Erwartet wird ein Wirtschaftswachstum von 1,7%, wobei der Hauptwachstumstreiber dieser Entwicklung, die größte Volkswirtschaft Europas, Deutschland sein wird. Ein hoher Binnenkonsum, ein starker Arbeitsmarkt und eine positive Entwicklung der Reallöhne sind Faktoren, die Deutschland ein Wachstum von 1,7% verschaffen werden.

In der Monatsmitte von Dezember 2015 hat die FED als erste bedeutende Notenbank ihren Leitzins angehoben. Geldpolitisch betrachtet, werden daher im Jahr 2016 nach Jahren der Niedrigzinspolitik moderate Zinserhöhungen erwartet. Die Europäische Zentralbank hingegen dürfte sich weiterhin auf einem entgegengesetzten Pfad bewegen und ihre expansive Geldpolitik fortsetzen. Nach sieben Jahren Bullenmarkt könnten sich die Aktienkurse in diesem Jahr etwas verhaltener entwickeln und die Anleiherenditen in den bedeutenden Rentenmärkten dürften nur leicht zulegen. Der bestimmende Faktor an den Devisenmärkten wird die Entwicklung des US- Dollars bleiben.

Für die türkische Wirtschaft werden 2016 keine großen Turbulenzen erwartet, allerdings wird es aufgrund der geopolitischen Risiken, wie der Russlandkrise, auch kein einfaches Jahr werden. Dennoch erwartet der IWF in der Türkei ein Wirtschaftswachstum in Höhe von 3,5%. Die Inflation wird sich leicht reduzieren, prognostiziert wird ein Wert von 7,5%. Unter Beachtung einer strengen Haushaltsdisziplin wird für das Etat und der Verschuldung eine Besserung erwartet. Durch die Erhöhung des Mindestlohns um 30% geht man von einer Zunahme des privaten Konsums aus, das sich zusammen mit dem Preisverfall beim Erdöl ebenfalls positiv auf die Wirtschaft auswirken wird. Gleichzeitig ist man aufgrund der Abwertung der türkischen Lira mit einem damit einhergehenden Kapitalabflussrisiko konfrontiert.

Risiken für die Bankenbranche und damit für die İsbank AG liegen im Allgemeinen darin, dass sich das Bankgeschäft 2016 nachhaltig nicht verbessern wird. Größtes Problem im Markt werden weiterhin die niedrigen Zinsen sein, die eine rentable Anlage von Kundengeldern schwierig machen und die Margen weiter schrumpfen lassen. Belastungen und Unsicherheiten drohen auch im Bereich von neuen regulatorischen Anforderungen, denn die Politik wird sich bemühen, die Aufsicht über die Banken weiterhin zu verschärfen.

Der anhaltende Nahostkonflikt und die weiter verschärfte Russlandkrise stellen weiterhin eine Gefahr für die türkische Wirtschaft dar. Die Türkei ist eine der wichtigsten Hauptabsatzmärkte der İsbank AG, weshalb hier ein Risikopotenzial besteht. Marktbezogene Risiken bestehen auch in Form von Wettbewerbern im Hauptmarkt Deutschland, die zunehmend das Nischenprodukt der Bank, Türkei-Überweisungen, anbieten.

Entwicklung der İsbank AG

Das Geschäftsjahr 2016 wird gekennzeichnet sein von der Fertigstellung und Umsetzung des Core-Banking Projekts Anka, welches sowohl aus materieller als auch aus personeller Sicht das größte Projekt in der Geschichte der İsbank AG darstellt. Mit Beendigung der ersten Phase wird Anfang Mai 2016 die Liveschaltung erfolgen. Mit dem Einsatz des neuen Kernbanksystems werden auch aus technologischer Sicht optimale Bedingungen für eine vertriebsorientierte Ausrichtung der Bank geschaffen sein.

Neben der Fortführung der kunden- und vertriebsorientierten Entwicklung der Bank wird ein weiteres Augenmerk 2016 dem Projekt zur Optimierung der Geschäftsprozesse gelten. Basierend hierauf wird eine Überarbeitung und Anpassung der zentralen Prozesse erfolgen mit dem Ziel, eine Kosteneinsparung und Verbesserung der Produktivität zu erzielen.

Die Bank beabsichtigt, einen Teil der Instrumente des zusätzlichen aufsichtsrechtlichen Kernkapitals in gezeichnetes Kapital umzuwandeln. Im Einklang mit der mittelfristigen Strategie der Bank, die auf einem nachhaltigen und profitablen Wachstum aufbaut, wird für das Geschäftsjahr 2016 ein besseres Jahresergebnis deutlich über dem Niveau des abgelaufenen Geschäftsjahres 2015 erwartet. Die Ausweitung der Geschäftsaktivitäten soll hierbei in erster Linie durch verstärkte Trade Finance Geschäfte erfolgen. Zur Steigerung der Profitabilität wird die Bilanz proaktiv auf der Kundenseite gesteuert.

f) Abhängigkeitsbericht

Unsere Gesellschaft hat bei jedem Rechtsgeschäft nach den Umständen, die uns jeweils zu dem Zeitpunkt bekannt waren, in dem die Rechtsgeschäfte vorgenommen wurden, eine angemessene Gegenleistung erhalten. Maßnahmen oder sonstige Rechtsgeschäfte mit Dritten auf Veranlassung oder im Interesse eines verbundenen Unternehmens sind im Berichtszeitraum nicht getroffen oder unterlassen worden.

g) Verbandszugehörigkeiten

Die Bank ist Mitglied im Bundesverband deutscher Banken e.V. und in regionalen Bankenverbänden. Des Weiteren gehört sie dem Verband der Auslandsbanken e.V. an. Als Mitglied des Prüfungsverbandes deutscher Banken e.V. nimmt sie am Einlagensicherungsfonds der privaten Banken teil.

Frankfurt am Main, 14. April 2016

N. Burak Seyrek, Vorstandsvorsitzender

Robert McCormack, Mitglied des Vorstands

M. Behçet Vargönen, Mitglied des Vorstands

Länderspezifische Berichterstattung (Country-by-Country Reporting) der ISBANK AG nach § 26a KWG zum 31. Dezember 2015

Die Anforderungen zum Country-by-Country Reporting aus Artikel 89 der EU- Richtlinie 2013/36/EU wurden in § 26a KWG in deutsches Recht umgesetzt.

Danach sind die im Geschäftsjahr 2015 angefallenen Umsätze der im Wege der Vollkonsolidierung in den Jahresabschluss einbezogenen Niederlassungen, die Anzahl der Lohn- und Gehaltsempfänger in Vollzeitäquivalenten je Mitgliedsstaat der EU und Drittländer, das Ergebnis vor Steuern je Mitgliedsstaat der EU und Drittländer, die zu entrichtenden Steuern auf das Ergebnis sowie die erhaltenen öffentlichen Beihilfen darzustellen.

Als Umsatz wird das in den Jahresabschluss nach HGB einbezogene Vorsteuerergebnis ohne Berücksichtigung von Konsolidierungseffekten, Risikovorsorge, Verwaltungsaufwendungen sowie Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB angegeben. Die Umsatzgrößen werden als Summe folgender Komponenten der Gewinn- und Verlustrechnung nach HGB definiert.

Zinsüberschuss,

Provisionsüberschuss und

Sonstiges betriebliches Ergebnis.

Land	Umsatz in TEUR	Anzahl der Lohn- und Gehaltsempfänger in Vollzeit- äquivalenten	Gewinn oder Verlust vor Steuern TEUR	Steuern auf Gewinn oder Verlust TEUR	Erhaltene öffentliche Beihilfen TEUR
Deutschland	35.790 0	227,5		3.516	955
Niederlande	1.551 0	8,75		- 617	0,67
Frankreich	1.244 0	8,75		- 489	0
Schweiz	1.072 0	6,25		- 112	0
Bulgarien	299 0	7,0		- 59	0

Länderspezifische Berichterstattung (Country-by-Country Reporting) der ISBANK AG nach § 26a KWG zum 31. Dezember 2015

Firma	Art der Tätigkeit	Sitz/Ort	Land
ISBANK AG Hauptverwaltung und 13 Filialen	Kredit- und Einlagengeschäft, Dienstleistungen im Zahlungsverkehr	Frankfurt am Main	Deutschland
ISBANK AG Niederlassung Amsterdam	Kredit- und Einlagengeschäft, Dienstleistungen im Zahlungsverkehr	Amsterdam	Niederlande
ISBANK AG Niederlassung Paris	Kredit- und Einlagengeschäft, Dienstleistungen im Zahlungsverkehr	Paris	Frankreich

ISBANK AG Niederlassung Zürich	Kredit- und Einlagengeschäft, Dienstleistungen im
Zahlungsverkehr Zürich	Schweiz
ISBANK AG Niederlassung Sofia	Kredit- und Einlagengeschäft, Dienstleistungen im
Zahlungsverkehr Sofia	Bulgarien

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der İsbank AG, Frankfurt am Main für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2015 bis 31. Dezember 2015 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Frankfurt am Main, 20. April 2016 KPMG AG

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Garz Wirtschaftsprüfer

Neuser Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrats

Seit der Gründung der ersten Auslandsfiliale der Türkiye İş Bankası A.Ş. im Jahre 1932 in Hamburg kann die jetzige Tochtergesellschaft İsbank AG auf eine 84 jährige Erfahrung in Deutschland und Europa zurückblicken, in welcher sie als Hauptakteur die globalen Banktätigkeiten der Muttergesellschaft in fünf verschiedenen Ländern mit 17 Filialen erfolgreich fortführt.

Die İsbank AG, die auch die Verantwortung zur Übertragung der Vision des Gründers der Türkischen Republik und unserer Bank, Mustafa Kemal Atatürk, in die Zukunft und auf internationale Plattformen innehat, hat sich auf diesem Wege angeeignet, für ihre Kunden nicht nur als Finanzpartner, sondern zugleich auch als wirksamer Lösungspartner zu agieren, der seine langjährige Erfahrung und Wissen teilt. Hinter dieser Einstellung steckt die Türkiye İş Bankası A.Ş., die seit ihrer Gründung in der Türkei auf gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Ebene als Werttreiber fungiert und das Symbol der Türkischen Republik ist.

Die İş Bankası, die "Die Bank der Türkei", die seit 91 Jahren mit ihrem Leitprinzip eines Beitrags zur wirtschaftlichen Unabhängigkeit der Türkei den größten Beitrag zur Industrialisierung des Landes beigetragen hat, ist mit einer Gesamtaktiva in Höhe von 275,7 Mrd. TL die größte Privatbank der Türkei. Mit ihrer starken Kapitalstruktur, verbreiteten Aktionärsstruktur und dem technologieorientierten Bankenverständnis ist die İş Bankası die führende nationale Bank, die mit ihren ca. 18 Mio. Kunden und den 1.354 Inlandsfilialen ihre Führungs- und Vorreiterrolle noch stärker ausübt.

Die İsbank AG, die die Führerschaft der Muttergesellschaft im türkischen Bankensektor als ihre eigene Vision beansprucht, ist dabei, ihre gesamte Banken-Infrastruktur umzustellen basierend auf der langfristigen Mission der İsbank-Gruppe, in der europäischen Geographie die Fahnenführerschaft zu übernehmen. Die fortschrittlichen technologischen und personellen Investitionen unter Wahrung der starken Kapitalstruktur sind in diesem Zusammenhang ein Indiz für die langfristige Strategie der İsbank-Gruppe sowie aus Sicht der İsbank AG die Basis für die Verwirklichung der Ziele in allen Tätigkeitsbereichen. Die genannten Investitionen, ausgeführt in erfolgreicher Projektarbeit für eine wirksamere und rentablere Arbeitsorganisation und dem Angebot von Dienstleistungen in der höchsten Qualität, befinden sich in der Abschlussphase. Der Umzug in das neue und moderne Gebäude der Hauptverwaltung im Jahr 2015 und das sich dem Ende neigende hochbudgetierte IT-Projekt - neues Kernbankensystem - sind maßgebliche Indikatoren unserer langfristigen Investitionen sowie unserer nachhaltigen, beständigen und konservativen Geschäftsstrategien.

Die türkischen Bürger verteilt in ganz Deutschland und Europa, wohnhaft insbesondere in den Industriestädten, zu Beginn der Migration nur die Funktion der Überbrückung des Arbeitskräftemangels innehabend, leisten heutzutage als Geschäftsleute, Existenzgründer, Künstler, Sportler und Wissenschaftler einen unbestreitbaren Beitrag zu dem gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben in Europa. Unsere türkischen Mitbürger mit ihrer jungen Altersstruktur bringen auch eine neue Dynamik in die zum Vergleich ältere Bevölkerung des Kontinents ein. Betrachtet man Deutschland, wo sich neben der Hauptverwaltung auch 13 Filialen befinden, so ist festzustellen, dass die von den Türken gegründeten 80.000 Unternehmen insgesamt 50 Mrd. Euro an Geschäftsvolumen erwirtschaftet. Türkischstämmige Künstler, Akademiker und Sportler in Europa, mit ihren Erfolgen in den verschiedenen Bereichen, erfreuen uns mit Stolz und sind ein Symbol für die gesellschaftliche Integration und für den Erfolg eines multikulturellen, modernen und toleranten Verständnisses. Die in Europa am stärksten verwurzelte und älteste türkische Bank, die İsbank AG, wird stets der Gefährte der türkischen Bürger sein, die europaweit aus gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Sicht betrachtet sich ständig weiterentwickeln und ihren Beitrag zum gesellschaftlichen Leben in den Ländern, in denen sie sich befinden, erhöhen.

Andererseits erstreckt sich die Mission unserer Bank über diesen Rahmen hinaus. In diesem Zusammenhang ist eine der wichtigsten Aufgaben der İsbank AG, die sich mit der Mission der Förderung der wirtschaftlichen Tätigkeiten der Türken in Europa insbesondere in Deutschland sowie der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Türkei und der EU auf den Weg gemacht hat, die Finanzierung und die Weiterentwicklung der Außenhandelsstätigkeiten zwischen der Türkei und der EU. Deutschland, das größte Land der EU, ist mit einem Volumen von ca. 40 Mrd. Euro seit langen Jahren zugleich der größte Außenhandelspartner der Türkei. Betrachtet man auch die anderen Länder, in denen unsere Bank vertreten ist, so beträgt das gesamte Außenhandelsvolumen mit der Türkei ca. 60 Mrd. Euro. Bei den Fremdkapitalinvestitionen in der Türkei ist Deutschland führend, wobei 75% dieser Investitionen von den EU-Ländern getätigt werden. In der Türkei gibt es ca. 6.000 Firmen mit deutschem Kapital, wobei in den letzten fünf Jahren jährlich durchschnittlich 500 Firmen dazugekommen sind. Unter den 1.000 größten Exportunternehmen der Türkei befinden sich auch 14 deutsche Firmen. All diese Zahlen zeigen auf, wie hoch das Potential in dem Zielmarkt unserer Bank ist.

Die parallel zur globalen Vision der Muttergesellschaft übernommene Brückenfunktion in den Handelsbeziehungen zwischen der Türkei und der EU, hat sich gegenwärtig zum größten Fach- und Tätigkeitsbereich der İsbank AG entwickelt, welches sich auch in den Ergebnissen des Geschäftsjahres 2015 eindeutig erkennbar macht. Unsere Bank baut das Kundenportfolio im Bereich der Außenhandelsfinanzierung stetig aus und konnte durch die im Geschäftsjahr 2015 in der Türkei aufgebauten Kundenbeziehungen im Corporate Bereich weiter wachsen. Im Zuge der Erweiterung der Korrespondenzbankbeziehungen und des

Korrespondenzbankennetzwerks unserer Bank, werden die Penetrationstätigkeiten neben den Industrieländern auch in den sich entwickelnden Märkten fortgeführt und auch Ergebnisse erzielt. Es ist ohne Zweifel, dass die auf diesem Gebiet erzielte Leistung, basierend auf einem die Beständigkeit und Nachhaltigkeit beachtenden Verständnisses, in verstärktem Maße fortgeführt wird.

Es ist zu beachten, dass bei der Bewertung der Ergebnisse der Türkiye İş Bankası A.Ş. sowie der İsbank AG die vorherrschende globale wirtschaftliche und politische Konjunktur herangezogen wird. Im Geschäftsjahr 2015 hat die globale wirtschaftliche Aktivität einen milden Verlauf dargelegt. Während die Weltwirtschaft in 2014 um 3,4% zugelegt hat, ist sie nach Schätzung der IWF in 2015 um 3,1% gewachsen. In diesem Zeitraum sind die Bedenken gegenüber den Schwellenländern gestiegen, währenddessen die Industriestaaten sich mit einer geringeren Beschleunigung aufrappeln konnten. Die Wirtschaft der USA konnte ihren milden Wachstumstrend beibehalten, in den Volkswirtschaften des EU-Raums konnte eine eingeschränkte Verbesserungstendenz konstatiert werden. In den Schwellenländern hat die Wirtschaftsaktivität im Allgemeinen an Stärke verloren. Für diese Entwicklung spielen die Verlangsamungstendenz der chinesischen Wirtschaft, der starke Rückgang der Rohstoffpreise insbesondere des Erdöls, die steigenden geopolitischen und politischen Risiken eine

bedeutende Rolle. Neben dem Umstand, dass die globale Wirtschaft im Vergleich zu den Vorjahren im Jahr 2015 weniger geeignete Bedingungen aufgezeigt hat, haben auch die im Inland verstärkten politischen Unsicherheiten und geopolitischen Risiken bei der türkischen Wirtschaft einen Abwärtsdruck bewirkt. Trotzdem konnte die türkische Wirtschaft im abgelaufenen Geschäftsjahr eine Wachstumsleistung über den Erwartungen erzielen.

Es ist einzusehen, dass in der nächsten Zeit neben den wirtschaftlichen Entwicklungen auch die geopolitischen Vorkommnisse auf der Tagesordnung sein werden. Die Risiken, Unsicherheiten, Militärinterventionen und Terroranschläge sowohl im Nahen Osten als auch in Europa, damit einhergehend insbesondere die gemeinsame Flüchtlingsproblematik sowie die anderen auf eine Lösung wartenden Punkte sind ein Zeichen für das Vorhandensein einer **Schicksalsgemeinschaft** zwischen der Türkei und der EU, die über eine rein wirtschaftliche Zusammenarbeit hinausgeht. In Anbetracht des im Zuge der negativen Entwicklungen resultierenden Bildes glauben wir daran, dass die Türkei und die EU für die gemeinsamen Probleme einen gemeinsamen Lösungswillen finden werden. In diesem Zusammenhang werden wir in der EU-Landschaft, in der wir glauben eine gemeinsame Zukunft zu haben, als İşbank AG das Erbe unserer Muttergesellschaft aus der Vergangenheit in die Zukunft tragen und unter der Erkenntnis der Bedeutung der zwischen der Türkei und der EU entstehenden Beziehungen, unsere Tätigkeiten fortführen. Ich bedanke mich im Namen des Aufsichtsrats der İşbank AG bei allen, die auf diesem langen Weg mitgewirkt haben bzw. mitwirken werden.

Die Buchführung und der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2015 sowie der Lagebericht wurden von der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt am Main, geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Der Aufsichtsrat hat dem Ergebnis der Prüfung zugestimmt und den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2015 und den Lagebericht gebilligt.

Frankfurt am Main, 10.05.2016

Adnan Bali, Vorsitzender des Aufsichtsrats

NS ccat : Corporate/Industrial News | c151 : Earnings | c15 : Financial Performance | ncat : Content Types |
nfact : Factiva Filters | nfcpin : C&E Industry News Filter

RE hesse : Hesse | eecz : European Union Countries | frank : Frankfurt | gfr : Germany | usa : United States |
zuric : Zürich | dach : DACH Countries | eurz : Europe | namz : North America | switz : Switzerland |
weurz : Western Europe

PUB Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH

AN 文件 JAHREV0020160923ec9m001xv

SE UNTERNEHMEN
HD Kings of Consulting
BY Student, Dietmar
WC 3,720 字
PD 2016 年 9 月 23 日
SN manager magazin
SC MMAGZN
PG 30-38
VOL 10 2016
LA 德文
CY © 2016 manager magazin. All rights reserved.

LP
Nur noch wenige Topconsultants taugen als CEO-Flüsterer.

Wie gut sind McKinsey, Berger und Co.? Eine aufwendige Exklusivstudie zeigt die Stärken und verborgenen Schwächen der Ratgeber. Vorstände halten die Consultants heute auf Abstand – bis auf wenige Ausnahmen.

TD

D

as Beratergeschäft, um mal gleich mit einer struppigen Binse zu beginnen, ist ein People Business. Schon immer gewesen.

Nun denn, hier ein historisches Adressbuch: Alfred Herrhausen (ehedem Chef der Deutschen Bank und Daimler-Oberkontrollleur), Werner Niefer (dermaleinst Mercedes-Ikone), nahezu der komplette Siemens-Vorstand, Mark Wössner (77; Ex-Bertelsmann-Boss), Manfred Schneider (77; Bayer), Dietmar Hopp (76; SAP).

McKinsey-Haudegen Herbert Henzler (74) zählte die Repräsentanten der mächtigsten Konzerne Deutschlands zu seinem Bekanntenkreis. Sein Telefonverzeichnis gehört im Grunde ins Haus der Geschichte. Auch mit Politikern wie Lothar Späth und Edmund Stoiber (74) war der drahtige Ratgeber, mit raumfüllender Präsenz und ebensolchem Ehrgeiz, auf Augenhöhe .

Ähnliches gibt es von Roland Berger (78) zu berichten, Gründer der Unternehmensberatung, die seinen Namen trägt. Er konnte mit dem Nordsozi Gerhard Schröder (72) wie mit dem Südschwarzen Stoiber, coachte Josef Ackermann (68; früher Deutsche Bank) persönlich. Mit Birgit Breuel (79), so geht die Mär, erfand er die Computermesse Cebit, tja und die Treuhandanstalt habe er auf einem Bierdeckel konstruiert.

Tolle War Storys über noch tollere Consiglieri, die Industrie und Politik der Bundesrepublik mitgestalteten. Als die Protagonisten der Deutschland AG noch Schulter an Schulter standen, Begriffe wie Compliance oder Corporate Governance noch nicht erfunden waren.

Die Ära der charismatischen Einflüsterer vom Schlage und von der Schlagfertigkeit der Henzlers und Bergers ist lange vorbei. Früher wurden sie als Agendasetter gerühmt, als Nebenregierung in den Chefetagen gefürchtet. Heute kommen sich Berater und Wirtschaftsführer zwar auch noch nahe, aber eher bis auf Rufweite.

Wie viel Einfluss haben die Consultants noch? Wer kann etwas bewirken, Unternehmensentscheidungen prägen? Und: Welche Faktoren sind maßgebend für einen effektvollen Einsatz beim Kunden?

Der Bonner Wirtschaftsprofessor Dietmar Fink (49), seit Jahrzehnten ein profunder Kenner der Szene, wollte es genauer wissen: Exklusiv für manager magazin hat der Consultingfachmann die Antworten von mehr als 1000 Führungskräften deutscher Großunternehmen zu einer Studie gebündelt . Das Ergebnis, in aller Zuspitzung: Es gibt viele Knechte und nur wenige Könige in der Beraterbranche.

- Drei Viertel der Befragten bescheinigen Beratern einen positiven Einfluss auf ihr Geschäft – das ist die gute Nachricht.
- Aber die Wirkungstreffer der einzelnen Firmen sind eher bescheiden: Nur fünf der großen Beratungshäuser, gemeinhin als Generalisten bezeichnet, erreichen Werte, die auf der Fink-Skala als "überdurchschnittlich" durchgehen.
- Ein Führungstrio setzt sich ab: die globalen Player. Mit Marktführer McKinsey an der Spitze, befehligt von Deutschland-Chef Cornelius Baur (54). Dahinter die Boston Consulting Group (BCG) und Aufsteiger Bain, der sich ebenfalls in der Elitegruppe etabliert hat; die Berger-Truppe hingegen belegt nur Platz sieben.
- Die Reputation der großen Wirtschaftsprüfer und des IT-Dienstleisters Accenture fällt mäßig aus, angesichts der großen Investitionen ins Beratergeschäft.
- Nicht nur Kompetenz ist entscheidend, das Urteil der Kunden hängt auch von weichen Faktoren wie Etikette oder Ausstrahlung ab. Und hier haben fast alle Managementberater beträchtliche Defizite. "Unsicherheit im Auftreten", so Fink, "wird dann oft durch Arroganz kompensiert."

Kapitel I: Das Einflüstern

Die Typen fehlen, die Marken kommen abhandeln. Die Charismatiker seien "fast alle verschwunden", sagt Fink, "und neue nicht in Sicht".

Der ehemalige Deutschland-Chef von BCG, Dieter Heuskel (65), prägende Figur der Beratung und passionierter Gegen-den-Strich-Bürster, wurde Ende 2015 mit einem Essen im Hamburger Edelhôtel "Louis C. Jacob" verabschiedet. Nun sitzt er in diversen Beiräten, pöppelt Start-ups und sorgt sich um seine Weinstöcke im Piemont.

Kollegin Antonella Mei-Pochtler (58), Marketingfachfrau und Grande Dame der Firma, scheidet Ende 2017 aus. Dann kann sie sich mit vollem Einsatz um Ehrenämter und Amtsehren kümmern, etwa als Chairwoman des Bregenzer Beinverhüllers Wolford.

Auch McKinsey-Direktorenstars wie der Chemie- und Energieexperte Heiner Frankemölle (59), an Rhein und Ruhr hochgeschätzt, und der extrovertierte Automann Andreas Zielke (56) – Markenzeichen: Menjoubärtchen – sind mittlerweile im Retiro. Zielke, der Anfang Juli mit einem Abendessen in Berlins "China Club" Lebewohl sagte, will einen Filmfonds aufbauen und kann sich nun intensiv seinem Hotelprojekt in Naumburg (Saale) widmen, dem "Gasthof Zufriedenheit".

Längst gehen die Altmeister ihren eigenen Geschäften nach. Henzler berät von München aus die New Yorker Investmentboutique Moelis, kraxelte im Sommer wieder mit seiner Similauner-Truppe, einer Bergsteigerseilschaft von rund 20 Topmanagern, im Tessin. Und Roland Berger ist gerade aus seinem Beratungshaus ausgezogen – von einem gut geschnittenen Büro am Englischen Garten in die lärmige Maximilianstraße. Von dort aus betreut er seine Stiftung, Mandate und Investments.

Man kann das Phänomen auch im "Landlust"-Jargon umschreiben. In der neuen Partnergeneration gebe es "zu viele Farmer und zu wenige Hunter", sagt ein hochrangiger Consultant, früher selbst mit der Schrotflinte auf Klientenpirsch. Die Jäger, das seien Persönlichkeiten, die Neues ausprobieren, Risiken eingehen. Nun steigen die Glattegesichtigen in der Firmenhierarchie auf, die beim Abernten von Umsätzen gut seien, aber nicht gestalten könnten. Die "Windschnittigen", pflichtet der Vorstand eines Industriekonzerns bei, seien "klar in der Überzahl".

Sicher, einige der Spitzenkräfte des hiesigen Consultings haben noch enge Drähte zur Topkundschaft. BCG-Deutschland-Chef Carsten Kratz (49), heißt es, könne ganz gut mit Siemens-Anführer Joe Kaeser (59). Walter Sinn (51), nationaler Leader bei Bain, und Deutsche-Bank-Sanierer John Cryan (55), verstünden sich prächtig, erzählt man sich in Frankfurt. McKinsey-Direktor Thomas Vahlenkamp (51), der sich als Leiter des sogenannten Client Committee um Kundenbeziehungen der Firma kümmert, pflegt nach eigener Zählweise einen vertrauensvollen Umgang mit fünf bis zehn Topklienten, in der Regel CEOs. Er sieht Fachkompetenz und Überzeugungskraft als mathematisches Produkt: "Ist ein Faktor null, ist auch das Ergebnis null." Ja, könnte stimmen.

Mit 100 000 Euro bemisst ein ehemaliger Topmanager einer Beratungsanstalt daumenregulär den Wert einer CEO-Handynummer, Aufträge, die aus dem Kontakt erwachsen, nicht eingerechnet. Zu Peter Terium (52), Chef des leidgeprüften Stromkonzerns RWE, hat McKinseys Vahlenkamp offenkundig ein Zutrauen, das den Austausch von Mobilfunknummern einschließt.

Der Niederländer ist ein Berater-Enthusiast. Und Vahlenkamp ist sein wichtigster strategischer Helfer. Honorare in Höhe von 20 bis 30 Millionen Euro, schätzen Experten, überweist RWE jährlich an McKinsey.

Zum Beispiel für das Programm "Taking Stock", das derzeit in der grünen Tochter Innogy läuft, in die RWE seine Zukunft (Ökostrom, Netze) eingebracht hat. McKinsey und die Inhouse-Consultants nehmen erst einmal den Bestand auf, gucken sozusagen, was wo steht und liegt. Einige Innogy-Vorstände bewegen sich auf einem für sie fremden Geschäftsfeld – die Berater freut's. Das hoch dotierte Projekt "New Way of Working" (mehr als 100 Millionen Euro), ein konzernweites Mehrjahresprogramm zum effizienteren Wirtschaften, war so exklusiv auf McKinsey ausgelegt, dass Teile des RWE-Managements rebellierten. Also kam Konkurrent BCG, unverhofft, ebenfalls an den RWE-Honorartopf. Das Vorhaben wurde 50 zu 50 geteilt: BCG kümmerte sich um die Stromerzeugung und Osteuropa, McKinsey um den Vertrieb.

Solche engen Beziehungen zu einem Vorstand "entstehen nicht mit einem Fingerschnippen", sagt Bains Anführer Sinn, "die sind über Jahre gewachsen".

Eine Herausforderung aus Sicht der Berater sind die immer rascheren Managerwechsel. Wie in der Causa Tom Blades (60). Der Brite war erst Bereichs-CEO bei Siemens, dann Linde-Vorstand und ist jetzt Bilfinger-Chef. Da kommt man als Sparringspartner kaum noch hinterher, so reicht man den Topkunden im Zweifel weiter: "Wir sind in solchen Fällen auf eine gut funktionierende Partnerschaft angewiesen", sagt BCG-Mann Kratz.

Kapitel II: Die Skeptiker in den Konzernen

Es mag Wirtschaftsführer geben, die sich den Einflüsterer zurücksehnen, weil sie an der Spitze "intellektuell vereinsamen" (Fink). Ein externer Ratgeber kann da durchaus psychotherapeutische Wirkung entfalten.

Aber viele Unternehmen haben keinen Consigliere mehr, sie wollen sich nicht von auswärtiger Expertise abhängig machen. Die Vorstandsvorsitzenden holen sich ihre Topratgeber bei guter Gelegenheit viel lieber an die Seite – Chefberatung ingesourct.

Thomas Sedran (51) ist ein Wanderer zwischen den Welten. Der frühere Roland-Berger-Berater verdingte sich bei General Motors, wurde sogar Opel-Interimschef, war ab Sommer 2015 freischaffend, bis ihn Volkswagen-Sanierer Matthias Müller (63) als obersten Konzerntaktiker einkaufte.

Ex-McKinsey-Koryphäe Detlef Kayser, lange der Lufthansa zu Diensten, berät jetzt seinen einstigen Kunden Carsten Spohr (49) qua Strategenamte. Und Peter Feldhaus (49), früher ebenfalls bei McKinsey als Direktor unter Kontrakt, ist seit 2015 ThyssenKrupp-Boss Heinrich Hiesinger (56) als Chefplaner unterstellt.

Den Allrounder, mit dem der Vorstand über dit und dat sinnieren konnte, gebe es nicht mehr, heißt es in Essen, einen Haus- und Hofberater sucht man vergebens. Es wird bewusst gestreut, um das Risiko zu minimieren und den Anforderungen der Compliance-Wächter zu genügen.

Aber wer hat in solchen Fällen überhaupt noch Zugang zum CEO? Die Antwort: eigentlich niemand.

Einmal pro Quartal berichten die Spitzenkräfte der Beratungsanstalten circa eine Stunde lang über den Projektfortschritt. Hiesinger hört interessiert zu, kommentiert aber selten. Er selbst vergibt keine Aufträge. Die dezentralen Einheiten entscheiden in der Regel, wen sie wollen. Feldhaus, von Amts wegen für die Consultants zuständig, segnet ab; Honorare ab 250 000 Euro muss der Vorstand freizeichnen.

Die Souveränität und Transparenz im Umgang mit Beratern hat noch keine allzu lange Tradition bei ThyssenKrupp. In der Vor-Hiesinger-Ära war der Beratereinsatz meist hochpolitisch und beeinflusste so manche Karriere. Die Projektergebnisse wurden im Vorstand "angepasst", erinnert sich ein Ex-Topmanager, bevor sie das Volk zu Gesicht bekam. Missliebige Führungskräfte wurden auf diese Weise als vermeintliche Bremser identifiziert.

Auch in anderen Unternehmenszentralen geht man heute, der neuen Zeit und dem neuen Selbstverständnis des CEOs geschuldet, anders mit Beratern um.

Beispiel Daimler: In der Schrempp-Ära herrschte eine von Benzingeruch geschwängerte Buddy-Buddy-Kultur. Der frühere Strategievorstand Eckhard Cordes (65) und die McKinsey-Größe Ralph Heck (59) wirkten aufs Engste zusammen. Als Cordes zu Metro wechselte, beriet Heck seinen Kumpel fortan auch beim Handelskonzern. Der aktuelle Daimler-Lenker Dieter Zetsche (63) hält Berater auf Abstand, steuert autonom und hört, maulen Untergebene, kaum auf die eigenen Leute.

Beispiel Eon: McKinsey half dem Energieverkäufer beim Sparprogramm 2.0, Wettbewerber BCG brachte den Spin-off auf den Weg. Anschließend wurde die Abspaltung der Kraftwerksfirma Uniper "ganz überwiegend" mit eigenem Personal gestemmt, sagt Eon-Chef Johannes Teyssen (56). Bei "komplexen operativen Themen" greife Eon auf "diverse Fachberater" zurück. Derlei Spezialwissen könne man "nicht sinnvoll vorhalten".

Beispiel Evonik: Eine Strategie für das Chemieunternehmen zu entwickeln ist dort ureigene Vorstandsaufgabe. Bei der Ausgestaltung helfen Berater. Die Digitalisierung macht man mit A. T. Kearney, die Integration der jüngst zugekauften Air-Products-Teile mit Deloitte. McKinsey ist für die Detailanalyse der aus dem Erwerb entstandenen Großsparte Ressourceneffizienz zuständig. Und bei der Umsetzung des frisch aufgesetzten Strategieprozesses assistiert der Kölner Spezialberater Ralf Wicharz (60), dessen Cologne Strategy Group schult Manager und Mitarbeiter des Konzerns. Worauf Evonik Wert legt: Ausstrahlung, "ein gerader Rücken". Was man nicht mag: Berater, die sich erst schlaue Fragen. Ebenso auf dem Index: Gefälligkeitsgutachten. "Einige sind mir zu stromlinienförmig", sagt Strategievorstand Christian Kullmann (47).

Fast alles wird austauschbar, das Uniforme macht sich breit. Selbst beim König McKinsey werden Kanten geschliffen, gehen Individualität und nationale Eigenheiten verloren. Die Zusammenkunft der deutschen Büros vom 1. bis 3. Oktober im Luxusresort "Forte Village" auf Sardinien wollte CFO Michael Silber erst ganz streichen; am Ende bewilligte der Amerikaner ein Spar- und Enthaltensamkeitsbudget von rund zwei Millionen Euro, deutlich weniger als bei den Treffen zuvor. Zudem wurden die Titel vereinheitlicht: Die deutsche Erfindung "Direktor", für altgediente Besserwisser und -verdiener, weicht dem Allerweltsbegriff "Seniorpartner", "Principals" mutieren zu "Juniorpartnern".

Die Skepsis gegenüber dem Einfluss von Beratern liegt auch darin begründet, dass es bisweilen an Diskretion und Loyalität gegenüber dem Kunden mangelt. So berichtet der Chef eines renommierten Börsenunternehmens von einem Schlüsselerlebnis, als er in Diensten einer Private-Equity-Firma stand. Damals brauchte diese ratzfatz interne Informationen über ein Zielunternehmen: "Ein Anruf bei einem Unternehmensberater, dann hatten wir sie."

Kapitel III: Der heiß gelaufene Markt

Brexit, Bankenkrisen, IT-Nöte, M&A-Hype: "Der Beratungsmarkt ist heiß gelaufen, momentan verkauft sich fast alles", diagnostiziert Fink. 2015 legten die großen Consultants in Deutschland im Schnitt um rund 8 Prozent zu, in diesem Jahr hält der Wissenschaftler plus 10 Prozent für "realistisch".

Über solche Raten können die Top drei nur milde lächeln. Marktführer McKinsey dürfte 2015 allem Anschein nach stramm zweistellig gewachsen sein, BCG notierte 2015 intern eine Gewichtszunahme um 19 Prozent. Bain schrieb gar mit Geheimtinte ein Plus von 30 Prozent und musste die Recruitingmaschine in Drehzahlbereiche fahren, die man nur noch mit Jaulen oder Japsen bezeichnen kann. Der seit mehr als zwei Jahren amtierende Deutschland-Statthalter Sinn habe das Haus "regelrecht entfesselt", umschreibt es ein Ex-Gefangener.

Von Partystimmung ist trotzdem keine Rede, im Gegenteil: Das Geschäft ist nüchterner, technischer, handfester geworden.

Über allem steht der Digitalisierungszwang. Viele Unternehmen brauchen keine Disruptionsdeuter mehr, sondern Leute mit hochgekrempelten Ärmeln (ob tätowiert oder nicht), die das Digitale in den einzelnen Abteilungen verankern.

Daten sind hip, Analytics sexy. Es geht nicht mehr allein darum, möglichst viele Consultants zu verkaufen, sondern zunehmend um den Absatz von staubtrockenem Wissen.

McKinsey gibt jedes Jahr 10 Prozent seines Umsatzes für Forschung und Entwicklung aus, 700 bis 800 Millionen Euro, etwa so viel wie der Etat der Kölner Universität. Ein Ergebnis dieses Kapitaleinsatzes ist die Sparte McKinsey Solutions. Das Geschäftsmodell: Der Kunde hat rund um die Uhr Zugriff auf webbasierte Anwendungen, wie Modelle zur Preisgestaltung, Kundenzufriedenheit oder zum effizienten Ressourceneinsatz. Die Berater helfen bei der Installation, den Rest macht die Firma allein. 20 verschiedene Werkzeuge gibt es mittlerweile, und es werden ständig mehr. Vahlenkamp: "Das ist inzwischen ein relevanter Baustein für die Unterstützung der Klienten."

Wettbewerber BCG zog nach, verkauft unter dem Label Gamma Softwareprogramme, die der Kunde dann weiterentwickeln kann. McKinsey beschäftigt mittlerweile in einer eigenen Digitaleinheit 1000 Leute, die bei Beratungsprojekten hinzugezogen werden. Die BCG-Tochter Data and Analytics Services (kurz DaAS) funktioniert nach dem gleichen Schema: Auf fünf bis sieben klassische Managementberater, melden die Bostoner, kommen zwei bis drei DaAS-Delegierte. Seit Juni kooperiert BCG zudem mit dem Big-Data-Haus Mu Sigma, das 3500 Mitarbeiter, vorwiegend in Indien, beschäftigt. BCG-Bestimmer Kratz: "So können wir unseren Kunden in den Projekten für das gleiche Budget deutlich mehr bieten."

Klar ist allerdings auch: Ist der Homo digitalis erst einmal der dominierende Menschenschlag und vernetztes Führen selbstverständlich geworden, rücken Berater und Kunden wieder enger zusammen, ist persönliche Ansprache gewünscht, für die nächsten Mirakel, 5.0 ff.

Zumal sich beide auch ökonomisch immer stärker aneinanderketten. Der Anteil erfolgsabhängiger Bezahlung wächst seit Jahren rapide. Man befinde sich "in einer **Schicksalsgemeinschaft**" mit dem Klienten, sagt ein Consultingmanager.

Kapitel IV: Die Nöte des Mittelmäßes

In der allgemeinen Blütephase werden strukturelle Sorgen verdeckt. Die haben vor allem die Mittelpfächtigen, die im Fink-Ranking fernab der Königshäuser ihre Heimstatt gefunden haben.

Die Grenzen zwischen Managementberatung und IT verschwimmen. "Es gibt heute kaum noch ein Projekt ohne fundamentale tech-nologische Komponente", sagt Ökonom Fink. "Historisch" nennt er diese Veränderung des Marktes.

Diese Tatsache macht paradoxerweise reinen IT-Kennern wie Accenture mehr und mehr Probleme. Für rund 200 Millionen Euro hat der Outsourcing-Gigant in den vergangenen Jahren Consultants abgeworben, Sign-up-fees, Garantieboni und dergleichen inklusive. Genützt hat die Offensive bislang nicht viel. Die Firma liegt nur auf Rang neun im Fink-Ranking. Knecht statt König – das scheint ihr Schicksal zu sein.

"Wir sind gut darin, neue Technologien zu verstehen", sagt ein Accenture-Partner, "aber wissen nicht, wie eine Vorstandsagenda funktioniert." Komplexe Sachverhalte auf den Punkt zu bringen, in dieser Disziplin sei man "lausig". "Oft haben wir das beste Konzept und verlieren trotzdem die Ausschreibung, weil der Kunde sagt: Ich kann keinen von euch in Vorstandssitzungen oder in den Aufsichtsrat schicken."

Die einstige Kultfirma Roland Berger belegt im Fink-Ranking nur noch Rang sieben. Früher war das Unternehmen in vergleichbaren Ranglisten auf einen Top-drei-Platz abonniert.

"Wir fokussieren auf Projekte, nicht auf Rankings und sind und bleiben Premiumanbieter", kommentiert Deutschland-Geschäftsführer Stefan Schaible (48) gegen den schwachen Imagewert an.

Nach gescheiterten Fusionsplänen, internen Turbulenzen und Umsatzschwund sehen sich die Berger-Leute auf dem Weg der Besserung. Das Konzept, sich auf Kernmärkte zu konzentrieren (Deutschland, Frankreich, **China**), ein Digitalnetzwerk unter dem kryptischen Namen Terra Numerata zu erfinden, all das hält Schaible für aufgegangen: "Die Kunden finden das cool."

Die neue Zeitrechnung beginnt für ihn Mitte 2015: Vom 1. Juli bis 30. Juni 2016 sei Berger in Deutschland um 11,5 Prozent gewachsen; rund 220 Partner seien derzeit registriert.

Die rotierten schneller, als es die Powerpoint-Polizei erlaubt. Rund 50 Prozent haben das Unternehmen seit 2013 verlassen, ihre Kundenkontakte nahmen sie gleich mit. Die Abgänge wurden durch interne Beförderungen und Leute von draußen wieder aufgefüllt.

Die Externen reüssierten längst nicht alle. Anfang 2015 wurde der Scout24-Oberfinanzer Joe Lichtenberger (44) mit viel Vorschusslob auf den Posten des globalen CFOs gewuchtet. Er ist schon wieder weg. Nun soll Jungpartner Matthias Rückriegel (43), ein früherer Investmentbanker, auf die Kasse achten.

Schlimmer dran sind die Kollegen von Strategy& (vormals: Booz). Der Wirtschaftsprüfergigant PwC, in der Fink-Tabelle nur auf Platz zehn, hat die Berater im Frühjahr 2014 für stolze 700 Millionen Euro übernommen – und eingemeindet. Die bürokratische PwC-Kultur, die Macht der Landesorganisationen und das frei schwebende, globale Beraterdasein passen allerdings nicht zueinander. Die nach dem Kauf verhängten Bleibefristen, mit großzügigen Boni balsamiert, laufen jeweils zum 1. April aus. Danach zieht es etliche Ex-Boozies, mit dicker Brieftasche, an die frische Luft.

Kapitel V: Der Kampf um die Kunden

So rangeln im Wesentlichen die großen drei um die attraktiven Topmandate: Es ist ein royaler Waffengang mit dem Königsschwert.

Zum Beispiel im öffentlichen Sektor. Den Großkunden Bundesagentur für Arbeit hat BCG schon 2014 McKinsey abgetrotzt, ein Rahmenvertrag über vier Jahre bringt rund 20 Millionen Euro. Die gleichfalls von Frank-Jürgen Weise (64) geführte Migrationsbehörde Bamf ist hingegen großflächiges McKinsey-Gelände; der Einsatz wird mit rund zehn Millionen Euro vergütet.

Das vermeintlich größte Vorhaben in der jüngeren deutschen Beratergeschichte ressortiert im Bundesverteidigungsministerium. Die Behörde mit Rundumreformbedarf hat Projekte im Gesamtvolumen von rund 200 Millionen Euro ausgeschrieben. Die Summe soll auf mehrere Konsortien verteilt werden, jeweils bestehend aus: Strategieberater, IT-Spezialist, Rüstungsexperte. Anfang August wurden die Bewerbungsunterlagen mit zittrigen Fingern eingetütet.

Heiß umkämpft sind auch die Großbaustellen bei Finanzdienstleistern. Commerzbank, Deutsche Börse und die Allianz-Holding lassen sich in erster Linie von McKinsey helfen. Bei der Deutschen Bank hat Bain – vor allem im dauergestressten Privat- und Firmenkundensektor – gut zu tun. Die komplexe Verschmelzung der genossenschaftlichen Spitzeninstitute DZ/WGZ, dahinter stecken rund 1000 Volks- und Raiffeisenbanken, lastet die Schalterexperten von BCG bestens aus.

Ergo-Chef Markus Rieß (50), ein ehemaliger McKinsey-Mann, betraute gleich vier Denkassistenten in Form eines Gemeinschaftsprojekts mit der Zukunftsstrategie des maladen Versicherers. McKinsey, BCG, Bain – die üblichen Verdächtigen – sind dabei, aber auch ein Assekuranzspezialist namens Innovalue; der soll den Vertrieb hochjazzen.

Jetzt wappnen sich die Ratgeberrecken für den Megadeal Bayer-Monsanto. Die Saatgut-Chose wird schwierig. Es geht nicht nur um schnödes Kostensparen, sondern auch um anspruchsvolle Ertragssynergien. Transatlantische Kulturschocks müssen vermieden, die Leistungsträger gehalten werden. Aber die Produktion von Gehirnschmalz lohnt. Solch verzwickte Vereinigungen ziehen sich meist über mehrere Jahre und beschäftigen schon mal 30 bis 50 Leute.

Alle – McKinsey, BCG, Bain & Konsorten – werden ihre Topakquisiteure bemühen, die Chefs persönlich werden die Rüstung anlegen.

Früher hätten das Bayer-Versteher Heuskel und Bayer-Aufsichtsratschef Werner Wenning (69) wohl im Zwiegespräch geregelt. *Tempi passati.* 1

Die Knechte

Norbert Winkeljohann

PricewaterhouseCoopers, Deutschland

Viel in Beratung investiert, bisher ohne durchschlagenden Erfolg

Stefan Schaible

Roland Berger, Deutschland

Früher ein Top-drei-Platz, diesmal nur Rang sieben

Frank Riemensperger

Accenture, Deutschland

Gute Konzepte, aber kaum Zugang zur Chefetage

Die einflussreichsten Berater Deutschlands 1

Wer beim Kunden echten Mehrwert schafft

Das Führungstrio setzt sich klar ab, das Mittelfeld etablierter Managementberater folgt mit großem Abstand, die einstige Kultfirma Roland Berger liegt nur auf Platz sieben. Die Herausforderer (Wirtschaftsprüfer, Accenture) enttäuschen. Unter den Hidden Champions haben sich nur drei qualifiziert, mit allerdings beträchtlichem Erfolg in ihrer jeweiligen Nische.

In den folgenden Rankings werden nur noch die Generalisten wegen ihres deutlich höheren Bekanntheitsgrads betrachtet.

Wer welche grund-

fertigkeiten besitzt 1

Ob ein Projekt erfolgreich ist, darüber entscheidet die reine Kompetenz eines Beraters zu 50 Prozent, die Rechtschaffenheit (etwa Integrität, Loyalität, Offenheit) macht 30 Prozent aus, die Attraktivität und Sympathie (Charisma, Wertvorstellungen) 20 Prozent.

Das eine tun, das andere nicht lassen 1

Charisma ist bei Beratern wenig ausgeprägt, obwohl die Kunden darauf Wert legen: Der Mittelwert (296) liegt weit hinter dem für Branchenkompetenz (342).

Auf die Disziplinen Kreativität und Präzision kommt es in der Projektarbeit gleichermaßen an. Hier sind jeweils die gleichen fünf Consultants vorn.

Ohne Kommunikation geht es nicht. McKinsey kann gut mit Großkopfern umgehen, aber nicht mit dem einfachen Fabrikvolk, BCG kommt mit beiden klar.

Wer bei welchen Projektarten vorn liegt 1

Im Fach Strategie sind BCG und McKinsey fast gleichauf, in den anderen Disziplinen ist McKinsey mit mehr als 20 Punkten Vorsprung enteilt.

Wo die Topconsultants

schwächeln 1

Die Wirtschaftsprüfer sind superdiskret. Bei Selbstkritik sind die Werte generell niedrig. McKinsey führt nicht nur den Markt an, sondern auch die Arroganz-Tabelle.

Christian Kullmann, Evonik-Vorstand

Dietmar Fink, Wirtschaftsprofessor Bewirken Exklusiv für manager magazin analysiert der Bonner Wirtschaftsprofessor Dietmar Fink regelmäßig die Elite der deutschen Managementberater. Diesmal forschte er, in der umfangreichsten Studie seit 20 Jahren, zusammen mit Koautorin Bianka Knoblach (43) nach dem Einfluss von Consultants auf Unternehmensentscheidungen: Wer kann etwas bewirken, schafft echten Mehrwert? Und: Wovon hängt dieser sogenannte Impact ab? Welche Fähigkeiten sind entscheidend? 59 einzelne Faktoren in den drei zentralen Feldern Kompetenz, Rechtschaffenheit und Attraktivität wurden herausgefiltert – von Branchen-Know-how bis gute Manieren. Auswählen Von November 2015 bis Juli 2016 hat die Wissenschaftliche Gesellschaft für Management und Beratung (WGMB), deren Geschäfte Fink und Knoblach führen, 1044 Führungskräfte aus deutschen Großunternehmen (mindestens 500 Millionen Euro Jahresumsatz) befragt, zu ihren Erfahrungen mit Ratgebern und deren Projekten. Verglichen wurden die sieben wichtigsten Managementberatungen, die Consultingsparten der vier großen Wirtschaftsprüfer sowie das IT-nahe Beratungshaus Accenture. Zu diesen zwölf Generalisten gesellten sich drei Spezialberater hinzu, die allerdings nur geringe Bekanntheitsgrade von unter 2 Prozent in der Gesamtheit der Befragten aufweisen (McKinsey: 92 Prozent). Messen Mehr als 1,3 Millionen Einzeldaten wurden erhoben. Am Ende rechneten Fink und Knoblach Ratingskalen in ein Punktsystem um, das von 100 (sehr gering) bis 500 (sehr hoch) reicht. Bei geringen Abständen sind lediglich Tendenzaussagen möglich. Weitere Details zur Methodik unter www.impact-theory.com Die Methode Wie Beraterprofessor Fink seine Daten erhob und rechnete

ANDY RIDDER FÜR MM

OLIVER RUETHER / WIRTSCHAFTSWOCHE

CHRISTOF MATTES / WIRTSCHAFTSWOCHE

ANDY RIDDER FÜR MM

OLIVER RUETHER / WIRTSCHAFTSWOCHE

CHRISTOF MATTES / WIRTSCHAFTSWOCHE

Spitzenplatz McKinseys Deutschland-Chef Cornelius Baur

Zweitplatzierte BCG-DeutschlandAnführer Carsten Kratz

Dritter im Bunde Bain-Niederlassungsleiter Walter Sinn

Spitzenplatz McKinseys Deutschland-Chef Cornelius Baur

Zweitplatzierte BCG-DeutschlandAnführer Carsten Kratz

Dritter im Bunde Bain-Niederlassungsleiter Walter Sinn

IN i8395404 : Human Resources Consulting | iacc : Accounting/Consulting | ibcs : Business/Consumer Services | icnsl : Business Consultancy

NS c41 : Management | ccat : Corporate/Industrial News | ncat : Content Types | nfact : Factiva Filters |
nfcpin : C&E Industry News Filter

RE gfr : Germany | dach : DACH Countries | eecz : European Union Countries | eurz : Europe | weurz :
Western Europe

IPD Titel

PUB manager magazin Verlagsgesellschaft mbH

AN 文件 MMAGZN0020160923ec9n0000k

HD Börse Frankfurt-News: Die Welt ertrinkt in Schulden (Halvers Woche)

WC 1,539 字

PD 2016 年 9 月 23 日 04:01 下午

SN dpa-AFX ProFeed

SC DPAFX

LA 德文

CY Copyright 2016. dpa-AFX. Alle Rechte vorbehalten. Weiterverbreitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung ohne ausdrückliche vorherige Zustimmung von dpa-AFX ist nicht gestattet.

LP

FRANKFURT (DEUTSCHE-BOERSE AG) - 23.September 2016. Halver schaut kritisch auf die internationale Verschuldung.

Das Thema "Schuldenkrise" findet sich kaum noch in öffentlichen Schlagzeilen. Aber ist es tatsächlich verschwunden? Nein, genauso wenig wie Unkraut auf Streuobstwiesen. In Europa sind es nicht nur die üblichen Verdächtigen Griechenland oder Portugal, sondern längst auch Frankreich, Italien und Spanien, die bis Oberkante Unterlippe verschuldet sind.

TD

In den USA vermehrt sich die Staatsverschuldung wie Viren in der Erkältungszeit. Mittlerweile haben sich dort nahezu 20 Billionen angehäuft. Präsident Obama wird als der bisher dynamischste aller Schuldenmacher in die US-Finanzgeschichte eingehen. Er wird die seit Gründung der USA 1776 bis zu seinem Amtsantritt im Januar 2009 aufgelaufene Staatsverschuldung am Ende seiner achtjährigen Dienstzeit Anfang 2017 glatt verdoppelt haben. Während Onkel Dagobert Duck im Comic in Golddukaten badet, schwimmt Uncle Sam in Amerika in Schuldpapieren.

Japan steht mit dem 2,5-fachen seiner Wirtschaftsleistung so hoch in der Kreide, dass Griechenland dagegen so etwas wie der Hort der Stabilität ist. Deutschland ist im Vergleich dazu zwar bonitätsstabil wie Granit. Dennoch erfüllen selbst wir das Maastricht-Stabilitätskriterium einer auf 60 Prozent zur Wirtschaftsleistung begrenzten Staatsverschuldung nicht mehr: Bei strikter Befolgung der Stabilitätskriterien - zugegebenermaßen sind diese inzwischen in die ewigen Finanz-Jagdgründe eingegangen - könnte Deutschland der Währungsunion mit einem aktuellen Verhältnis von 70 Prozent also gar nicht mehr beitreten.

Die Zins-Baisse nährt die Kredit-Hausse

Nur mit dem Blick auf staatliche Verschuldungen lässt sich das Ausmaß der globalen Verschuldungskrise allerdings nur unvollständig erfassen. Auch die private Verschuldung ist ein globales Monster, das in den Kunstdünger gefallen zu sein scheint. In den USA beträgt die außer-staatliche Verschuldung bereits annähernd 50 Billionen US-Dollar. US-Konsumenten verschulden sich längst wieder mit der früher so typischen Wollust. Und wegen "money for nothing" finanziert auch Corporate America immer mehr Übernahmen mit Schulden bzw. kauft Aktien zurück und ersetzt teure Dividendenrenditen durch billige Kreditzinsen. Amerikanische Unternehmen sind heute so hoch verschuldet wie selten zuvor.

Ja, die günstigen Zinsen wirken wie Backhefe auf den Verschuldungs-Kuchen. Ohne Schulden scheint der amerikanische Traum nicht mehr darstellbar zu sein. Gesamt-Amerika ist zurzeit mit dem 3,5-fachen der US-Wirtschaftsleistung verschuldet.

Und die ach so robusten Emerging Markets? Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) warnt, dass sich **China** in einer ausgewachsenen Kreditblase befindet. Das private Kreditwachstum liege deutlich über den bereits unhaltbaren Zuständen von vor der Asienkrise 1997 und vor der US-Immobilienkrise 2008. Zur Aufrechterhaltung der Illusion der stabilitätspolitischen Tugendhaftigkeit schweigt des chinesischen Statistikers Höflichkeit in puncto Ausweisung konkreter und schockierender Schuldenstände.

Alles zusammen genommen liegt die globale Verschuldung beim Dreifachen des Welt-Bruttoinlandsprodukts. Somit ist der irdische Schuldenstand nicht annähernd durch weltwirtschaftliche Vermögensmasse als Sicherheit abgedeckt. Seit der Immobilienkrise 2008 hat die Weltverschuldung um ca. 60 Billionen Dollar auf jetzt 230 Billionen zugenommen. Dieser Zuwachs

innerhalb von noch nicht einmal 10 Jahren entspricht dem ca. 18-fachen der deutschen Wirtschaftsleistung von 2015. Halleluja!

Und wird die Finanzwelt irgendwann vom Schulden-Saulus zum Tugend-Paulus? Eher glaube ich an den Weihnachtsmann oder den Klapperstorch. Beide US-Präsidentschaftskandidaten machen mit Investitionsvorhaben Wahlkampf, die nur mit neuen Schulden finanzierbar sind. So wie die alten Präsidenten sangen, so zwitschern eben auch die jungen. Und egal, ob Kreditkartenschulden, Studentendarlehen oder Baufinanzierungen, die privaten US-Schulden wachsen wie Pilze im Wald. Wegen der wirtschaftlichen Schwäche Europas, die museumshaften Industriestrukturen und politischen Zentrifugalkräften geschuldet ist, wird staatliche Neuverschuldung als Kleber für den wirtschaftlichen und EU-Zusammenhalt eingesetzt. Auch in **China** gilt: Im Falle eines Falles klebt die Schuldenpolitik konjunkturell wirklich alles.

Wer soll das bezahlen, wer hat so viel Geld?

Aufgrund der exorbitanten Staatsverschuldung der Welt bei gleichzeitig verhaltener Konjunkturstärke und staatlicher Einnahmeschwäche ist ein ordentlicher und souveräner Schuldendienst durch den Staat mehr und mehr eine Illusion, die selbst ein David Copperfield nicht mehr aufrechterhalten könnte. Würde man Ländern diese eigentlich zu einem ordentlichen Kreditvertrag gehörenden Gegenleistungen dennoch "zumuten", müsste in den Staatshaushalten radikal gespart werden. Man stelle sich vor, es würden großflächig Schulen oder Krankenhäuser geschlossen oder Sozialleistungen und Renten gekürzt. An sozialen Unruhen hat keine Regierung Interesse.

Wer finanziert also den Kleber für die schuldengestützte weltwirtschaftliche Stabilität? Nun, wenn man denkt, es geht nicht mehr, kommt von irgendwo die Geldpolitik daher. Die Notenbanken kaufen Schulden der Staaten und Unternehmen auf und drücken damit gleichzeitig die Kreditzinsen, damit die Finanzminister und -chefs auch morgen noch kräftig zubeißen, d.h. neue Schulden machen können.

Die internationalen Notenbanken als eingeschworene Bruder- und Schwesternschaft des billigen und üppigen Geldes lassen sich nicht lumpen. So sind in der Eurozone bereits über eine Billion Anleihepapiere auf Marios Resterampe gelandet. Dieses globale Wohlfahrtsamt zur Glücklichmachung von Schuldnern kauft für ca. 200 Milliarden US-Dollar Anleihen auf, monatlich! Selbst Sankt Martin könnte nicht großzügiger sein.

Geld- und Fiskalpolitik sind eine **Schicksalsgemeinschaft** auf Ewigkeit

Allerdings ist aus dieser zunächst freiwilligen Kauflust der Zentralbanken inzwischen ein Kaufzwang geworden. Denn private und institutionelle Anleger werden Staaten und mittlerweile auch Unternehmen nur widerwillig Schuldenpapiere mit Negativrendite abnehmen. So steht **China** ausländischen Schuldpapieren immer kritischer gegenüber. **China** will Vermögensverwaltung, nicht dessen Vernichtung.

Und der Kaufzwang der Geldpolitik wird noch größer, wenn durch die sintflutartige Liquiditätsversorgung die Inflation ansteigen sollte. Normalerweise würden - wie früher marktwirtschaftlich üblich - die höheren Preissteigerungsraten zum Realausgleich auf die Anleiherenditen drauf geschlagen. Dann jedoch wären die allermeisten Länder nicht mehr schuldentragfähig. Trotz Inflation muss es insofern bei "Diät-Renditen" bleiben. Dann allerdings müssten Anleger schon ausgewachsene Masochisten sein, wenn sie bei Anleihen mit noch geringeren Realrenditen zugriffen. Die wird man aber kaum noch finden.

Diese allgemeine Kaufunlust wird die internationale Geldpolitik gemäß dem Motto "Geld-Patronin voller Güte, unsere Finanzwelt alle Zeit behüte" mit Fortsetzung eines Niedrigzinsumfelds und sintflutartiger Liquiditätsversorgung ausgleichen (müssen).

Insgesamt haben die Zentralbanken den point of no return erreicht. Die Empfindlichkeiten unserer Schuldenwelt vertragen keinen Zinsschock mehr. Die Geldpolitik ist gezwungen, an den Kreditmärkten planwirtschaftlich für die nachhaltige Happy Hour der Schuldner zu sorgen, weil ansonsten die Schulden-Party mit dem dicksten Finanz-Kater aller Zeiten enden würde. Mit einer zins- und liquiditätspolitischen Schubumkehr würden die Notenbanken zu großen Abrissbirnen an den Anleihemärkten. Es käme zu einem weltweiten Anleihe-Crash mit allen realwirtschaftlichen Folgeschäden. Es ist ein geldpolitisches Armutszeugnis: Notenbanken können ihre eigentliche Aufgabe - die Inflationsbekämpfung - heutzutage nicht mehr wahrnehmen. Stellen Sie sich vor, Zahnärzte würden Karies und Parodontose nicht mehr behandeln.

Ehe eine Rückkehr zur alten geldpolitischen Normalität stattfindet, wird der neue Berliner Flughafen eröffnet.

Wann gibt's mal wieder richtig Zinsen?

Gar nicht mehr! Außer einem billigen Plastiksparschwein werden sie am nächsten Weltspartag nichts mit nach Hause nehmen. Und je mehr den Anlegern die zinslosen Risiken bewusst werden, umso mehr müssen sie auf Sachkapital umsatteln.

Als sachkapitalistische Helden sollten Gold und Silber nicht ver-, sondern gekauft werden. Einen dramatischen Preisanstieg werden die Notenbanken zwar zur Verhinderung einer Ersatzwährung zu Euro, US-Dollar oder Yen verhindern. Bullenmärkte wie 1970 bis 1974, 1976 bis 1980 und 2001 bis 2011 sind vorerst leider illusorisch. Jedoch profitieren Edelmetalle in unserer vom geldpolitischen Durchlauferhitzer finanzierten Schuldenwelt von ihrer stabilen Werterhaltungsfunktion. Gold und Silber behalten selbst im Extremfall ihre Knackfrische. Dagegen wurden Staatsschulden früher oder später - immer, ohne Ausnahme - zu Fallobst, entweder durch Hyperinflation oder durch Ausbuchung z.B. im Rahmen von Währungsreformen wie 1948 in Deutschland. An dieser Stelle möchte ich erwähnen, dass fast 80 Prozent der Bundesbürger ihr Geldvermögen in Zinspapieren ansparen. Was für ein enormes theoretisches Verlustpotenzial!

Das Gegenargument, das physisches Gold oder Silber keine Jungen in Form von Rendite bekommen, ist übrigens mausetot. Denn auch die große Alternativanlageklasse "Zinsvermögen" leidet dramatisch unter Nachwuchssorgen.

Der Renditeausfall im Zinsvermögen macht ebenso Aktien zu einem Schuldenkrisen-Gewinner. Titel wie z.B. Daimler oder Siemens haben zwei Weltkriege überlebt. Haben das Staatspapiere auch? Qualität ist durch nichts kaputtzukriegen. Und als Sachkapitalwerte sind Aktien nicht zuletzt Inflationsgewinner. Bei Preissteigerungen, die geldpolitisch nicht mehr behandelt werden (können), werden sie angehoben wie Schiffe bei Flut.

Der guten alten Zinszeit und stabilen Notenbanken wie der Deutschen Bundesbank kann man nachtrauern. Auch ich vermisse sie sehr. Aber grämen wir Anleger uns nicht. Wir müssen das Beste daraus machen. Wir sollten unser Anlageverhalten frei am früheren Schlager der Spider Murphy Gang "Skandal im Sperrbezirk" orientieren: Und wenn dich dein Zins nicht liebt, wie gut, dass es Gold und Aktien gibt!

von: Robert Halver

23. September 2016, sie können sich kostenlos für unseren täglichen Newsletter per E-Mail anmelden. Registrieren Sie sich bei www.boerse-frankfurt.de/newsletter

Laden Sie sich jetzt die neue Version der Börse Frankfurt-App für Android oder iOS herunter, bzw. aktualisieren Sie die Version auf Ihrem Smartphone. Die App bietet jetzt kostenlose Xetra-Preise in Realtime. Bis zu drei Titel können Sie in Ihre Watchlist aufnehmen. Außerdem: Broker-Buttons für den direkten Weg in Ihre Ordermaske, Watchlists ohne Anmeldung u.v.m.

Unterstützen Sie uns bitte mit Ihrem Feedback - im App-Store oder direkt per Mail an uns. © Baader Bank

Über den Autor

Robert Halver ist Leiter der Kapitalmarktanalyse bei der Baader Bank und Halvers Woche Bestandteil des wöchentlichen Kapitalmarktmonitors.

Dieser Artikel gibt die Meinung des Autors wieder, nicht die der Redaktion von boerse-frankfurt.de. Sein Inhalt ist die alleinige Verantwortung des Autors.

(Für den Inhalt der Kolumne ist allein Deutsche Börse AG verantwortlich. Die Beiträge sind keine Aufforderung zum Kauf und Verkauf von Wertpapieren oder anderen Vermögenswerten.)

CO dboers : Deutsche Boerse AG

IN i831 : Financial Investments | i83106 : Securities/Commodity Exchange Activities | ifinal : Financial Services | iinv : Investing/Securities

RE eurz : Europe | frank : Frankfurt | gfr : Germany | dach : DACH Countries | eecz : European Union Countries | hesse : Hesse | weurz : Western Europe

PUB dpa-AFX Wirtschaftsnachrichten GmbH

AN 文件 DPAFX00020160923ec9n0089c

HD Isbank AG; Frankfurt am Main
 WC 11,522 字
 PD 2016 年 11 月 14 日
 SN Bundesanzeiger Jahresabschluss-Veröffentlichungen
 SC JAHREV
 LA 德文
 CY Copyright 2016. Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH

LP
 Rossmarkt 9
 60311

TD
 Frankfurt am Main
 Deutschland
 Berichtigung

Aufgrund eines technischen Versehens ist die Veröffentlichung vom 22.09.2016 fehlerhaft.

Isbank AG

Frankfurt am Main

Jahresabschluss zum Geschäftsjahr vom 01.01.2015 bis zum 31.12.2015

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2015

der Isbank AG

Aktivseite

EUR	31.12.2015 EUR	Vorjahr EUR
1. Barreserve		
a) Kassenbestand	4.413.599,23	
5.553.906,34		
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken		104.260.399,52
91.267.220,20		
darunter: bei der Deutschen Bundesbank EUR 96.501.790,92 (Vorjahr: EUR 81.318.736,15)		
		108.673.998,75
96.821.126,54		
2. Forderungen an Kreditinstitute		
a) täglich fällig	55.017.601,36	
47.170.831,45		
b) andere Forderungen	236.475.997,40	
299.699.364,83		
		291.493.598,76
346.870.196,28		
3. Forderungen an Kunden		
698.034.457,39 523.948.578,58		
darunter: durch Grundpfandrechte gesichert: EUR 151.298.098,00 (Vorjahr: EUR 170.978.550,00)		
Kommunalkredite: EUR 0,00 (Vorjahr: EUR 0,00)		

4. Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere

a) Geldmarktpapiere

aa) von anderen Emittenten 4.550.254,16
0,00

darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank EUR 0,00 (Vorjahr: EUR 0,00)

b) Anleihen und Schuldverschreibungen

ba) von öffentlichen Emittenten 102.547,69
9.106.206,30

darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank EUR 0,00 (Vorjahr: EUR 9.003.720,02)

bb) von anderen Emittenten 78.336.267,02
19.616.180,87

darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank EUR 25.990.298,48 (Vorjahr: EUR 6.991.298,05) 82.989.068,87 28.722.387,17

5. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere

1.450.215,64 1.809.488,09

6) Immaterielle Anlagewerte

12.834.560,94 582.695,23

a) Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten 868.351,24 582.695,23

b) Geleistete Anzahlungen

11.966.209,70 0,00

7. Sachanlagen

15.850.907,70 3.148.163,63

8. Sonstige Vermögensgegenstände

5.528.634,24 3.044.774,77

9. Rechnungsabgrenzungsposten

2.078.320,59 255.058,76

Summe der Aktiva

1.206.231.018,82 1.017.905.213,13

Passivseite

EUR

31.12.2015
EUR Vorjahr
EUR

1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

a) täglich fällig 18.448.761,65
12.733.139,44

b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist 249.702.037,95
102.005.763,05

268.150.799,60

114.738.902,49

2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

a) Spareinlagen

aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten 28.745.521,64
28.203.581,35

ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten 4.243.696,71 3.240.373,27

b) andere Verbindlichkeiten

ba) täglich fällig 177.795.693,02
204.892.767,91

bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist 548.303.610,30
483.909.702,14

759.088.521,67

720.246.424,67

3. Sonstige Verbindlichkeiten 2.939.019,24
9.028.342,48

4. Rechnungsabgrenzungsposten

274.584,79 475.394,23

5. Rückstellungen

a) Steuerrückstellungen

10.600,62 1.135,21

b) Andere Rückstellungen	1.212.984,29
1.174.859,83	
	1.214.119,50
1.185.460,45	
6. Instrumente des zusätzlichen aufsichtsrechtlichen Kernkapitals	
41.156.388,89	
	41.156.388,89
40.019.166,67	
7. Eigenkapital	
a) Gezeichnetes Kapital	120.000.000,00
120.000.000,00	
b) Kapitalrücklage	315.292,40
315.292,40	
c) Gewinnrücklagen	
ca) Gesetzliche Rücklagen	536.130,29
471.973,96	
cb) Andere Gewinnrücklagen	11.337.192,12
9.682.982,11	
d) Bilanzgewinn	1.218.970,31
1.741.273,67	
	133.407.585,13
132.211.522,14	
Summe der Passiva	
1.206.231.018,82	1.017.905.213,13

	31.12.2015	Vorjahr
EUR	EUR	EUR
1. Eventualverbindlichkeiten		
a) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	42.339.545,63	
34.969.544,66		
2. Andere Verpflichtungen		
a) Unwiderrufliche Kreditzusagen	15.028.896,51	16.421.775,39
	57.368.442,14	51.391.320,05

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01. Januar bis 31. Dezember 2015

der Isbank AG

	31.12.2015	Vorjahr
EUR	EUR	EUR
1. Zinserträge aus		
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften	29.027.815,79	
32.342.242,29		
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		
2.578.747,73	1.501.475,53	
	31.606.563,52	
33.843.717,82		
2. Zinsaufwendungen	10.679.386,56	
9.564.364,45		
	20.927.176,96	
24.279.353,38		
3. Provisionserträge	10.344.544,91	
9.812.424,65		
4. Provisionsaufwendungen	385.439,93	
413.599,23		
	9.959.104,98	
9.398.825,42		
5. Sonstige betriebliche Erträge		
9.106.373,76	257.978,41	
6. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen		
a) Personalaufwand		

aa) Löhne und Gehälter		15.831.258,89
14.684.138,65		
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		
2.668.375,93	2.311.879,68	
darunter: für Altersversorgung EUR 276.109,33 (Vorjahr: EUR 88.764,97)		
		18.499.634,82
16.996.018,33		
b) Andere Verwaltungsaufwendungen		
13.303.466,49	12.453.921,26	
		31.803.101,31
29.449.939,59		
7. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagenwerte und Sachanlagen		
	1.561.763,13	2.543.124,69
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen		
67.093,52	250.884,12	
9. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft		7.027.679,22
3.490.534,23		
10. Erträge aus Zuschreibungen zu Forderungen und bestimmten Wertpapieren sowie aus der Auflösung von Rückstellungen im Kreditgeschäft	1.675.308,15	1.867.844,64
		5.352.371,07
1.622.689,59		
11. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere		359.272,45
0,00		
12. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren	1.421.791,54	2.797.236,71
13. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit		
2.270.845,77	2.866.755,93	
14. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		
955.675,53	790.838,72	
15. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 8 ausgewiesen		
32.043,59	242.997,56	
		987.719,12
1.033.836,28		
16. Jahresüberschuss		
1.283.126,65	1.832.919,65	
17. Einstellungen in Gewinnrücklagen		
a) in die gesetzliche Rücklage		64.156,33
91.645,98		
b) in die Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen		
0,00	0,00	
c) in satzungsmäßige Rücklagen		0,00
0,00		
d) in andere Gewinnrücklagen		0,00
0,00		
		64.156,33
91.645,98		
18. Bilanzgewinn		
1.218.970,31	1.741.273,67	

Anhang für das Geschäftsjahr 2015

A. Vorbemerkung

Der Jahresabschluss der İsbank AG für das Geschäftsjahr 2015 wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB), der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute und Finanzdienstleistungsinstitute (RechKredV) sowie des Gesetzes betreffend die Aktiengesellschaften (AktG) aufgestellt.

B. Allgemeine Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Die Barreserve ist zum Nennwert ausgewiesen.

Die Forderungen sind grundsätzlich mit dem Nennwert zuzüglich abgegrenzter Zinsen angesetzt. Für erkennbare Bonitätsrisiken im Kreditgeschäft haben wir Einzelwertberichtigungen bzw. Rückstellungen und Pauschalwertberichtigungen gebildet.

Die Anleihen und Schuldverschreibungen wurden dem Anlagevermögen zugeordnet. Der Gesamtbestand von TEUR 82.989 wird nach dem gemilderten Niederstwertprinzip bewertet. Zum Bilanzstichtag bestehen stille Reserven in Höhe von TEUR 629 sowie stille Lasten in Höhe von TEUR 2.662. Außerplanmäßige Abschreibungen sind nicht vorgenommen worden, da von einer nicht bonitätsbedingten und damit nicht dauerhaften Wertminderung ausgegangen wird. Unter Pari erworbene festverzinsliche Wertpapiere werden periodengerecht auf den Nennwert zugeschrieben. Über Pari erworbene festverzinsliche Wertpapiere werden periodengerecht auf den Nennwert abgeschrieben.

Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere liegen ausschließlich in Form von Anteilen an Investmentsondervermögen vor, die vollständig dem Anlagevermögen zugeordnet werden und deren Anlageziel darin besteht, langfristig eine angemessene Gesamtrendite aus Kapitalwachstum und –ertrag zu erzielen. Die Bewertung erfolgt nach dem gemilderten Niederstwertprinzip.

Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, werden planmäßig über die erwartete Nutzungsdauer abgeschrieben. Geringwertige Vermögensgegenstände bis EUR 150 werden im Anschaffungsjahr voll abgeschrieben. Vermögensgegenstände, deren Anschaffungskosten zwischen EUR 150 und EUR 1.000 liegen, werden aktiviert und über fünf Jahre linear abgeschrieben.

Verbindlichkeiten sind mit dem Erfüllungsbetrag zuzüglich abgegrenzter Zinsen bilanziert. Ist der Erfüllungsbetrag einer Verbindlichkeit höher als der Ausgabebetrag, wird der Unterschiedsbetrag gemäß § 250 Abs. 3 HGB i.V.m. § 340e Abs. 2 Satz 3 HGB in den

Rechnungsabgrenzungsposten auf der Aktivseite aufgenommen. Der Rechnungsabgrenzungsposten wird planmäßig linear über die Laufzeit der Verbindlichkeit aufgelöst. Steuerrückstellungen und andere Rückstellungen berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und sind gemäß § 253 Abs. 1 HGB in Höhe des Erfüllungsbetrages angesetzt worden, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist.

Das gezeichnete Kapital von TEUR 120.000 wurde zum Nennbetrag angesetzt.

Eventualverbindlichkeiten und unwiderrufliche Kreditzusagen werden mit dem Nominalwert nach Abzug von in der Bilanz berücksichtigten Barsicherheiten und Rückstellungen gezeigt.

Aufwendungen und Erträge wurden periodengerecht erfasst. Kontogebühren werden vierteljährlich- und zulässige Bearbeitungsgebühren sofort bei Abschluss vereinnahmt.

Auf fremde Währung lautende Vermögensgegenstände und Schulden wurden zum Devisenkassamittelkurs des Bilanzstichtages umgerechnet. Bei einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr kommt das strenge Niederstwertprinzip zur Anwendung.

Die Aufwendungen und Erträge aus der Fremdwährungsumrechnung werden in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen und Erträgen dargestellt.

Bei der verlustfreien Bewertung von zinsbezogenen Geschäften des Bankbuchs (BFA3) wurde die periodische (GuV-orientierte) Methode angewendet. Hierbei wurden den vom Financial Management ermittelten barwertigen Periodenergebnissen aus zinsbezogenen Geschäften die Verwaltungsaufwendungen für das Bestandsgeschäft, die auf Basis der GuV des abgelaufenen Geschäftsjahres ermittelt wurden, sowie die noch bis zur Endfälligkeit der Geschäfte zu erwartenden Risikokosten, basierend auf den erwarteten Zahlungsausfällen, gegenübergestellt. Eine Drohverlustrückstellung nach BFA3 ist per 31.12.2015 nicht zu bilden.

C. Erläuterungen zur Bilanz

Die anteiligen Zinsen wurden nach § 11 RechKredV mit in die Restlaufzeitengliederung einbezogen.

Forderungen an Kreditinstitute	31.12.2015 TEUR	Vorjahr TEUR
- täglich fällig	55.018	47.171
- bis 3 Monate	94.170	134.981
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	141.215	156.669
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	1.091	8.049
- mehr als fünf Jahre	0	0

	31.12.2015 TEUR	Vorjahr TEUR
Forderungen an Kunden		
- bis drei Monate	102.360	76.639
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	207.428	125.383
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	214.841	151.632
- mehr als fünf Jahre	67.212	77.539
- mit unbestimmter Laufzeit	106.193	92.756
Anleihen und Schuldverschreibungen im Bestand		
Geldmarktpapiere		
Von anderen Emittenten	4.550	0
Schuldverschreibungen (Buchwerte)		
Von öffentlichen Emittenten	103(*)	9.106(*)
Von anderen Emittenten	78.336(*)	19.616(*)
- davon in Pension gegeben	36.199	6.452
- im Folgejahr fällig werdend	4.550	4.083

(*) Sämtliche Wertpapiere sind börsenfähig und börsennotiert.

Investmentanteile am Türkisfonds sind börsenfähig sowie börsennotiert (Anschaffungskosten: TEUR 2.000) und wurden zum Stichtagskurs bewertet und es hat sich eine Wertminderung in Höhe von TEUR 359 ergeben. Dieser Betrag wurde erfolgswirksam abgeschrieben.

Die Forderungen an Kunden sind in Höhe von TEUR 151.298 (Vorjahr: TEUR 170.979) durch Grundpfandrechte gesichert.

Die Position Sachanlagen hat sich aufgrund des Verkaufs des ehemaligen Hauptverwaltungsgebäudes der Bank (Restbuchwert zum Jahresende 2014 TEUR 12.965) vermindert.

Die immateriellen Anlagewerte beinhalten im Wesentlichen aktivierte Anzahlungen für die geplante Einführung eines neuen Kernbankensystems.

Die sonstigen Vermögensgegenstände in Höhe von TEUR 5.529 (Vorjahr: TEUR 3.045) beinhalten im Wesentlichen mit TEUR 4.334 Forderungen an Finanzämter und Städte (Gemeinden) wegen Steuererstattungsansprüchen auf Gewerbe-, Umsatz-, und Körperschaftssteuer sowie Solidaritätszuschlag, mit TEUR 977 noch nicht freigegebene Kundenaufträge und mit TEUR 125 Mietkaution für gemietete Gebäude und Filialen.

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von TEUR 2.078 (Vorjahr: TEUR 255) enthält mit TEUR 1.322 Vorauszahlungen aus dem Mietvertrag der Hauptverwaltung. Weiterhin entfallen TEUR 326 auf Agio-Zahlungen, TEUR 211 auf im Voraus bezahlte Rechnungen, TEUR 166 auf Vorauszahlungen für Mieten der Filialen Frankfurt, Mannheim, Nürnberg, Amsterdam und Paris, wie auch auf Versicherungsvorauszahlungen in Höhe von TEUR 53.

Anlagenspiegel zum 31.12.2015

	Buchwerte					
	Anschaffungs-/ Herstellungskosten		Zugänge		Abgänge	
	Stand 01.01.2015	Stand 31.12.2015	Stand 31.12.2015	Stand 31.12.2015	Stand 31.12.2014	Stand 31.12.2015
TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
I. Immaterielle Anlagewerte						
1. Software		9.669	899	0	0	
9.700	0			614	868	583
2. Geleistete Anzahlungen			0	11.966	0	
0	0			0	11.966	0
		9.669	12.865	0	0	
9.700	0			614	12.835	583
II. Sachanlagen						
1. Betriebs und Geschäftsausstattung			8.777	1.500	1.911	0
5.266	47				786(***)	3.148
2.886						

2. Vom Kreditinstitut selbst genutzte Grundstücke und Bauten	19.864	0	19.864	0		
	0	0	162(****)	0		
12.965						
	28.642	1.500	21.775	0		
5.266	47		948		3.148	15.851
III. Wertpapiere des Anlagevermögens			30.559	83.158	31.516	0
- 2.239		2.944			679 (**)	
84.439(*) 30.532						
Gesamtsumme		68.870	97.523	53.292	0	
12.728	2.991			2.241		100.422
46.966						

(*) einschließlich Zinsabgrenzungen in Höhe von TEUR 1.065 (**)

Agio/Disagio-Buchungen/Änderungen Währungskurse und Zinsabgrenzung Wertpapiere im Geschäftsjahr (***) In den Zuschreibungen sind Währungseffekte in Höhe von TEUR 47 enthalten

(****) Selbst genutzte Grundstücke und Bauten wurden zum 29.06.2015 veräußert.

	31.12.2015 TEUR	Vorjahr TEUR
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		
- täglich fällig	18.449	12.733
- bis drei Monate	224.012	75.460
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	5.059	10.039
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	20.632	16.507
- mehr als fünf Jahre	0	0

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (Spareinlagen)

- bis drei Monate	28.746	28.204
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	1.561	541
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	2.048	2.125
- mehr als fünf Jahre	635	574

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (andere

Verbindlichkeiten)		
- täglich fällig	177.796	204.893
- bis drei Monate	195.085	161.111
- mehr als drei Monate bis ein Jahr	246.732	208.771
- mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	104.433	113.546
- mehr als fünf Jahre	2.053	481

Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen sind in folgenden Positionen enthalten:

	31.12.2015 TEUR	Vorjahr TEUR
Forderungen an Kreditinstitute	35.505	12.814
- davon gegenüber der Alleinaktionärin	834	1.204
Forderungen an Kunden	0	16.451
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	0	831
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	51.861	10.538
- davon gegenüber der Alleinaktionärin	15.051	10.257
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.805	9.467
Instrumente des zusätzlichen aufsichtsrechtlichen Kernkapitals	41.156	40.019

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten enthalten TEUR 20.632, die im Rahmen von Offenmarktgeschäften mit der Deutschen Bundesbank durch die dort im Dispositionsdepot hinterlegten Wertpapiere besichert sind und TEUR 31.134 auf Grund von Pensionsgeschäften. TEUR 100.678 entfallen auf einen aufgenommenen Konsortialkredit.

Die sonstigen Verbindlichkeiten in Höhe von TEUR 2.939 (Vorjahr: TEUR 9.028) enthalten im Wesentlichen noch nicht freigegebene Kundenaufträge in Höhe von TEUR 1.126, Verbindlichkeiten gegenüber Finanzämtern wegen noch abzuführenden Steuern in Höhe von TEUR 361, noch abzuführende Abgeltungsteuer und Solidaritätszuschlag mit TEUR 122 sowie Verbindlichkeiten aus Gehaltsabrechnungen in Höhe von TEUR 93.

Zur Deckung von Kreditgewährungen in USD hatte die Bank zum Jahresende sechs Devisenswapgeschäfte (Nominalwert: TEUR 146.964) im Bestand. Zum Bilanzstichtag ergibt sich aus diesen Währungsswaps ein negativer Betrag in Höhe von TEUR 1.137.

Der passive Rechnungsabgrenzungsposten besteht im Wesentlichen aus abgegrenzten Upfront-fee Zahlungen (TEUR 275) für angekaufte Konsortialkredite.

Die anderen Rückstellungen betreffen im Wesentlichen ausstehende Rechnungen in Höhe von TEUR 398, Urlaubsrückstellungen in Höhe von TEUR 364, Rückstellungen für Prüfungskosten TEUR 309 wie auch Archivierungsrückstellungen in Höhe von TEUR 101.

Das Grundkapital beträgt TEUR 120.000 und ist eingeteilt in 12.000.000 nennwertlose auf den Inhaber lautenden Stückaktien. Andere Aktiengattungen bestehen nicht. Das Eigenkapital gliedert sich wie folgt:

	31.12.2015 TEUR	Vorjahr TEUR
Gezeichnetes Kapital	120.000	120.000
Kapitalrücklage	315	315
Gesetzliche Rücklagen	536	472
Gewinnrücklagen	11.337	9.683
Gewinn	1.219	1.741
	133.408	132.212

Auf Fremdwährung lautende Positionen:

	31.12.2015 TEUR	Vorjahr TEUR
Vermögensgegenstände	332.528	205.408
Schulden	187.974	101.604

Die Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen setzen sich nach

Absetzung der Pauschalwertberichtigungen wie folgt zusammen:

	31.12.2015 TEUR	Vorjahr TEUR
Bürgschaften und Gewährleistungsverträge	14.857	12.102
Akkreditive	27.483	22.868
	42.340	34.970

Von den Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen entfallen auf die Alleinaktionärin TEUR 1.205.

Die barbesicherten Bürgschaften belaufen sich im Geschäftsjahr auf TEUR 14.164. Die unwiderruflichen Kreditzusagen belaufen sich im Geschäftsjahr auf TEUR 15.029.

Die Risiken aus der Inanspruchnahme der Eventualverbindlichkeiten und der anderen Verpflichtungen werden seitens der Işbank auf Grund bestehender Sicherheiten als gering eingeschätzt.

D. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach der Staffelform erstellt.

Über die Verwendung des Bilanzgewinns ist noch kein Beschluss gefasst worden. Die Hauptversammlung wird zu einem späteren Zeitpunkt darüber eine Entscheidung treffen.

Die Erträge gliedern sich nach den Betriebsstätten wie folgt:

	Deutschland TEUR	Niederlande TEUR	Frankreich TEUR	Schweiz TEUR		
Bulgarien TEUR	Gesamt TEUR					
Zinserträge	27.014	3.337	855	232	168	31.607
Provisionserträge	8.414	500	469	877	85	10.345
Jahresüberschuss	2.561	- 618	- 489	- 112	- 59	1.283

Die sonstigen betrieblichen Erträge in Höhe von TEUR 9.106 (Vorjahr: TEUR 258) ergeben sich im Wesentlichen aus dem erzielten Veräußerungsgewinn des Gebäudeverkaufs in Höhe von TEUR 8.699 (Vorjahr: TEUR 0), der Auflösung von sonstigen Rückstellungen in Höhe von TEUR 90 (Vorjahr: TEUR 71) sowie Mieterträgen in Höhe von TEUR 26 (Vorjahr: TEUR 52). Zudem sind Erträge aus der Fremdwährungsumrechnung in Höhe von TEUR 145 enthalten.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von TEUR 67 (Vorjahr: TEUR 251) ergeben sich aus Aufwendungen für Betriebsveranstaltungen mit TEUR 25, sowie aus der Fremdwährungsumrechnung in Höhe von TEUR 1.

Für das Geschäftsjahr wurden für die Abschlussprüfungsleistungen TEUR 205, für sonstige Leistungen TEUR 80 Honorar berechnet sowie für andere Bestätigungsleistungen TEUR 2.

Während des Geschäftsjahres sind Steuern vom Einkommen und vom Ertrag in Höhe von TEUR 956 angefallen.

Verwendung des Bilanzgewinns des Vorjahres:

Mit Beschluss der ordentlichen Hauptversammlung vom 11.06.2015 wurde ein Teil des Bilanzgewinns i. H. v. TEUR 87 an die Aktionärin als Dividende ausgezahlt und der Restbetrag i. H. v. TEUR 1.654 in die anderen Gewinnrücklagen eingestellt.

E. Sonstige Angaben

Inhaberschuldverschreibung

Die Işbank AG hat am 29.12.2014 eine unbefristete, nichtbesicherte, nachrangige Inhaberschuldverschreibung (sog. Contingent Convertible Bond-CoCo Bond), welche den vom Bundesverband deutscher Banken e.V. veröffentlichten Musterbedingungen für Herabschreibungsanleihen entspricht, in Höhe von TEUR 40.000 begeben. Die Schuldverschreibung, die durch eine Urkunde ohne Zinsscheine verbrieft wurde, lautet auf den Inhaber, d.h. der Gläubiger dieser Schuldverschreibung ist jeder Inhaber der Urkunde dieser Schuldverschreibung. Alleinige Gläubigerin ist aktuell die Muttergesellschaft.

Die Schuldverschreibung begründet eine nicht besicherte, nachrangige Verbindlichkeit der Işbank AG.

Die Schuldverschreibung wird bezogen auf ihren Nennbetrag mit einem Zinssatz in Höhe von 5,75 % p.a. verzinst. Zinszahlungstermin ist der 30.06. jeden Jahres. Im Falle einer Herabschreibung wird die Schuldverschreibung, solange und soweit sie noch nicht wieder hochgeschrieben wurde, nur bezogen auf den entsprechend reduzierten Nennbetrag verzinst. Die Anleihe wird in der Bilanz unter dem Sonderposten "Instrumente des zusätzlichen aufsichtsrechtlichen Kernkapitals", ausgewiesen und die laufende Bedienung dieser Anleihe in der GuV infolge des Fremdkapitalcharakters unter den Zinsaufwendungen dargestellt.

Länderspezifische Berichterstattung (Country-by-Country Reporting) der Işbank AG nach § 26a KWG zum 31. Dezember 2015

Die Angaben zur länderspezifischen Berichterstattung (Country by Country Reporting) aus Artikel 89 EU-Richtlinie 2013/36/EU bzw. § 26a KWG werden in unserer "Länderspezifischen Berichterstattung (Country by Country Reporting) zum 31. Dezember 2015" im Detail dargestellt. Nach Feststellung des Jahresabschlusses erfolgt eine Veröffentlichung der länderspezifischen Berichterstattung zusammen mit dem Jahresabschluss sowie dem Lagebericht im Bundesanzeiger.

Offenlegungsbericht

Die Işbank unterliegt den Offenlegungsvorschriften gemäß den Artikeln 431 ff. der Verordnung (EU) Nr.575/2013. Die Veröffentlichung eines entsprechenden Offenlegungsberichts erfolgt auf der Internetseite der Işbank AG (www.isbank.de).

Sondervermögen:

Übersicht gemäß § 285 Nr. 26 HGB

Sondervermögen	31.12.2015	Differenz Markt-/Buchwert	Ausschüttungen 2015
Tägliche Rückgabe möglich	Unterlassene Abschreibungen		
Buchwert	Marktwert		
Türkisfund Equities Classe A	1.450.215,64	1.450.215,64	0,00
ja	Nein		0,00

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Der Gesamtbetrag der sonstigen finanziellen Verpflichtungen teilt sich wie folgt auf:

2016 TEUR 2017 - 2018 TEUR ab 2019 TEUR Gesamt TEUR

Mietverträge	2.722	5.126	14.828	22.676
Leasingverträge	332	463	197	992
Sonstige Verträge	217	385	7	609

Die folgende Tabelle stellt die Nominalbeträge der Fremdwährungsswaps dar, die zur Deckung von Fremdwährungsrisiken aus dem Kundengeschäft geschlossen wurden:

Restlaufzeit	Nominal TEUR	Marktwert TEUR
Bis 1 Jahr	146.964	- 1.137

Aufgrund der Mitgliedschaft im Einlagensicherungsfonds des Bundesverbandes deutscher Banken e.V. sind wir unter bestimmten Umständen verpflichtet, Nachschüsse zu leisten. Die Nachschussverpflichtung ist derzeit nicht gegeben.

Mitarbeiter

Im Jahresdurchschnitt beschäftigte die Bank insgesamt 259 Mitarbeiter, darunter

	2015	Vorjahr
Prokuristen	11	14
Angestellte	248	220
	259	234

Die Bezüge der Vorstände betrugen im abgelaufenen Geschäftsjahr TEUR 595 (Vorjahr: TEUR 470). Da keine Pensionszusagen gewährt wurden, werden seitens der İşbank AG keine Pensionsrückstellungen für Mitglieder des Vorstandes gebildet. Im Geschäftsjahr wurde ein Kontokorrent in Höhe von TEUR 9 (Zinssatz p.a 6,0 %) an ein Vorstandsmitglied gewährt.

An die Mitglieder des Aufsichtsrates wurden im Geschäftsjahr Aufwandsentschädigungen gemäß § 285 Nr. 9a HGB in Höhe von TEUR 162 (Vorjahr: TEUR 162) gezahlt. Es wurden keine Kredite an Aufsichtsratsmitglieder gewährt.

Organe der Gesellschaft

Vorstand:

Nevzat Burak Seyrek, Frankfurt am Main, Vorsitzender des Vorstands

Robert McCormack, Frankfurt am Main, Mitglied des Vorstands

Aufsichtsrat

Adnan Bali, İstanbul/Türkei, Vorsitzender, Generaldirektor bei der Türkiye İş Bankası A.Ş.

Suat İnce, İstanbul/Türkei, Stellvertretender Vorsitzender, Stellvertretender Generaldirektor bei der Türkiye İş Bankası A.Ş.

Murat Bilgiç, İstanbul/Türkei, Bereichsdirektor bei der Türkiye İş Bankası A.Ş.

Yalçın Sezen, İstanbul/Türkei, Stellvertretender Generaldirektor bei der Türkiye İş Bankası A.Ş.

Hakan Aran, İstanbul/Türkei, Stellvertretender Generaldirektor bei der Türkiye İş Bankası A.Ş.

Yavuz Ergin, İstanbul/Türkei, Berater der Türkiye İş Bankası A.Ş.

Ömer Karakuş, İstanbul/Türkei, Bereichsdirektor bei der Türkiye İş Bankası A.Ş.

İlhami Koç, İstanbul/Türkei, Stellvertretender Generaldirektor bei der Türkiye İş Bankası A.Ş.

Yılmaz Ertürk, İstanbul/Türkei, Stellvertretender Generaldirektor bei der Türkiye İş Bankası A.Ş.

Konzernbeziehungen

Die İşbank AG, Frankfurt am Main, ist eine 100 %-ige Tochtergesellschaft der Türkiye İş Bankası A.Ş., Büyükdere Cad. Pembegül Sok, 34330, Levent - İstanbul, Türkei. Zum 31. Dezember 2015 wird von der Muttergesellschaft Türkiye İş Bankası A.Ş. ein Konzernabschluss erstellt, der auch am Sitz der Gesellschaft erhältlich ist.

Frankfurt am Main, 14. April 2016

N. Burak Seyrek, Vorstandsvorsitzender

Robert McCormack, Mitglied des Vorstands

M. Behçet Vargönen, Mitglied des Vorstands

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2015

a) Grundlagen zur İşbank AG

• Basisinformationen

Die İşbank AG ist als Tochtergesellschaft der größten türkischen Privatbank, der Türkiye İş Bankası A.Ş., seit ihrer Gründung im Jahre 1992 für die nachhaltige Unterstützung von Handels- bzw. Geschäftsverbindungen zwischen Europa und der Türkei tätig. Sie ist eine Bank mit Universalbank-Charakter, die ihren Kunden in der Türkei und in Europa ein breites Produkt- und Dienstleistungsspektrum in den Bereichen der Außenhandelsfinanzierung sowie des Firmen- und Privatkundengeschäfts anbietet. Eine Besonderheit gegenüber anderen Banken in Europa besteht in der Möglichkeit, auch Sicherheiten in der Türkei für Kreditaufnahmen im Inland zu hinterlegen. Als Spezialist für diese Nische spricht die İşbank AG türkischstämmige Unternehmen in Europa und europäische Unternehmen mit Geschäftsbeziehungen in die Türkei an.

Die İşbank-Gruppe, die schon in den 30er Jahren als erste türkische Bank im Ausland mit Filialen in Hamburg und Alexandria vertreten war, hat die Bedeutung der Präsenz in den internationalen Märkten schon früh erkannt. Die Türkiye İş Bankası A.Ş. zählt zu den umsatzstärksten Unternehmen der Türkei, das in dem Land nicht nur wirtschaftlich sondern auch gesellschaftlich stark engagiert ist. Entsprechend ihrer globalen Vision wurde sie in 2015 von der Zeitschrift The Banker aufgrund ihrer starken Performanz und des innovativen Leistungsverständnisses als "Bank des Jahres in der Türkei" ausgezeichnet. Zugleich konnte sie sich erneut als einzige türkische Bank in der Liste "Die weltweit größten 1.000 Banken" der selbigen Zeitschrift auch im Jahre 2015 platzieren und auf den 96. Platz aufsteigen.

• Länder und Segmente

Mit ihren insgesamt 17 Filialen bedient die İşbank AG neben dem Hauptmarkt Deutschland auch die Länder Niederlande, Frankreich, Bulgarien und die Schweiz. Im Zuge des Ausbaus des Filialnetzes in den letzten Jahren ist die İşbank AG dort vertreten, wo viele türkischstämmige Kunden leben und arbeiten.

Während das Geschäft der Bank sich in den Anfangsjahren auf die Abwicklung von Überweisungen türkischer Kunden in ihre Heimat beschränkte, ist die İşbank AG heute eine Universalbank, die ihren Kunden insbesondere in den Filialen in Deutschland ein breites Produkt- und Dienstleistungsspektrum anbietet. Die Auslandsfilialen in Amsterdam und Sofia sind in erster Linie im institutionellen Bereich tätig, die Standorte Paris und Zürich hingegen fungieren im Privat- und Firmenkundengeschäft.

• Organisationsstruktur

Im Geschäftsjahr 2015 gab es basierend auf der fundamentalen Trennung der Geschäftsaktivitäten in Markt- und Marktfolgebereiche einige organisatorische Änderungen. Parallel zu der Neustrukturierung im Geschäftsjahr 2014, wonach der Marktbereich aufgeteilt wurde in die Geschäftseinheiten Privat- und Geschäftskunden und Corporate Banking & FI, wurde auch im Marktfolgebereich im Kreditmanagement eine Unterteilung der Abteilung in Corporate & Banken sowie Privat & Gewerblich vorgenommen. Darüber hinaus wurde im Zuständigkeitsbereich der Kreditabteilung die Unterabteilung Abwicklung/Intensivbetreuung/Sanierung gegründet. Innerhalb der Aufbauorganisation im Bereich Marktfolge wurde auch die Rechtsabteilung neu aufgestellt.

• Steuerungssystem

Die ganzheitliche Steuerung mit einer optimalen Entwicklung der Bank wird durch die hohe Wettbewerbsintensität, die Veränderung externer Rahmenbedingungen und den strengen aufsichtsrechtlichen Auflagen wesentlich beeinträchtigt. Die Gesamtbanksteuerung der İşbank AG erfolgt unter Berücksichtigung eines ausgewogenen Verhältnisses zwischen den zentralen Leistungsindikatoren Eigenkapital, Erträge, Kosten, Liquidität und Risiko. Für die Steuerung der Bank orientiert man sich an der Gewinn- und Verlustrechnung (GuV) bzw. der Bilanz, der Liquiditätsrechnung und der Risikotragfähigkeitsrechnung (siehe Abschnitt Risikobericht). Der Vorstand wird regelmäßig über die positiven und negativen Ergebnistreiber informiert, um bei Bedarf eventuelle außerplanmäßige Entwicklungen frühzeitig zu erkennen und gegenzusteuern.

Entscheidungsgrundlage für den Vorstand bilden auch die Ergebnisse der 13 Führungskomitees der Bank, die in regelmäßigen festgelegten Zeiträumen tagen.

• Ziele und Strategien

Die mittel- und langfristige Strategie der İsbank AG basiert auf einem nachhaltigen und profitablen Wachstum. Hauptinstrument zur Erreichung der gesteckten Ziele bildet das Strategiepapier „İş-Vision“, es bezeichnet die Neustrukturierung der Bank bezogen auf das Kundenportfolio, die Produktvielfalt, die Aufbau- und Ablauforganisation, das Geschäftsmodell, die Investitionen in IT und Weiterbildungsmaßnahmen sowie die Erhöhung der Qualität der kundenorientierten Dienstleistungen. Im Rahmen des für fünf Jahre angesetzten „İş-Vision“ Strategiepapiers liegt der Fokus auf folgenden Zielen:

Erhöhung des Marktanteils an den intensiven Handelsbeziehungen zwischen der EU und der Türkei durch Ausweitung der Trade Finance Aktivitäten

Pflege und Ausbau von Korrespondenzbankbeziehungen in unterschiedlichen geografischen Regionen

Ausdehnung des Geschäftsfelds Retailbanking mittels Anpassung der Filialorganisation und Entwicklung neuer Filialmodelle, Kundensegmentation, Produktanpassungen und – Produkterweiterungen sowie Neukundengewinnung

Im Zuge des neuen Kernbanksystems Optimierung der Geschäftsprozesse und der Produkte und Dienstleistungen

Schaffung eines effizienten Risikomanagement- und Monitoring-Systems und einer optimierten Aktiva-Qualität

b) Wirtschaftsbericht

Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die Weltwirtschaft und der Welthandel waren im vergangenen Jahr belastet durch eine Verlangsamung in den aufstrebenden Volkswirtschaften und einen gedämpften Investitions- und Produktivitätswachstum in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften. Betrachtet man vor diesem Hintergrund die Zugpferde der Weltwirtschaft USA und insbesondere **China**, so fällt das Wirtschaftswachstum so mager aus wie lange nicht, für **China** ist von der schwächsten Jahresrate seit 25 Jahren die Rede. Mit einem Wirtschaftswachstum von 6,9% in 2015 bleibt die chinesische Wirtschaft damit unter dem Vorjahresniveau. In den USA blieb das Wirtschaftswachstum relativ robust und lag im Jahr 2015 bei rund 3,1%. Zusätzlich zu einer Konjunkturverlangsamung in **China** sind die beiden aufstrebenden Volkswirtschaften Brasilien und Russland in eine tiefe Rezession geraten. Die russische Wirtschaft litt besonders unter den Sanktionen des Westens sowie dem Verfall des Ölpreises. Brasilien hatte mit schwächelnden Rohstoffpreisen, politischen Unruhen und einem sich ausweitenden Haushaltsdefizit zu kämpfen. Diese gesamten Entwicklungen haben dazu geführt, dass sich das weltweite Wachstum im Jahr 2015 auf rund 3% abgeschwächt hat.

Politisch und wirtschaftlich war das Jahr 2015 geprägt von dem Streit um die Rettung Griechenlands, der Flüchtlingsproblematik, der Geldpolitik der Europäischen Zentralbank und dem Preisverfall beim Erdöl. Während die Eurozone im vergangenen Jahr mit dem stärksten Flüchtlingszustrom seit dem zweiten Weltkrieg konfrontiert war, konnte sie nur langsam wachsen, mit geschätzten 1,9% auf Jahressicht. Dabei konnten Deutschland, Frankreich und Spanien eine höhere Wirtschaftsleistung im Vergleich zum Vorjahr erzielen, für Italien und den Niederlanden ist das Wachstum jedoch schwächer ausgefallen als erwartet.

Auch Deutschland konnte sich dem schwächelnden weltwirtschaftlichen Umfeld nicht gänzlich entziehen, aber dennoch war die Konjunktur moderat aufwärtsgerichtet. Die deutsche Wirtschaft ist im vorigen Jahr mit 1,7% so stark gewachsen wie seit vier Jahren nicht mehr. Ausschlaggebend hierfür waren in erster Linie der hohe private und staatliche Konsum bedingt durch die gute Situation auf dem Arbeitsmarkt und den niedrigen Zinsen. Der schwache Euro und günstige Ölpreise verhalfen dem Export, so dass die preisbereinigten Exporte von Waren und Dienstleistungen um 5,4% höher waren als im Vorjahr. Der Staatssektor hat im zweiten Jahr in Folge einen Überschuss erwirtschaftet mit einer Überschussquote von + 0,5% gemessen am Bruttoinlandsprodukt.

Im vergangenen Jahr war die Türkei aufgrund der geopolitischen Krise an der Südgrenze des Landes und einem daraus resultierenden Flüchtlingszustrom mit neuen Herausforderungen konfrontiert. Während im außenwirtschaftlichen Bereich aufgrund der regionalen Turbulenzen der

Handel mit Russland und dem Irak rückläufig war, haben sich die Exportaussichten mit den europäischen Märkten verbessert. Die drastische Wechselkursabwertung hat zudem die Wettbewerbsfähigkeit der Exporteure begünstigt. Die private Nachfrage und die Arbeitsplatzbeschaffung sind vor dem Hintergrund sinkender Ölpreise kräftig geblieben. Auch die öffentlichen Finanzen konnten einhergehend mit einem reduzierten Handelsdefizit und Staatsverschuldungsgrad unter Kontrolle gebracht werden, so dass die Türkei auch in 2015 das Maastricht-Kriterium erfüllt hat. Insgesamt zeigte sich die türkische Wirtschaft trotz der Währungsabwertung widerstandsfähig und erreichte ein Wirtschaftswachstum von ca. 4%.

Die deutsche Bankenbranche zählt zu den größten der Welt, sie ist maßgeblich geprägt durch die Drei-Säulen-Struktur mit den Genossenschaftsbanken, den öffentlich-rechtlichen Instituten sowie den privaten Geschäftsbanken. Hierbei ist die Bankenlandschaft insbesondere geprägt durch Universalbanken, die ein breites Spektrum an Geschäften anbieten mit dem klassischen, einlagenfinanzierten Kreditgeschäft als Kern. Die krisenbedingten Ertragseinbrüche bei Kreditinstituten, die Veränderung des Finanzmarktumfelds und die Reformen der Bankenregulierung haben auch den deutschen Bankensektor beeinflusst. Im ersten Halbjahr des Jahres 2015 verzeichneten die deutschen Banken eine Bilanzsumme in Höhe von insgesamt EUR 7,8 Billionen. Der türkische Bankensektor zeichnet sich auch im Geschäftsjahr 2015 durch eine robuste Kapitalstruktur und gute Profitabilität aus. Im Vergleich zum Vorjahr konnten sowohl im Einlagengeschäft als auch im Kreditgeschäft Zuwächse verzeichnet werden. Das Kreditvolumen erzielte einen Zuwachs von 19,9% auf 1,506 Mrd. TL. (EUR 464,7 Mio.), wobei die Kreditvergabe an Unternehmen um 24,5% anstieg und um 8% bei den Privatkunden. Betrachtet man das Einlagenvolumen, so ist ein Anstieg um 17,9% auf 1,331 Mrd. TL (EUR 410,7 Mio.) zu konstatieren.

Die İşbank AG ist das älteste türkische Finanzinstitut in Europa mit dem größten Filialnetz in Westeuropa. Auf diese Tradition und das mit dem Namen der Muttergesellschaft, der Türkiye İş Bankası A.Ş., verbundene Vertrauen bauen die Kunden. Ergänzt wird diese bevorzugte Positionierung im Vergleich zu den Wettbewerbern um den Vorteil des großen Filialnetzes der Muttergesellschaft und weiterer Synergiepotenziale. Der große Anteil türkischer Mitbürger, Unternehmen in Europa – vor allem in Deutschland – und europäischer Unternehmen in der Türkei bietet der İşbank AG immense Chancen.

Geschäftsverlauf

Das Geschäftsjahr 2015 steht für wichtige Meilensteine in der Unternehmensgeschichte der İşbank AG. Im März 2015 konnte die İşbank AG zum ersten Mal in ihrer Geschichte einen Konsortialkredit unterzeichnen, in einer Höhe von 100 Mio. Euro unter der Beteiligung von 13 Finanzinstituten aus sieben verschiedenen Ländern und einer Nachfrage von über 150%. Der Umstand, dass die Nachfrage für den ersten Konsortialkredit der İşbank AG höher war als erwartet, ist ein Indiz für das Vertrauen der internationalen Märkte in die İşbank-Gruppe sowie in die stabile Geschäftsstrategie der İşbank AG.

Im Zuge der Neustrukturierung der Bank und einer damit einhergehenden Personalaufstockung wurde Ende 2015 erstmals eine Gesamtanzahl von 268 Beschäftigten erzielt. Parallel zu dieser Entwicklung erfolgte im April der Umzug in das neue prestigeträchtige und zentral gelegene Gebäude der Hauptverwaltung und der Filiale Frankfurt. Das ehemalige Gebäude der Hauptverwaltung und der Frankfurter Filiale, welches Eigentum der İşbank AG war, wurde veräußert.

Im Berichtsjahr konnte das herausfordernde Core-Banking-Projekt Anka nach Durchführung der Designphase sowie Implementierungs- und Testphase zu 90% abgeschlossen werden. Mit Ausführung der letzten Testphasen und der Mitarbeiterschulungen wird Anfang Mai des laufenden Geschäftsjahres die Inbetriebnahme erfolgen. Im Dezember konnte die Software Doka 5 von Surecomp für die Abwicklung des Trade Finance Geschäfts erfolgreich implementiert werden.

Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage

Vermögens- und Finanzlage

Eine Ausweitung der Vertriebsaktivitäten sowohl im Trade Finance Bereich als auch im Privat- und Geschäftskundenbereich führten zu einer Erhöhung der Bilanzsumme um 18,5% und der erstmaligen Überschreitung der Schwelle von EUR 1,2 Mrd. Das Geschäftsjahr konnte somit mit einer Bilanzsumme von EUR 1,206 Mrd. und einem Geschäftsvolumen von EUR 1,264 Mrd. abgeschlossen werden.

Die Forderungen an Kunden weisen im Berichtsjahr einen Anstieg um 33,2% auf und belaufen sich auf EUR 698 Mio. Dieser Anstieg ist in erster Linie durch verstärkte Vertriebsaktivitäten im

Privatkundenbereich mittels spezieller Kampagnenaktionen zu begründen. Die Forderungen an Kreditinstitute verringerten sich um 16,0% auf EUR 291,5 Mio. Der Zukauf von Wertpapieren für die Gewährleistung von besseren Refinanzierungsmöglichkeiten durch Repo und EZB-finanzierung und für eine Optimierung der Liquidity Coverage Ratio haben zu einer Erhöhung des Bilanzpostens Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere beigetragen, diese hatten am Ende des Berichtsjahres einen Wert von EUR 83,0 Mio., ein Jahr zuvor beliefen sie sich auf einen Betrag von EUR 28,7 Mio. Die Minderung der Sachanlagen von EUR 15,9

Mio. auf EUR 3,1 Mio. basiert auf der Veräußerung des ehemaligen Gebäudes der Hauptverwaltung in Frankfurt am Main. Die geleisteten Anzahlungen für die Projektkosten der ERP Software führten zu einer Erhöhung des Postens immaterielle Anlagewerte auf einen Gesamtbetrag von EUR 12,8 Mio. Der Rechnungsabgrenzungsposten ist im Vergleich zum Vorjahr ebenfalls angestiegen aufgrund von Vorauszahlungen im Rahmen des Bezugs des neuen Gebäudes der Hauptverwaltung.

Die Veränderungen auf der Passivseite resultierten vorwiegend aus den Verbindlichkeiten gegenüber den Kreditinstituten, die zum Jahresende 2015 einen Wert von EUR 268,2 Mio. aufweisen und damit um 133,7% angestiegen sind. Der Anstieg ist auf den im Monat März unterzeichneten Konsortialkredit in Höhe von EUR 100 Mio. zurückzuführen. Auch die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden sind mit 5,4% geringfügig angestiegen, sie belaufen sich auf EUR 759,1 Mio. Im Vorjahr bezifferten sich diese mit EUR 720,2 Mio. Basierend auf niedrigeren Salden auf CPD-Konten sind die sonstigen Verbindlichkeiten im Vergleich zum Vorjahr auf EUR 2,9 Mio. gesunken. Insgesamt konnte das Geschäftsjahr einschließlich des Bilanzgewinns mit einem Gesamtkapital von EUR 133,4 Mio. abgeschlossen werden. Dies stellt weiterhin eine unverändert solide und ausreichende Kapitalbasis für die Entwicklung der Bank dar.

Ertragslage

Im Berichtsjahr gab es einen Rückgang des Zinsüberschusses um 13,8% auf EUR 20,9 Mio. bedingt durch die allgemeine Zinsentwicklung im Markt. Dabei sind die Zinsaufwendungen um 11,7% angestiegen und die Zinserträge um 6,6% gesunken. Der Anstieg der Zinsaufwendungen resultiert im Wesentlichen aus den Zinszahlungen für die im Vorjahr emittierte Herabschreibungsanleihe.

Bei dem Provisionsüberschuss konnte ein leichter Anstieg um 6,0% erzielt werden, wobei die Erträge mit einem ausgewiesenen Betrag von EUR 10,3 Mio. aufgrund von verstärkten Marketingaktivitäten gestiegen und die Aufwendungen auf einen Betrag von EUR 0,4 Mio. gesunken sind.

Die Erträge gliedern sich nach den Betriebsstätten wie folgt:

	Deutschland TEUR	Niederlande TEUR	Frankreich TEUR	Schweiz TEUR		
Bulgarien TEUR	Gesamt TEUR					
Zinserträge	27.014	3.337	855	232	168	31.607
Provisionserträge	8.414	500	469	877	85	10.345
Jahresüberschuss	2.561	- 618	- 489	- 112	- 59	1.283

Der Reinerlös aus der Veräußerung des Gebäudes der Hauptverwaltung resultierte in einer Zunahme der sonstigen betrieblichen Erträge, so dass diese mit einem Wert von EUR 9,1 Mio. ausgewiesen sind. Basierend auf der strategischen Planung wurden diese für den Ausbau der IT, die Aufstockung des Personals sowie für das neue Gebäude eingesetzt

Im Vergleich zum Vorjahr sind die allgemeinen Verwaltungsaufwendungen um 8,0% angestiegen, sie betragen zum Jahresende EUR 31,8 Mio. Der Grund hierfür sind gestiegene Personalkosten aufgrund einer Personalaufstockung, Kosten aufgrund von technologischen Investitionen sowie Mietzahlungen. Im Berichtsjahr wurde basierend auf einer vorsorglichen EWB-Bildung eine Netto-Risikovorsorge in Höhe von EUR 5,4 Mio. gebildet.

Im Zuge der im Berichtsjahr ausgeführten infrastrukturellen Maßnahmen betrug das Ergebnis der İşbank AG aus der normalen Geschäftstätigkeit EUR 2,3 Mio. Nach Abzug von Steuern das Geschäftsjahr 2015 mit einem Jahresüberschuss von EUR 1,3 Mio. abgeschlossen werden.

Liquiditätslage

Die Zahlungsfähigkeit der İşbank AG war im Geschäftsjahr 2015 aufgrund einer geplanten und ausgewogenen Liquiditätsvorsorge jederzeit sichergestellt und die aufsichtsrechtlich vorgeschriebenen Liquiditätskennzahlen wurden stets eingehalten.

Der İşbank AG standen auch im abgelaufenen Geschäftsjahr zur Durchführung von Neugeschäften diverse Refinanzierungsmöglichkeiten zur Verfügung.

Gesamtaussage

Unter Berücksichtigung der regulatorischen Anforderungen und der volatilen Marktgegebenheiten konnte die İşbank AG ihre Ziele weitgehend erfüllen und insgesamt ein zufriedenstellendes Resultat erzielen. Im Vergleich zum Vorjahr wurde aufgrund von infrastrukturellen Maßnahmen ein geringeres Ergebnis ausgewiesen. Die Geschäftsentwicklung ist aus Sicht der İşbank AG insgesamt positiv verlaufen.

c) Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben sich nach dem Abschlussstichtag nicht ereignet.

d) Risikobericht

Gemäß § 25a Abs. 1 KWG müssen Institute über eine ordnungsgemäße Geschäftsorganisation verfügen, die insbesondere die Festlegung einer auf die nachhaltige Entwicklung gerichtete Geschäftsstrategie und ein angemessenes und wirksames Risikomanagement umfassen muss, auf dessen Basis die Risikotragfähigkeit laufend sicherzustellen ist. Konkret werden Verfahren zur Ermittlung und Sicherstellung der Risikotragfähigkeit als ein Element des Risikomanagements verlangt. Die Risikotragfähigkeit ist gegeben, wenn alle wesentlichen Risiken eines Institutes

unter Berücksichtigung von Risikokonzentrationen durch das Risikodeckungspotenzial laufend abgedeckt sind.

Das Interne Kontrollsystem der İŞBANK AG

Der Vorstand der İşbank AG trägt die Verantwortung für die Einrichtung eines angemessenen Internen Kontrollsystems (IKS). Entsprechend den regulatorischen Anforderungen wurde ein Internes Kontrollsystem eingerichtet, welches Regelungen zur Aufbau- und Ablauforganisation sowie zu Risikosteuerungs- und -controllingprozessen umfasst. Das IKS stellt eine prozessabhängige Überwachung sicher und orientiert sich an der Art, dem Umfang, der Komplexität und dem Risikogehalt der Geschäftsaktivitäten der İşbank AG.

Das IKS und die Interne Revision zusammen mit Compliance und dem Risikomanagement bilden in der Gesamtheit das Interne Kontrollverfahren der İşbank AG.

Gesamtrisikoprofil

Gemäß AT 2.2 Tz. 1 MaRisk hat sich ein Institut regelmäßig sowie anlassbezogen einen Überblick über das Gesamtrisikoprofil zu verschaffen. Das Risikomanagementsystem sowie die Prozesse zur Identifizierung, Messung, Beurteilung, Steuerung, Überwachung und Kommunikation der einzelnen Risikoarten sind im Risikohandbuch der İşbank AG sowie in ergänzenden Arbeitsanweisungen beschrieben. Für alle Risikoarten und, soweit einschlägig, für deren einzelne Ausprägungen ist eine Wesentlichkeitseinschätzung dokumentiert. Als wesentliche Risikoarten werden das Adressenausfallrisiko, das Marktpreisrisiko, das Liquiditätsrisiko, das Geschäftsrisiko, das Reputationsrisiko sowie die Operationellen Risiken identifiziert. Mit Ausnahme von Liquiditätsrisiko werden diese Risikoarten im Rahmen der Risikotragfähigkeitsrechnung berücksichtigt.

Organisation des Risikomanagements

Der Vorstand der İşbank AG ist für die Sicherstellung eines angemessenen Risikomanagements und die Erfüllung der aufsichtsrechtlichen Anforderungen verantwortlich. In der operativen Umsetzung wird sie durch die Abteilung Risikomanagement, den Risikoausschuss, den Aktiv/Passiv-Ausschuss und die Interne Revision unterstützt.

Der Bereich Risikomanagement nimmt die zentrale Steuerung, Überwachung und Kontrolle der Risikobereiche der Bank im In- und Ausland wahr.

Eine der Kernaufgaben des Risikomanagements ist die Unterrichtung des Vorstands. Insbesondere die laufende Unterrichtung über alle wesentlichen Risikopositionen der Bank ermöglicht dem Vorstand, seine Gesamtverantwortung für alle Risikobereiche umfassend wahrzunehmen und rechtzeitig erforderliche Maßnahmen zur Steuerung und Minimierung dieser Risiken zu ergreifen.

Die Risikoberichterstattung erfolgt regelmäßig risikobezogen als auch risikoübergreifend auf Gesamtbankebene. Darüber hinaus sind anlassbezogene ad hoc-Reportings vorgesehen.

Die Überwachung des Kreditgeschäfts hinsichtlich der Einhaltung der gesetzlichen Vorgaben und der internen Kompetenzregelungen obliegt der Kreditabteilung. Diese ist dem Mitglied des Vorstands Marktfolge unterstellt, welcher zugleich die Leitung der Risikocontrolling-Funktion innehat. Die Kreditabteilung überwacht die Handelsaktivitäten der Bank auf Basis EDV- gestützter Instrumente und gewährleistet die Einhaltung der vorgegebenen Handelslimite.

Geschäfts- und Risikostrategie

Die Kerngeschäftsbereiche der İşbank AG bilden das Privat- und Firmenkundengeschäft. Die İşbank AG ist in diesen Geschäftsbereichen im Kredit- und Einlagengeschäft aktiv und bietet im Rahmen des Firmenkundengeschäfts auch Forfaitierungsleistungen und Außenhandelskredite an.

Um ein nachhaltiges, reibungsloses und profitables Wachstum zu erreichen, sind wirksame Risikostrategien unerlässlich. Das Risikomanagement der İşbank AG unterzieht sich einem fortlaufenden Optimierungsprozess und überprüft die eingesetzten Methoden und Steuerungsansätze regelmäßig hinsichtlich ihrer Effizienz und Angemessenheit vor dem Hintergrund der aktuellen Geschäftsentwicklung.

Risikoarten

Aus der Geschäftstätigkeit der İşbank AG ergeben sich folglich unterschiedliche Risiken, die durch den Vorstand gemeinsam mit den verantwortlichen Fachbereichen systematisch identifiziert und bewertet wurden. Nachfolgend werden die als wesentlich identifizierten und im Rahmen des Risikobewertungsprozesses bewerteten Risiken nach Umsetzung von Risikobegrenzungsmaßnahmen (Nettodarstellung) dargestellt:

Adressenausfallrisiken,

Marktpreisrisiken,

Liquiditätsrisiken,

Operationelle Risiken,

Sonstige Risiken.

Für jede wesentliche Risikoart wurde zudem untersucht, ob diese Einfluss auf die Vermögenslage (inklusive der Kapitalausstattung), die Ertragslage und/oder die Liquiditätslage hat.

Adressenausfallrisiken

Das Adressenausfallrisiko bezeichnet die Gefahr, dass aufgrund des Ausfalls oder der Bonitätsverschlechterung einer externen Adresse ein Verlust eintritt. Zusätzlich zum adressenbezogenen Kreditrisiko existiert bei grenzüberschreitenden Kapitaldienstleistungen auch noch das Länderrisiko.

Das Adressenausfallrisiko umfasst bei der İşbank AG die folgenden Risikoarten:

Ausfallrisiko

Emittentenrisiko

Bonitätsrisiko/Migrationsrisiko

Sicherheiten- und Restwertrisiko

Länderrisiko

Die İşbank AG nutzt die mittleren Ausfallwahrscheinlichkeiten je Ratingklasse für die Ermittlung der Adressenausfallrisiken. Durch die Verwendung der mittleren Ausfallwahrscheinlichkeit werden auch die Effekte aus Migrationsrisiken indirekt berücksichtigt.

Die İşbank AG berücksichtigt die Adressenausfallrisiken sowohl auf der Ebene der Einzelkreditnehmer als auch im Portfoliokontext. Ziel ist es dabei sowohl unverhältnismäßig hohe Einzelrisiken als auch den Aufbau von Konzentrations- und Portfoliorisiken zu erkennen, zu begrenzen oder zu vermeiden.

Steuerung und Überwachung der Adressenausfallrisiken

Die Steuerung der Adressenausfallrisiken erfolgt sowohl auf Einzelkredit- als auch Portfolioebene. Hierzu greift die İşbank AG auf Limitsysteme für das Einzelkreditrisiko, das Länderrisiko und das Branchenrisiko zurück. Eine weitere Limitsetzung erfolgt über das Gesamtportfolio und im Rahmen der Risikotragfähigkeitsberechnung. Auf Einzelkreditenebene wendet die İşbank AG Risikoklassifizierungssysteme zur Risikoeinstufung an.

Die Adressenausfallrisiken werden kontinuierlich durch Limitüberwachungen, Risikoentwicklungen sowie Auswertungen der Limitauslastungen und Bildung von Einzel- und Pauschalwertberichtigungen überwacht. Die İşbank AG überprüft Branchen- und Länderlimitierungen gemäß der Geschäftsentwicklung und nimmt ggf. Anpassungen an der Limitsystematik vor.

In die Risikotragfähigkeitsberechnung werden erwartete und unerwartete Verluste mit einbezogen. Hierfür wird ein Value at Risk-Ansatz zugrunde gelegt, welcher mit einem Asset- Value-Modell, allgemein unter dem Namen „CreditMetrics“ bekannt, (für den Going-Concern- Ansatz mit einem Konfidenzniveau von 97%) berechnet wird.

(in TEUR zum 31.12.2015)	Inanspruchnahme	Limits
Adressenausfallrisiko	34.150	39.886
Erwarteter Verlust aus AAR	6.718	--
Unerwarteter Verlust aus AAR	27.432	--

Adressenausfallrisiken werden in die Risikolimitierung auf Basis der Risikodeckungsmasse einbezogen.

Instrumente und Quellen der Risikoerkennung

Hinsichtlich der Risikoerkennung existieren im Wesentlichen zwei Instrumente:

Überziehungsüberwachung

Risikoklassifizierung

Die Überziehungsüberwachung der vorhandenen Limite erfolgt täglich durch die Kreditabteilung bzw. durch die Filialen. Zudem werden Überziehungen mittels entsprechender Berichte an den Vorstand und an die betroffenen Bereiche bzw. Abteilungen gemeldet.

Methode bzw. Verfahren der Risikomessung

Die Risikomessung der Adressenausfallrisiken erfolgt unter Zuhilfenahme der Instrumentarien, die bereits im Rahmen der Risikomessung dargestellt sind bzw. auf Basis der aufsichtsrechtlich vorgegebenen Normen.

Marktpreisrisiken

Unter Marktpreisrisiken werden bei der İşbank AG die potenziellen Verluste bezeichnet, die sich aus Veränderungen von Marktparametern ergeben können.

Die İşbank AG unterteilt ihre Marktpreisrisiken in folgende Subrisiken:

Zinsänderungsrisiko,

Währungsrisiko.

Marktpreisrisiken bestehen für die İşbank AG insbesondere in Form des Zinsänderungsrisikos. Dieses ergibt sich für die Bank durch Differenzen in den Zinsbindungsfristen und Zinsanpassungsmöglichkeiten zwischen Aktiv- und Passivpositionen.

Steuerung und Überwachung der Marktpreisrisiken

Die Steuerung der Marktpreisrisiken erfolgt auf Basis der spezifischen Risikoausprägung durch individuelle Maßnahmen. Der Vorstand entscheidet auf Basis von Analysen des Rechnungswesens über die jeweils einzusetzenden Maßnahmen, wie z.B. Aufnahme fristenkongruenter Finanzierungsmittel oder Einsatz von Swapgeschäften zur Absicherung von Währungspositionen.

Die Überwachung der Marktpreisrisiken erfolgt überwiegend täglich durch Analyse der offenen Positionen.

Zinsänderungsrisiko

Die İşbank AG berechnet im Rahmen des aufsichtsrechtlichen Meldewesens mindestens vierteljährlich das Zinsänderungsrisiko analog der aufsichtsrechtlichen Vorgabe mittels des

Ausweichverfahrens gem. Rundschreiben 11/2011 der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht.

Die Einschätzung über das Zinsänderungsrisiko basiert wesentlich auf einer internen Prognose des zukünftigen Zinsverlaufes der zuständigen Facheinheit, dem Geld- und Devisenhandel. Basis ist wesentlich neben einer internen Einschätzung aus Erfahrungswerten die Analyse der 5-jährigen Änderungskurve zu den 3-Monats Libor/Euribor Sätzen und den darauf basierenden statistischen Hochrechnungen auf die Zukunft. Die auf dieser Basis ermittelte Einschätzung erhalten der Vorstand sowie das Risikomanagement im Vierteljahresrhythmus.

Im Rahmen der Risikotragfähigkeitsberechnung werden die Zinsänderungsrisiken mit einer GuV-orientierten historischen Simulation mit absoluten Änderungen ermittelt.

Per 31.12.2015 lag das Zinsänderungsrisiko mit 640 TEUR innerhalb des Limits von 1.800 TEUR.

Instrumente der Risikoerkennung

Als Instrument zur Überwachung des Zinsänderungsrisikos dient die Zinsbindungsbilanz und darauf aufbauend die Berechnung des Zinsänderungsrisikos mittels der historischen Simulation mit absoluten Änderungen.

Währungsrisiko

Als Währungs- bzw. Wechselkursrisiko werden die aus der Unsicherheit über zukünftige Wechselkursentwicklungen entstehenden Risiken bezeichnet. Diese sind umso höher je stärker die zu beobachtende Wechselkursvolatilität ist bzw. je weiter in der Zukunft die geplante Ausgabe in einer Fremdwährung liegt.

Die Geschäftspolitik der İşbank AG sieht vor, dass Fremdwährungsrisiken strategisch grundsätzlich vermieden werden.

Im Vergleich zu unserem Gesamtexposure ist der Anteil des Bestandes in Türkischer Lira (TL) vernachlässigbar gering. Da die İşbank AG grundsätzlich Kredite in den Währungen EUR und USD vergibt, spielt für die İşbank AG die TL eine sehr geringe Rolle.

Operationelle Risiken

Die İşbank AG definiert das Operationelle Risiko als die Gefahr von Verlusten infolge menschlichen Versagens, der Unzulänglichkeit von internen Prozessen und –Systemen sowie externer Ereignisse.

Das Operationelle Risiko setzt sich aus den folgenden Risikofaktoren zusammen:

Geschäftsfeldrisiko / externe Faktoren,

Rechtsrisiko und ethisches Risiko,

Geschäfts- und Prozessrisiko,

Informationstechnologierisiko,

Risiko der Angewiesenheit auf externe Unterstützung.

Risikoerkennungs-, Mess – und Steuerungsinstrumentarien der Operationellen Risiken

Die Erkennung und insbesondere die Messung des Operationellen Risikos werden aufgrund der Vielfältigkeit der Risikofaktoren erschwert. Die İşbank AG nimmt jährlich eine Bewertung der bestehenden Operationellen Risiken durch Self Assessments vor. Es handelt sich dabei um ein qualitatives Instrumentarium.

Für die Risikosteuerung greift die İşbank AG in Abhängigkeit von den spezifischen Risikofaktoren unter anderem auf folgende Instrumente zurück:

Versicherung von Risiken,

Kontrollen und Vier-Augen-Prinzip bei wesentlichen Tätigkeiten, aktuelle Arbeitsrichtlinien,

Training von Mitarbeitern,

Notfallplanung und Verträge mit Servicedienstleistern für den Notfall,

Personalplanung.

Das Operationelle Risiko wird in die Risikolimitierung auf Basis der Risikotragfähigkeit einbezogen.

Zusätzlich wird im Bereich Risikomanagement eine Verlustdatenbank zur Messung des (eingetretenen) Operationellen Risikos geführt.

Für die Messung des Operationellen Risikos im Rahmen der Erfüllung der CRR und der Ermittlung des erforderlichen Eigenkapitals zur Unterlegung der Operationellen Risiken greift die İşbank AG auf den Basisindikatoransatz gemäß CRR zurück.

Steuerung und Überwachung der Operationellen Risiken

Die Überwachung und Steuerung der Operationellen Risiken erfolgt zum einen im Rahmen des vierteljährlichen Risikoberichts. Zum anderen sind in die Überwachung und Steuerung alle Mitarbeiter der İşbank AG eingebunden, um die zeitnahe Identifikation schlagend werdender Operationeller Risiken, neu auftretender oder sich verändernder Risikofaktoren sowie die Ableitung von Maßnahmen sicherzustellen.

Risikotragfähigkeit und Stresstesting

Kreditinstitute sind gemäß § 25a Abs. 1 KWG verpflichtet, angemessene und wirksame Verfahren einzurichten, um ihre Risikotragfähigkeit zu ermitteln und nachhaltig sicherzustellen.

Die Risikotragfähigkeitsrechnung der İşbank AG stellt primär auf Bilanz- und GuV-Werte ab. Die Risikotragfähigkeit ist dann gegeben, wenn alle wesentlichen Risikoarten laufend durch das Risikodeckungspotential gedeckt sind. Darauf basierend werden Limite für die wesentlichen Risiken definiert. Die İşbank AG berechnet die Risikotragfähigkeit sowohl nach dem Going- Concern als auch nach dem Gone-Concern Ansatz, um der Anforderung des AT 4.1 Tz. 8 MaRisk gerecht zu werden.

Zur Erfüllung der aufsichtsrechtlichen Vorgaben gemäß CRR wendet die İşbank AG den KSA-Ansatz für das Kreditgeschäft sowie den Basisindikatoransatz für die Operationellen Risiken an.

Der von der İşbank AG verwendete Going-Concern Ansatz erfüllt die Erfordernisse des am 7. Dezember 2011 von der BaFin veröffentlichten Rundschreibens „Aufsichtliche Beurteilung bankinterner Risikotragfähigkeitskonzepte“.

Die Risikotragfähigkeit ist gegeben, wenn die Gesamtrisikoposition durch das Risikodeckungspotenzial gedeckt ist. Legt man hier die bankenweit üblichen, generellen aufsichtsrechtlichen Anforderungen zugrunde, beträgt das Verhältnis der Gesamtrisikoposition zur Risikodeckungsmasse per 31.12.2015 47,4%. Die İsbank AG steuert ihre Risiken jedoch nicht lediglich auf Basis solcher Mindestanforderungen, sondern nach restriktiveren Kriterien. Hiernach liegt der Wert bei 67,3%.

Unter Berücksichtigung von Risikokonzentrationen sieht die İşbank AG im Rahmen der Risikotragfähigkeitsberechnung die regelmäßige Durchführung von Stresstests für die aus Banksicht wesentlichen Risiken vor. Dabei greift sie -unter Berücksichtigung der strategischen Ausrichtung der Bank- auf geeignete historische und hypothetische Szenarien zurück.

Zwecks Sicherstellung der Konsistenz der einzelnen risikospezifischen Stressszenarien zueinander wurde ausgehend von einem übergeordneten makroökonomischen Szenario ein Gesamtbankstresstest entwickelt, woraus sich die einzelnen Risikoarten aus dem übergeordneten Szenario ableiten.

Unter Berücksichtigung der strategischen Ausrichtung der Bank wird auf geeignete historische und hypothetische Szenarien zurückgegriffen. Die Beurteilung der Risikotragfähigkeit im Stressfall erfolgt ebenfalls anhand des Ausnutzungsgrades des Risikodeckungspotenzials.

Gemäß der dritten MaRisk Novelle werden bei der İşbank AG inverse Stresstests halbjährlich durchgeführt. Dabei werden auch die Angemessenheit sowie die zugrunde liegenden Annahmen überprüft. Bei wesentlichen Änderungen des Kreditportfolios ist die Durchführung von zusätzlichen Stresstests vorgesehen. Dabei definiert die Bank zum einen qualitative Szenarien und untersucht zum anderen Ereignisse, die die Bank in ihrer Überlebensfähigkeit gefährden können.

Liquiditätsrisiko

Die İşbank AG differenziert unter dem Begriff des Liquiditätsrisikos zum einen das Liquiditätsrisiko im engeren Sinne als die Gefahr, dass die Bank ihren Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen kann, und zum anderen das Refinanzierungsrisiko als die Gefahr, dass die Bank das gewünschte Refinanzierungsniveau nicht halten kann.

Risikoerkennungs-, Mess- und Steuerungsinstrumentarien des Liquiditätsrisikos

In diesem Zusammenhang sind nachfolgende Instrumente vorhanden:

Liquiditätsberechnung gem. LiqV-Berechnung (Berechnung und Meldung der Liquiditätskennziffer auf Basis von Restlaufzeiten sowie Ermittlung von Beobachtungskennzahlen gem. LiqV seitens der Buchhaltung).

Liste „Liquidity Report“ (Erstellung seitens der Abteilung Geld- und Devisenhandel)

Liquiditätsstresstests

wöchentliche ALMU- und die monatliche ALCO- Komitees sowie das FTP –Preissystem.

Steuerung und Überwachung des Liquiditätsrisikos

Die İşbank AG steuert und überwacht die Liquiditätsrisiken auf Basis der Liquiditätskennziffer, Beobachtungskennzahlen, Liquidity Report sowie der offenen Währungspositionen. In Abhängigkeit von der Entwicklung der Kennzahlen werden spezifische Maßnahmen eingeleitet, zu diesen gehören u.a.:

das Schließen von offenen Währungspositionen,

frühzeitige externe Mittelbeschaffung,

Mittelbeschaffung über die Mutter

Auflösung von Einlagen bei der Deutschen Bundesbank oder Verkauf bzw. Beleihung von Wertpapieren.

Liquiditätsrisikotoleranz

Die İşbank AG legt für Liquiditätsrisiken angemessene Risikotoleranzen fest und stellt deren Einhaltung durch geeignete Maßnahmen sicher. Dabei wird die jeweils maximal tolerierbare Höhe der Liquiditätsrisiken definiert.

Die Liquiditätsrisikotoleranzen erstrecken sich auf die:

Liquiditätsreserve (Liquiditätspuffer),

Laufzeitbänder sowie

Ermittlung der Überlebensperiode.

Liquiditätspuffer

Zur Gewährleistung der Zahlungsfähigkeit, sogar im Falle von kurzfristigen Liquiditätsengpässen, wird ein Liquiditätspuffer aus liquiden und unbelasteten Liquiditätsengpässen, wird ein Liquiditätspuffer aus liquiden und unbelasteten Liquiditätsreserven vorgehalten, der unter Beachtung der Liquiditätsrisikotoleranz an den Liquiditätsbedarf der Bank unter Stresssituation angepasst ist, damit ausreichend Liquidität selbst in einer angespannten Marktsituation gewährleistet ist.

Laufzeitbänderfestsetzung

Die Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit und Optimierung der Zahlungsströme der Refinanzierungsstruktur erfolgt auf Basis einer Liquiditätskennzahl. Hierzu wurde ein auf Risikotoleranzkennzahlen basierendes Ampelsystem implementiert, durch das die frühzeitige Erkennung von Risiken und die entsprechende Einleitung von Maßnahmen sichergestellt wird.

Liquiditätsmindestreichweite („Survival Period“)

Unter der Liquiditätsmindestreichweite ist der Zeitraum zu verstehen, den die İşbank AG in der Lage ist, bei Liquiditätsabflüssen und ohne neue Liquiditätszuflüsse zu überleben. Als Grundlage für die

Berechnung der Liquiditätsmindestreichweite dient die von der Abteilung Geld- und Devisenhandel erstellte und fortlaufend aktualisierte Cashflow-Übersicht.

Refinanzierungsrisiko

Unter dem Refinanzierungsrisiko wird allgemein die Gefahr verstanden, dass die Bank das gewünschte Refinanzierungsniveau nicht mehr halten kann.

Marktliquiditätsrisiko

Das Marktliquiditätsrisiko wird im Zusammenhang mit dem Risikomanagement des Liquiditätsrisikos der İsbank AG indirekt mit abgedeckt.

Geschäfts- und Ertragsrisiko

Das Geschäfts- und Ertragsrisiko wird definiert als die Gefahr des Abweichens von der Ertragsplanung (Planung vor Risiko). Ursachen liegen in Abweichungen des geplanten Neugeschäfts und in Abweichungen der geplanten Kosten bzw. Preise.

Steuerung und Überwachung des Geschäfts- und Ertragsrisikos

Für die Messung des Geschäfts- und Ertragsrisikos wird der Earnings-at-Risk Ansatz verwendet. Das Modell bestimmt aus historischen Zeitreihen die Volatilität der Revenues und Expenses sowie die Korrelationen zwischen den Revenues und Expenses.

Reputationsrisiken

Als Reputationsrisiko verstehen wir die Gefahr von Ereignissen, die das Vertrauen in die İsbank AG in der Öffentlichkeit oder in den Medien, bei Mitarbeitern oder Kunden bzw. Geschäftspartnern mindern.

Die operativen Geschäftseinheiten und Filialen tragen im Rahmen ihrer Geschäftsaktivitäten unmittelbare Verantwortung für Reputationsrisiken, die aus ihrer jeweiligen Geschäftstätigkeit entstehen.

Durch den Namen und die Verbindung zur Muttergesellschaft Türkiye İş Bankası A.Ş. profitiert die İsbank AG insbesondere vom Vertrauenstransfer bei denjenigen Kunden, die die Bank aus der Türkei kennen. Selbst heute ist es für viele Kunden ein wichtiges Kriterium zu wissen, wer als Gesellschafter hinter der İsbank AG steht und welche Leistungskraft die Türkiye İş Bankası A.Ş.-Gruppe verkörpert. Außerdem wurde innerhalb von Jahrzehnten auch der eigene gute Ruf der İsbank AG aufgebaut.

Neben einem hohen Ansehen innerhalb der türkischen Population in Europa wird dem Reputationsrisiko in der Risikostrategie der İsbank AG dadurch Rechnung getragen, dass ein fairer Umgang mit allen Geschäftspartnern festgelegt wird und Geschäfte mit zweifelhaften Adressen ausgeschlossen werden.

Konzentrationsrisiken

Generell kann sich das Konzentrationsrisiko bei der İsbank AG im Wesentlichen bei den Adressenausfallrisiken niederschlagen. Eine Konzentration beim Adressenausfallrisiko entsteht, wenn sich das Risiko durch bestimmte Faktoren verdichtet und auf Grund dessen die Diversifikation des Portfolios begrenzt wird. Gemäß unserer Risikostrategie wird das Kreditportfolio anhand definierter Limite für Branchen-/Länder- und Größenklassenlimite diversifiziert, sodass das Entstehen von Konzentrationen weitgehend begrenzt wird. Konzentrationsrisiken bestehen bei der İsbank AG im Wesentlichen gegenüber der Türkei. Dieses Konzentrationsrisiko wird detailliert überwacht und im Sinne der Geschäftsstrategie bewusst getragen.

e) Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Gesamtwirtschaftliche Situation

Für das Jahr 2016 rechnet der Internationale Währungsfonds (IWF) mit einem voraussichtlichen Wirtschaftswachstum von 3,4%. Haupttreiber dieser Entwicklung dürften ein starker Dienstleistungssektor sowie der Konsum sein. Als die größten Wachstumsrisiken sieht der IWF die Wachstumsverlangsamung in China, die geopolitische Straffung in den USA gepaart mit einem starken Dollar sowie in einer möglichen Eskalation der bestehenden geopolitischen Spannungen. Weniger positiv sind die Aussichten für Russland und Brasilien, für beide Länder ist eine nachhaltige Erholung nicht in Sicht, weshalb sie auch 2016 nicht aus der Rezession herauskommen

werden. Die Eurozone wird 2016 aufgrund zyklischer Impulse stärker wachsen, wenngleich sie trotz dieser guten Aussichten hinter den USA bleiben wird. Erwartet wird ein Wirtschaftswachstum von 1,7%, wobei der Hauptwachstumstreiber dieser Entwicklung, die größte Volkswirtschaft Europas, Deutschland sein wird. Ein hoher Binnenkonsum, ein starker Arbeitsmarkt und eine positive Entwicklung der Reallöhne sind Faktoren, die Deutschland ein Wachstum von 1,7% verschaffen werden.

In der Monatsmitte von Dezember 2015 hat die FED als erste bedeutende Notenbank ihren Leitzins angehoben. Geldpolitisch betrachtet, werden daher im Jahr 2016 nach Jahren der Niedrigzinspolitik moderate Zinserhöhungen erwartet. Die Europäische Zentralbank hingegen dürfte sich weiterhin auf einem entgegengesetzten Pfad bewegen und ihre expansive Geldpolitik fortsetzen. Nach sieben Jahren Bullenmarkt könnten sich die Aktienkurse in diesem Jahr etwas verhaltener entwickeln und die Anleiherenditen in den bedeutenden Rentenmärkten dürften nur leicht zulegen. Der bestimmende Faktor an den Devisenmärkten wird die Entwicklung des US- Dollars bleiben.

Für die türkische Wirtschaft werden 2016 keine großen Turbulenzen erwartet, allerdings wird es aufgrund der geopolitischen Risiken, wie der Russlandkrise, auch kein einfaches Jahr werden. Dennoch erwartet der IWF in der Türkei ein Wirtschaftswachstum in Höhe von 3,5%. Die Inflation wird sich leicht reduzieren, prognostiziert wird ein Wert von 7,5%. Unter Beachtung einer strengen Haushaltsdisziplin wird für das Etat und der Verschuldung eine Besserung erwartet. Durch die Erhöhung des Mindestlohns um 30% geht man von einer Zunahme des privaten Konsums aus, das sich zusammen mit dem Preisverfall beim Erdöl ebenfalls positiv auf die Wirtschaft auswirken wird. Gleichzeitig ist man aufgrund der Abwertung der türkischen Lira mit einem damit einhergehenden Kapitalabflussrisiko konfrontiert.

Risiken für die Bankenbranche und damit für die İşbank AG liegen im Allgemeinen darin, dass sich das Bankgeschäft 2016 nachhaltig nicht verbessern wird. Größtes Problem im Markt werden weiterhin die niedrigen Zinsen sein, die eine rentable Anlage von Kundengeldern schwierig machen und die Margen weiter schrumpfen lassen. Belastungen und Unsicherheiten drohen auch im Bereich von neuen regulatorischen Anforderungen, denn die Politik wird sich bemühen, die Aufsicht über die Banken weiterhin zu verschärfen.

Der anhaltende Nahostkonflikt und die weiter verschärfte Russlandkrise stellen weiterhin eine Gefahr für die türkische Wirtschaft dar. Die Türkei ist eine der wichtigsten Hauptabsatzmärkte der İşbank AG, weshalb hier ein Risikopotenzial besteht. Marktbezogene Risiken bestehen auch in Form von Wettbewerbern im Hauptmarkt Deutschland, die zunehmend das Nischenprodukt der Bank, Türkei-Überweisungen, anbieten.

Entwicklung der İşbank AG

Das Geschäftsjahr 2016 wird gekennzeichnet sein von der Fertigstellung und Umsetzung des Core-Banking Projekts Anka, welches sowohl aus materieller als auch aus personeller Sicht das größte Projekt in der Geschichte der İşbank AG darstellt. Mit Beendigung der ersten Phase wird Anfang Mai 2016 die Liveschaltung erfolgen. Mit dem Einsatz des neuen Kernbanksystems werden auch aus technologischer Sicht optimale Bedingungen für eine vertriebsorientierte Ausrichtung der Bank geschaffen sein.

Neben der Fortführung der kunden- und vertriebsorientierten Entwicklung der Bank wird ein weiteres Augenmerk 2016 dem Projekt zur Optimierung der Geschäftsprozesse gelten. Basierend hierauf wird eine Überarbeitung und Anpassung der zentralen Prozesse erfolgen mit dem Ziel, eine Kosteneinsparung und Verbesserung der Produktivität zu erzielen.

Die Bank beabsichtigt, einen Teil der Instrumente des zusätzlichen aufsichtsrechtlichen Kernkapitals in gezeichnetes Kapital umzuwandeln. Im Einklang mit der mittelfristigen Strategie der Bank, die auf einem nachhaltigen und profitablen Wachstum aufbaut, wird für das Geschäftsjahr 2016 ein besseres Jahresergebnis deutlich über dem Niveau des abgelaufenen Geschäftsjahres 2015 erwartet. Die Ausweitung der Geschäftsaktivitäten soll hierbei in erster Linie durch verstärkte Trade Finance Geschäfte erfolgen. Zur Steigerung der Profitabilität wird die Bilanz proaktiv auf der Kundenseite gesteuert.

f) Abhängigkeitsbericht

Unsere Gesellschaft hat bei jedem Rechtsgeschäft nach den Umständen, die uns jeweils zu dem Zeitpunkt bekannt waren, in dem die Rechtsgeschäfte vorgenommen wurden, eine angemessene Gegenleistung erhalten. Maßnahmen oder sonstige Rechtsgeschäfte mit Dritten auf Veranlassung oder im Interesse eines verbundenen Unternehmens sind im Berichtszeitraum nicht getroffen oder unterlassen worden.

g) Verbandszugehörigkeiten

Die Bank ist Mitglied im Bundesverband deutscher Banken e.V. und in regionalen Bankenverbänden. Des Weiteren gehört sie dem Verband der Auslandsbanken e.V. an. Als Mitglied des Prüfungsverbandes deutscher Banken e.V. nimmt sie am Einlagensicherungsfonds der privaten Banken teil.

Frankfurt am Main, 14. April 2016

N. Burak Seyrek, Vorstandsvorsitzender

Robert McCormack, Mitglied des Vorstands

M. Behçet Vargönen, Mitglied des Vorstands

Länderspezifische Berichterstattung (Country-by-Country Reporting) der ISBANK AG nach § 26a KWG zum 31. Dezember 2015

Die Anforderungen zum Country-by-Country Reporting aus Artikel 89 der EU- Richtlinie 2013/36/EU wurden in § 26a KWG in deutsches Recht umgesetzt.

Danach sind die im Geschäftsjahr 2015 angefallenen Umsätze der im Wege der Vollkonsolidierung in den Jahresabschluss einbezogenen Niederlassungen, die Anzahl der Lohn- und Gehaltsempfänger in Vollzeitäquivalenten je Mitgliedsstaat der EU und Drittländer, das Ergebnis vor Steuern je Mitgliedsstaat der EU und Drittländer, die zu entrichtenden Steuern auf das Ergebnis sowie die erhaltenen öffentlichen Beihilfen darzustellen.

Als Umsatz wird das in den Jahresabschluss nach HGB einbezogene Vorsteuerergebnis ohne Berücksichtigung von Konsolidierungseffekten, Risikovorsorge, Verwaltungsaufwendungen sowie Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB angegeben. Die Umsatzgrößen werden als Summe folgender Komponenten der Gewinn- und Verlustrechnung nach HGB definiert.

Zinsüberschuss,

Provisionsüberschuss und

Sonstiges betriebliches Ergebnis.

Land	Umsatz in TEUR	Anzahl der Lohn- und Gehaltsempfänger in Vollzeit- äquivalenten	Gewinn oder Verlust vor Steuern TEUR	Steuern auf Gewinn oder Verlust TEUR	Erhaltene öffentliche Beihilfen TEUR
Deutschland	35.790	227,5		3.516	
955		0			
Niederlande	1.551	8,75		- 617	
0,67		0			
Frankreich	1.244	8,75		- 489	0
	0				
Schweiz	1.072	6,25		- 112	0
	0				
Bulgarien	299	7,0		- 59	0
	0				

Länderspezifische Berichterstattung (Country-by-Country Reporting) der ISBANK AG nach § 26a KWG zum 31. Dezember 2015

Firma	Art der Tätigkeit	Sitz/Ort	Land
ISBANK AG Hauptverwaltung und 13 Filialen	Kredit- und Einlagengeschäft, Dienstleistungen im Zahlungsverkehr	Frankfurt am Main	Deutschland
ISBANK AG Niederlassung Amsterdam	Kredit- und Einlagengeschäft, Dienstleistungen im Zahlungsverkehr	Amsterdam	Niederlande
ISBANK AG Niederlassung Paris	Kredit- und Einlagengeschäft, Dienstleistungen im Zahlungsverkehr	Paris	Frankreich
ISBANK AG Niederlassung Zürich	Kredit- und Einlagengeschäft, Dienstleistungen im Zahlungsverkehr	Zürich	Schweiz
ISBANK AG Niederlassung Sofia	Kredit- und Einlagengeschäft, Dienstleistungen im Zahlungsverkehr	Sofia	Bulgarien

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der İsbank AG, Frankfurt am Main für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2015 bis 31. Dezember 2015 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht über- wiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Frankfurt am Main, 20. April 2016 KPMG AG

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Garz Wirtschaftsprüfer

Neuser Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrats

Seit der Gründung der ersten Auslandsfiliale der Türkiye İş Bankası A.Ş. im Jahre 1932 in Hamburg kann die jetzige Tochtergesellschaft İsbank AG auf eine 84 jährige Erfahrung in Deutschland und Europa zurückblicken, in welcher sie als Hauptakteur die globalen Banktätigkeiten der Muttergesellschaft in fünf verschiedenen Ländern mit 17 Filialen erfolgreich fortführt.

Die İsbank AG, die auch die Verantwortung zur Übertragung der Vision des Gründers der Türkischen Republik und unserer Bank, Mustafa Kemal Atatürk, in die Zukunft und auf internationale Plattformen innehat, hat sich auf diesem Wege angeeignet, für ihre Kunden nicht nur als Finanzpartner, sondern zugleich auch als wirksamer Lösungspartner zu agieren, der seine langjährige Erfahrung und Wissen teilt. Hinter dieser Einstellung steckt die Türkiye İş Bankası A.Ş., die seit ihrer Gründung in der Türkei auf gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Ebene als Werttreiber fungiert und das Symbol der Türkischen Republik ist.

Die İş Bankası, die "Die Bank der Türkei", die seit 91 Jahren mit ihrem Leitprinzip eines Beitrags zur wirtschaftlichen Unabhängigkeit der Türkei den größten Beitrag zur Industrialisierung des Landes beigetragen hat, ist mit einer Gesamtaktiva in Höhe von 275,7 Mrd. TL die größte Privatbank der Türkei. Mit ihrer starken Kapitalstruktur, verbreiteten Aktionärsstruktur und dem technologieorientierten Bankenverständnis ist die İş Bankası die führende nationale Bank, die mit ihren ca. 18 Mio. Kunden und den 1.354 Inlandsfilialen ihre Führungs- und Vorreiterrolle noch stärker ausübt.

Die İsbank AG, die die Führerschaft der Muttergesellschaft im türkischen Bankensektor als ihre eigene Vision beansprucht, ist dabei, ihre gesamte Banken-Infrastruktur umzustellen basierend auf der langfristigen Mission der İsbank-Gruppe, in der europäischen Geographie die Fahnenführerschaft zu übernehmen. Die fortschrittlichen technologischen und personellen

Investitionen unter Wahrung der starken Kapitalstruktur sind in diesem Zusammenhang ein Indiz für die langfristige Strategie der İsbank- Gruppe sowie aus Sicht der İsbank AG die Basis für die Verwirklichung der Ziele in allen Tätigkeitsbereichen. Die genannten Investitionen, ausgeführt in erfolgreicher Projektarbeit für eine wirksamere und rentablere Arbeitsorganisation und dem Angebot von Dienstleistungen in der höchsten Qualität, befinden sich in der Abschlussphase. Der Umzug in das neue und moderne Gebäude der Hauptverwaltung im Jahr 2015 und das sich dem Ende neigende hochbudgetierte IT-Projekt - neues Kernbankensystem - sind maßgebliche Indikatoren unserer langfristigen Investitionen sowie unserer nachhaltigen, beständigen und konservativen Geschäftsstrategien.

Die türkischen Bürger verteilt in ganz Deutschland und Europa, wohnhaft insbesondere in den Industriestädten, zu Beginn der Migration nur die Funktion der Überbrückung des Arbeitskräftemangels innehabend, leisten heutzutage als Geschäftsleute, Existenzgründer, Künstler, Sportler und Wissenschaftler einen unbestreitbaren Beitrag zu dem gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben in Europa. Unsere türkischen Mitbürger mit ihrer jungen Altersstruktur bringen auch eine neue Dynamik in die zum Vergleich ältere Bevölkerung des Kontinents ein. Betrachtet man Deutschland, wo sich neben der Hauptverwaltung auch 13 Filialen befinden, so ist festzustellen, dass die von den Türken gegründeten 80.000 Unternehmen insgesamt 50 Mrd. Euro an Geschäftsvolumen erwirtschaftet. Türkischstämmige Künstler, Akademiker und Sportler in Europa, mit ihren Erfolgen in den verschiedenen Bereichen, erfreuen uns mit Stolz und sind ein Symbol für die gesellschaftliche Integration und für den Erfolg eines multikulturellen, modernen und toleranten Verständnisses. Die in Europa am stärksten verwurzelte und älteste türkische Bank, die İsbank AG, wird stets der Gefährte der türkischen Bürger sein, die europaweit aus gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Sicht betrachtet sich ständig weiterentwickeln und ihren Beitrag zum gesellschaftlichen Leben in den Ländern, in denen sie sich befinden, erhöhen.

Andererseits erstreckt sich die Mission unserer Bank über diesen Rahmen hinaus. In diesem Zusammenhang ist eine der wichtigsten Aufgaben der İsbank AG, die sich mit der Mission der Förderung der wirtschaftlichen Tätigkeiten der Türken in Europa insbesondere in Deutschland sowie der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Türkei und der EU auf den Weg gemacht hat, die Finanzierung und die Weiterentwicklung der Außenhandelstätigkeiten zwischen der Türkei und der EU. Deutschland, das größte Land der EU, ist mit einem Volumen von ca. 40 Mrd. Euro seit langen Jahren zugleich der größte Außenhandelspartner der Türkei. Betrachtet man auch die anderen Länder, in denen unsere Bank vertreten ist, so beträgt das gesamte Außenhandelsvolumen mit der Türkei ca. 60 Mrd. Euro. Bei den Fremdkapitalinvestitionen in der Türkei ist Deutschland führend, wobei 75% dieser Investitionen von den EU-Ländern getätigt werden. In der Türkei gibt es ca. 6.000 Firmen mit deutschem Kapital, wobei in den letzten fünf Jahren jährlich durchschnittlich 500 Firmen dazugekommen sind. Unter den 1.000 größten Exportunternehmen der Türkei befinden sich auch 14 deutsche Firmen. All diese Zahlen zeigen auf, wie hoch das Potential in dem Zielmarkt unserer Bank ist.

Die parallel zur globalen Vision der Muttergesellschaft übernommene Brückenfunktion in den Handelsbeziehungen zwischen der Türkei und der EU, hat sich gegenwärtig zum größten Fach- und Tätigkeitsbereich der İsbank AG entwickelt, welches sich auch in den Ergebnissen des Geschäftsjahres 2015 eindeutig erkennbar macht. Unsere Bank baut das Kundenportfolio im Bereich der Außenhandelsfinanzierung stetig aus und konnte durch die im Geschäftsjahr 2015 in der Türkei aufgebauten Kundenbeziehungen im Corporate Bereich weiter wachsen. Im Zuge der Erweiterung der Korrespondenzbankbeziehungen und des

Korrespondenzbankennetzwerks unserer Bank, werden die Penetrationstätigkeiten neben den Industrieländern auch in den sich entwickelnden Märkten fortgeführt und auch Ergebnisse erzielt. Es ist ohne Zweifel, dass die auf diesem Gebiet erzielte Leistung, basierend auf einem die Beständigkeit und Nachhaltigkeit beachtenden Verständnisses, in verstärktem Maße fortgeführt wird.

Es ist zu beachten, dass bei der Bewertung der Ergebnisse der Türkiye İş Bankası A.Ş. sowie der İsbank AG die vorherrschende globale wirtschaftliche und politische Konjunktur herangezogen wird. Im Geschäftsjahr 2015 hat die globale wirtschaftliche Aktivität einen milden Verlauf dargelegt. Während die Weltwirtschaft in 2014 um 3,4% zugelegt hat, ist sie nach Schätzung der IWF in 2015 um 3,1% gewachsen. In diesem Zeitraum sind die Bedenken gegenüber den Schwellenländern gestiegen, währenddessen die Industriestaaten sich mit einer geringeren Beschleunigung aufrappeln konnten. Die Wirtschaft der USA konnte ihren milden Wachstumstrend beibehalten, in den Volkswirtschaften des EU-Raums konnte eine eingeschränkte Verbesserungstendenz konstatiert werden. In den Schwellenländern hat die Wirtschaftsaktivität im Allgemeinen an Stärke verloren. Für diese Entwicklung spielen die Verlangsamungstendenz der chinesischen Wirtschaft, der starke Rückgang der Rohstoffpreise insbesondere des Erdöls, die steigenden geopolitischen und politischen Risiken eine bedeutende Rolle. Neben dem Umstand, dass die globale Wirtschaft

im Vergleich zu den Vorjahren im Jahr 2015 weniger geeignete Bedingungen aufgezeigt hat, haben auch die im Inland verstärkten politischen Unsicherheiten und geopolitischen Risiken bei der türkischen Wirtschaft einen Abwärtsdruck bewirkt. Trotzdem konnte die türkische Wirtschaft im abgelaufenen Geschäftsjahr eine Wachstumsleistung über den Erwartungen erzielen.

Es ist einzusehen, dass in der nächsten Zeit neben den wirtschaftlichen Entwicklungen auch die geopolitischen Vorkommnisse auf der Tagesordnung sein werden. Die Risiken, Unsicherheiten, Militärinterventionen und Terroranschläge sowohl im Nahen Osten als auch in Europa, damit einhergehend insbesondere die gemeinsame Flüchtlingsproblematik sowie die anderen auf eine Lösung wartenden Punkte sind ein Zeichen für das Vorhandensein einer **Schicksalsgemeinschaft** zwischen der Türkei und der EU, die über eine rein wirtschaftliche Zusammenarbeit hinausgeht. In Anbetracht des im Zuge der negativen Entwicklungen resultierenden Bildes glauben wir daran, dass die Türkei und die EU für die gemeinsamen Probleme einen gemeinsamen Lösungswillen finden werden. In diesem Zusammenhang werden wir in der EU-Landschaft, in der wir glauben eine gemeinsame Zukunft zu haben, als İsbank AG das Erbe unserer Muttergesellschaft aus der Vergangenheit in die Zukunft tragen und unter der Erkenntnis der Bedeutung der zwischen der Türkei und der EU entstehenden Beziehungen, unsere Tätigkeiten fortführen. Ich bedanke mich im Namen des Aufsichtsrats der İsbank AG bei allen, die auf diesem langen Weg mitgewirkt haben bzw. mitwirken werden.

Die Buchführung und der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2015 sowie der Lagebericht wurden von der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt am Main, geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Der Aufsichtsrat hat dem Ergebnis der Prüfung zugestimmt und den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2015 und den Lagebericht gebilligt.

Frankfurt am Main, 10.05.2016

Adnan Bali, Vorsitzender des Aufsichtsrats

NS	e1102 : Money Supply ccat : Corporate/Industrial News c151 : Earnings c15 : Financial Performance e11 : Economic Performance/Indicators ecat : Economic News ncat : Content Types nfact : Factiva Filters nfcpin : C&E Industry News Filter
RE	hesse : Hesse eecz : European Union Countries frank : Frankfurt gfr : Germany usa : United States zuric : Zürich dach : DACH Countries eurz : Europe namz : North America switz : Switzerland weurz : Western Europe
PUB	Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH
AN	文件 JAHREV0020161115ecbe0034I

HD dpa-AFX Überblick: KONJUNKTUR von 17.00 Uhr - 17.01.2017

WC 1,065 字

PD 2017 年 1 月 17 日 05:16 下午

SN dpa-AFX ProFeed

SC DPAFX

LA 德文

CY Copyright 2017. dpa-AFX. Alle Rechte vorbehalten. Weiterverbreitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung ohne ausdrückliche vorherige Zustimmung von dpa-AFX ist nicht gestattet.

LP

ROUNDUP 2: May kündigt Ausscheiden Großbritanniens aus EU-Binnenmarkt an

LONDON - Großbritannien wird die EU und den europäischen Binnenmarkt verlassen. "Wir streben keine Mitgliedschaft im EU-Binnenmarkt an", sagte May bei einer lange erwarteten Grundsatzrede zum Brexit am Dienstag in London. Ihr Land sei auch nicht mehr verpflichtet, "enorme Summen zum EU-Haushalt" beizutragen.

TD

ROUNDUP/Devisen: Britisches Pfund legt nach May-Rede kräftig zu

FRANKFURT - Die britische Premierministerin Theresa May hat am Dienstag die Anleger an den Finanzmärkten mit einer Brexit-Grundsatzrede positiv überrascht. Während und nach der Rede legte das zuletzt schwer angeschlagene Britische Pfund um rund zwei Prozent bis auf 1,2390 US-Dollar zu. Damit wurden Verluste im Vorfeld der Rede mehr als wettgemacht. Zwar kündigte May in London einen "harten Brexit" ohne Zugang Großbritanniens zum EU-Binnenmarkt an. Sie werde sich aber auch um ein Freihandelsabkommen mit der EU bemühen.

USA: Empire-State-Index gibt leicht nach

NEW YORK - Die Stimmung in der Industrie im US-Bundesstaat New York hat sich im Januar leicht eingetrübt. Der Empire-State-Index fiel um 1,1 Punkte auf 6,5 Zähler, wie die regionale Notenbank von New York am Dienstag mitteilte. Analysten hatten einen Wert von 8,5 Punkten erwartet. Der Stand vom Dezember wurde von ursprünglich 9,0 auf 7,6 Punkte korrigiert.

ROUNDUP: ZEW-Konjunkturerwartungen zeigen guten Jahresstart

MANNHEIM - Die Konjunkturerwartungen deutscher Finanzexperten haben sich zu Beginn des Jahres verbessert und Hoffnungen auf einen starken Auftakt ins Konjunkturjahr 2017 geweckt. Der entsprechende Indikator des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) sei im Januar um 2,8 Punkte auf 16,6 Zähler gestiegen, teilte das ZEW am Dienstag in Mannheim mit. Damit erreichte das Konjunkturbarometer den höchsten Stand seit verganginem Juni. Bankvolkswirte hatten allerdings mit einem stärkeren Anstieg auf 18,4 Punkte gerechnet.

DAVOS: Chinesischer Staatschef Xi **Jinping** warnt vor Handelskriegen

DAVOS - Der chinesische Staats- und Parteichef Xi **Jinping** hat mit Nachdruck vor neuen Handelskriegen gewarnt. "Wir sind eine **Schicksalsgemeinschaft**", sagte Xi am Dienstag zum Auftakt der 47. Jahrestagung des Weltwirtschaftsforums in Davos. Alle Länder seien voneinander abhängig. "Niemand kann als Gewinner aus einem Handelskrieg herausgehen." Zugleich warb er für Freihandel.

EZB: Kreditnachfrage steigt weiter dank niedriger Zinsen

FRANKFURT - In der Eurozone ist die Nachfrage nach Bankkrediten Ende des vergangenen Jahres weiter gestiegen. Der Zuwachs habe sich im vierten Quartal 2016 bei Unternehmen und privaten Haushalten gezeigt, teilte die Europäische Zentralbank (EZB) am Dienstag nach einer Umfrage unter Banken mit. Als Ursache für die stärkere Kreditnachfrage wurde unter anderem das extrem niedrige Zinsniveau genannt.

Großbritannien: Inflation steigt auf höchsten Stand seit Juli 2014

LONDON - Die Inflation in Großbritannien zieht schneller an als erwartet. Die Teuerungsrate sei im Dezember um 0,4 Prozentpunkte auf 1,6 Prozent gestiegen, teilte das Statistikamt ONS am Dienstag mit. Analysten hatten mit einer schwächeren Rate von 1,4 Prozent gerechnet. Die aktuelle Rate ist die höchste seit Juli 2014. Im Monatsvergleich stiegen die Verbraucherpreise um 0,5 Prozent. Auch dies lag über den Erwartungen.

Erdogan fordert günstige Kredite - Druck auf türkische Banken

ISTANBUL - Der türkische Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan hat türkischen Banken zur Vergabe von günstigen Krediten aufgefordert. Wer Investoren und Unternehmern nicht Zugang zu Krediten mit "niedrigem Zinssatz" verschaffe, werde es "mit der Regierung zu tun haben", sagte er am Dienstag in Ankara.

Präsident der Republik Moldau schließt Abkehr von EU nicht aus

MOSKAU - Der moskautreue Präsident der Ex-Sowjetrepublik Moldau, Igor Dodon, schließt die Kündigung eines Abkommens mit der EU nicht aus. "Wir sind Pragmatiker. Ich denke, dass dieses Assoziierungsabkommen keinerlei Vorteile für Moldau gebracht hat", sagte Dodon bei einem Treffen mit Kremlchef Wladimir Putin am Dienstag in Moskau. Stattdessen wolle er bis März einen Vertrag mit der von Russland dominierten Eurasischen Wirtschaftsunion schließen.

ROUNDUP/Griechenlands Regierung: Kommen bei Haushaltssanierung besser voran

ATHEN - Griechenland ist nach eigener Darstellung bei der Sanierung der Staatsfinanzen deutlich besser vorangekommen, als mit den internationalen Geldgebern vereinbart. Der so genannte Primärüberschuss, in den jahrelangen Debatten mit den Gläubigern eine entscheidende Kennziffer, habe 2016 bei rund 4,4 Milliarden Euro gelegen, teilte das Finanzministerium am Dienstag mit. Der Primärüberschuss blendet den - im Falle Athens immensen - Schuldendienst aus, um Fortschritte bei den laufenden Ausgaben und Einnahmen besser erkennen zu können.

DAVOS/Trump-Berater: "Wir wollen keine Handelskriege"

DAVOS - Nach scharfer Kritik an den Wirtschaftsplänen des künftigen US-Präsidenten Donald Trump hat ein Berater des Politikers für faire Handelsabkommen geworben. "Wir wollen keine Handelskriege", sagte der frühere Hedgefonds-Manager Anthony Scaramucci am Dienstag auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos. "Alles, worum wir bitten, ist, mehr Gleichheit in diese Handelsvereinbarungen zu bringen."

Iran reagiert gelassen auf Trumps Äußerungen zum Atom-Deal

TEHERAN - Der Iran hat gelassen auf die jüngsten Äußerungen des künftigen US-Präsidenten Donald Trump zum Atom-Deal mit Teheran reagiert. "Das sind Slogans, nur Gerede ... ich glaube nicht, dass sich was an dem Deal ändern wird", sagte der iranische Präsident Hassan Ruhani auf einer Pressekonferenz am Dienstag in Teheran. Donald Trump hatte in einem Zeitungsinterview das Wiener Atomabkommen von 2015 als eines der dümmsten Abkommen bezeichnet.

ROUNDUP/Außenhandelskammer Südkorea: Politische Krise kann auch Chance sein

SEOUL - Die politische Krise in Südkorea bietet nach Einschätzung der deutschen Außenhandelskammer Korea (AHK) auch Chancen für positive Veränderungen und Reformen. "Korea durchläuft derzeit eine wichtige Transformationsphase", sagte AHK-Geschäftsführerin Barbara Zollmann am Dienstag bei der Vorstellung einer neuen Umfrage zur Stimmung unter deutschen Firmen, die in dem ostasiatischen Land tätig sind.

ROUNDUP: Nahles will mehr Teilzeit bei Männern - Jahrelange Zeit-Experimente

BERLIN - Bundessozialministerin Andrea Nahles (SPD) will eine größere Verbreitung von Teilzeitarbeit bei Männern erreichen. "Ich sehe den Anspruch auf befristete Teilzeit auch als Beitrag dafür, Männer zur Teilzeit zu ermutigen oder wenigstens zur Reduktion der Arbeitszeit", sagte Nahles am Dienstag in Berlin bei einer Konferenz der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Trotz Terror: Neuer weltweiter Touristenrekord

MADRID - Anschläge und internationale Konflikte haben Urlauber in weiten Teilen der Welt im vergangenen Jahr nicht von Reisen ins Ausland abgehalten. Die Zahl der Auslandstouristen sei 2016 im Vergleich zum Vorjahr um 3,9 Prozent auf eine Rekordzahl von mehr als 1,23 Milliarden gestiegen, teilte die UN-Tourismusorganisation (UNWTO) am Dienstag in Madrid mit. Damit stieg die Zahl der Touristen bereits das siebte Jahr in Folge. Auch für 2017 sei ein Wachstum von etwa drei bis vier Prozent zu erwarten.

Kundenhinweis: ROUNDUP: Sie lesen im Konjunktur-Überblick eine Zusammenfassung. Zu diesem Thema gibt es mehrere Meldungen auf dem dpa-AFX Nachrichtendienst.

/bgf

NS gpir : Politics/International Relations | nsum : News Digests | gcat : Political/General News | ncat : Content Types | nfact : Factiva Filters | nfce : C&E Exclusion Filter | niwe : IWE Filter

RE uk : United Kingdom | usa : United States | turk : Turkey | athens : Athens | eland : England | gfr : Germany | istan : Istanbul | london : London (UK) | mscity : Moscow City | tehran : Tehran | asiaz : Asia | balkz : Balkan States | bric : BRICS Countries | dach : DACH Countries | devgcoz : Emerging Market Countries | dvpcoz : Developing Economies | eecz : European Union Countries | eeurz : Central/Eastern Europe | eurz : Europe | greece : Greece | gulfstz : Persian Gulf Region | iran : Iran | meastz : Middle East | medz : Mediterranean | namz : North America | rucfd : Central Federal District | russ : Russia | ussrz : CIS Countries | wasiaz : Western Asia | weurz : Western Europe

PUB dpa-AFX Wirtschaftsnachrichten GmbH

AN 文件 DPAFX00020170117ed1h00fw9

HD Chinesischer Staatschef Xi **Jinping** warnt vor Handelskriegen

WC 174 字

PD 2017 年 1 月 17 日 12:39 下午

SN dpa-InfoLine

SC DPAINFO

LA 德文

CY Copyright 2017. dpa Deutsche Presse-Agentur

LP

Davos (dpa) - Der chinesische Staats- und Parteichef Xi **Jinping** hat mit Nachdruck vor neuen Handelskriegen gewarnt. «Wir sind eine **Schicksalsgemeinschaft**», sagte Xi am Dienstag zum Auftakt der 47. Jahrestagung des Weltwirtschaftsforums in Davos. Alle Länder seien voneinander abhängig. «Niemand kann als Gewinner aus einem Handelskrieg herausgehen.» Zugleich warb er für Freihandel.

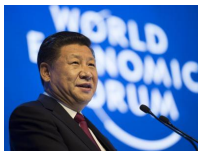
«Wir müssen Nein sagen zum Protektionismus», betonte Xi. «Protektionismus heißt, sich abzuschließen wie in einer Dunkelkammer, wo es möglicherweise weder Wind noch Regen gibt, aber eben auch weder Luft noch Licht.»

TD

Xi betonte: «Die dringendste Aufgabe ist es, die Weltwirtschaft aus schwierigem Fahrwasser herauszuführen.» Es war der erste Besuch eines chinesischen Staatschefs in Davos.

Der künftige US-Präsident Donald Trump hatte wiederholt angekündigt, globale Handelsabkommen aufzukündigen und die US-Wirtschaft abzuschotten. Xi nannte Trump namentlich nicht. Am Weltwirtschaftsforum (WEF) nehmen in diesem Jahr etwa 3000 Spitzenpolitiker, Topmanager und Wissenschaftler teil - so viele wie nie zuvor.

[47. WEF-Jahrestagung](#)



«Wir müssen Nein sagen zum Protektionismus», betonte Chinas Präsident Xi **Jinping** in Davos. Foto: Laurent Gillieron

Laurent Gillieron

CO wecof : World Economic Forum

NS ecat : Economic News | gdip : International Relations | gcat : Political/General News | gpir : Politics/International Relations

RE switz : Switzerland | china : China | gfr : Germany | apacz : Asia Pacific | asiaz : Asia | bric : BRICS Countries | chinaz : Greater China | dach : DACH Countries | devgcoz : Emerging Market Countries | dvpcoz : Developing Economies | easiaz : Eastern Asia | eecz : European Union Countries | eurz : Europe | weurz : Western Europe

IPD Weltwirtschaft

IPC wi

PUB	dpa Deutsche Presse-Agentur GmbH
AN	文件 DPAINFO020170117ed1h005v5

HD «Nein zum Protektionismus» - China wirbt für Freihandel

WC 172 字

PD 2017 年 1 月 17 日 01:42 下午

SN dpa-InfoLine

SC DPAINFO

LA 德文

CY Copyright 2017. dpa Deutsche Presse-Agentur

LP

Davos (dpa) - Der chinesische Staats- und Parteichef Xi Jinping hat mit Nachdruck vor neuen Handelskriegen gewarnt. «Wir sind eine Schicksalsgemeinschaft», sagte Xi zum Auftakt der 47. Jahrestagung des Weltwirtschaftsforums in Davos.

Alle Länder seien voneinander abhängig. «Niemand kann als Gewinner aus einem Handelskrieg herausgehen.» Zugleich warb er für Freihandel.

TD

«Wir müssen Nein sagen zum Protektionismus», betonte Xi. «Protektionismus heißt, sich abzuschließen wie in einer Dunkelkammer, wo es möglicherweise weder Wind noch Regen gibt, aber eben auch weder Luft noch Licht.»

Xi betonte: «Die dringendste Aufgabe ist es, die Weltwirtschaft aus schwierigem Fahrwasser herauszuführen.» Es war der erste Besuch eines chinesischen Staatschefs in Davos.

Der künftige US-Präsident Donald Trump hatte wiederholt angekündigt, globale Handelsabkommen aufzukündigen und die US-Wirtschaft abzuschotten. Xi nannte Trump namentlich nicht. Am Weltwirtschaftsforum (WEF) nehmen in diesem Jahr etwa 3000 Spitzenpolitiker, Topmanager und Wissenschaftler teil - so viele wie nie zuvor.

[47. WEF-Jahrestagung](#)

«Wir müssen Nein sagen zum Protektionismus», betonte Chinas Präsident Xi Jinping in Davos. Foto: Laurent Gillieron

Laurent Gillieron

CO wecof : World Economic Forum

NS ecat : Economic News | gdip : International Relations | gcat : Political/General News | gpri : Politics/International Relations

RE switz : Switzerland | china : China | gfr : Germany | apacz : Asia Pacific | asiaz : Asia | bric : BRICS Countries | chinaz : Greater China | dach : DACH Countries | devgcoz : Emerging Market Countries | dypcoz : Developing Economies | easiaz : Eastern Asia | eecz : European Union Countries | eurz : Europe | weurz : Western Europe

IPD Weltwirtschaft

IPC wi

PUB dpa Deutsche Presse-Agentur GmbH

AN 文件 DPAINFO020170117ed1h00795

SE WIRTSCHAFT

HD Xis Wunsch nach Offenheit // Chinas Staatschef wirbt in Davos für mehr Freihandel. Dabei kritisieren andere, er schotte das Land ab

BY Von Carla Neuhaus

WC 698 字

PD 2017 年 1 月 18 日

SN Der Tagesspiegel

SC TAGSS

PG 013

VOL 23001

LA 德文

CY Copyright 2017. Verlag Der Tagesspiegel GmbH. All rights reserved. For further information see

LP

Berlin - Xi **Jinping** mag Sprachbilder. Zum Beispiel dieses hier: "Wer auf Protektionismus setzt, schließt sich in einer Dunkelkammer ein, in der er vor Wind und Regen geschützt ist. Er sperrt damit aber auch Luft und Licht aus." Soll heißen: Wer die eigene Wirtschaft abschottet, muss zwar nicht mehr mit den negativen Folgen der Globalisierung kämpfen - nimmt seinem Land aber auch die Chance auf mehr Wachstum und Wohlstand. Der chinesische Staatschef hat wohl ganz bewusst den internationalen Handel als Thema für seine Eröffnungsrede beim Weltwirtschaftsforum gewählt. Xi nutzt die Bühne in Davos, um für die Globalisierung zu werben - gegen die Politik von Donald Trump.

TD

Denn auch wenn Xi den Namen Trump am Dienstag kein einziges Mal erwähnt, ist doch klar, in welche Richtung seine Ausführungen zielen. Der künftige US-Präsident hat angekündigt, gerade den Handel mit **China** einzuschränken - im Zweifel will Trump Strafzölle auf Waren aus der Volksrepublik einführen. Ihn stört, dass US-Konzerne ihre Produkte in Billiglohnländern wie **China** fertigen lassen und so Arbeitsplätze aus den USA nach Asien verlagern.

Xi positioniert sich klar dagegen, betont, wie offen sein Land sei. Und er gibt große Versprechen ab, wie **China** noch offener werden soll. "Wir werden den Marktzugang für Auslandsinvestitionen verbessern. Wir werden neue Freihandelszonen einrichten. Wir werden einen besser regulierten chinesischen Markt schaffen." Und: "Wir haben keine Absicht unsere Währung abzuwerten."

Von sich aus greift Xi so die Kritik auf, die in den letzten Jahren immer wieder an **China** laut geworden ist. Zum einen hat man Peking in der Vergangenheit immer wieder vorgeworfen, die chinesische Währung künstlich niedrig zu halten, um die eigenen Produkte im Ausland billiger zu machen. Zum anderen beklagen ausländische Konzerne regelmäßig, wie schwer der Marktzugang in der Volksrepublik für sie ist. Deutsche Autobauer müssen zum Beispiel ein Gemeinschaftsunternehmen mit chinesischen Partnern gründen, wenn sie in **China** Wagen für den dortigen Markt produzieren wollen. So wie zum Beispiel die VW-Tochter Audi, die - um mehr Elektrofahrzeuge in der Volksrepublik anbieten zu können - gerade ein zehnjähriges Abkommen mit dem chinesischen Partner FAW geschlossen hat. "Wir läuten heute die nächste Stufe auf unserem gemeinsamen Wachstumskurs in **China** ein", sagt Audi-Vertriebsvorstand Dietmar Voggenteiler.

So positiv das klingt, so kritisch sehen viele Deutsche doch diesen Zwang zur Kooperation mit chinesischen Partnern. Bereits im Vorfeld von Xis Rede hat deshalb Michael Clauss, deutscher Botschafter in **China**, auf die Diskrepanz hingewiesen: Einerseits verspreche **China** offener zu werden, andererseits werde es für deutsche Konzerne in der Volksrepublik aber eher schwieriger statt leichter. So haben sich in letzter Zeit mehr deutsche Unternehmen, die in **China** aktiv sind, mit Beschwerden an die Botschaft gewandt. Das politische Versprechen einer Gleichbehandlung inländischer wie ausländischer Unternehmen scheine oft "protektionistischen Tendenzen zu weichen", erklärt Botschafter Clauss.

Seine Aussagen stehen im krassen Gegensatz zu dem, was Xi in Davos propagiert. "Wir müssen Nein sagen zum Protektionismus", fordert Chinas Staatschef. "Wir sind eine **Schicksalsgemeinschaft**." Nur durch den globalen Handel lasse sich der Wohlstand weltweit mehren. "Niemand kann als Gewinner aus einem Handelskrieg herausgehen."

In Davos trifft Chinas Staatschef unter anderem auf Trump-Berater Anthony Scaramucci, der dort kurz nach Xi auf dem Podium Platz nimmt. Scaramucci versucht zu vermitteln. Auch er sagt: "Wir wollen keine Handelskriege. Alles, worum wir bitten, ist, mehr Gleichheit in diese Handelsvereinbarungen zu bringen." Scaramucci bezeichnet den künftigen US-Präsidenten sogar als einen der wohl letzten großen Hoffnungsträger der Globalisierung.

Die jüngsten Nachrichten aus den USA lesen sich dagegen ganz anders. Demnach beugen sich immer mehr Autobauer dem Druck von Trump: So will der südkoreanische Konzern Hyundai seine Investitionen in den USA in den nächsten fünf Jahren um die Hälfte auf 3,1 Milliarden Dollar aufstocken und überlegt, eine neue Fabrik in den Vereinigten Staaten zu bauen. General Motors verspricht, 700 neue Jobs in den USA zu schaffen. Allein 450 Stellen sollen von Mexiko nach Michigan verlegt werden - womit der Autobauer Trumps Forderung an die Konzerne nachkommt, mehr im Inland statt im Ausland zu produzieren.

ART Hoher Besuch. Chinas Staatschef Xi ist zum ersten Mal zu Gast in Davos. Begleitet wird er von seiner Frau Peng Liyuan. Foto: Laurent Gillieron /AFP

CO wecof : World Economic Forum

IN i35101 : Passenger Cars | i351 : Motor Vehicles | iaut : Automotive

NS c11 : Plans/Strategy | gglblz : Globalization | gglobe : Global/World Issues | gvexe : Executive Branch | gvote1 : National/Presidential Elections | ccat : Corporate/Industrial News | gcat : Political/General News | gcom : Society/Community | gpir : Politics/International Relations | gpol : Domestic Politics | gvbod : Government Bodies | gvote : Elections

RE china : China | usa : United States | gfr : Germany | apacz : Asia Pacific | asiaz : Asia | bric : BRICS Countries | chinaz : Greater China | dach : DACH Countries | devgcoz : Emerging Market Countries | dvpcoz : Developing Economies | easiaz : Eastern Asia | eecz : European Union Countries | eurz : Europe | namz : North America | weurz : Western Europe

PUB Verlag der Tagesspiegel GmbH

AN 文件 TAGSS00020170118ed1i0000m

HD **China** verteidigt den Freihandel

BY HANNES KOCH

WC 543 字

PD 2017 年 1 月 18 日

SN Berliner Morgenpost

SC BERMP

PG 7

VOL 17

LA 德文

CY Copyright 2017 Berliner Morgenpost GmbH

LP

Staatspräsident Xi **Jinping** eröffnet das Weltwirtschaftsforum mit einem Plädoyer für offene Weltmärkte

DAVOS - Was für ein Unterschied: Chinas Präsident Xi **Jinping** bekommt die große Bühne im Saal des Kongresszentrums von Davos. Der Vertreter des angehenden US-Präsidenten Donald Trump spricht danach in einem kleinen Raum mit begrenztem Publikum. Und Xi nutzt die Gelegenheit. In seiner Eröffnungsrede des diesjährigen Weltwirtschaftsforums (WEF) versucht er, wie der Sprecher der freien Wirtschaftswelt zu klingen.

TD

Der chinesische Staats- und Parteichef profitiert von einer geradezu einmaligen Konstellation: Donald Trump wird erst am Freitag ins Amt des US-Präsidenten eingeführt. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) sagte ab. Und Großbritanniens Premierministerin Theresa May wollte erst zu Hause den Weg aus der EU erklären, bevor sie am Donnerstag in Davos erscheint.

Xi - dunkelblauer Anzug, rote Krawatte - nutzt seine Chance mit einer deutlichen Aussage für eine Politik der offenen Märkte. Er redet, wie man es sonst von Regierungschefs westlicher Demokratien gewohnt ist. Er plädiert für eine "offene globale Wirtschaft" und fordert, die weitere Liberalisierung des internationalen Handels zu unterstützen. Der Präsident des bevölkerungsreichsten Landes der Welt formuliert ein klares "Nein zum Protektionismus". Wer eine solche Strategie verfolge, schließe sich gewissermaßen steselbst in einen dunklen Raum ohne Frischluftzufuhr ein.

Damit grenzt Xi sich deutlich von der Position Trumps ab. Dieser hat erklärt, das gerade erst ausgehandelte Freihandelsabkommen TPP mit asiatischen Staaten zu kündigen. Firmen, die Produkte in die USA einführen, droht er mit Strafzöllen. Auch deutsche Autohersteller müssen sich mit seiner Forderung auseinandersetzen, Fabriken nicht in Mexiko, sondern an USStandorten zu errichten.

An den Worten Xis gibt es freilich Zweifel. So heißt es auf der Internetseite der deutschen Botschaft in Peking, dass viele deutsche Firmen unter chinesischem Protektionismus zu leiden hätten. Dabei geht es um die Offenheit für Investitionen und vor allem den Schutz von Patenten. Unlängst hatte **China** auch die Überweisung von Firmengewinnen ins Ausland eingeschränkt. "Taten sagen mehr als Worte", bemerkt in Davos Nariman Behravesch von der Marktanalyse-Firma IHS.

In seiner Rede erklärt Xi nun, er wolle den Marktzugang für ausländische Firmen vereinfachen und die Rechtssicherheit verbessern. "Wir stehen für offene und transparente Freihandelsabkommen", sagt er. Und an die Adresse Trumps: "In einem Handelskrieg gibt es keine Sieger. Wir sind nicht neidisch auf andere, die von unserer Entwicklung profitieren."

Anthony Scaramucci, Trump-Berater und ehemaliger Hedgefonds-Manager, reagiert darauf, als ihn WEF-Manager Philipp Rösler eine Stunde nach Xis Rede bittet, die Politik des kommenden US-Präsidenten zu erklären. "Wir wollen keine Handelskriege", sagt Scaramucci, "wir bitten um mehr Gleichheit in Handelsvereinbarungen." Trump gehe es darum, Arbeitsplätze in den USA zu sichern. Zu Einfuhrzöllen äußert sich Scaramucci nicht. In weiten Teilen seiner etwa 50-minütigen Rede beschäftigt sich der chinesische Präsident mit der Globalisierung. "Die dringendste Aufgabe ist es, die Weltwirtschaft aus schwierigem Fahrwasser herauszuführen. Nichts anderes erwarten die Menschen von uns. Wir sind eine **Schicksalsgemeinschaft**."

Xi wendet sich dagegen, die Globalisierung und die Politik der offenen Märkte für alle Fehlentwicklungen verantwortlich zu machen. Kriege, Terrorismus und Wanderungsbewegungen hätten meist andere Gründe. **China** ist eines der Länder, das am meisten von der Globalisierung profitiert hat. Hunderte Millionen Menschen entkamen der Armut, weil sie Arbeitsplätze in den neuen Industrien fanden, die für den Weltmarkt fertigen.

Chinas Staatspräsident Xi **Jinping** hat beim Weltwirtschaftsforum die Bühne für sich allein

CO wecof : World Economic Forum

NS ecat : Economic News | gdip : International Relations | gvexe : Executive Branch | gvote1 : National/Presidential Elections | gcat : Political/General News | gpri : Politics/International Relations | gpol : Domestic Politics | gvbod : Government Bodies | gvote : Elections

RE china : China | switz : Switzerland | gfr : Germany | usa : United States | apacz : Asia Pacific | asiaz : Asia | bric : BRICS Countries | chinaz : Greater China | dach : DACH Countries | devgcoz : Emerging Market Countries | dvpcoz : Developing Economies | easiaz : Eastern Asia | eecz : European Union Countries | eurz : Europe | namz : North America | weurz : Western Europe

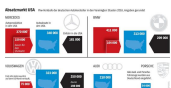
IPD Börse

PUB Berliner Morgenpost GmbH

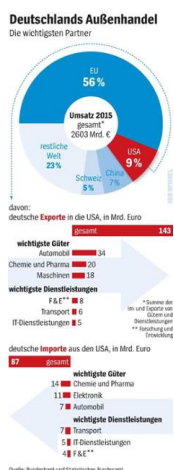
AN 文件 BERMP00020170118ed1i00017



SE Wirtschaft
HD Befehls-Wirtschaft
BY Hawranek, Dietmar Hesse, Martin Jung, Alexander Pauly, Christoph Sauga, Michael Schulz,
 Thomas Traufetter, Gerald Zand, Bernhard
WC 4,424 字
PD 2017 年 1 月 28 日
SN Der Spiegel
SC SPGL
PG 64-70
VOL 5 2017
LA 德文
CY (c) 2017 Der Spiegel
LP



TD





Die Trumponomics des neuen US-Präsidenten werden die globale Wirtschaft grundlegend verändern – zulasten der deutschen Exportwirtschaft

US-Präsident Donald Trump will die amerikanische Konjunktur ankurbeln. Internationale Abkommen und die Grundregeln der Ökonomie interessieren ihn nicht. Das ist brandgefährlich für die deutsche Exportindustrie.

Was für ein Auflauf in diesen Wochen vor dem Trump Tower auf der 5th Avenue, mit einer nicht enden wollenden Parade von Stretchlimousinen und gepanzerten S-Klassen: Die Chefs von Ford, Tesla, Boeing und Dutzende andere, sie alle kamen zur Audienz. "Großartige Unterhaltungen, fantastisch, fantastisch", verkündet der Präsident, aber auf der anderen Seite herrscht weitgehend Schweigen.

So viel aber ist zu hören, hinter den Kulissen: Sie kommen nicht, um sich zu besprechen oder gar Donald Trump, den neuen Präsidenten, zu beraten, sondern um sich abzusichern. Defensivtaktik, denn vielleicht schießt der neue Präsident weniger scharf auf die, die er kennt.

Die Topmanager in den deutschen Konzernzentralen verfolgen den Strom von Audienzen genau, irritiert, nervös, besorgt. Trump ist Tabuthema in der Öffentlichkeit – und Dauerthema in internen Zirkeln.

Die Angst ist groß, zur Zielscheibe zu werden, denn niemand weiß, welche Regeln noch gelten in diesen Zeiten, in denen Milliardenwerte per Tweet vernichtet werden können. Zeiten, in denen nicht klar ist, wer noch Freund ist, wer Feind.

Zeiten, in denen sich der neue amerikanische Präsident am ersten Arbeitstag seiner ersten Woche radikal abkehrt vom seit Jahrzehnten wichtigsten Motor der Weltwirtschaft: Freihandel und Globalisierung haben keinen Platz mehr im neuen amerikanischen Populismus.

Das pazifische Freihandelsabkommen TPP kündigte Trump auf, andere will er neu verhandeln, diese "lächerlichen Deals", die er als die Quelle des amerikanischen Niedergangs ausgemacht hat, "sie haben den Wohlstand aus unserem Mittelstand herausgerissen und über die Welt verteilt".

Noch am selben Montag bestellte er ein Dutzend der wichtigsten amerikanischen Manager ein, stellvertretend für die führenden Branchen des Landes, Trump nannte es eine "listening session", eine Zuhörrunde. Aber zuhören wollte nicht der Präsident, zuhören sollte die Wirtschaft, Befehlsempfänger, denen die Regeln der neuen Zeit mitgeteilt werden. "America First", das ist nun die einzig relevante Philosophie, und wer mitzieht, wird belohnt: durch massive Steuersenkungen und Investitionsspritzen.

Wer dagegenhält, wird bestraft: mit Zöllen, Spezialsteuern, staatlichen Repressalien und vor allem mit dem Zorn des Präsidenten. Verkündet per Twitter, gefolgt von Kursstürzen an der Börse.

Die erste Woche des Präsidenten war eine Machtdemonstration, voller Einschüchterungsversuche und Drohungen, eine Woche, in der sich neue, ganz grundsätzliche Fragen stellten: Kann Trump wirklich die ökonomischen Grundregeln außer Kraft setzen, die multinationalen Konzerne dazu zwingen, Profite zu maximieren und Kosten zu minimieren? Kann die Globalisierung per Tweet zurückgedreht werden? Und vor allem: Riskiert der US-Präsident einen globalen Handelskrieg, um seine innenpolitische Agenda durchzusetzen? Die Antwort auf alle diese Fragen lautet: ja, für den Moment zumindest.

Die Folgen dieser radikalen Politikwende bleiben nicht auf die USA beschränkt. Wenn sich die größte und einflussreichste Volkswirtschaft bewegt, sind die Erschütterungen überall zu spüren: Eine neue Weltwirtschaftsordnung entsteht. Und sie ist ein Angriff auf das deutsche Modell.

In seinen Wahlkampfreden und Tiraden gegen die Globalisierung hat Trump vor allem **China** und Mexiko als Feinde ausgemacht, aber schon an nächster Stelle wird Deutschland stehen, die Exportnation. Keine große Volkswirtschaft lebt mehr vom freien Austausch von Waren und Dienstleistungen, vom grenzenlosen Handel und barrierefreien Export, als die deutsche.

Ein seit dem Zweiten Weltkrieg einmaliger Einschnitt in den transatlantischen Beziehungen zeichnet sich ab, ein radikaler Bruch. Vielleicht sogar der Wandel von Freund zu Feind, so muss man fürchten, wenn der US-Präsident einem deutschen Autokonzern öffentlich Strafzölle von 35

Prozent androht, wenn er warnt: "Ihr wart sehr unfair den USA gegenüber." Damit soll nun Schluss sein. In Konzernzentralen und Kanzleramt wird jetzt gerätselt, wie diesem Angriff zu begegnen ist: gelassen, auf die Stärke jahrzehntelanger Beziehungen, auf die Regeln der Weltwirtschaft und ihrer Institutionen, auf Rationalität vertrauend? Aber lässt sich so mit einem erratischen Populisten umgehen? Oder gilt es nicht vielmehr, Gegenmaßnahmen vorzubereiten, Verbündete zu suchen, in Asien etwa, vielleicht sogar Vorteile zu schlagen aus einem entstehenden Vakuum?

In jedem Fall steht vieles auf dem Spiel, so verwundbar, wie die Welt bereits ist in diesen Tagen, so verunsichert und wackelig: Die Folgen einer Wirtschaftskrise, gar eines globalen Handelskriegs, wären wohl katastrophal, für Deutschland, für die Wahlen im Herbst, mit am rechten Rand lauernden Populisten, die nur zu gern einen deutschen Trumpismus hätten und sich aufspielen würden als Anwalt vermeintlicher Globalisierungsoffer.

Viel wird davon abhängen, welche wirtschaftlichen Rezepte Trump tatsächlich zusammenrühren wird und wie sie anschlagen werden, ob Amerika zu taumeln beginnt oder tatsächlich stärker wird, wenigstens vorübergehend.

Steuerkürzungen und zusätzliche Staatsausgaben werden mehr Wachstum und einen langen Aufschwung bringen, so verspricht es der neue Präsident, und die Aktienmärkte wollen es glauben. Es sei an der Zeit, sich zu freuen, sagen die Optimisten. Wenn es den Amerikanern gut geht, werden die Drohungen Trumps schnell verblassen.

Die globalisierungsfeindliche Wirtschaftspolitik kann nur in einem weltweiten Handelskrieg enden, tödlich für die Innovationskraft der Unternehmen, die gesamte Weltwirtschaft wird in einer Rezession versinken. Damit rechnen die meisten Ökonomen. Es sei an der Zeit, sich zu fürchten, sagen die Pessimisten. Je schlechter es der amerikanischen Wirtschaft gehe, desto radikaler würden die Maßnahmen des Präsidenten ausfallen.

In diesen Tagen hat Trump begonnen, das Team zu formen, es soll seine bislang nur groben Wahlkampfschlagworte zu klaren Plänen für die Finanz- und Steuerpolitik, für Notenbank, Industrie und Handel ausarbeiten.

Er hat dazu nicht die besten Ökonomen des Landes versammelt wie seine Vorgänger, auch das ist ein klares Zeichen. Trump setzt stattdessen fast ausschließlich auf "Business Men": Männer, die Milliarden oder wenigstens Millionen in der freien Wirtschaft gemacht haben. Sie folgen keiner einheitlichen ideologischen Linie, im Gegenteil. Die einen wollen Protektionismus, andere gelten als Freunde der Globalisierung. Die einen wollen riesige staatliche Infrastrukturprogramme, andere den Haushalt radikal zusammenkürzen. Die einen stehen für entfesselte Märkte, andere fordern die staatliche Regulierung von Schlüsselindustrien. Manche sind erzkonservativ, andere liberal.

Wer sich durchsetzen wird, ist unklar, mit Absicht. Der Präsident hat den Einfluss seiner Berater auf mehrere Machtzentren verteilt. Am Ende soll nur einer entscheiden, im Zweifelsfall auch ad hoc, je nach Stimmungslage. Unberechenbarkeit gehört im Trumpismus zum System. Widersprüche und Konflikte werden gezielt gefördert.

Grundsätzlich spaltet sich Trumps Team, unabhängig von ideologischen Linien, in zwei Lager.

Da ist einerseits eine zusammengewürfelte Ansammlung von Spekulanten und Krisenprofiteuren, Provokateuren und Extremisten. Vorsitzender des Council of Economic Advisers wird wohl ein TV-Moderator werden. In Zentralbankfragen hört er auf eine erzkonservative Lobbyistin, die den Goldstandard wieder einführen will. In der Energiepolitik auf einen Ölmilliardär.

Auf der anderen Seite feiert die Wall Street ihre politische Auferstehung. Finanzminister soll Steven Mnuchin werden, lange Partner und Vorstand bei Goldman Sachs. Leiter des National Economic Council ist Gary Cohn, bis vor Kurzem Chief Operating Officer bei Goldman Sachs. Chefstrategie Stephen Bannon war Manager bei Goldman Sachs.

Im Wahlkampf noch hatte Trump immer wieder Hillary Clinton für ihre engen Beziehungen zur Finanzindustrie attackiert. Viele seiner Anhänger sehen die Wall Street als Kern der Verschwörung gegen die Bürger, als treibende Kraft des zu bekämpfenden Establishments.

In solchen krassen Widersprüchen spiegelt sich, wie zutiefst unzufrieden die Amerikaner mit dem langsamen Wirtschaftswachstum der Obama-Jahre wirklich sind. Sie sehnen sich so sehr nach der Boomstimmung und den Wachstumsraten vergangener Jahrzehnte, dass alle Mittel recht scheinen.

Aktienmärkte und Verbraucher stören sich nicht weiter daran, dass viele der Schlagwörter aus Trumps Wirtschaftsplan nicht zusammenpassen, sich sogar gegenseitig ausschließen. Der Dow-Jones-Index kletterte vergangene Mittwoch auf einen historischen Höchststand. Die Zuversicht der Verbraucher ist so groß wie zuletzt vor den Anschlägen vom 11. September 2001.

Der Enthusiasmus wird getrieben von der Aussicht auf Steuersenkungen in Billionenhöhe, vor allem für Unternehmen. Das soll Wirtschaft und Verbraucher zum Investieren und Konsumieren antreiben, das entstehende Wirtschaftswachstum wiederum genügend Geld in die Staatskassen spülen, um die Kürzungen wieder auszugleichen.

Durch die Steuersenkungen werde die Wirtschaft "wie ein Rakete abgehen" mit Wachstumsraten von bis zu fünf Prozent, so verspricht es Larry Kudlow, designerter Chef des Council of Economic Advisors. Wachstum löse am Ende alle Probleme, auch das Haushaltsdefizit.

Solche Ideen sind nicht neu. Ronald Reagan machte "supply side economics", angebotsorientierte Wirtschaftspolitik, zu Beginn der Achtzigerjahre populär. Sie funktionierte nie wie erwünscht.

Zwar trieben die massiven Steuerkürzungen tatsächlich das Wachstum auf über drei Prozent. Gleichzeitig wurden die USA aber unter Reagan zur größten Schuldnation der Welt mit einem enormen Haushaltsdefizit. Reagans ehemaliger Finanzdirektor nannte den Ansatz im Nachhinein "komplett falsch". Sein Nachfolger George H. W. Bush sprach von "Voodoo Economics", einer von magischem Wunschdenken getriebenen Wirtschaftspolitik. Bush sah sich zu deutlichen Steuererhöhungen gezwungen.

Unter Ökonomen ist deswegen, unabhängig von ihrer politischen Ausrichtung, die Angst groß, dass die Trumponomics auf lange Sicht ähnlich desaströs enden werden wie die Reagonomics: mit enormen Haushaltsdefiziten, einer noch stärker ausgehöhlten Mittelschicht und einer schwer angeschlagenen Volkswirtschaft. Vielleicht auch mit einem Börsencrash.

Nikolaus von Bomhard, Vorstandsvorsitzender des Rückversicherers Munich Re, hält den jüngsten Aufschwung am Aktienmarkt für überzogen. Insbesondere sei bedauerlich, dass "ein Teil der Kursbewegungen teuer erkaufte ist, etwa zulasten des Engagements gegen den Klimawandel und seine Folgen". Wenn Trump die Infrastruktur ausbaue und die Steuern senke sowie gleichzeitig dem Protektionismus das Wort rede, dann treibe das – neben dem erwünschten Wachstum – Schulden und Inflation. "Die Enttäuschung wird groß sein", sagt Edmund Phelps, Wirtschaftsnobelpreisträger und Direktor des Zentrums für Kapitalismus und Gesellschaft an der Columbia University. Er warnt vor "einer tiefen, langen Rezession".

Je schlechter die US-Wirtschaft läuft, desto mehr wird sich Trump wohl auf vermeintliche Feinde von außen einschließen. Desto aggressiver werde seine Politik werden, mit Strafmaßnahmen gegen "ausländische Dumping-Anbieter" und Attacken auf jeden, der neue Fabriken nicht in Milwaukee baut, sondern in Mexiko.

Im Detail ausarbeiten soll diese Politik Peter Navarro, Professor an der University of California in Irvine, Leiter des neu geschaffenen National Trade Council.

Navarro ist ein Außenseiter, in mehrfacher Hinsicht. Er ist der einzige Ökonom im Team des Präsidenten. Und er ist nahezu der einzige Ökonom in den USA, der den Freihandel grundsätzlich für eine schlechte Idee hält und hohe Strafzölle befürwortet. **China** sei eine Gefahr, ein Land, das sich nicht an die Regeln halte, sagt Navarro. Er produzierte einen Dokumentarfilm, "Death by **China**", Tod durch **China**.

Unterstützt wird Navarro von Wilbur Ross, dem neuen Handelsminister. Der verdiente Milliarden mit Wertpapieren und verglich Freihandelsabkommen mit Leibeigenschaft. Vergangenen Herbst schrieben die beiden gemeinsam einen Aufsatz, in dem sie die Welthandelsorganisation als wesentlichen Grund für den Niedergang der amerikanischen Industrie ausmachten. Sie fordern, die wesentlichen Freihandelsabkommen einzuschränken, um so das amerikanische Handelsdefizit von über 500 Milliarden Dollar zu eliminieren.

Die meisten Wirtschaftsexperten halten solche Antifreihandelspläne für mindestens naiv, eher sogar gefährlich. "Staatliche Handelsbarrieren würden der Volkswirtschaft schweren Schaden zufügen", sagt Phelps. Die unmittelbaren Folgen hätten vor allem jene zu tragen, denen Trump Hilfe versprochen hat: die Abgehängten, die Globalisierungsverlierer. Sie sind besonders auf niedrige Preise angewiesen. Wenn Zölle aber die Preise importierter Waren in die Höhe treiben, sinkt ihr Lebensstandard unmittelbar.

Expertenmeinungen haben Trump bislang jedoch nicht gestört. Er hat versprochen, den Wohlstand zurück in die rostigen amerikanischen Industriestädte zu bringen, und in den vergangenen Wochen sah es so aus, als sei er bereit, im Zweifelsfall jedes Unternehmen einzeln unter Druck zu setzen, das Jobs ins Ausland verlagern will.

Sein erstes Opfer war United Technologies, ein Mischkonzern, der einige Hundert Jobs von Indiana nach Mexiko verlagern wollte. Trump stellte das Unternehmen an den Twitter-Pranger. Der Konzern will die Jobs nun teilweise in den USA belassen. Inzwischen haben auch Ford, General Motors und ein halbes Dutzend weiterer Unternehmen Pläne geändert, Teile ihrer Produktion nach Mexiko zu verlagern, nachdem sie von Trump öffentlich angegangen worden waren und ihre Börsenkurse unter Druck gerieten.

All das fühle sich an "wie Wirtschaftspolitik in Zeiten des Faschismus", sagt Nobelpreisträger Phelps. "Der Anführer kontrolliert die Volkswirtschaft und sagt den Unternehmen, wo es langgeht."

Das droht vor allem für die Innovationskraft ein Problem zu werden, Grundlage jeder dynamischen Wirtschaft. "Unternehmen und Gründer werden sich genau überlegen, ob sie in ein neues Produkt oder eine neue Firma investieren, wenn sie sich darum sorgen müssen, von der Regierung bedroht oder erpresst zu werden", sagt Phelps.

Zuletzt nahm der Präsident unter anderem die Pharmaindustrie ins Visier. Er forderte niedrigere Medikamentenpreise und löste damit große Verunsicherung aus bei Pharmakonzernen und Biotech-Start-ups: Was, wenn die Regierung künftig Preise festsetzt? Ist es besser, erst einmal Investitionen einzufrieren?

Trump stoppen solche Bedenken nicht, er ist fixiert darauf, seine neue Wirtschaftsordnung durchzusetzen, nicht nur im eigenen Land, sondern global. Deutsche Unternehmen hat er dabei schnell als nächstes Ziel ausgemacht.

BMW drohte er mit einem Strafzoll von 35 Prozent, sollte der deutsche Autobauer eine neue Fabrik in Mexiko errichten. Er sagt: "Autokonzerne und andere Unternehmen, die in unserem Land Geschäfte machen wollen, müssen wieder anfangen, hier zu produzieren."

Bei seiner Attacke auf die deutsche Autoindustrie hat der US-Präsident sich ausgerechnet ein Unternehmen vorgenommen, das als Musterbeispiel für den perfekten Investor in den USA gelten kann.

BMW produziert seit mehr als 20 Jahren in Spartanburg in South Carolina. 2016 wurden dort über 411 000 Geländewagen montiert – und damit deutlich mehr Fahrzeuge, als BMW insgesamt in den USA verkauft. Zusammen mit seinen Lieferanten beschäftigt BMW rund 70 000 Menschen in den USA. Und es sollen mehr werden.

BMW trägt auch dazu bei, die US-Handelsbilanz zu verbessern. 70 Prozent der Fahrzeuge, die BMW in den USA baut, werden exportiert. Die Bayern sind mit Ausfuhren im Wert von knapp zehn Milliarden Dollar der größte Autexporteur der USA. "Wir nennen die USA auch unser 'second home'", sagt BMW-Chef Harald Krüger.

Bislang hat die Drohung des US-Präsidenten in München keine nachhaltige Wirkung entfaltet. BMW lässt die Fabrik in Mexiko weiterbauen. Der Hersteller könnte die Limousinen der 3er-Reihe, die ab 2019 dort gefertigt werden sollen, auch in andere Länder exportieren.

Wenn Einfuhrzölle auf Fahrzeuge aus Mexiko deutsche Autohersteller treffen könnten, dann eher Daimler und den VW-Konzern. Zwar produziert auch Daimler seit Langem Pkw und Lkw in den USA. Die Stuttgarter bauen derzeit gerade eine weitere Produktion auf. Die Fertigung des Sprinters für den US-Markt wird von Düsseldorf nach South Carolina verlagert. Doch mehr als ein Drittel aller Lastwagen, die Daimler in den USA verkauft, stammen aus mexikanischer Fertigung. Ein Zoll von 35 Prozent würde dieses Geschäft über Nacht unrentabel machen.

Ähnlich drastisch wären die Folgen für VW. Eines der wichtigsten Werke der Wolfsburger steht in Mexiko, in Puebla. Dort werden der Golf, der Jetta, der Beetle und demnächst der Tiguan produziert. Aus diesem Werk stammen über 60 Prozent aller Autos, die Volkswagen in den USA verkauft. Zudem errichtet der Konzern gerade eine Fabrik in San José Chiapa, aus der die Tochter Audi den Geländewagen Q5 vor allem in die USA exportieren will.

Bei der Grundsteinlegung hatte Audi-Chef Rupert Stadler noch gerufen: "Viva México, viva Audi." Jetzt mag sich Stadler nicht zum Angriff des US-Präsidenten auf ihr Geschäftsmodell äußern, ebenso wenig wie die Bosse von Daimler und BMW. Allenfalls Ausweichendes ist zu hören.

"Tatsache ist und bleibt, dass die weltweite Automobilindustrie weiter auf freien Handel angewiesen ist", sagt BMW-Chef Krüger. "Ich glaube, dass die Integration in den Welthandel insgesamt für alle Beteiligten große Vorteile hat", sagt Daimler-Boss Dieter Zetsche. Keiner will Trump reizen. Wegducken ist das Motto der Stunde. Im Hintergrund versuchen die Konzerne, Kontakte zu Vertrauten des US-Präsidenten aufzunehmen und dafür zu sorgen, dass die Fakten über das Engagement der deutschen Hersteller in den USA irgendwann beim Präsidenten ankommen.

Einige deutsche Unternehmen, die in den USA sehr präsent sind, könnten von den Trumponomics mit ihren gewaltigen Ausgaben für Infrastrukturprojekte sogar profitieren. Und auch vom verminderten Umweltschutz.

"Wir erwarten von unseren Unternehmen, dass sie sich nicht politisch wegducken oder gar vermeintlichen Vorteilen einer autoritären Wirtschaftspolitik das Wort reden", sagt Michael Vassiliadis, Vorsitzender der IG Bergbau, Chemie, Energie. "Wer in Deutschland seit Jahren mehr Weltoffenheit, Flexibilität und Globalisierung einfordert, kann sich nicht mit amerikanischem Protektionismus stillschweigend arrangieren."

Ihre Zurückhaltung werden die deutschen Wirtschaftsführer ohnehin aufgeben müssen, denn Trumps Politik ist ein Frontalangriff auf das deutsche Exportmodell. Die Volkswirtschaft hängt in besonderer Weise vom Außenhandel ab, etwa jeder vierte Arbeitsplatz hat mit dem Auslandsgeschäft zu tun. Die globale Orientierung vieler Unternehmen bestimmt Wohl und Wehe des Standorts, nicht erst seit Jahren – seit über einem Jahrhundert.

Für die deutsche Wirtschaft lief es immer dann am besten, wenn der Weltmarkt offen war und die Warenströme ungehindert fließen konnten. Von der Öffnung der östlichen Hemisphäre, insbesondere Chinas, hat Deutschland wie kaum eine andere etablierte Volkswirtschaft profitiert. Die Präsidentschaft von Donald Trump könnte nun das Ende dieser Konstellation markieren, vorläufig zumindest.

Zuletzt konnte Deutschland im weltweiten Außenhandel noch einen Rekordüberschuss erzielen, die Volkswirtschaft hat Waren im Wert von 260 Milliarden Euro mehr exportiert als importiert, das entspricht mehr als acht Prozent der gesamten Wirtschaftsleistung. Vor allem der Austausch mit Amerika lief aus deutscher Sicht glänzend; 54 Milliarden Euro des gesamten Warenüberschusses stammen aus den Wirtschaftsbeziehungen zu den USA. Dieses massive Ungleichgewicht störte die Amerikaner schon lange bevor Trump Präsident wurde. Wie aber lässt sich ein solches Missverhältnis korrigieren?

Man kann der Industrie hierzulande schließlich ihre Exportstärke und Produkterfolge kaum zur Last legen – wohl aber der deutschen Wirtschaftspolitik ankreiden, dass die Nachfrage im Inland notorisch schwach bleibt: Verbraucher und Unternehmer geben zu wenig Geld auf dem Heimatmarkt aus. Der Bonner Ökonom Carl Christian von Weizsäcker hat eine Idee entwickelt, wie sich der Import stärken ließe, ohne den Export zu schwächen.

Weizsäcker schlägt eine sogenannte Leistungsbilanzbremse vor: Das Parlament senkt die Mehrwertsteuer, deshalb konsumieren die Bürger mehr, sie kaufen Importgüter und beflügeln so die Konjunktur in den Lieferantenländern. "Die Leistungsbilanzbremse wäre", so Weizsäcker, "eine starke Waffe gegen den neu erstarkenden Protektionismus, der eine Gefahr für die deutsche Prosperität darstellt." Vorausgesetzt allerdings, dass die Bundesregierung sich von der Schuldenbremse verabschiedet – was unwahrscheinlich ist.

Wahrscheinlicher ist, dass es der deutschen Exportwirtschaft ohnehin schwerer fallen wird, ihre Dominanz zu behalten – und so automatisch der Überschuss in den kommenden Jahren abschmelzen wird. Die Globalisierung verliert an Schwung, die Gewichte in der Weltwirtschaft verschieben sich. Die Hegemonie des Westens – Amerikas und Europas – gegenüber dem pazifisch-asiatischen Raum verliert an Prägekraft und Bedeutung, die globale Welt wird multipolarer und unübersichtlicher.

"Die Globalisierung ist nun am Ende angelangt und wird allmählich ersetzt von einer Welt, in der sich deutliche Schwerpunkte bilden", beschreiben die Ökonomen der Credit Suisse die neue Weltlage.

Die globale Wirtschaftsordnung, wie sie bisher bestand, ist damit Geschichte, "sie zerbröselt gerade", sagt der Hamburger Ökonom Thomas Straubhaar. Die internationale Arbeitsteilung der Welt sortiert sich neu – und Deutschland muss seine Rolle darin noch finden.

Mit großer Sorge schaut deswegen das gesamte politische Berlin nach Washington. Im Bundeswirtschaftsministerium stehen die Rechensysteme seit der Wahl von Trump nicht mehr

still. Mit sogenannten stochastischen Gleichgewichtsmodellen untersuchen die Beamten, wie sich Trumps wüste Ankündigungen und seine ersten Amtshandlungen auf die deutsche Wirtschaft auswirken würden.

Das Ergebnis: Schottet der mächtigste Mann der Welt den US-Binnenmarkt ab, könnte das deutsche Wachstum, je nach Ausmaß der trumpschen Handelsschranken, um bis zu einem Dreiviertelpunkt niedriger ausfallen. Als Horrorszenario haben die Ministeriumsexperten eine Kündigung des Freihandelsabkommens Nafta ausgemacht, das die USA, Mexiko und Kanada vor über zwei Jahrzehnten abgeschlossen haben. Würde Trump den Vertrag kündigen, würden nach einer Übergangsfrist von sechs Monaten Zölle gelten, wie sie in der Welthandelsorganisation WTO im Rahmen der Uruguay-Runde ausgehandelt worden waren.

Noch hoffen die Berliner Beamten, dass es die neue Regierung nicht so weit kommen lässt. Sie setzen darauf, dass ein Nafta-Stopp auch jene US-Konzerne treffen würde, deren Fabriken in den amerikanischen Südstaaten einen engen Austausch mit ihren mexikanischen Zulieferern pflegen. "Die Abgeordneten aus North Carolina oder Alabama werden Trump drastisch vor Augen führen, welche Konsequenzen das hätte", heißt es im Wirtschaftsministerium.

Sollte Trump trotzdem Ernst machen, müsste die Exportwirtschaft allerdings drastische Einschnitte verkraften.

Damit es nicht so weit kommt, sucht die Berliner Regierung nach Alternativen zum Atlantikhandel. Mit Interesse haben die deutschen Handelspolitiker verfolgt, welche Reaktionen Trumps Entscheidung hervorgerufen hat, alle Gespräche über TPP, eine riesige asiatische Freihandelszone mit den USA, zu stoppen. Westliche Staaten wie Australien oder Neuseeland kündigten an, den geplanten Wirtschaftsraum nun ohne die USA, aber möglicherweise mit **China** zu gründen. So weit wie möglich soll davon auch die deutsche Wirtschaft profitieren, plant die Regierung in Berlin. Eine Kette von Handelsabkommen soll deutschen Konzernen den Zugang zu der Boomregion im Pazifik bahnen.

Vor knapp sechs Jahren hat die EU einen ersten Handelsvertrag mit Südkorea abgeschlossen; seither sind die deutschen Ausfuhren um rund 50 Prozent gestiegen.

Den größten Effekt aber verspricht sich die Bundesregierung von besseren Beziehungen zu **China**. Eine neue Achse Berlin-Peking könnte die alte transatlantische Ordnung zumindest teilweise ersetzen.

In ihrer Nachbarschaft nimmt die Sogwirkung der chinesischen Volkswirtschaft bereits seit Jahren zu. Mit der Wahl Trumps erfasst sie auch Staaten, die bislang fest in transatlantischen Bündnissen verankert waren. Europa steht **China** heute nicht nur in der Klimapolitik und der Haltung zu Krisen wie im Nahen Osten oder um das iranische Atomprogramm näher als Washington, sondern auch in der Handelspolitik.

Chinas Staatspräsident positionierte sich in den vergangenen Wochen bereits als Verteidiger der freien Handelswelt. "Wir müssen den Multilateralismus erhalten", sagte Xi – und wählte damit einen Begriff, den Trump allenfalls als Schimpfwort benutzt. "Wir wollen ein globales Netz von Freihandelsabkommen und keine Abschottung", so Xi. "Wir sind eine **Schicksalsgemeinschaft**."

Noch in diesem Jahr soll das Freihandelsabkommen RCEP unterzeichnet werden, Chinas Gegenpakt, der einen Wirtschaftsraum von gut drei Milliarden Menschen umfasst und auch westlichen Staaten offensteht.

"Europa sollte jetzt schnell an einer neuen Asien-Strategie arbeiten", sagte der neue Außenminister Sigmar Gabriel Anfang der Woche. "Die Räume, die Amerika frei macht, müssen wir jetzt nutzen." Noch sei **China** zwar "nicht bereit, ein fairer Partner auf Augenhöhe für Investoren zu sein", kritisierte er mit Blick auf die Beschränkungen, denen deutsche Unternehmen dort bislang unterliegen. Doch in dieser Kritik ist ein Angebot versteckt: Verbessert den Marktzugang, und wir können ins Geschäft kommen.

Derzeit gibt es immer wieder Streit zwischen Peking und Brüssel über billigen **China**-Stahl und Einfuhrquoten für Elektroautos. Doch nachdem Staatschef Xi Jinping auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos eine flammende Rede für Freihandel und Marktwirtschaft gehalten hat, wittern Europas Wirtschaftsdiplomaten Chancen für eine Klimaverbesserung. "Wir werden ihn beim Wort nehmen", heißt es in der Bundesregierung. Am Mittwoch telefonierte die Bundeskanzlerin mit Chinas Ministerpräsident Li Keqiang, der Merkel aufrief, gemeinsam etwas gegen die "Unsicherheitsfaktoren" in der Weltwirtschaft zu tun: "**China** und Deutschland sollten Signale der Stabilität an die globalen Märkte senden und gemeinsam das internationale System durch eine Liberalisierung von Handel und Investitionen sichern."

Vor genau einer solchen Entwicklung warnen in den USA die Gegner von Trumps freihandelsfeindlicher Politik seit Monaten. Mit dem Rückzug aus dem asiatischen Freihandelsabkommen würde man **China** "quasi den Schlüssel für die ganze Region in die Hand geben" und damit "geostrategischen Schaden" anrichten, sagt Michael Froman, der Handelsgesandte von Expräsident Barack Obama.

Die **China**-Politik ist nicht der einzige Kernbestandteil der Trumponomics, der für die Amerikaner am Ende nach hinten losgehen könnte. In seinem aggressiven Vorgehen ignoriert der Präsident gern die ökonomischen Zusammenhänge.

So hat sein angekündigtes Konjunkturprogramm, mit Steuererleichterungen das Wachstum anzutreiben, nicht nur die Aktienmärkte, sondern auch die Marktzinsen und in der Folge den Dollar stark steigen lassen. Das macht die USA einerseits für ausländische Exporteure attraktiver und gleichzeitig den amerikanischen Exporteuren das Leben schwer, da ihre Waren im Ausland zu teuer werden.

Am Ende könnte die Konjunktur sogar überhitzen. Die US-Volkswirtschaft ist bereits fast ausgelastet, zieht das Wachstum scharf an, müsste die Geldpolitik normalisiert werden. "Wenn das nicht geschieht, droht ein Boom-Bust-Szenario, wie man es von Schwellenländern kennt: Auf einen kurzen, starken Aufschwung könnte ein heftiger Einbruch folgen", warnt Philipp Hildebrand, Vizechef des weltweit größten Vermögensverwalters Blackrock. Das könnte dann passieren, wenn die amerikanische Notenbank Federal Reserve (Fed) nicht frühzeitig gegensteuert und später die Zinsen umso abrupter anhebt, um die Inflation in Schach zu halten.

Die Zentralbanker befürchten, Trump könnte versuchen, sie zu instrumentalisieren, um Zinsen und Dollar niedrig zu halten. Zettelt Trump auch einen Währungskrieg an?

In Notenbankkreisen traut man dem US-Präsidenten jedenfalls zu, dass er versuchen wird, Druck auf andere Zentralbanken auszuüben, wenn der Zinsabstand zwischen Amerika und Europa oder Japan zu groß wird und deshalb der Dollar zu stark. "Dann könnten Forderungen nach einer Anhebung der Zinsen durch die EZB kommen", heißt es da.

Die entscheidende Frage wird sein, wie geschlossen und selbstbewusst die Europäer auf solchen Druck aus Washington reagieren. Nicht nur in der Zinspolitik.

Die schwedische Handelskommissarin Cecilia Malmström gibt sich schon mal kampfbereit in diesen Tagen: "Trump oder nicht Trump, wir haben eine lange Liste von Ländern, die mit uns ins Geschäft kommen wollen", sagte sie am vergangenen Dienstag in einer Grundsatzrede.

Zurzeit verhandelt die EU mit rund 60 Ländern über Freihandelsabkommen. Am weitesten fortgeschritten ist Ceta, das lange Zeit umstrittene Abkommen mit den Kanadiern. Im März kommt dann der japanische Premierminister Shinzo Abe nach Brüssel. Seit 2013 verhandelt die EU mit der drittgrößten Wirtschaftsmacht der Welt über eine weitreichende beiderseitige Marktöffnung. Nun könnte es schnell zu einem Abschluss kommen, hofft Handelskommissarin Malmström.

Ein Abkommen mit Vietnam ist komplett ausgehandelt, in Südamerika dient sich die EU als alternativer Handelspartner zu den USA an, und im Februar fährt eine Delegation des Handelsausschusses des EU-Parlaments nach Mexiko, das Hauptziel der trumpschen Aggressionspolitik. Die Europäer haben den Mexikanern ein neues umfassendes Handelsabkommen angeboten. "Da kommt jetzt eine ganz andere Dynamik in die Verhandlungen", sagt Bernd Lange, Vorsitzender des Handelsausschusses des EU-Parlaments.

Vielleicht liefert am Ende der Angriff aus Washington genau den Schub, den das angeschlagene europäische Projekt so dringend benötigt. Gerade für die deutsche Wirtschaft liegt noch immer großes Potenzial im Austausch mit den ältesten und naheliegendsten Handelspartnern: den Unternehmen in Frankreich oder den Niederlanden, in Italien oder in Österreich. Rund 56 Prozent aller deutschen Exporte gehen in EU-Länder.

Deutschland müsse sich deshalb kein völlig neues Geschäftsmodell ausdenken, sagt der Hamburger Ökonom Thomas Straubhaar. Aus Trumps dunklem, sich isolierendem Amerika ergebe sich vor allem eine Konsequenz: "Wir sind noch stärker als bisher auf ein prosperierendes Europa angewiesen, der Binnenmarkt ist wichtiger denn je."

Doug Mills / The New York Times / REDUX / LAIF

Luke Sharrett / Bloomberg / Getty Images

DANIEL REINHARDT / PICTURE ALLIANCE / DPA

Doug Mills / The New York Times / REDUX / LAIF

Luke Sharrett / Bloomberg / Getty Images

DANIEL REINHARDT / PICTURE ALLIANCE / DPA

Präsident Trump am 23. Januar im Weißen Haus

Für den Export bestimmte BMW-Fahrzeuge im Hafen von Charleston, South Carolina

Container im Hamburger Hafen

Trumps populistische Wirtschaftspolitik Welche Auswirkungen hat Donald Trumps Wirtschaftspolitik auf Deutschland und den Rest der Welt? SPIEGEL-Redakteur Gerald Traufetter analysiert.

Präsident Trump am 23. Januar im Weißen Haus

Trumps populistische Wirtschaftspolitik Welche Auswirkungen hat Donald Trumps Wirtschaftspolitik auf Deutschland und den Rest der Welt? SPIEGEL-Redakteur Gerald Traufetter analysiert.

Für den Export bestimmte BMW-Fahrzeuge im Hafen von Charleston, South Carolina

Container im Hamburger Hafen

CO	damb : Daimler AG
IN	i351 : Motor Vehicles i35101 : Passenger Cars iaut : Automotive
NS	ccat : Corporate/Industrial News ecat : Economic News
RE	usa : United States gfr : Germany china : China apacz : Asia Pacific asiaz : Asia bric : BRICS Countries chinaz : Greater China dach : DACH Countries devgcoz : Emerging Market Countries dvpcoz : Developing Economies easiaz : Eastern Asia eecz : European Union Countries eurz : Europe namz : North America weurz : Western Europe
IPD	Wirtschaft
PUB	Spiegel-Verlag Rudolph Augstein GmbH
AN	文件 SPGL000020170128ed1s0001b

SE SONDERTHEMEN
HD Win-win ist der Weg

BY Shi Mingde

WC 1,099 字

PD 2017 年 1 月 28 日

SN Die Welt

SC DWELT

ED DWBE-VP2

PG WR11

VOL 24

LA 德文

CY Copyright 2017 Axel Springer SE

LP

Für Botschafter Shi Mingde ist die chinesisch-deutsche Zusammenarbeit ein Anker der Stabilität und des freien Handels. Er spricht sich für eine weitere Öffnung der Märkte aus

TD

Mit dem Beginn des Jahres 2017 treten wir in eine Welt, die von noch mehr Unruhe und Ungewissheit geprägt ist. Auf der einen Seite sind Probleme wie regionale Krisen, Terrorismus und Flüchtlinge miteinander verwoben und schwer zu lösen. Die US-Präsidentschaftswahl bringt für die Beziehungen zwischen den großen Ländern enorme Veränderungen mit sich. Die internationale Sicherheit und politische Konstellation stehen vor einer neuen Runde tief greifender Anpassungen. Auf der anderen Seite schwächelt die Erholung der Weltwirtschaft. Der internationale Handel und die internationalen Investitionen stagnieren, das multilaterale Handelssystem ist in Mitleidenschaft gezogen. Die Gründe für das Zunehmen von "Schwarzer Schwan"-Ereignissen (unvorhersehbare Entwicklungen, die den Lauf der Geschichte zum Schlechteren verändern, Anm. d. Red.) liegen darin, dass Strömungen wie Deglobalisierung, Handelsprotektionismus und Populismus stärker werden.

China wird weiter an Reform und Öffnung festhalten. Die Geschichte hat gezeigt, dass die Öffnung **China** Entwicklung und Wohlstand bringt; Konservatismus und Selbstisolation können nur Rückständigkeit und Armut bewirken. Die Erfolge Chinas ziehen die Blicke der Welt auf sich - und sie sind auf Reform und Öffnung zurückzuführen. **China** wird keinesfalls seine Tore schließen, sondern sie weiter öffnen. **China** ist Nutznießer und Befürworter der Globalisierung. Die Globalisierung ist ein bestehender, nicht durch menschlichen Willen veränderbarer Prozess. Sie hat uns nicht nur enorme Chancen gebracht, sondern uns auch vor ernste Herausforderungen gestellt. Die Globalisierung hat unsere wirtschaftlichen, politischen und Sicherheitsinteressen miteinander verwoben und voneinander abhängig gemacht. Die internationale Gemeinschaft ist zu einer Interessen- und **Schicksalsgemeinschaft** geworden. Der Versuch, die Globalisierung aufzuhalten, ist ein vergebliches Unterfangen. Sich abzuschotten und zu isolieren, ja sogar den Schaden auf andere abzuwälzen, ist noch schädlicher. Wir sind darauf angewiesen, im selben Boot sitzend, den Strom zu überqueren und durch Kooperation gemeinsam zu gewinnen.

China wird die Global Governance im Wirtschaftsbereich aktiv vorantreiben. Der G20-Gipfel in Hangzhou hat den internationalen Konsens beträchtlich vorangebracht, die Global Governance im Wirtschaftsbereich hat damit neue Erfolge erzielt. **China** und Deutschland arbeiten eng zusammen und leisten dafür einen sehr großen Beitrag. Die Global Governance muss öffnungsorientiert sein und alle Beteiligten dazu ermutigen, sich zu beteiligen und zu integrieren, sie darf nicht exklusiv vorgehen und muss verhindern, dass immer mehr voneinander abgeschottete Ordnungsmechanismen greifen und ein regulativer Flickenteppich entsteht. Zusammenarbeit muss die Triebkraft der Global Governance im Wirtschaftsbereich bilden, die Länder müssen ihre Kommunikation und ihre Abstimmung verstärken und ihre jeweiligen Interessen und Anliegen beachten. Über Regeln muss gemeinsam beraten, Mechanismen müssen gemeinsam geschaffen werden.

Global Governance im Wirtschaftsbereich muss einen gemeinsamen Nutzen zum Ziel haben und die Teilnahme und den Vorteil aller befürworten. Sie darf nicht eine Seite allein erstarken lassen. Es darf

nicht "The winner takes it all" gelten, sondern es muss der gemeinsame Vorteil angestrebt werden, um so das Ziel des gemeinsamen Gewinnens zu erreichen.

"Ein Gürtel, eine Straße" (die neue Seidenstraße) ist ein wichtiges öffentliches Gut, das von der chinesischen Regierung zur Förderung der internationalen Zusammenarbeit und des Global Governance auf den Weg gebracht wurde. Nach die Wirtschaftsregion Europas eng miteinander verbunden. Seit mehr als drei Jahren halten wir an den Prinzipien von "gemeinsamer Beratung", "gemeinsamem Bau" und "gemeinsamer Nutzung" fest und verknüpfen auf diese Weise die Entwicklung Chinas eng mit der Entwicklung der europäischen Länder. 18 europäische Länder wurden bereits Gründungsmitglieder der Asian Infrastructure Investment Bank, sieben Länder in Europa unterzeichneten gemeinsam mit **China** ein Memorandum zur Zusammenarbeit im Rahmen von "Ein Gürtel, eine Straße". **China** trat der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung bei, und **China** und Deutschland errichteten Koordinationsmechanismen zur Verbindung von "Made in **China** 2025" mit dem deutschen Projekt "Industrie 4.0".

China war stets eine stabile Kraft bei der Förderung der globalen Wirtschaft. 2015 trug **China** zu 25 Prozent zum Wachstum der Weltwirtschaft bei. 2016 entwickelte sich die chinesische Wirtschaft aus Stabilität heraus zum Positiven hin, das Wachstum bewegt sich weiter in einer vertretbaren Bandbreite. In den vorangegangenen drei Quartalen 2016 wuchs sie stabil um 6,7 Prozent, womit sie unter den wichtigsten Volkswirtschaften an vorderster Stelle steht. Die Summe der Exporte in den kommenden fünf Jahren wird mit acht Billionen US-Dollar prognostiziert, das real genutzte Auslandskapital wird einen Gesamtwert von 600 Milliarden erreichen, die Auslandsinvestitionen werden sich auf 750 Milliarden Dollar und die Zahl der Auslandsreisen auf 700 Millionen belaufen. Der chinesische Markt, die chinesische Industrie, das chinesische Konzept, der chinesische Dienstleistungsbereich und die Kaufkraft der chinesischen Touristen - dies alles wird eine beständige Triebkraft für die Entwicklung der globalen Wirtschaft bilden.

China und Deutschland sind wichtige Volkswirtschaften und einflussreiche Länder. In der gegenwärtigen Lage hat die Verstärkung der "umfassenden strategischen Partnerschaft" beider Länder eine enorme Relevanz, sie vermag es, ein positives Signal von Kooperation, Frieden und Stabilität in die Welt zu senden. **China** wie Deutschland sind Nationen des globalen Handels und der globalen Investitionen. Umso mehr müssen beide Länder gemeinsam die Global Governance vorantreiben, die globale Handelsliberalisierung und Investitionserleichterung fördern und sich klar gegen jede Form des Protektionismus stellen.

Wir wollen die Wirtschafts-, Handels- und Investitionszusammenarbeit beider Länder weiter stärken. **China** und Deutschland sind füreinander in ihrer Region jeweils der größte Handelspartner. Im letzten Jahr belief sich das bilaterale Handelsvolumen auf etwa 160 Milliarden US-Dollar, was einem Anteil von 30 Prozent am Handelsvolumen zwischen **China** und der EU entspricht. Die deutschen Exporte nach **China** betragen das 1,6-Fache der Exporte nach Südkorea, Japan und Indien zusammengefasst. Derzeit gibt es mehr als 8200 deutsche Unternehmen in **China**, die kumulierten Investitionen betragen über 60 Milliarden Euro. Die Mehrheit der deutschen Unternehmen in **China** erzielte langfristig stabile Gewinne. **China** hat gerade erst damit begonnen, in Deutschland zu investieren, die Summe beläuft sich auf knapp acht Milliarden US-Dollar, das macht weniger als ein Prozent der ausländischen Direktinvestitionen in Deutschland aus.

Die chinesische Seite wird das Öffnungsniveau seiner Wirtschaft weiter erhöhen und ein gutes Marktumfeld sowie gute rechtsstaatliche und politische Bedingungen schaffen, um ausländischen Unternehmen, darunter auch deutschen, noch mehr Investitionsmöglichkeiten zu bieten. Wir hoffen auch, dass Deutschland chinesischen Investitionen gegenüber eine tolerantere und offener Haltung einnehmen wird und mehr Maßnahmen zur Handelsliberalisierung und zu Handelserleichterungen ergreifen wird. Über Gespräche und die Beachtung der Anliegen des Partners können wir Handelskonflikte ohne Weiteres lösen. Nur durch Zusammenarbeit können wir gemeinsam gewinnen.

Wir hoffen auf eine weiterhin enge Zusammenarbeit mit Deutschland, um für das Vorantreiben der Global Governance neue Denkansätze bereitzustellen, um neue Chancen zu schaffen und um noch mehr Signale für Zusammenarbeit, Öffnung, Frieden und gemeinsames Gewinnen in die Welt zu senden.

Gisbert Rühl Vorstandsvorsitzender Kloeckner & Co

RF Shi Mingde ist Botschafter der Volksrepublik **China** in Deutschland

NS cpartn : Partnerships/Collaborations | c184 : Joint Ventures | c18 : Ownership Changes | cactio : Corporate Actions | ccat : Corporate/Industrial News | ncat : Content Types | nfact : Factiva Filters | nfcpin : C&E Industry News Filter

RE china : China | gfr : Germany | apacz : Asia Pacific | asiaz : Asia | bric : BRICS Countries | chinaz : Greater China | dach : DACH Countries | devgcoz : Emerging Market Countries | dvpcosz : Developing

Economies | easiaz : Eastern Asia | eecz : European Union Countries | eurz : Europe | weurz : Western Europe

IPD SONDERTHEMEN

PUB Axel Springer Syndication GmbH

AN 文件 DWELT00020170128ed1s0000s

Handelsblatt

SE International
HD Asia Business Insights; Trump blockt, Asien lockt
BY Bastian, Nicole; Kapalschinski, Christoph; Scheuer, Stephan; Wermke, Christian
WC 2,071 字
PD 2017 年 2 月 7 日
SN Handelsblatt Online
SC HNDONL
LA 德文
CY Copyright 2017 Handelsblatt GmbH. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de

LP

Die asiatischen Staaten wollen vom Protektionismus der US-Regierung profitieren und öffnen sich stärker für europäische Investoren. Die größten Chancen erwarten deutsche Unternehmen vor allem in **China**.

Erstveröffentlichung 07.02.2017 18:59:01

TD

Die Abschottungspolitik des neuen US-Präsidenten Donald Trump lässt Asien, die wirtschaftlich dynamischste Region der Welt, enger zusammenrücken. 'Die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse zwischen den asiatischen Staaten werden sich neu sortieren', prophezeite Henkel-Chef Hans Van Bylen auf der Konferenz Asia Business Insights von Handelsblatt und HSBC in Düsseldorf. Auf diesen Megatrend setzen auch andere Topmanager: 'Asien öffnet sich, während wir in anderen Teilen der Welt einen wachsenden Protektionismus sehen', erklärte HSBC-Konzernchef Stuart Gulliver zum Auftakt des Gipfeltreffens.

Treiber der Entwicklung auf dem Kontinent ist **China**. Seit Trump jüngst den Abschied der USA aus dem transpazifischen Freihandelsabkommen TPP erklärt hat, nimmt der Einfluss der Amerikaner rapide ab. **China** spielt das in die Karten: Das Land will seine Nachbarn auch als Absatzmärkte für die eigene Industrie stärken. Europa könnte dabei als Handels- und Investitionspartner auf der Gewinnerseite stehen. Doch Brüssel steht auch in der Kritik: Der indische Botschafter Gurjit Singh kritisierte, dass die Freihandelsverhandlungen zwischen Indien und der Europäischen Union in der Brüsseler Bürokratie versumpften.

'Jeder ist von jedem abhängig. Wir sind eine **Schicksalsgemeinschaft**', sagte der chinesische Botschafter in Deutschland, Shi Mingde. Wer versuche, der Globalisierung im Weg zu stehen, werde überrollt. **China** ist bereit, mehr Verantwortung zu übernehmen.'

Die chinesischen Bemühungen zum umweltfreundlichen Umbau der Wirtschaft seien eine Chance für deutsche Firmen, so HSBC-Chef Gulliver. Dafür müsste Peking seine Pläne umsetzen und den Zugang für westliche Unternehmen erleichtern. Sebastian Heilmann, Chef des **China**-Instituts Merics, lobte die Forderungen der Politik, den chinesischen Markt für Investoren weiter zu öffnen.

'Keine Mauern, sondern Vertrauen aufbauen'

Es gibt derzeit wohl keine Wirtschaftsveranstaltung, bei der nicht einer allgegenwärtig ist, ohne selbst anwesend zu sein: Donald Trump. Bei der jährlichen Konferenz 'Asia Business Insights' von Handelsblatt und HSBC am Dienstag im Düsseldorfer Hyatt Regency sahen viele Teilnehmer im neuen US-Präsidenten indirekt einen Hoffnungsträger für einen freieren Handel - innerhalb Asiens sowie zwischen Europa und Asien. Unbeabsichtigt könnte Trump durch seine angedrohten Importzölle und sein Motto 'America first' asiatische Unternehmen und Staatsmänner dazu bringen, sich neue Partner in der entwickelten Welt zu suchen: die Europäer.

Die USA hätten ihre asiatischen Partner mit dem Austritt aus dem Freihandelsabkommen TPP vor den Kopf gestoßen, urteilte Asien-Chefökonom Frederic Neumann von HSBC. 'Das ist eine Chance für Europa, sich einzubringen. Denn viele asiatische Länder werden in nächster Zeit ihren Blick von den USA nach Europa wenden.'

China tritt bereits mit neuem Selbstbewusstsein auf. Mit dem Megaprojekt 'Ein Gürtel, eine Straße' will das Land an die Tradition der Seidenstraßen anknüpfen und den alten Traum einer Verbindung der asiatischen und europäischen Landmasse verwirklichen. Leistungsfähige Schienen- und Seeverbindungen sollen die Kontinente zusammenbringen. 'Das ist eine chinesische Initiative, aber ein globales Projekt', sagte HSBC-Chef Stuart Gulliver auf der Konferenz. Der Bankmanager ist in **China** bestens verdrahtet, unter anderem ist er Berater der chinesischen Bankenregulierungskommission. Seine Prognose: Mit Trumps Protektionismus wird die chinesische Führung sich als neuer globaler Freihandelspartner präsentieren, wie es Staatschef Xi **Jinping** bereits auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos getan hat.

Ausgerechnet der Präsident eines Landes, das selbst zahlreiche Handelsschranken errichtet hat, hatte dort ein Plädoyer für den Freihandel gehalten. Schließlich will **China** den Wohlstand in die wachsende Mittelschicht tragen. Dazu müssen unter anderem die Exporte wieder anziehen. 'Der amerikanische Traum des 20. Jahrhunderts von Wohlstand ist der chinesische Traum des 21. Jahrhunderts geworden', sagte Gulliver. Dazu brauche **China** nicht nur Absatzmärkte für Massenprodukte, sondern auch Partner für Innovationen. In diesem Prozess bietet sich **China** dem Asean-Block als Gestalter an - und Europa als Partner auf Augenhöhe.

Hoffen auf Chinas Öffnung

China könne seinen Worten nun Taten folgen lassen und sich wirtschaftlich weiter öffnen. Noch können europäische Firmen dort nur unter Auflagen investieren und müssen häufig Gemeinschaftsunternehmen mit staatlich kontrollierten Konzernen gründen. Der Kurs der Bundesregierung und des neuen Außenministers Sigmar Gabriel (SPD), die Regierung in Peking dazu zu drängen, als Gegenleistung für den Marktzugang in Europa ebenso Hürden in **China** abzubauen, sei daher richtig, urteilte Sebastian Heilmann, Chef des Berliner **China**-Instituts Merics. Er sieht eine neue Bereitschaft in Peking, solchen Forderungen nachzukommen - in einem Moment, in dem sich die USA abwenden. Schließlich sucht **China** derzeit gezielt nach Investitionen in europäische Technologien, um seine ehrgeizigen Ziele zu erreichen, von der Werkbank der Welt zum High-Tech-Land zu werden.

Europäische Manager hören die Botschaft nur zu gern. Sie hoffen auch darauf, dass wachsende Mittelschichten ihre Produkte kaufen. Henkel-Chef Hans Van Bylen beschrieb begeistert die Potenziale, die Asien seinem Unternehmen bietet. 'Bei unseren Haarpflege-Marken Schwarzkopf und Syoss waren wir in **China** spät dran.' Doch weil Henkel als erster Anbieter konsequent auf den elektronischen Handel gesetzt habe, sei das Unternehmen in dem Bereich nun Marktführer in **China**, beschrieb er den schnellen Wandel. Noch wichtiger ist für ihn in Asien das Industriegeschäft. Henkel beliefert die Bauindustrie in **China** mit Klebstoff, ebenso Fernsehhersteller in Korea und Toyota in Japan und ganz Asien. 'Der beste Beitrag unseres Headquartiers in Düsseldorf war häufig, keinen Beitrag zu leisten', scherzte Van Bylen. Wichtig sei, den Managern vor Ort zu vertrauen. Daher seien etwa in **China** bei Henkel 90 Prozent Chinesen, ebenso die regionale Chefin. Das zeigt auch: Kreative Managementkultur ist längst in Asien angekommen - wider alle Vorurteile.

Denn bei aller Zuversicht: Geschäfte in Asien haben weiterhin Risiken - und die drohen zusätzlich durch die Politik Trumps. Der umstrittene Präsident will durch Steuersenkungen und gewaltige Infrastrukturinvestitionen die US-Wirtschaft künstlich ankurbeln. Solch ein Boom allerdings könnte zu weltweit steigenden Zinsen führen - und das wiederum ausgerechnet Asien belasten. Denn die dortigen Investitionen erfordern ein hohes Kreditvolumen, rechnete Volkswirt Neumann vor. Das Wachstum in der Region ist also auf günstige Zinsen angewiesen.

Europäer und Asiaten, so Handelsblatt-Herausgeber Gabor Steingart, sollten gegenüber Trumps Dreiklang aus 'Populismus, Patriotismus, Protektionismus' standhaft bleiben: 'Unser Business ist nicht der Mauerbau, sondern der Aufbau von Vertrauen.' Die Ansicht vertrat auch HSBC-Deutschland-Chefin Carola Gräfin von Schmettow: 'Deutschland ist mit seiner Offenheit immer gut gefahren und hat allen Grund, daran festzuhalten.'

Ausblick für Asien: Der Wachstumskontinent

Es ist nur ein simpler Chart, der klarmacht, wie groß Asiens Wachstumschancen in den nächsten Jahren sind. Auf der Folie sind die Nahverkehrsnetze von vier Städten zu sehen. Tokio: weit verzweigt, ein Wirrwarr an Linien für 13 Millionen Menschen. Daneben Peking: etwas übersichtlicher, obwohl hier rund acht Millionen mehr Menschen wohnen. Darunter Chengdu: gerade einmal zwei U-Bahn-Linien für 14 Millionen Einwohner. Und als Letztes Dongguan: 'Wer weiß, wo das ist?', fragt Frederic Neumann, Co-Head of Asian Economic Research bei der Großbank HSBC. Wenige Hände gehen hoch. Dongguan liegt im Südosten Chinas, 'auch hier leben acht Millionen', klärt er auf. 'Aber sie hatten bis vor kurzem keine eigene U-Bahn-Linie.' Erst Mitte 2016 startete das Nahverkehrsnetz.

Allein in **China** gebe es noch mehr als 100 Millionenstädte ohne vernünftige Infrastruktur, sagt Neumann. Über viele Jahre hinweg werde der Bau von Straßen, Brücken und Bahnen das Wachstum hochhalten. Hinzu kommen milliarden schwere Investitionen in den Bau von Wolkenkratzern und Wohnsiedlungen.

Laut Berechnungen der Akademie für Sozialwissenschaften, die der chinesischen Regierung zuarbeitet, wird das Bruttoinlandsprodukt 2017 um 6,5 Prozent zulegen. Das ist zwar weit weg von den zweistelligen Wachstumsraten von einst, von Peking aber auch so gewollt: Nach dem starken Export-Fokus möchte Chinas Regierung vor allem die Binnenkonjunktur stärken und den Konsum ankurbeln.

Wenig Schulden, junge Bevölkerung

China ist zwar der größte, aber nicht der einzige Motor in der Region: In diesem Jahr werden vor allem die Philippinen und Vietnam stärker zulegen als in den vergangenen Jahren. Die HSBC erwartet ein Wirtschaftswachstum von 6,5 beziehungsweise 6,4 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Auch Indonesien zählt zu den Gewinnern: 2016 hat das Land seinen Export um 15,6 Prozent im Vergleich zum Vorjahr steigern können. Alle drei Länder sind vergleichsweise wenig verschuldet und haben eine junge, aufstrebende Bevölkerung. Beste Voraussetzungen, um sich von überalterten und überschuldeten Nationen wie Japan abzugrenzen.

Dabei müssen Schulden nicht nur schlecht sein, sagt Ökonom Neumann: Der Hauptgrund, warum Asien nach der globalen Finanzkrise 2008 und der Euro-Krise ab 2010 im Gegensatz zu den USA und Europa stabil weiterwachsen konnte, sei die Verschuldung gewesen. Die Staaten und Zentralbanken hätten massiv Geld in die Länder gepumpt. Vor allem die Industrieproduktion sei dadurch in Asien stetig gewachsen, ohne erkennbare Dellen in globalen Krisenzeiten.

Eine neue Blase, wie sie Ende der 90er-Jahre zur asiatischen Finanzkrise führte, sieht Neumann dadurch allerdings nicht heranwachsen. Die Volkswirtschaften seien heute viel größer und viel stabiler als damals, in den meisten der Länder seien zudem 'nur' die Staaten selbst verschuldet - und nicht die Privatwirtschaft.

Spannend wird sein, wie sich die Handelsbündnisse 2017 entwickeln. Die Asiaten wären gut beraten, wenn sie sich nicht den protektionistischen Tendenzen der USA anschließen würden, meint Neumann. Asien werde sich mehr und mehr als starker regionaler Wirtschaftsraum begreifen müssen. Einer der großen Gewinner Asiens könnte in den kommenden Jahren Indien sein (Seite 8). Das Land hat unter den führenden Industrienationen die niedrigste Verschuldungsquote bezogen auf das Wirtschaftswachstum. Dazu kommt eine vielversprechende Bevölkerungsstruktur: 600 Millionen Menschen sind unter 35 Jahre alt, ein Großteil ist gut gebildet - was auf Jahre Wachstum bringen dürfte.

Direktinvestitionen aus **China**: Chance mit Risiko

Das Hoch 2016 bleibt wohl erst einmal unübertroffen. In keinem anderen Jahr investierten chinesische Firmen so viel Geld direkt in Deutschland. 12,1 Milliarden Dollar kamen so laut einer Studie der Rechtsberatung Baker McKenzie zusammen. 'Reine Finanzinvestitionen haben gegenüber realwirtschaftlichen Transaktionen an Bedeutung verloren', analysieren die Berater. Das hat einen Grund: Chinas Staatsführung hat in ihrem Fünfjahresplan als Ziel ausgegeben, die Wirtschaft innovativer zu machen. Die Chinesen suchen in Deutschland gezielt Technologien. Andere Investitionen hingegen stellen sie künftig bewusst zurück.

Deutschland ist aus chinesischer Sicht besonders attraktiv bei Industrietechnologie. Schließlich will das Land verstärkt hochwertige Güter anbieten statt billiger Massenware - und braucht dafür die entsprechenden Maschinen, die mittelfristig ebenfalls aus dem Inland kommen sollen. Dazu passte etwa die Übernahme des Industrieroboterbauers Kuka. Und auch die an Sicherheitsbedenken gescheiterte Übernahme von Aixtron hätte gepasst.

Der bis dahin größte Deal war jedoch die Übernahme des Müllverbrennungsspezialisten EEW. Der Finanzinvestor EQT verkaufte die ehemalige Eon-Tochter im vergangenen Februar für gut 1,4 Milliarden Euro an Beijing Enterprises, die staatliche Investmentgesellschaft der chinesischen Hauptstadt. EEW-Chef Bernard Kemper berichtete in Düsseldorf unverblümt über die Folgen: 'Operativ hat sich in Deutschland wenig verändert.' Anfangs seien jedoch die unterschiedlichen Businesskulturen befremdlich gewesen. So habe EEW nach ausführlichem Reporting von Erfolgszahlen kaum Feedback aus **China** erhalten. Als es darauf ankam, waren die neuen Eigentümer aber schnell: Für eine Übernahme in den Niederlanden für 70 Millionen Euro habe es schnell eine Freigabe gegeben. Kemper sieht sein Unternehmen somit weiterhin frei, das Geschäft in Europa zu entwickeln. Zugleich habe EEW die Chance, die Umsetzung der Umweltpolitik in **China** mitzugestalten. 800 neue Verbrennungsanlagen könnten in den kommenden Jahren dazukommen.

Die Skepsis bleibt

Allerdings ist die Skepsis noch lange nicht ausgeräumt. 'Selbst wenn sich jetzt fantastische Geschäftschancen ergeben, kann es sein, dass sich dieses Fenster irgendwann schließt', warnte Forscher Heilmann. Die chinesische Führung mache keinen Hehl daraus, dass es darum geht, High Tech ins Inland zu holen. Das könne bedeuten, dass die Technologie nach China abfließt. Heilmann verglich den Geldstrom in europäische Firmen mit einem Truthahn, der erst gemästet werde und sich wohlfühle - um schließlich geschlachtet zu werden. Kein Wunder, dass Kemper widersprach. Er sehe sich nicht als Truthahn, sagte er. Klar sei aber, dass EEW operatives Wissen beim Betreiben von Anlagen nach China bringe. Davon profitierten aber beide Seiten.

Dirk Nawe, Partner bei der Beratung KPMG, vermutete, die Dynamik der Direktinvestitionen werde zunächst abnehmen. Die Regierung in Peking hat die Regulierung solcher Kapitalflüsse erhöht. Sie wolle offenbar verhindern, dass chinesische Firmen allein aus Prestige Gründen im Ausland investieren - etwa in Sportvereine oder Luxushotels. 'Ich bin optimistisch, dass die starke Regulierung nur ein temporärer Zustand ist', sagte Nawe. Auch umgekehrt nimmt die Regulierung zu - erkennbar am Fall Aixtron. Auf Druck auch aus den USA verhinderte die Bundesregierung die Übernahme des Chipmaschinenherstellers. 'Es ist klar, dass die Investitionsprüfverfahren in Deutschland gründlicher werden', sagte Heilmann. Daher müssten chinesische Investoren in Europa offensiver kommunizieren, was sie planen. Bislang seien sie oft zu zurückhaltend, um die Skepsis zu überwinden.

Das hängt auch mit unterschiedlichen Kulturen zusammen: Schließlich stehen hinter vielen Investitionen Staatsunternehmen mit bürokratischer Struktur. Zudem sind chinesische Kommunikatoren eine gelenkte Presse gewohnt.

CO usagov : United States Federal Government | hksbc : HSBC Holdings PLC

IN i814 : Banking | ibnk : Banking/Credit | ifinal : Financial Services | iibnk : Integrated Banks

NS c13 : Regulation/Government Policy | gvote1 : National/Presidential Elections | ccat : Corporate/Industrial News | gcat : Political/General News | gpir : Politics/International Relations | gpol : Domestic Politics | gvote : Elections | ncat : Content Types | nfact : Factiva Filters | nfcpin : C&E Industry News Filter

RE china : China | usa : United States | beijin : Beijing | eecz : European Union Countries | gfr : Germany | apacz : Asia Pacific | asiaz : Asia | bric : BRICS Countries | chinaz : Greater China | dach : DACH Countries | devgcoz : Emerging Market Countries | dvpcoz : Developing Economies | easiaz : Eastern Asia | eurz : Europe | namz : North America | weurz : Western Europe

IPD Politik

PUB Handelsblatt GmbH

AN 文件 HNDONL0020170207ed27000mk

Handelsblatt

SE International
HD Asia Business Insights; Trump blockt, Asien lockt
BY Bastian, Nicole; Kapalschinski, Christoph; Scheuer, Stephan; Wermke, Christian
WC 2,089 字
PD 2017 年 2 月 7 日
SN Handelsblatt Online
SC HNDONL
LA 德文
CY Copyright 2017 Handelsblatt GmbH. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de

LP

Die asiatischen Staaten wollen vom Protektionismus der US-Regierung profitieren und öffnen sich stärker für europäische Investoren. Die größten Chancen erwarten deutsche Unternehmen vor allem in **China**.

Erstveröffentlichung 07.02.2017 20:21:28

TD

Die Abschottungspolitik des neuen US-Präsidenten Donald Trump lässt Asien, die wirtschaftlich dynamischste Region der Welt, enger zusammenrücken. 'Die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse zwischen den asiatischen Staaten werden sich neu sortieren', prophezeite Henkel-Chef Hans Van Bylen auf der Konferenz Asia Business Insights von Handelsblatt und HSBC in Düsseldorf. Auf diesen Megatrend setzen auch andere Topmanager: 'Asien öffnet sich, während wir in anderen Teilen der Welt einen wachsenden Protektionismus sehen', erklärte HSBC-Konzernchef Stuart Gulliver zum Auftakt des Gipfeltreffens.

Treiber der Entwicklung auf dem Kontinent ist **China**. Seit Trump jüngst den Abschied der USA aus dem transpazifischen Freihandelsabkommen TPP erklärt hat, nimmt der Einfluss der Amerikaner rapide ab. **China** spielt das in die Karten: Das Land will seine Nachbarn auch als Absatzmärkte für die eigene Industrie stärken. Europa könnte dabei als Handels- und Investitionspartner auf der Gewinnerseite stehen.

'Wir stehen für Berechenbarkeit, Stabilität und freien Handel', sagte der chinesische Botschafter in Deutschland, Shi Mingde. Wer versuche, der Globalisierung im Weg zu stehen, werde überholt oder überrollt. 'Jeder ist vom jedem abhängig. Wir sind eine **Schicksalsgemeinschaft**. Wir können Probleme nur gemeinsam lösen', sagte Shi. '**China** ist bereit, mehr Verantwortung zu übernehmen.'

Die chinesischen Bemühungen zum umweltfreundlichen Umbau der Wirtschaft seien eine Chance für deutsche Firmen, so HSBC-Chef Gulliver. Dafür müsste Peking seine Pläne umsetzen und den Zugang für westliche Unternehmen erleichtern. Sebastian Heilmann, Chef des **China**-Instituts Merics, lobte die Forderungen der Politik, den chinesischen Markt für Investoren weiter zu öffnen. Doch es gibt auch Kritik an Brüssel: Der indische Botschafter Gurjit Singh kritisierte, dass die Freihandelsverhandlungen zwischen Indien und der Europäischen Union in der Brüsseler Bürokratie versumpften.

'Keine Mauern, sondern Vertrauen aufbauen'

Es gibt derzeit wohl keine Wirtschaftsveranstaltung, bei der nicht einer allgegenwärtig ist, ohne selbst anwesend zu sein: Donald Trump. Bei der jährlichen Konferenz 'Asia Business Insights' von Handelsblatt und HSBC am Dienstag im Düsseldorfer Hyatt Regency sahen viele Teilnehmer im neuen US-Präsidenten indirekt einen Hoffnungsträger für einen freieren Handel - innerhalb Asiens sowie zwischen Europa und Asien. Unbeabsichtigt könnte Trump durch seine angedrohten Importzölle und sein Motto 'America first' asiatische Unternehmen und Staatsmänner dazu bringen, sich neue Partner in der entwickelten Welt zu suchen: die Europäer.

Die USA hätten ihre asiatischen Partner mit dem Austritt aus dem Freihandelsabkommen TPP vor den Kopf gestoßen, urteilte Asien-Chefökonom Frederic Neumann von HSBC. 'Das ist eine Chance für

Europa, sich einzubringen. Denn viele asiatische Länder werden in nächster Zeit ihren Blick von den USA nach Europa wenden.'

China tritt bereits mit neuem Selbstbewusstsein auf. Mit dem Megaprojekt 'Ein Gürtel, eine Straße' will das Land an die Tradition der Seidenstraßen anknüpfen und den alten Traum einer Verbindung der asiatischen und europäischen Landmasse verwirklichen. Leistungsfähige Schienen- und Seeverbindungen sollen die Kontinente zusammenbringen. 'Das ist eine chinesische Initiative, aber ein globales Projekt', sagte HSBC-Chef Stuart Gulliver auf der Konferenz. Der Bankmanager ist in **China** bestens verdrahtet, unter anderem ist er Berater der chinesischen Bankenregulierungskommission. Seine Prognose: Mit Trumps Protektionismus wird die chinesische Führung sich als neuer globaler Freihandelspartner präsentieren, wie es Staatschef Xi **Jinping** bereits auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos getan hat.

Ausgerechnet der Präsident eines Landes, das selbst zahlreiche Handelsschranken errichtet hat, hatte dort ein Plädoyer für den Freihandel gehalten. Schließlich will **China** den Wohlstand in die wachsende Mittelschicht tragen. Dazu müssen unter anderem die Exporte wieder anziehen. 'Der amerikanische Traum des 20. Jahrhunderts von Wohlstand ist der chinesische Traum des 21. Jahrhunderts geworden', sagte Gulliver. Dazu brauche **China** nicht nur Absatzmärkte für Massenprodukte, sondern auch Partner für Innovationen. In diesem Prozess bietet sich **China** dem Asean-Block als Gestalter an - und Europa als Partner auf Augenhöhe.

Hoffen auf Chinas Öffnung

China könne seinen Worten nun Taten folgen lassen und sich wirtschaftlich weiter öffnen. Noch können europäische Firmen dort nur unter Auflagen investieren und müssen häufig Gemeinschaftsunternehmen mit staatlich kontrollierten Konzernen gründen. Der Kurs der Bundesregierung und des neuen Außenministers Sigmar Gabriel (SPD), die Regierung in Peking dazu zu drängen, als Gegenleistung für den Marktzugang in Europa ebenso Hürden in **China** abzubauen, sei daher richtig, urteilte Sebastian Heilmann, Chef des Berliner **China**-Instituts Merics. Er sieht eine neue Bereitschaft in Peking, solchen Forderungen nachzukommen - in einem Moment, in dem sich die USA abwenden. Schließlich sucht **China** derzeit gezielt nach Investitionen in europäische Technologien, um seine ehrgeizigen Ziele zu erreichen, von der Werkbank der Welt zum High-Tech-Land zu werden.

Europäische Manager hören die Botschaft nur zu gern. Sie hoffen auch darauf, dass wachsende Mittelschichten ihre Produkte kaufen. Henkel-Chef Hans Van Bylen beschrieb begeistert die Potenziale, die Asien seinem Unternehmen bietet. 'Bei unseren Haarpflege-Marken Schwarzkopf und Syoss waren wir in **China** spät dran.' Doch weil Henkel als erster Anbieter konsequent auf den elektronischen Handel gesetzt habe, sei das Unternehmen in dem Bereich nun Marktführer in **China**, beschrieb er den schnellen Wandel. Noch wichtiger ist für ihn in Asien das Industriegeschäft. Henkel beliefert die Bauindustrie in **China** mit Klebstoff, ebenso Fernsehhersteller in Korea und Toyota in Japan und ganz Asien. 'Der beste Beitrag unseres Headquartiers in Düsseldorf war häufig, keinen Beitrag zu leisten', scherzte Van Bylen. Wichtig sei, den Managern vor Ort zu vertrauen. Daher seien etwa in **China** bei Henkel 90 Prozent Chinesen, ebenso die regionale Chefin. Das zeigt auch: Kreative Managementkultur ist längst in Asien angekommen - wider alle Vorurteile.

Denn bei aller Zuversicht: Geschäfte in Asien haben weiterhin Risiken - und die drohen zusätzlich durch die Politik Trumps. Der umstrittene Präsident will durch Steuersenkungen und gewaltige Infrastrukturinvestitionen die US-Wirtschaft künstlich ankurbeln. Solch ein Boom allerdings könnte zu weltweit steigenden Zinsen führen - und das wiederum ausgerechnet Asien belasten. Denn die dortigen Investitionen erfordern ein hohes Kreditvolumen, rechnete Volkswirt Neumann vor. Das Wachstum in der Region ist also auf günstige Zinsen angewiesen.

Europäer und Asiaten, so Handelsblatt-Herausgeber Gabor Steingart, sollten gegenüber Trumps Dreiklang aus 'Populismus, Patriotismus, Protektionismus' standhaft bleiben: 'Unser Business ist nicht der Mauerbau, sondern der Aufbau von Vertrauen.' Die Ansicht vertrat auch HSBC-Deutschland-Chefin Carola Gräfin von Schmettow: 'Deutschland ist mit seiner Offenheit immer gut gefahren und hat allen Grund, daran festzuhalten.'

Ausblick für Asien: Der Wachstumskontinent

Es ist nur ein simpler Chart, der klarmacht, wie groß Asiens Wachstumschancen in den nächsten Jahren sind. Auf der Folie sind die Nahverkehrsnetze von vier Städten zu sehen. Tokio: weit verzweigt, ein Wirrwarr an Linien für 13 Millionen Menschen. Daneben Peking: etwas übersichtlicher, obwohl hier rund acht Millionen mehr Menschen wohnen. Darunter Chengdu: gerade einmal zwei U-Bahn-Linien für 14 Millionen Einwohner. Und als Letztes Dongguan: 'Wer weiß, wo das ist?', fragt Frederic Neumann, Co-Head of Asian Economic Research bei der Großbank HSBC. Wenige Hände gehen hoch. Dongguan

liegt im Südosten Chinas, 'auch hier leben acht Millionen', klärt er auf. 'Aber sie hatten bis vor kurzem keine eigene U-Bahn-Linie.' Erst Mitte 2016 startete das Nahverkehrsnetz.

Allein in **China** gebe es noch mehr als 100 Millionenstädte ohne vernünftige Infrastruktur, sagt Neumann. Über viele Jahre hinweg werde der Bau von Straßen, Brücken und Bahnen das Wachstum hochhalten. Hinzu kommen milliardenschwere Investitionen in den Bau von Wolkenkratzern und Wohnsiedlungen.

Laut Berechnungen der Akademie für Sozialwissenschaften, die der chinesischen Regierung zuarbeitet, wird das Bruttoinlandsprodukt 2017 um 6,5 Prozent zulegen. Das ist zwar weit weg von den zweistelligen Wachstumsraten von einst, von Peking aber auch so gewollt: Nach dem starken Export-Fokus möchte Chinas Regierung vor allem die Binnenkonjunktur stärken und den Konsum ankurbeln.

Wenig Schulden, junge Bevölkerung

China ist zwar der größte, aber nicht der einzige Motor in der Region: In diesem Jahr werden vor allem die Philippinen und Vietnam stärker zulegen als in den vergangenen Jahren. Die HSBC erwartet ein Wirtschaftswachstum von 6,5 beziehungsweise 6,4 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Auch Indonesien zählt zu den Gewinnern: 2016 hat das Land seinen Export um 15,6 Prozent im Vergleich zum Vorjahr steigern können. Alle drei Länder sind vergleichsweise wenig verschuldet und haben eine junge, aufstrebende Bevölkerung. Beste Voraussetzungen, um sich von überalterten und überschuldeten Nationen wie Japan abzugrenzen.

Dabei müssen Schulden nicht nur schlecht sein, sagt Ökonom Neumann: Der Hauptgrund, warum Asien nach der globalen Finanzkrise 2008 und der Euro-Krise ab 2010 im Gegensatz zu den USA und Europa stabil weiterwachsen konnte, sei die Verschuldung gewesen. Die Staaten und Zentralbanken hätten massiv Geld in die Länder gepumpt. Vor allem die Industrieproduktion sei dadurch in Asien stetig gewachsen, ohne erkennbare Dellen in globalen Krisenzeiten.

Eine neue Blase, wie sie Ende der 90er-Jahre zur asiatischen Finanzkrise führte, sieht Neumann dadurch allerdings nicht heranwachsen. Die Volkswirtschaften seien heute viel größer und viel stabiler als damals, in den meisten der Länder seien zudem 'nur' die Staaten selbst verschuldet - und nicht die Privatwirtschaft.

Spannend wird sein, wie sich die Handelsbündnisse 2017 entwickeln. Die Asiaten wären gut beraten, wenn sie sich nicht den protektionistischen Tendenzen der USA anschließen würden, meint Neumann. Asien werde sich mehr und mehr als starker regionaler Wirtschaftsraum begreifen müssen. Einer der großen Gewinner Asiens könnte in den kommenden Jahren Indien sein (Seite 8). Das Land hat unter den führenden Industrienationen die niedrigste Verschuldungsquote bezogen auf das Wirtschaftswachstum. Dazu kommt eine vielversprechende Bevölkerungsstruktur: 600 Millionen Menschen sind unter 35 Jahre alt, ein Großteil ist gut gebildet - was auf Jahre Wachstum bringen dürfte.

Direktinvestitionen aus **China**: Chance mit Risiko

Das Hoch 2016 bleibt wohl erst einmal unübertroffen. In keinem anderen Jahr investierten chinesische Firmen so viel Geld direkt in Deutschland. 12,1 Milliarden Dollar kamen so laut einer Studie der Rechtsberatung Baker McKenzie zusammen. 'Reine Finanzinvestitionen haben gegenüber realwirtschaftlichen Transaktionen an Bedeutung verloren', analysieren die Berater. Das hat einen Grund: Chinas Staatsführung hat in ihrem Fünfjahresplan als Ziel ausgegeben, die Wirtschaft innovativer zu machen. Die Chinesen suchen in Deutschland gezielt Technologien. Andere Investitionen hingegen stellen sie künftig bewusst zurück.

Deutschland ist aus chinesischer Sicht besonders attraktiv bei Industrietechnologie. Schließlich will das Land verstärkt hochwertige Güter anbieten statt billiger Massenware - und braucht dafür die entsprechenden Maschinen, die mittelfristig ebenfalls aus dem Inland kommen sollen. Dazu passte etwa die Übernahme des Industrieroboterbauers Kuka. Und auch die an Sicherheitsbedenken gescheiterte Übernahme von Aixtron hätte gepasst.

Der bis dahin größte Deal war jedoch die Übernahme des Müllverbrennungsspezialisten EEW. Der Finanzinvestor EQT verkaufte die ehemalige Eon-Tochter im vergangenen Februar für gut 1,4 Milliarden Euro an Beijing Enterprises, die staatliche Investmentgesellschaft der chinesischen Hauptstadt. EEW-Chef Bernard Kemper berichtete in Düsseldorf unverblümt über die Folgen: 'Operativ hat sich in Deutschland wenig verändert.' Anfangs seien jedoch die unterschiedlichen Businesskulturen befremdlich gewesen.

So habe EEW nach ausführlichem Reporting von Erfolgszahlen kaum Feedback aus **China** erhalten. Als es darauf ankam, waren die neuen Eigentümer aber schnell: Für eine Übernahme in den Niederlanden für 70 Millionen Euro habe es schnell eine Freigabe gegeben. Kemper sieht sein Unternehmen somit

weiterhin frei, das Geschäft in Europa zu entwickeln. Zugleich habe EEW die Chance, die Umsetzung der Umweltpolitik in **China** mitzugestalten. 800 neue Verbrennungsanlagen könnten in den kommenden Jahren dazukommen.

Die Skepsis bleibt

Allerdings ist die Skepsis noch lange nicht ausgeräumt. 'Selbst wenn sich jetzt fantastische Geschäftschancen ergeben, kann es sein, dass sich dieses Fenster irgendwann schließt', warnte Forscher Heilmann. Die chinesische Führung mache keinen Hehl daraus, dass es darum geht, High Tech ins Inland zu holen. Das könne bedeuten, dass die Technologie nach **China** abfließt. Heilmann verglich den Geldstrom in europäische Firmen mit einem Truthahn, der erst gemästet werde und sich wohlfühle - um schließlich geschlachtet zu werden. Kein Wunder, dass Kemper widersprach. Er sehe sich nicht als Truthahn, sagte er. Klar sei aber, dass EEW operatives Wissen beim Betreiben von Anlagen nach **China** bringe. Davon profitierten aber beide Seiten.

Dirk Nawe, Partner bei der Beratung KPMG, vermutete, die Dynamik der Direktinvestitionen werde zunächst abnehmen. Die Regierung in Peking hat die Regulierung solcher Kapitalflüsse erhöht. Sie wolle offenbar verhindern, dass chinesische Firmen allein aus Prestige Gründen im Ausland investieren - etwa in Sportvereine oder Luxushotels. 'Ich bin optimistisch, dass die starke Regulierung nur ein temporärer Zustand ist', sagte Nawe. Auch umgekehrt nimmt die Regulierung zu - erkennbar am Fall Aixtron. Auf Druck auch aus den USA verhinderte die Bundesregierung die Übernahme des Chipmaschinenherstellers. 'Es ist klar, dass die Investitionsprüfverfahren in Deutschland gründlicher werden', sagte Heilmann. Daher müssten chinesische Investoren in Europa offensiver kommunizieren, was sie planen. Bislang seien sie oft zu zurückhaltend, um die Skepsis zu überwinden.

Das hängt auch mit unterschiedlichen Kulturen zusammen: Schließlich stehen hinter vielen Investitionen Staatsunternehmen mit bürokratischer Struktur. Zudem sind chinesische Kommunikatoren eine gelenkte Presse gewohnt.

CO usagov : United States Federal Government | hksbc : HSBC Holdings PLC

IN i814 : Banking | ibnk : Banking/Credit | ifinal : Financial Services | iibnk : Integrated Banks

NS c13 : Regulation/Government Policy | gvote1 : National/Presidential Elections | ccat : Corporate/Industrial News | gcat : Political/General News | gpir : Politics/International Relations | gpol : Domestic Politics | gvote : Elections | ncat : Content Types | nfact : Factiva Filters | nfcpin : C&E Industry News Filter

RE china : China | usa : United States | beijin : Beijing | eecz : European Union Countries | gfr : Germany | apacz : Asia Pacific | asiaz : Asia | bric : BRICS Countries | chinaz : Greater China | dach : DACH Countries | devgcoz : Emerging Market Countries | dvpcoz : Developing Economies | easiaz : Eastern Asia | eurz : Europe | namz : North America | weurz : Western Europe

IPD Politik

PUB Handelsblatt GmbH

AN 文件 HNDONL0020170207ed27000ru

SE Tagesthema
HD Trump blockt, Asien lockt
BY Bastian, N.; Kapalschinski, C.; Scheuer, S.
WC 304 字
PD 2017 年 2 月 8 日
SN Handelsblatt
SC HNDBLT
PG 001
LA 德文
CY Copyright 2017 Handelsblatt GmbH. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de
LP
Neuordnung der Handelsbeziehungen: Die asiatischen Staaten wollen vom Protektionismus der US-Regierung profitieren und öffnen sich stärker für europäische Investoren. Die größten Chancen erwarten deutsche Unternehmen vor allem in **China**.
Die Abschottungspolitik des neuen US-Präsidenten Donald Trump lässt Asien, die wirtschaftlich dynamischste Region der Welt, enger zusammenrücken. "Die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse zwischen den asiatischen Staaten werden sich neu sortieren", prophezeite Henkel-Chef Hans Van Bylen auf der Konferenz Asia Business Insights von Handelsblatt und HSBC in Düsseldorf. Auf diesen Megatrend setzen auch andere Topmanager: "Asien öffnet sich, während wir in anderen Teilen der Welt einen wachsenden Protektionismus sehen", erklärte HSBC-Konzernchef Stuart Gulliver zum Auftakt des Gipfeltreffens.
TD
Treiber der Entwicklung auf dem Kontinent ist **China**. Seit Trump jüngst den Abschied der USA aus dem transpazifischen Freihandelsabkommen TPP erklärt hat, nimmt der Einfluss der Amerikaner rapide ab. **China** spielt das in die Karten: Das Land will seine Nachbarn auch als Absatzmärkte für die eigene Industrie stärken. Europa könnte dabei als Handels- und Investitionspartner auf der Gewinnerseite stehen.
"Jeder ist von jedem abhängig. Wir sind eine **Schicksalsgemeinschaft**", sagte der chinesische Botschafter in Deutschland, Shi Mingde. Wer versuche, der Globalisierung im Weg zu stehen, werde überrollt. "**China** ist bereit, mehr Verantwortung zu übernehmen."
Die chinesischen Bemühungen zum umweltfreundlichen Umbau der Wirtschaft seien eine Chance für deutsche Firmen, so HSBC-Chef Gulliver. Dafür müsste Peking seine Pläne umsetzen und den Zugang für westliche Unternehmen erleichtern. Sebastian Heilmann, Chef des **China**-Instituts Merics, lobte die Forderungen der Politik, den chinesischen Markt für Investoren weiter zu öffnen. N. Bastian, C. Kapalschinski, S. Scheuer Schwerpunkt Seiten 6 bis 11
ZITATE FAKTEN MEINUNGEN
Asien öffnet sich, während wir anderswo Protektionismus sehen. Stuart Gulliver HSBC-Chef
RF Asia Business Insights (Handelsblatt-Beilage)
ART Schanghai: Asien sieht viele Chancen. ddp images Sergi Reboredo
CO usagov : United States Federal Government | hksbc : HSBC Holdings PLC
IN i814 : Banking | ibnk : Banking/Credit | ifinal : Financial Services | iibnk : Integrated Banks
NS gdip : International Relations | gpol : Domestic Politics | gvote1 : National/Presidential Elections | nedc : Commentaries/Opinions | npag : Page-One Stories | gcat : Political/General News | gpri : Politics/International Relations | gvote : Elections | ncat : Content Types | nfact : Factiva Filters | nfcpx : C&E Executive News Filter

RE china : China | gfr : Germany | usa : United States | apacz : Asia Pacific | asiaz : Asia | bric : BRICS
Countries | chinaz : Greater China | dach : DACH Countries | devgcoz : Emerging Market Countries |
dvpcoz : Developing Economies | easiaz : Eastern Asia | eecz : European Union Countries | eurz :
Europe | namz : North America | weurz : Western Europe

IPD Seite 1

PUB Handelsblatt GmbH

AN 文件 HNDBLT0020170208ed280000x

SE Wirtschaft & Politik
HD **CHINA** UND RUSSLAND; Eine Stunde Weltpolitik
BY Scheuer, Stephan
WC 691 字
PD 2017 年 2 月 9 日
SN Handelsblatt
SC HNDBLT
PG 009
LA 德文
CY Copyright 2017 Handelsblatt GmbH. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de

LP

Kaum ein Land hat so viele Attacken des neuen US-Präsidenten Donald Trump einstecken müssen wie **China**. Die Volksrepublik stehle amerikanische Arbeitsplätze und manipulierte ihre Währung, polterte Trump. Trotzdem gibt sich der chinesische Botschafter in Deutschland, Shi Mingde, gelassen. "Die Amerikaner haben Karten in der Hand, wir aber auch", sagte Shi. Strafzölle gegen Produkte aus **China** seien genau der falsche Weg. "Wenn Trump die Zölle erhöht, werden die Preise für einfache Leute steigen", warnte Shi im Gespräch mit Russlands Botschafter Wladimir Grinin und Handelsblatt-Herausgeber Gabor Steingart in Düsseldorf.

TD

Trump sieht in **China** vor allem einen Rivalen. Russland indes könnte ein enger Partner werden. Der neue US-Präsident hat mehrfach die Stärke des russischen Präsidenten Wladimir Putin gelobt. Kürzlich telefonierten die beiden Staatsmänner das erste Mal miteinander. "Das Gespräch selbst war ziemlich freundlich und ermunternd", hob Russlands Botschafter in Deutschland, Wladimir Grinin, hervor. Ob es künftig eine enge Männerfreundschaft zwischen beiden geben könnte, wollte Grinin jedoch nicht kommentieren. "Es ist wahrscheinlich, dass sogar Trump nicht sagen kann, was für eine Politik er machen wird." Die Vorwürfe des US-Geheimdienstes, Russland habe sich zugunsten Trumps in den Präsidentschaftswahlkampf eingemischt, wies Grinin entschieden zurück: "Das ist völliger Quatsch." Russland warte nun ab, wie sich das amerikanisch-russische Verhältnis entwickeln werde.

China nutzt Trumps Protektionismus, um sich als Stimme des Freihandels zu inszenieren. "Wir stehen für Berechenbarkeit, Stabilität und freien Handel", sagte Botschafter Shi. Ähnlich hatte sich Chinas Präsident Xi Jinping auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos geäußert. "Wir haben von der Globalisierung profitiert", meinte der chinesische Botschafter. Nun gelte es, gemeinsam die globalen Herausforderungen anzugehen.

Sollten sich die USA von ihren Verpflichtungen für den Klimaschutz verabschieden, werde **China** sich dennoch weiter für den Klimaschutz einsetzen, versprach Shi. "Wir sind mit Deutschland und Europa auf einer Linie." **China** ist zwar größter Klimasünder der Welt, will jedoch ab dem Jahr 2030 seine CO₂-Emissionen senken und auf erneuerbare Energien setzen.

Das muss **China** auch, denn die Probleme sind gewaltig. "Für das Wachstum haben wir einen hohen Preis gezahlt", sagte Shi. Der Smog halte die Menschen in den chinesischen Metropolen im Würgegriff. "Fast 90 Prozent der Seen und Flüsse sind verunreinigt", klagte Shi. "Die Menschen sind unglücklich."

Deutschland und **China** sollten eng zusammenstehen, forderte Shi. "Jeder ist von jedem abhängig. Wir sind eine **Schicksalsgemeinschaft**." Beide Staaten stünden erst am Anfang einer langen und intensiven Zusammenarbeit. "**China** ist sehr groß. Der Markt ist bei weitem nicht gesättigt", sagte Shi. "8 200 deutsche Firmen sind in **China** tätig, und die Mehrheit sind Mittelständler." Im Gegensatz zu globalen Großkonzernen stünden kleine und mittelständische Firmen vor größeren Herausforderungen, wenn sie sich in einem anderen Land engagieren wollten. "**China** und Deutschland sollten gemeinsam helfen", sagte Shi. Vergessen scheinen die Schwierigkeiten aus dem vergangenen Jahr, als die chinesische Übernahme des Roboterbauers Kuka eine Debatte über den Schutz deutscher Spitzentechnologie ausgelöst hatte.

Doch Shi fand auch deutliche Worte. Die Flüchtlingskrise sei eine gewaltige Herausforderung. "Deutschland hat große Schwierigkeiten, eine Million Flüchtlinge unterzubringen", resümierte er. Dabei verstelle der Fokus auf Deutschland den Blick auf die viel dramatischere Situation in anderen Ländern. "Wir dürfen nicht vergessen, dass in der Türkei noch drei Millionen Flüchtlinge auf die Ausreise warten." In Libyen warteten auch noch mehr als zwei Millionen Menschen.

Bei der Frage, ob **China** denn Flüchtlinge aus den Kriegs- und Krisengebieten in Nahost aufgenommen habe, geriet Shi jedoch in die Defensive. "Die Menschen wollen ja nach Europa. Bei uns hat niemand einen Asylantrag gestellt", sagte Shi. Auch **China** sei bereit, mehr globale Verantwortung zu übernehmen. Für einen Einsatz chinesischer Blauhelmsoldaten müsse es aber immer ein Mandat der Vereinten Nationen geben, forderte der Chefdiplomat.

Die dramatische Situation in Syrien müsse gelöst werden, forderte Botschafter Grinin. Die Zukunft des Landes sei nicht unbedingt mit Präsident Baschar al-Assad verbunden. Moskau hatte ihm lange den Rücken gestärkt. "Wir unterstützen nicht Assad, sondern das Land Syrien", sagte Grinin.

ZITATE FAKTEN MEINUNGEN

Wir stehen für Berechenbarkeit, Stabilität und freien Handel. Shi Mingde Botschafter der VR **China** in Deutschland. Es ist wahrscheinlich, dass sogar Trump nicht sagen kann, was für eine Politik er machen wird. Wladimir Grinin Botschafter der Russischen Föderation in Deutschland.

NS gvot1 : National/Presidential Elections | nedc : Commentaries/Opinions | gcat : Political/General News |
gpir : Politics/International Relations | gppl : Domestic Politics | gvot : Elections | ncat : Content Types |
nfact : Factiva Filters | nfcpx : C&E Executive News Filter

RE china : China | gfr : Germany | russ : Russia | usa : United States | apacz : Asia Pacific | asiaz : Asia | bric
: BRICS Countries | chinaz : Greater China | dach : DACH Countries | devgcoz : Emerging Market
Countries | dvpcoz : Developing Economies | easiaz : Eastern Asia | eecz : European Union Countries |
eeurz : Central/Eastern Europe | eurz : Europe | namz : North America | ussrz : CIS Countries | weurz :
Western Europe

IPD Wirtschaft & Politik

PUB Handelsblatt GmbH

AN 文件 HNDBLT0020170209ed290001j

HD Chinas Botschafter; Das ist Chinas Antwort auf eine Welt mit Trump

WC 1,108 字

PD 2017 年 2 月 11 日

SN WELT online

SC WELTON

LA 德文

CY Copyright 2017 Axel Springer SE

LP

Trumps Protektionismus setzt das Reich der Mitte Öffnung entgegen. Chinas Botschafter in Deutschland zählt dabei auf die Bundesrepublik als wichtigen Partner - an den er aber auch Forderungen stellt.

Mit dem Beginn des Jahres 2017 treten wir in eine Welt, die von noch mehr Unruhe und Ungewissheit geprägt ist. Auf der einen Seite sind Probleme wie regionale Krisen, Terrorismus und Flüchtlinge miteinander verwoben und schwer zu lösen. Die US-Präsidentenwahl bringt für die Beziehungen zwischen den großen Ländern enorme Veränderungen mit sich. Die internationale Sicherheit und politische Konstellation stehen vor einer neuen Runde tief greifender Anpassungen.

TD

Auf der anderen Seite schwächelt die Erholung der Weltwirtschaft. Der internationale Handel und die internationalen Investitionen stagnieren, das multilaterale Handelssystem ist in Mitleidenschaft gezogen. Die Gründe für das Zunehmen von "Schwarzer Schwan"-Ereignissen (unvorhersehbare Entwicklungen, die den Lauf der Geschichte zum Schlechteren verändern, Anm. d. Red.) liegen darin, dass Strömungen wie Deglobalisierung, Handelsprotektionismus und Populismus stärker werden.

China wird weiter an Reform und Öffnung festhalten. Die Geschichte hat gezeigt, dass die Öffnung **China** Entwicklung und Wohlstand bringt; Konservatismus und Selbstisolation können nur Rückständigkeit und Armut bewirken. Die Erfolge Chinas ziehen die Blicke der Welt auf sich - und sie sind auf Reform und Öffnung zurückzuführen. **China** wird keinesfalls seine Tore schließen, sondern sie weiter öffnen. **China** ist Nutznießer und Befürworter der Globalisierung. Die Globalisierung ist ein bestehender, nicht durch menschlichen Willen veränderbarer Prozess. Sie hat uns nicht nur enorme Chancen gebracht, sondern uns auch vor ernste Herausforderungen gestellt.

Die Globalisierung hat unsere wirtschaftlichen, politischen und Sicherheitsinteressen miteinander verwoben und voneinander abhängig gemacht. Die internationale Gemeinschaft ist zu einer Interessen- und **Schicksalsgemeinschaft** geworden. Der Versuch, die Globalisierung aufzuhalten, ist ein vergebliches Unterfangen. Sich abzuschotten und zu isolieren, ja sogar den Schaden auf andere abzuwälzen, ist noch schädlicher. Wir sind darauf angewiesen, im selben Boot sitzend, den Strom zu überqueren und durch Kooperation gemeinsam zu gewinnen.

China wird die Global Governance im Wirtschaftsbereich aktiv vorantreiben. Der G20-Gipfel in Hangzhou hat den internationalen Konsens beträchtlich vorangebracht, die Global Governance im Wirtschaftsbereich hat damit neue Erfolge erzielt. **China** und Deutschland arbeiten eng zusammen und leisten dafür einen sehr großen Beitrag. Die Global Governance muss öfnungsorientiert sein und alle Beteiligten dazu ermutigen, sich zu beteiligen und zu integrieren, sie darf nicht exklusiv vorgehen und muss verhindern, dass immer mehr voneinander abgeschottete Ordnungsmechanismen greifen und ein regulativer Flickenteppich entsteht. Zusammenarbeit muss die Triebkraft der Global Governance im Wirtschaftsbereich bilden, die Länder müssen ihre Kommunikation und ihre Abstimmung verstärken und ihre jeweiligen Interessen und Anliegen beachten. Über Regeln muss gemeinsam beraten, Mechanismen müssen gemeinsam geschaffen werden.

Global Governance im Wirtschaftsbereich muss einen gemeinsamen Nutzen zum Ziel haben und die Teilnahme und den Vorteil aller befürworten. Sie darf nicht eine Seite allein erstarken lassen. Es darf nicht "The winner takes it all" gelten, sondern es muss der gemeinsame Vorteil angestrebt werden, um so das Ziel des gemeinsamen Gewinnens zu erreichen.

"Ein Gürtel, eine Straße" (die neue Seidenstraße) ist ein wichtiges öffentliches Gut, das von der chinesischen Regierung zur Förderung der internationalen Zusammenarbeit und des Global Governance

auf den Weg gebracht wurde. Nach diesem Konzept werden die vitale Wirtschaftsregion Asiens und die entwickelte Wirtschaftsregion Europas eng miteinander verbunden. Seit mehr als drei Jahren halten wir an den Prinzipien von "gemeinsamer Beratung", "gemeinsamem Bau" und "gemeinsamer Nutzung" fest und verknüpfen auf diese Weise die Entwicklung Chinas eng mit der Entwicklung der europäischen Länder. 18 europäische Länder wurden bereits Gründungsmitglieder der Asian Infrastructure Investment Bank, sieben Länder in Europa unterzeichneten gemeinsam mit **China** ein Memorandum zur Zusammenarbeit im Rahmen von "Ein Gürtel, eine Straße". **China** trat der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung bei, und **China** und Deutschland errichteten Koordinationsmechanismen zur Verbindung von "Made in **China** 2025" mit dem deutschen Projekt "Industrie 4.0".

China war stets eine stabile Kraft bei der Förderung der globalen Wirtschaft. 2015 trug **China** zu 25 Prozent zum Wachstum der Weltwirtschaft bei. 2016 entwickelte sich die chinesische Wirtschaft aus Stabilität heraus zum Positiven hin, das Wachstum bewegt sich weiter in einer vertretbaren Bandbreite. In den vorangegangenen drei Quartalen 2016 wuchs sie stabil um 6,7 Prozent, womit sie unter den wichtigsten Volkswirtschaften an vorderster Stelle steht. Die Summe der Exporte in den kommenden fünf Jahren wird mit acht Billionen US-Dollar prognostiziert, das real genutzte Auslandskapital wird einen Gesamtwert von 600 Milliarden erreichen, die Auslandsinvestitionen werden sich auf 750 Milliarden Dollar und die Zahl der Auslandsreisen auf 700 Millionen belaufen. Der chinesische Markt, die chinesische Industrie, das chinesische Konzept, der chinesische Dienstleistungsbereich und die Kaufkraft der chinesischen Touristen - dies alles wird eine beständige Triebkraft für die Entwicklung der globalen Wirtschaft bilden.

China und Deutschland sind wichtige Volkswirtschaften und einflussreiche Länder. In der gegenwärtigen Lage hat die Verstärkung der "umfassenden strategischen Partnerschaft" beider Länder eine enorme Relevanz, sie vermag es, ein positives Signal von Kooperation, Frieden und Stabilität in die Welt zu senden. **China** wie Deutschland sind Nationen des globalen Handels und der globalen Investitionen. Umso mehr müssen beide Länder gemeinsam die Global Governance vorantreiben, die globale Handelsliberalisierung und Investitionserleichterung fördern und sich klar gegen jede Form des Protektionismus stellen.

Wir wollen die Wirtschafts-, Handels- und Investitionszusammenarbeit beider Länder weiter stärken. **China** und Deutschland sind füreinander in ihrer Region jeweils der größte Handelspartner. Im letzten Jahr belief sich das bilaterale Handelsvolumen auf etwa 160 Milliarden US-Dollar, was einem Anteil von 30 Prozent am Handelsvolumen zwischen **China** und der EU entspricht. Die deutschen Exporte nach **China** betragen das 1,6-Fache der Exporte nach Südkorea, Japan und Indien zusammengefasst. Derzeit gibt es mehr als 8200 deutsche Unternehmen in **China**, die kumulierten Investitionen betragen über 60 Milliarden Euro. Die Mehrheit der deutschen Unternehmen in **China** erzielt langfristig stabile Gewinne. **China** hat gerade erst damit begonnen, in Deutschland zu investieren, die Summe beläuft sich auf knapp acht Milliarden US-Dollar, das macht weniger als ein Prozent der ausländischen Direktinvestitionen in Deutschland aus.

Die chinesische Seite wird das Öffnungsniveau seiner Wirtschaft weiter erhöhen und ein gutes Marktumfeld sowie gute rechtsstaatliche und politische Bedingungen schaffen, um ausländischen Unternehmen, darunter auch deutschen, noch mehr Investitionsmöglichkeiten zu bieten. Wir hoffen auch, dass Deutschland chinesischen Investitionen gegenüber eine tolerantere und offenere Haltung einnehmen wird und mehr Maßnahmen zur Handelsliberalisierung und zu Handelserleichterungen ergreifen wird. Über Gespräche und die Beachtung der Anliegen des Partners können wir Handelskonflikte ohne Weiteres lösen. Nur durch Zusammenarbeit können wir gemeinsam gewinnen.

Wir hoffen auf eine weiterhin enge Zusammenarbeit mit Deutschland, um für das Vorantreiben der Global Governance neue Denkansätze bereitzustellen, um neue Chancen zu schaffen und um noch mehr Signale für Zusammenarbeit, Öffnung, Frieden und gemeinsames Gewinnen in die Welt zu senden.

Shi Mingde ist Botschafter der Volksrepublik **China** in Deutschland

NS gterr : Terrorism | gcat : Political/General News | gcns : National/Public Security | gcrim : Crime/Legal Action | ncat : Content Types | nfact : Factiva Filters | nfcpx : C&E Executive News Filter

RE china : China | gfr : Germany | usa : United States | apacz : Asia Pacific | asiaz : Asia | bric : BRICS Countries | chinaz : Greater China | dach : DACH Countries | devgcoz : Emerging Market Countries | dvpcz : Developing Economies | easiaz : Eastern Asia | eecz : European Union Countries | eurz : Europe | namz : North America | weurz : Western Europe

IPD Chinas Botschafter

PUB Axel Springer Syndication GmbH

AN 文件 WELTON0020170211ed2b00085

SE Dienstleister
HD Unternehmensberatung Bain; 'Europa muss mit Trump im Dialog bleiben'
BY Tofern, Martin
WC 1,536 字
PD 2017 年 3 月 16 日
SN Handelsblatt Online
SC HNDONL
LA 德文
CY Copyright 2017 Handelsblatt GmbH. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de

LP

Die Unternehmensberatung Bain wächst kräftig. Im Gespräch erklären die Chefs, was sie von Wettbewerbern unterscheidet, was die Stärken deutscher Firmen sind und was Europa von den USA unter Donald Trump zu erwarten hat.

Erstveröffentlichung 16.03.2017 12:01:57

TD

Ein gewisses Berufsrisiko teilen Berater und Wahrsager miteinander: Es kann immer mal sein, dass ihre Vorhersagen nicht ganz oder sogar überhaupt nicht eintreffen. Um nicht der Unfähigkeit bezichtigt zu werden, schwächen sie ihre Voraussagen ab, relativieren dieses oder jenes und bleiben möglichst vage.

Das gilt nicht natürlich besonders dann, wenn ein unberechenbarer Politiker wie Donald Trump amerikanischer Präsident ist. Ein Berater wie Bob Bechek, Chef der Unternehmensberatung Bain & Company, drückt das natürlich viel smarter aus, wenn man ihn zum Beispiel danach fragt, welche Auswirkung die Politik Trumps auf die US-Wirtschaft haben könnte. 'Wirtschaftslenker denken vor allem langfristig und weniger über die Auswirkungen einzelner Regierungen nach', sagt we. Es sei noch zu früh, um den Einfluss einer Trump-Präsidentschaft auf die Wirtschaft abzuschätzen. Seine politische Ausrichtung müsse erst noch Form annehmen.

Jede neue politische Strömung werde jedoch durch die Gewaltenteilung in den USA abgeschwächt. 'Allerdings haben die Entscheidungen der neuen Regierung durchaus das Potenzial, die US-Wirtschaft signifikant zu tangieren, speziell in den Sektoren Gesundheit, Energie, Finanzdienstleistungen und Technologie.'

Auch die Auswirkungen der Präsidentschaft Trumps auf die Weltwirtschaft seien noch nicht absehbar. Seine Politik werde aber sicher von den Kabinettsmitgliedern und seinen Beratern beeinflusst, 'ebenso wie von den Realitäten im weltweiten Wirtschaftssystem.' Wird Trump denn - wie von manchen Beobachtern befürchtet - alle Handelsabkommen kündigen? Hier legt sich Bechek fest: 'Ich glaube nicht, dass Trump bestehende Handelsabkommen der USA ohne die Zustimmung des Kongresses kündigen kann.'

Und was kann Europa gegen mögliche negative Konsequenzen der US-Politik tun? Bain-Deutschlandchef Walter Sinn mahnt zu Optimismus: 'Europa muss im Dialog bleiben und die Handelswege offen halten. Das ist auch im Interesse der US-Wirtschaft, die ja ebenfalls längst globalisiert ist.' Er sei zuversichtlich, dass die Regierung Trump 'im Interesse der eigenen wie der Weltwirtschaft letztlich eine pragmatische Handelspolitik unterstützen wird.'

Insgesamt sieht Bain-Chef Bechek die amerikanische Wirtschaft auf einem guten Weg. Die Arbeitslosigkeit sei auf einem niedrigen Niveau, allerdings seien die Beschäftigungszahlen nicht so hoch wie sie sein könnten. 'In der Hinsicht schneidet die deutsche Wirtschaft besser ab.' Mittelfristig sei er aber zuversichtlich was die Stabilität und die Aussichten der US-Wirtschaft angeht. Seine Begründung: 'Wegen der Kombination aus relativ günstiger Energie, einem moderaten Lohnniveau, dem großen Markt und den typischen Stärken der US-Wirtschaft, nämlich Innovationskraft und in Teilen das Bildungssystem.'

Die amerikanische Unternehmensberatung hat derzeit einen guten Lauf zu haben und wächst kräftig: 'Mit Blick auf die anhaltenden zweistelligen Zuwachsraten plant Bain in Deutschland und in der Schweiz in diesem Jahr rund 200 Neueinstellungen.' Schon 2016 hatte Bain 200 neue Berater an Bord geholt - und damit mehr als je zuvor, teilte das Unternehmen vor kurzem selbstbewusst mit. Der große Bedarf an hoch qualifizierten Fachkräften sei das Resultat kontinuierlichen Wachstums, das 'weit über dem Marktdurchschnitt' liege.

'Ein fantastisches Momentum'

Die Zeitschrift 'Forbes' führt Bain in seiner Liste der größten Privatunternehmen für 2015 mit einem Umsatz von 2,25 Milliarden Dollar. 2014 waren es 2,1 Milliarden. Die Beratung unterhält derzeit 55 Büros in 36 Ländern und beschäftigt weltweit rund 7.000 Mitarbeiter, 800 davon im deutschsprachigen Raum.

'Ich kann Ihnen sagen, dass wir in den vergangenen zwei, drei Jahren ein fantastisches Momentum erlebt haben: Das sieht man auf der Kundenseite, wo wir sehr interessante Mandate gewonnen haben, und in unserem Wachstum, wo wir kontinuierlich Marktanteile hinzugewonnen haben', erklärt Walter Sinn, Chef von Bain Deutschland. Unter allen Beratungen habe Bain vielleicht den am meisten unternehmerischen Ansatz. Die Kunden wollten keine Präsentationen, sondern klare Empfehlungen. 'Wir setzen uns quasi auf den Stuhl des Unternehmenslenkers und arbeiten zusammen an einer Lösung. Diese absolute Ergebnisorientierung, ja das Eingehen einer **Schicksalsgemeinschaft**, unterscheidet uns sehr stark vom Wettbewerb.'

Eines der Spezialthemen der Bain-Berater sind aktivistische Investoren, das Unternehmen hat darüber mehrere Studien veröffentlicht. Bain-Chef Bechek beurteilt deren Rolle unterschiedlich: 'Es gibt einen Typ Investor, den wir strategischen Reformer nennen. Er hat einen guten Einfluss auf den Shareholder Value.' Andererseits gebe es Investoren, 'die wir Agitatoren nennen, die weder neue Ideen noch einen Plan mitbringen, sondern einfach agitieren.' Solche Investoren will vermutlich kein Unternehmen am Hals haben.

Aber auch der konstruktive aktivistische Investor kann einem typischen CEO zunächst Sorgen und schlaflose Nächte bereiten. 'Fakt ist, dass dieser Investor sehr konstruktiv sein kann und zusammen mit dem Management-Team um die richtige Strategie für das Unternehmen ringt', sagt Bob Bechek. Der öffentliche Markt in den USA sei allerdings eine Herausforderung, besonders weil er manchmal sehr exzessiv kurzfrist-orientiert sei. Strategische Reformer könnten jedoch die Debatte darüber beflügeln, wie man verborgene Potenziale eines Unternehmens heben könnte.

Die Erfahrungen deutscher Unternehmen seien teilweise andere, etwa beim Bau- und Dienstleistungskonzern Bilfinger, erklärt Deutschland-Chef Walter Sinn: 'Auf dem deutschen Markt sind bisher vergleichsweise wenige aktivistische Investoren unterwegs. Bilfinger ist sicher ein Beispiel dafür, wie ein Investor bei der Umstrukturierung eines Unternehmens eine aktive Rolle übernimmt.'

Im Jahr 2011 war der schwedische Finanzinvestor bei Bilfinger eingestiegen und hatte sich in kurzer Zeit zum größten Anteilseigner hochgearbeitet. Anschließend hatte der Investor den Aufsichtsrat und die Chefetage des Mannheimer Unternehmens neu besetzt. Die Schweden, deren Investment zeitweise schwer unter Wasser geriet, sorgte schließlich dafür, dass große, lukrative Teile des Konzerns verkauft wurden. Was nicht unbedingt im Sinne des Unternehmens war: Ursprünglich sollten die gesunden Sparten des Konzerns - wie etwa die für Bau und Gebäudedienstleistungen - zur Sanierung der weniger prosperierenden Teile wie der Kraftwerkssparte beitragen.

'Eine hässliche Verschwendung von Zeit'

Bain-Chef Bechek fasst noch einmal diplomatisch zusammen: 'Ein positiver aktivistischer Investor ist der strategische Reformer, der in einem börsennotierten Unternehmen eine öffentliche Debatte über alternative Ansätze, Management-Teams oder Unternehmensführung anstößt.' Die negative Version sei der destruktive Agitator, der sei 'eine hässliche Verschwendung von Zeit.'

Was sind denn die Stärken und Schwächen von deutschen Unternehmen im Vergleich mit amerikanischen? Walter Sinn verweist auf Produktion und Innovation, also alles, was den deutschen Mittelstand so erfolgreich mache: 'Viele sind sehr spezialisiert und Marktführer in ihrem Bereich etwa im Maschinenbau oder als Zulieferer für die Automobilindustrie. Das macht die deutsche Industrielandschaft so einzigartig.'

Zu den Stärken deutscher Unternehmen gehöre auch das, was mit dem Begriff Industrie 4.0 bezeichnet werde. Bob Bechek unterstreicht: 'Ich glaube, die ganze Welt hat einen enormen Respekt vor dem deutschen Mittelstand und insbesondere vor der deutschen Ingenieurkunst.' Er denke an den Automobilbau, die Chemieindustrie sowie Konstruktion und Bau von Anlagen. Viele Unternehmen würden zwar als Nischengeschäft beschrieben, seien aber globale Marktführer. 'Ich komme aus dem

Mittleren Westen der USA, wo kleinere und mittlere Firmen eine traditionelle Stärke darstellen, analog zum deutschen Mittelstand. Sie hatten oft eine einzigartige Expertise und eine Menge Innovationskraft. Aber sie waren selten so erfolgreich wie deutsche Firmen, eine Weltmarktführerschaft zu erreichen.' Der deutsche Mittelstand habe sich besser auf die Globalisierung und die Rolle von **China** als Werkbank der Welt eingestellt als das amerikanische Kernland.

Die Schwächen der deutschen Wirtschaft liegen sicher in der Start-up-Szene. Zwar hat sich die Hauptstadt Berlin sehr gut zum deutschen Zentrum der Gründerszene entwickelt. 'Verglichen mit den USA sind wir immer noch meilenweit hinter dem zurück, was im Silicon Valley passiert', erklärt Deutschlandchef Sinn. 'Die Welle der verbraucherorientierten Innovationen ging von den USA aus. Für deutsche Unternehmen liegt die Hausforderung nun darin, ihre Marktführerschaft im produzierenden Gewerbe ins digitale Zeitalter zu heben.'

Bain-Chef Bob Bechek erklärt, die ganze Welt habe außerdem großen Respekt vor bestimmten Modellen der Unternehmensführung in Deutschland. Sie wirkten sehr viel gesünder als in den USA. Dieser Teil des Unternehmertums stehe nicht für sich allein, sondern sei eng verknüpft mit den Stärken des deutschen Mittelstands. 'In den USA gehen die meisten Talente heutzutage in die High-Tech-Industrie und nicht mehr in den produzierenden Mittelstand. Das ist einerseits eine enorme Stärke der amerikanischen Wirtschaft. Und andererseits auch eine große Schwäche: Frühere Stärken einfach aufzugeben und die Werkbank nach **China** umziehen zu lassen.'

Bechek sieht im früheren Abbau des amerikanischen Produktionsgewerbes aber auch Chancen für deutsche Firmen: 'In dem Maße, in dem die USA ihre Industrie wieder aufbauen, in dem Maße können deutsche Unternehmen profitieren. Die deutsche Industrie kann die Ausrüstung für diese Reindustrialisierung liefern: Maschinen und Anlagen ebenso wie viel Expertenerfahrung in Konstruktion, Bau und Fertigung.'

Die Beratung Bain & Company und vor allem auch deren globaler Chef, Bob Bechek, sind also auf Erfolgskurs. Da kommt es gerade recht, dass Bechek im jährlichen Ranking des Jobportals 'Glassdoor' auch noch der von den Mitarbeitern am besten bewertete CEO geworden ist und nicht etwa Facebook-Chef Mark Zuckerberg oder Google-Mitgründer Larry Page.

Wie er das wohl geschafft hat? 'Ich glaube, diese Auszeichnung sagt mehr über Bain & Company aus als über mich als Individuum.' Die Firma sei mit einem großen Reichtum an Talenten gesegnet. Es gebe einige Leute, die seinen Job übernehmen könnten. 'Mein Job ist es, unsere Berater als die wahren Helden zu würdigen, wenn sie gute Beziehungen zu unseren Kunden aufbauen und Erfolgsgeschichten schreiben. Und ihnen dabei zu helfen, ihren Job zu machen, um dann rechtzeitig aus dem Weg zu gehen.' Von dieser Einstellung könnte sich Donald Trump bestimmt eine Scheibe abschneiden.

CO bainc : Bain & Company, Inc.

IN i83951 : Management Consulting | iacc : Accounting/Consulting | ibcs : Business/Consumer Services |
icnsl : Business Consultancy

NS ccat : Corporate/Industrial News | gvote1 : National/Presidential Elections | reqbcs : Suggested Reading
Business/Consumer Services | reqrac : Suggested Reading Accounting/Consulting | gcat :
Political/General News | gpir : Politics/International Relations | gpol : Domestic Politics | gvote : Elections
| redit : Selection of Top Stories/Trends/Analysis | reqr : Suggested Reading Industry News

RE usa : United States | gfr : Germany | dach : DACH Countries | eecz : European Union Countries | eurz :
Europe | namz : North America | weurz : Western Europe

IPD Unternehmen

PUB Handelsblatt GmbH

AN 文件 HNDONL0020170316ed3g000dx

HD dpa-AFX Überblick: KONJUNKTUR von 12.30 Uhr - 23.05.2017

WC 857 字

PD 2017 年 5 月 23 日 12:38 下午

SN dpa-AFX ProFeed

SC DPAFX

LA 德文

CY Copyright 2017. dpa-AFX. Alle Rechte vorbehalten. Weiterverbreitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung ohne ausdrückliche vorherige Zustimmung von dpa-AFX ist nicht gestattet.

LP

GESAMT-ROUNDUP: Glänzende Wachstumsaussichten für Deutschland und Europa

WIESBADEN/MÜNCHEN/LONDON - Die Wachstumsaussichten für Deutschland und den Euroraum werden zunehmend besser. Darauf deuten neue Stimmungsumfragen vom Dienstag hin. Während die Unternehmensstimmung in Deutschland auf den höchsten Wert seit der deutschen Wiedervereinigung stieg, hielt sich ein ähnlicher Indikator für den gemeinsamen Währungsraum auf hohem Niveau. Die Umfrageergebnisse deuteten auf ein stärkeres Wachstum hin, kommentierte das britische Analysehaus Capital Economics.

TD

ROUNDUP 2/Gelungener Jahresauftakt: Deutsche Wirtschaft wächst kräftig

WIESBADEN - Bauboom, Exportboom, Verbraucher in Kauflaune und steigende Unternehmensinvestitionen: Die deutsche Wirtschaft hat ihre Drehzahl zum Jahresbeginn erhöht und nimmt Ökonomen zufolge Kurs auf eine der längsten Wachstumsperioden. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes stieg das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im ersten Quartal 2017 um 0,6 Prozent im Vergleich zum Vorquartal. Die Wiesbadener Behörde bestätigte damit am Dienstag eine erste Schätzung. Ende 2016 hatte Europas größte Volkswirtschaft moderater um 0,4 Prozent zugelegt.

DIHK: Unternehmen optimistisch wie lange nicht - Fachkräfte fehlen

BERLIN - Die deutschen Unternehmen bewerten ihre Lage nach Angaben des DIHK so gut wie noch nie seit der Wiedervereinigung und schrauben ihre Geschäftserwartungen nach oben. Trotz internationaler Unwägbarkeiten beurteilt fast jedes zweite Unternehmen seine Lage als "gut" (48 Prozent) - mehr als in allen bisherigen Umfragen. Von einer schlechten Lage sprechen nur acht Prozent, wie aus der am Dienstag in Berlin vorgelegten Konjunkturumfrage des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) hervorgeht.

Frankreich: Geschäftsklima hellt sich auf

PARIS - Das Geschäftsklima in der französischen Wirtschaft hat sich im Mai wie erwartet leicht aufgehellt. Der vom Statistikinstitut Insee veröffentlichte Indikator stieg um einen Punkt auf 105 Zähler, wie die Behörde am Dienstag mitteilte. Höher hatte der Wert zuletzt Mitte 2011 gelegen. Analysten hatten mit dem jüngsten Anstieg gerechnet.

ROUNDUP 2: Euro-Staaten wollen sich im Juni auf Griechenland-Kredite einigen

BRÜSSEL/ATHEN - Das pleitebedrohte Griechenland muss trotz harter Sparanstrengungen weiter auf eine feste Zusage für einen neuen Kredit warten. Die Vereinbarung solle nun beim nächsten Treffen am 15. Juni geschlossen werden, sagte Eurogruppen-Chef Jeroen Dijsselbloem. Man sei einer Lösung bereits "sehr nahe". In der Nacht zum Dienstag hatten sich die Finanzminister der Euro-Staaten und der Internationale Währungsfonds (IWF) nicht darauf einigen können, in welcher Art und Weise dem Land Schuldenerleichterungen in Aussicht gestellt werden sollen.

RATING: S&P stellt Brasilien unter verschärfte Beobachtung

LONDON/FRANKFURT - Die Ratingagentur Standard & Poor's reagiert auf die jüngsten Korruptionsvorwürfe gegen Brasiliens Staatspräsidenten Michel Temer. In der Nacht auf Dienstag teilten

die Bonitätsprüfer mit, die Kreditnote des Landes werde unter verschärfte Beobachtung (Creditwatch Negative) gestellt.

Trump will Milliarden einsparen

WASHINGTON - US-Präsident Donald Trump will Milliarden etwa bei den Gesundheitsdiensten für Bedürftige sowie bei Zuwendungen für Studenten und Landwirten einsparen. Insgesamt seien Kürzungen in Höhe von 3,6 Billionen US-Dollar in den kommenden zehn Jahren vorgesehen, geht aus dem in der Nacht zum Dienstag veröffentlichten Haushaltsentwurf des US-Präsidialamtes hervor. An diesem Dienstag wird der Entwurf dem US-Kongress übergeben. Dieser ist für den Haushalt verantwortlich.

ROUNDUP/Neue Energiequelle: **China** bohrt nach 'brennbarem Eis'

PEKING - **China** ist nach eigenen Angaben zum ersten Mal der Abbau von "brennbarem Eis" gelungen, einer Ressource, die tief im Meeresboden lagert und als neue vielversprechende Quelle zur Gewinnung von Erdgas gehandelt wird. Nach dem Stoff, der eigentlich Methanhydrat heißt, sei im Südchinesischen Meer in einer Tiefe von 1266 Metern gebohrt worden, berichtete die Nachrichtenagentur Xinhua. Seit Ende März konnten bei den Tests demnach täglich durchschnittlich 16 000 Kubikmeter Gas gefördert werden.

Nahles: Rückkehrrecht aus Teilzeit in Vollzeit gescheitert

BERLIN - Das geplante Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit ist gescheitert. Das teilte Arbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) am Dienstag in Berlin mit. "Das Kanzleramt hat mir mitgeteilt, dass eine Kabinettsbefassung nicht mehr vorgesehen ist", teilte Nahles mit. "Das ist enttäuschend." Die Arbeitgeber hätten Druck auf das Kanzleramt ausgeübt. Dem Gesetzentwurf von Nahles zufolge sollten Beschäftigte, die zeitlich begrenzt ihre Arbeitszeit verringern möchten, danach zur ursprünglichen Arbeitszeit zurückkehren können. Während Nahles dies für Unternehmen ab 15 Beschäftigten vorsah, war aus der Union die Forderung gekommen, die Schwelle bei 200 Beschäftigten festzulegen. Nahles warf der Union nun einen Bruch des Koalitionsvertrags vor, in dem Union und SPD das Rückkehrrecht verabredet hatten.

Merkel erinnert USA: Sind beim Klimaschutz '**Schicksalsgemeinschaft**'

BERLIN - Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) hat mit Blick auf die USA vor einem Ermüden im weltweiten Kampf gegen den Klimawandel gewarnt. "Wir haften füreinander, wir sind eine **Schicksalsgemeinschaft**", sagte Merkel am Dienstag beim Petersberger Klimadialog in Berlin. Es bleibe noch viel zu tun, um die Verpflichtungen des Pariser Weltklimavertrags zur Begrenzung der Erderwärmung umzusetzen: "Jetzt kommt die Probe aufs Exempel."

Französischer Regierungssprecher warnt Reformgegner vor Blockaden

PARIS - Frankreichs Regierungssprecher hat Gegner der von Präsident Emmanuel Macron geplanten Lockerung des Arbeitsrechts gewarnt, nicht aus Protest für Stillstand im Land zu sorgen. "Aber man hat nicht das Recht, Frankreich zu blockieren, wenn man mit dieser oder jener Maßnahme nicht einverstanden ist", sagte Christophe Castaner am Dienstag im Sender France 2. Im vergangenen Jahr hatten heftige Proteste gegen eine Arbeitsmarktreform in Frankreich unter anderem Raffinerien lahmgelegt und Engpässe an Tankstellen ausgelöst.

Kundenhinweis: ROUNDUP: Sie lesen im Konjunktur-Überblick eine Zusammenfassung. Zu diesem Thema gibt es mehrere Meldungen auf dem dpa-AFX Nachrichtendienst.

/bgf

NS e11 : Economic Performance/Indicators | e1105 : Consumer Sentiment | nsum : News Digests | ecat : Economic News | ncat : Content Types | nfact : Factiva Filters | nfce : C&E Exclusion Filter | niwe : IWE Filter

RE gfr : Germany | uk : United Kingdom | athens : Athens | beijin : Beijing | apacz : Asia Pacific | asiaz : Asia | balkz : Balkan States | bric : BRICS Countries | china : China | chinaz : Greater China | dach : DACH Countries | devgcoz : Emerging Market Countries | dvpcoz : Developing Economies | easiaz : Eastern Asia | eecz : European Union Countries | eurz : Europe | greece : Greece | medz : Mediterranean | weurz : Western Europe

PUB dpa-AFX Wirtschaftsnachrichten GmbH

AN 文件 DPAFX00020170523ed5n00af3

SE Blickpunkt
HD Rückkehr der »Klimakanzlerin«? Merkel sucht Bündnis gegen Trump.; Vor dem G20-Gipfel sorgt sich die Bundeskanzlerin darum, dass ihr der US-Präsident den Auftritt in Hamburg verderben könnte. Eigene Ziele werden verfehlt.
WC 541 字
PD 2017 年 5 月 24 日
SN Aachener Nachrichten
SC AACHE
PG 2
LA 德文
CY Copyright (2017) Zeitungsverlag Aachen GmbH (ZVA).

LP
Von Werner Kolhoff

Berlin. Alle Jahre wieder läuft Angela Merkel als Klimakanzlerin zu großer Form auf. Und zwar immer dann, wenn sie Gastgeberin internationaler Konferenzen ist. Vor dem G20-Treffen im Juli in Hamburg ist ihr Geschick besonders gefragt, denn mit US-Präsident Donald Trump hat sich einer angesagt, der das Spiel verderben will. Merkels Gegenstrategie: Schulterschluss mit allen anderen, allen voran **China**.

TD
Beobachten konnte man das gestern in Berlin, wo der achte »Petersberger Dialog« stattfand, eine seit 2010 von Deutschland veranstaltete Klimakonferenz. Fast schon demonstrativ gab Umweltministerin Barbara Hendricks vor Beginn des Treffens von rund 30 Umweltministern aus allen Kontinenten gemeinsam eine Pressekonferenz mit Chinas Klimaschutzminister Xie Zhenhua. **China** ist in Sachen erneuerbare Energien inzwischen weltweit führend.

Beim G20-Gipfel will Merkel ein erneutes Bekenntnis aller Teilnehmer zum Pariser Klimaabkommen erreichen und das Versprechen, es nun auch konkret umzusetzen. Doch einen entsprechenden Entwurf für das Schlusskommuniqué haben die USA in den Vorverhandlungen bisher blockiert. Donald Trump hat mehrfach geäußert, das Klimaabkommen sogar kündigen zu wollen. Ob er das umsetzt, ist freilich offen.

Der Name des US-Präsidenten fiel in Berlin nicht, dafür war mehrfach vom »Elefanten im Raum« die Rede, der den fragilen globalen Konsens wieder in Frage stellen könne, wie es Fidschis Premierminister Bainimarama mit großer Besorgnis in der Stimme formulierte. Er ist Präsident der nächsten Weltklimakonferenz im November, die aus logistischen Gründen auf dem UN-Campus in Bonn stattfindet. Angela Merkel sagte dazu nur: »Ja, um diesen Elefanten kümmern wir uns auch, aber klug und zurückhaltend.« Man wolle nicht unnötig Konflikte anheizen. In ihrer Rede warb sie leidenschaftlich für internationale Klimavereinbarungen. »Wir sind auf der Welt eine **Schicksalsgemeinschaft**.« Ausdrücklich lobte sie **China** für die Einführung des Emissionshandels. Am besten wäre es, dieses System weltweit einzuführen, so die Kanzlerin.

Das wird einer der deutschen Vorschläge für den Gipfel in Hamburg werden, ebenso die Idee von Klima-Versicherungen, die von den reichen Staaten finanziert werden, um ärmeren im Notfall unter die Arme zu greifen.

Argumentative Unterstützung gegenüber Trump hat sich die Bundesregierung bei der OECD besorgt, bei der sie eine Studie über Klimaschutz und Wachstum in Auftrag gab. Ergebnis: Richtiger Klimaschutz erhöht sogar das Wachstum. Und: Die global ohnehin nötigen Investitionen in die öffentliche wie private Infrastruktur in Höhe von jährlich 6,3 Billionen Dollar werden zwar um 600 Milliarden Dollar teurer, wenn sie klimaschonend sind - dafür spart man aber 1,7 Billionen Dollar an Rohstoffkosten jährlich. »Selbst wenn man nicht an den Klimawandel glaubt, hat man immer noch das Richtige getan«, fasste Merkel das Ergebnis zusammen. So oder ähnlich dürfte sie auch den Geschäftsmann Trump zu überzeugen versuchen.

Deutschland selbst taugt nicht mehr ganz so gut als leuchtendes Vorbild. Die eigenen Klimaziele, minus 40 Prozent bis 2020 im Vergleich zu 1990, werden wohl deutlich verfehlt - derzeit sind nur 28 Prozent erreicht. Und selbst davon stammt ein Großteil aus dem Wegbrechen der schmutzigen DDR-Industrie. In der Energieerzeugung hat sich zwar viel, bei der Wärmeerzeugung und im Verkehr dafür fast gar nichts

getan. Zuletzt stiegen die Gesamtemissionen sogar wieder. Klimakanzlerin ist Angela Merkel eben vor allem international.

CO groptw : Group of 20

NS gvexe : Executive Branch | gvote1 : National/Presidential Elections | gcat : Political/General News | gpir : Politics/International Relations | gpol : Domestic Politics | gvbod : Government Bodies | gvote : Elections

RE gfr : Germany | hambrg : Free Hanseatic City of Hamburg | china : China | berlin : Berlin | usa : United States | apacz : Asia Pacific | asiaz : Asia | bric : BRICS Countries | chinaz : Greater China | dach : DACH Countries | devgcoz : Emerging Market Countries | dvpcoz : Developing Economies | easiaz : Eastern Asia | eecz : European Union Countries | eurz : Europe | namz : North America | weurz : Western Europe

IPD Blickpunkt

PUB Zeitungsverlag Aachen GmbH

AN 文件 AACHE00020170524ed5o0000s

SE Politik
HD **China**: Gabriel kann auch Diplomatie
BY Von Kai Strittmatter
WC 543 字
PD 2017 年 5 月 25 日
SN Süddeutsche Zeitung Online
SC SUDZEIT
PG 999
LA 德文
CY Copyright 2017 sueddeutsche.de
LP

Bundesaußenminister Sigmar Gabriel besuchte am Mittwoch **China**, und wenn es Neues zu berichten gibt, dann dies: Gabriel kann auch Diplomatie. Der letzte Chinabesuch Gabriels verlief ziemlich frostig, das ist erst ein halbes Jahr her: Gabriel war noch Wirtschaftsminister und hatte **China** "Foulspiel" vorgeworfen, weil das Land eine aggressive Hi-Tech-Einkaufspolitik verfolgt, während es gleichzeitig die Märkte zuhause abschließt. Die beleidigten Chinesen ließen gleich mehrere Termine platzen.

Was Sigmar Gabriel damals beklagte, hat sich bis heute nicht geändert. Geändert hat sich jedoch die politische Großwetterlage, und geändert hat sich der Posten Gabriels. Am Mittwoch jedenfalls waren beide Seiten in Peking fest entschlossen, einander den Tag mit wohlklingenden Worten zu versüßen. Und so sprach Gabriel den Brandherd Nordkorea an, und lobte gleichzeitig Chinas Führung dafür, dass sie bereit sei, "Verantwortung zu übernehmen".

TD

Er forderte erneut "faire Bedingungen" für europäische Unternehmen, fand jedoch auch hier einen Anlass, Chinas Regierung zu loben, und zwar dafür, dass sie versprochen habe, den Streit um eine Elektroautoquote im Sinne der deutschen Hersteller beizulegen.

Es war ein Blitzbesuch, die Antrittsvisite Gabriels als Außenminister. Ausgefüllt war der Tag zu einem großen Teil nicht von den politischen Gesprächen, sondern von einem neuen Dialogforum zwischen beiden Ländern. Von solchen Foren gibt es schon mehrere Dutzend, das neue nun war als "People-to-people-Dialog" angekündigt, was bei manchen die Frage aufwarf, wer denn eigentlich in den anderen Foren miteinander rede, wenn nicht, nun ja, Leute.

Auf deutscher Seite sah man jedenfalls Sportler, Theaterleute, Wissenschaftler und Stiftungsabgesandte. Die chinesische stellvertretende Ministerpräsidentin Liu Yandong sagte, man müsse den "Austausch erden" und "den Menschen in den Mittelpunkt stellen", im Saal dominierten derweil chinesische Regierungsvertreter. Gabriel erhoffte sich in seiner Rede "etwas, was die Lebensfreude von Menschen in unsere Beziehungen bringt". Liu beschwor eine "**Schicksalsgemeinschaft** der Völker" und den Weltfrieden.

Am ersten Tag wurde unter anderem schon einmal über Jugendaustausch und Berufsbildung gesprochen, eine kleine Ausstellung beschwor die gemeinsame Leidenschaft Fußball und stellte zudem klar, wo der Fußball erfunden wurde, nämlich vor 2000 Jahren als "Cuju"-Spiel in **China**.

China kommt Deutschland bei NGOs entgegen

Das Forum war eine Idee und ein Wunsch Pekings. Die deutsche Seite willigte offenbar erst dann ein, als klar war, dass **China** im Vorfeld die letzten Hürden zur Registrierung der deutschen politischen Stiftungen zur Seite geräumt hatte: eine Geste des Entgegenkommens. Seit der Verabschiedung eines NGO-Gesetzes Anfang des Jahres war die Zukunft der Stiftungen in **China** unklar gewesen, sie waren technisch illegal. Erst einen Tag vor dem Besuch Gabriels wurde die letzte deutsche politische Stiftung akkreditiert.

Dialogforen zwischen Deutschland und **China** gibt es schon mehrere Dutzend, die bekanntesten sind die zu den Themen Menschenrechte und Rechtsstaat. Der Rechtsstaatsdialog hatte erst Anfang diesen Monats wieder stattgefunden und war von einigen Teilnehmern als zunehmend frustrierend empfunden worden: Direkt zum Auftakt wurde bekannt, dass **China** den Prozess gegen den bekannten Bürgerrechtsanwalt Xie Yang eröffnet hatte, der zuvor mit einem Folterbericht für Aufsehen gesorgt hatte.

"In **China** nimmt die Repression gegen die Zivilgesellschaft zu und der Einfluss des Westens wird von der Partei aktiv zurückgedrängt", sagte einer der in Peking ansässigen deutschen Teilnehmer, "und wir sind hier Staffage für eine Veranstaltung, in der **China** dem Ausland vorführen will, wie angeblich offen sie sind."

SZ.de/jael

CO debwt : German Federal Ministry for Economic Affairs and Energy

NS gpol : Domestic Politics | gcat : Political/General News | gpir : Politics/International Relations

RE china : China | gfr : Germany | beijin : Beijing | apacz : Asia Pacific | asiaz : Asia | bric : BRICS Countries | chinaz : Greater China | dach : DACH Countries | devgcoz : Emerging Market Countries | dvpcoz : Developing Economies | easiaz : Eastern Asia | eecz : European Union Countries | eurz : Europe | weurz : Western Europe

PUB Süddeutsche Zeitung GmbH

AN 文件 SUDZEIT020170525ed5p00031

SE POLITIK

HD **China** will Merkels Anti-Amerika-Moment nutzen

BY Johnny Erling

WC 697 字

PD 2017 年 5 月 31 日

SN Die Welt

SC DWELT

ED DWBE-HP

PG 6

VOL 125

LA 德文

CY Copyright 2017 Axel Springer SE

LP

Die Bierzeltrede der Kanzlerin wurde auch in Peking gehört. Heute kommt Ministerpräsident Li Keqiang nach Berlin, um die Volksrepublik als neuen Partner zu empfehlen

Johnny Erling

TD

Peking

Xi **Jinping** spricht neuerdings von einer "**Schicksalsgemeinschaft**". Dieser Union sollen all jene Staaten angehören, meint Chinas Präsident, die zusammen mit der Volksrepublik für freien Welthandel und Klimaschutz eintreten. Die USA unter Trump nicht mehr - Deutschland aber sehr wohl.

Ab dem heutigen Mittwoch soll die neue, erstaunliche Achse zwischen **China** und Europa mit Leben erfüllt werden: Der zweite Mann hinter Xi, Premier Li Keqiang, kommt zunächst nach Berlin. Dann reist er zum EU-**China**-Gipfel nach Brüssel, in einem Monat schließlich kommt Staatspräsident Xi selbst zum G-20-Gipfel nach Hamburg.

Die sogenannte Bierzeltrede von Bundeskanzlerin Angela Merkel wurde auch in Peking aufmerksam registriert - als neuer Schritt Deutschlands weg von den USA, mit neuen Chancen für **China**. Die staatliche Nachrichtenagentur Xinhua titelte: "Merkel grummelt über ihre Verbündeten. Sie sagt, dass Europa sein Schicksal in die eigenen Hände nehmen soll."

China sieht sein Ziel einer strategischen Partnerschaft immer näher rücken - nach den schweren Irritationen, die US-Präsident Donald Trump auf seiner Europareise bei der Nato und beim G-7-Gipfel ausgelöst hatte. Auch diese waren **China** nicht entgangen.

Am vergangenen Freitag, am Tag des G-7-Gipfels, setzte Xi noch ein Zeichen. Er rief das Politbüro zur "Studiensitzung" zusammen. Das Thema lautete: Wie Peking künftig auf grünen Pfaden wandeln will. Xi verlangte, dass in **China** alle die Umwelt so schützen sollten wie "ihre eigenen Augen". Trump hat zum Klimaschutz bekanntlich eine andere Meinung.

Seit dem Machtantritt des US-Präsidenten lässt Chinas Führung keine Gelegenheit aus, um sich Europa, dem Zielkontinent ihrer Seidenstraßen-Initiative, als neuer Partner anzubieten. Neben Wirtschaft und Handel ist der Klimaschutzprozess auch ein Hebel für Pekings Schulterschluss mit den Europäern. Xi gratulierte dem neu gewählten französischen Präsidenten Emmanuel Macron und wünschte sich den Ausbau ihrer "umfassenden strategischen Partnerschaft". Sein Außenminister Wang Yi telefonierte am Montag mit Frankreichs Außenminister Jean-Yves Le Drian. Nach Angaben der Nachrichtenagentur Xinhua sprachen sie über die "ernsthafte Umsetzung des Pariser Klimaabkommens".

Peking startete Anfang des Jahres seine Werbediplomatie um Europa mit einer spektakulären Rede von Xi auf dem Davoser Weltwirtschaftsforum. Er brach eine Lanze für die Globalisierung. Neun Tage später telefonierte am 25. Januar Premier Li mit Kanzlerin Merkel über gemeinsame Schritte, den freien

Welthandel zu erhalten. Die Kanzlerin verlangte von Peking aber auch, die eigenen Märkte mehr für ausländische Investoren zu öffnen.

Einen Tag nach seinem Telefonat versprach Li in einem Gastbeitrag für "Bloomberg Businessweek", den Zugang zu Chinas Wirtschaft weiter zu liberalisieren. Er nannte **China** "einen Anker für Stabilität und Wachstum in einer Welt voller Unsicherheiten".

Gerade in Deutschland, dessen größter Handelspartner seit 2016 **China** ist, hat Peking damit offene Türen gefunden. Die neue Hinwendung zu **China** verteidigte Außenminister Sigmar Gabriel erstmals öffentlich im April, als ihn sein chinesischer Amtskollege Wang in Berlin besuchte. Wenn sich ein Teil der Welt protektionistisch abschotte, dann "sucht man selbstverständlich nach neuen und intensiveren Partnerschaften", sagte Gabriel. Voraussetzungen sei aber auch, dass die Partner mit "wirtschaftlicher Fairness" und auf "gleicher Augenhöhe" handeln.

Daran hapert es jedoch in **China**. Trotz aller schönen Worte über Globalisierung wächst die internationale Kritik an den doppelten Standards. Die Auslandskammern in **China** werfen Peking unfaire Praktiken vor, um seine eigene Wirtschaft von Finanzdienstleistungen bis zu strategischem Zukunftsindustrien vor ausländischen Konkurrenten zu schützen. Wie weit stehen Chinas Türen dem Ausland offen?, fragte kritisch auch der deutsche Botschafter Michael Clauss vor dem Li-Besuch in Deutschland. Die lukrativsten Teile seien dem Ausland weitgehend verschlossen, von der Telekommunikation über Medien und Logistik bis zu Finanzen. Die Anteile ausländischer Geldinstitute an chinesischen Banken und Versicherungen seien "völlig marginalisiert" worden, schreibt Clauss für die chinesische Ausgabe der "Financial Times".

Hinzu kämen neue Probleme, wie sie etwa das am 1. Juni in Kraft tretende neue Cybersicherheitsgesetz mit sich bringe. Es zwingt IT-Hightech-Anwender, chinesischen Behörden etwa ihre Verschlüsselungstechniken offenzulegen. All das werfe Zweifel auf, wie es um die deutsch-chinesische Zusammenarbeit gerade im Bereich von Zukunftsentwicklungen wie Industrie 4.0 bestellt ist.

Anker für Stabilität und Wachstum in einer Welt voller Unsicherheiten Li Keqiang, chinesischer Premier

NS	gcat : Political/General News
RE	china : China gfr : Germany beijin : Beijing berlin : Berlin apacz : Asia Pacific asiaz : Asia bric : BRICS Countries chinaz : Greater China dach : DACH Countries devgcoz : Emerging Market Countries dvpcoz : Developing Economies easiaz : Eastern Asia eecz : European Union Countries eurz : Europe weurz : Western Europe
IPD	POLITIK
PUB	Axel Springer Syndication GmbH
AN	文件 DWELT00020170531ed5v0001c

SE EINS
HD West? Ost? Europa!
BY Christopher Ziedler
WC 530 字
PD 2017 年 6 月 1 日
SN Stuttgarter Zeitung
SC STUGTR
PG 1
LA 德文
CY (c) 2017, Stuttgarter Zeitung Ansprechpartner: 0049-711-7205-782
LP

Allianzen Berlins Antwort auf die Krise im westlichen Bündnis muss die EU sein. Christopher Ziedler

Symbolträchtiger hätte die Gästeliste des Kanzleramts in dieser Woche nicht sein können. Nach Donald Trumps Europareise, die mehr entfremdet als zusammengeführt hat, geben sich die Regierungschefs vermeintlicher Alternativen zum großen Partner USA die Klinke in die Hand. Der Inder Narendra Modi war gerade da, nun weilt Chinas Ministerpräsident Li Keqiang in Berlin. Was sie über die Notwendigkeit internationaler Zusammenarbeit sagen, klingt vertrauter als Trumps Tonart. Die Geschichte der Abwendung vom selbstbezogenen Amerika und der Hinwendung nach Asien liest sich spannend – und dürfte doch eher in der Abteilung Science-Fiction als bei den Sachbüchern einzuordnen sein.

TD

Sicher, das Konstrukt, das wir den Westen nennen, erlebt seine bisher größte Krise. Ungleich verteilte Globalisierungsgewinne haben in vielen Gesellschaften Zweifel am bisherigen Erfolgsmix aus Demokratie und Kapitalismus geweckt. Hinzugekommen sind Verlustängste, genährt von großen Flüchtlingsbewegungen und vom internationalen Terror. Sichtbarstes Ergebnis dieser Entwicklung ist, dass am Tisch der westlichen G-7-Runde zuletzt in Sizilien in Gestalt von Trump und der Britin Theresa May zwei nationalistisch orientierte Regierungschefs saßen, die internationale Organisationen infrage stellen beziehungsweise sich aus ihnen zurückziehen.

Gerade vor dem Hintergrund der irrational übersteigerten US-Kritik am deutschen Außenhandelsüberschuss mag die Kanzlerin mit ihren asiatischen Gästen das Signal nach Washington senden wollen, dass andere nur allzu gern mit Deutschland handeln. Ein Ersatz für das US-Geschäft kann das aber nicht sein, allenfalls eine Ergänzung. Ganz abgesehen davon, dass es in den ökonomischen Beziehungen mit **China** und Indien ganz andere Probleme beim Schutz von Investitionen und Ideen gibt, sind die Relationen weiter eindeutig: Die Vereinigten Staaten nehmen die meisten deutschen Exportgüter ab, die Niederländer kaufen mehr Produkte „made in Germany“ als die Chinesen auf Platz 4, die Slowaken mehr als die Inder auf Platz 24.

Die „asiatische Option“ ist ohnehin eine rein wirtschaftspolitische. Trump hin oder her – die Vorstellung, dass es mit dem Einparteienstaat **China** eine größere Schnittmenge gemeinsamer Überzeugungen gäbe, ist abwegig. Sicherheitspolitische Alternativen bietet Asien ohnehin nicht. Man mag das gut finden oder nicht: Die Nato-Führungsnation USA war nicht nur im Kalten Krieg Schutzmacht der Bundesrepublik, sie ist es de facto immer noch. Gerade aus Sicht eines auch von den Amerikanern vom Nationalsozialismus befreiten Deutschland wäre es völlig geschichtsvergessen, das daraus erwachsene transatlantische Band aktiv kappen zu wollen.

Anders verhielte es sich, wenn die Trumpisten selbst zur Schere griffen und den unversöhnlichen Sprüchen Taten folgen ließen: Für diesen Fall muss sich die Bundesrepublik wappnen – aber nicht mit „Go East“ statt „Go West“, sondern mit Europa. Mit den EU-Nachbarn ist die Interessenüberschneidung mit Abstand am größten. Es sind Schicksalsjahre für die **Schicksalsgemeinschaft** Europa. Mit dem neuen französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron besteht die Chance, die EU wieder sozial und ökonomisch zu vereinen und sicherheitspolitisch unabhängiger zu machen. Manches dafür Notwendige kann ganz pragmatisch in Angriff genommen werden. Es werden aber auch unpopuläre Themen auf die politische Agenda kommen, die die Bündelung weiterer nationalstaatlicher Hoheitsrechte in Brüssel verlangen und schon in Deutschland schwer verkäuflich sind, in Ungarn oder Polen aber erst recht. Die

weitere Entwicklung in den USA wird daher mit darüber entscheiden, wie sehr die Europäer von außen zusammengeschweißt werden.

NS gvexe : Executive Branch | npag : Page-One Stories | gcat : Political/General News | gpir : Politics/International Relations | gpol : Domestic Politics | gvbod : Government Bodies | ncat : Content Types

RE gfr : Germany | usa : United States | berlin : Berlin | china : China | eecz : European Union Countries | apacz : Asia Pacific | asiaz : Asia | bric : BRICS Countries | chinaz : Greater China | dach : DACH Countries | devgcoz : Emerging Market Countries | dvpcoz : Developing Economies | easiaz : Eastern Asia | eurz : Europe | namz : North America | weurz : Western Europe

PUB Stuttgarter Zeitung Verlagsgesellschaft mbH & Co KG

AN 文件 STUGTR0020170601ed610002s

SE Meinung und Hintergrund
HD Leitartikel; Chance heißt Europa
WC 456 字
PD 2017 年 6 月 1 日
SN Frankenpost
SC FRANKSUE
PG 6
LA 德文
CY ©2017

LP

Symbolträchtiger hätte die Gästeliste des Kanzleramtes in dieser Woche nicht sein können. Nach Donald Trumps Europareise, die mehr entfremdet denn zusammengeführt hat, geben sich Regierungschefs vermeintlicher Alternativen zum großen Partner USA die Klinke in die Hand. Der Inder Narendra Modi war gerade da, nun weilt Chinas Ministerpräsident Li Keqiang in Berlin. Was sie über die gemeinsamen Herausforderungen auf der Welt und die Notwendigkeit internationaler Zusammenarbeit sagen, klingt vertrauter als Trumps Tonart. Die Geschichte der Abwendung vom selbstbezogenen Amerika und der Hinwendung nach Asien liest sich spannend. Der Westen erlebt seine bisher größte Krise. Ungleich verteilte Globalisierungsgewinne haben in vielen Gesellschaften Zweifel am bisherigen Erfolgsmix aus Demokratie und Kapitalismus geweckt, hinzugekommen sind Verlustängste, genährt von großen Flüchtlingsbewegungen und dem internationalen Terror.

TD

Sichtbarstes Ergebnis dieser Entwicklung ist, dass am Tisch der westlichen G7-Runde zuletzt auf Sizilien in Gestalt von Trump und der Britin Theresa May zwei nationalistisch orientierte Regierungschefs saßen, die internationale Organisationen infrage stellen beziehungsweise sich aus ihnen zurückziehen. Gerade vor dem Hintergrund der irrational übersteigerten US-Kritik am deutschen Außenhandelsüberschuss mag die Kanzlerin mit ihren asiatischen Gästen das Signal nach Washington senden wollen, dass andere nur allzu gern mit Deutschland handeln. Ersatz für das US-Geschäft kann das nicht sein, allenfalls Ergänzung - ganz abgesehen davon, dass es in den ökonomischen Beziehungen mit **China** und Indien ganz andere Probleme beim Schutz von Investitionen und Ideen gibt, sind die Relationen weiter eindeutig: Die Vereinigten Staaten nehmen die meisten deutschen Exportgüter ab, die Niederländer kaufen mehr Produkte "made in Germany" als die Chinesen auf Platz vier, die Slowaken mehr als die Inder auf Platz 24. Die "asiatische Option" ist ohnehin eine rein wirtschaftspolitische. Die Vorstellung, dass es mit dem Ein-Parteien-Staat **China** samt Menschenrechtsverstößen und unterdrückter Meinungsfreiheit eine größere Schnittmenge gemeinsamer Überzeugungen gäbe, ist abwegig. Sicherheitspolitische Alternativen bietet Asien ohnehin nicht, genauso wie die Überlegungen einer neuen europäischen Sicherheitsarchitektur unter Einbeziehung Russlands mit dessen Präsident Wladimir Putin so unrealistisch erscheint wie lange nicht. Man mag das gut finden oder nicht: Die Nato-Führungsnation USA war nicht nur im Kalten Krieg Schutzmacht der Bundesrepublik, sie ist es de facto immer noch. Gerade aus Sicht eines auch von den Amerikanern vom Nationalsozialismus befreiten Deutschland wäre es völlig geschichtvergessen, das daraus erwachsene transatlantische Band aktiv kappen zu wollen. Anders verhielte es sich, wenn die Trumpisten selbst zur Schere griffen und tatsächlich Taten folgen ließen: Für diesen Fall muss sich die Bundesrepublik wappnen - aber nicht mit "Go east" statt "Go west", sondern mit Europa. Mit den EU-Nachbarn ist die Interessensüberschneidung mit Abstand am größten. Es sind Schicksalsjahre für die **Schicksalsgemeinschaft** Europa. Mit dem neuen französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron besteht die Chance, die EU wieder sozial und ökonomisch zu vereinen und unabhängiger zu machen.

NS gvex : Executive Branch | nedc : Commentaries/Opinions | gcat : Political/General News | gpir : Politics/International Relations | gpol : Domestic Politics | gvbod : Government Bodies | ncat : Content Types | nfact : Factiva Filters | nfcpx : C&E Executive News Filter

RE gfr : Germany | usa : United States | bavar : Free State of Bavaria | china : China | eecz : European Union Countries | apacz : Asia Pacific | asiaz : Asia | bric : BRICS Countries | chinaz : Greater China | dach : DACH Countries | devgcoz : Emerging Market Countries | dvpcoz : Developing Economies | easiaz : Eastern Asia | eurz : Europe | namz : North America | weurz : Western Europe

PUB Frankenpost Verlag GmbH

AN 文件 FRANKSUE20170601ed610004w

SE Sonstiges
HD Leitartikel; Chance heißt Europa
WC 454 字
PD 2017 年 6 月 1 日
SN Freies Wort
SC WORTSUE
PG 4
LA 德文
CY ©2017
LP

Symbolträchtiger hätte die Gästeliste des Kanzleramtes in dieser Woche sein können. Nach Donald Trumps Europareise, die mehr entfremdet denn zusammengeführt hat, geben sich Regierungschefs vermeintlicher mAlternativen zum großen Partner USA die Klinke in die Hand. Der Inder Narendra Modi war gerade da, nun weilt Chinas Ministerpräsident Li Keqiang in Berlin. Was sie über die gemeinsamen Herausforderungen auf der Welt und die Notwendigkeit internationaler Zusammenarbeit sagen, klingt vertrauter als Trumps Tonart. Die Geschichte der Abwendung vom selbstbezogenen Amerika und der Hinwendung nach Asien liest sich spannend. Der Westen erlebt seine bisher größte Krise. Ungleich verteilte Globalisierungsgewinne haben in vielen Gesellschaften Zweifel am bisherigen Erfolgsmix aus Demokratie und Kapitalismus geweckt, hinzugekommen sind Verlustängste, genährt von großen Flüchtlingsbewegungen und dem internationalen Terror.

TD

Sichtbarstes Ergebnis dieser Entwicklung ist, dass am Tisch der westlichen G7-Runde zuletzt auf Sizilien in Gestalt von Trump und der Britin Theresa May zwei nationalistisch orientierte Regierungschefs saßen, die internationale Organisationen infrage stellen beziehungsweise sich aus ihnen zurückziehen. Gerade vor dem Hintergrund der irrational übersteigerten US-Kritik am deutschen Außenhandelsüberschuss mag die Kanzlerin mit ihren asiatischen Gästen das Signal nach Washington senden wollen, dass andere nur allzu gern mit Deutschland handeln. Ersatz für das US-Geschäft kann das aber nicht sein, allenfalls Ergänzung - ganz abgesehen davon, dass es in den ökonomischen Beziehungen mit **China** und Indien ganz andere Probleme beim Schutz von Investitionen und Ideen gibt, sind die Relationen weiter eindeutig: Niemand nimmt mehr deutsche Exportgüter ab als die USA; die Niederländer kaufen mehr Produkte "Made in Germany" als die Chinesen auf Platz 4, die Slowaken mehr als die Inder auf Platz 24. Die "asiatische Option" ist ohnehin eine rein wirtschaftspolitische. Die Vorstellung, dass es mit dem Ein-Parteien-Staat **China** samt Menschenrechtsverstößen und unterdrückter Meinungsfreiheit eine größere Schnittmenge gemeinsamer Überzeugungen gäbe, ist abwegig. Sicherheitspolitische Optionen bietet Asien ohnehin nicht, genauso wie die Überlegungen einer neuen europäischen Sicherheitsarchitektur unter Einbeziehung Russlands mit dessen Präsident Wladimir Putin so unrealistisch erscheint wie lange nicht. Man mag das gut finden oder nicht: Die Nato-Führungsnation USA war nicht nur im Kalten Krieg Schutzmacht der Bundesrepublik, sie ist es de facto immer noch. Gerade aus Sicht eines auch von den Amerikanern vom Nationalsozialismus befreiten Deutschland wäre es völlig geschichtsvergessen, das daraus erwachsene transatlantische Band aktiv kappen zu wollen. Anders verhielte es sich, wenn die Trumpisten selbst zur Schere griffen und tatsächlich Taten folgen ließen: Für diesen Fall muss sich die Bundesrepublik wappnen - aber nicht mit "Go East" statt "Go West", sondern mit Europa. Mit den EU-Nachbarn ist die Interessensüberschneidung mit Abstand am größten. Es sind Schicksalsjahre für die **Schicksalsgemeinschaft** Europa. Mit dem neuen französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron besteht die Chance, die EU wieder sozial und ökonomisch zu vereinen und unabhängiger zu machen.

NS gvexe : Executive Branch | gcat : Political/General News | gpir : Politics/International Relations | gpol : Domestic Politics | gvbod : Government Bodies
RE gfr : Germany | usa : United States | china : China | eecz : European Union Countries | thurng : Free State of Thuringia | apacz : Asia Pacific | asiaz : Asia | bric : BRICS Countries | chinaz : Greater China | dach : DACH Countries | devgcoz : Emerging Market Countries | dvpcoz : Developing Economies | easiaz : Eastern Asia | eurz : Europe | namz : North America | weurz : Western Europe
PUB Suhler Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG
AN 文件 WORTSUE020170601ed6100062

HD Gesucht: Ein Staat namens Europa
BY Henrik Müller
WC 1,143 字
PD 2017 年 6 月 18 日
SN Spiegel Online
SC SPGLO
VOL 0 2017
LA 德文
CY © 2017 SPIEGEL net GmbH. All rights reserved.
LP

Brexit-Verhandlungen, EU-Gipfel - Europa steht vor einer ereignisreichen Woche. 60 Jahre nach ihrer Gründung präsentiert sich die EU im Innern zerstritten und nach außen schwach. Zeit für einen Neustart.

Am Anfang steht die Schuldfrage. Wer ist eigentlich schuld, dass es mit Europa nicht recht vorangeht? Aus deutscher Sicht stellt sich die Situation wie folgt dar: Die Griechen sparen nicht genug. Franzosen und Italiener reformieren nicht genug. Die Osteuropäer sind in der Flüchtlingspolitik nicht solidarisch genug. Und was die Engländer angeht, so ist ihnen nach dem Brexit-Entscheid ohnehin nicht zu helfen.

TD

Dies ist, natürlich, eine holzschnittmäßig vergrößerte Darstellung. Aber in der Quintessenz laufen deutsche Europadebatten häufig in diese Richtung: Den anderen Staaten ist letztlich nicht zu trauen. Deshalb braucht es möglichst strikte Regeln, stringente Kontrollen und harte Strafen. Mehr Integration? Lieber nicht. Vielleicht irgendwann mal. Sollen doch die anderen erst mal ihre Hausaufgaben machen.

Das Problem ist nur, dass wir so nicht weiterkommen

Wenn Kanzlerin Angela Merkel darüber redet, Europa müsse sein Schicksal selbst in die Hand nehmen, weil man sich auf die USA nicht mehr unbedingt verlassen könne; wenn die EU-Kommission angesichts des aktuellen Aufschwungs vor "Selbstzufriedenheit" warnt und anmahnt, die "Architektur" der Währungsunion zu stärken - dann heißt das letztlich auch: Die Deutschen müssen ihre Urteile überdenken und ihre Vorurteile revidieren.

Europa steht eine bemerkenswerte Woche bevor. Montag beginnen die Verhandlungen über Großbritanniens Ausstieg aus der EU. Donnerstag und Freitag kommen die EU-Regierungschefs in Brüssel zum Gipfel zusammen.

Erstmals wird Europas größter anzunehmender Hoffnungsträger, Frankreichs Staatspräsident Emmanuel Macron, dabei sein. Ein Politiker neuen Typs, der sich getraut hat, mit einem eindeutig proeuropäischen Programm anzutreten, und der mit dieser Positionierung fulminante Siege bei den Präsidentschafts- und den Parlamentswahlen eingefahren hat.

Deutschland sollte Macron beim Wort nehmen. Denn bleibt alles, wie es ist, könnten jene extremen Kräfte von rechts und links, die bei der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen rund die Hälfte der Stimmen einfahren konnten, in einigen Jahren triumphieren - und das europäische Integrationsprojekt endgültig begraben.

Neben **China**, USA und Russland wirkt Europa leichtgewichtig

Beim Gipfel in Brüssel wird Macron allerdings eine EU erleben, die nicht gerade den Eindruck macht, als nehme sie ihre Zukunft in die Hand. Auf der Agenda steht unter anderem der Abschluss des "Europäischen Semesters": Die EU-Staaten werden in sämtlichen Politikbereichen, die irgendwie wirtschaftsrelevant sind, überwacht; in Brüssel sollen nun die länderspezifischen Vorgaben beschlossen werden. Auch die Flüchtlingspolitik wird verhandelt - und das in einer Zeit, da die EU-Kommission ein Verfahren gegen Polen, Ungarn und Tschechien angestrengt hat, weil sie sich den gemeinsamen Regeln widersetzen - sowie die Ausstiegsverhandlungen mit Großbritannien, die sich schon zu Beginn festzufahren drohen.

Außerdem soll es um die EU-Strategie für den G20-Gipfel im Juli in Hamburg gehen. Doch neben den Großmächten **China**, USA und Russland wirken die Europäer leichtgewichtig.

So präsentiert sich die EU 60 Jahre nach ihrer Gründung: im Innern zerstritten und nach außen schwach.

Damit sind wir wieder bei der Schuldfrage. Die Problematik der EU besteht darin, dass sie den Sprung zur Staatlichkeit bislang nicht geschafft hat. Und es ist nicht zuletzt Deutschland, das diesen Sprung verhindert hat.

Wozu sind die Staaten da?

Ganz grundsätzlich: Der Staat ist dazu da, die Gesellschaft zu befrieden. Dazu hat er im Prinzip zwei Mittel: Geld und Gewalt; Staaten finanzieren sich durch Zwangsabgaben (Steuern), und sie gebieten über ein Gewaltmonopol. Damit lassen sich die meisten Konflikte lösen. Nur wo Ordnung und Frieden herrschen, können sich Menschen produktiv entfalten. Nur geordnete Gesellschaften können prosperieren. Staat und Markt sind keine Gegensätze - sie bedingen einander.

Die deutsche Sicht auf den Staat ist hingegen von Misstrauen geprägt, zumindest soweit es die EU-Partner betrifft. Deshalb hat Berlin im Zuge der Eurokrise ein System von Überwachungsmechanismen und Sanktionen durchgedrückt, das die EU-Mitgliedstaaten auf Kurs halten soll ("Stabilitäts- und Wachstumspakt", "makroökonomisches Ungleichgewichtsverfahren", "Europäisches Semester").

Dass dieses System nicht funktioniert, ist längst offensichtlich. Es ist ein Rezept für permanenten Unfrieden: Ständig sitzen die Mitgliedstaaten übereinander zu Gericht und drohen einander mit Sanktionen - die allerdings nicht glaubwürdig sind. Man kann, wie Spanien, gegen den Stabilitäts- und Wachstumspakt verstoßen, ohne die im Verfahren vorgesehenen Strafzahlungen befürchten zu müssen. Man kann, wie Deutschland, über viele Jahre einen außenwirtschaftlichen Überschuss fahren, der viel höher ist, als es das Ungleichgewichtsverfahren erlaubt, weil ohnehin niemand etwas dagegen tun kann.

Die EU braucht eigene Machtmittel

Hochproblematisch: Europäische Verträge und Gesetze gelten nicht unbedingt. Die Rechtsstaatlichkeit droht zu erodieren. Nicht nur in der Wirtschaftspolitik: Die Regierungen in Budapest und Warschau beugen demokratische Grundregeln, doch letztlich können die EU-Partner nichts daran ändern. Währenddessen vergrößert der ständige Streit die Risse in der EU. Ein geeintes Europa stellt man sich anders vor.

Die Bundesregierung - und mit ihr das Gros der deutschen Ökonomen - sollten sich eingestehen, dass ihr Ansatz zur europäischen Integration in einer Sackgasse steckt. Eine EU, die letztlich auf Deals zwischen den Regierungen der Mitgliedstaaten ("Intergouvernementalismus") fußt, muss auf Dauer scheitern. Wirtschaftlich und politisch.

Die Lösung besteht darin, auf europäischer Ebene eigene Staatlichkeit zu etablieren. Die EU-Ebene braucht eigene Machtmittel - Geld und Gewalt -, die sie in die Lage versetzen, Europa zu befrieden. Um dies zu ermöglichen, braucht die EU eigene Legitimität durch mehr Mitspracherechte der Bürger: die Europäisierung der Demokratie - die Demokratisierung Europas. Es geht nicht um die Abschaffung der Nationalstaaten, sondern um die Schaffung einer zusätzlichen föderalen Ebene.

Wenn Europa sich als **Schicksalsgemeinschaft** in einer Welt voller Risiken versteht, muss es sich entsprechende überstaatliche Strukturen geben. Macron scheint das erkannt zu haben.

Deutschland kann es sich nicht leisten, ihn auflaufen zu lassen.

Die wichtigsten Wirtschaftsereignisse der kommenden Woche

MONTAG

Brüssel - London brawling - Beginn der Verhandlungen über den Ausstieg Großbritanniens aus der EU. Die Zeit drängt: Laut EU-Vertrag muss der Ausstieg bis März 2019 vollzogen sein. Die Regierung May hat bereits wertvolle Zeit vertändelt. Die EU will den Brexit behandeln wie Beitrittsverhandlungen mit umgekehrten Vorzeichen.

DIENSTAG

Berlin - Produktionswert - Der BDI bittet zum Tag der Deutschen Industrie. Mit allerlei Polit-Prominenz: Merkel, Schulz, Özdemir, Dobrindt, Lindner.

Berlin - Zur Lage des Sozialen - Der Paritätische Gesamtverband veröffentlicht sein Jahresgutachten zum Zustand der deutschen Gesellschaft.

MITTWOCH

Berlin - Europa im Gespräch - Der Bundestagsausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union berät über das EU-Kommissionspapier zur sozialen Dimension Europas.

DONNERSTAG

Brüssel - 28 minus 1 - Gipfel der EU-Staats- und Regierungschefs (bis Freitag). Der Brexit soll in getrennter Runde besprochen werden - ohne Premier May.

FREITAG

Berlin - In der Mitte des Standes - Tag des deutschen Familienunternehmens (bis Samstag). Mit Polit-Prominenz (Schäuble, Lindner, Röttgen).

SONNTAG

Dortmund - Das weiche Wasser - SPD-Bundesparteitag: Auf der Agenda steht die Verabschiedung des Programms für die Bundestagswahl. Nach Umfragen liegt die Partei bei 24 Prozent; nicht mal für Rot-Rot-Grün reicht es derzeit. Klingt ein bisschen wie der Parteisong: "Und sind wir schwach und sind wir klein/Wir wollen wie das Wasser sein/Das weiche Wasser bricht den Stein".

Pro-EU-Demonstration von "Pulse of Europe" in Berlin, 26. März 2017

CO euruno : European Union

NS gdip : International Relations | gpol : Domestic Politics | gcat : Political/General News | gpir : Politics/International Relations

RE gfr : Germany | eecz : European Union Countries | uk : United Kingdom | dach : DACH Countries | eurz : Europe | weurz : Western Europe

IPD Wirtschaft / Staat & Soziales

PUB Spiegel-Verlag Rudolph Augstein GmbH

AN 文件 SPGLO00020170618ed6i0008s

HD G20; **China** will mit Deutschland mehr Verantwortung übernehmen

WC 240 字

PD 2017 年 7 月 4 日 01:25 上午

SN Focus Online

SC FOCUSO

LA 德文

CY Copyright 2017. ForwardNews+ GmbH, FOCUS Online

LP

China will sich gemeinsam mit Deutschland international mehr engagieren.

„**China** und Deutschland als zweitgrößte und viertgrößte Volkswirtschaft der Welt, als führende Handelsnationen und als Länder mit bedeutendem Einfluss müssen einerseits sich selbst gut entwickeln, andererseits sollten sie auch ihre große Verantwortung für Frieden, Stabilität und Wohlstand weltweit und in ihren Regionen übernehmen“, schreibt der chinesische Präsident Xi **Jinping** in einem Gastbeitrag für die „Welt“ (Dienstag).

TD

Wenige Tage vor dem G20-Gipfel trifft Xi an diesem Dienstag mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin in Moskau zusammen. Anschließend reist er nach Berlin weiter. Ein Treffen mit G20-Gastgeberin Angela Merkel ist für Mittwoch geplant.

Kurz vor dem Spitzentreffen der großen Wirtschaftsmächte in Hamburg sind die Spannungen zwischen **China** und den USA gewachsen. Peking fühlt sich provoziert von dem Manöver eines US-Zerstörers im Südkinesischen Meer und Waffenverkäufen der USA an Taiwan.

In der „Welt“ kündigte der chinesische Präsident an, er wolle mit Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und Kanzlerin Merkel einen tief gehenden Meinungsaustausch darüber führen, „wie wir in der neuen Situation die Chancen ergreifen und die umfassende chinesisch-deutsche strategische Partnerschaft insgesamt noch besser voranbringen können“.

Beide Staaten sollten sich „gemeinsam um eine Verbesserung und Vervollkommnung der internationalen Mechanismen und Regelwerke bemühen und unseren gebührenden Beitrag leisten für die Wahrung der regionalen Stabilität und des Weltfriedens, für die Förderung einer gesunden Entwicklung der Weltwirtschaft und für die Errichtung einer **Schicksalsgemeinschaft** der Menschheit“.

Inline Video

NS gcat : Political/General News

RE gfr : Germany | china : China | russ : Russia | taiwan : Taiwan | usa : United States | apacz : Asia Pacific | asiaz : Asia | bric : BRICS Countries | chinaz : Greater China | dach : DACH Countries | devgcoz : Emerging Market Countries | dvpcoz : Developing Economies | easiaz : Eastern Asia | eecz : European Union Countries | eeurz : Central/Eastern Europe | eurz : Europe | namz : North America | ussrz : CIS Countries | weurz : Western Europe

IPD Deutschland

PUB Focus Magazin Verlag GmbH

AN 文件 FOCUSO0020170718ed7300287



HD Ji Jinping will Beziehungen zu Deutschland vertiefen

WC 332 字

PD 2017 年 7 月 4 日 07:27 上午

SN Agence France Presse

SC AFPDE

LA 德文

CY Copyright Agence France-Presse, 2017 All reproduction and presentation rights reserved.

LP

Kurz vor seinem Deutschland-Besuch im Vorfeld des G-20-Gipfels hat Chinas Präsident Xi **Jinping** eine Vertiefung der strategischen Partnerschaft mit Deutschland angeboten. Die Beziehung beider Länder sei "zu einem Musterbeispiel" für die Zusammenarbeit "zwischen den wichtigsten Volkswirtschaften im globalen Rahmen geworden", schreibt Xi in einem Gastbeitrag für "Die Welt" vom Dienstag. Er wolle die Gestaltung dieser Beziehung nun auf "höchster Ebene intensivieren".

Auf bilateraler Ebene bot Xi eine Vertiefung der Zusammenarbeit auf Gebieten wie "Innovation, Internet, intelligente Fertigung, Finanzwesen, Energie, Umweltschutz und ökologische Entwicklung" an. Als zweitgrößte und viertgrößte Volkswirtschaft der Welt und führende Handelsnationen sollten **China** und Deutschland aber auch "Verantwortung für Frieden, Stabilität und Wohlstand weltweit und in ihren Regionen übernehmen", schrieb der Präsident weiter.

TD

Gemeinsam könnten sie einen "Beitrag leisten für die Wahrung der regionalen Stabilität und des Weltfriedens, für die Förderung einer gesunden Entwicklung der Weltwirtschaft und für die Errichtung einer **Schicksalsgemeinschaft** der Menschheit".

Xi erinnerte daran, dass beide Länder vor 45 Jahren ihre diplomatischen Beziehungen aufgenommen haben. Seitdem hätten sich die beiderseitigen Beziehungen "insgesamt sehr positiv entwickelt". Laut Statistik betrug das bilaterale Handelsvolumen nach seinen Angaben im vergangenen Jahr 170 Milliarden Euro. Damit sei "**China** erstmals auch Deutschlands wichtigster Handelspartner".

Auch die kulturellen und gesellschaftlichen Beziehungen seien immer enger geworden. Inzwischen studierten mehr als 40.000 Chinesen in Deutschland. Gleichzeitig lebten in **China** "30.000 deutsche Experten und 8200 deutsche Studenten".

Xi besucht am Dienstag und Mittwoch Deutschland im Vorfeld des G-20-Gipfels am Freitag und Samstag in Hamburg. Für Dienstagabend ist ein Essen mit Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) geplant. Der Gipfel wird überschattet von Sorgen, die USA unter Präsident Donald Trump könnten sich aus der internationalen Zusammenarbeit zurückziehen und sich insbesondere gegen einen weiteren Abbau von Handelshemmnissen und eine Verbesserung des Klimaschutzes stellen.

In einem Telefonat sicherte Trump am Montag allerdings Merkel seine Unterstützung beim Gipfel zu. Nach Angaben des Weißen Hauses sagte der Präsident, er wolle dazu beitragen, dass der Gipfel ein "Erfolg" werde.

ans

NS gdip : International Relations | grelad : Relationships | gvexe : Executive Branch | gcat : Political/General News | glife : Living/Lifestyle | gpri : Politics/International Relations | gpol : Domestic Politics | gvbod : Government Bodies

RE gfr : Germany | china : China | apacz : Asia Pacific | asiaz : Asia | bric : BRICS Countries | chinaz : Greater China | dach : DACH Countries | devgcoz : Emerging Market Countries | dvpcoz : Developing Economies | easiaz : Eastern Asia | eecz : European Union Countries | eurz : Europe | weurz : Western Europe

IPD D

PUB Agence France-Presse

AN 文件 AFPDE00020170704ed74000p1

SE FORUM
HD Für eine bessere Welt
BY Xi Jinping
WC 1,698 字
PD 2017 年 7 月 4 日
SN Die Welt
SC DWELT
ED DWBE-HP
PG 2
VOL 153
LA 德文
CY Copyright 2017 Axel Springer SE
LP

Ein Gastbeitrag des chinesischen Staatspräsidenten Xi Jinping anlässlich seines Besuches in Deutschland

Ich freue mich sehr, dass ich in diesem Sommer Deutschland erneut einen Staatsbesuch abstatten und am G-20-Gipfel in Hamburg teilnehmen kann. Dieser Besuch fällt in das Jahr, in dem sich die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen China und Deutschland zum 45. Male jährt. In jenen 45 Jahren haben sich die chinesisch-deutschen Beziehungen insgesamt sehr positiv entwickelt, die praktische Zusammenarbeit vertieft sich stetig. Bei meinem ersten Staatsbesuch im Jahr 2014 sind beide Seiten übereingekommen, die Beziehungen zu einer umfassenden strategischen Partnerschaft aufzuwerten. Damit wurde ein neues Kapitel in den chinesisch-deutschen Beziehungen aufgeschlagen.

TD

Der strategische Charakter der chinesisch-deutschen Beziehungen gewinnt ständig an Bedeutung. Die häufigen hochrangigen Besuche zwischen unseren Ländern mehrten das Wissen übereinander, und sie stärken das gegenseitige Verständnis und politische Vertrauen. 2014 verkündeten beide Seiten den Aktionsrahmen für die deutsch-chinesische Zusammenarbeit mit dem Titel "Innovation gemeinsam gestalten!", der zu einem für die mittel- und langfristige Entwicklung der Beziehungen beider Länder wegweisenden programmatischen Dokument geworden ist. Seither sind schon 70 Dialog- und Kooperationsformate auf verschiedenen Ebenen entstanden, darunter die chinesisch-deutschen Regierungskonsultationen. Besonders der strategische Dialog in der Außen- und Sicherheitspolitik und die hochrangigen Dialoge für die Bereiche Finanzen, People to People und Sicherheit sowie der chinesisch-deutsche Beratende Wirtschaftsausschuss haben die umfassende chinesisch-deutsche Partnerschaft mit Leben erfüllt. Die chinesisch-deutschen Kooperationen haben sich schrittweise auch auf die Gebiete Luft- und Raumfahrt, Meeres- und Polarforschung und das Internet ausgedehnt.

Die konkrete Kooperation zwischen China und Deutschland trägt reiche Früchte. Deutschland ist seit nunmehr 42 Jahren in Folge Chinas wichtigster Handelspartner in Europa. Nach einer Statistik der deutschen Seite betrug das chinesisch-deutsche Handelsvolumen im vergangenen Jahr 170 Milliarden Euro. Damit ist China erstmals auch Deutschlands wichtigster Handelspartner.

Deutschland ist das europäische Land mit dem umfangreichsten Technologietransfer nach China. Bis Mai 2017 importierte China Technologien im Gesamtwert von 76,82 Milliarden Dollar aus Deutschland. Aus der "Einbahnstraße" bei der Investitionszusammenarbeit zwischen China und Deutschland ist inzwischen eine Schnellstraße geworden, auf der der Verkehr in beiden Richtungen fließt. Duisburg und Hamburg sind zu wichtigen Knotenpunkten der regelmäßigen Güterzugverbindungen zwischen China und Europa geworden. Die konkrete Zusammenarbeit zwischen China und Deutschland spielt nicht nur innerhalb der chinesisch-europäischen Beziehungen eine führende Rolle, sie ist auch zu einem Musterbeispiel für die Zusammenarbeit zum wechselseitigen Nutzen zwischen den wichtigsten Volkswirtschaften im globalen Rahmen geworden.

Auch die kulturellen und gesellschaftlichen Beziehungen zwischen China und Deutschland werden immer enger. In den Jahren seit 2013 haben beide Länder groß angelegte Austausch-Projekte

durchgeführt, wie das Sprachenjahr, das Jahr der Innovationspartnerschaft und das Jugendaustauschjahr. **China** hat in Deutschland das Chinesische Kulturzentrum sowie 19 Konfuzius-Institute und vier Konfuzius-Klassenzimmer eingerichtet. Auch in **China** tätige Institutionen wie das Goethe-Institut und der DAAD setzen sich tatkräftig für den deutsch-chinesischen Kulturaustausch ein. Mehr als 40.000 Chinesen studieren in Deutschland. Sie bilden hier die größte Gruppe ausländischer Studenten. In **China** leben, arbeiten und lernen 30.000 deutsche Experten und 8200 deutsche Studenten. 2016 gab es zwei Millionen Reisen zwischen **China** und Deutschland. Auch auf regionaler Ebene ist der Austausch zwischen unseren Ländern lebhaft: Es bestehen schon 91 Partnerschaften zwischen Provinzen und Bundesländern bzw. Städten. Im November 2016 unterzeichneten **China** und Deutschland eine Reihe von Kooperationsvereinbarungen im Fußballbereich, mit denen die Zusammenarbeit bei diesem Sport wichtige Schritte vorankommt.

Derzeit befindet sich die Menschheit in einer Zeit großer Entwicklungen, großer Umbrüche und großer Anpassungen. Die Multipolarität, die wirtschaftliche Globalisierung, die Digitalisierung der Gesellschaft und die kulturelle Vielfalt nehmen immer mehr zu. Die Menschheit ist schon heute zu einer eng verwobenen **Schicksalsgemeinschaft** geworden. Gleichzeitig leben wir in einer Welt, die immer wieder vor neue Herausforderungen gestellt wird. Regionale Krisenherde sorgen weiterhin für Unruhe, der Terrorismus greift immer weiter aus, und die Defizite bei Frieden, Entwicklung und Regierungsführung sind ernste Herausforderungen, mit denen sich die Menschheit konfrontiert sieht.

China und Deutschland als zweitgrößte und viertgrößte Volkswirtschaft der Welt, als führende Handelsnationen und als Länder mit bedeutendem Einfluss müssen einerseits sich selbst gut entwickeln, andererseits sollten sie auch ihre große Verantwortung für Frieden, Stabilität und Wohlstand weltweit und in ihren Regionen übernehmen.

Ein wichtiges Ziel meines Deutschlandbesuchs ist es, mit den deutschen Führungspersonlichkeiten wie Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier und Bundeskanzlerin Angela Merkel einen tief gehenden Meinungsaustausch darüber zu führen, wie wir in der neuen Situation die Chancen ergreifen und die umfassende chinesisch-deutsche strategische Partnerschaft insgesamt noch besser voranbringen können, um so die chinesisch-deutschen Beziehungen, die bereits ein hohes Niveau erreicht haben, noch weiter zu entwickeln.

Wir müssen die Gestaltung der bilateralen Beziehungen auf höchster Ebene intensivieren und mit einem breiteren geistigen Horizont und einem offeneren Blick eine Blaupause für die Entwicklung der Beziehungen zwischen unseren Ländern entwerfen. Wir müssen die Führungsrolle der Dialogformate auf den verschiedenen Ebenen zum Tragen bringen und die strategischen Konsultationen in Bezug auf wichtige internationale und regionale Fragen verstärken. Wir müssen auf dem Weg gleichberechtigten Dialogs und freundschaftlicher Verhandlungen mit unseren Differenzen richtig umgehen, gegenseitiges Verständnis zeigen und uns wechselseitig unterstützen in Bezug auf die Kerninteressen und die wichtigen Anliegen der jeweils anderen Seite.

Wir sollten aus einem innovativen, offenen und inklusiven Denken heraus die strategische Verbindung der Zukunftsprogramme "Made in **China** 2025" und "Industrie 4.0" in Deutschland verstärken. Wir sollten in beide Richtungen offene und von fairem Wettbewerb geprägte Investitionsbedingungen herstellen, und wir sollten die praktische Zusammenarbeit auf Gebieten wie Innovation, Internet, intelligente Fertigung, Finanzwesen, Energie, Umweltschutz und ökologische Entwicklung vertiefen und die Kooperation auf Drittmärkten weiterentwickeln. Wir sollten die Zusammenarbeit bei der Umsetzung von Chinas "One Belt, One Road" intensivieren und gemeinsam für die Sicherheit, Stabilität und Prosperität der Anrainerstaaten Beiträge leisten.

Der hochrangige Dialog "People to People" sollte im Sinne der Gesamtkoordination seine Wirkung entfalten und so die konkreten Kooperationen auf Gebieten wie Bildung, Kultur, Wissenschaft und Technologie, Gesundheitswesen, Thinktanks, Medien und Fußball vertiefen. Auch sollten wir die Visavergabe weiter vereinfachen und damit die Distanz zwischen den Menschen unserer Länder verkürzen. Ich freue mich darauf, während dieses Besuchs zusammen mit Bundeskanzlerin Merkel der Eröffnung des Panda-Hauses im Berliner Zoo beiwohnen zu können. Ich hoffe, dass diese beiden bereits in Berlin eingetroffenen Pandabären Botschafter der chinesisch-deutschen Freundschaft sein werden.

Wir sollten die gegenseitige Zusammenarbeit und Abstimmung im Rahmen von internationalen Organisationen und Institutionen wie den Vereinten Nationen, dem Weltwährungsfonds, der Welthandelsorganisation und der Asiatischen Infrastrukturinvestmentbank verstärken, uns gemeinsam um eine Verbesserung und Vervollkommen der internationalen Mechanismen und Regelwerke bemühen und unseren gebührenden Beitrag leisten für die Wahrung der regionalen Stabilität und des Weltfriedens, für die Förderung einer gesunden Entwicklung der Weltwirtschaft und für die Errichtung einer **Schicksalsgemeinschaft** der Menschheit.

Während des G-20-Gipfeltreffens im September letzten Jahres am Ufer des schönen Westsees in Hangzhou erzielte **China** mit den anderen Teilnehmern breiten Konsens. Zahlreiche neue Ergebnisse wurden erzielt, die wertvolle Beiträge darstellen zur Förderung eines kräftigen, kontinuierlichen, ausgeglichenen und inklusiven Wachstums der Weltwirtschaft.

Zur Zeit konsolidiert sich das Wachstumsmoment der Weltwirtschaft zunehmend. Die Konjunktur der entwickelten Länder und der Schwellenländer weist allgemein gute Perspektiven auf, die Länder stehen aber auch vor ernststen Herausforderungen. Vor diesem Hintergrund ist es besonders wichtig und entspricht auch den Interessen aller Seiten, dass die G 20 weiterhin ein wesentliches Gesprächsforum für die internationale Wirtschaftszusammenarbeit bilden und dass die beim Hangzhouer Gipfeltreffen und bei den vorangegangenen G-20-Gipfeln erzielten Vereinbarungen umgesetzt werden, um so die Weltwirtschaft voranzubringen. **China** tritt für einen Erfolg des von Deutschland in Hamburg ausgerichteten Gipfels ein und setzt große Erwartungen in ihn.

Die G 20 sind eine Plattform für den gleichberechtigten Dialog, den Informationsaustausch und die Abstimmung der wichtigsten Volkswirtschaften der Welt. Wir hoffen, dass die G 20 auch weiterhin im partnerschaftlichen Geist der gemeinsamen Bewältigung von Problemen und der Zusammenarbeit zum allseitigen Nutzen agieren. Dieser Geist ist das entscheidende Kapital der G 20. Dieser Geist hat die G 20 durch die Fährnisse der internationalen Finanzkrise geführt, und er wird die G 20 auch dazu ermutigen, die Weltwirtschaft weiter voranzubringen. Wenn sich nur jedes Land eine Einstellung von Toleranz und Inklusivität, von Solidarität und Hilfsbereitschaft bewahrt, dann können wir mit Sicherheit vorankommen.

Wir hoffen, dass die G 20 auch weiterhin das große Ziel einer offenen Weltwirtschaft hochhalten. Die Globalisierung der Wirtschaft hat dem weltweiten Wachstum große Dynamik verliehen. Sie förderte den Austausch von Waren und Kapital, den technisch-wissenschaftlichen Fortschritt und die Kontakte zwischen den Menschen aller Länder. Aber wir müssen auch adäquate Lösungen finden für die Probleme, die im Verlauf der wirtschaftlichen Globalisierung auftreten. Die G 20 müssen an einer offenen Entwicklung festhalten, sie müssen an der multilateralen Handelsordnung mit der WTO im Zentrum festhalten und die weiterhin wirksame Rolle von Handel und Investitionen als Motor für das weltweite Wirtschaftswachstum stärken.

Wir hoffen, dass die G 20 auch weiterhin auf dem Entwicklungspfad von innovativem Wachstum und nachhaltiger Regierungsführung vorangehen. Die gegenwärtige Wachstumstendenz der Weltwirtschaft war nur mit großen Anstrengungen zu erreichen, und bei den neuen Technologien und neuen Geschäftsmodellen gibt es Chancen ebenso wie Herausforderungen. Wenn sich diese positive weltwirtschaftliche Dynamik fortsetzen soll, dann müssen alle Länder durch Innovation neue Triebkräfte freisetzen und integrativ Maßnahmen der Finanz-, und Währungspolitik sowie Strukturreformen einsetzen, um so ein kräftiges, nachhaltiges, ausgewogenes und inklusives Wachstum der Weltwirtschaft zu fördern.

Vor Kurzem fand in Peking ein internationaler Kooperationsgipfel von "One Belt, One Road" statt. Ziel war es dabei, die Abstimmung und die Kontakte der beteiligten Regionen und Länder in Bezug auf ihre Entwicklungsstrategie zu verstärken und eine vernetzte Entwicklung umzusetzen. Dieses Ziel korrespondiert in hohem Maß mit dem Motto des diesjährigen G-20-Gipfels in Hamburg: "Eine vernetzte Welt gestalten".

Die Zusammenarbeit innerhalb der Initiative "One Belt, One Road" und innerhalb der G 20 kann sich gegenseitig ergänzen und befruchten. **China** ist bereit, sich beim Hamburger Gipfel gemeinsam mit allen Seiten zu engagieren und klare Signale für internationale Wirtschaftszusammenarbeit und globale wirtschaftliche Governance zu setzen. Wir wollen einen positiven Beitrag zur Förderung des weltweiten Wachstums und zur Vervollkommnung der globalen wirtschaftlichen Ordnungspolitik leisten.

Ich freue mich darauf, gemeinsam mit der deutschen Seite an einer Fortentwicklung der umfassenden strategischen Partnerschaft unserer Länder zu arbeiten, sowie für einen vollen Erfolg des Hamburger Gipfels. Denn wir haben ein gemeinsames Ziel: die Schaffung einer besseren Welt.

Chinas Präsident Xi in der großen Halle des Volkes in Peking

NS gdp : International Relations | gcat : Political/General News | gpri : Politics/International Relations

RE gfr : Germany | china : China | hambg : Free Hanseatic City of Hamburg | apacz : Asia Pacific | asiaz : Asia | bric : BRICS Countries | chinaz : Greater China | dach : DACH Countries | devgcoz : Emerging Market Countries | dvpcos : Developing Economies | easiaz : Eastern Asia | eecz : European Union Countries | eurz : Europe | weurz : Western Europe

IPD FORUM

PUB Axel Springer Syndication GmbH
AN 文件 DWELT00020170704ed740001s

HD +++ Sicherheitskonferenz im News-Ticker +++; „Darauf reagiere ich nicht“: Russischer Außenminister wiegelt Frage barsch ab

WC 3,037 字

PD 2018 年 2 月 17 日 03:43 上午

SN Focus Online

SC FOCUSO

LA 德文

CY Copyright 2018. ForwardNews+ GmbH, FOCUS Online

LP

Zum 54. Mal kommen seit Freitag 500 Spitzenpolitiker, führende Militärs und Verteidigungsexperten aus aller Welt in der bayerischen Landeshauptstadt zusammen, um über die zentralen Fragen der Sicherheitspolitik zu diskutieren. Eröffnet wurde die Konferenz von Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen. FOCUS Online berichtet im News-Ticker.

* Die Münchner Sicherheitskonferenz findet vom 16.-18. Februar im "Bayerischen Hof" statt

TD

* 20 Staats- und Regierungschefs und 80 Minister werden erwartet

* FOCUS-Online-Reporterin Henriette Jedicke und FOCUS-Online-Reporter Joseph Hausner sind live vor Ort

* Münchner Sicherheitskonferenz in Live-Stream

Jetzt spricht Trumps Sicherheitsberater

13.12 Uhr: Ein Vertreter einer russischen Delegation konfrontiert McMaster mit Cyberangriffen in Russland - die Beweise dafür habe er von russischen Cyberexperten -, die auf die USA zurückführen zu seien und erkundigt sich nach einem russisch-amerikanischen Dialog zum Thema Cybersicherheit, die die USA bislang immer abgelehnt hätten. Er wundere sich, dass russische Cyberexperten Zeit für solche Einschätzungen hätten, schließlich seien sie doch beschäftigt, mit ihrer Spionage Demokratien im Westen zu untergraben, so McMaster halb im Scherz. Wenn Russland ernsthaft an einem Dialog interessiert sei und bereit sei, seine Spionage einzustellen, wären die USA gesprächsbereit.

13.08 Uhr: McMaster zitiert Donald Trump: Der Erfolg internationaler Organisation hänge von der Stärke einzelner Mitgliedstaaten ab, betone der US-Präsident immer wieder. Und McMaster ergänzt: „Bedauerlicherweise gibt es derzeit aber nicht besonders viel Verständnis für Souveränität in der Welt.“

13.04 Uhr: „Wir haben in der Verhinderung terroristischer Anschläge große Fortschritte erzielt. Wir haben zwei neue Zentren in Saudi-Arabien eingerichtet, die unter anderem dafür sorgen, dass Terrorismusfinanzierung unterbrochen werden. Wir werden auch weiterhin ISIS-Kämpfer verfolgen, um die sicherer Rückkehr derjenigen zu ermöglichen, die unter der schrecklichen Organisation gelitten haben.“

13.02 Uhr: McMaster spricht auch über Nordkorea: „Wir müssen das Kim-Regime unter Druck setzen – mit allen Möglichkeiten, die wir haben – um sicherzustellen, dass diese grausame Diktatur die Welt nicht weiter bedrohen kann.“ Ein nukleares Nordkorea sei eine direkte Bedrohung für alle Länder. Es sei außerdem an der Staat, Fehler im Abkommen mit dem Iran auszubügeln.

13.00 Uhr: „Donald Trump engagiert sich für stärkere Partnerschaften auf Grundlage geteilter Werte und geteilter Lasten.“ McMaster nennt drei Notwendigkeiten für die nächste Zeit: „Wir müssen sicherstellen, dass die Nicht-Verbreitung von Waffenvernichtungswaffen weiter eingeschränkt wird.“ Es gelte, den Dschihadismus einzudämmen. „Und wir müssen die Grundlagen für Frieden und Wohlstand stärken.“

12.55 Uhr: Jetzt spricht Herbert Raymond McMaster, Sicherheitsberater von US-Präsident Donald Trump. Er dankt zunächst der Bundeskanzlerin und den Menschen in Deutschland für die freundliche Begrüßung in München. „Für mich ist das fast wie nach Hause kommen.“ Weiter sagt er: „Wir treffen uns zu einem kritischen Zeitpunkt für unsere Nation und die gesamte Menschheit. Wir erleben viele Bedrohungen, die uns alle angehen.“ Als ein Beispiel nennt er dschihadistische Terrororganisationen, „die sich weiterhin des Massenmordes an Anschuldigen als Taktik bedienen“.

Lawrows Ansatz für den Nahen Osten

12.50 Uhr: Lawrow hatte in seiner Rede angedeutet, dass es Neonazi-Bestrebungen in ganz Europa gebe. Was und wen er damit meine, wird er gefragt. „Diejenigen, die mit Nazi-Verbrechern in Verbindung stehen“, sagt er. Im Norden der EU gebe es solche Länder, die entsprechende Versammlungen unterstützten. Als Beispiel nennt Lawrow: die Ukraine. Er kritisiert, dass Medien in manchen EU-Ländern beeinflusst würden.

12.47 Uhr: "Was wäre denn aus russischer Sicht notwendiger, um systematischer als bisher eine regionale Sicherheitsarchitektur aufzubauen in einer Region, in der es so viele Krisen gibt?", fragt Ischinger. Lawrow antwortet: Zuerst müsse anerkannt werden, dass im Nahen Osten jeder der Akteure seine berechtigten Interessen habe, auch der Iran oder die Saudis, so Lawrow. Und wohl vor allem Russland selbst, was er aber nicht sagt. Die Spannungen zwischen Sunniten und Schiiten dürften nicht ausgenutzt werden.

„Darauf reagiere ich nicht“: Russischer Außenminister wiegelt Frage barsch ab

12.45 Uhr: US-Sonderermittler Robert Mueller hatte 13 Russen wegen des Versuchs angeklagt, die US-Präsidentenwahl 2016 zu beeinflussen. Davon hält Lawrow nichts. Eine entsprechende Frage, was er dazu sagen will, wiegelt er recht barsch ab. "Darauf möchte ich eigentlich gar nicht reagieren", sagt er nur. Und: "Solange wir die Fakten nicht haben, ist alles andere nur Spekulation."

12.39 Uhr: Die Politik des Westens, sich in anderen Staaten einzumischen, sei kontraproduktiv, sagt Lawrow. "Eine Entwicklung zum beiderseitigen Vorteil war immer unser Ziel." Dass es nicht dazu gekommen sei, sei nicht Russlands Schuld, so der Außenminister. Anstatt dass man versuche, Russland zu verstehen, bezeichne man das Land als Bedrohung. Lawrow spricht sich dafür aus, dass Russland, die EU und die USA zusammenarbeiten müssten im Nahen Osten und in der Golfregion. Er fordert eine berechenbare, verantwortungsvolle EU. "Wir sind bereit, einen offenen und von gegenseitigem Respekt geprägten Dialog zu führen, so Lawrow zum Ende seiner Rede.

12.34 Uhr: Lawrow erinnert an das Gründungsprojekt der EU, das im Bewahren von Frieden bestand. Er kritisiert, dass es heute in der EU wieder Bestrebungen gebe wie bei den Nazis damals. "Wenn von dem wachsenden Einfluss Russlands berichtet wird, wird das negativ gemeint", kritisiert er. "Interne Konflikte plagten die Ukraine", behauptet er - und lässt Moskaus Vorgehen im Donbass unerwähnt. Kiew müsse sich nicht zwischen der EU und Russland entscheiden, so Lawrow.

12.21 Uhr: In der anschließenden Fragerunde, möchten einer der anwesenden Journalisten wissen, wie nun nach der Freilassung Deniz Yücel's mit den restlichen inhaftierten Journalisten umgegangen werde. "Die Türkei ist ein Rechtsstaat - genauso wie Deutschland und die USA. Niemand hat das Recht, die Rechtsstaatlichkeit eines anderen Landes infrage zu stellen. Es gibt 3064 inhaftierte Türken in Deutschland", so Yildirim. Diese türkischen Gefangenen würden erwarten, dass die türkische Regierung ihnen helfe, so wie die deutsche Regierung ihren Landsleuten helfe.

Yildirim wettert gegen Nato-Verbündeten USA

12.12 Uhr: "Wir schützen die südliche Nato-Flanke, weil wir die Südgrenze der Türkei schützen", so Yildirim. Er klagt an: "Andere Nato-Staaten hingegen arbeiten mit Terroristen zusammen." Damit meint der türkische Premier offenbar die USA, die in Nordsyrien mit der Kurdenmiliz YPG zusammenarbeitet. Welche weiteren Staaten der Premier meinen könnte, ist unklar.

12.07 Uhr: Dann ändert der türkische Premier abrupt das Thema. Es geht um den Kampf gegen Terrorismus in Nahost. In Syrien und dem Irak liege der Fokus auf der Terrormiliz Islamischer Staat. Auch hier leiste der türkische Staat laut Yildirim einen Kraftakt. Über 10.000 Menschen mit IS-Verbindungen habe die Türkei bereits inhaftiert.

12.06 Uhr: Er fühle sich geehrt, Gast auf der Sicherheitskonferenz zu sein, beginnt Yildirim seine Rede. "Hat sich die Situation verbessert oder verschlechtert?", möchte der Premier in der Flüchtlingsfrage wissen. "Ich möchte ganz offen sprechen", so Yildirim über Flüchtlinge, die über die syrische Grenze in die Türkei reisen. "Wir haben den Krieg dort nicht angezettelt", die Türkei, ebenso der Libanon, seien jedoch bemüht, den menschlichen Tragödien angemessen zu begegnen. 3,5 Millionen Syrer seien in die Türkei geflohen. "Für sie haben wir große Opfer gebracht".

12.00 Uhr: Nun ist der türkische Premierminister Binali Yildirim an der Reihe.

11.45 Uhr: Der französische Premierminister Edouard Philippe spricht. "Das Europa der Verteidigung ist kein Seminar-Thema, sondern praktische Notwendigkeit". Seine Überzeugung sei die einer Solidarität mit den Mitgliedsstaaten. Die EU, so Philippe sein eine "Schicksalsgemeinschaft". Eine starke Nato bedeute eine solide EU-Außenpolitik.

Kurz: "Europa der zwei Geschwindigkeiten sollte keine Vision sein"

11.34 Uhr: Damit endet die Runde mit Kurz und Morawiecki. Ischinger lobt den Dialog zwischen den beiden Staaten.

11.32 Uhr: Kanzler Kurz meldet sich zu Wort. Es geht um Morawieckis Kritik an der Achsen-Politik in Europa. "Ein Europa der zwei Geschwindigkeiten sollte keine Vision sein, damit wir künftig geschlossener agieren".

11.26 Uhr: Vor allem das umstrittene Holocaust-Gesetz in Polen beschäftigt die Medienvertreter. Deshalb richten sich die Fragen an den polnischen Premier. Er verteidigt das Gesetz, nach dem jeder bestraft werden soll, wer "öffentlich und entgegen den Fakten" dem polnischen Volk oder Staat die Verantwortung oder Mitverantwortung für von Nazi-Deutschland begangene Verbrechen zuschreibt. Polen dürfe nicht der Verbrechen anderer bezichtigt werden, wiederholt Morawiecki. "Natürlich gab es polnische Täter", so Morawiecki. Nur dürften Opfer und Täter in Polen "nicht vermischt werden".

"Gibt es auch Fragen an Kanzler Kurz?"

11.20 Uhr: Nun geht es zur Fragerunde. Fragen werden gesammelt. Sie richten sich vor allem an den polnischen Premier. "Gibt es auch Fragen an Kanzler Kurz?", will der Chef der Münchner Sicherheitskonferenz wissen. Der österreichische Kanzler lächelt verlegen.

11.17 Uhr: Kurz wünscht sich, eine Rückbesinnung auf die "wichtigen Fragen". Der Westen müsse auf seine christlich-abendländische Tradition bestehen. "Wir leisten hier schon einen aktiven Beitrag", so der Kanzler über sein Land.

11.13 Uhr: In der EU sei man "hier und da falsch abgebogen". Damit meint er die Zuwanderungspolitik. "Nur wenn wir unsere Außengrenzen schützen, können wir die Innengrenzen der EU schützen", erklärt Kurz. Er sieht als Indiz für "falsches Abbiegen", die zwischenzeitlichen Sicherungen der Innengrenzen einiger Mitgliedsstaaten im Rahmen des Flüchtlingssommers.

11.10 Uhr: Nun löst ihn der Bundeskanzler Sebastian Kurz am Rednerpult ab. Er habe bereits fünf Mal die Sicherheitskonferenz besucht. "Sicherheit war Zeit meines Lebens ein Thema", so Kurz. In den letzten Jahren habe sich der Blick auf Sicherheit verändert. "Sie ist nicht mehr so selbstverständlich, wie wir es gerne hätten", erklärt der österreichische Regierungschef.

"Wie sollen die Nato-Staaten gewappnet sein?"

11.06 Uhr: Der polnische Premier fordert "mehr Kampfpanzer anstatt mehr Denkfabriken". Man müsse sich neben diplomatischen Beziehungen auch wieder auf die "konventionellen Kräfte" konzentrieren.

11.03 Uhr: "Für mich bedeutet ein stärkeres und sicheres Europa, mehr Grenzsicherung", so Morawiecki klar und deutlich. Hier wünsche er sich mehr Zusammenhalt der EU-Mitgliedstaaten. Auch ein höherer Verteidigungsetat wünsche sich der polnische Premier. "Wie sollen die Nato-Staaten gewappnet sein, wenn sich nicht alle Mitglieder zum zwei Prozent Ziel der Nato bekennen?"

10.57 Uhr: Nun sprechen Österreichs Kanzler Sebastian Kurz und Polens Premier Mateusz Morawiecki. "Versuchen Sie sich kurz zu fassen", erklärt Wolfgang Ischinger, Chef der Münchner Sicherheitskonferenz.

Juncker spricht über Annäherung der EU an Westbalkan

10.46 Uhr: Juncker bezieht seine Aussage auf den Westbalkan. Wann die Westbalkan-Länder der EU beitreten können, sei keine Entscheidung einzelner Nationalstaaten, sondern der Europäischen Union, so der Europa-Politiker weiter. In der Vergangenheit waren sich die EU-Mitgliedsstaaten uneins darüber, ob beispielsweise der Kosovo Teil der Gemeinschaft werden soll. Die EU-Kommission hatte den sechs Ländern des Westbalkans Anfang des Monats die Tür für einen EU-Beitritt bis 2025 geöffnet.

10.41 Uhr: Nach einer kurzen Pause, übernimmt EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker das Wort. Er plädiert für eine "sanfte Außenpolitik" der europäischen Staaten. Damit meint er diplomatische Schritte, und nicht "harte", durch militärische Einsätze bestimmte, Politik.

Theresa May: "Werden unsere Werte schützen"

10.05 Uhr: „Die Brexit-Entscheidung ist aus EU-Sicht gesehen eine sehr bedauernswerte Sache“, sagt Wolfgang Ischinger. „Es wäre alles so viel einfacher, wenn Sie bleiben würden“, kommentiert er unter Applaus den Vortrag Mays.

"Wir werden austreten aus der EU. Es wird kein zweites Referendum geben. Das Volk erwartet, dass wir seine Entscheidung respektieren und umsetzen", antwortet May und lächelt dabei müde.

10.02 Uhr: „Wir werden gemeinsam weiterhin unserer Werte weltweit schützen und verteidigen – jetzt und in Zukunft“, betont May zum Abschluss ihrer Rede.

09.59 Uhr: „Es liegt in unserem gemeinsamen Interesse, auch weiterhin operationell zusammen zu arbeiten. Wir werden sehen, wie wir das im Verteidigungsbereich am effektivsten hinbekommen.“ Für diese Zusammenarbeit sollten beide Seiten offen bleiben. May betont auch weitere Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen Großbritannien und der EU nach dem Brexit – beispielsweise in der Entwicklungshilfe.

09.44 Uhr: Wir sind ein führender Beitragsleister bei internationalen Einsätzen, etwa beim Kampf gegen den IS, sagt May. „Diese Zusammenarbeit möchten wir auch nach unserem Austritt aus der EU fortsetzen.“ Wenn Großbritannien die EU verlasse, werde es sich weiter der europäischen Sicherheit verpflichten, stellt May klar. Es sei ihr klar, dass es bislang keinen Drittstaat gebe, der eine so weitreichende Partnerschaft mit der EU pflege wie es die Briten wollten.

09.40 Uhr: Jetzt spricht die britische Premierministerin Theresa May. „Heute bringt die Globalisierung Nationen näher zusammen als jemals zuvor in der Geschichte. Wir sehen und gleichzeitig einer neuen Anzahl von Bedrohungen gegenüber. Die innere und äußere Sicherheit wird immer mehr miteinander verknüpft. Es gibt Waffen, die nicht nur auf dem Schlachtfeld zum Einsatz kommen, sondern auch im Cyberspace“, sagt May zu Beginn ihrer Rede. Umso wichtiger sei unsere Zusammenarbeit, so die britische Premierministerin mit Blick in die Runde im Bayerischen Hof.

Gabriels Rede im Protokoll

09.38 Uhr: „Wir haben uns verpflichtet, unsere Verteidigungshaushalte zu steigern. Das tun wir. Sie wissen aber auch, dass ich die Zahl 2 Prozent für schwierig halte“, sagt Gabriel. „Will Deutschland wirklich auch militärisch in Europa führen? Da gibt es auch skeptische Stimmen in Europa“, gibt Gabriel zu Bedenken. Es sei nicht unbedingt gut, wenn Deutschland sich doppelt so hohen Militärausgaben nähere wie Frankreich.

Als Gabriel auf seinen Yücel-Coup angesprochen wird, erklärt er seine Türkei-Vision

09.29 Uhr: Gabriel wird auf die Freilassung von Yücel angesprochen und schildert dabei seine Türkei-Vision. „Das war ein großes Hindernis in unserer weiteren Entwicklung, aber es ist nicht das einzige.“ Er betont, Deutschland habe sieben deutsche Staatsangehörige aus türkischer Haft befreit. Fünf weitere säßen noch dort. „Wir müssen dieses Momentum nutzen, um alle Gesprächsformate mit der Türkei wieder zu beleben.“ Gute Situationen müsse man nutzen, um bessere anzusteuern. Man dürfe kein Gesprächsformat liegen lassen – auch über schwierige Themen, wie Menschenrechte und Pressefreiheit nicht. „Ohne das Gespräch mit der türkischen Seite wüsste ich nicht, wie wir da vorankommen sollen.“

09.28 Uhr: Gabriel lobt die Außenpolitik der künftigen Bundesregierung und den Koalitionsvertrag, der massive Investitionen in Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik vorsehe. Im Rest der Welt steigen oft die Rüstungsausgaben zu Lasten der Entwicklungsausgaben, kritisiert Gabriel. Er fordert einen „europäischen Moment“, weil es „unserer tiefen Überzeugung entspricht auf Kooperation statt auf Konfrontation zu setzen“. Nur militärische Aufrüstung sichere keinen Frieden, betont Gabriel. Es brauche den Mut zu Gesprächen – auch über Feindbilder hinweg. Deutschland werde zu einem starken Europa beitragen. Die EU stehe vor einer Wegschneide und dürfe sich nicht zurückziehen, so Gabriel gegen Ende seiner Rede.

09.22 Uhr: Gabriel spricht über das große Ganze. Über die EU, über **China**, über Afrika, über die USA, über Russland, über all die Verflechtungen und Probleme in der Welt, über den großen Verlust für die EU durch den Brexit („Auch wenn Großbritannien die EU verlässt, verlässt es ja nicht Europa“). Über Freiheit und Demokratie. Mehrmals erntet er Applaus für seine Worte.

09.18 Uhr: „Niemand sollte versuchen, die EU zu spalten. Nicht Russland, nicht **China**, aber auch nicht die Vereinigten Staaten“, mahnt Gabriel. Die EU sei ein starker, wenn auch kein einfacher Partner. Die EU müsse ihre inneren Konflikte lösen und den Zusammenhalt stärken, außerdem einen gemeinsamen außenpolitischen Weg finden.

09.14 Uhr: Gabriel kritisiert, dass der Westen keine Strategie zum globalen Ausgleich von Interessen hat, um etwa mit Big Playern wie **China** auf Augenhöhe zusammenzuarbeiten. Gabriel sagt, dass Europa lange „begierig die Vorteile“ der USA kennengelernt und adaptiert habe. „Vielleicht erklärt das, warum gerade wir Deutsche in diesen Tagen manchmal irritiert über den Atlantik schauen. Wir erkennen unser Amerika nicht wieder.“ Dennoch gebe es noch heute viele Beispiele für die Stärke, wenn die USA und Europa zusammenarbeiteten. Es gelte etwa, den destabilisierenden Einfluss des Irans im Nahen Osten zu verringern. Auch in Fragen von Nordkorea und der Abrüstung plädiert Gabriel für eine enge Zusammenarbeit. „Mächte wie **China** und Russland versuchen permanent, den Zusammenhalt der EU zu testen“, sagt er.

09.09 Uhr: "Für unsere amerikanischen Partner sollte klar sein, dass die enge Zusammenarbeit mit Europa nicht nur im europäischen Interesse", sondern auch im eigenen Interesse erfolge. Gabriel erwähnt öfter diesen Begriff: Freiheit. Die Freiheit zu einem selbstbestimmten Leben, dafür müsse man kämpfen.

09.06 Uhr: Sigmar Gabriel betritt die Bühne. "Berechenbarkeit und Verlässlichkeit sind derzeit die rarsten Güter in der internationalen Politik", sagt er. Er wirft einen Blick auf die Konflikte und Sicherheitsprobleme der Welt, Nordkorea, russische Aggression, Syrien. Das müsse sich ändern. "Ich möchte, dass wir unsere Zukunft gestalten und nicht dulden", macht Gabriel klar. Er fordert eine wieder bessere Zusammenarbeit zwischen den USA und Europa.

09.03 Uhr: Die Gäste im Konferenzsaal des Bayerischen Hofes in München werden gebeten, sich zu setzen. Sigmar Gabriel - gestern Abend zuerst nach München gekommen, dann wegen Deniz Yücel wieder nach Berlin gereist und abends zurück nach München geflogen - wird gleich den zweiten Tag der Konferenz eröffnen. Zuerst spricht Wolfgang Ischinger ein paar einleitende Worte. Der Vormittag widme sich der Zukunft Europas.

8.43 Uhr: Tag zwei auf der Münchner Sicherheitskonferenz: Heute steht unter anderem das deutsch-türkische Verhältnis und die Europapolitik im Zentrum. Am Vormittag gibt es keine Podiumsdiskussion, sondern eine Fülle von kurzen Reden von Regierungschefs und Ministern. Den Anfang macht um 9 Uhr Außenminister Sigmar Gabriel (SPD). Es könnte sein letzter Auftritt als Chefdiplomat auf großer internationaler Bühne sein, denn die SPD will ihn in einer neuen Regierung ablösen. Die Freilassung des deutsch-türkischen Journalisten Deniz Yücel aus türkischer Haft, für den sich Gabriel eingesetzt hatte, könnte der Diskussion jedoch neuen Schub geben.

Nach dem SPD-Politiker spricht die britische Premierministerin Theresa May. Sie will in ihrer Münchner Rede vor allem ihre Pläne für das künftige Verhältnis zur Europäischen Union nach dem Brexit darlegen, insbesondere in der Außen- und Sicherheitspolitik, aber auch in Wirtschafts- und Handelsfragen.

Wird Ursula von der Leyen Nato-Generalsekretärin?

Samstag, 17. Februar, 08.25 Uhr: Die derzeitige Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen wird offenbar als Nachfolgerin des Nato-Generalsekretärs Jens Stoltenberg gehandelt. Das berichtet die "Welt am Sonntag" unter Berufung auf Nato-Insider.

Die Zeitung zitiert "hohe Kreise des Bündnisses". Demnach schätzen Nato-Verantwortliche das "strategische Gespür" und die "große Sachkenntnis" der deutschen Verteidigungsministerin.

Ein Nato-Spitzendiplomat eines großen Mitgliedslandes sagte laut dem Bericht außerdem: „Deutschland hat unter Frau von der Leyen das Engagement in der Nato deutlich verstärkt. Das ist auch der Verteidigungsministerin zu verdanken. Sie wäre eine gute Wahl für das Amt des Generalsekretärs.“

Die Amtszeit des Norwegers Stoltenberg dauert noch bis 2020. Ursula von der Leyen wäre die erste Frau an der Spitze des Militärbündnisses.

Im Video: Vor der Sicherheitskonferenz: CDU-Außenpolitiker Röttgen keilt gegen Merkel und fordert Neuausrichtung der Partei "Inhaltliche Entleerung" - CDU-Außenpolitiker Röttgen keilt gegen Merkel und fordert Neuausrichtung der Partei

CO nato : North Atlantic Treaty Organization

NS gterr : Terrorism | gvdef : Defense Department | gvstd : State Department | gcat : Political/General News | gcns : National/Public Security | gcrim : Crime/Legal Action | gpir : Politics/International Relations | gpol : Domestic Politics | gvbod : Government Bodies | gvexe : Executive Branch | ncat : Content Types | nfact : Factiva Filters | nfcpx : C&E Executive News Filter

RE usa : United States | russ : Russia | gfr : Germany | bavar : Free State of Bavaria | munich : Munich | asiaz : Asia | bric : BRICS Countries | dach : DACH Countries | devgcoz : Emerging Market Countries | dvpcz : Developing Economies | eecz : European Union Countries | eurz : Central/Eastern Europe | eurz : Europe | namz : North America | ussrz : CIS Countries | weurz : Western Europe

IPD München

PUB Focus Magazin Verlag GmbH

AN 文件 FOCUS00020180217ee2h000hz



HD Gabriel wirbt bei Münchner Sicherheitskonferenz für starkes Europa

BY Daniel-Karl JAHN

WC 582 字

PD 2018 年 2 月 17 日 02:04 下午

SN Agence France Presse

SC AFPDE

LA 德文

CY Copyright Agence France-Presse, 2018 All reproduction and presentation rights reserved.

LP

Europa im Findungsprozess inmitten einer Welt in Unordnung: Am zweiten Tag der Münchner Sicherheitskonferenz hat Bundesaußenminister Sigmar Gabriel (SPD) angesichts der weltpolitischen Umwälzungen für ein starkes Europa geworben. Die Welt stehe weiterhin vor einem "Abgrund", sagte Gabriel am Samstag. "Europa ist nicht alles, aber ohne Europa ist alles nichts", betonte der Außenminister. Sein russischer Kollege Sergej Lawrow gab dem Westen die Schuld für die Verschlechterung der gegenseitigen Beziehungen.

Berechenbarkeit und Verlässlichkeit seien derzeit "die knappsten Güter" auf der Welt, sagte Gabriel. Umso mehr müssten die EU-Mitgliedstaaten in die Zukunft der Gemeinschaft investieren, um nicht in die Bedeutungslosigkeit abzugleiten. In den vergangenen Jahren sei es "zu massiven Verschiebungen in unserer Weltordnung mit unabsehbaren Konsequenzen" gekommen. Er werbe bei den EU-Partnern jedoch dafür, "dass wir unsere Zukunft gestalten und nicht erdulden".

TD

Wenn die freiheitliche Ordnung, wie sie in der EU bestehe, bröckele, würden andere "ihre Pfeiler" einziehen, warnte Gabriel. Niemand solle versuchen, die EU zu spalten - "nicht Russland, nicht **China**, aber auch nicht die Vereinigten Staaten".

Gabriel forderte die EU-Mitgliedstaaten auf, ihre gemeinsamen Interessen in den Außenbeziehungen zu anderen Staaten zu definieren und Strategien und Instrumente zu entwickeln, um diese Interessen auch durchzusetzen.

Kritik am Westen übte der russische Außenminister Lawrow, der diesem vorwarf "keinen goldenen Mittelweg" zu einer Entwicklung "zum beiderseitigem Vorteil" gefunden zu haben. Er verwies auf die in Russland als Demütigung empfundene Behandlung nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion in den 90er Jahren und auf die als Bedrohung empfundene Nato-Osterweiterung in jüngster Zeit.

Heute hingegen sei von "russischer Bedrohung" die Rede und der gewachsene weltpolitische Einfluss seines Landes werde negativ bewertet. Seine Regierung sei aber weiterhin bereit für "einen offenen und von gegenseitigem Respekt geprägten Dialog mit der EU", sagte Lawrow.

Ähnlich wie Gabriel verwies auch der österreichische Bundeskanzler Sebastian Kurz auf die Veränderungen der internationalen Machtverhältnisse. Die USA zögen sich immer mehr von der internationalen Bühne zurück, und dieses "Machtvakuum" werde von **China** gefüllt, sagte Kurz. Es bestehe die Gefahr, dass "die Schnellen" nun "die Langsamen" schluckten.

Die EU forderte Kurz auf, sich stärker auf den Schutz ihrer Außengrenzen und die gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu konzentrieren. In der Vergangenheit sei die EU in einigen Bereichen "falsch abgebogen", habe Grenzen abgebaut, ohne "einen ordentlichen Außengrenzschutz" zu installieren. Um international wieder an Bedeutung zu gewinnen, müsse die EU stärker nach dem Motto "in Vielfalt geeint" statt "in Gleichheit getrennt" verfahren.

Der französische Regierungschef Edouard Philippe sagte, Europa sei mehr als eine "starke Interessengemeinschaft, sondern eine wirkliche **Schicksalsgemeinschaft**". Wie bereits Frankreichs Verteidigungsministerin Florence Parly und Bundesverteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) am Eröffnungstag machte sich auch Philippe für eine "gemeinsame Strategie" auf dem Weg hin zu einer "integrierten europäischen Verteidigung" in enger Zusammenarbeit mit der Nato stark.

Die britische Premierministerin Theresa May warb für eine enge Sicherheitspartnerschaft Großbritanniens mit der EU nach dem Brexit. Die Sicherheit der Bürger dürfe nicht durch einen "Wettbewerb zwischen Partnern", durch "tief verankerte Ideologie" und "institutionelle Einschränkungen" gefährdet werden. Brüssel und London verhandeln derzeit über den für Ende März 2019 geplanten Brexit.

Die dreitägige Münchner Sicherheitskonferenz im Hotel Bayerischer Hof findet vor dem Hintergrund zahlreicher internationaler Konflikte und Krisen wie etwa dem Syrien-Krieg und der Bedrohung durch das nordkoreanische Atomprogramm statt. Schwerpunkte des hochkarätig besetzten Forums für internationale Sicherheits- und Verteidigungspolitik sind unter anderem die Zukunft und Handlungsfähigkeit der EU, die Beziehungen zwischen Russland und den USA sowie die zahlreichen Konflikte in Nahost - insbesondere der Bürgerkrieg in Syrien - sowie Abrüstungsfragen.

jah/ju

CO euruno : European Union

NS gdef : Armed Forces | gdip : International Relations | gvdef : Defense Department | gvstd : State Department | gcat : Political/General News | gcns : National/Public Security | gpri : Politics/International Relations | gpol : Domestic Politics | gvbd : Government Bodies | gvexe : Executive Branch

RE eecz : European Union Countries | russ : Russia | gfr : Germany | bavar : Free State of Bavaria | china : China | munich : Munich | usa : United States | apacz : Asia Pacific | asiaz : Asia | bric : BRICS Countries | chinaz : Greater China | dach : DACH Countries | devgcoz : Emerging Market Countries | dvpcoz : Developing Economies | easiaz : Eastern Asia | eeurz : Central/Eastern Europe | eurz : Europe | namz : North America | ussrz : CIS Countries | weurz : Western Europe

IPD Lead

PUB Agence France-Presse

AN 文件 AFPDE00020180217ee2h002s1

HD **China**-Besuch; Ist Kanzlerin Merkel noch "unsere freundliche Tante Mo"?

WC 1,141 字

PD 2018 年 5 月 23 日

SN WELT online

SC WELTON

LA 德文

CY Copyright 2018 Axel Springer SE

LP

Zum elften Mal reist Angela Merkel nach **China**. Dort sorgt man sich, dass die Gespräche mit der deutschen Regierungschefin diesmal anders verlaufen - denn die Liste der Streitpunkte wird immer länger. Ein Überblick.

Wenn eine "alte Freundin" Chinas wie Bundeskanzlerin Angela Merkel zum elften Mal die Volksrepublik besucht, "ist es so, als kommt sie zum Familientreffen". So begrüßte die amtliche Shanghaier Tageszeitung "Jiefang Ribao" auf ihrer Webseite die deutsche Kanzlerin, die am Donnerstag zu ihrer zweitägigen Regierungsvisite zuerst in Peking antritt und danach in die Sonderwirtschaftszone Shenzhen fährt.

TD

Doch Autor Liao Qin fragte auch kritisch nach, ob Merkel, deren Name chinesisch "Mo-ke-er" übersetzt wird, noch dieselbe "Tante Mo" sei, die einst "bei uns Bohnenpaste und Anis kaufte und lernte, wie man ein scharfes Palasthähnchen im Wok brät". Die Stimmung in Deutschland gegenüber dem unaufhaltsam aufsteigenden **China** sei trotz sich glänzend entwickelnder bilateraler Beziehungen kritischer geworden.

Liao nennt als Knackpunkte die Dispute um "den Marktwirtschaftsstatus für **China**, um den Schutz des geistigen Eigentums, um Menschenrechte und Chinas Rolle im Südchinesischen Meer". Ihm fiel auch auf, dass Merkel beim Berliner Besuch des mazedonischen Premierministers Zoran Zaev im Februar erstmals öffentlich vor Chinas Einfluss warnte, wenn es seine Wirtschaftsbeziehungen mit den Balkanstaaten "mit irgendwelchen politischen Fragen verknüpft". Es gibt also mehrere mögliche Streitpunkte - ein Überblick:

Merkel verlangt von Pekings Führung wie schon bei ihren früheren Besuchen Gegenseitigkeit im bilateralen Wirtschaftsaustausch: Die Regierung müsse für einen gleichberechtigten Zugang zu ihrem Markt sorgen, wie ihn chinesische Investoren in Deutschland vorfinden. Das gelte auch für Handels- und Investitionsbedingungen und für Transparenz bei öffentlichen Ausschreibungen.

China trat 2001 der Welthandelsorganisation (WTO) bei. Doch die Beziehungen seien bis heute nicht auf Augenhöhe, so der zentrale Vorwurf Berlins. Seit Frühjahr dieses Jahres habe Peking seine Wirtschaft zwar weiter geöffnet, aber nur mit kleinen Schritten und vor allem auf Druck der USA und ihres Präsidenten Donald Trump. Der will das US-Handelsdefizit mit **China** von jährlich 375 Milliarden Dollar nicht mehr hinnehmen.

Präsident Xi **Jinping** kündigte im Frühjahr eine Serie von Reformen an, darunter die Aufhebung des Joint-Venture-Zwangs für Auslandsinvestoren. Und Premier Li Keqiang versprach gerade, das Umfeld für Auslandsinvestitionen in **China** zu verbessern, mehr Marktzugang und strengeren Schutz für geistiges Eigentum durchzusetzen und mehr zu importieren.

Merkel trifft mit beiden Führern am Donnerstag zusammen. Peking hat auch angekündigt, seine 25 Prozent Einfuhrzölle für Importautos ab 1. Juli stark zu senken. Die Kanzlerin dürfte das begrüßen. Denn davon wird neben den USA auch die deutsche Autoindustrie profitieren. Im vergangenen Jahr importierte **China** insgesamt 1,25 Millionen Pkw im Wert von 51 Milliarden Dollar.

Seit zwei Jahren ist **China** Deutschlands größter Handelspartner. Der Umsatz stieg 2017 um neun Prozent auf eine Rekordhöhe von mehr als 186 Milliarden Euro. Deutschland importierte Waren aus **China** für fast 100 Milliarden Euro. Im beiderseitigen Handel verringert sich das Defizit immer rascher. Doch das gilt nicht für den EU-Gesamthandel mit **China**, der sich 2017 auf 572 Milliarden Euro erhöhte.

Während Deutschland profitiert, muss Brüssel im Gesamthandel ein Defizit von 176 Milliarden Euro verzeichnen. Das beeinflusst den Fortschritt an dem seit 2013 verhandelten EU-Investitionsschutzabkommen mit **China**. Es kann erst abgeschlossen werden, wenn Peking seinen Marktzugang für die EU weiter öffnet und sein System öffentlicher Auftragsvergaben, Subventionen sowie Exportkredite transparent macht. So lange müssen auch die von Peking erhofften Vereinbarungen auf eine Gründung von Freihandelszonen mit der EU oder Deutschland warten.

Peking wirft der EU und Deutschland Protektionismus vor, weil sie chinesische Investoren mit Staatsnähe überprüfen lassen. Brüssel will sie im Zweifel stoppen können, falls sie sich in Europa in sicherheitsrelevante Infrastruktur oder strategische Industrien einkaufen oder Hightech-Unternehmen übernehmen wollen.

Nach einer gerade veröffentlichten Studie der Bertelsmann-Stiftung, die 175 chinesische Firmenbeteiligungen in Deutschland für den Zeitraum 2014 bis 2017 untersuchte, waren darunter 112 deutsche Unternehmen (64 Prozent) aus strategischen Branchen. Sie fallen unter die zehn Zukunftsindustrien, die nach der Strategie "Made in **China** 2025" von Peking prioritär und fast planwirtschaftlich entwickelt werden.

"**China** 2025" soll am deutschen Standard "Industrie 4.0" andocken. Staatsziel ist, die Volksrepublik zu einem globalen Industriestandort und Technologieführer zu entwickeln - auch durch Aufkauf ausländischer Hightech-Unternehmen. Die Verfasser der Bertelsmann-Studie fordern, dass Deutschland seine "Anteilsschwelle", also ab wann es Direktinvestitionen aus Drittstaaten überprüfen lässt, von derzeit 25 Prozent Beteiligung auf zehn Prozent senkt. Peking gefällt das ganz und gar nicht.

Peking möchte die Europäer und insbesondere Deutschland an seiner gigantischen Infrastruktur-Offensive beteiligen, **China** über die neuen Seidenstraßen und Wirtschaftskorridore mit Zentralasien, Afrika und Europa zu vernetzen. Doch solcher Ehrgeiz löst in Europa Skepsis über die mangelnde Transparenz bei der Auftragsvergabe der Milliarden-Projekte aus, über Umwelt-, Nachhaltigkeits- und Sozialstandards.

Befürchtet wird auch, dass sich Peking mit seinen Parolen über eine neue **Schicksalsgemeinschaft** vom Wertesystem und der Verbindlichkeit der allgemein gültigen Grundrechte verabschieden will. Die Europäische Union ist dabei, bis zum Sommer ein eigenes Eurasisches Konnektivitätskonzept zu entwickeln.

Peking und Berlin haben gelernt, ihre diametral entgegengesetzten Ansichten zum Schutz der Freiheits- und Bürgerrechte oder zum Umgang mit der strengen Internetzensur nicht zu Stolpersteinen ihrer Beziehung werden zu lassen. Peking spricht über Menschenrechte nur im Zusammenhang mit Entwicklungsfragen und Armutsbekämpfung, während Berlin an das Schicksal von politisch oder religiös Verfolgten, bedrängten Juristen oder Bloggern erinnert, indem es Listen mit deren Namen übergibt und konkret nachfragt.

Zudem traf sich Kanzlerin Merkel bisher auf jeder ihrer **China**-Reisen in privat arrangierten, bewusst nicht öffentlich gemachten Begegnungen mit Vertretern der Zivilgesellschaft und Nichtregierungsorganisationen, mit Anwälten, Autoren, Künstlern und Filmemachern. Pekings Führung, die solche Zusammenkünfte einst zu verhindern versuchte, ignoriert sie heute, solange sie zu keinem öffentlichen Aufsehen führen.

Stellvertretend für viele andere steht das Schicksal von Liu Xia, der Witwe des Friedensnobelpreisträgers Liu Xiaobo. Sie möchte nach Deutschland ausreisen, steht aber seit mehr als acht Jahren unter Hausarrest. Menschenrechtsorganisationen und Nobelpreisträger bedrängen Chinas Führung, sie endlich ausreisen zu lassen.

Beim Treffen Merkels mit Chinas Führung blickt indirekt der US-Präsident beiden über die Schulter - ob es um das Klimaabkommen geht oder Versuche, das Iran-Abkommen zu retten. Die Großwetterlage schweißt die beiden Handelsriesen und Exportmächte zusammen, wenn es gegen den Protektionismus der USA geht. Doch die noch vor Kurzem angestimmten patriotischen Aufrufe von Parteiblättern wie der "Global Times" zum kämpferischen Schulterschluss Chinas mit Europa und Deutschland gegen den "Einzelgänger" USA sind verhallt.

Zumindest seit sich Peking und Washington überraschend am vergangenen Samstag darauf einigten, ihren drohenden Handelskrieg auszusetzen und sich nicht mehr gegenseitig mit Strafzöllen zu drohen. **China** werde mehr von den USA kaufen als früher, versprach Peking. Am Dienstag versicherte die "Global Times" in einer Botschaft für Kanzlerin Merkel, dass Pekings neuer Deal mit Trump nicht bedeute, dass "sich Chinas immenser Markt gegenüber anderen Partnern verschließt". Am vergangenen Samstag hatte Xinhua die Kanzlerin noch mit ihrem Podcast zitiert. "Wir wollen den Multilateralismus

stärken. Und das wird eine Rolle in unseren Diskussionen spielen." Nun scheint sich eher das Prinzip Zurückhaltung durchzusetzen.

NS gcat : Political/General News

RE china : China | gfr : Germany | beijin : Beijing | usa : United States | apacz : Asia Pacific | asiaz : Asia |
bric : BRICS Countries | chinaz : Greater China | dach : DACH Countries | devgcoz : Emerging Market
Countries | dvpcoz : Developing Economies | easiaz : Eastern Asia | eecz : European Union Countries |
eurz : Europe | namz : North America | weurz : Western Europe

IPD China-Besuch

PUB Axel Springer Syndication GmbH

AN 文件 WELTON0020180523ee5n000mx

SE POLITIK
HD Ist Angela Merkel noch "unsere freundliche Tante Mo?"
BY Johnny Erling
WC 771 字
PD 2018 年 5 月 24 日
SN Die Welt
SC DWELT
ED DWBE-HP
PG 8
VOL 118
LA 德文
CY Copyright 2018 Axel Springer SE

LP Die Kanzlerin besucht **China** heute zum elften Mal. Es warten schwierige Gespräche aus sie - die Liste der strittigen Punkte ist lang

Johnny Erling

TD

Peking

Wenn eine "alte Freundin" Chinas wie Angela Merkel zum elften Mal die Volksrepublik besucht, "ist es so, als kommt sie zum Familientreffen". So begrüßte die amtliche Shanghaier Tageszeitung "Jiefang Ribao" die Kanzlerin, die am heutigen Donnerstag zu ihrer zweitägigen Regierungsvisite antritt.

Doch Autor Liao Qin fragte auch kritisch nach, ob Merkel, deren Name chinesisch "Mo-ke-er" übersetzt wird, noch dieselbe "Tante Mo" sei, die einst "bei uns Bohnenpaste und Anis kaufte und lernte, wie man ein scharfes Palasthähnchen im Wok brät". Die Stimmung in Deutschland gegenüber **China** sei kritischer geworden. Ein Überblick über mögliche Streitpunkte.

Marktwirtschaft: Merkel verlangt, Peking müsse für einen gleichberechtigten Zugang zu ihrem Markt sorgen, wie ihn chinesische Investoren in Deutschland vorfinden. Das gelte auch für Handels- und Investitionsbedingungen und für Transparenz bei öffentlichen Ausschreibungen. Seit Frühjahr dieses Jahres habe Peking seine Wirtschaft zwar weiter geöffnet, aber nur mit kleinen Schritten und vor allem auf Druck der USA und ihres Präsidenten Donald Trump. Präsident Xi **Jinping** kündigte im Frühjahr eine Serie von Reformen an, Premier Li Keqiang versprach gerade, das Umfeld für Auslandsinvestitionen in **China** zu verbessern, mehr Marktzugang und strengeren Schutz für geistiges Eigentum durchzusetzen und mehr zu importieren. Merkel trifft mit beiden Führern am Donnerstag zusammen. Peking hat auch angekündigt, seine 25 Prozent Einfuhrzölle für Importautos ab 1. Juli stark zu senken. Die Kanzlerin dürfte das begrüßen. Denn davon wird neben den USA auch die deutsche Autoindustrie profitieren.

Handel und Investitionen: Seit zwei Jahren ist **China** Deutschlands größter Handelspartner, im beiderseitigen Handel verringert sich das Defizit immer rascher. Doch während Deutschland profitiert, muss die EU im Gesamthandel ein Defizit von 176 Milliarden Euro verzeichnen. Das beeinflusst den Fortschritt an dem seit 2013 verhandelten EU-Investitionsschutzabkommen mit **China**. Es kann erst abgeschlossen werden, wenn Peking seinen Marktzugang für die EU weiter öffnet und sein System öffentlicher Auftragsvergaben, Subventionen sowie Exportkredite transparent macht. So lange müssen auch die von Peking erhofften Vereinbarungen auf eine Gründung von Freihandelszonen mit der EU oder Deutschland warten.

Technologie: Peking wirft der EU und Deutschland Protektionismus vor, weil sie chinesische Investoren mit Staatsnähe überprüfen lassen. Brüssel will sie im Zweifel stoppen können, falls sie sich in Europa in sicherheitsrelevante Infrastruktur oder strategische Industrien einkaufen oder Hightech-Unternehmen übernehmen wollen. Nach einer gerade veröffentlichten Studie der Bertelsmann-Stiftung, die 175 chinesische Firmenbeteiligungen in Deutschland für den Zeitraum 2014 bis 2017 untersuchte, waren

darunter 112 deutsche Unternehmen (64 Prozent) aus strategischen Branchen. Peking will mit der Strategie "Made in **China** 2025" zu einem globalen Industriestandort und Technologieführer werden - auch durch Aufkauf ausländischer Hightech-Unternehmen. Die Verfasser der Bertelsmann-Studie fordern, dass Deutschland seine "Anteilsschwelle", also ab wann es Direktinvestitionen aus Drittstaaten überprüfen lässt, von derzeit 25 Prozent Beteiligung auf zehn Prozent senkt. Peking gefällt das ganz und gar nicht.

Seidenstraßen: Peking möchte die Europäer und insbesondere Deutschland an seiner gigantischen Infrastruktur-Offensive beteiligen, **China** über die neuen Seidenstraßen und Wirtschaftskorridore mit Zentralasien, Afrika und Europa zu vernetzen. Doch solcher Ehrgeiz löst in Europa Skepsis über die mangelnde Transparenz bei der Auftragsvergabe der Milliarden-Projekte aus, über Umwelt-, Nachhaltigkeits- und Sozialstandards. Befürchtet wird auch, dass sich Peking mit seinen Parolen über eine neue **Schicksalsgemeinschaft** vom Wertesystem und der Verbindlichkeit der allgemein gültigen Grundrechte verabschieden will.

Menschenrechte: Peking spricht über Menschenrechte nur im Zusammenhang mit Entwicklungsfragen und Armutsbekämpfung, während Berlin an das Schicksal von politisch oder religiös Verfolgten, bedrängten Juristen oder Bloggern erinnert, indem es Listen mit deren Namen übergibt und konkret nachfragt. Zudem traf sich Merkel bisher auf jeder ihrer **China**-Reisen in privat arrangierten, bewusst nicht öffentlich gemachten Begegnungen mit Vertretern der Zivilgesellschaft. Pekings Führung, die solche Zusammenkünfte einst zu verhindern versuchte, ignoriert sie heute, solange sie zu keinem öffentlichen Aufsehen führen. Stellvertretend für viele andere steht das Schicksal von Liu Xia, der Witwe des Friedensnobelpreisträgers Liu Xiaobo. Sie möchte nach Deutschland ausreisen, steht aber seit mehr als acht Jahren unter Hausarrest.

Donald Trump: Beim Treffen Merkels mit Chinas Führung blickt indirekt der US-Präsident beiden über die Schulter - ob es um das Klimaabkommen geht oder Versuche, das Iran-Abkommen zu retten. Die Großwetterlage schweißt die beiden Handelsriesen und Exportmächte zusammen, wenn es gegen den Protektionismus der USA geht. Doch die angestimmten patriotischen Aufrufe von Parteiblättlern wie der "Global Times" zum kämpferischen Schulterschluss Chinas mit Europa und Deutschland gegen den "Einzelgänger" USA sind verhallt - zumindest seit sich Peking und Washington überraschend am vergangenen Samstag darauf einigten, ihren drohenden Handelskrieg auszusetzen und sich nicht mehr gegenseitig mit Strafzöllen zu drohen.

NS gpol : Domestic Politics | gcat : Political/General News | gpri : Politics/International Relations
RE china : China | gfr : Germany | beijin : Beijing | usa : United States | apacz : Asia Pacific | asiaz : Asia | bric : BRICS Countries | chinaz : Greater China | dach : DACH Countries | devgcoz : Emerging Market Countries | dvpcoz : Developing Economies | easiaz : Eastern Asia | eecz : European Union Countries | eurz : Europe | namz : North America | weurz : Western Europe
IPD POLITIK
PUB Axel Springer Syndication GmbH
AN 文件 DWELT00020180524ee5o0001l

HD ÜBERBLICK am Abend/Konjunktur, Zentralbanken, Politik

WC 1,265 字

PD 2018 年 6 月 26 日 07:00 下午

SN Dow Jones Newswires German

SC RTDJGE

LA 德文

CY Copyright © 2018, Dow Jones & Company, Inc.

LP

Die wichtigsten Ereignisse und Meldungen zu Konjunktur, Zentralbanken, Politik aus dem Programm von Dow Jones Newswires.

Im Asylstreit der Union blickt alles auf den Sonntag

TD

Im unionsinternen Streit über die Asylpolitik ist der kommende Sonntag der Tag der Entscheidung. Die Spitzen von CDU und CSU werden dann in getrennten Sitzungen über die Ergebnisse des EU-Gipfels beraten, der am Donnerstag und Freitag in Brüssel stattfindet. Bei den sonntäglichen Treffen geht es vor allem um die Bewertung der Ergebnisse, die Kanzlerin Angela Merkel aus Brüssel mitbringt. Sollte die CSU damit nicht zufrieden sein, droht ein Alleingang ihres Bundesinnenministers Horst Seehofer sowie schlussendlich die Auflösung der Fraktionsgemeinschaft und der Regierung. Sehr wahrscheinlich ist das im Moment jedoch nicht.

Vor GroKo-Krisentreffen beschwört Merkel **Schicksalsgemeinschaft** mit CSU

Vor dem abendlichen Krisentreffen der Spitzen von CDU, CSU und SPD hat Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) die Fraktionsgemeinschaft mit der CSU beschworen. "Auch ich halte die Gemeinschaft von CDU und CSU für eine **Schicksalsgemeinschaft**", sagte Merkel laut einem Teilnehmer in der Unions-Fraktionssitzung unter Beifall im Reichstag. Diese werde auch Bestand haben, ergänzte die Kanzlerin.

Zahl der Mindestlohnempfänger in Deutschland sinkt

Die Zahl der Mindestlohnempfänger in Deutschland ist nach Angaben des Statistischen Bundesamts (Destatis) rückläufig. Nach Mitteilung von Destatis arbeiteten im April 2017 knapp 1,4 Millionen Menschen für den gesetzlichen Mindestlohn von 8,84 Euro brutto. Das waren rund 0,4 Millionen weniger als im Vorjahr mit dem alten Mindestlohn von 8,50 Euro. In 0,8 Millionen Beschäftigungsverhältnissen wurde demnach ein Stundenlohn von weniger als 8,84 Euro gezahlt, obwohl sie prinzipiell unter das Mindestlohngesetz fielen.

Journalisten bei Tageszeitungen stimmen für unbefristete Streiks

Im Tarifstreit bei den Tageszeitungen haben die gewerkschaftlich organisierten Journalisten mehrheitlich für unbefristete Streiks gestimmt. Verdi teilte am Dienstag mit, dass sich mehr als 89 Prozent der zur Abstimmung aufgerufenen Mitglieder der Deutschen Journalistinnen- und Journalistenunion (DJU) für Arbeitsniederlegungen ausgesprochen hätten. Der Deutsche Journalisten-Verband (DJV) erklärte, die für eine Zustimmung erforderliche Quote von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen sei klar überschritten worden.

Gericht: Reichsbürger dürfen keine Waffenerlaubnis bekommen

Sogenannte Reichsbürger dürfen nach einer Gerichtsentscheidung keine Waffenerlaubnis bekommen. Dieser Szene zuzuordnende Menschen seien "grundsätzlich als waffenrechtlich unzuverlässig" anzusehen, entschied das Verwaltungsgericht Gießen in einem am Dienstag veröffentlichten Beschluss. Es bestätigte damit die Entscheidung des Landkreises Marburg-Biedenkopf, der die Waffenerlaubnis für einen mutmaßlichen Reichsbürger widerrufen hatte. (Az. 9 L 9756/17.GI)

De Guindos bekräftigt Kernbotschaften des EZB-Rats

Der neue Vizepräsident der Europäischen Zentralbank (EZB), Luis de Guindos, hat in seiner ersten Rede die Kernbotschaften des EZB-Rats vom 14. Juni 2018 wiederholt. Laut dem auf der Website veröffentlichten Redetext sagte De Guindos in der EZB-Anleihemarktkontaktgruppe in Frankfurt: "Die Messgrößen der grundlegenden Inflation sind gedämpft, aber nicht mehr so niedrig wie früher. Der binnenwirtschaftliche Preisdruck nimmt zu, weil die Kapazitätsauslastung steigt und die Arbeitsmärkte enger werden." Die Inflation dürfte auch ohne die Erhöhung der Anleihebestände wie prognostiziert steigen.

Britisches Gesetz zum EU-Austritt in Kraft getreten

Nach monatelanger heftiger Debatte ist in Großbritannien das Brexit-Gesetz zur Regelung des EU-Austritts in Kraft getreten. Parlamentssprecher John Bercow verkündete am Dienstag in London unter dem Jubel der Brexit-Befürworter, Königin Elizabeth II. habe das Gesetz gebilligt und unterschrieben. Es legt fest, dass Großbritannien am 29. März 2019 Mitternacht Brüsseler Zeit aus der Europäischen Union austritt. Gleichzeitig wird dann ein Gesetz aus dem Jahr 1972 aufgehoben, welches das EU-Gemeinschaftsrecht über britisches Recht gestellt hatte.

EBA: Banken sollten Vorbereitungen auf harten Brexit forcieren

Die Europäische Bankenaufsichtsbehörde EBA ist der Ansicht, dass einige Institute ihre Vorbereitungen auf einen harten Brexit forcieren sollten. Europäische Banken sollten sich nicht darauf verlassen, dass es zu einer Ratifizierung eines Austrittsabkommens komme oder dass die Probleme, die sich aus dem Brexit ergeben würden, auf politischer oder öffentlich-rechtlicher Ebene gelöst werden würden, geht aus einer Stellungnahme der EBA zum geplanten Austritt Großbritanniens aus der EU hervor.

Rom: Flüchtlingsschiff Lifeline kann in Malta anlegen

Das seit Tagen im Mittelmeer ausharrende Flüchtlingsschiff Lifeline kann nach Angaben der italienischen Regierung nun in Malta anlegen. Italiens Ministerpräsident Giuseppe Conte teilte am Dienstag nach einem Gespräch mit dem maltesischen Regierungschef Joseph Muscat mit, sein Land werde einen Teil der mehr als 230 Flüchtlinge an Bord aufnehmen. Italien hatte sich zuvor geweigert, das von einer deutschen Hilfsorganisation betriebene Schiff anlegen zu lassen.

Mazedoniens Präsident will Abkommen zu Namensstreit nicht unterzeichnen

Mazedoniens Präsident Gorge Ivanov will das Abkommen zur Beilegung des Namensstreits mit Griechenland nicht unterzeichnen. Die Vereinbarung mache Mazedonien von einem anderen Staat abhängig, "und zwar von Griechenland", erklärte Ivanov zur Begründung am Dienstag in Skopje. Ivanov, der der nationalistischen Rechten in Mazedonien nahesteht, hatte sich bereits zuvor gegen das Abkommen ausgesprochen, das für Mazedonien künftig den Namen "Republik Nord-Mazedonien" vorsieht.

BDI ruft **China** zu Zugeständnissen im Handelskonflikt auf

Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) hat die chinesische Regierung zu Zugeständnissen aufgerufen, um den Handelskonflikt mit den USA zu entschärfen. Viele Wirtschaftsnationen hätten mit **China** wegen Überkapazitäten und Abschottung ähnliche Probleme wie die USA und die EU, erklärte BDI-Chef Dieter Kempf. "Die chinesische Regierung sollte die internationale Kritik etwa wegen unfreiwilligen Technologietransfers oder des Schutzes geistigen Eigentums ernst nehmen".

EU: Produktionsverlagerung bei Harley-Davidson Folge von Trumps Strafzollpolitik

EU-Außenhandelskommissarin Cecilia Malmström sieht die durch den US-Motorradhersteller Harley-Davidson angekündigte Produktionsverlagerung als Folge der protektionistischen Politik von Präsident Donald Trump. Die EU wolle mit ihren Gegenzöllen wegen der US-Aufschläge auf Stahl und Aluminium aus Europa "nicht bestrafen", sagte Malmström. Entscheidungen zur Produktionsverlagerung außerhalb der USA seien aber "eine unglückliche Konsequenz" des Handelskonflikts.

USA verlangen von allen Ländern Import-Stopp für iranisches Öl

Die USA verlangen von allen Ländern einen Import-Stopp für iranisches Öl. Gegen Staaten, die dem nicht Folge leisteten, würden ab dem 4. November Sanktionen verhängt, sagte ein hochrangiger Vertreter des Außenministeriums am Dienstag in Washington. Ausnahmen werde es nicht geben. Das harte Vorgehen gegen den Iran, dem die USA weiter das Streben nach Atomwaffen vorwerfen, sei "eine unserer Top-Prioritäten der nationalen Sicherheit".

Stimmung der US-Verbraucher schwächer als erwartet

Die Stimmung unter den US-Verbrauchern hat sich im Juni entgegen den Erwartungen eingetrübt. Wie das Forschungsinstitut Conference Board berichtete, fiel der Index des Verbrauchervertrauens auf 126,4 (Mai revidiert: 128,8) Punkte. Von Dow Jones Newswires befragte Volkswirte hatten einen Stand von 128,1 Punkten prognostiziert. Vorläufig war für Mai ein Wert von 128,0 gemeldet worden. Der Index für die Erwartungen wurde mit 103,2 (107,2) angegeben. Der Index für die Einschätzung der gegenwärtigen Situation verringerte sich auf 161,1 (161,2).

Oberstes US-Gericht billigt Trumps Einreise-Restriktionen

Das Oberste Gericht der USA hat die von Präsident Donald Trump verhängten Einreise-Restriktionen für Bürger mehrerer muslimischer Länder genehmigt. Nach monatelanger Prüfung verkündete der Supreme Court am Dienstag, dass das entsprechende Dekret nicht gegen die Verfassung verstoße. Die Restriktionen sind bereits seit Dezember in Kraft, bislang galten sie aber nur vorläufig.

USA

Redbook: Einzelhandelsumsatz erste 3 Wochen Juni -0,5% gg Mai

Redbook: Einzelhandelsumsatz erste 3 Wochen Juni +4,0% gg Vorjahr

UNO: Mindestens 45.000 Menschen vor Kämpfen im Süden Syriens geflohen

Luftangriffe und Kämpfe im Süden Syriens haben nach Angaben der UNO mindestens 45.000 Menschen in die Flucht getrieben. Möglicherweise sei die Zahl der Flüchtlinge sogar noch höher, sagte die Sprecherin des UN-Büros für die Koordinierung humanitärer Hilfe (Ocha) in Syrien, Linda Tom, am Dienstag. Es handelt sich demnach um die bislang größte Fluchtbewegung aus der südlichen Provinz Daraa, wo es zuletzt vermehrt Gefechte gegeben hatte.

Kontakt zum Autor: konjunktur.de@dowjones.com

DJG/DJN/AFP/hab/brb

(END) Dow Jones Newswires

26-06-18 1700GMT

NS gpol : Domestic Politics | e1119 : Reserve Assets | nsum : News Digests | e11 : Economic Performance/Indicators | ecat : Economic News | gcat : Political/General News | gpir : Politics/International Relations | ncat : Content Types | nfact : Factiva Filters | nfce : C&E Exclusion Filter | niwe : IWE Filter

RE gfr : Germany | belg : Belgium | brus : Brussels | eecz : European Union Countries | usa : United States | benluxz : Benelux Countries | dach : DACH Countries | eurz : Europe | namz : North America | weurz : Western Europe

PUB Dow Jones & Company, Inc.

AN 文件 RTDJGE0020180626ee6q000iy

HD dpa-AFX Überblick: KONJUNKTUR von 17.00 Uhr - 26.06.2018

WC 896 字

PD 2018 年 6 月 26 日 05:06 下午

SN dpa-AFX ProFeed

SC DPAFX

LA 德文

CY Copyright 2018. dpa-AFX. Alle Rechte vorbehalten. Weiterverbreitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung ohne ausdrückliche vorherige Zustimmung von dpa-AFX ist nicht gestattet.

LP

USA: Verbraucherstimmung trübt sich überraschend stark ein

WASHINGTON - Die Verbraucherstimmung in den USA hat sich im Juni überraschend stark eingetrübt. Der vom Conference Board erhobene Indikator sei um 2,4 Punkte auf 126,4 Zähler gefallen, teilte das private Marktforschungsinstitut am Dienstag in Washington mit. Erwartet wurde ein Wert von 128,0 Punkten.

TD

ROUNDUP 2: CSU-Politiker rüsten im Asylstreit ab - Merkel dämpft Erwartungen

BERLIN/KIEL - Im zugespitzten Asylstreit der Unionsparteien sind führende CSU-Politiker um Entspannung bemüht. Unmittelbar vor dem Treffen der Koalitionsspitzen am Dienstagabend und dem EU-Gipfel Ende der Woche machte Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) deutlich, dass er vom Fortbestand der großen Koalition ausgehe. Wenn Politiker und Medien glaubten, das Bündnis fliege bald auseinander, so sei das "weltfremd", sagte der CSU-Vorsitzende "Focus Online". CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt sagte am Dienstag in Berlin: "CDU und CSU sind eine **Schicksalsgemeinschaft**."

USA: Hauspreisanstieg schwächt sich etwas ab - Case-Shiller-Index

NEW YORK - Die Preise am US-Häusermarkt sind im April etwas weniger stark gestiegen. Der Case-Shiller-Index erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahresmonat um 6,56 Prozent, wie aus dem am Dienstag veröffentlichten S&P/Case-Shiller-Index hervorgeht. Das liegt etwas unter dem Anstieg im Vormonat von revidiert 6,73 (zunächst 6,79) Prozent. Analysten hatten für April mit einem Zuwachs um 6,80 Prozent gerechnet.

Jack Daniel's wird wegen Handelsstreits teurer

LOUISVILLE - Whiskey der Marke Jack Daniel's dürfte für Kunden in Europa bald teurer werden - schuld ist der Handelsstreit zwischen den USA und der EU. "Wir werden die Preise in den nächsten Monaten erhöhen", bestätigte ein Sprecher des Spirituosenkonzerns Brown-Forman aus Louisville im US-Bundesstaat Kentucky am Dienstag auf Nachfrage. Grund seien die zusätzlichen EU-Zölle in Höhe von 25 Prozent, die als Vergeltungsmaßnahme für von der US-Regierung verhängte Strafzölle beschlossen worden seien. Allerdings werde diese zusätzliche Abgabe nicht sofort und auch nicht in voller Höhe bei den Kunden ankommen.

Trump droht Harley-Davidson: 'Werden besteuert wie nie zuvor!'

WASHINGTON - US-Präsident Donald Trump hat dem Motorradbauer Harley-Davidson <US4128221086> wegen dessen geplanter Verlagerung von Teilen der US-Produktion im Zuge der EU-Vergeltungszölle mit heftigen Konsequenzen gedroht. "Eine Harley sollte niemals in einem anderen Land gebaut werden", twitterte Trump am Dienstag. Mitarbeiter und Kunden seien bereits sehr wütend. Wenn das Unternehmen seine Ankündigung wahr mache, bedeute dies "den Anfang vom Ende", schrieb Trump und drohte: "Sie werden besteuert wie nie zuvor!".

EU macht deutschen Autobauern keine Hoffnung auf Zolldeal mit USA

BRÜSSEL - EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström sieht kaum Chancen für eine rasche Vereinbarung mit den USA, um amerikanische Strafzölle auf Autos zu vermeiden. Es gebe derzeit keine

Gespräche zwischen Brüssel und Washington zu Handelsfragen und es seien auch keine geplant, sagte Malmström am Dienstag in Brüssel.

ROUNDUP: Mindestlohn soll in zwei Stufen auf 9,35 Euro steigen

BERLIN - Der gesetzliche Mindestlohn in Deutschland soll zum 1. Januar 2019 von derzeit 8,84 Euro auf 9,19 Euro steigen. Zum 1. Januar 2020 soll eine weitere Erhöhung auf 9,35 Euro folgen. Das empfiehlt die zuständige Kommission aus Vertretern von Arbeitgebern, Gewerkschaften und Wissenschaft in einem am Dienstag in Berlin vorgelegten Beschluss.

ifo-Institut: Ostdeutsche Wirtschaft wächst schwächer als gedacht

DRESDEN - Das ifo-Institut hat seine Wachstumsprognose für Ostdeutschland für 2018 gesenkt. Statt mit den bisher angenommenen 2,0 Prozent rechnen die Forscher für Ostdeutschland mit 1,6 Prozent Wachstum beim realen Wirtschaftswachstum. In Sachsen gehen sie nun von einem Wachstum von 1,4 Prozent statt 2,2 Prozent aus. "Ursache dafür sei eine zunehmende Unsicherheit in der Welt", sagte Joachim Ragnitz vom ifo-Institut am Dienstag in Dresden. Als Beispiel nannte er etwa neue Zölle der US-Regierung. Hinzu kämen aber auch Streiks sowie eine Grippewelle.

Deutsche Industrie befürchtet weitere Eskalation im Handelsstreit

BERLIN - **China** muss im Handelsstreit nach Ansicht der deutschen Industrie auf Kritik reagieren, nicht auf Zölle. "Die chinesische Regierung sollte die internationale Kritik etwa wegen unfreiwilligen Technologietransfers oder des Schutzes geistigen Eigentums ernster nehmen", sagte der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Dieter Kempf, am Dienstag der Deutschen Presse-Agentur in Berlin. Dies könne den Handelskonflikt erheblich entschärfen. Wegen Überkapazitäten und Abschottung hätten viele Länder mit **China** ähnliche Probleme wie die USA und die EU.

RATING/Nach Eurogruppen-Einigung: S&P hebt Kreditwürdigkeit Griechenlands an

LONDON - Die US-Ratingagentur Standard & Poor's (S&P) sieht nach dem beschlossenen Abschluss des EU-Rettungsprogramms die Kreditwürdigkeit Griechenlands positiver. Das Rating sei um eine Stufe von "B" auf "B+" heraufgesetzt worden, teilte S&P am Montagabend in London mit. Der Ausblick sei "stabil". Am Dienstag gab die Rendite griechischer Staatspapiere im frühen Handel etwas nach, die Bewegung hielt sich aber in Grenzen.

ROUNDUP/'WSJ': Chinas Präsident gibt sich im Handelskrieg mit USA hart

NEW YORK - Chinas Präsident Xi **Jinping** verschärft einem Bericht zufolge im Handelskrieg mit den USA den Ton. "Im Westen gibt es die Neigung, die rechte Backe hinzuhalten, wenn jemand auf die linke geschlagen hat. In unserer Kultur schlagen wir zurück", sagte er nach Informationen des "Wall Street Journal" ("WSJ") vor einer Gruppe von 20 Chefs multinationaler Konzerne größtenteils aus Europa und den USA. Die US-Zeitung beruft sich dabei auf Personen, die über die Inhalte des Treffens informiert wurden.

Kundenhinweis:

ROUNDUP: Sie lesen im Konjunktur-Überblick eine Zusammenfassung. Zu diesem Thema gibt es mehrere Meldungen auf dem dpa-AFX Nachrichtendienst.

/jsl

NS gtrade : Tariffs/Trade Barriers | gpol : Domestic Politics | e512 : Physical Trade | e1105 : Consumer Sentiment | nsum : News Digests | e11 : Economic Performance/Indicators | e51 : Trade/External Payments | ecat : Economic News | gcat : Political/General News | gdip : International Relations | gpri : Politics/International Relations | ncat : Content Types | nfact : Factiva Filters | nfce : C&E Exclusion Filter | niwe : IWE Filter

RE usa : United States | usdc : Washington DC | gfr : Germany | dach : DACH Countries | eecz : European Union Countries | eurz : Europe | namz : North America | uss : Southern U.S. | weurz : Western Europe

PUB dpa-AFX Wirtschaftsnachrichten GmbH

AN 文件 DPAFX00020180702ee6q001xr

HD dpa-AFX Überblick: KONJUNKTUR von 12.30 Uhr - 26.06.2018

WC 844 字

PD 2018 年 6 月 26 日 12:33 下午

SN dpa-AFX ProFeed

SC DPAFX

LA 德文

CY Copyright 2018. dpa-AFX. Alle Rechte vorbehalten. Weiterverbreitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung ohne ausdrückliche vorherige Zustimmung von dpa-AFX ist nicht gestattet.

LP

ROUNDUP 2/"WSJ": Chinas Präsident gibt sich im Handelskrieg mit USA hart

NEW YORK/BERLIN/PEKING - Chinas Präsident Xi Jinping verschärft einem Bericht zufolge im Handelsstreit mit den USA den Ton. "Im Westen gibt es die Neigung, die rechte Backe hinzuhalten, wenn jemand auf die linke geschlagen hat. In unserer Kultur schlagen wir zurück", sagte er nach Informationen des "Wall Street Journal" ("WSJ") vor einer Gruppe von 20 Chefs multinationaler Konzerne größtenteils aus Europa und den USA. Die US-Zeitung beruft sich dabei auf Personen, die über die Inhalte des Treffens informiert wurden.

TD

Mindestlohn soll in zwei Stufen auf 9,35 Euro steigen

BERLIN - Der gesetzliche Mindestlohn in Deutschland soll zum 1. Januar 2019 von derzeit 8,84 Euro auf 9,19 Euro steigen. Zum 1. Januar 2020 solle eine weitere Erhöhung auf 9,35 Euro folgen, wie die zuständige Kommission in einem am Dienstag in Berlin vorgelegten Beschluss empfiehlt.

Merkel rechnet nicht mit kompletter Asyl-Vereinbarung in Brüssel

BERLIN - Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) rechnet beim EU-Gipfel in Brüssel nicht mit einer kompletten Vereinbarung zu einem gemeinsamen europäischen Asylpaket. Zwei von sieben Richtlinien seien noch offen, sagte Merkel nach einem Treffen mit dem neuen spanischen Regierungschef Pedro Sanchez am Dienstag in Berlin. Dazu gehöre die Asylverfahrensrichtlinie und eine neue Dublin-IV-Verordnung. "Da wird noch ein wenig Zeit notwendig sein."

ifo-Institut: Ostdeutsche Wirtschaft wächst schwächer als gedacht

DRESDEN - Das ifo-Institut hat seine Wachstumsprognose für Ostdeutschland für 2018 gesenkt. Statt mit den bisher angenommenen 2,0 Prozent rechnen die Forscher für Ostdeutschland mit 1,6 Prozent Wachstum beim realen Wirtschaftswachstum. In Sachsen gehen sie nun von einem Wachstum von 1,4 Prozent statt 2,2 Prozent aus. "Ursache dafür sei eine zunehmende Unsicherheit in der Welt", sagte Joachim Ragnitz vom ifo-Institut am Dienstag in Dresden. Als Beispiel nannte er etwa neue Zölle der US-Regierung. Hinzu kämen aber auch Streiks sowie eine Grippewelle.

Deutsche Industrie befürchtet weitere Eskalation im Handelsstreit

BERLIN - China muss im Handelsstreit nach Ansicht der deutschen Industrie auf Kritik reagieren, nicht auf Zölle. "Die chinesische Regierung sollte die internationale Kritik etwa wegen unfreiwilligen Technologietransfers oder des Schutzes geistigen Eigentums ernster nehmen", sagte der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Dieter Kempf, am Dienstag der Deutschen Presse-Agentur in Berlin. Dies könne den Handelskonflikt erheblich entschärfen. Wegen Überkapazitäten und Abschottung hätten viele Länder mit China ähnliche Probleme wie die USA und die EU.

ROUNDUP: Österreichische Polizisten und Soldaten üben Abwehr von Flüchtlingen

SPIELFELD - Mehrere hundert österreichische Polizisten und Soldaten haben an der Grenze zu Slowenien die Abwehr einer großen Flüchtlingsgruppe geübt. Die Aktion solle ein klares Signal in die Welt hinaussenden, sagte Österreichs Innenminister Herbert Kickl von der rechten FPÖ am Dienstag in Spielfeld. "Ich bin fest entschlossen dass sich Ereignisse wie 2015 nie mehr wiederholen dürfen." Ein Staat, der im Fall der Fälle seine Grenzen nicht effektiv schützen könne, verliere seine Glaubwürdigkeit,

erklärte Kickl. Die Übung solle einen Beitrag leisten, um das Vertrauen der Österreicher in die Abwehrmaßnahmen an den Grenzen sicherzustellen.

RATING/Nach Eurogruppen-Einigung: S&P hebt Kreditwürdigkeit Griechenlands an

LONDON - Die US-Ratingagentur Standard & Poor's (S&P) sieht nach dem beschlossenen Abschluss des EU-Rettungsprogramms die Kreditwürdigkeit Griechenlands positiver. Das Rating sei um eine Stufe von "B" auf "B+" heraufgesetzt worden, teilte S&P am Montagabend in London mit. Der Ausblick sei "stabil". Am Dienstag gab die Rendite griechischer Staatspapiere im frühen Handel etwas nach, die Bewegung hielt sich aber in Grenzen.

ROUNDUP/'WSJ': Chinas Präsident gibt sich im Handelskrieg mit USA hart

NEW YORK - Chinas Präsident Xi Jinping verschärft einem Bericht zufolge im Handelskrieg mit den USA den Ton. "Im Westen gibt es die Neigung, die rechte Backe hinzuhalten, wenn jemand auf die linke geschlagen hat. In unserer Kultur schlagen wir zurück", sagte er nach Informationen des "Wall Street Journal" ("WSJ") vor einer Gruppe von 20 Chefs multinationaler Konzerne größtenteils aus Europa und den USA. Die US-Zeitung beruft sich dabei auf Personen, die über die Inhalte des Treffens informiert wurden.

ROUNDUP/Dobrindt: CDU und CSU eine Schicksalsgemeinschaft

BERLIN - CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt hat ein klares Bekenntnis zum Fortbestand der Fraktionsgemeinschaft von CDU und CSU im Bundestag abgelegt. "CDU und CSU sind eine Schicksalsgemeinschaft", sagte Dobrindt am Dienstag in Berlin. Er habe dies immer so verstanden, und dies treffe auch heute noch zu, betonte er vor dem Hintergrund des erbitterten Streits zwischen CSU-Chef und Bundesinnenminister Horst Seehofer und Kanzlerin Angela Merkel (CDU) über die Modalitäten von Zurückweisungen bestimmter Migrantengruppen an der deutschen Grenze.

Deutsche Exporteure immer pessimistischer

MÜNCHEN - Die Geschäftserwartungen im deutschen Außenhandel trüben sich immer mehr ein. "Die Stimmung unter den deutschen Exporteuren ist weiter im Sinkflug", teilte das Münchner Ifo-Institut am Dienstag mit. Die von ihm erhobenen Exporterwartungen fielen im Juni von 13,6 auf 12,4 Punkte. Das ist der siebte Rückgang in Folge und der tiefste Stand des Indikators seit Dezember 2016.

Kundenhinweis:

ROUNDUP: Sie lesen im Konjunktur-Überblick eine Zusammenfassung. Zu diesem Thema gibt es mehrere Meldungen auf dem dpa-AFX Nachrichtendienst.

/jsl

IN imed : Media/Entertainment

NS gtrade : Tariffs/Trade Barriers | nsum : News Digests | e51 : Trade/External Payments | ecat : Economic News | gcat : Political/General News | gdip : International Relations | gpri : Politics/International Relations | ncat : Content Types | nfact : Factiva Filters | nfce : C&E Exclusion Filter | niwe : IWE Filter

RE china : China | gfr : Germany | usa : United States | beijin : Beijing | berlin : Berlin | apacz : Asia Pacific | asiaz : Asia | bric : BRICS Countries | chinaz : Greater China | dach : DACH Countries | devgcoz : Emerging Market Countries | dvpcoz : Developing Economies | easiaz : Eastern Asia | eecz : European Union Countries | eurz : Europe | namz : North America | weurz : Western Europe

PUB dpa-AFX Wirtschaftsnachrichten GmbH

AN 文件 DPAFX00020180702ee6q0024m

HD dpa-AFX Überblick: KONJUNKTUR von 17.00 Uhr - 02.07.2018

WC 593 字

PD 2018 年 7 月 2 日 05:03 下午

SN dpa-AFX ProFeed

SC DPAFX

LA 德文

CY Copyright 2018. dpa-AFX. Alle Rechte vorbehalten. Weiterverbreitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung ohne ausdrückliche vorherige Zustimmung von dpa-AFX ist nicht gestattet.

LP

USA: Industriestimmung hellt sich überraschend auf

WASHINGTON - Die Stimmung in der US-Industrie hat sich im Juni überraschend aufgehellt. Der Einkaufsmanagerindex ISM stieg um 1,5 Punkte auf 60,2. Zähler gestiegen, wie das Institute for Supply Management (ISM) am Montag in Washington mitteilte. Bankvolkswirte hatten hingegen mit einem Rückgang auf 58,5 Punkte gerechnet.

TD

ROUNDUP: Merkel und Seehofer zu Krisengespräch bei Schäuble

BERLIN - Kanzlerin Angela Merkel (CDU) und CSU-Chef Horst Seehofer sind nach Informationen der Deutschen Presse-Agentur mit Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) zusammengekommen. Bei dem Gespräch in Schäubles Büro im Bundestag dürfte es am Montagnachmittag um Wege zu einer Lösung des verfahrenen Migrationskonflikts gegangen sein.

US-Handelsminister: Schlüsse zu Autozöllen noch voreilig

WASHINGTON/LONDON - US-Handelsminister Wilbur Ross hält Schlussfolgerungen über die Folgen möglicher US-Sonderzölle auf Autos aus EU-Fertigung für voreilig. "Wir haben heute einen Kommentar dazu von der EU-Kommission bekommen", sagte Ross, der sich derzeit in London aufhält und dort Handelsfragen diskutiert. "Wir bekommen mehrere Kommentare", fügte er hinzu.

USA: Bauausgaben steigen schwächer als erwartet

WASHINGTON - In den USA sind die Bauausgaben im Mai schwächer als erwartet gestiegen. Im Vergleich zum Vormonat legten sie um 0,4 Prozent zu, wie das US-Handelsministerium am Montag in Washington mitteilte. Analysten hatten einen Zuwachs um 0,5 Prozent erwartet.

Entwicklungsminister Müller: 'Die CSU soll in Regierung bleiben'

BERLIN - Entwicklungsminister Gerd Müller (CSU) hat im Asylstreit vor einer Aufkündigung der Fraktionsgemeinschaft von CDU und CSU gewarnt. Das würde die gesamte Union in eine ungeheuer prekäre und schwierige Situation bringen, sagte er am Montag vor einer Sitzung der Unionsfraktion im Bundestag in Berlin. "Diese Meinung herrscht in der CSU weit über die Landesgruppe hinaus."

Dobrindt appelliert an **Schicksalsgemeinschaft** der Union

BERLIN - CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt hat die Union kurz vor dem Krisentreffen von CDU und CSU zum Zusammenhalt aufgerufen. "Eine **Schicksalsgemeinschaft** bewährt sich, wenn sie herausgefordert wird", sagte er am Montagnachmittag nach Angaben aus Teilnehmerkreisen in der Sitzung der Unionsfraktion im Bundestag. In den 70 Jahren von CDU und CSU habe es Höhen und Tiefen gegeben. Dadurch habe sich ein starkes Band entwickelt, das die Union in die Lage versetze, Konflikte zu beherrschen. Man werde alles daran setzen, am Ende ein Ergebnis zu haben. Der Verantwortung sei sich jeder bewusst.

GESAMT-ROUNDUP: **China** bekommt Handelsstreit zu spüren - Yuan stürzt ab

PEKING - Die Furcht vor US-Strafzöllen belastet inzwischen die Finanzmärkte und die Konjunktur in **China** spürbar. Die Landeswährung Yuan verlor zuletzt so schnell an Wert wie nie zuvor, der Aktienmarkt

steht unter Druck und die Wirtschaft zeigt erste Schwächesignale. Zum Teil führen Experten die Entwicklung auch auf eine Strategie Pekings zurück - aber die ist nicht ungefährlich.

Ex-CSU-Chef Huber: Seehofers Rücktritt unausweichlich

MÜNCHEN - Für CSU-Chef und Bundesinnenminister Horst Seehofer gibt es im Asylstreit mit der CDU nach Ansicht des früheren Parteichefs Erwin Huber keine Alternative zu einem Rücktritt. Dies sei "unausweichlich", sagte Huber am Montag dem Bayerischer Rundfunk. "Das heißt die CSU muss sich jetzt auf eine neue Konstellation und Spitze einstellen."

Großbritannien: Industriestimmung hellt sich leicht auf

LONDON - Die Stimmung in der britischen Industrie hat sich im Juni leicht aufgehellt. Wie das Institut IHS Markit am Montag in London mitteilte, stieg der von ihm erhobene Einkaufsmanagerindex um 0,1 Punkte auf 54,4 Zähler. Analysten hatten dagegen einen Rückgang auf 54,0 Punkte erwartet. Der Wert des Vormonats wurde nachträglich leicht nach oben korrigiert.

Kundenhinweis:

ROUNDUP: Sie lesen im Konjunktur-Überblick eine Zusammenfassung. Zu diesem Thema gibt es mehrere Meldungen auf dem dpa-AFX Nachrichtendienst.

/jsl

CO ifsmi : Institute for Supply Management

NS gpol : Domestic Politics | gpir : Politics/International Relations | ecat : Economic News | e11 : Economic Performance/Indicators | gtrade : Trade Barriers/Restrictions | epmi : Purchasing Managers Index | nsum : News Digests | e51 : Trade/External Payments | gcat : Political/General News | gdip : International Relations | ncat : Content Types | nfact : Factiva Filters | nfce : C&E Exclusion Filter | niwe : IWE Filter

RE usa : United States | usdc : Washington DC | gfr : Germany | uk : United Kingdom | dach : DACH Countries | eecz : European Union Countries | eurz : Europe | namz : North America | uss : Southern U.S. | weurz : Western Europe

PUB dpa-AFX Wirtschaftsnachrichten GmbH

AN 文件 DPAFX00020180702ee72004ec

HD TVR TÄGLICHE VERSICHERUNGSNACHRICHTEN VON FACTIVA

WC 2,877 字

PD 2018 年 7 月 10 日

SN TVR Tägliche Versicherungsnachrichten von Factiva

SC GINSDE

LA 德文

CY © 2018 Factiva, Inc. All rights reserved

LP

Die wichtigsten news aktuell OTS - Originaltextservice Schweiz, SDA, news aktuell OTS, Austria Presse Agentur-OTS um 09.00 MEZ: 10. Juli 2018

(LONDON) FINEQIA GIBT BETEILIGUNG AN BLOCKCHAIN-VERSICHERUNGSUNTERNEHMEN
BLACK INSURANCE BEKANNT (news aktuell OTS - Originaltextservice Schweiz)

TD

INITIATIVE FÜR EINHEITLICHE PENSIONS-KASSEN-BEITRÄGE LANCIERT (SDA)

(MÜNCHEN) MÜNCHENER VEREIN IM GESCHÄFTSJAHR 2017 MIT AUSGEZEICHNETEM ERGEBNIS
(news aktuell OTS)

(WIEN) VKI: IRREFÜHRENDE WERBEAUSSAGE FÜR LAUFVERSICHERUNG (Austria Presse
Agentur-OTS)

(WIEN) DONAU STARTET DIGITALE BERATUNGSOFFENSIVE MIT "KLARA" (Austria Presse
Agentur-OTS)

(LONDON) FINEQIA GIBT BETEILIGUNG AN BLOCKCHAIN-VERSICHERUNGSUNTERNEHMEN
BLACK INSURANCE BEKANNT

Fineqia International Inc. (das "Unternehmen" oder "Fineqia") (CSE: FNQ) (OTC: FNQQF) (Frankfurt: FNQA) freut sich, eine Eigenkapitalbeteiligung an Black Insurance ("Black") bekanntzugeben, einem digitalen Versicherungs-Start-up auf der Blockchain.

Black beabsichtigt, ein lizenzierter Versicherer zu werden und die Garantie von neuen Versicherungspolice über Versicherungssyndikate zu ermöglichen, was dem Markt von Lloyd's ähnelt. Versicherungsmakler und -agenten werden mit Hilfe der Black-Plattform maßgeschneiderte Versicherungspläne schneller und günstiger erstellen können.

Black wird das Risiko spezifischer Syndikate preislich einstufen und Bruchteilsbeteiligungen an solchen Pools in Form von Token verkaufen, die den Stückpreis des erwarteten Finanzergebnisses jedes Syndikats repräsentieren. Dieser Prozess macht die Beteiligung an Versicherungssyndikaten effizienter und transparenter, über zeitgestempelte und nachverfolgbare Transaktionsdatensätze, die in der Blockchain erfasst werden.

Black bereitet sich auf ein ICO später in diesem Jahr vor, um Utility-Token zu verkaufen, die für Transaktionen auf der Plattform verwendet werden, wenn die Plattform öffentlich verfügbar ist.

Die strategische Investition ermöglicht es Fineqia, seine existierende Pipeline von mit Vermögenswerten besicherten Wertpapieren zu stärken, die Investoren auf seiner Plattform angeboten werden.

"Wir freuen uns darauf, Black zu unterstützen, was es vielerlei Investoren möglich machen wird, sich an hochwertigen Versicherungsfinanzprodukten zu beteiligen", sagte Fineqia-CEO Bundeep Singh Rangar, der auch bei der Gründung von Black geholfen hat.

"Black repräsentiert alles, was wir von Emittenten auf unserer Plattform erwarten: Innovation, Disruption und Ambition", sagte Rangar. "Wir sind überzeugt, dass der Versicherungssektor reif für Disruption durch Blockchain ist, und Black Insurance hat die richtige Teamerfahrung, um dies möglich zu machen."

Forschung von Accenture deutet darauf hin, dass ein Drittel aller Versicherer den Einsatz von Blockchain innerhalb der nächsten zwei Jahre planen, und für ein weiteres Drittel steht die Abwägung des Einsatzes von Blockchain auf der Agenda.

In der Versicherungsbranche ist ein großer Appetit für Innovation und dafür vorhanden, den Schritt in ein radikal neues Zeitalter zu wagen", fügte Risto Rossar, der Gründer von Black, hinzu. "Wir haben bereits Dutzende von Anfragen von Maklern auf der ganzen Welt erhalten, die sich der Plattform anschließen möchten. Diese werden zunehmend ungeduldiger, was die innovationsfeindliche, langsame geistige Einstellung betrifft, die in der Branche vorherrscht, und sie sehen Black als einen Weg, um ihre Aspirationen Realität werden zu lassen."

Der Einsatz von Blockchain durch Black bei Versicherungen bedeutet eine Reduzierung von Betriebskosten, mehr Sicherheit und Transparenz, einige Risikominderung für jede einzelnen Fehlerpunkte und ein Ansehensgewinn für alle beteiligten Parteien. Durch die Schaffung eines Marktplatzes, wo Investoren und Versicherer direkt miteinander handeln können, strebt Black an, die Transaktionskosten zu minimieren.

Die Investition von Fineqia in Black Insurance steht im Einklang mit seiner Strategie, in Blockchain-Unternehmen zu investieren, die sein Geschäftsmodell unterstützen. Fineqias Investitionssumme stellt weniger als 1 % seiner Marktkapitalisierung dar. Die Vertragsmodalitäten sind vertraulich.

About Fineqia International

Fineqia International ist in Kanada (CSE: FNQ), den USA (OTC: FNQQF) und Europa (Frankfurt: FNQA) gelistet. Fineqia International gibt die Corporate Governance, Unternehmenskultur, Abläufe und Beziehungen des Unternehmens vor, nach denen das Unternehmen und seine Tochtergesellschaften gesteuert und geführt werden. Fineqia International überwacht und gewährleistet den Erfolg, die Planung und das Wachstum des Unternehmens und all seiner Tochtergesellschaften. Erst kürzlich hat es die Aufnahme von Blockchain-Technologien bekanntgegeben, um diese Ziele zu erreichen. Weitere Informationen finden Sie auf: <https://investors.fineqia.com/news> [<https://investors.fineqia.com/news>].

Über Black Insurance

Black ist ein Versicherungsunternehmen auf der Blockchain, das es Token-Besitzern ermöglicht, direkt in Versicherungsrisiko zu investieren und die Arbeitsweise von Versicherungsmärkten vollständig zu verändern. Sein Ziel ist es, eine globale digitale Versicherungsplattform zu schaffen, die alle Versicherungsunternehmen hinfällig machen kann. Weitere Informationen erhalten Sie hier: <https://www.black.insure/> [<https://www.black.insure/>]

ZUKUNFTSGERICHTETE AUSSAGEN

Diese Pressemitteilung könnte zukunftsgerichtete Aussagen enthalten (gemäß den geltenden kanadischen Wertpapiergesetzen) ("zukunftsgerichtete Aussagen"). Alle Aussagen, die keine historischen Fakten darstellen, die sich auf Aktivitäten, Events oder Entwicklungen beziehen, von denen Fineqia (das "Unternehmen") glaubt, davon ausgeht oder erwartet, dass sie zukünftig erfolgen oder erfolgen könnten (einschließlich und ohne Einschränkung Aussagen über potenzielle Akquisitionen und Finanzierungen), sind zukunftsgerichtete Aussagen. Zukunftsgerichtete Aussagen sind allgemein an der Verwendung von Wörtern wie "könnte", "wird", "sollte", "weiterhin", "erwartet", "voraussieht", "geschätzt", "angenommen", "beabsichtigt", "plant" oder "prognostiziert" oder der Negation dieser Wörter sowie anderer Variationen dieser Wörter oder vergleichbarer Terminologie zu erkennen. Zukunftsgerichtete Aussagen unterliegen einer Vielzahl von Risiken und Unsicherheiten, die größtenteils nicht von der Gesellschaft kontrolliert oder vorhergesehen werden können und die dazu führen könnten, dass sich die tatsächlichen Ergebnisse der Gesellschaft erheblich von denen unterscheiden, die in diesen zukunftsgerichteten Aussagen enthalten sind. Zu den Faktoren, die dazu führen können, dass die tatsächlichen Ergebnisse oder Ereignisse deutlich von den erwarteten abweichen, gehören, einschließlich und ohne Einschränkung: fehlende ausreichende Finanzierung und andere Risiken, die in den Offenlegungen mit den relevanten Wertpapiersicherheitsbehörden vorliegen. Jede zukunftsgerichtete Aussage gibt nur die Sicht zu dem Zeitpunkt wieder, zu dem sie geäußert wird, außer wenn geltende Wertpapiergesetze etwas Anderes verlangen. Das Unternehmen lehnt jegliche Absicht oder Verpflichtung ab, zukunftsgerichtete Aussagen zu aktualisieren, außer dies ist aufgrund anwendbarer Wertpapiergesetze erforderlich.

Natalia Zurowski, Marketing Consultant, T: +44-203-500-3462, E: Natalia.zurowski@fineqia.com, W: <http://www.fineqia.com> [<http://www.fineqia.com>]

Originaltext: Fineqia International Inc Digitale Medienmappe: <http://www.presseportal.ch/de/nr/100061028> [<http://www.presseportal.ch/de/nr/100061028>] Medienmappe via RSS :

http://www.presseportal.ch/de/rss/pm_100061028.rss2
[http://www.presseportal.ch/de/rss/pm_100061028.rss2]

INITIATIVE FÜR EINHEITLICHE PENSIONS-KASSEN-BEITRÄGE LANCIERT

Der Verein Workfair 50+ lanciert ein Volksbegehren für unabhängig vom Alter gleichbleibende Pensionskassenbeiträge für alle Versicherten. Die eidgenössische Volksinitiative "Berufliche Vorsorge - Arbeit statt Armut" ist am Dienstag im Bundesblatt publiziert worden.

Sie verlangt eine Änderung von Artikel 113 Absatz 3bis der Bundesverfassung. Der Artikel soll neu lauten: "Für die Bemessung der Altersgutschriften gilt für alle Versicherten unabhängig vom Alter der gleiche Ansatz. Erwerbstätige Personen sind ab dem 1. Januar nach Vollendung des 17. Altersjahres beitragspflichtig."

Es sei ein Fakt, dass viele ältere Arbeitnehmer wegen zu hoher Lohn-Nebenkosten ab 45 Jahren häufig von Entlassungen bedroht seien beziehungsweise dies nach einer Umfrage unter den Betroffenen 50plus direkt oder indirekt zu deren Entlassung geführt habe.

Auch wenn dies kein Arbeitgeber öffentlich zugeben werde, der Austausch von 50-Jährigen oder älteren Arbeitnehmenden gegen jüngere, günstigere Fachkräfte sei seit einigen Jahren gängige Praxis auf dem Schweizer Arbeitsmarkt.

Workfair 50+ ist laut eigenen Aussagen ein politisch und weltanschaulich unabhängiger gemeinnütziger Verein, der grundsätzlich allen offensteht. Er setzt sich vorrangig für erwerbslose und von der Erwerbslosigkeit bedrohte Menschen über 50 Jahre in.

(MÜNCHEN) MÜNCHENER VEREIN IM GESCHÄFTSJAHR 2017 MIT AUSGEZEICHNETEM ERGEBNIS

Die Münchener Verein Versicherungsgruppe hat im Geschäftsjahr 2017 mit 103,1 Millionen Euro (2016: 99,6 Millionen Euro) ein sehr gutes Ergebnis erzielt und konnte ihre Beitragseinnahmen um 2,9 Prozent auf 723,5 Millionen Euro (2016: 702 Millionen Euro) steigern. Das Eigenkapital des Münchener Vorsorge- und Pflegespezialisten ist im Vergleich zum Vorjahr um 3,9 Prozent auf 286,2 Millionen Euro angewachsen. Seine Kapitalanlagen konnte der Münchener Verein um 4,0 Prozent auf 6,7 Milliarden Euro ausbauen. Die Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle beliefen sich auf 564,8 Millionen Euro (2016: 578,3 Millionen Euro).

"Unser strategisches Geschäftsfeld der fondsgebundenen Rentenversicherung hat die Steigerung des Neugeschäfts mit einem Neugeschäftspuls von über 33 Prozent unvermindert fortgesetzt", erläutert Dr. Rainer Reitzler, Vorstandsvorsitzender des Münchener Verein. "Mit einem Anteil von über 50 Prozent am gesamten Neugeschäft in der Lebensversicherung hat unser Geschäftsfeld betriebliche Altersversorgung maßgeblich zur positiven Entwicklung dieser Sparte beigetragen. Ursächlich für das Beitragsplus in der Allgemeinen Versicherung war in erster Linie das Geschäftsfeld Gewerbe, in dem wir mit der Betriebshaftpflichtversicherung mit über 41 Prozent die höchste Steigerung verzeichnen konnten", so Dr. Reitzler weiter. "Hier hat sich zum wiederholten Male unsere konsequente Ausrichtung an den besonderen Anforderungen des Handwerks ausgezahlt."

Die Beitragseinnahmen der Krankenversicherung stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 3,2 Prozent auf 526,3 Millionen Euro. In der ergänzenden Pflegezusatzversicherung war abermals ein starker Anstieg von 9,8 Prozent auf 41,1 Millionen Euro (2016: 37,4 Millionen Euro) zu verzeichnen. Der gesamte Versichertenbestand wuchs um 3,7 Prozent auf 325.631 natürlich versicherte Personen. Die Leistungsauszahlungen einschließlich der Schadenregulierungskosten lagen mit 386,6 Millionen Euro 2,4 Prozent über dem Vorjahr. Das Eigenkapital wuchs bei einer Eigenkapitalquote von 34,1 Prozent auf 179,2 Millionen Euro (2016: 172,2 Millionen Euro).

Die Lebensversicherung verzeichnete Beitragseinnahmen in Höhe von 143,0 Millionen Euro (+ 1,9 Prozent im Vergleich zum Vorjahr). Die Netto-Leistungsaufwendungen für die Kunden beliefen sich auf 153,3 Millionen Euro, das sind 11,5 Prozent weniger als im Vorjahr. Das Eigenkapital stieg bei einer Eigenkapitalquote von 59,9 Prozent auf 76,5 Millionen Euro (2016: 73,5 Millionen Euro).

Die Allgemeine Versicherung hat ihre Beitragseinnahmen um 2,9 Prozent auf 54,2 Millionen Euro gesteigert. Der Grund liegt unter anderem im Zuwachs der Kraftfahrt- und Sachversicherung. Die Schadenaufwendungen stiegen auf 40,4 Millionen Euro an. Die Sparte hat einen Jahresüberschuss von 2,3 Millionen Euro (2016: 3,1 Millionen Euro) erzielt. Bei einer Eigenkapitalquote von 56,2 Prozent erreichte die Allgemeine Versicherung ein Eigenkapital von 30,5 Millionen Euro (2016: 29,7 Millionen Euro).

"Wir setzen unsere strategische Ausrichtung bereits mit Blick auf unser 100-jähriges Jubiläum im Jahr 2022 konzentriert fort. Eine zentrale Rolle spielen dabei die speziellen Anforderungen des Handwerks und

weitere innovative Produkte", unterstreicht Dr. Rainer Reitzler. "Ganz im Sinne unserer Kunden werden wir auch den Grad unserer Digitalisierung und unseren zahlreich ausgezeichneten Service weiterentwickeln."

OTS: Münchener Verein Versicherungsgruppe newsroom: <http://www.presseportal.de/nr/60945>
[<http://www.presseportal.de/nr/60945>] newsroom via RSS: http://www.presseportal.de/rss/pm_60945.rss2
[http://www.presseportal.de/rss/pm_60945.rss2]

Pressekontakt: Münchener Verein Versicherungsgruppe Zentrale Unternehmenskoordination und Presse
Johannes Schuster M. A. Pressesprecher Pettenkoferstr. 19 80336 München Tel: 089/51 52 1154 Fax:
089/51 52 3154 schuster.johannes@muenchener-verein.de www.muenchener-verein.de
[<http://www.muenchener-verein.de>]

(WIEN) VKI: IRREFÜHRENDE WERBEAUSSAGE FÜR LAUFVERSICHERUNG

"s Versicherung" verpflichtet sich zur Unterlassung

Eine von der Sparkassen Versicherung AG angebotene private Unfallversicherung vermittelte den Eindruck, generell für den Laufsport zu gelten. Tatsächlich umfasst sie nur offizielle Laufveranstaltungen, aber nicht etwa das Training oder private Laufevents. Der VKI klagte im Auftrag des Sozialministeriums deshalb wegen Irreführung. Die Sparkassen Versicherung AG und die Erste Bank verpflichteten sich nun gegenüber dem VKI, solche Werbungsansagen zu unterlassen.

Die Sparkassen Versicherung AG bietet einen "s Running-Unfall-Schutz" an. Die Bewerbung dieser Unfallversicherung und der Vertragsabschluss erfolgen über die Erste Bank der österreichischen Sparkassen AG als Agent. Angeboten wurde der "s Running-Unfall-Schutz" unter anderem mit dem Text: "Ob entspannter Trainingslauf, ambitionierter Wettkampf oder großer Laufevent - schon ein kleiner Fehltritt kann einen Freizeit-Unfall mit hohen Folgekosten verursachen."

Tatsächlich umfasst der Schutz aber eben keine privaten Trainingsläufe. Die Versicherung gilt nämlich nur für einen Unfall, der dem versicherten aktiven Teilnehmer am Tag einer Laufveranstaltung zustößt. Was unter einer "Laufveranstaltung" zu verstehen ist, wurde in den Versicherungsbedingungen nicht erklärt. "Private" Läufe, wie Trainings, gehören auf jeden Fall nicht dazu, teilte die Versicherung auf Nachfrage mit.

Der VKI brachte im Auftrag des Sozialministeriums deshalb eine Klage wegen eines Verstoßes gegen das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb ein. Die Sparkassen Versicherung AG und die Erste Bank lenkten schnell ein und schlossen mit dem VKI einen Vergleich ab. Darin verpflichteten sie sich es zu unterlassen, den falschen Eindruck zu erwecken, der "s Running-Unfall-Schutz" gewähre generell Versicherungsschutz für Lauf-Unfälle - obwohl der Versicherungsschutz für private Trainingsläufe und privat organisierte Läufe ausgenommen ist. Der Vergleich ist rechtskräftig.

Service: Den Vergleich im Volltext gibt es auf [www.verbraucherrecht.at] [<http://www.verbraucherrecht.at>]
[<http://www.verbraucherrecht.at/>] [<http://www.verbraucherrecht.at/>]).

Rückfragehinweis:

Verein für Konsumenteninformation

Öffentlichkeitsarbeit

01/588 77-256

presse@vki.at

www.vki.at [<http://www.vki.at>]

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/226/aom> [<http://www.ots.at/pressemappe/226/aom>]

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER
VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

(WIEN) DONAU STARTET DIGITALE BERATUNGSOFFENSIVE MIT "KLARA"

Die DONAU Versicherung hat das Kunden-Bedarfsanalysetool "Klara" flächendeckend gestartet.
VIG-Gesellschaften im Baltikum und Rumänien übernehmen das innovative Tool.

* Umfassende Kundenorientierung

* Transparente Sicht auf Lebenssituation und Risikofelder

* IDD-konforme Beratung

* VIG-Gesellschaften im Baltikum und Rumänien übernehmen

Beratungstool der DONAU

Die DONAU Versicherung hat ihr innovatives Kunden-Bedarfsanalysetool "Klara" seit März 2018 flächendeckend in ganz Österreich im Einsatz. Damit setzt die DONAU nicht nur die ab Oktober verpflichtende Versicherungsrichtlinie IDD bereits heute um, sondern definiert auch neue Standards in der Kundenberatung. Für die Digitalisierung der Geschäftsprozesse ist "Klara" ebenso ein wesentlicher strategischer Schritt in die Zukunft.

"Die Kundenorientierung steht für uns im Mittelpunkt. Richtig versichern - das ist unser umfassender Beratungsanspruch, den wir mit 'Klara' innovativ, freundlich und modern umsetzen", ist Harald Riener, Vertriebsvorstand der DONAU, überzeugt. "Unser Beratungstool verbindet und unterstützt das persönliche Gespräch über die aktuelle Lebenssituation des Kunden und schafft dabei höchste Risikotransparenz. So sorgt die Beratung der DONAU dafür, dass die Kunden optimal abgesichert werden."

Zwtl.: International beispielgebend - Einsatz auch im Baltikum und in Rumänien

Mit "Klara" zeigt sich die DONAU auch im Konzern der Vienna Insurance Group als beispielgebende Vorreiterin in der Kundenberatung. Bei der Entwicklung von "Klara" erfolgte die Entscheidung für die technische Basis sehr bewusst und die zukünftigen Möglichkeiten flossen mit ein. Darunter auch die Übersetzung in andere Sprachen.

Nach der erfolgreichen Einführung bei der DONAU wird "Klara" auch von drei Compensa-Gesellschaften in Estland, Lettland und Litauen übernommen. Ebenso werden die rumänischen Konzerngesellschaften Asirom und Omiasig "Klara" für die IDD-konforme Kundenberatung einsetzen.

"Die DONAU zeigt sich als Vorreiterin und Innovationsträgerin in der Kundenberatung. Damit sind wir für die Branche und auch innerhalb des Konzerns beispielgebend. Dass 'Klara' auch im Baltikum und Rumänien die Beratungsgespräche kundenorientiert begleitet, ist ein toller Erfolg des DONAU Teams", unterstreicht Harald Riener.

Bild(er) zu dieser Aussendung finden Sie im AOM / Originalbild-Service sowie im OTS-Bildarchiv unter <http://bild.ots.at> [<http://bild.ots.at>]

Rückfragehinweis:

Donau Versicherung AG Vienna Insurance Group

Alexander Jedlicka

a.jedlicka@donauversicherung.at

43 (0) 50 330 - 73014

Gabriele H. Schüttbacher

43 (0) 50 330 - 72039

g.schuettbacher@donauversicherung.at

www.donauversicherung.at [<http://www.donauversicherung.at>]

Digitale Pressemappe: <http://www.ots.at/pressemappe/896/aom> [<http://www.ots.at/pressemappe/896/aom>]

*** OTS-ORIGINALTEXT PRESSEAUSSENDUNG UNTER AUSSCHLIESSLICHER INHALTLICHER VERANTWORTUNG DES AUSSENDERS - WWW.OTS.AT ***

DIE HEUTIGEN SCHLAGZEILEN DER ZEITUNGEN

KIELER NACHRICHTEN berichtet:

DIE KATASTROPHALEN FOLGEN DER PRIVATEN RENTENVERSICHERUNG

Im Jahr 2018 stellen die schleswig-holsteinischen Landtagsabgeordneten fest, was sie sich im Jahr 2007 selbst eingebrockt haben. Ein Altersversorgungssystem, mit dem Altersarmut droht. Das neue System basierte auf privater Vorsorge – Kapitalanlagefonds.

In Baden-Württemberg hatten die Abgeordneten schon 2017 die gleichen Erkenntnisse, sie brauchten dazu nur weniger Zeit, weil sie ihr System erst 2008 umgestellt hatten. In Stuttgart wollte man über eine Blitzentscheidung zurück zu der vorherigen Beamtenbesoldungssystematik. Das löste im Ländle eine Protestlawine aus, mit dem Ergebnis: Vertagung und Einrichtung einer teuren Rentenkommission, die seit über einem Jahr tagt und Lösungen sucht.

Nun wird auch in Schleswig-Holstein nach Lösungen gesucht.

Vielleicht folgt man dem Vorgehen des EU-Parlaments. Das löste 2009 den eigenen Pensionsfonds auf, nachdem er durch riskante Kapitalanlagen einen Fehlbetrag von 120 Millionen Euro „erwirtschaftet“ hatte. Seitdem erhalten die Abgeordneten eine beitragsfreie Pension direkt aus dem EU-Haushalt. Derweil hat sich das Defizit des alten Fonds auf 326 Millionen Euro erhöht – das wird aus Steuermitteln der EU-Bürger ausgeglichen.

Ich stelle mir die Fragen:

Warum stellen die Abgeordneten die katastrophalen Folgen der privaten Altersvorsorge erst dann fest, wenn sie selbst davon betroffen sind?

Warum fordern sie für die vielen Millionen künftigen Rentnerinnen und Rentner sogar noch die Verstärkung der privaten Altersvorsorge?

Warum versichern sie sich nicht einfach in der gesetzlichen Rentenversicherung, dann sind sie mit mindestens 90 Prozent ihrer Wähler in einer „**Schicksalsgemeinschaft**“.

Reiner Heyse, Wattenbek

WIRTSCHAFTSWOCHE ONLINE berichtet:

ONLINE-VERSICHERER; ALLIANZ FINALISIERT KOOPERATION MIT JD.COM

Allianz und JD.com wollen in Zukunft gemeinsame Sache machen und unterzeichneten am Montag Verträge für eine digitale Partnerschaft. Zusammen sollen neue Lösungen für den chinesischen Markt definiert werden.

Erstveröffentlichung 09.07.2018 19:49:31

Die Allianz setzt beim Aufbau eines Online-Versicherers in **China** auf die Marktmacht des Internet-Händlers JD.com. \x84Allianz und JD.com haben heute eine digitale Partnerschaft unterzeichnet, mit dem Zweck, Versicherungslösungen neu zu definieren und bereitzustellen, die den wachsenden Bedürfnissen der chinesischen Kunden gerecht werden\x93, teilte der Versicherer am Montag am Rande der deutsch-chinesischen Regierungskonsultationen in Berlin mit. Allianz-Chef Oliver Bäte habe das mit JD.com-Gründer Richard Liu besprochen.

Aus der chinesischen Sachversicherungs-Tochter der Allianz soll ein Gemeinschaftsunternehmen werden. Der Einstieg von JD.com war bereits im April bekanntgeworden. Der Handelsriese zahlt 85 Millionen Dollar für eine Beteiligung von 33 Prozent an Allianz **China**. Die Aufsichtsbehörden in **China** müssen den Plänen noch zustimmen.

<http://seenews.com/>

Source: TVR Tägliche Versicherungsnachrichten von Factiva(MR//MR)

IN i82 : Insurance | ifinal : Financial Services

NS ccat : Corporate/Industrial News | ncdig : Corporate Digests | ncat : Content Types

RE baltst : Baltic States | gfr : Germany | dach : DACH Countries | eecz : European Union Countries | eeurz : Central/Eastern Europe | eurz : Europe | weurz : Western Europe

PUB Factiva, Inc.

AN 文件 GINSDE0020180710ee7a00001

SE Kommentare
HD Kommentar; **China** wird zum Menetekel - Warum sich die Industrienationen verzockt haben
BY Riecke, Torsten
WC 721 字
PD 2018 年 8 月 8 日
SN Handelsblatt Online
SC HNDONL
LA 德文
CY Copyright 2018 Handelsblatt GmbH. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de

LP
Das Reich der Mitte untergräbt mit seinem verdeckten Staatskapitalismus die Weltwirtschaftsordnung. Naiv hat man geglaubt, die WTO wäre in der Lage, **China** im Zaum zu halten.

Erstveröffentlichung 2018-08-07T20:19:10Z

TD
Selbst gute Exportzahlen können die Stimmung in der deutschen Industrie nicht aufhellen. Als das Statistische Bundesamt gestern ein kräftiges Wachstum der deutschen Ausfuhren im Juni meldete, warnte der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) vor einem 'eskalierenden Zollstreit zwischen den USA und **China**', unter dem auch deutsche Unternehmen leiden würden.
Der Handelskrieg zwischen der alten und der neuen Supermacht entscheidet nicht nur über das Wohlergehen der deutschen Wirtschaft, sondern auch über das Schicksal des globalen Aufschwungs.
Dass es zu einem gefährlichen Showdown zwischen Washington und Peking kommen konnte, liegt nicht nur an Donald Trump. Der US-Präsident hat mit seiner nationalistischen 'America first'-Politik zwar dafür gesorgt, dass der Handelskonflikt mit dem aufstrebenden Reich der Mitte jetzt offen ausgebrochen ist und mit protektionistischen Mitteln ausgefochten wird.

Die Saat für die aktuelle Konfrontation wurde jedoch bereits 2001 beim Beitritt Chinas zur Welthandelsorganisation (WTO) gelegt. Viel zu blauäugig haben damals die großen Industrienationen ihre Tore für Produkte 'made in **China**' geöffnet und ein Auge zugeedrückt, wenn es um Fairness im Handel ging.

Jetzt ist das Reich der Mitte zu einer selbstbewussten Weltmacht herangereift und lässt sich nicht so leicht zurechtweisen. Genau das ist jedoch notwendig, will man einen Handelskrieg noch abwenden.

Insbesondere der Westen war euphorisiert von Chinas riesigem Absatzmarkt mit rund 1,4 Milliarden Konsumenten. Dass man vor 17 Jahren jedoch gleichzeitig den Weltmarkt für ein staatskapitalistisches Regime geöffnet hat, das seine Unternehmen mit massiven Subventionen im weltweiten Wettbewerb dopt, keine Scheu vor dem Diebstahl geistigen Eigentums hat, die eigenen Märkte mit Zöllen und nicht-tarifären Handelshemmnissen verbarrikadiert, von Auslandsinvestoren beim Markteintritt die Abgabe ihres technischen Know-hows erzwingt und die Folgen staatlicher Fehlinvestitionen wie beim Stahl durch Dumpingexporte auf die Weltmärkte abwälzt - das alles hat man sich 2001 nicht träumen lassen.

Die chinesische Industrie hat in wichtigen Schlüsselindustrien den Westen überholt

Vielmehr haben Amerika und Europa darauf vertraut, dass sich **China** im Zuge seiner wirtschaftlichen Entwicklung immer stärker dem westlichen Wirtschaftsmodell annähern und dann auch an dessen Spielregeln halten würde. Entsprechend naiv hat man geglaubt, die WTO wäre in der Lage, den chinesischen Drachen im Zaum zu halten.

Das ist vermutlich der größte wirtschaftspolitische Trugschluss der vergangenen 20 Jahre, mit gravierenden wirtschaftlichen, sozialen und politischen Folgen. Der wirtschaftliche Erfolg Chinas hat es den Kommunisten in Peking nicht nur erlaubt, ihre politische Diktatur aufrechtzuerhalten.

Vielmehr konnte die chinesische Wirtschaft, vom Staat geschützt und gesteuert, in wichtigen Schlüsselindustrien wie Solartechnologie, Elektromobilität, Biomedizin, Robotik und künstlicher Intelligenz auch zu den etablierten Industrieländern aufschließen oder hat diese sogar schon überholt.

Aller Unmut darüber, dass die Chinesen dabei foul spielen, ist entweder in den endlos mahlenden WTO-Mühlen versandet oder wurde von Politikern und Unternehmern aus Angst, den Zugang zum Riesenmarkt zu verlieren, heruntergeschluckt. Selbst Schwergewichte der digitalen Wirtschaft wie Google und Apple gehen vor Peking in die Knie.

Der Suchgigant denkt angeblich darüber nach, unter Aufsicht der chinesischen Zensoren ins Reich der Mitte zurückzukehren. Und Apple-Chef Tim Cook sieht Amerika bereits in einer **Schicksalsgemeinschaft** mit **China**, die durch den Handelskonflikt nicht aufs Spiel gesetzt werden dürfe.

Aus diesem Dilemma gibt es nur zwei Auswege: Entweder werden die aktuellen Handelskonflikte im freien Spiel der Kräfte entschieden. Oder die WTO modernisiert ihr Regelbuch, um **China** in die Schranken zu weisen. Der chinesische Präsident Xi **Jinping** setzt nämlich ähnlich wie Trump auf das Recht des Stärkeren.

'America first' und '**China** first' sind zwei Seiten derselben Medaille - mit dem Unterschied, dass Trump sich offen dazu bekennt, während Xi seine nationalistische Wirtschaftspolitik hinter schönen Worten über den Freihandel versteckt.

China kann nicht darauf pochen, endlich als Marktwirtschaft anerkannt zu werden, und weiter die marktwirtschaftlichen Spielregeln verletzen. Der Hinweis darauf, dass auch die USA und Europa im Laufe ihrer wirtschaftshistorischen Entwicklung keine Musterschüler waren, greift hier zu kurz. **China** befindet sich in vielen Schlüsselbereichen bereits auf Augenhöhe mit den führenden Industrieländern und bedarf hier keiner Entwicklungshilfe mehr.

Europa tut deshalb gut daran, die von EU-Kommissionspräsident Juncker mit Trump verabredete Modernisierung der Handelsregeln zügig und entschlossen in Angriff zu nehmen. Nur so lässt sich eine Eskalation im Handelskrieg zwischen **China** und den USA dauerhaft vermeiden.

NS	nedc : Commentaries/Opinions ncat : Content Types nfact : Factiva Filters nfcpx : C&E Executive News Filter
RE	china : China berlin : Berlin apacz : Asia Pacific asiaz : Asia bric : BRICS Countries chinaz : Greater China dach : DACH Countries devgcoz : Emerging Market Countries dvpcos : Developing Economies easiaz : Eastern Asia eecz : European Union Countries eurz : Europe gfr : Germany weurz : Western Europe
IPD	Meinung
PUB	Handelsblatt GmbH
AN	文件 HNDONL0020180808ee880008e

HD Gastbeitrag; Keine Koalitionen gegen unsere amerikanischen Freunde!

WC 1,436 字

PD 2018 年 9 月 30 日

SN WELT online

SC WELTON

LA 德文

CY Copyright 2018 Axel Springer SE

LP

Deutschland und die USA brauchen einander mehr, als vielen bewusst ist, schreibt der Bundeswirtschaftsminister im Gastbeitrag. Ein Zerschlagen dieser Freundschaft hätte unkalkulierbare Folgen auf Jahrzehnte hinaus. Was die Bundesrepublik tun muss.

Wer im Brustton der Überzeugung und im Gefühl moralischer Überlegenheit die USA oder ihren Präsidenten kritisiert, erhält Applaus. Was einst das Markenzeichen linker Pazifisten war, scheint längst zum bürgerlichen Massensport geworden. Nicht nur in Deutschland, in ganz Europa und darüber hinaus: Als ob aus der Kritik am Gegenüber eine neue, gemeinsame Identität erwüchse. Und in der Tat gab es in den transatlantischen Beziehungen schon leichtere Zeiten, in denen der Vorrat an Gemeinsamkeiten größer war oder schien.

TD

Offene Märkte oder Protektionismus, Pro und contra Nuklearabkommen mit dem Iran, Nord Stream 2, Verteidigungsausgaben und Klimaschutzabkommen von Paris: Die Liste tatsächlicher und vermeintlicher Dissens-Punkte ist lang. Es geht nicht mehr nur um den Inhalt, sondern auch ums Prinzip: Einseitige Entscheidungen oder multilateraler Diskurs, "America first" oder "Eine Welt".

Der eskalierende Streit über diese - zugegebenermaßen sehr wichtigen Fragen - ist die derzeit größte Gefahr für die prosperierende Weltwirtschaft und bedroht im Kern die wichtigste Konstante der gesamten Nachkriegszeit: Die unverbrüchliche transatlantische **Schicksalsgemeinschaft** und die deutsch-amerikanische Freundschaft. Sollten sie zerbrechen, wären die Folgen dramatisch und auf Jahrzehnte nicht kalkulierbar.

"Wahre Freundschaft ist eine sehr langsam wachsende Pflanze", sagte George Washington, der erste Präsident der Vereinigten Staaten. Und in der Tat: Die USA, eine koloniale Ausgründung aus praktisch allen europäischen Ländern, waren sich lange selbst genug. Erst als Europa im Strudel der Katastrophe des Ersten Weltkriegs versank, waren sie zur kurzzeitigen Rückkehr auf den Kontinent bereit und bezahlten dafür einen hohen Preis auf den Schlachtfeldern an Marne und Somme.

Nach der erneuten und viel größeren Katastrophe des Zweiten Weltkrieges vollzogen die USA endlich den fundamentalen Paradigmen-Wechsel, der bis heute grundlegend ist: Die dauerhafte Hinwendung zu Europa und das aktive Eintreten für Freiheit, Demokratie und Stabilität weltweit. Mit Schönheitsfehlern, hässlichen Seiten, desaströsem Scheitern (Vietnam) ganz gewiss. Aber die USA wurden zum "Hüter der Welt", und die Welt fuhr dabei nicht schlecht.

Die USA und Deutschland verbindet seither eine jahrzehntelange Freundschaft, deren Wurzeln tief verankert sind. Die USA haben Deutschland nach 1945 beschützt und beim Wiederaufbau unterstützt, sie haben unsere Demokratie stark gemacht und die Wiedervereinigung von 1990 ermöglicht, gegen den Widerstand so vieler anderer. Millionen amerikanische Soldaten haben Deutschland kennen und lieben gelernt, Millionen Deutsche haben als Studenten, Touristen, Geschäftsleute oder Politiker prägende Erfahrungen in den USA gemacht.

Über viele Jahrzehnte hinweg ist auf diesem Fundament ein prächtiger, starker Wald gewachsen. Uns verbindet eine Freundschaft, wie wir sie weltweit nur mit Frankreich und mit sonst kaum einem anderen Land pflegen. Diese Freundschaft ist längst nicht nur von der Zusammenarbeit unserer Regierungen, sondern vielmehr von gemeinsamen Werten und emotionalen Bindungen geprägt. Das ist bis heute so geblieben, und es ist ein großer Schatz und ein Kapital für die Zukunft. Deshalb muss unser Verhältnis zu den USA auch nicht grundsätzlich neu vermessen werden. Aber Grund zum Nachdenken und Handeln gibt es mehr als genug.

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat bereits vor mehr als einem Jahr gesagt, dass Europa bereit sein muss, sein Schicksal ein Stück weit mehr in die eigene Hand zu nehmen. Das war keine Abkehr von einem Freund, sondern die logische Konsequenz aus der - jedenfalls temporär - stärkeren Konzentration der USA auf sich selbst und ihre unmittelbaren Interessen.

Deshalb muss Europa bereit sein, deutlich mehr Verantwortung für Stabilität und Prosperität in seiner eigenen Nachbarschaft zu übernehmen, insbesondere in folgenden Bereichen: Ein gutes, freundschaftliches Verhältnis zu unserem Nato-Partner Türkei, ohne unsere Positionen im Hinblick auf Rechtsstaatlichkeit und Grundrechte zu relativieren, gehört dazu. Eine stabile politische wirtschaftliche Entwicklung in diesem großen Land, mit dem wir seit so vielen Jahren eng verbunden sind, und das so vielen Flüchtlingen Schutz bietet, liegt auch in unserem ureigenen Interesse.

Bereits seit Jahren übernehmen Deutschland und die EU Verantwortung für die Sicherheit der Ukraine und einen fragilen Waffenstillstand, der noch keine dauerhafte Lösung bietet, aber besser ist als heißer Krieg. Jetzt müssen wir den nächsten Schritt gehen und in ganz Osteuropa einen Friedens-, Wachstums- und Wohlstandsraum schaffen, der den geschundenen Menschen in der Ukraine und anderswo dauerhaft Hoffnung und Perspektive bietet. Russland muss die Möglichkeit haben, ein wichtiger und stolzer Teil dieses Raumes zu sein, wenn es die unverzichtbaren Regeln und Prinzipien akzeptiert. Und schließlich haben wir eine ganz unmittelbare Verantwortung für die Zukunft des afrikanischen Kontinents, die uns niemand anderes abnehmen wird oder kann.

Die Übernahme dieser Verantwortung durch die EU wird Kraft und Geld kosten, aber kann eine wichtige Stütze der transatlantischen Partnerschaft werden. Dazu gehört auch, dass Deutschland bereit sein muss, die Verpflichtung zur Erhöhung seiner Verteidigungsausgaben in Richtung auf zwei Prozent, die wir bereits 2014 gegenüber der Nato und Präsident Obama eingegangen sind, zu erfüllen. Es wäre ein Signal, das in den USA gehört würde. Auch vom Präsidenten, aber weit darüber hinaus.

Deutschland ist von Aufrüstung und Militarismus so weit entfernt wie der Pluto vom Merkur. Aber auch dann, wenn dies erreicht ist, wird Europa seine Freiheit und Sicherheit niemals allein weltweit sichern können. Multilateralismus, Verträge und Kooperationen können helfen, aber der Schirm der Nato und das gegenseitige füreinander Einstehen, sind die Lebensversicherung unseres Landes.

Europa und Nordamerika müssen sich in ihrer transatlantischen Beziehung wieder auf die gemeinsamen Werte besinnen, auf das, was sie verbindet, und weniger auf das, was sie trennt. Die transatlantische Partnerschaft ist als solche schon ein Wert an sich. In einer Zeit, wo Wohlstand in vielen Staaten nicht immer automatisch an Demokratie und Menschenrechte gebunden ist, müssen wir sie neu mit Leben erfüllen. Dazu gehört auch, dass wir erkennen, dass mit unseren gemeinsamen Werten auch das weltweite Eintreten für Marktwirtschaft, offene Märkte und Wettbewerb eng verbunden ist.

Die USA haben den Begriff Selfmademan geprägt. Er symbolisiert den amerikanischen Traum von Freiheit und davon, dass man durch harte Arbeit alles erreichen kann. Das gilt national und international gleichermaßen. Nationale Abschottung, gegenseitige Zollerhöhungen, Sanktionen gegen einzelne Staaten, die auch alle anderen Staaten betreffen, lösen nicht etwa globale Probleme, sondern schaffen sie, denn sie schwächen die Volkswirtschaften der großen Industriestaaten und zertrümmern das wichtige Prinzip internationaler Zusammenarbeit, ohne das keines der großen Weltprobleme gelöst werden kann.

Deshalb ringen wir darum mit unseren amerikanischen Freunden, aber wir tun es als Freunde, wir schmieden gegen unsere Freunde keine Koalitionen, und wir wissen darum, welche Lasten die USA in der Vergangenheit getragen haben.

Gerade in einer Zeit, in der wir mit der US-Administration ernsthaft über die Vermeidung eines Handelskonflikts verhandeln, um sinkende Investitionen, Löhne und Wettbewerbsfähigkeit auf beiden Seiten zu verhindern, sollten wir uns immer wieder daran erinnern, welche Erfolgsgeschichte der gemeinsame Handel ist: Die USA und die EU sind nicht nur für mehr als die Hälfte des globalen Bruttoinlandsprodukts verantwortlich. Ihre bilaterale Handelsbeziehung übersteigt den Wert von einer Billion Dollar - und ist damit die größte der Welt.

Nicht zuletzt der technische Fortschritt hat in den vergangenen zwei Jahrzehnten für diese Entwicklung gesorgt. Informationen lassen sich in Millisekunden um die Welt versenden, der Handel wird immer effizienter und schneller. Die Welt ist in vielerlei Hinsicht enger zusammengewachsen und wird es weiter tun. Die USA und die EU haben dabei viel mehr gemeinsame Interessen als Gegensätze.

Durch die internationale Finanzkrise vor zehn Jahren haben wir auch gelernt, dass die Globalisierung nicht nur Gewinner kennt, sondern auch Ängste verbreitet. Auch in den USA hat sie in vielen Bundesstaaten Spuren hinterlassen. Wenn Präsident Donald Trump die Probleme im sogenannten Rust Belt ernst nimmt und aufgreift, ist das auch ein Beitrag, um die Entfremdung vieler Menschen mit der

Politik zu lindern - über die Frage, welches die richtigen Instrumente sind, müssen und dürfen wir mit unseren Freunden ringen.

Unser Modell der sozialen Marktwirtschaft müssen wir deshalb stets zukunftsfest halten, damit sie auch morgen noch erfüllen kann, was sie heute verspricht: nämlich Wohlstand für alle. Sie ist kein theoretisches Gehäuse, sondern sie bietet Wachstum, Teilhabe, Sicherheit und Orientierung. Auch in Amerika wächst die Sehnsucht nach einer sozialen Marktwirtschaft, die tatsächlich Wohlstand und soziale Sicherheit für alle versprechen kann.

China hat sich seit über 20 Jahren dem freien Welthandel geöffnet und dabei großartige Erfolge erzielt. Manches ist, wenn es um den Schutz des geistigen Eigentums geht oder um Stahlexporte, problematisch und so nicht akzeptabel. Aber **China** ist längst vom Feind zum Partner geworden. Ich bin überzeugt, dass die USA, **China** und die EU Lösungen in Verhandlungen finden können, wenn wir die Probleme klar benennen und miteinander partnerschaftlich reden.

Deutschland, Europa und die USA brauchen einander gegenseitig, viel mehr, als vielen von uns bewusst ist. Deshalb darf es keine Entfremdung geben, deshalb müssen wir um unser gemeinsames Bündnis und seine Zukunft kämpfen. Heute mehr denn je.

CO debwt : German Federal Ministry for Economic Affairs and Energy

NS gpol : Domestic Politics | gcat : Political/General News | gpir : Politics/International Relations

RE gfr : Germany | dach : DACH Countries | usa : United States | eecz : European Union Countries | eurz : Europe | namz : North America | weurz : Western Europe

IPD Gastbeitrag

PUB Axel Springer Syndication GmbH

AN 文件 WELTON0020180930ee9u0006z

HD dpa-AFX Überblick: ENERGIE / SCHWERINDUSTRIE / BAU vom 18.12.2018

WC 543 字

PD 2018 年 12 月 18 日 04:30 下午

SN dpa-AFX ProFeed

SC DPAFX

LA 德文

CY Copyright 2018. dpa-AFX. Alle Rechte vorbehalten. Weiterverbreitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung ohne ausdrückliche vorherige Zustimmung von dpa-AFX ist nicht gestattet.

LP

ROUNDUP: Niederschläge verkürzen Produktionsstopp bei K+S - Aktie zieht an

KASSEL - Kleiner Lichtschimmer beim Düngemittel- und Salzhersteller K+S <DE000KSAG888>: Das Unternehmen muss seine Produktion an der Werra nur für wenige Tage unterbrechen. Der Konzern rechnet deshalb mit geringeren negativen Auswirkungen auf sein Geschäft als bisher gedacht. Infolge der Niederschläge der vergangenen Wochen führe die Werra wieder mehr Wasser und die Entsorgungssituation des dortigen Kaliwerkes habe sich entspannt, teilte der Konzern am Dienstag in Kassel mit.

TD

Nach Ergebnissprung: VW-Beteiligung Navistar will 2019 noch mehr verdienen

LISLE - Der US-Truckhersteller Navistar hat dank der guten Lkw-Konjunktur im Heimatmarkt im vergangenen Geschäftsjahr kräftig verdient. Dabei trat die US-Beteiligung von Volkswagen im Schlussquartal dank guter Nachfrage noch einmal kräftig aufs Gaspedal. Konzernchef Troy Clarke zeigte sich auch für das bereits angelaufene neue Geschäftsjahr zuversichtlich: "Wir erwarten 2019 ein weiteres starkes Jahr für Navistar", sagte er laut Mitteilung vom Dienstag in Lisle.

Deutz versucht mit Gemeinschaftsunternehmen Neustart in **China**

KÖLN/PEKING - Der Motorenbauer Deutz <DE0006305006> stellt sich im riesigen chinesischen Markt neu auf. Mit dem größten Baumaschinenkonzern Chinas, Sany, soll ein Gemeinschaftsunternehmen gegründet werden, wie Deutz am Montagabend in Köln mitteilte. In einem ersten Schritt seien für 2022 rund 75 000 neue Motoren der Emissionsstufe IV beziehungsweise der Abgasstufe 6 Chinas geplant, die an Sany geliefert werden sollen. Zunächst stecken die Kölner aber erst einmal Geld in das Joint Venture. Die Rede ist von einem mittleren zweistelligen Millionenbetrag.

Boeing will mehr an Aktionäre ausschütten

CHICAGO - Der Flugzeugbauer Boeing <US0970231058> will seine Aktionäre stärker an der Gewinnentwicklung beteiligen. Eine neues Aktienrückkaufprogramm mit einem Volumen von 20 Milliarden US-Dollar ersetze das vergangenen Dezember genehmigte Programm in Höhe von 18 Milliarden Dollar, wie der Konzern am Montag in Chicago mitteilte. Im Jahresverlauf 2018 seien Aktien im Gesamtwert von 9 Milliarden Dollar zurückgekauft worden. Boeing will zudem die Quartalsdividende um 20 Prozent auf 2,055 Dollar je Anteilsschein anheben.

Juncker: Europa und Afrika sind eine **'Schicksalsgemeinschaft'**/Siemens investiert

WIEN - EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hat für einen veränderten Blick Europas auf Afrika geworben. Beide Kontinente stünden in einer **Schicksalsgemeinschaft**, für die eine Partnerschaft auf Augenhöhe wichtig sei, sagte Juncker zum Auftakt des EU-Afrika-Forums am Dienstag in Wien. Es sei nicht mehr angemessen, von einem Geber-Nehmer-Verhältnis zu reden oder die Beziehung auf den Aspekt der Migration zu reduzieren.

Wichtiges Ölfeld in Libyen wegen Sicherheitsbedenken geschlossen

TRIPOLIS - Libyens staatliche Ölgesellschaft NOC hat wegen Sicherheitsbedenken die Produktion in dem wichtigen Ölfeld Scharara vorerst eingestellt. Die von bewaffneten Gruppen ausgehende Gewalt und Bedrohung gegen Mitarbeiter hätten zur Einstellung der Produktion geführt, teilte die Ölgesellschaft

am späten Montagabend mit. Die Produktion könne erst wieder aufgenommen werden, wenn alternative Sicherheitsmaßnahmen ergriffen würden.

ROUNDUP: EU-Kommission billigt Milliarden-Förderung für Mikroelektronik

BRÜSSEL - Im Wettbewerb mit Ländern wie **China** und den USA darf Deutschland die Entwicklung von Chips und Sensoren einer Entscheidung der EU-Kommission zufolge mit bis zu 820 Millionen Euro fördern. Die Brüsseler Behörde genehmigte am Dienstag einen gemeinsamen Antrag von vier EU-Ländern, Unternehmen und Forschungseinrichtungen im Bereich der Mikrotechnik mit insgesamt 1,75 Milliarden Euro fördern zu dürfen, wie die EU-Kommission mitteilte. Dadurch sollen weitere 6 Milliarden Euro an privaten Investitionen mobilisiert werden.

/mis

CO boeing : The Boeing Company | ksag : K+S Aktiengesellschaft

IN i2513 : Fertilizer | i25 : Chemicals | iagro : Agrochemicals | ibasicm : Basic Materials/Resources | i364 : Aerospace Products/Parts | i3640010 : Civil Aircraft | iaer : Aerospace/Defense | iindstrls : Industrial Goods

NS ccat : Corporate/Industrial News | c21 : Output/Production | nsum : News Digests | ncat : Content Types | nfact : Factiva Filters | nfce : C&E Exclusion Filter | niwe : IWE Filter

RE gfr : Germany | usa : United States | hesse : Hesse | beijin : Beijing | apacz : Asia Pacific | asiaz : Asia | bric : BRICS Countries | china : China | chinaz : Greater China | dach : DACH Countries | devgcoz : Emerging Market Countries | dypcoz : Developing Economies | easiaz : Eastern Asia | eecz : European Union Countries | eurz : Europe | namz : North America | weurz : Western Europe

PUB dpa-AFX Wirtschaftsnachrichten GmbH

AN 文件 DPAFX00020181218eeci00o03

HD ÜBERBLICK am Abend/Konjunktur, Zentralbanken, Politik

WC 871 字

PD 2019 年 2 月 25 日 07:00 下午

SN Dow Jones Newswires German

SC RTDJGE

LA 德文

CY Copyright © 2019, Dow Jones & Company, Inc.

LP

Die wichtigsten Ereignisse und Meldungen zu Konjunktur, Zentralbanken, Politik aus dem Programm von Dow Jones Newswires.

CDU lässt Ergebnisse aus "Werkstattgespräch" in Europawahl-Programm einfließen

TD

Die CDU will die Ergebnisse aus ihrem "Werkstattgespräch" zur Migration auch in ihr gemeinsames Europawahl-Programm mit der CSU einfließen lassen. Der Teil zur Europapolitik sei nach den Beratungen von Vorstand und Präsidium an die Redaktionsgruppe weitergeleitet worden, die das Wahlprogramm erarbeitet, sagte CDU-Generalsekretär Paul Ziemiak am Montag in Berlin. Es gehe unter anderem darum, ein europäisches Ein- und Ausreiseregister zu schaffen.

Warnstreiks im öffentlichen Dienst am Montag deutlich ausgeweitet

Vor Beginn der dritten Tarifrunde für den öffentlichen Dienst der Bundesländer haben die Gewerkschaften ihre Warnstreiks am Montag intensiviert. In Hamburg, Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein waren Tarifbeschäftigte aus den verschiedensten Verwaltungsbereichen zu den Arbeitsniederlegungen aufgerufen. Streiks gab es außerdem in Nordrhein-Westfalen und Thüringen, wo das Personal von Universitätskliniken und Bildungseinrichtungen protestierte.

SPD will Verkäufer von Wohnimmobilien für Makler zahlen lassen

Verkäufer von Wohnimmobilien sollen in Zukunft nach dem Willen der Sozialdemokraten für den Makler bezahlen. Bundesjustizministerin Katarina Barley (SPD) sagte der Süddeutschen Zeitung, die Käufer von Wohnungen und Eigenheimen sollten bei den hierzulande hohen Erwerbsnebenkosten entlastet werden. "Ein eigenes Zuhause wird gerade für junge Menschen und Familien immer schwerer zu finanzieren. Oft müssen Käufer enorme Maklerkosten tragen, obwohl der Verkäufer den Makler beauftragt hat", sagte Barley der Süddeutschen Zeitung zu dem neuen Gesetzentwurf aus ihrem Haus.

Merkel sieht Länder der EU und der Arabischen Liga in **Schicksalsgemeinschaft**

Die Länder der Europäischen Union und der Arabischen Liga haben trotz großer politischer Differenzen den Willen zu engerer Kooperation bekräftigt. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) sprach beim ersten Gipfeltreffen der beiden Staatenblöcke am Montag in Scharm el Scheich von einer **Schicksalsgemeinschaft**: "Das Schicksal der EU hängt vom Schicksal dieser Länder der Arabischen Liga ganz unmittelbar mit ab." Als gemeinsame Interessen nannte sie die Migrationspolitik und den Anti-Terror-Kampf.

Tusk: Verschiebung des Brexit wäre "vernünftige Lösung"

Knapp fünf Wochen vor dem geplanten EU-Austritt Großbritanniens hat Ratspräsident Donald Tusk eine Verschiebung ins Spiel gebracht. Ein Aufschub des Brexit wäre eine "vernünftige Lösung", sagte Tusk am Rande einer internationalen Konferenz im ägyptischen Scharm el Scheich. Nach bisheriger Planung soll Großbritannien am 29. März die EU verlassen.

EZB: APP-Anleihebestände sinken in Vorwoche um 1,220 Mrd Euro

Der Bestand an Wertpapieren, die die Zentralbanken des Eurosystems im Rahmen des Ankaufprogramms APP halten, hat sich in der Woche zum 22. Februar verringert. Nach Mitteilung der

Europäischen Zentralbank (EZB) nahm der Bestand um 1,220 Milliarden Euro auf 2.569,000 (Vorwoche: 2.570,220) Milliarden ab. In der Vorwoche hatte er sich um 0,765 Milliarden Euro ausgeweitet.

Ökonom: Euroraum-Banken haben in der Summe kein Zinsänderungsrisiko

Die Banken des Euroraums haben nach Aussage eines Volkswirts in der Summe kein Zinsänderungsrisiko. EZB-Ökonom Peter Hoffmann weist in einem Aufsatz für den nächsten Wirtschaftsbericht der Europäischen Zentralbank (EZB) darauf hin, dass die Institute erstens einen beträchtlichen Teil ihrer Kredite variabel verzinsen und dass sie zweitens nicht um ihre Kundeneinlagen fürchten müssen.

USA und Großbritannien einig über Derivatehandel nach Brexit

Die Regulierungsbehörden der USA und Großbritanniens wollen sicherstellen, dass der billionenschwere Derivatehandel und das Clearing nach dem Brexit reibungslos weiterläuft. Die U.S. Commodity Futures Trading Commission (CFTC), die Bank of England und die U.K. Financial Conduct Authority wollen sich abzustimmen, um ein reibungsloses Funktionieren des Marktes zu gewährleisten, wenn Großbritannien am 29. März, wie derzeit geplant, aus der Europäischen Union ausscheidet - unabhängig davon, ob ein Abkommen abgeschlossen wird oder nicht.

Trump schürt Hoffnungen auf rasches Ende des Handelsstreits

Im Handelskonflikt zwischen den Vereinigten Staaten und China hat US-Präsident Donald Trump die Hoffnung auf eine rasche Lösung geschürt. Eine Einigung sei "sehr, sehr nah", sagte Trump am Montag in Washington. Er kündigte einen Gipfel mit dem chinesischen Staatschef Xi Jinping an, bei dem eine Handelsvereinbarung unterzeichnet werden solle. Einen Termin dafür nannte er aber nicht.

Wirtschaftsindex der Chicago-Fed fällt im Januar

Die Wirtschaftsaktivität in den USA hat sich im Januar abgeschwächt. Der Chicago Fed National Activity Index (CFNAI) fiel auf einen Stand von minus 0,43, wie die Federal Reserve Bank of Chicago mitteilte. Für den Dezember wurde der Indexstand auf plus 0,05 revidiert, nachdem zunächst ein Wert von plus 0,27 genannt worden war. Der aussagekräftigere gleitende Dreimonatsdurchschnitt verschlechterte sich und notierte im Januar bei 0,00.

Guaidó bittet Staaten der Region um mehr Hilfe im Machtkampf gegen Maduro

Venezuelas selbsternannter Übergangspräsident Juan Guaidó hat die Staaten der Region um mehr Unterstützung im Ringen um die Macht in seinem Land gebeten. Bei einem Treffen von Spitzenpolitikern aus Nord- und Südamerika in Kolumbien warnte Guaidó vor zu viel Nachgiebigkeit im Umgang mit der Regierung des Linksnationalisten Nicolás Maduro. Dieser sei widerrechtlich im Amt, sagte Guaidó. Dieses zu dulden "wäre eine Bedrohung für die Stabilität des Kontinents".

UN-Generalsekretär sieht weltweite Abrüstungsbemühungen vor dem Kollaps

UN-Generalsekretär Antonio Guterres sieht die internationalen Bemühungen um Abrüstung vor dem Kollaps. "Ich will es direkt sagen: Entscheidende Bestandteile der internationalen Rüstungskontroll-Architektur brechen gerade zusammen", sagte Guterres am Montag bei der UN-Abrüstungskonferenz in Genf.

Kontakt zum Autor: konjunktur.de@dowjones.com

DJG/DJN/AFP/kl

(END) Dow Jones Newswires

25-02-19 1800GMT

NS gpol : Domestic Politics | gdp : International Relations | gpir : Politics/International Relations | clabdi : Labor Disputes | ecat : Economic News | e12 : Monetary Policy | e52 : Euro Zone/Currency | gvote1 : National/Presidential Elections | nsum : News Digests | c42 : Labor/Personnel | ccat : Corporate/Industrial News | gcat : Political/General News | gvote : Elections | ncat : Content Types | nfact : Factiva Filters | nfce : C&E Exclusion Filter | nfcpin : C&E Industry News Filter | niwe : IWE Filter

RE gfr : Germany | uk : United Kingdom | usa : United States | berlin : Berlin | dach : DACH Countries | eecz : European Union Countries | eurz : Europe | namz : North America | weurz : Western Europe

PUB Dow Jones & Company, Inc.

AN 文件 RTDJGE0020190225ef2p000i0

SE Wirtschaft & Soziales
HD Rapa hat China fest im Blick
WC 803 字
PD 2019 年 3 月 21 日
SN Frankenpost
SC FRANKSUE
PG 24
LA 德文
CY ©2019
LP

Selb - In den USA hat die Firma Rausch + Pausch (Rapa) bereits einen Auslandsstandort. Nun fühlt der Autozulieferer in China vor. Noch in diesem Jahr will das Selber Unternehmen ein Einkaufs- und Vertriebsbüro in Shanghai eröffnen. Außerdem liegen Pläne für einen Produktionsstandort im Reich der Mitte in der Schublade. Voraussichtlich 2020 oder 2021 soll das Vorhaben in die Tat umgesetzt werden, wie Rapa-Chef Dr. Roman Pausch im Gespräch mit unserer Zeitung ankündigt. China biete trotz mancher Schwierigkeiten noch enormes Potenzial. Es sei aber wichtig, bei der Standortwahl sorgfältig vorzugehen, betont er. Es sei noch nichts entschieden. Preis von Daimler Der Autobauer Daimler hat Rapa mit dem "Special Award für Innovation" geehrt. Ausgezeichnet wurde eine Motorpumpeneinheit für ein neues aktives Fahrwerk, die ein 50-köpfiges Team des Selber Zulieferers entwickelt hat.

TD

Das voll vernetzte aktive Fahrwerk auf 48-Volt-Basis regelt als einziges System auf dem Markt die Feder- und Dämpferkräfte an jedem Rad individuell, heißt es in einer Mitteilung. Somit wirke es nicht nur Wank-, sondern auch Nick- und Hubbewegungen entgegen und Sorge damit für noch mehr Fahrkomfort. Rapa ist in den zurückliegenden Jahren stark gewachsen. 2018 erwirtschaftete das Unternehmen, das aktuell 975 Mitarbeiter beschäftigt, einen Umsatz von 191 Millionen Euro. Im Vorjahr waren es 180 Millionen Euro. "Wir lagen damit leicht unter Plan, aber innerhalb der normalen Schwankungsbreite", sagt Pausch. Vor allem im vierten Quartal sei eine leichte Abkühlung festzustellen gewesen, fügt Mitgeschäftsführerin Karin Wolf hinzu. Zum einen hätten sich die Probleme der Autobranche bei der Umstellung auf den neuen Abgasnormstandard WLTP bemerkbar gemacht. Zum anderen hätte es eine Delle im chinesischen Markt gegeben. "Das ist der wichtigste Markt für die Premium-Hersteller. Wenn es für die dort schwieriger wird, dann bekommen wir das ebenfalls zu spüren", erläutert Roman Pausch. Für 2019 peilt Rapa einen Umsatz von etwa 210 Millionen Euro an. Die Kronacher Dr.-Schneider-Gruppe meldete - wie berichtet - teilweise Kurzarbeit an und gab 60 Entlassungen bekannt, die Absatzschwäche der Autohersteller in Europa hat Grammer belastet, Leoni baut kräftig Stellen ab - aus der Zuliefererbranche hat es zuletzt einige Signale gegeben, dass die rosigen Zeiten vorbei sein könnten. "Keine Frage - unsere Branche befindet sich im Umbruch", stellt Pausch fest. Die Entwicklung in der Autobranche gehe weg vom Verbrennungsmotor hin zu neuen Technologien. Die Rapa-Geschäftsführung habe sich früh damit auseinandergesetzt und die Weichen entsprechend gestellt. Das Unternehmen stellt zum Beispiel Motorpumpeneinheiten samt Elektronik für eine neue Generation von aktiven Fahrwerksystemen von Daimler her. Diese Fahrwerksysteme gelten als sehr zukunftssträftig, weil sie sowohl für Elektrofahrzeuge als auch für autonomes Fahren eine wichtige Rolle spielen. Damit ist auch die Position der Selber gestärkt. Pauschs Credo: "Nicht jammern, dass etwas weg ist, sondern neue Chancen suchen und nutzen." Rapa produziert unter anderem auch Ventilblöcke für Luftfedern, die gerade in E-Autos zum Einsatz kommen. China treibt wie kaum ein anderes Land die Elektromobilität voran - auch deshalb versprechen sich die Selber viel von einem stärkeren Engagement im Reich der Mitte. Sehr gut voran kommt der Rapa-Auslandsstandort in Auburn im US-Bundesstaat Alabama. Roman Pausch spricht von einer "extrem positiven Entwicklung". Circa 40 Millionen US-Dollar Umsatz hat das Werk, in dem mittlerweile 120 Beschäftigte arbeiten, im abgelaufenen Jahr erzielt. 2014 startete dort die Produktion. Obwohl es in den Vereinigten Staaten für ihr Unternehmen gut läuft, blickt die Rapa-Spitze sorgenvoll auf die Handelspolitik von US-Präsident Donald Trump. Dessen Drohung mit Sonderzöllen hänge "wie ein Damoklesschwert über uns", klagt Pausch. Der Grund: Rapa importiert viele Primärbauteile in die USA, die von zusätzlichen Zöllen betroffen wären. "Das würde sofort auf unsere Margen durchschlagen", macht der Geschäftsführer deutlich. Generell findet er die Abschottungstendenzen Washingtons unter Trump bedenklich: "Die USA haben die Rolle als Vorreiter des freien Welthandels verloren." Ebenso mit Unbehagen verfolgt man bei dem Autozulieferer den Brexit-Streit zwischen der EU und Großbritannien. Etwa 15 Prozent des Gesamterlöses entfallen auf den britischen Markt. Roman Pausch hofft, dass die Handelsbeziehungen auch nach einem EU-Ausstieg des Vereinigten Königreichs sehr eng bleiben. Denn

die Kontinentaleuropäer und die Briten bilden seinen Worten zufolge eine "**Schicksalsgemeinschaft**". Weiter stärken möchte das Unternehmen seine beiden anderen Geschäftsfelder Medizintechnik und Industrie, die momentan insgesamt knapp zehn Prozent zum Gesamtumsatz beitragen. Rapa stellt beispielsweise Ventile für Dialysegeräte und Mikro-Pumpen her. 100 Millionen Euro hat die Firma seit 2009 allein an ihrem oberfränkischen Heimatstandort investiert. Im Hinblick auf die abflauende Konjunktur und damit verbundene Unsicherheiten hat Rapa beim Budget für 2019 "konservativer" geplant, wie es die Leitung formuliert. Bei den Investitionen sei man etwas zurückhaltender. Als wichtigen Schritt werten es Pausch und seine Geschäftsführerkollegin Karin Wolf, dass die Eigenkapitalbasis deutlich gestärkt wurde. Die EK-Quote beziffern sie auf 34 Prozent. Die Belegschaft will die Rapa-Spitze zusammenhalten. Entlassungen seien nicht geplant. "Unsere Mitarbeiter sind unser höchstes Gut. Wir halten an ihnen fest", unterstreicht Pausch.

CO damb : Daimler AG

IN iaute : Automotive | i351 : Motor Vehicles | i353 : Motor Vehicle Parts | i35104 : Alternative Fuel Vehicles | i35101 : Passenger Cars

NS ccat : Corporate/Industrial News | gpir : Politics/International Relations | gcat : Political/General News

RE usa : United States | china : China | bavar : Free State of Bavaria | shahai : Shanghai | apacz : Asia Pacific | asiaz : Asia | bric : BRICS Countries | chinaz : Greater China | dach : DACH Countries | devgcoz : Emerging Market Countries | dvpcos : Developing Economies | easiaz : Eastern Asia | eecz : European Union Countries | eurz : Europe | gfr : Germany | namz : North America | weurz : Western Europe

PUB Frankenpost Verlag GmbH

AN 文件 FRANKSUE20190321ef3I00067

HD Premiere ohne Trump

BY Georg Blume

WC 956 字

PD 2019 年 3 月 28 日

SN DIE ZEIT

SC DIEZEI

PG 24

VOL 14/2019

LA 德文

CY Copyright 2019 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co

LP

Die Regierungschefs von **China**, Deutschland und Frankreich trafen sich in Paris. Was haben sie vor?

VON GEORG BLUME

TD

Jean-Claude Juncker, Emmanuel Macron, Angela Merkel und Xi **Jinping** am vergangenen Dienstag

Unter den im Sonnenlicht funkelnden riesigen Kronleuchtern des Élysée-Palasts wurde am Dienstagmorgen ein neues Stück Weltpolitik aufgeführt. Die Hauptdarsteller waren Emmanuel Macron, Xi **Jinping** und Angela Merkel. Zwar sieht man die Regierungschefs von Frankreich, **China** und Deutschland auch sonst ab und zu gemeinsam auf politischen Bühnen, etwa auf den G20-Treffen. Aber eben nicht so, zu dritt, mit den ganz großen Themen vor der Brust: Freihandel und Multilateralismus, Klimaschutz und die Beziehungen zum afrikanischen Kontinent.

Das Treffen der drei war schon im Vorfeld von so manchen als Zäsur interpretiert worden, als Beginn einer Art Anti-Trump-Allianz, gegründet von Emmanuel Macron. Und siehe da: In einem Moment an diesem Morgen sprachen Xi und Merkel tatsächlich wie aus einem Mund, ohne dass es wie abgesprochen wirkte. Xi sagte »Kreuzweg«, Merkel sagte »Scheideweg«, aber sie meinten das Gleiche. »Sind wir in der Lage, das multilaterale System fortzuführen, das als Lehre aus dem Zweiten Weltkrieg entstand, den wir Deutschen ausgelöst haben? Oder versteinert es?«, fragte Merkel. In ähnlichem Sinn hatte kurz vor ihr Xi **Jinping** gesprochen.

»Einen Multilateralismus ohne die USA wird es nicht geben«, sagte die Kanzlerin allerdings auch an diesem Tag, um die Premiere kleinzureden. »Dass sie das sagt, aber trotzdem kommt, zeigt, dass es mit den USA nicht mehr funktioniert«, analysierte Pascal Boniface, Leiter des Pariser Instituts für internationale und strategische Beziehungen (IRIS), der an diesem Morgen im Publikum saß.

China wolle dieses »starke Europa«, sagt der Delegationssprecher Xi Jinpings

Macron hatte den gemeinsamen Auftritt während eines dreitägigen Staatsbesuchs von Xi in Frankreich kurzfristig angeregt, Xi und Merkel sagten prompt zu. Für Boniface »eine große Geste der Kanzlerin«, die jüngste Zweifel am deutsch-französischen Zusammenhalt beseitige. Und genau dieses »starke Europa« mit Deutschland und Frankreich »an der Spitze« wolle ja auch **China**, sagte Lu Kang, der Delegationssprecher von Xi **Jinping**, der ZEIT. Eine Seltenheit, dass Lu außerhalb des Protokolls Stellung bezieht. Er darf es eigentlich nicht. »Ist ein Risiko für mich.« Aber er war sich seiner Sache sicher: »Wir sind als Anwälte des Multilateralismus hier. Wir wollen nicht zerstören, was 60 Jahre lang funktioniert hat.«

Waren das nur schöne Worte? Liegt die Wahrheit woanders? »Wenn die Handelsgespräche zwischen **China** und den USA stocken, spürt das die deutsche Wirtschaft«, sagte Merkel. Als könne man daran nichts ändern. Genau das aber wollte ihr Partner Macron nicht gelten lassen. Er wollte aus der von ihm inszenierten Premiere ein neues wirtschaftspolitisches Konzept ableiten. Er nannte es »euro-chinesische Partnerschaft« und meinte damit ein Großprojekt ohne die USA.

Ausgerechnet die populistische Regierung in Italien wird ein wichtiger Partner Chinas

Macrons Projekt soll sich um die Erderwärmung drehen. »Der Kampf gegen den Klimawandel ist das neue, strukturierende Element des Multilateralismus«, sagte Macron. Mit Xi gab er am gleichen Tag eine Erklärung heraus, dass beide Länder bis zum Jahr 2020 ihre langfristigen CO₂-Emissionsziele für das Jahr 2050 bekannt geben wollen – und zwar in Einklang mit den Vorgaben des Pariser Klimaschutz-Abkommens. Auch wenn andere noch nicht so weit sind, **China** und Europa gehen voran – das war Macrons Botschaft. Wortgewandt trug er sie vor. Und es scheint, als stimmten Xi und Merkel ihm an diesem Tag auch dabei zu.

Doch es gibt Zweifel, ob **China** und Europa wirklich an einem Strang ziehen. Hatte Xi **Jinping** nicht drei Tage vorher mit seinen Verträgen in Rom die Einheit Europas untergraben? Ausgerechnet die populistische Regierung in Italien ist nun Pekings wichtigster europäischer Partner beim weltweiten chinesischen Seidenstraßen-Projekt, für das Häfen, Autobahnen und Eisenbahnlinien gebaut werden. Merkel und Macron forderten von Xi mehr Respekt für die Einheit der EU. Sein Sprecher Lu entgegnete, in Italien regierten keine Protektionisten. Man habe dort mit Präsident Sergio Mattarella und Premier Giuseppe Conte gute Gespräche geführt. Eine geschickte Antwort: Lu erwähnte die eigentlichen Regierungsmacher in Italien nicht.

Aber zeigt das nicht, wie **China** die Europäer vorführt? Hier große Erklärungen über den Multilateralismus, dort krumme Geschäfte mit den italienischen Populisten.

Doch Lu sprach aus dem Alltag der Beziehungen. In Paris aber sollte ein neuer Vorhang aufgehen. Am Horizont: der afrikanische Kontinent. »**China** hat gezeigt, wie man Leute aus der Armut bringt. Davon kann man in Afrika lernen. Das wird dann den Multilateralismus stärken«, sagte Merkel, nachdem Macron ausgeführt hatte: »In Afrika sind **China** und Europa keine strategischen Rivalen.«

Macron, Xi und Merkel trugen jeweils ein Weltbild und eine Vision vor. So, dass sich möglichst viel deckte. Xi sprach vom »Ziel einer (weltweiten) **Schicksalsgemeinschaft** mit geteilter Zukunft«. Auch das war bemerkenswert: Auf große Inszenierungen reagieren die Chinesen heute lockerer.

Einer, der in dem Stück in Paris nur eine Nebenrolle spielte, war Jean-Claude Juncker. Auch der EU-Kommissionschef sprach an diesem Morgen im Élysée-Palast. »Ich rede hier als Letzter, aber ich habe mich schon 1996 auf meiner ersten **China**-Reise in **China** verliebt«, hob er gewohnt locker an. Da lachte der halbe Festsaal im Pariser Élysée-Palast, nämlich alle Chinesen. Sie hatten verstanden, er habe sich auf seiner Reise in eine Chinesin verliebt. Es lag an der Mehrdeutigkeit der Simultan-Übersetzung.

Das Lachen löste die Anspannung im Saal. Doch auch Juncker schlug in seiner Rede mahnende Töne an. »Die Seidenstraße darf nicht gegen die Interessen Europas gebaut werden«, sagte er.

Wie ist dieses Treffen nun zu deuten? »Wir haben eine große Premiere erlebt, deren Zustandekommen alles andere als selbstverständlich war«, interpretierte der IRIS-Leiter Pascal Boniface, nachdem alle gesprochen hatten. Der Vorhang zu diesem Stück scheint noch nicht gefallen zu sein.

Siehe auch Geschichte, S. 17: Wie **China** schon in den Siebzigerjahren nach Einfluss in Afrika strebte

RF PMG49285387-ZEI20190328-ZEI-2019-14-Marcon-Merkel
NS gpol : Domestic Politics | gvexe : Executive Branch | gpri : Politics/International Relations | gcat : Political/General News | gvbod : Government Bodies
RE gfr : Germany | china : China | italy : Italy | fra : France | usa : United States | africaz : Africa | paris : Paris | apacz : Asia Pacific | asiaz : Asia | bric : BRICS Countries | chinaz : Greater China | dach : DACH Countries | devgcoz : Emerging Market Countries | dvpcoz : Developing Economies | easiaz : Eastern Asia | eecz : European Union Countries | eurz : Europe | ilefra : Ile-de-France | medz : Mediterranean | namz : North America | weurz : Western Europe
IPD Wirtschaft
PUB Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG
AN 文件 DIEZEI0020190328ef3s00017

HD Chinesen schätzen Willkommenskultur
BY Von Nicole Lange
WC 1,226 字
PD 2019 年 4 月 29 日
SN Rheinische Post
SC RHEPO
ED Rheinische Post Hilden
PG 18
LA 德文
CY © Copyright 2019. Rheinische Post Verlagsgesellschaft mbH. For further information see
LP

Der Generalkonsul über die Neue Seidenstraße und die Bedeutung Düsseldorfs für Unternehmen wie Huawei

Ein Gebäude für das chinesische Generalkonsulat in Düsseldorf war nicht leicht zu finden. Ein Solitär sollte es sein, der die Sicherheitsanforderungen erfüllt und gleichzeitig genug Raum für die vielfältigen Aufgaben bietet. Vier Jahre nach dem Einzug an der Schanzenstraße merkt man Generalkonsul Haiyang Feng noch immer an, wie begeistert er von dem Haus ist und von dem großen Garten mit dem Pavillon aus seiner Heimatstadt Chongqing, die auch Düsseldorfs Partnerstadt ist. Einige der besonderen Pflanzen hier hat er selbst ausgewählt. Die Möbel sind teils klassisch chinesisch, aus edlem Holz, die Wartesessel für diejenigen, die auf ein Visum warten, sind dagegen von einem deutschen Hersteller: „Und sehr bequem“, sagt Feng.

TD

Herr Feng, gefällt Ihnen das Leben in Düsseldorf?

Haiyang Feng Sehr sogar! Düsseldorf ist eine der attraktivsten und lebenswertesten Städte in Deutschland. Die rheinische Toleranz, Weltoffenheit und Lebensfreude machen es sehr angenehm, hier zu arbeiten und zu leben. Diese Eigenschaften tragen neben der zentralen Lage auch wesentlich dazu bei, dass Nordrhein-Westfalen zu den beliebtesten Investitionsstandorten in Europa gehört. Gerade auch für Investoren aus **China**.

Können Sie ein gutes chinesisches Restaurant in der Stadt empfehlen?

Feng Düsseldorf ist sogar eine Hochburg für chinesische Restaurants in Deutschland. Die Deutschen mögen natürlich nicht alles, was die chinesische Küche bietet, und daran passen sich viele Restaurants an. Aber man bekommt Haute Cuisine, Peking-Ente oder Hotpot – alles, was das Herz begehrt. Um mir jetzt nicht den Unmut meiner Landsleute in den vielen hervorragenden Restaurants hier zuzuziehen, sage ich aber, dass mein Lieblingsessen von meiner Frau gekocht wird.

Wie lebhaft ist die chinesische Community in Düsseldorf?

Feng Es leben mehr als 30.000 Chinesen in NRW, davon mehr als 4000 alleine in Düsseldorf. Die meisten fühlen sich gut integriert. Wenn man das berühmte Chinafest auf dem Marktplatz besucht, dann sieht man die Vielfalt der chinesischen Vereine. Zum 70-jährigen Jubiläum des Bundeslandes NRW hat die chinesische Gemeinde beispielsweise am traditionellen Festumzug teilgenommen. Über 400 meiner Landsleute stellten gemeinsam die größte ausländische Gruppe. Wir möchten auf diese Weise unsere Verbundenheit mit unserer zweiten Heimat zeigen.

Welche Unterstützung könnte die chinesische Community noch gebrauchen?

Feng Die in NRW lebenden Chinesen hoffen, dass der Chinesisch-Unterricht an noch vielen weiteren Schulen eingeführt wird, am besten als reguläres Fach und schon in der Sekundarstufe 1. Und: Wir sind stolz und dankbar, dass 2018 die chinesisch-deutsche Kita „Die Pandabären“ in Düsseldorf eröffnete. Das ist sogar der erste öffentliche chinesisch-deutsche bilinguale Kindergarten in Deutschland überhaupt. Es erleichtert den chinesischen Familien sicherlich noch mehr, sich hier am Rhein wohl und

heimisch zu fühlen. Ein Ausbau dieses Angebots würde uns freuen. Immerhin gibt es auch viele deutsch-chinesische Familien, deren Kinder beide Sprachen lernen sollen.

Was reizt chinesische Unternehmen an Düsseldorf?

Feng NRW ist in Bezug auf **China** schon seit Jahren deutscher Doppel-Champion – beim Handel und bei Investitionen. Mehr als 1100 chinesische Unternehmen haben sich hier niedergelassen, davon 560 in Düsseldorf. Für Düsseldorf sprechen die geografisch günstige Lage, die starke wirtschaftliche Position und die vielen Forschungsstätten in der Umgebung. Aber auch die Willkommenskultur, die für chinesische Unternehmen über die Jahre spürbar geworden ist, macht die Region reizvoll. Die chinesische Gemeinde weiß sehr zu schätzen, dass die Landesregierung und die Stadt mit der Wirtschaftsförderung immer wieder ihren Willen zur Zusammenarbeit betonen.

Könnte der Standort NRW aus Sicht der Unternehmen noch etwas verbessern?

Feng Ich finde, die einzelnen Standorte in NRW könnten sich noch besser abstimmen und sich jeweils auf bestimmte Schwerpunkte konzentrieren. Das finden auch viele meiner deutschen Freunde aus der Wirtschaft. Eine gemeinsame Planung bringt Städte und Regionen immer voran, in Bereichen wie Infrastruktur, Forschung oder Digitalisierung. Auch ein großes Wirtschaftsforum mit weltweiter Ausstrahlung würde NRW meiner Meinung nach guttun.

Welche Bedeutung hat Düsseldorf für große Unternehmen wie Huawei?

Feng NRW spielt zum Beispiel eine führende Rolle beim Digitalisierungsprozess Deutschlands, Düsseldorf gehört zu den Top-Standorten für Informations- und Telekommunikationstechnik. **China** und NRW können einander ergänzen und eine Win-Win-Situation schaffen. Im Bereich der Digitalisierung führt Düsseldorf mit dem chinesischen Unternehmen ZTE derzeit ein Pilotprojekt im Bereich eHealthcare durch. Auch Duisburg will zusammen mit Huawei eine Smartcity aufbauen. Diesen Beispielen werden hoffentlich viele andere folgen.

Denken Sie, dass Huawei beim 5G-Aufbau in Deutschland zum Zuge kommen wird?

Feng Zum Thema 5G-Aufbau muss man sagen, dass Huawei ein guter Partner sein kann, der ja immerhin bereit ist, ein No-Spy-Abkommen zu unterzeichnen. Ich denke, dass die Missverständnisse zu diesem Thema beseitigt werden können. Und übrigens können Deutschlands Bedürfnisse beim Thema Datenschutz für **China** sogar vorbildlich sein, hier können wir etwas lernen. Immerhin haben wir in unserem Land ein hohes Tempo bei der Digitalisierung, da ist Sicherheit wichtig. Dass also hohe Anforderungen an Huawei gestellt werden, ist aus unserer Sicht gar nichts Schlechtes. Das Unternehmen ist bereit, dafür viel Geld auszugeben.

Welche Bedeutung haben NRW und Düsseldorf für die Neue Seidenstraße?

Feng NRW spielt bei ihrem Aufbau eine Pionierrolle. Besonders im Bereich der gegenseitigen Vernetzung wurden in den vergangenen Jahren viele gute Ergebnisse erzielt. Der schnell wachsende Güterzugverkehr zwischen **China** und Duisburg ist ein besonders gutes Beispiel für eine Reminiszenz an die historische Seidenstraße zwischen **China** und Europa und kann zugleich exemplarisch für deren Wiederbelebung gesehen werden.

Welche konkreten Fortschritte hat die Seidenstraße-Initiative denn im Rheinland gebracht?

Feng Duisburg ist die Stadt mit den meisten Güterzugverbindungen zwischen **China** und Europa geworden, einer der wichtigsten Knotenpunkte der neuen Seidenstraße in Deutschland und Europa. Jede Woche verkehren zwischen Duisburg und **China** heute 35 bis 40 Güterzüge, Duisburg gehört inzwischen zu den bekanntesten deutschen Städten in **China** und gilt als „Chinas Tor zu Westeuropa“. Die Duisburger Hafen AG spielt bei der Seidenstraßen-Initiative eine Vorreiterrolle. Auch Unternehmen in Düsseldorf profitieren natürlich von den neuen Möglichkeiten. Und gerade vergangene Woche ist NRW-Verkehrsminister Hendrik Wüst nach Chongqing gereist, mehrere langfristige Kooperationen sollten dort vereinbart werden.

Wie begegnen Sie den Kritikern des Projektes, die befürchten, dass **China** mit der Neuen Seidenstraße auch geopolitische Interessen verfolgt?

Feng Kritik ist nicht schlimm. Wichtig ist, ob man die richtige Methode hat, sich damit auseinanderzusetzen. Bei der gemeinsamen Umsetzung der Initiative „Neue Seidenstraße“ wird die chinesische Seite immer mit allen Beteiligten zusammenarbeiten, ob es um die Planung einer Blaupause oder bereits um eine konkrete Durchführung eines Projektes geht. Es wird transparent zugehen, und das heißt: Hier bestimmt nicht einer, sondern alle Parteien sind gleichberechtigt; wenn wir zusammen am Tisch sitzen, wird nicht unterm Tisch gekungelt, sondern die Karten werden offengelegt.

Können Sie die Ängste denn nachvollziehen?

Feng Viele weisen darauf hin, dass **China** nun einmal eine andere Gesellschaftsordnung hat – und das ist auch nicht zu verneinen. Aber **China** arbeitet nicht gegen die bestehende internationale Ordnung, sondern ist ein aktiver Spieler darin. Wir glauben daran, dass die Menschheit eine **Schicksalsgemeinschaft** bildet. Kein Land kann alleine die bestehenden Probleme der Welt lösen, sondern es braucht eine gute internationale Kooperation.

Nicole Lange stellte die Fragen.

Seit 2014 Generalkonsul in Düsseldorf

Leben Haiyang Feng wurde im März 1963 in Düsseldorfs Partnerstadt Chongqing geboren. Er ist verheiratet und seit 2014 Generalkonsul in Düsseldorf.

Werdegang Studium 1980-1984 an der Fremdsprachenuniversität Shanghai. Danach bis 2012 zahlreiche internationale Stationen, unter anderem Konsul des chinesischen Generalkonsulats in Zürich. 2012 bis 2014 Mitglied des Ständigen Ausschusses des Parteikomitees und Stellvertretender Präsident der Regierung des Autonomen Kantons Honghe in der Provinz Yunnan.

NS	greg : Regional Politics ccat : Corporate/Industrial News gcat : Political/General News gpir : Politics/International Relations gpol : Domestic Politics
RE	gfr : Germany nrhine : North Rhine-Westphalia china : China apacz : Asia Pacific asiaz : Asia bric : BRICS Countries chinaz : Greater China dach : DACH Countries devgcoz : Emerging Market Countries dvpcoz : Developing Economies easiaz : Eastern Asia eecz : European Union Countries eurz : Europe weurz : Western Europe
IPD	Interview Haiyang Feng
PUB	Rheinische Post Verlagsgesellschaft mbH
AN	文件 RHEPO00020190429ef4t0002e

HD Chinesen schätzen Willkommenskultur
BY Von Nicole Lange
WC 757 字
PD 2019 年 5 月 1 日
SN Rheinische Post
SC RHEPO
ED Rheinische Post Duisburg
PG 23
LA 德文
CY © Copyright 2019. Rheinische Post Verlagsgesellschaft mbH. For further information see
LP

Der Generalkonsul spricht im Interview über die Neue Seidenstraße, Huawei und die Handelsbeziehungen.

Ein Gebäude für das chinesische Generalkonsulat in Düsseldorf war nicht leicht zu finden. Ein Solitär sollte es sein, der die Sicherheitsanforderungen erfüllt und gleichzeitig genug Raum für die vielfältigen Aufgaben bietet. Vier Jahre nach dem Einzug an der Schanzenstraße merkt man Generalkonsul Haiyang Feng noch immer an, wie begeistert er von dem Haus ist und von dem großen Garten mit dem Pavillon aus seiner Heimatstadt Chongqing, die auch Düsseldorfs Partnerstadt ist.

TD

Könnte der Standort NRW aus Sicht der Unternehmen noch etwas verbessern?

Feng Ich finde, die einzelnen Standorte in NRW könnten sich noch besser abstimmen und sich jeweils auf bestimmte Schwerpunkte konzentrieren. Das finden auch viele meiner deutschen Freunde aus der Wirtschaft. Eine gemeinsame Planung bringt Städte und Regionen immer voran, in Bereichen wie Infrastruktur, Forschung oder Digitalisierung. Auch ein großes Wirtschaftsforum mit weltweiter Ausstrahlung würde Nordrhein-Westfalen meiner Meinung nach guttun.

Welche Bedeutung hat Düsseldorf für große Unternehmen wie Huawei?

Feng NRW spielt zum Beispiel eine führende Rolle beim Digitalisierungsprozess Deutschlands, Düsseldorf gehört zu den Top-Standorten für Informations- und Telekommunikationstechnik. **China** und NRW können einander ergänzen und eine Win-Win-Situation schaffen. Im Bereich der Digitalisierung führt Düsseldorf mit dem chinesischen Unternehmen ZTE derzeit ein Pilotprojekt im Bereich eHealthcare durch. Auch Duisburg will zusammen mit Huawei eine Smartcity aufbauen. Diesen Beispielen werden hoffentlich viele andere folgen.

Denken Sie, dass Huawei beim 5G-Aufbau in Deutschland zum Zuge kommen wird?

Feng Zum Thema 5G-Aufbau muss man sagen, dass Huawei ein guter Partner sein kann, der ja immerhin bereit ist, ein No-Spy-Abkommen zu unterzeichnen. Ich denke, dass die Missverständnisse zu diesem Thema beseitigt werden können. Und übrigens können Deutschlands Bedürfnisse beim Thema Datenschutz für **China** sogar vorbildlich sein, hier können wir etwas lernen. Immerhin haben wir in unserem Land ein hohes Tempo bei der Digitalisierung, da ist Sicherheit wichtig. Dass also hohe Anforderungen an Huawei gestellt werden, ist aus unserer Sicht gar nichts Schlechtes. Das Unternehmen ist bereit, dafür viel Geld auszugeben.

Welche Bedeutung haben NRW und Düsseldorf für die Neue Seidenstraße?

Feng NRW spielt bei ihrem Aufbau eine Pionierrolle. Besonders im Bereich der gegenseitigen Vernetzung wurden in den vergangenen Jahren viele gute Ergebnisse erzielt. Der schnell wachsende Güterzugverkehr zwischen **China** und Duisburg ist ein besonders gutes Beispiel für eine Reminiszenz an die historische Seidenstraße zwischen **China** und Europa und kann zugleich exemplarisch für deren Wiederbelebung gesehen werden.

Welche konkreten Fortschritte hat die Seidenstraße-Initiative denn im Rheinland gebracht?

Feng Duisburg ist die Stadt mit den meisten Güterzugverbindungen zwischen **China** und Europa geworden, einer der wichtigsten Knotenpunkte der neuen Seidenstraße in Deutschland und Europa. Jede Woche verkehren zwischen Duisburg und **China** heute 35 bis 40 Güterzüge, Duisburg gehört inzwischen zu den bekanntesten deutschen Städten in **China** und gilt als „Chinas Tor zu Westeuropa“. Die Duisburger Hafen AG spielt bei der Seidenstraßen-Initiative eine Vorreiterrolle. Auch Unternehmen in Düsseldorf profitieren natürlich von den neuen Möglichkeiten. Und gerade vergangene Woche ist NRW-Verkehrsminister Hendrik Wüst nach Chongqing gereist, mehrere langfristige Kooperationen sollten dort vereinbart werden.

Wie begegnen Sie den Kritikern des Projektes, die befürchten, dass **China** mit der Neuen Seidenstraße auch geopolitische Interessen verfolgt?

Feng Kritik ist nicht schlimm. Wichtig ist, ob man die richtige Methode hat, sich damit auseinanderzusetzen. Bei der gemeinsamen Umsetzung der Initiative „Neue Seidenstraße“ wird die chinesische Seite immer mit allen Beteiligten zusammenarbeiten, ob es um die Planung einer Blaupause oder bereits um eine konkrete Durchführung eines Projektes geht. Es wird transparent zugehen, und das heißt: Hier bestimmt nicht einer, sondern alle Parteien sind gleichberechtigt; wenn wir zusammen am Tisch sitzen, wird nicht unterm Tisch gekungelt, sondern die Karten werden offengelegt.

Können Sie die Ängste denn nachvollziehen?

Feng Viele weisen darauf hin, dass **China** nun einmal eine andere Gesellschaftsordnung hat – und das ist auch nicht zu verneinen. Aber **China** arbeitet nicht gegen die bestehende internationale Ordnung, sondern ist ein aktiver Spieler darin. Wir glauben daran, dass die Menschheit eine **Schicksalsgemeinschaft** bildet. Kein Land kann alleine die bestehenden Probleme der Welt lösen, sondern es braucht eine gute internationale Kooperation.

Nicole Lange stellte die Fragen.

Seit 2014 Generalkonsul in Düsseldorf

Leben Haiyang Feng wurde im März 1963 in Düsseldorfs Partnerstadt Chongqing geboren. Er ist verheiratet und seit 2014 Generalkonsul in Düsseldorf.

Werdegang Studium 1980-1984 an der Fremdsprachenuniversität Shanghai. Danach bis 2012 zahlreiche internationale Stationen, unter anderem Konsul des chinesischen Generalkonsulats in Zürich. 2012 bis 2014 Mitglied des Ständigen Ausschusses des Parteikomitees und Stellvertretender Präsident der Regierung des Autonomen Kantons Honghe in der Provinz Yunnan.

NS	ccat : Corporate/Industrial News cdbus : Digitalization nitv : Interviews gcat : Political/General News ncat : Content Types nfact : Factiva Filters nfcpx : C&E Executive News Filter
RE	gfr : Germany nrhine : North Rhine-Westphalia china : China apacz : Asia Pacific asiaz : Asia bric : BRICS Countries chinaz : Greater China dach : DACH Countries devgcoz : Emerging Market Countries dvpcoz : Developing Economies easiaz : Eastern Asia eecz : European Union Countries eurz : Europe weurz : Western Europe
IPD	Interview Haiyang Feng
PUB	Rheinische Post Verlagsgesellschaft mbH
AN	文件 RHEPO00020190501ef5100089

HD Afrika; Die Zukunft Europas liegt auch in Afrika
BY Theo Sommer
WC 957 字
PD 2019 年 5 月 7 日
SN ZEIT online
SC ZEITON
VOL 19/2019
LA 德文
CY Copyright 2019 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co
LP

China, Terrorismus, Migration: Kanzlerin Angela Merkel hat gute Gründe dafür, gleich drei Staaten der afrikanischen Sahelzone zu besuchen.

Manch einer mag sich in den letzten Tagen gefragt haben, was um Himmels willen die Bundeskanzlerin in der Wüste zu tun hatte – in den Sahelstaaten Burkina Faso, Mali und Niger. Hätte sie wirklich nichts Besseres zu tun gehabt? Zum Beispiel: in den EU-Wahlkampf einzugreifen? Oder mit Emmanuel Macron daran zu arbeiten, die rostig und wackelig gewordene deutsch-französische Europa-Achse wieder zu festigen? Oder auch, Donald Trump zu Leibe zu rücken, dessen aberwitzige, durch nichts gerechtfertigte, dazu völkerrechtswidrige Sanktionspolitik gegen den Iran zulasten Dritter geht. Oder ihm gleich die Anhebung der Zölle auf deutsche Autos auszureden.

TD

Angela Merkel flog lieber in die afrikanischen Wüstenstaaten an der Sahelzone – und das mit gutem Recht. In den zurückliegenden zweieinhalb Jahren ist der Kontinent zu einem Schwerpunkt ihrer Außenpolitik geworden. Die Gründe sind in drei Worte zu fassen: **China**, Dschihadismus, Migration.

Vor einem Vierteljahrhundert lag **China** auf der Rangliste der afrikanischen Handelspartner noch an 83. Stelle, heute ist es die Nummer eins. Die Chinesen kaufen alles, was der Kontinent zu bieten hat: Eisenerz und Zink, Bauxit und Erdöl, Platin und Gold, Kupfer und Kobalt; das Handelsvolumen stieg seit 2000 auf 200 Milliarden Dollar. Zugleich bauen sie in den finanzhungrigen und infrastrukturalarmen Staaten von Äthiopien bis Südafrika Autobahnen und Eisenbahnstrecken, Häfen und Flughäfen, Staudämme und Kraftwerke, Präsidentenpaläste und Fußballstadien. Seit der Jahrtausendwende flossen über 130 Milliarden Dollar an Krediten und Direktinvestitionen von **China** nach Afrika. Die Volksrepublik ist dabei, sich den Kontinent zu ihrer Einflussphäre zu machen. Erst in jüngster Zeit setzen die Europäer und Amerikaner Peking eigene Initiativen entgegen.

Hinzu kommt die immer bedrohlichere Durchdringung Afrikas durch den dschihadistischen Terrorismus. Das Kalifat des "Islamischen Staates" wurde zwar in Syrien und im Irak bezwungen, aber nun verbreitet sich die Terrororganisation in der gesamten muslimischen Welt – in Afghanistan, Sri Lanka und in den Philippinen, zumal in Afrika, wo zudem die Terrorjünger von Al-Kaida, Boko Haram und Al-Shabaab ihr Unwesen treiben. Im vergangenen Jahr haben die Dschihadisten fast 10.000 Menschen umgebracht. In Niger, Mali und Burkina Faso, den Besuchszielen der Bundeskanzlerin, hat sich die Zahl der Terroropfer seit 2017 jährlich verdoppelt; 1.100 waren es 2018.

Eindämmung der Migration

Die bewaffnete Auseinandersetzung zwischen islamistischen Extremisten, Regierungstreitkräften und Milizen aller Art könnte die durchweg labilen Staaten der Region zerreißen – mit fatalen Folgen für Europa. Der Economist zitiert einen westlichen Geheimdienstler mit dem nachdenklich stimmenden Satz: "Wenn wir die IS-Terroristen nicht dort bekämpfen, werden wir sie in den Straßen von Madrid oder Paris bekämpfen müssen." Oder auch wieder auf den Straßen von Berlin. Die Sicherheit Deutschlands werde auch am Hindukusch verteidigt, sagte der Verteidigungsminister Peter Struck, ehe Ende 2001 die ersten Bundeswehrsoldaten nach Afghanistan entsandt wurden. Heute ließe sich argumentieren, unsere Sicherheit werde auch in Mali und Umgebung verteidigt. Ganz werden wir uns schwerlich heraushalten können.

Damit aber bin ich bei dem dritten Motiv des deutschen Engagements in der Sahelzone: der Eindämmung der Migration. Der Kontinent hat heute eine Bevölkerung von 1,25 Milliarden Menschen. Nach UN-Prognosen wird sie sich bis 2050 auf 2,5 Milliarden verdoppeln. Wenn sich die Regierungsführung in

so vielen der 54 Staaten nicht endlich verbessert und ein durchgehender Wirtschaftsaufschwung weiter auf sich warten lässt, könnten sich Millionen auf den Weg nach Norden machen, um Krieg, Hunger und Armut zu entkommen.

Mali, Niger und die Zentralafrikanische Republik sind die Durchgangsländer für die Flüchtlinge. Wer den Zuzug der Migranten stoppen will, der muss dort ein Bollwerk gegen die drohende Völkerwanderung errichten. Das aber bedeutet, dass europäische Streitkräfte wohl auf viele Jahre in der Region werden bleiben müssen. Heute stehen dort rund 16.000 UN-Peacekeeper, darunter 1.100 Bundeswehrangehörige und rund 1.000 Italiener. Zumeist bilden sie Regierungstruppen aus, nur die Franzosen stellen mit 4.500 Soldaten eine schlagkräftige Truppe. Doch unweigerlich wird sich die Frage stellen, wie weit die Militärhilfe notfalls gehen muss. Bis zu Kampfeinsätzen?

Ich bin mir bewusst, dass sich vielen bei der bloßen Vorstellung die Haare sträuben. Schon der Begriff "Bollwerk" wird sie aufgebracht haben. Doch kann ich mir nicht helfen: Ein 2015 hoch drei könnte die AfD auf 40 Prozent hochschnellen lassen. Wer unsere Demokratie erhalten will, wird an einer entschlossenen Einlasskontrolle nicht vorbeikommen. Unkontrollierte, ungebremste, unbegrenzte Einwanderung wäre das Ende des sozialen Friedens bei uns.

Eine solche Bollwerk-Politik wäre indes moralisch nur zu rechtfertigen, wenn wir in dem Raum südlich des Bollwerks viel energischer an die viel beschworene, aber nur in belangloser Dimension verwirklichten Bekämpfung der Fluchtursachen herangingen. "Die Zukunft Afrikas ist auch unsere Zukunft", die beiden Kontinente seien in einer **Schicksalsgemeinschaft** verbunden – der Satz Jean-Claude Junckers stimmt. Doch die Folgerung daraus ist unzureichend. Es gibt nicht einmal eine einheitliche deutsche Afrikapolitik; mehrere Bundesministerien schmieden ganz unterschiedliche Pläne. Und EU-Vorhaben wie die Economic Partnership Agreements sind nur mit Kleingeld dotiert. Betrübliches Beispiel: Für die Haushaltsperiode 2021 bis 2027 plant Brüssel Agrarsubventionen in Höhe von 370 Milliarden Euro, auf die Afrikapolitik entfallen ganze 39 Milliarden.

Reisen bildet. Die Kanzlerin hat bei ihrer jüngsten Reise in den Nachbarkontinent ein weiteres Mal erfahren, dass dessen Probleme riesig sind, die Lösungsmöglichkeiten mehr als schwierig. Wenn es ein "Chancenkontinent" werden soll (Entwicklungsminister Müller), muss Europa seine Anstrengungen bündeln. Zugleich jedoch muss es die Afrikaner drängen, alles zu tun, was verstärkte europäische Hilfe zum einen rechtfertigt, zum anderen überhaupt erst wirksam werden lässt: Abkehr von der Korruption, kompetente Regierungsführung und eine Wirtschafts- und Sozialpolitik, die den Völkern Afrikas ermöglicht, am Reichtum ihrer Länder teilzuhaben.

Darauf hinzuwirken, sollte für Angela Merkel in der Endphase ihrer Regierungszeit eine zentrale Aufgabe sein. Vielleicht sogar danach. Denn Afrika ist für Europa die Herausforderung des 21. Jahrhunderts.

Weiterführende Links

RF PMG49285387-ZEDE20190507-

NS gpir : Politics/International Relations | gppl : Domestic Politics | gtterr : Terrorism | gdef : Armed Forces | gcat : Political/General News | gcns : National/Public Security | gcrim : Crime/Legal Action | ncat : Content Types | nfact : Factiva Filters | nfcpx : C&E Executive News Filter

RE africaz : Africa | gfr : Germany | china : China | apacz : Asia Pacific | asiaz : Asia | bric : BRICS Countries | chinaz : Greater China | dach : DACH Countries | devgcoz : Emerging Market Countries | dvpcz : Developing Economies | easiaz : Eastern Asia | eecz : European Union Countries | eurz : Europe | weurz : Western Europe | mali : Mali | wafrz : West Africa | niger : Niger

PUB Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG

AN 文件 ZEITON0020190508ef5700004

SE Unternehmen
HD Plötzlich zweiter Klasse
BY Kiani-Kreß, Rüdiger
WC 1,241 字
PD 2019 年 7 月 19 日
SN Wirtschaftswoche
SC WIRWOC
PG 050
LA 德文
CY Copyright 2019 Handelsblatt GmbH. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de.
LP

Der Flugzeugbauer Airbus ändert seine Beschaffungsstrategie und erhöht den Druck auf seine Zulieferer. Zur Freude internationaler Konzerne - und zum Leidwesen mittelständischer deutscher Firmen.

Vor der Luftfahrtmesse im Pariser Vorort Le Bourget lud Airbus-Chef Guillaume Faury Mitte Juni Branchenkollegen und Medienvertreter zu einer entspannten Soiree ins Hôtel Le Brun. Das Areal des Herrenhauses aus dem 17. Jahrhundert punktet mit prunkvollem Garten, akkurat geschnittenen Hecken und makellosen Kieswegen. Für Faury die perfekte Kulisse für einen kühlen Weißwein - und nett verpackte Warnungen an seine Zulieferer: "Wer uns am besten hilft, bekommt künftig mehr Aufträge. Und die besseren."

TD

Auch wenn Faury, 51, die Botschaft freundlicher vortrug, als es sein kantiger deutscher Amtsvorgänger Tom Enders getan hätte - sie ist eiskalt: Europas größter Luftfahrtkonzern schärft die Beschaffungsstrategie und erhöht den Druck auf Lieferanten. Künftig will Airbus mit weniger Unternehmen verhandeln, um die Komplexität im Einkauf zu reduzieren und einen größeren Teil des Risikos auf Zulieferer abzuladen. Davon profitieren globale Anbieter aus den USA, Großbritannien und Frankreich. Deutsche Zulieferer hingegen, insbesondere Mittelständler, geraten in die Defensive. Für Airbus sind sie oft zu klein.

Ausgerechnet die Stärke der deutschen Wirtschaft - die vielen kleinen, mittelgroßen und inhabergeführten Unternehmen - entpuppt sich in der von Airbus und Boeing duopolistisch beherrschten Flugzeugindustrie damit als eine eklatante Schwäche.

BOEINGS DILEMMA, AIRBUS' PROFIT

Der Zeitpunkt für den Strategiewechsel könnte kaum besser sein. Airbus will mittelfristig vom Softwaredesaster des US-Konkurrenten Boeing profitieren. Nach zwei Abstürzen stehen seit Monaten Maschinen des Modells 737 Max nutzlos am Boden und reißen ein großes Loch in die Bilanz der Amerikaner - ein nötiges Softwareupdate soll es erst ab Ende 2019 geben. Airbus punktet im Vergleich zu Boeing als verlässlicher Partner der Airlines und hat die Produktion des Bestsellers A320 gerade von 58 auf 60 im Monat hochgefahren (siehe Grafik). Bis 2023 sollen es gar monatlich 65 Jets werden.

Airbus-Chef Faury fühlt sich zu der Neuordnung der Zulieferer gezwungen. "Im Moment ändert sich das ganze Gefüge unserer Branche", sagt der Franzose. Airbus muss - wie Boeing - einen Berg von rund 7000 Aufträgen abbauen. Beide sind rechnerisch gut acht Jahre ausgelastet. Weil Flugzeuge aus mehr als einer Million Einzelteilen bestehen, ist der Bau und das Management der vielen Zulieferer extrem komplex. Airbus will sich künftig auf die Entwicklung digitaler Systeme und Services konzentrieren. Mechanische Komponenten inklusive aller Risiken und Nebenwirkungen sollen darum weitgehend Zulieferer übernehmen. Bislang bezieht Airbus laut Insidern Teile von 4500 meist kleineren Unternehmen. "Das ist schon heute kaum zu managen - und angesichts der Belastungen durch steigende Stückzahlen oder neue Technik fast unmöglich", sagt einer aus Faury's Führungsteam.

Der Ausweg könnte, ganz so wie in der Autoindustrie, eine Art Zwei-Klassen-Gesellschaft der Zulieferer sein. Im Grundsatz will Airbus möglichst nur noch bei 100 bis 200 großen Erstlieferanten direkt einkaufen.

Größere Anbieter aus Deutschland wie der schwäbische Familienkonzern Liebherr, der Fahrwerke und Getriebe für Flugzeuge produziert, und Triebwerkshersteller MTU aus München dürften dazu gehören. Auf Geheiß von Airbus würden diese Firmen dann Komponenten liefern und im Alltagsgeschäft das mühsame Management ihrer Lieferanten übernehmen. Zur Entlastung von Airbus. Und zulasten der Kleinen.

Einer, der das Nachsehen haben könnte, hat sich zu Wort gemeldet. "Der Preisdruck auf die Zulieferer ist schon gestiegen", sagt Jörg Hüskens, geschäftsführender Gesellschafter von Cotesa. Das Unternehmen aus dem sächsischen Mittweida baut Kohlefaser- und Metallteile für Airbus und gehört seit 2018 einer Tochter des Staatskonzerns **China** Iron & Steel Research Institute Group.

Andere Zulieferer dürften die Toulouser Planspiele mit Nervosität beobachten. So baut Faulhaber aus Schönaich in Baden-Württemberg etwa Fensterblenden und kleine Elektromotoren. HOS Kunststofftechnik aus Gehrden in Niedersachsen stellt Kunststoffteile für Kabinen her, Tital aus Bestwig in Nordrhein-Westfalen baut Feingussteile. Diese Unternehmen kommen auf Umsätze von 20 bis 200 Millionen pro Jahr.

Geht es nach Faury, behalten nur die Hightechstars den direkten Draht zu Airbus - oder jene, die sich zusammenschließen. Für alle, die künftig nur noch über zwischengeschaltete Unternehmen an Airbus liefern, würde der Preisdruck weiter zunehmen, "weil eben wie bei einem Strukturvertrieb auch die Ebene darüber einen Anteil will", fürchtet ein führender Manager eines Zulieferers. Darum bleibt vielen nicht viel mehr, als sich unentbehrlich zu machen, indem sie trotz Mehrkosten auf Innovation setzen - und auf Aufträge zu hoffen, wenn nicht von Airbus, so doch von anderen Flugzeugherstellern, etwa auch Comac aus **China**.

Das neue Beschaffungswesen bei Airbus soll aber nicht nur Kleine auf Distanz halten, sondern auch die Mächtigen der Branche. Die Europäer haben ihre Lektion gelernt. Bisher mussten selbst globale Konzerne wie United Technologies (UTC) aus den USA sich um Aufträge der Flugzeughersteller bemühen. Vereinzelt kippt nun die Machtbalance. UTC hat viele Konkurrenten übernommen und baut so viele entscheidende Teile für Airbus, dass der Konzern dem Flugzeugbauer höhere Preise abpressen kann. "Nun wächst der Druck auf uns", sagt Faury.

Lieferriesen wie UTC, General Electric aus den USA und Safran aus Frankreich koppeln den Verkauf begehrter Komponenten bereits vereinzelt daran, dass Airbus auch Teile kauft, die andere Firmen eventuell besser bauen. Die Großen wie UTC oder Safran "drängen kleinere Anbieter aus großen Lieferverträgen und behindern den Wettbewerb", heißt es in einer Studie der Beratung Roland Berger. Auch das geht zulasten deutscher Mittelständler.

Um eine Unwucht bei den Zulieferern zu vermeiden, möchte Airbus seine lukrativsten Airbus-Aufträge daher nicht mehr automatisch an die Lieferanten mit dem größten Umsatz geben. "Es ist wichtig, dass unsere Partner verstehen, was für uns entscheidend ist", sagt Faury. Wer dabei sein will, soll sich in einer **Schicksalsgemeinschaft** an den Konzern binden. "Wer für uns der einfachere Partner ist, weil er Risiko und Komplexität reduziert, bekommt den Vorrang", so Faury. Künftige Lieferanten sollen nicht nur bestehende Produkte anbieten, sondern neue Komponenten exklusiv und auf eigene Rechnung entwickeln.

AIRBUS-ERSATZ AUS INDIEN

In Berliner Lobbykreisen sieht man sich durch den Airbus-Schwenk zu deutlichen Appellen veranlasst. Wer zum erstrangigen Zulieferer werden will, muss viel investieren. Doch das können sich viele deutsche Firmen kaum leisten, weil sich anders als Konkurrenten aus Frankreich, Großbritannien und den USA zu wenige Mittelständler zu finanzstarken Gruppen zusammengeschlossen haben, warnen Industrievertreter. "Ich kann allen kleineren Firmen nur empfehlen, sich zu konsolidieren, um als Ansprechpartner attraktiv zu werden", sagt Volker Thum, Hauptgeschäftsführer des Bundesverbands der Deutschen Luft- und Raumfahrtindustrie (BDLI).

Doch meist stößt er auf taube Ohren. Ein Top-Vertreter der Branche sagt mit fast verzweifelterm Unterton: "Die meisten Eigentümer lassen ihre Firma im Zweifel lieber pleitegehen, statt zu verkaufen."

Auch die Hoffnung, dass Finanzinvestoren einsteigen und aus mehreren Mittelständlern einen Großanbieter formen, ist gering. "Weil es selten neue Flugzeugprogramme gibt und die einen hohen finanziellen Einsatz erfordern, rechnen sich Investitionen oft erst in 10 bis 15 Jahren", sagt Stephan Ohl, Managing Director bei der Beratung Alix Partners. Also blickt Airbus auf der Suche nach dem perfekten Partner inzwischen sogar weit ins Ausland und will laut Insidern auch in Ländern wie Indien, Saudi-Arabien oder **China** beim Aufbau einer Zuliefererbranche helfen.

Viele deutsche Zulieferer drohen dadurch unter die Räder zu geraten. Und fügen sich resigniert dem Diktat von Airbus. Bei der Pariser Luftfahrtmesse hat der BDLI in Halle 2C in einer etwas abgelegenen

Ecke einen Gemeinschaftsstand für alle Mitglieder organisiert, die sich anders als die wenigen Großen der Branche - OHB aus Bremen, Diehl aus Nürnberg oder Aircraft Philipp aus dem Chiemgau - keinen eigenen Auftritt leisten können. Der Manager eines Zulieferers: "Die meisten von uns dürften bei Airbus künftig außen vor bleiben."

ZITATE FAKTEN MEINUNGEN

"Wer für uns der einfachere Partner ist, weil er Risiko und Komplexität reduziert, hat Vorrang" Guillaume Faury Airbus-Chef.

ART Kleinstarbeit Für deutsche Airbus-Zulieferer bleiben kaum noch Großprojekte .

CO nia : Airbus SE | boeing : The Boeing Company | airbsi : Airbus S.A.S. | utc : United Technologies Corporation

IN iaer : Aerospace/Defense | i3640010 : Civil Aircraft | i75 : Airlines | i353 : Motor Vehicle Parts | i364 : Aerospace Products/Parts | iairtr : Air Transport | iaut : Automotive | iindstrls : Industrial Goods | itsp : Transportation/Logistics

NS ccat : Corporate/Industrial News | cscm : Supply Chain | reqrad : Suggested Reading Aerospace/Defense | redit : Selection of Top Stories/Trends/Analysis | reqr : Suggested Reading Industry News

RE gfr : Germany | usa : United States | fra : France | paris : Paris | dach : DACH Countries | eecz : European Union Countries | eurz : Europe | ilefra : Ile-de-France | medz : Mediterranean | namz : North America | weurz : Western Europe

IPD Unternehmen

PUB Handelsblatt GmbH

AN 文件 WIRWOC0020190718ef7j0000t

HD Der geborene Nachfolger

BY Thomas Magenheim

WC 844 字

PD 2019 年 7 月 20 日

SN Berliner Zeitung

SC BERLRZ

VOL 166 2019

LA 德文

CY © 2019 Berliner Zeitung

LP

Oliver Zipse muss als künftiger BMW-Chef die Weichen neu stellen

VON THOMAS MAGENHEIM (RND)

TD

MÜNCHEN. Bosse großer Autokonzerne kennen auch Normalbürger, die sich für Wirtschaft sonst wenig interessieren. In diesem Punkt hat der neue BMW-Chef Oliver Zipse Nachholbedarf, denn öffentlich ist er ein unbeschriebenes Blatt. Im Unternehmen dagegen ist er längst eine feste Größe: Sein gesamtes Berufsleben hat der heute 55-Jährige bei BMW verbracht. In einem Monat, so hat es der Aufsichtsrat jetzt beschlossen, soll er die Nachfolge des vorzeitig verabschiedeten Harald Krüger antreten.

Das zeigt zweierlei. Erstens bleibt BMW sich auch in angespannten Zeiten treu und macht einen betont uneitlen Manager zum Boss. Zweitens zeigt der Abgang Krügers einige Monate vor Vertragsende, dass die Lage zumindest ernst ist.

Monatelang bröckelte der Rückhalt für Krüger, der gängige Termin für die Verlängerung ein Jahr vor Vertragsende verstrich. Als dann Insider in die Medien trugen, dass eine zweite Amtszeit keineswegs sicher sei, kündigte Krüger den vorzeitigen Abschied an.

Vorgeworfen wird ihm, dass er BMWs Vorsprung in der Elektromobilität verspielt und im operativen Geschäft enttäuschende Zahlen geliefert habe. Über allem schwebt der Verdacht, dass er entscheidungsschwach sei - nicht hart genug, um das Unternehmen auch gegen Widerstände neu auszurichten.

Auch Zipse gilt als Freund der leisen Töne und wechselt - wie vor ihm der zwei Jahre jüngere Krüger - aus dem Produktionsressort an die Spitze. Damit ist er eine typische Wahl für die bestimmende Aktionärsfamilie Quandt. BMW-Bosse von außerhalb sind für sie traditionell tabu. Zudem schätzen die Quandts ruhiges und zurückhaltendes Managen, wie Zipse es in seiner Person verkörpert. Dem Musikliebhaber und Förderer der Münchner Oper wird zudem ein guter Draht zu BMW-Betriebsratschef Manfred Schoch nachgesagt. Harmonisches Miteinander auch auf dieser Ebene ist bei BMW Tradition und ein Faustpfand speziell in rauen Zeiten.

Auf einen Unterschied zu Krüger wird allerdings geachtet: Zipse sei durchsetzungsstark, heißt es im Konzern. Das wird auch nötig sein. Zwar steht BMW im Vergleich zu Audi und Daimler aktuell noch am relativ besten da, doch ein leichter Job erwartet den Neuen nicht. Zipses angestammtes Gebiet, die Produktion, gilt als BMWs Stärke, die Herausforderungen warten auf anderen Feldern.

Mit Elektromobilität und autonom fahrenden Autos steht BMW vor denselben Problemen wie die ganze Branche. So radikal wie VW setzt BMW nicht auf Elektromobilität, in den Werken etwa sollen Modelle aller Antriebsarten parallel gebaut werden - eigene Werke für E-Mobile gibt es nicht. Als Produktionschef ist Zipse führender Vertreter des BMW-Ansatzes. "Es geht uns darum, die Industrie richtig zu interpretieren und vorausschauend die richtigen Dinge in die Wege zu leiten", hat der Analytiker in einem seiner wenigen Interviews einmal gesagt.

In seiner Karriere wies zunächst wenig in Richtung Autoindustrie. An der Mormonen-Universität von Salt Lake City im US-Bundesstaat Utah studierte der damals 19-Jährige Informatik und Mathematik. Zu

dieser Zeit führte das noch nicht in die Autoindustrie - heute ist es von Nutzen. 1985 holte sich Zipse an der TU Darmstadt im Studienfach Allgemeiner Maschinenbau den zweiten Teil seines Rüstzeugs.

Als Diplom-Ingenieur heuerte der als belesen und eloquent geltende Manager 1991 bei BMW an und tummelte sich von Anfang an in den Ressorts Entwicklung und Produktion. Er war für BMW in Südafrika und als Werkschef bei der Kleinwagenmarke Mini im britischen Oxford, was in Brexit-Zeiten noch von Vorteil sein könnte. 2015 wurde der mit einer Japanerin verheiratete Familienvater als Produktionschef in den Vorstand geholt, nachdem Krüger von dort in den Chefsessel beordert worden war. Mit Zipses Aufstieg sind nun drei der letzten vier Vorstandsvorsitzenden ehemalige Produktionschefs.

Zipse wird nun liefern müssen, nachdem Krüger nicht den erhofften Erfolg hatte. Das geht über das Einhalten zuletzt verfehlter Margenziele weit hinaus. Es erfordert Führungsstärke und Durchsetzungskraft, aber auch diplomatisches Geschick. Letzteres gilt vor allem mit Blick auf den Erzrivalen Daimler, mit dem sich BMW auf einigen Ebenen zu einer **Schicksalsgemeinschaft** zusammengefunden hat. Der Schulterschluss geht von Mobilitätsdiensten wie Carsharing bis zur Entwicklung autonom fahrender Autos der nächsten Generation.

Weitere Kooperationen könnten für einen vergleichsweise kleinen Hersteller wie BMW nötig sein. Das nagt am weiß-blauen Selbstverständnis und muss gemanagt werden. Zipse hat für seine Aufgaben mutmaßlich eine volle Amtszeit von vier Jahren, bevor er das bei BMW für Topmanager geltende Pensionsalter von 60 Jahren erreicht.

Kooperation in **China**

Datenzentrum: BMW und der chinesische Internetriesen Tencent bauen ein Datenzentrum für selbstfahrende Autos in **China**. Nach Angaben von BMW-**China**-Chef Jochen Goller betreibt der Autobauer dort mit mehr als 1000 Ingenieuren bereits die größten Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen außerhalb von München.

Partner: Mit Tencent, das auch die weltweit populäre Handyplattform Wechat betreibt, habe BMW einen passenden Partner. "**China** eignet sich besonders für die Entwicklung des autonomen Fahrens", sagte Goller. Es sei "unglaublich", wie viel Geld investiert werde - mehr als im Silicon Valley in den USA.

5G-Standard: "Andere Länder reden über 5G, **China** baut es", sagte Goller über den superschnellen Mobilfunkstandard. Die durchschnittlichen BMW-Kunden in **China** seien mit 36 Jahren jünger und sehr technikaffin. Während die Autoverkäufe in **China** im ersten Halbjahr zurückgingen, konnte BMW dort 6,8 Prozent zulegen.

Oliver Zipse wird im August Nachfolger von Harald Krüger.

CO	bmw : Bayerische Motoren Werke AG
IN	i35101 : Passenger Cars iaut : Automotive i35104 : Alternative Fuel Vehicles i351 : Motor Vehicles
NS	ccat : Corporate/Industrial News c41 : Management csImc : Senior Level Management c411 : Management Moves ncat : Content Types nfact : Factiva Filters nfcpx : C&E Executive News Filter nfcpin : C&E Industry News Filter
RE	usa : United States gfr : Germany dach : DACH Countries eecz : European Union Countries eurz : Europe namz : North America weurz : Western Europe
IPD	WIRTSCH
PUB	Berliner Verlag GmbH & Co.
AN	文件 BERLRZ0020190720ef7k00010

HD Repräsentant Taiwans; Nach Hongkong kann es Taiwan treffen

WC 758 字

PD 2019 年 8 月 31 日

SN WELT online

SC WELTON

LA 德文

CY Copyright 2019 Axel Springer SE

LP

Der Repräsentant Taiwans in Deutschland versichert den Demonstranten in Hongkong die Solidarität seines Landes. Auch dieses werde von **China** bedroht, schreibt er im Gastbeitrag. Er fordert ein klares Signal der freien Welt an Peking: Gewalt werde nicht akzeptiert.

Diejenigen, die die momentane Entwicklung der Protestbewegungen in Hongkong intensiv verfolgen, werden sich vielleicht an Schillers Dramenwerk "Wilhelm Tell" erinnert fühlen: Hier wie dort löst just der Wille der tyrannischen Herrschaft, die Untertanen zum Gehorsam zu zwingen, erst recht den Willen zum Widerstand aus.

TD

"Hongkongs Erfahrungen mit dem Prinzip 'Ein Land, zwei Systeme' zeigen der Welt ein für alle Mal, dass Autoritarismus und Demokratie nicht nebeneinander existieren können. Das diktatorische Regime versucht, selbst den kleinsten Funken Hoffnung für Demokratie im Keim zu ersticken", betonte Taiwans Präsidentin Dr. Tsai Ing-wen jüngst in einer Rede an der Columbia-Universität in New York.

Wir Taiwaner bangen sehr um das Schicksal der tapferen Hongkonger, die sich mit einer solchen Entschlossenheit, ihre Freiheit zu bewahren, gegen das kommunistische Regime in Peking wehren, ohne genau zu wissen, ob und wann das über ihrem Haupt schwebende Damoklesschwert fallen wird. Denn die meisten Hongkonger haben kantonesische Vorfahren, die in der chinesischen Geschichte jahrhundertlang als anarchistische, schwer zu bändigende (Kung-Fu-) Kämpfer galten.

Nach hundert Jahren unter britischer Herrschaft sind aus diesen Kantonesen Hongkonger geworden, die an die rechtsstaatliche Ordnung glauben und bürgerliche Rechte beanspruchen. Seit der Rückgabe an **China** hat es Peking jedoch geschafft, dass diese Hongkonger wieder zu ihrer ursprünglichen rebellischen Natur zurückgefunden haben. So gesehen ist die Lage in Hongkong nicht ganz ohne.

Wir Taiwaner bewundern den Mut der Hongkonger, bangen mit ihnen um die ungewisse Zukunft und erinnern uns auch stets an die als Versprechen abgegebenen Worte des früheren chinesischen Staatspräsidenten Jiang Zemin im Jahr 1997, als Hongkong von Großbritannien an **China** zurückgegeben wurde, in Taiwans Richtung: "Heute Hongkong, morgen Taiwan!"

Aber was ist seitdem in Hongkong passiert? Direkt gewählte Abgeordnete wurden an ihrer Amtsausübung gehindert oder gar ins Gefängnis gesteckt, nur weil sie die Freiheit der Bürger über die Vaterlandsliebe zu **China** oder zur Kommunistischen Partei stellten. Verleger, die sich trautes, Bücher zu publizieren, die in **China** verboten sind, wurden nach **China** entführt. Und auch von Pressefreiheit kann keine Rede mehr sein.

22 Jahre nach den Worten von Jiang Zemin rufen die Hongkonger Bürger den Taiwanern jetzt zu: "Heute Hongkong, morgen Taiwan!" - aber nicht als Versprechen, sondern als Warnung! Und zwar eine Warnung, die in diesem von **China** rund um die Uhr bedrohten, freien und demokratischen Inselstaat auf immense Resonanz stößt. Die amtierende Präsidentin der Demokratischen Fortschrittspartei schneidet seitdem in verschiedenen Meinungsumfragen zur Präsidentschaftswahl am 11. Januar 2020 immer besser ab, und sie sorgt dafür, dass Menschenrechte und Souveränität verteidigt werden.

Und das obwohl es als gesichert gilt, dass **China** versucht, die Wahlen in Taiwan mit Falschmeldungen zu beeinflussen. Eine aktuelle Studie der Universität Göteborg belegt, dass Taiwan unter 179 Ländern weltweit am häufigsten von Desinformationsattacken betroffen ist.

Obwohl man in den letzten Jahren von einer nicht zu verkennenden gegenseitigen Annäherung zwischen Taiwan und Hongkong sprechen kann, lässt sich erst seit der Auslieferungsgesetzaffäre behaupten, dass aus Taiwan und Hongkong eine ineinander verschlungene **Schicksalsgemeinschaft** geworden ist. Das alte chinesische Sprichwort - "Sind die Lippen weg, frieren die Zähne" - kann auf die wechselseitige Beziehung zwischen Taiwan und Hongkong uneingeschränkt angewendet werden.

Und wir Taiwaner machen in diesem Fall auf keinen Fall ein Lippenbekenntnis. Schließlich hat Taiwan bei der Rückgabe von Japan an **China** im Jahr 1945 Ähnliches erlebt, was Hongkong heute befürchten muss.

Wir Taiwaner werden Hongkong nicht im Stich lassen. Da Taiwan auch mit dem militärisch starken, aber unberechenbaren Regime in Peking konfrontiert ist, wäre es überaus wichtig, dass die freie Welt wie die EU, vor allem Deutschland, Frankreich und Großbritannien, die USA, Japan, Südkorea, Australien gemeinsam ein unmissverständliches Signal an Peking senden, damit sich das Regime dort keinesfalls trauen wird, den Protest in Hongkong mit Gewalt zu lösen.

In Taiwan werden oft die Worte des evangelischen Theologen Martin Niemöller zitiert: "Als die Nazis die Kommunisten holten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Kommunist. Als sie die Sozialdemokraten einsperrten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Sozialdemokrat. Als sie die Gewerkschafter holten, habe ich geschwiegen; ich war ja kein Gewerkschafter. Als sie mich holten, gab es keinen mehr, der protestieren konnte."

Seit Gründung der Kommunistischen Partei Chinas konnte man beobachten, wie die Tibeter, die Studenten auf dem Tiananmen, die Falun-Gong-Anhänger und die Uiguren nach und nach der chinesischen Willkür ausgesetzt waren und es immer noch sind. Wann setzt sich die freie Welt zur Wehr?

CO colunv : Columbia University

NS gpol : Domestic Politics | gvote1 : National/Presidential Elections | gcat : Political/General News | gpir : Politics/International Relations | gvote : Elections

RE china : China | hkong : Hong Kong | taiwan : Taiwan | beijin : Beijing | gfr : Germany | apacz : Asia Pacific | asiaz : Asia | bric : BRICS Countries | chinaz : Greater China | dach : DACH Countries | devgcoz : Emerging Market Countries | dvpcoz : Developing Economies | easiaz : Eastern Asia | eecz : European Union Countries | eurz : Europe | weurz : Western Europe

IPD Repräsentant Taiwans

PUB Axel Springer Syndication GmbH

AN 文件 WELTON0020190831ef8v0000t

HD Analyse: Diplomatischer Tanz auf dem Eis: **China**, Russland und die "Arktis-Seidenstraße"

WC 2,405 字

PD 2019 年 10 月 10 日

SN ForeignAffairs.co.nz

SC FRAFDE

LA 德文

CY Copyright 2019. Multimedia Investments Ltd. All rights reserved.

LP

Source: Bundeszentrale für politische Bildung Russland und **China** bewegen sich jeher zwischen Konkurrenz und Kooperation. Mit Blick auf die Erschließung der Arktis als neue Handelsroute könnten beide Länder von einer Zusammenarbeit profitieren. Interessenkonflikte sind in der Haltung der USA zu erkennen, die die russisch-chinesischen Arktis-Strategien als Bedrohung wahrnehmen. Der russische Präsident Wladimir Putin und der chinesische Generalsekretär Xi **Jinping** beim Willkommensbankett zum Belt and Road-Forum im April 2019 in Peking. (© picture alliance/Valeriy Sharifulin/POOL/dpa)

Zusammenfassung

TD

2015 erklärten Moskau und Peking, auf eine synergetische Verbindung der von Moskau vorangetriebenen Eurasischen Wirtschaftsunion und der von Xi **Jinping** seit 2013 offiziell proklamierten "Neuen Seidenstraße" hinarbeiten zu wollen. Seit 2018 ist diese Kooperation mit Pekings "Arktis-Seidenstraße" um eine globale Dimension erweitert worden. Überschattet werden die bilateralen Interaktionsstrukturen durch die Spannungen mit den USA. Moskau und Peking: Partner oder Konkurrenten?

Der Handelskonflikt zwischen den USA und **China**, die Aktualisierung der US-amerikanischen Sicherheitsabkommen mit Chinas Nachbarstaaten, die infolge der Ukraine-Krise gegenüber Russland verhängten internationalen Sanktionen - diese Konstellationen begünstigen den Schulterschluss zwischen den ungleichen Partnern Moskau und Peking. Vor dem Hintergrund der perzipierten neuen Fronten der Weltpolitik haben diese begonnen, ihre strategische Partnerschaft neu auszurichten. Neben bilateralen Interaktionen haben insbesondere transregionale und globale Fragen an Bedeutung gewonnen. Die Koordination ordnungspolitischer Fragen erfolgt neben bilateralen Formaten über multilaterale regionale Foren wie die Shanghai Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) sowie globale Zirkel wie den Zusammenschluss der BRICS-Staaten (Brasilien, Russland, Indien, **China**, Südafrika). Die Geschichte der Beziehungen zwischen Moskau und Peking erscheint wie ein beständiges Oszillieren zwischen Phasen der intensiven strategischen Kooperation und solchen der Spannungen und offenen Konfrontation. Ursprünglich hatte die VR **China** die Organisationsprinzipien leninistischer Kaderparteien und die Grundstrukturen des Partei-Staates von der Sowjetunion kopiert, hatte den Marxismus-Leninismus als Leitideologie festgeschrieben. Mit den Mao-Zedong-Ideen hatte sie jedoch eine Sinisierung des Marxismus vorgenommen und sich mit einem eigenständigen Entwicklungsweg positioniert. Die ideologischen Spannungen zwischen den beiden "sozialistischen" Bruderstaaten spitzten sich in den späten 1950er Jahren zu und erreichten ihren Höhepunkt mit dem sino-sowjetischen Grenzkonflikt am Fluss Ussuri im Jahre 1969. Während der Phase des Kalten Krieges konkurrierten die beiden sozialistischen Systeme regional wie auch international um eine Ausweitung ihrer Machtsphären. Die internationale diplomatische Anerkennung der VR **China** - die Übertragung des ständigen Sitzes "Chinas" im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen erfolgte 1971 - und die Annäherung zwischen Washington und Peking unter Nixon eröffneten der VR **China** neue Verhandlungsoptionen. Moskau gab seinen Konfrontationskurs auf und signalisierte Dialogbereitschaft. Die Gefahr einer unmittelbaren Eskalation der sino-sowjetischen Spannungen schien gebannt. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion folgte eine Neuauflage und Neudefinition der Beziehungen zwischen Moskau und Peking. 1996 erreichten die bilateralen Beziehungen den Status einer "strategischen Partnerschaft"; 2001 wurde ein neuer Freundschaftsvertrag unterzeichnet. Die Regelung offener Grenzfragen wurde begleitet von neuen Abkommen und Formaten der interregionalen Kooperation. Russland, die VR **China** sowie die zwischen diesen gelegenen zentralasiatischen Staaten schlossen sich 1996 als "Shanghai Fünf" zusammen. 2001 ging aus dieser die Shanghai Organisation für Zusammenarbeit hervor. Ursprünglich auf die Lösung und Koordination von Problemen und Konflikten in der Region Zentralasien ausgerichtet, hat dieses Bündnis seinen Aktionsraum mit der Aufnahme Indiens und Pakistans auf Süd(ost)asien ausgeweitet. Offene Spannungen und Konkurrenzsituationen zwischen Moskau und Peking sollen durch diese regionalen Bündnisse und bilateralen Dialogformate minimiert werden. Dies zeigt sich auch mit Blick auf die chinesische "Neue Seidenstraße", welche den Aufbau neuer Transportkorridore über Zentralasien nach

Europa umfasst. Im Mai 2015 versicherten beide Seiten ihr Interesse an einer Interessensabstimmung und strategischen Entwicklungssynthese zwischen der von Moskau vorangetriebenen Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU) und der von Peking aus konstruierten Korridore der "Neuen Seidenstraße", insbesondere der "Eurasischen Landbrücke". Die Arktis: Brennpunkt geostrategischer Machtkonkurrenz im 21. Jahrhundert?

Abstimmungsbedarf zwischen Moskau und Peking ergibt sich nicht zuletzt mit Blick auf die Arktis. Im Januar 2018 legte die VR **China** ein Weißbuch zu ihrer "Arktis-Politik" vor, das den Bau einer "Polaren Seidenstraße" vorsieht. Obzwar kein unmittelbarer Anrainerstaat, so definiert sich die VR **China** als "arktisches" Land und erhebt aktiv Anspruch auf die (Mit-)Erschließung der durch das Abtauen des Eises in naher Zukunft voraussichtlich durchgehend befahrbaren Seerouten und Wirtschaftsräume. Am 4. Juli 2017 verabschiedeten Moskau und Peking im Vorfeld des G20-Gipfels eine gemeinsame Erklärung zur Intensivierung ihrer umfassenden Partnerschaft, gefolgt von gemeinsamen Militärmanövern. Mit Blick auf den koordinierten Aufbau einer nördlichen Arktis-Seeroute wäre die VR **China** in Zukunft auf russische Häfen, Logistikinfrastruktur und eine (militärische) Sicherung der Transportwege angewiesen - und offeriert Moskau eine finanzielle Beteiligung an der Erschließung neuer Logistikknotenpunkte. Russland und die VR **China** arbeiten seit Jahren an der Modernisierung und Professionalisierung ihrer Streitkräfte. Im Rahmen der SOZ haben sie Marineübungen auch jenseits ihrer unmittelbaren Hoheitsgewässer durchgeführt. Die Organisation entfernt sich damit mehr und mehr von ihren Gründungsaufgaben - der Bekämpfung von Terrorismus, Extremismus und Separatismus in der Region Zentralasien - und versteht sich verstärkt als Sicherheitsbündnis. Peking hat seinen Vorstoß in die Arktis-Region lange vor der Proklamation der "Neuen Seidenstraße" vorbereitet. Die VR **China** hat, offiziell zu Forschungszwecken, eigene Arktis-Expeditionen durchgeführt. Frühzeitig hat Peking sein Interesse deutlich gemacht, an den Aushandlungsrunden des Arktis-Rats beteiligt zu werden. Dieser war 1996 mit der Erklärung von Ottawa als multilaterales Abstimmungsforum zwischen den Arktisanrainern Dänemark, Finnland, Island, Kanada, Norwegen, Russland, Schweden und den USA begründet worden. Eingebunden sind zudem Vertreter(gruppen) der in der Arktis-Region lebenden indigenen Völkerschaften. Die VR **China** zählt zu den Ländern mit Beobachterstatus. Im Mai 2019 endete das Treffen des Arktis-Rates erstmals ohne eine gemeinsame Abschlusserklärung. Für Uneinigkeit hatte ein Passus zu den Folgen und Gefahren des Klimawandels für die Arktis gesorgt. Die USA hatten sich Berichten zufolge diesem Punkt nicht anschließen wollen - und auf die positiven Effekte des Abtauens des Eises verwiesen, insbesondere die sich hieraus ergebenden neuen maritimen Transportrouten. Die USA, vertreten durch ihren Außenminister Mike Pompeo, betonten aber zugleich, dass die in der Arktis mittelfristig zugänglichen Energiereserven, Rohstoffe und Fischbestände auch neue Begehrlichkeiten wecken dürften. Pompeo verwies hierbei insbesondere auf die VR **China** und Russland - gegenüber denen er den Gestaltungs- und Kontrollanspruch der USA über die Arktis deutlich zum Ausdruck brachte. "Nur weil die Arktis ein Ort der Wildnis ist, heißt das nicht, dass sie ein Ort der Gesetzlosigkeit sein sollte", so Pompeo in seiner Rede. Wer aus seiner Sicht die Führungsrolle bei der Erarbeitung neuer Regeln für die Arktis-Region und die Etablierung neuer Koordinationsstrukturen spielen sollte, wurde mehr als deutlich. So verwies Pompeo auf das "aggressive" Verhalten Russlands im Ukraine-Konflikt und Chinas offensive maritime Expansionsbestrebungen, um die von diesen ausgehende Gefahr für den Weltfrieden zu illustrieren. Er unterstrich, dass es keine "arktischen" Staaten jenseits der unmittelbaren Anrainer gebe - womit der VR **China** kein Recht auf Mitsprache und Mitgestaltung zukomme. Pompeo kündigte nicht zuletzt einen Ausbau der militärischen Präsenz der USA in der Arktis-Region an. Russland hat seinerseits seine Marine weiter aufgerüstet und investiert in eine neue Flotte nuklear angetriebener Eisbrecher. Damit untermauert Moskau seinen Anspruch, bei der Erschließung der Nordost-Passage eine aktive Rolle zu spielen und den russischen Abschnitt der neuen maritimen Transportrouten kontrollieren zu wollen. Hierbei kommt die chinesische Arktis-Seidenstraßen-Initiative durchaus gelegen. Öl und Gas gegen günstige Kredite und Darlehen aus **China**. Diese Formel scheint auch weiterhin als Motor der bilateralen Kooperation zu funktionieren. Die konfrontative Positionierung der USA gegenüber Moskau und Peking katalysiert dabei die sino-russische Koordination im Zuge der Arktis-Erschließung. Während weite Teile der seit 2013 unter dem Slogan der "Neuen Seidenstraße" von Peking aufgebauten Transportnetzwerke an Russland vorbeiverlaufen und sich durchaus auch zu einer Konkurrenz zu bestehenden Linien wie der Transsibirischen Eisenbahn entwickeln könnten, ist die Realisierung der Arktis-Handelsrouten nur als gemeinsames Projekt möglich. USA-Russland-**China**: Globale trianguläre Interdependenzen

Diese Entwicklungen mögen möglicherweise den Vorstoß des US-amerikanischen Präsidenten Donald Trump erklären, Grönland kaufen zu wollen. Denn die verstärkte Sichtbarkeit der VR **China** als Wirtschaftsakteur und Investor in den Arktis-Anrainer-Staaten wird als gefährlicher Machtzugewinn und als mögliche Herausforderung US-amerikanischer Interessen wahrgenommen. Wie die chinesischen Seidenstraßen-Interaktionen mit Mittel- und Osteuropa sowie in Teilregionen Südeuropas gezeigt haben, führen finanzielle Abhängigkeiten auch zu einem veränderten Abstimmungsverhalten mit Blick auf gemeinsame Standpunkterklärungen der Europäischen Union gegenüber der VR **China**. Gerade jene Staaten, deren Wirtschaft von chinesischen Investitionen profitiert oder die durch die Kooperation mit Peking ihren Verhandlungsspielraum gegenüber Brüssel auszubauen gedenken, enthalten sich bei kritischen Stellungnahmen oder Sanktionen gegenüber der VR **China**. Zudem hat sich Peking mit

strategischen Investitionen Zugang zu wichtigen Transporthäfen in Europa (und darüber hinaus) gesichert und seine maritimen Transportnetze erfolgreich diversifiziert. Mit Blick auf die Arktis-Region könnte dies bedeuten, dass sich im Arktis-Rat Mehrheiten verschieben. Die Haltung der USA gegenüber der für viele Mitgliederstaaten des Arktis-Rates zentralen Frage des Klimawandels dürfte dies noch zusätzlich begünstigen. Auch ist nicht auszuschließen, dass weitere bilaterale Abkommen zur Umsetzung der chinesischen Arktis-Seidenstraße mit den Anrainerstaaten geschlossen und implementiert werden. Hierdurch könnte sich Peking nicht nur strategischen Marktzugang, sondern auch präferierten Zugang zu lokalen Häfen und Transportnetzen sichern. Die Nähe der russischen Marinestützpunkte zur Arktis-Region verstärkt die Bedrohungsperzeptionen in Washington. 2019 erklärten die USA den INF-Vertrag für nichtig - sie warfen Moskau vor, den Vertrag wiederholt missachtet zu haben. Der INF-Vertrag von 1987/88 hatte die Unterzeichnerstaaten zum Verzicht auf den Bau und die Stationierung bodengestützter, nuklear bestückbarer Mittelstreckenraketen mit einer Reichweite von 500 bis 5.500 Kilometern verpflichtet. Im August 2019 erklärten schließlich beide Vertragspartner, die USA und Russland, das endgültige Ende des Abkommens. Neue Rüstungswettläufe könnten die Folge sein, insbesondere vor dem Hintergrund der sich zuspitzenden Interessenkonflikte in der Arktis-Region. Die VR **China** ist mit Blick auf die erfolgreiche Weiterführung ihrer "Neuen Seidenstraße" auf ein stabiles und friedliches regionales und globales Umfeld angewiesen. So erklärt sich, dass sie Moskau und Washington gedrängt hatte, das INF-Abkommen nicht aufzugeben. Gerade vor dem Hintergrund der negativen Schlagzeilen zur "Neuen Seidenstraße" und der von Washington postulierten von Peking ausgehenden Bedrohung der liberalen Werteordnung ist die politische Führung in Peking zudem mehr denn je um ein positives außenpolitisches Image als friedliebende, verantwortungsbewusste Großmacht bemüht. Im Oktober 2013 fand unter der Leitung Xi Jinpings eine Arbeitssitzung statt, auf der das Konzept der "Neuen Nachbarschaftspolitik" (zhoubian waijiao) als Grundformel der "Neuen Seidenstraße" diskutiert wurde. Auch die Beziehungen mit anderen Großmächten sind konzeptionell überarbeitet worden. Die Formel eines "neuen Typs der Beziehungen zwischen den Großmächten" spiegelt chinesische Deutungs- und Gestaltungsansprüche wider. Eingefordert werden gleichberechtigte Interaktionsbeziehungen und Mitspracherechte bei der Reform und Rekalibrierung der internationalen Institutionenordnung. Insbesondere die Beziehungen mit Washington und Moskau wurden seit 2013 neu kalibriert. Auf dem 19. Parteitag (2017) wurden nicht nur die Xi **Jinping** Ideen zum Sozialismus mit chinesischen Charakteristika in der neuen Ära in den Parteistatuten verankert. Betont wurde auch die besondere Bedeutung der "Neuen Seidenstraße" für die Umsetzung der nationalen, regionalen und globalen Zielsetzungen der VR **China**. Die Formel des "Wiederaufstiegs" (zu einer Zentrumsposition, die **China** mit der Niederlage in den Opiumkriegen eingebüßt hatte) wird durch die von Xi **Jinping** gesetzten Konzepte des "Chinesischen Traums" und der "**Schicksalsgemeinschaft**" als Beitrag zum Aufbau einer besseren Weltordnung im Dienste der "gesamten Menschheit" ausgewiesen. Ob diese globalen Gestaltungsansprüche mit jenen Russlands kompatibel sein werden, bleibt abzuwarten. Auch im Zuge der Aushandlungsrunden des Arktis-Rates setzt Peking auf Dialog und präsentiert seine Positionen als gemeinsame Interessen der Weltgemeinschaft. **China** hat auf die Stellungnahme Pompeos auf dem Treffen des Arktis-Rates 2019 direkt reagiert. Peking rechtfertigte den aktiven chinesischen Teilnahmeanspruch an der Regulierung und Koordination der Arktis nicht zuletzt unter Verweis auf die Auswirkungen des in der Arktis sichtbaren Klimawandels auf das globale System (und **China**), womit die Lösung von Entwicklungsfragen der Arktis als Anliegen der Weltgemeinschaft ausgeflaggt wird. Die "Neue Seidenstraße" wie auch der Teilstrang der (geplanten) "Arktis-Seidenstraße" werden als klimafreundliche Projekte präsentiert. Institutionen, die zur Finanzierung der Seidenstraße von Peking ins Leben gerufen worden sind, verpflichten sich, zumindest auf dem Papier, zu hohen sozio-ökologischen Standards. So beispielsweise die Asiatische Infrastruktur-Investitionsbank (AIIB), die mit dem Leitmotto "lean, green, clean" operiert. Regionale Akteurskonstellationen

Die Machtverschiebungen und neuen Kooperationsstrukturen in Mittel- und Osteuropa sowie in Zentralasien werden von Russland, das eigene Positionierungsinteressen verfolgt, mit Interesse beobachtet. Während die "Arktis-Seidenstraße" in der Zukunft spielt, lassen sich aus der Analyse der Konstellationen in Osteuropa und Zentralasien erste Einschätzungen der möglichen Langzeitwirkungen der "Neuen Seidenstraße" der VR **China** ableiten. Diese Beobachtungen dürften die Positionierung Moskaus im Zuge der Arktis-Kooperation sicherlich beeinflussen. Eine von europäischen Analysten zumeist kritisch eingestufte Entwicklung beispielsweise sind nichtkonditionale Kreditangebote an EU-Mitglieds- und EU-Nachbarschaftsstaaten durch die VR **China**. Mit dem 16+1-Format hat Peking ein Kooperationsformat mit den Staaten Mittel- und Osteuropas geschaffen, das sich dem direkten Zugriff Brüssels entzieht. Gerade die EU-skeptischen Visegrad-Staaten in Osteuropa sehen in dieser Ost-Ost-Kooperation einen Weg, eigene Interessen durchzusetzen. Allerdings besteht insbesondere für schwächere, kleinere Volkswirtschaften die Gefahr, die Seidenstraßen-Kredite nicht bedienen zu können und daher die fremdfinanzierte Transportinfrastruktur an die chinesischen (Staats-)Investoren abtreten zu müssen. Während es sich bei den mittel- und osteuropäischen Staaten um relativ junge Mitglieder der EU handelt, weist der zentralasiatische Raum hingegen historisch bedingt eine große Nähe zu Moskau auf. Eine Entmachtung Russlands und die Übernahme einer alleinigen regionalen Führungsrolle durch Peking sind somit wenig realistisch. Auch ist zu bedenken, dass die zentralasiatischen Staaten, wie insbesondere das Beispiel Kasachstan zeigt, sich nicht passiv der chinesischen Seidenstraße unterordnen. Vielmehr verfolgt Kasachstan mit der Nuryl Zhol-Initiative einen eigenen Modernisierungsweg, den es mit den

chinesischen Interessen am Aufbau eines Transportkorridors über den neugeschaffenen Logistikknotenpunkt Khorgos strategisch verbindet - ohne Peking die alleinige Koordination der Transportwege zu übertragen. Schlussbetrachtungen

Eingedenk der historischen Konkurrenzbeziehungen und geostrategischen Rivalitäten zwischen Moskau und Peking ist es naheliegend, dass keine Seite bei der Konzeption ihrer jeweiligen Arktis-Strategie nur auf eine Karte setzen wird. Die VR **China** strebt eine Diversifizierung ihrer strategischen Partner an; Russland baut parallel zu den Beziehungen mit Peking auch die Kooperation mit Pekings historischen Rivalen Indien und Japan aus. Die USA, welche die strategische Kooperation zwischen **China** und Russland als Entstehung einer bedrohlichen neuen Achse einstufen, haben diese durch ihren konfrontativen Kurs selbst begünstigt. Auch im 21. Jahrhundert sind die sino-russischen Beziehungen weiterhin in einem vielschichtigen triangulären Interdependenzdilemma gefangen.

Gemeinsam herausgegeben werden die Russland-Analysen von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung und dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) gGmbH. Die bpb veröffentlicht sie als Lizenzausgabe.

[MIL OSI](#)

[MIL OSI](#)

CO oblrv : One Belt, One Road Initiative

NS gdip : International Relations | gpri : Politics/International Relations | gpol : Domestic Politics | gedu : Education | gvex : Executive Branch | nanl : Analyses | gcat : Political/General News | gvbod : Government Bodies | ncat : Content Types

RE china : China | russ : Russia | moscow : Moscow Oblast | beijin : Beijing | usa : United States | mscity : Moscow City | gfr : Germany | apacz : Asia Pacific | asiaz : Asia | bric : BRICS Countries | chinaz : Greater China | dach : DACH Countries | devgcoz : Emerging Market Countries | dvpcoz : Developing Economies | easiaz : Eastern Asia | eecz : European Union Countries | eeurz : Central/Eastern Europe | eurz : Europe | namz : North America | rucfd : Central Federal District | ussrz : CIS Countries | weurz : Western Europe

IPD AM-NC, Artikel, Bundeszentrale für politische Bildung, Deutschland, German Language, MIL OSI, MIL OSI Germany, NewsKitchen MIL OSI in German, Politics

PUB Multimedia Investments Ltd

AN 文件 FRAFDE0020191009efaa000b9

HD Aufruf zur Gemeinsamkeit

WC 203 字

PD 2019 年 11 月 13 日

SN ForeignAffairs.co.nz

SC FRAFDE

LA 德文

CY Copyright 2019. Multimedia Investments Ltd. All rights reserved.

LP

Source: Koerber Stiftung
Präsident Emmanuel Macron beschrieb die Europäische Union als ein »Labor des Multilateralismus«. Angesichts von Herausforderungen wie dem Klimawandel, dem Verlust an biologischer Vielfalt oder auch der Folgen der Digitalisierung müsse Europa vorangehen und die »außergewöhnliche Krise des internationalen Systems« überwinden helfen. Wang Qishan, der Vizepräsident Chinas, betonte das Interesse der Volksrepublik an internationaler Stabilität. China werde seinen Teil dazu leisten, die gefährdete globale Ordnung zu verteidigen. »Der Klimawandel ist ein Problem, vor dem auch China steht. Das können wir nicht allein lösen. Die Menschheit ist eine Schicksalsgemeinschaft«. Der Präsident der Demokratischen Republik Kongo, Félix-Antoine Tshisekedi, hob die Gefahren durch Aufstände und Terror hervor, die nicht nur sein Land in Afrika bedrohten.

TD

Die Waffen müssten zum Schweigen gebracht werden, am wirksamsten auf zivile Weise: »Frieden entsteht durch Perspektiven für junge Menschen.«

António Guterres, Generalsekretär der Vereinten Nationen, hatte zum Forumsauftakt am Vorabend auch auf positive Beispiele für funktionierende staatenübergreifende Zusammenarbeit verwiesen, gleich ob im Rahmen der UN oder außerhalb von ihnen wie in der Afrikanischen Union oder der Europäischen Union. Umso erfreuter nahm er anschließend aus der Hand von Thomas Paulsen, Vorstand der Körber-Stiftung, die Publikation »Multilateralism is dead. Long live Multilateralism!« entgegen.

[MIL OSI](#)

[MIL OSI](#)

RE china : China | gfr : Germany | apacz : Asia Pacific | asiaz : Asia | bric : BRICS Countries | chinaz : Greater China | dach : DACH Countries | devgcoz : Emerging Market Countries | dvpcoz : Developing Economies | easiaz : Eastern Asia | eecz : European Union Countries | eurz : Europe | weurz : Western Europe

IPD AM-NC, Deutschland, German Language, Internationale Verständigung, Koerber Stiftung, MIL OSI, MIL OSI Germany, NewsKitchen MIL OSI in German

PUB Multimedia Investments Ltd

AN 文件 FRAFDE0020191112efbd0012x

SE Politik
HD ZUR PERSON; „Wir müssen aufhören, übereinander herzuziehen“ Ex-SPD-Chef Martin Schulz über die neue Parteispitze und die Krise der Sozialdemokratie
WC 1,901 字
PD 2019 年 12 月 1 日
SN Der Tagesspiegel
SC TAGSS
PG 2
LA 德文
CY Copyright 2019. Verlag Der Tagesspiegel GmbH. All rights reserved. For further information see

LP
Die Basis hat gesprochen, die Groko-Kritiker Norbert Walter-Borjans und Saskia Esken führen künftig die SPD. Ist das der Anfang vom Ende der großen Koalition?

Ich gratuliere den beiden zu ihrem Wahlsieg. Dies ist ein Auftrag, die Partei zu führen, aber auch ein Auftrag an die Partei, sie zu unterstützen. Mein Ratschlag ist, das Heil nicht in der Flucht aus der Regierung zu suchen, sondern in der Gestaltungskraft der SPD in der Regierung. Unser Ziel muss sein, so stark zu werden, dass die nächste Regierung von uns angeführt werden kann. Ich glaube, dass es für so eine Linie auf dem SPD-Parteitag eine Mehrheit gibt.

TD

Kann Olaf Scholz nach dieser Niederlage Vizekanzler bleiben?

Olaf Scholz muss selbst bewerten, wie er im Lichte dieses Ergebnisses seine Rolle sieht. Da kann ich keine Ratschläge erteilen.

Haben Walter-Borjans oder Esken nun das Zugriffsrecht auf die Kanzlerkandidatur?

Die beiden Parteivorsitzenden werden ganz sicher ein Verfahren finden, um eine geeignete Person aufzustellen. Wer das am Ende sein soll, wird sich im Verlauf des Jahres 2020 zeigen. Das kann einer der Parteivorsitzenden sein. Die SPD hat viele gute Köpfe.

Die neue SPD-Doppelspitze übernimmt eine am Boden liegende Partei. Von einem 20-Prozent-Ergebnis im Bund, das Ihnen als SPD-Chef nach der Bundestagswahl 2017 zum Verhängnis wurde, kann die Sozialdemokratie heute nur träumen. Woran liegt das?

Die aktuelle Lage hat viele Ursachen. Das hängt auch mit einer fundamentalen Veränderung im Parteiensystem zusammen, und mit einer Welt, in der vieles in Bewegung ist.

Heißt das, die SPD kann im Grunde wenig gegen den Niedergang tun?

Wenn die SPD sich treu bleibt, kann sie jedem Zeitgeist trotzen. Sie darf ihren politischen Kern nur nicht dauernd selbst in Frage stellen.

Inwiefern geschieht das denn?

Wir müssen aufhören, öffentlich übereinander herzuziehen. Eine Partei, die für Respekt, Würde und Toleranz kämpft, sich aber nach innen intolerant, respektlos, würdelos verhält, verliert jede Glaubwürdigkeit.

Welche Rolle spielen persönliche Feindschaften innerhalb der SPD-Führung für die Misere?

Eine zu große, auch das kann nicht so bleiben. Sehen Sie, Olaf Scholz und ich haben beispielsweise eine sehr besondere Geschichte miteinander

Sie sehen in Scholz einen der Verantwortlichen für Ihren Sturz als SPD-Chef.

Ich habe das alles hinter mir gelassen. Wir sind in eine Situation gekommen, wo Befindlichkeiten keine Rolle mehr spielen dürfen und man persönliche Verletzungen abhaken muss. Es geht jetzt um die Existenz der Partei. Deshalb habe ich mich öffentlich für Olaf Scholz als künftigen SPD-Chef ausgesprochen. Manch politische Differenz bleibt sicher bestehen. Aber das darf uns nicht davon abhalten, zum Wohle der Partei und unseres Landes dort, wo es geht, zusammenzuarbeiten.

Wegen Ihres Plädoyers für Olaf Scholz wurden sie aus der SPD prompt hart angegangen.

Ja klar habe ich mir mit dieser Entscheidung nicht nur Freunde gemacht und manch einer war auch enttäuscht. Aber ich habe meine Beweggründe in einem langen Interview im „Spiegel“ dargelegt und auch klargemacht, dass ich nach wie vor zu meiner politischen Linie stehe. Aber Schritte aufeinander zuzumachen ist das, was die SPD braucht. Und nicht der aggressive Ton, den ich in den Kommentaren zu meiner Entscheidung erlebt habe.

Mit der Parteiführung gehen die Genossen traditionell besonders gnadenlos um. Nach Ihnen wurde Andrea Nahles aus dem Amt gemobbt

Frau Nahles hat wie andere Vorsitzende vor ihr vor allem darunter gelitten, dass die SPD zu einer Drei-Botschaften-Partei geworden ist. Da gibt es die offizielle Linie, die ein Parteitag oder ein Vorstandsbeschluss festlegt. Das ist die erste Botschaft. Sobald diese Entscheidung gefallen ist, meldet sich prompt ein Drittel der SPD lautstark mit der Botschaft zu Wort, die Beschlüsse gingen nicht weit genug. Worauf ein weiteres Drittel verkündet, alles gehe viel zu weit. Mit drei widersprüchlichen Botschaften und einer permanenten inneren Unzufriedenheit kann man aber niemanden überzeugen und erst recht keine Wahl gewinnen.

Die SPD an sich ist also nicht aus der Zeit gefallen, der Umgang der Sozialdemokraten untereinander ist das eigentliche Problem?

Es ist eines unserer Hauptprobleme. Nur wenn wir geschlossen auftreten, können wir unsere volle Stärke entwickeln. Die SPD ist eine Partei, die deshalb 156 Jahren existiert, weil sie eine Kernbotschaft hat, die immer aktuell bleibt: Verkürzt ist unser Programm seit jeher der Kampf für den Zusammenhalt in der Gesellschaft. Die Idee der Solidargemeinschaft, „Menschen für Menschen“, basiert auf der Achtung der individuellen Menschenwürde und dem gegenseitigen Respekt. Die SPD hat sich nie den Zeitgeistströmungen unterworfen, im Gegenteil. Es mag sein, dass wir nicht die hipsten sind. Wir haben auch keine blau-gefärbten Haare. Ich jedenfalls nicht. Aber ich habe einen Wertekanon, der mehr denn je wichtig ist für die Gesellschaft - und zu dem stehe ich. Wenn man den geschlossen vertritt, dann gewinnt man auch Vertrauen. In einer Zeit, in der die Gesellschaft auseinanderfällt, in der sich Vereinzelung und Hass breit machen, sind unsere Werte und unsere Programmatik wichtiger denn je.

In der Ära Schröder hat sich die SPD von einem neoliberalen Zeitgeist aber dazu verlocken lassen, Finanzmärkte zu deregulieren oder etwa im SPD-geführten Berlin massenhaft Wohnungen an Investoren zu verkaufen. Rührt der Vertrauensverlust in Ihre Partei nicht auch aus dieser Zeit?

„Privat-statt-Staat“ war doch die Parole der FDP und der CDU. Ich kenne jede Menge sozialdemokratische Städte, die sich massiv gewehrt und ihren Wohnungsbestand nicht verkauft haben. Im Übrigen: Als Gerhard Schröder 1998 Bundeskanzler wurde, litt dieses Land unter dem größten Reformstau, den es je hatte. 16 Jahre Kohl hatten zu Stagnation und letztendlich auch tiefer Spaltung zwischen Ost- und Westdeutschland geführt. Dann wurden von Schröder viele gute Maßnahmen ergriffen zur Belebung des Arbeitsmarktes, einige davon sind bis heute umstritten. Aber was heute oft vergessen wird: die Investitionspolitik der damaligen Regierung, später in der Finanzkrise das Kurzarbeitergeld, haben geholfen, Millionen Arbeitsplätze zu erhalten. Die SPD steht für alles, aber nicht für einen neoliberalen Kurs.

Norbert Walter-Borjans hat Wahlkampf mit dem Versprechen gemacht, die SPD wieder aus der „neoliberalen Pampa“ herauszuführen

Unter meiner Führung haben wir einen Koalitionsvertrag ausverhandelt, der zu 70 Prozent die Umsetzung meines Wahlprogramms war. Dieser Koalitionsvertrag führt keineswegs in eine neoliberale Pampa. Er ist stattdessen vollgestopft mit sozialdemokratischer Politik von der Stärkung der EU über die Kita-Gebührenfreiheit bis zur Grundrente.

Hat die große Koalition noch die Kraft für eine zupackende Politik bis zum Ende der Wahlperiode?

Diese Regierung ist jetzt seit 20 Monaten im Amt. Abgesehen von den sechs Monaten, die für die Krise zwischen CDU und CSU im Jahr 2018 draufgegangen sind, hat diese Regierung relativ erfolgreich gearbeitet.

Das sehen viele in der SPD ganz anders.

Wenn man ein Projekt, dem 66 Prozent der Mitglieder zugestimmt haben, jetzt schon wieder beendet, kann man als Partei kein Vertrauen gewinnen. Das Heilsversprechen, man könne aus der Opposition mehr erreichen als aus der Regierung, halte ich insbesondere angesichts des Vormarschs der Rechtsextremen in Europa am Vorabend der deutschen EU-Ratspräsidentschaft für fahrlässig. Deshalb werbe ich intensiv dafür, dass die Koalition hält. Die Grundrente zeigt, dass wir sogar Politik durchsetzen können, die weit über den Koalitionsvertrag hinausgeht. Aus der Opposition heraus kann man solche Erfolge nicht durchsetzen, auch wenn mancher vielleicht davon träumt.

Auch in der Union wächst die Unzufriedenheit mit der Koalition. Trauen Sie Kanzlerin Merkel noch zu, das Bündnis zwei weitere Jahre zusammenzuhalten?

Ja, es gibt Fliehkräfte in der Union, und die CDU wird sie so richtig schmerzhaft zu spüren kommen, wenn die Ära Merkel beendet ist. Aber die Bundeskanzlerin hat diese Woche im Bundestag klargemacht, dass sie in der CDU nach wie vor das Sagen hat. Daran ändert auch Friedrich Merz nichts, und ganz sicher nicht Tilman Kuban.

Können Sie Ihren Genossen mit Überzeugung sagen, die große Koalition habe unter Merkels Führung eine gute Europapolitik gemacht?

Natürlich bin ich mit Merkels Europapolitik nicht zufrieden. Das große Problem besteht seit jeher in ihrer abwartenden Haltung. Frankreich hat Vorschläge gemacht, aber Berlin gibt keine Antwort. Das gilt vor allem für die dringend notwendige Reform der Eurozone. Die 19 Euro-Staaten bilden eine ökonomische **Schicksalsgemeinschaft**, haben aber 19 Arbeitsmarktpolitiken, 19 Steuerpolitiken und 19 Investitionsstrategien. Ein einheitlicher Währungsraum kann auf Dauer nicht funktionieren, wenn man ihn in 19 Teile fragmentiert. Deshalb brauchen wir Mindeststeuersätze und einen europäischen Finanzminister, der die durchsetzt. Um die Ungleichgewichte in der Eurozone auszugleichen, brauchen wir mehr Investitionen aus einem Eurozonenhaushalt, der diesen Namen auch verdient. Das steht alles im Koalitionsvertrag drin, das Europakapitel habe ich persönlich mit Angela Merkel ausverhandelt. Ich werde darauf drängen, dass unser Vertrag gerade in der deutschen Ratspräsidentschaft ab Mitte 2020 entschlossener umgesetzt wird.

Wie gefährlich ist die nicht zu übersehende Entfremdung zwischen Berlin und Paris für das europäische Projekt?

Die Differenzen zwischen Paris und Berlin, etwa wenn es um die Nato geht, sind Gift für die Europäische Union. Wenn die deutsch-französische Zusammenarbeit keine Renaissance erlebt, ist die EU ernsthaft gefährdet.

Sie kennen Emmanuel Macron sehr gut. Was treibt Frankreichs Präsidenten zu der Äußerung, die Nato sei hirntot? Und warum lehnt er EU-Beitrittsverhandlungen mit Nord-Mazedonien ab und wendet sich plötzlich Russland zu?

Stillstand in Europa kann sich Macron innenpolitisch nicht leisten. Er steht unter einem enormen Druck der Rechtsextremen Marine Le Pen, die in Frankreich die Europawahl gewonnen hat. Er muss permanent zeigen, dass er der starke Präsident ist, der die Interessen seines Landes wahrt. Auf seine Reformvorschläge kommt keine Antwort. Deshalb sucht er andere Wege. Das ist ein Grund für seine Alleingänge. Aber klar: Alleingänge sind falsch.

Wie sehen Sie Ihre eigene Rolle, was können Sie für Europa erreichen?

Ich konzentriere mich 2020 auf die deutsche Ratspräsidentschaft, die Vorbereitung und ihre Durchführung. Wenn wir Europa nicht zusammenschließen, zu einer ökonomischen Macht, die ihre wertegeleitete Demokratie durch ihre Wirtschaftskraft schützt, werden wir zum Spielball der Interessen der USA und Chinas. Das Beispiel Huawei sollte uns eine Warnung sein. Wenn sich Europa nicht in gefährliche Abhängigkeiten begeben will, müssen europäische Telekommunikationskonzerne genauso groß und mächtig werden dürfen wie Huawei und ihre amerikanischen Konkurrenten. Dann darf aber auch der Zusammenschluss europäischer Unternehmen zu großen Konzernen nicht länger verhindert werden. In dieser Hinsicht ist die Wettbewerbsphilosophie der Kommission kontraproduktiv.

Würden Sie als Außenminister angesichts der chinesischen Menschenrechtsverletzungen, etwa der Unterdrückung der Uiguren, einen härteren Ton anschlagen?

Ich glaube, dass der Außenminister die richtigen Worte findet. Ich kenne den chinesischen Staats- und Parteichef seit Jahrzehnten sehr gut und weiß deshalb: **China** ist heute eine Weltmacht, die sich keine Belehrungen erteilen lässt. Nicht von Deutschland, und auch nicht von der EU. Wichtig ist, dass sich die EU nicht von **China** zersplittern lässt, sondern **China** geschlossen, selbstbewusst und dialogbereit entgegentritt. Die Chinesen sind eher bereit, mit den Europäern zu Vereinbarungen zu kommen als mit anderen. Im Umgang mit **China** kann es durchaus sinnvoll sein, sich noch einmal an den Ansatz von

Willy Brandt im Umgang mit der Sowjetunion zu erinnern: Wandel durch Annäherung. Diktaturen fürchten nichts mehr als den Virus der Demokratie, das zeigt sich auch gerade in Hongkong.

Das Gespräch führten Stephan Haselberger und Georg Ismar. Das Foto machte Mike Wolff. WÜRSELEN

Nach der Mittleren Reife machte Martin Schulz eine Ausbildung zum Buchhändler. Von 1987 bis 1998 war der Sozialdemokrat Bürgermeister seiner Heimatstadt Würselen.

EUROPA

Ab 1994 Europaabgeordneter, von 2012 bis 2017 EU-Parlamentspräsident, ist Schulz bis heute glühender

Europäer geblieben.

BERLIN

Als SPD-Kanzlerkandidat startete er - in den Umfragen - fulminant, dann kam der Absturz. Die 20-Prozent-Niederlage bei der Wahl 2017 kostete ihn den SPD- Vorsitz und das erhoffte Amt des Außenministers. Heute ist

Schulz einfacher SPD-Abgeordneter.

NS gpol : Domestic Politics | gvote1 : National/Presidential Elections | npeo : People Profiles | gcat : Political/General News | gpir : Politics/International Relations | gvote : Elections | ncat : Content Types | nfact : Factiva Filters | nfcpx : C&E Executive News Filter

RE gfr : Germany | dach : DACH Countries | eecz : European Union Countries | eurz : Europe | weurz : Western Europe

IPD Politik

PUB Verlag der Tagesspiegel GmbH

AN 文件 TAGSS00020191201efc10001q

HD So starten wir Europa neu

BY Romain Leick

WC 1,606 字

PD 2019 年 12 月 3 日

SN Spiegel Plus

SC SPIPLU

VOL 0 2019

LA 德文

CY © 2019. SPIEGELnet GmbH

LP

Die EU ist an einer Wegscheide. Europa wird entweder das Reich der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit sein - oder es wird gar nicht sein. Ein Kommentar.

"Wenn Europa sich nicht als Weltmacht begreift, wird es verschwinden." (Emmanuel Macron)

TD

Die Sprünge der Geschichte sind nicht berechenbar. Europa war einmal eine Hoffnung auf eine leuchtende Zukunft. Vor 30 Jahren, als die Mauer in Berlin fiel, schien der Weg dahin frei, der europäische Traum vor seiner Vollendung. Deutschlands Wiederauferstehung, gepaart mit der Befreiung der früheren Satellitenstaaten des Warschauer Pakts, elektrisierte viele Europäer. Weniger als drei Jahre später wurde mit der Unterzeichnung des Vertrags von Maastricht die Europäische Union gegründet. Und in wenig mehr als einem Jahrzehnt brachte die Erweiterung 13 neue Mitgliedstaaten ins gemeinsame Haus, neun davon aus Ost- und Mitteleuropa.

Der Ehrgeiz des alten Kontinents, kraftvoll, selbstbewusst und geeint auf die Weltbühne zu treten, war wieder geweckt. "Es ist ein dynamischer Prozess eingeleitet worden, den wir in dieser Form in der modernen Geschichte noch nie hatten", frohlockte Helmut Kohl Ende 1991 in einer Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag.

Der überschäumende Geist der Aufbruchsjahre ist verfliegen. Es ist an der Zeit, sich ernüchtert einzugestehen: Die EU als politisches Projekt, Ende des 20. Jahrhunderts für das 21. ersonnen, ist gescheitert. Europa befindet sich wieder einmal an einer Wegscheide. Die neue deutsche Präsidentin der EU-Kommission, Ursula von der Leyen, steht vor der Aufgabe, eine Existenzkrise abzuwenden, die Bruchlinien zwischen Nord und Süd, Ost und West zu kitten, die Ressentiments gegen die ebenso träge wie bräsige Selbstgerechtigkeit Deutschlands in der Europapolitik auszuräumen und dem Anstieg von Nationalismus, Populismus und Autoritarismus Einhalt zu gebieten.

Noch aber ist nicht zu erkennen, wie Europa seinen inneren Fliehkräften entgegenwirken könnte, sieht man einmal vom aufrüttelnden, doch stets mit dem Hautgout des Prahlerischen behafteten Tremolo in den Europareden des französischen Präsidenten Emmanuel Macron ab. Niemand hat vor, wie die Briten die Lichter in Brüssel auszuknipsen, aber die Zuversicht, europaweite Antworten auf die neuen Herausforderungen finden zu können, schrumpft wie die Eselshaut im Roman "Das Chagrinleder" von Honoré de Balzac. Am Ende steht das völlige Verschwinden, der Tod. Der Brexit ist nur das dramatischste Symbol des Verfalls; es steht zu befürchten, dass der Austritt Großbritanniens den Trend des Niedergangs noch über seinen Vollzug hinaus verstärken und befeuern wird.

Die Politikwissenschaftlerin Ulrike Guérot, eine Herzschmerz-Europäerin, wie man so sagt, hat in einem leidenschaftlichen Essay vor den Wahlen zum Europäischen Parlament im Frühjahr ohne Illusionen, zwischen Bangen und Hoffen schwankend, die Gretchenfrage gestellt: "Wie hältst du's mit Europa?" Worum es ihr geht, ist die Frage "nach einem europäischen Neustart, einem Reset, und wie dieser aussehen müsste. Und wo die politische Durchsetzungskraft dafür noch herkommen soll. Und ob ein solcher Reset unter gegebenen Bedingungen – also selbst wenn es einen Plan und politische Durchsetzungskraft gäbe – überhaupt noch machbar wäre". Eine ziemliche Menge von Kästchen, die abgehakt werden müssten.

Der Zwiespalt zwischen Wollen und Können ist zerstörerisch, wenn er vor aller Augen offenbar wird. Bei Guérots Forderung nach einem "Reset" muss deshalb mitgefragt werden, ob die alten idealistischen Paradigmen noch weiterführen oder nicht vielmehr eine unaufgeregte Selbstbeschränkung, eine abgewogene Balance von Macht und Moral, Interessen und Werten angesagt wäre. "Grundsätzlich stehen

die Zeichen nicht auf idealistische Mission, sondern auf realistische Selbstbehauptung", so der Mainzer Historiker Andreas Rödder. Er plädiert für mehr Bescheidenheit in einer konservativen Agenda für Deutschland. Während Guérot der "immer engeren Union" nachhängt, entwickelt Rödder eine Strategie für Europa, die er als "flexible Union statt ever closer union" beschreibt.

Unter dem Druck der Schulden- und Flüchtlingskrise sind tiefe Differenzen hervorgetreten, die schon jetzt die Idee von Europa als geschlossenem Block gesprengt haben. Die unterschiedlichen Geschwindigkeiten, mit denen die Staaten der EU sich bewegen, ja in gewisser Weise sogar das offiziell verpönte Europa à la carte, sind längst geübte Praxis. Nur dass der europäische Gründergeist und die durch ihn geprägten Institutionen sich diesem Prozess einer allmählichen Lockerung der Integrationsbestrebungen noch nicht angepasst haben.

In Europa dominieren nach wie vor die Strukturen des französischen Zentralismus, nach dessen Muster die Funktionsweise erst der Europäischen Gemeinschaft und dann der Europäischen Union ausgerichtet wurde. Das Recht auf Differenz, im Fall der Brexit-Briten verächtlich "Rosinenpickerei" genannt, ist nicht vorgesehen.

Da die EU-Konstruktion eine Schlagseite zugunsten der Exekutivgewalt aufweist, da in der Kommission sogar Legislative und Exekutive zusammenfließen, sind Kontrolle und Partizipation, die allein so etwas wie eine europäische Öffentlichkeit hervorbringen könnten, schwach entwickelt und wenig sichtbar. Das seit 1979 direkt gewählte Europäische Parlament unterscheidet sich von jeder klassischen parlamentarischen Demokratie dadurch, dass es keine Regierungs- und Oppositionsfractionen kennt. Der Versuch, den Kommissionspräsidenten aus den Reihen der Parlamentarier heraus zu bestimmen, scheiterte im Frühsommer an Macron.

Die Ergänzung des gemeinsamen Marktes und der gemeinsamen Währung um eine gemeinsame Demokratie – ein politisches Dach – wäre die Voraussetzung für eine vollständige Parlamentarisierung Europas. Erst dann könnte die EU von einer Staatenunion in eine souveräne Bürgerunion überführt werden.

Europa ist ein institutionelles Top-down-, kein Bottom-up-Unternehmen geblieben. "Nicht Staaten vereinen wir, sondern Menschen", zitiert Guérot den Gründervater Jean Monnet. Statt, wie im Vertrag von Maastricht angelegt, eine Union gleicher Bürgerinnen und Bürger jenseits ihrer jeweiligen Nationalität zu schaffen, haben Europas Krisenmanager in den vergangenen Jahren für eine Zunahme von Autorität und Ungleichheit gesorgt.

Da die Nationen unterschiedlich reich und mächtig sind, ist in der EU eine Hierarchie entstanden, die in auffälligem Gegensatz zu den Werten der Gründungszeit steht. "Glauben wir weiterhin, die Europäische Union strebe Reichtum in Freiheit und die Gleichheit der Bürger und Nationen als Ziel an, dann können wir nicht umhin festzustellen, dass sie ein tragischer Misserfolg ist. Genau diese Vorstellung haben gegenwärtig die Völker und wahrscheinlich auch die Eliten", befindet der französische Soziologe Emmanuel Todd in seinem Buch "Traurige Moderne".

Die Europaenthusiasten hatten sich die Verwirklichung eines politischen Traums vorgenommen; sie bekamen ein kapitalistisches und teilweise neoliberales Markt-, Handels- und Geschäftsmodell, dessen harter Wettbewerb inzwischen vielen Bürgern eher geschadet als genutzt hat. Wie wenig der Volkswille gegen technokratische Expertendominanz zählt, bekamen die Griechen vorgeführt, als sie 2015 das ihnen auferlegte Sparprogramm in einem Referendum mit massiver Mehrheit ablehnten – und sich dann doch unter das Joch des Rettungsschirms beugen mussten.

Mit der Selbstkritik muss die Bereitschaft zur Selbstkorrektur einhergehen. Realismus und Pragmatismus haben als konservative Werte den Nachteil, die Dimension des Möglichen, der besseren Alternative, zu übersehen. Doch wenn das Ziel ins Utopische abgeleitet, ist sie nur noch Ideologie, der man um den Preis der Selbstbeschädigung nachjagt. Es helfe nicht, wie ein Zicklein auf der Wiese herumzuspringen und ständig "Europa! Europa!" zu meckern, hatte schon Charles de Gaulle, Erfinder der Formel vom "Europa der Vaterländer" (also der Nationalstaaten) gesagt. Wenn er von Europa spreche, meine er immer Frankreich, konstatierte sein damaliger Widerpart, der britische Premierminister Harold Macmillan.

Vielleicht müssen wir uns damit abfinden, die Schimäre von der "ever closed union" aufzugeben, damit Enttäuschungen nicht in Wut und Hass oder, etwas zivilisierter, in Resignation umschlagen. Die Defizite in Kernbereichen staatlicher Souveränität – nämlich der Währung, der Grenzsicherung oder der Außen- und Sicherheitspolitik – haben gezeigt, dass die EU nicht über jene Voraussetzungen verfügt, auf die ein freiheitliches Staatswesen angewiesen ist. "Vielmehr ist es gerade die moralisch-ideologische Überhöhung zu einer Werte- und **Schicksalsgemeinschaft**, die Verselbstständigung der Integration und die Überdehnung der Union, mit der die europäische Integration ihre Errungenschaften und damit sich selbst gefährdet", mahnt der Historiker Rödder.

Der Zwiespalt zwischen Wollen und Können ist zerstörerisch, wenn er vor aller Augen offenbar wird.

In seiner Abschiedsrede vor Studenten des Europa-Kollegs in Brügge warnte auch der scheidende polnische Ratspräsident Donald Tusk vor zu viel falschem Überschwang: "Die Einheit Europas wird weder von extremen Europaskeptikern geschaffen werden noch von radikalen Föderalisten."

Daraus ergibt sich, dass die Stärke Europas nicht im Streben nach unerreichbarer und deshalb leicht ins Sentimentale abdriftender Harmonie liegt, sondern in der Fähigkeit, unterschiedliche und sogar konträre Interessen fair auszuhandeln – wobei "fair" bedeutet: ohne dass Groll zurückbleibt. Der Brexit ist da ein schlechtes Vorzeichen. Angestaute Ressentiments sind Gift für die Union.

Helfen könnte auch, sich von einigen Europaerzählungen zu lösen, die nicht deswegen Sinn stiften, weil seit Jahrzehnten kaum jemand sie offen zu hinterfragen wagt.

Sind Europa und der Euro entscheidend für die Frage von Krieg und Frieden? In Wahrheit haben die viel früher gegründete Nato und die Präsenz der USA den Frieden viel wirkungsvoller geschützt. Anhaltender Zwist über die europäische Finalität, dieser ständige Schatten der EU, hat dagegen eine latente Entfremdung der europäischen Nationen verursacht.

Ist die Antwort auf die Probleme Europas mehr Europa? Jede Flucht nach vorn kann in wilder Auflösung der Truppe enden. Wenn Europa die Antwort auf alles sein soll, auf Putin, Xi **Jinping**, Trump, ist es die Antwort auf gar nichts.

Europa hat die Phase des Imperialismus lange hinter sich gelassen. Es gibt keinen Grund, in Macht- und Kriegsspiele zurückzufallen, um den trügerischen Schein militärischer Ebenbürtigkeit mit den verbliebenen Imperien dieser Welt zu erzeugen. Was ist die geistige Gestalt Europas, die es zu erhalten und zu hegen gilt? Es ist die Vorstellung von der unantastbaren Würde jedes Menschen – sie wird von Putin, Xi **Jinping**, Trump und vielen anderen systematisch angetastet. Sie zu schützen ist das Vermächtnis europäischer Geschichte und Philosophie. Dieser Wert ist die Grundlage europäischer Selbstbehauptung gegen Menschenrechtsverletzungen und antipluralistische, protofaschistische Fundamentalismen.

So viel Pathos muss dann doch zum Schluss sein: Europa wird das Reich der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit (das heißt der moralischen Verpflichtung zur Nothilfe) sein, oder es wird gar nicht sein. Der Traum von Europa ist nicht der einer militärischen Weltmacht, sondern von einem Hort der wachsamsten Menschlichkeit in einer barbarisch werdenden Welt.

BERNARD JAUBERT / IMAGEBROKER / VARIO IMAGES

DER SPIEGEL Chronik 2019: Das Jahr des ProtestsTriumphe, Krisen und AufständeSPIEGEL-Verlag; 204 Seiten; 5,90 Euro Bei Amazon bestellen.

EU-Flagge

NS gpol : Domestic Politics | gbook : Books | nrwv : Reviews | gcat : Political/General News | gent : Arts/Entertainment | gpri : Politics/International Relations | ncat : Content Types | nfact : Factiva Filters | nfce : C&E Exclusion Filter

RE gfr : Germany | eurz : Europe | berlin : Berlin | eecz : European Union Countries | dach : DACH Countries | weurz : Western Europe

IPD Politik

PUB Spiegel-Verlag Rudolph Augstein GmbH

AN 文件 SPIPLU0020200108efc300035

HD So starten wir Europa neu
BY Romain Leick
WC 1,625 字
PD 2019 年 12 月 3 日
SN Spiegel Plus
SC SPIPLU
VOL 0 2019
LA 德文
CY © 2019. SPIEGELnet GmbH
LP

<https://www.spiegel.de/plus/nach-brex-it-so-starten-wir-europa-neu-kommentar-a-00000000-0002-0001-0000-000167198086>

Die EU ist an einer Weggcheide. Europa wird entweder das Reich der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit sein - oder es wird gar nicht sein. Ein Kommentar.

TD

"Wenn Europa sich nicht als Weltmacht begreift, wird es verschwinden." (Emmanuel Macron)

Die Sprünge der Geschichte sind nicht berechenbar. Europa war einmal eine Hoffnung auf eine leuchtende Zukunft. Vor 30 Jahren, als die Mauer in Berlin fiel, schien der Weg dahin frei, der europäische Traum vor seiner Vollendung. Deutschlands Wiederauferstehung, gepaart mit der Befreiung der früheren Satellitenstaaten des Warschauer Pakts, elektrisierte viele Europäer. Weniger als drei Jahre später wurde mit der Unterzeichnung des Vertrags von Maastricht die Europäische Union gegründet. Und in wenig mehr als einem Jahrzehnt brachte die Erweiterung 13 neue Mitgliedstaaten ins gemeinsame Haus, neun davon aus Ost- und Mitteleuropa.

Der Ehrgeiz des alten Kontinents, kraftvoll, selbstbewusst und geeint auf die Weltbühne zu treten, war wieder geweckt. "Es ist ein dynamischer Prozess eingeleitet worden, den wir in dieser Form in der modernen Geschichte noch nie hatten", frohlockte Helmut Kohl Ende 1991 in einer Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag.

Der überschäumende Geist der Aufbruchsjahre ist verfliegen. Es ist an der Zeit, sich ernüchert einzugestehen: Die EU als politisches Projekt, Ende des 20. Jahrhunderts für das 21. ersonnen, ist gescheitert. Europa befindet sich wieder einmal an einer Weggcheide. Die neue deutsche Präsidentin der EU-Kommission, Ursula von der Leyen, steht vor der Aufgabe, eine Existenzkrise abzuwenden, die Bruchlinien zwischen Nord und Süd, Ost und West zu kitten, die Ressentiments gegen die ebenso träge wie bräsige Selbstgerechtigkeit Deutschlands in der Europapolitik auszuräumen und dem Anstieg von Nationalismus, Populismus und Autoritarismus Einhalt zu gebieten.

Noch aber ist nicht zu erkennen, wie Europa seinen inneren Fliehkräften entgegenwirken könnte, sieht man einmal vom aufrüttelnden, doch stets mit dem Hautgout des Prahlerischen behafteten Tremolo in den Europareden des französischen Präsidenten Emmanuel Macron ab. Niemand hat vor, wie die Briten die Lichter in Brüssel auszuknipsen, aber die Zuversicht, europaweite Antworten auf die neuen Herausforderungen finden zu können, schrumpft wie die Eselshaut im Roman "Das Chagrinleder" von Honoré de Balzac. Am Ende steht das völlige Verschwinden, der Tod. Der Brexit ist nur das dramatischste Symbol des Verfalls; es steht zu befürchten, dass der Austritt Großbritanniens den Trend des Niedergangs noch über seinen Vollzug hinaus verstärken und befeuern wird.

Die Politikwissenschaftlerin Ulrike Guérot, eine Herzscherz-Europäerin, wie man so sagt, hat in einem leidenschaftlichen Essay vor den Wahlen zum Europäischen Parlament im Frühjahr ohne Illusionen, zwischen Bangen und Hoffen schwankend, die Gretchenfrage gestellt: "Wie hältst du's mit Europa?" Worum es ihr geht, ist die Frage "nach einem europäischen Neustart, einem Reset, und wie dieser aussehen müsste. Und wo die politische Durchsetzungskraft dafür noch herkommen soll. Und ob ein solcher Reset unter gegebenen Bedingungen – also selbst wenn es einen Plan und politische Durchsetzungskraft gäbe – überhaupt noch machbar wäre". Eine ziemliche Menge von Kästchen, die abgehakt werden müssten.

Der Zwiespalt zwischen Wollen und Können ist zerstörerisch, wenn er vor aller Augen offenbar wird. Bei Guérots Forderung nach einem "Reset" muss deshalb mitgefragt werden, ob die alten idealistischen Paradigmen noch weiterführen oder nicht vielmehr eine unaufgeregte Selbstbeschränkung, eine abgewogene Balance von Macht und Moral, Interessen und Werten angesagt wäre. "Grundsätzlich stehen die Zeichen nicht auf idealistische Mission, sondern auf realistische Selbstbehauptung", so der Mainzer Historiker Andreas Rödder. Er plädiert für mehr Bescheidenheit in einer konservativen Agenda für Deutschland. Während Guérot der "immer engeren Union" nachhängt, entwickelt Rödder eine Strategie für Europa, die er als "flexible Union statt ever closer union" beschreibt.

Unter dem Druck der Schulden- und Flüchtlingskrise sind tiefe Differenzen hervorgetreten, die schon jetzt die Idee von Europa als geschlossenem Block gesprengt haben. Die unterschiedlichen Geschwindigkeiten, mit denen die Staaten der EU sich bewegen, ja in gewisser Weise sogar das offiziell verpönte Europa à la carte, sind längst geübte Praxis. Nur dass der europäische Gründergeist und die durch ihn geprägten Institutionen sich diesem Prozess einer allmählichen Lockerung der Integrationsbestrebungen noch nicht angepasst haben.

In Europa dominieren nach wie vor die Strukturen des französischen Zentralismus, nach dessen Muster die Funktionsweise erst der Europäischen Gemeinschaft und dann der Europäischen Union ausgerichtet wurde. Das Recht auf Differenz, im Fall der Brexit-Briten verächtlich "Rosinenpickerei" genannt, ist nicht vorgesehen.

Da die EU-Konstruktion eine Schlagseite zugunsten der Exekutivgewalt aufweist, da in der Kommission sogar Legislative und Exekutive zusammenfließen, sind Kontrolle und Partizipation, die allein so etwas wie eine europäische Öffentlichkeit hervorbringen könnten, schwach entwickelt und wenig sichtbar. Das seit 1979 direkt gewählte Europäische Parlament unterscheidet sich von jeder klassischen parlamentarischen Demokratie dadurch, dass es keine Regierungs- und Oppositionsfractionen kennt. Der Versuch, den Kommissionspräsidenten aus den Reihen der Parlamentarier heraus zu bestimmen, scheiterte im Frühsommer an Macron.

Die Ergänzung des gemeinsamen Marktes und der gemeinsamen Währung um eine gemeinsame Demokratie – ein politisches Dach – wäre die Voraussetzung für eine vollständige Parlamentarisierung Europas. Erst dann könnte die EU von einer Staatenunion in eine souveräne Bürgerunion überführt werden.

Europa ist ein institutionelles Top-down-, kein Bottom-up-Unternehmen geblieben. "Nicht Staaten vereinen wir, sondern Menschen", zitiert Guérot den Gründervater Jean Monnet. Statt, wie im Vertrag von Maastricht angelegt, eine Union gleicher Bürgerinnen und Bürger jenseits ihrer jeweiligen Nationalität zu schaffen, haben Europas Krisenmanager in den vergangenen Jahren für eine Zunahme von Autorität und Ungleichheit gesorgt.

Da die Nationen unterschiedlich reich und mächtig sind, ist in der EU eine Hierarchie entstanden, die in auffälligem Gegensatz zu den Werten der Gründungszeit steht. "Glauben wir weiterhin, die Europäische Union strebe Reichtum in Freiheit und die Gleichheit der Bürger und Nationen als Ziel an, dann können wir nicht umhin festzustellen, dass sie ein tragischer Misserfolg ist. Genau diese Vorstellung haben gegenwärtig die Völker und wahrscheinlich auch die Eliten", befindet der französische Soziologe Emmanuel Todd in seinem Buch "Traurige Moderne".

Die Europaenthusiasten hatten sich die Verwirklichung eines politischen Traums vorgenommen; sie bekamen ein kapitalistisches und teilweise neoliberales Markt-, Handels- und Geschäftsmodell, dessen harter Wettbewerb inzwischen vielen Bürgern eher geschadet als genutzt hat. Wie wenig der Volkswille gegen technokratische Expertendominanz zählt, bekamen die Griechen vorgeführt, als sie 2015 das ihnen auferlegte Sparprogramm in einem Referendum mit massiver Mehrheit ablehnten – und sich dann doch unter das Joch des Rettungsschirms beugen mussten.

Mit der Selbstkritik muss die Bereitschaft zur Selbstkorrektur einhergehen. Realismus und Pragmatismus haben als konservative Werte den Nachteil, die Dimension des Möglichen, der besseren Alternative, zu übersehen. Doch wenn das Ziel ins Utopische abgeleitet, ist sie nur noch Ideologie, der man um den Preis der Selbstbeschädigung nachjagt. Es helfe nicht, wie ein Zicklein auf der Wiese herumzuspringen und ständig "Europa! Europa!" zu meckern, hatte schon Charles de Gaulle, Erfinder der Formel vom "Europa der Vaterländer" (also der Nationalstaaten) gesagt. Wenn er von Europa spreche, meine er immer Frankreich, konstatierte sein damaliger Widerpart, der britische Premierminister Harold Macmillan.

Vielleicht müssen wir uns damit abfinden, die Schimäre von der "ever closed union" aufzugeben, damit Enttäuschungen nicht in Wut und Hass oder, etwas zivilisierter, in Resignation umschlagen. Die Defizite in Kernbereichen staatlicher Souveränität – nämlich der Währung, der Grenzsicherung oder der Außen- und Sicherheitspolitik – haben gezeigt, dass die EU nicht über jene Voraussetzungen verfügt, auf die ein freiheitliches Staatswesen angewiesen ist. "Vielmehr ist es gerade die moralisch-ideologische Überhöhung

zu einer Werte- und **Schicksalsgemeinschaft**, die Verselbstständigung der Integration und die Überdehnung der Union, mit der die europäische Integration ihre Errungenschaften und damit sich selbst gefährdet", mahnt der Historiker Rödter.

Der Zwiespalt zwischen Wollen und Können ist zerstörerisch, wenn er vor aller Augen offenbar wird.

In seiner Abschiedsrede vor Studenten des Europa-Kollegs in Brügge warnte auch der scheidende polnische Ratspräsident Donald Tusk vor zu viel falschem Überschwang: "Die Einheit Europas wird weder von extremen Europaskeptikern geschaffen werden noch von radikalen Föderalisten."

Daraus ergibt sich, dass die Stärke Europas nicht im Streben nach unerreichbarer und deshalb leicht ins Sentimentale abdriftender Harmonie liegt, sondern in der Fähigkeit, unterschiedliche und sogar konträre Interessen fair auszuhandeln – wobei "fair" bedeutet: ohne dass Groll zurückbleibt. Der Brexit ist da ein schlechtes Vorzeichen. Angestaute Ressentiments sind Gift für die Union.

Helfen könnte auch, sich von einigen Europaerzählungen zu lösen, die nicht deswegen Sinn stiften, weil seit Jahrzehnten kaum jemand sie offen zu hinterfragen wagt.

Sind Europa und der Euro entscheidend für die Frage von Krieg und Frieden? In Wahrheit haben die viel früher gegründete Nato und die Präsenz der USA den Frieden viel wirkungsvoller geschützt. Anhaltender Zwist über die europäische Finalität, dieser ständige Schatten der EU, hat dagegen eine latente Entfremdung der europäischen Nationen verursacht.

Ist die Antwort auf die Probleme Europas mehr Europa? Jede Flucht nach vorn kann in wilder Auflösung der Truppe enden. Wenn Europa die Antwort auf alles sein soll, auf Putin, Xi **Jinping**, Trump, ist es die Antwort auf gar nichts.

Europa hat die Phase des Imperialismus lange hinter sich gelassen. Es gibt keinen Grund, in Macht- und Kriegsspielen zurückzufallen, um den trügerischen Schein militärischer Ebenbürtigkeit mit den verbliebenen Imperien dieser Welt zu erzeugen. Was ist die geistige Gestalt Europas, die es zu erhalten und zu hegen gilt? Es ist die Vorstellung von der unantastbaren Würde jedes Menschen – sie wird von Putin, Xi **Jinping**, Trump und vielen anderen systematisch angetastet. Sie zu schützen ist das Vermächtnis europäischer Geschichte und Philosophie. Dieser Wert ist die Grundlage europäischer Selbstbehauptung gegen Menschenrechtsverletzungen und antipluralistische, protofaschistische Fundamentalismen.

So viel Pathos muss dann doch zum Schluss sein: Europa wird das Reich der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit (das heißt der moralischen Verpflichtung zur Nothilfe) sein, oder es wird gar nicht sein. Der Traum von Europa ist nicht der einer militärischen Weltmacht, sondern von einem Hort der wachsenden Menschlichkeit in einer barbarisch werdenden Welt.

BERNARD JAUBERT / IMAGEBROKER / VARIO IMAGES

EU-Flagge

DER SPIEGEL Chronik 2019: Das Jahr des ProtestsTriumphe, Krisen und AufständeSPIEGEL-Verlag; 204 Seiten; 5,90 Euro Bei Amazon bestellen.

NS gpol : Domestic Politics | gbook : Books | nrwv : Reviews | gcat : Political/General News | gent : Arts/Entertainment | gpri : Politics/International Relations | ncat : Content Types | nfact : Factiva Filters | nfce : C&E Exclusion Filter

RE gfr : Germany | eurz : Europe | eecz : European Union Countries | dach : DACH Countries | weurz : Western Europe

IPD Politik

PUB Spiegel-Verlag Rudolph Augstein GmbH

AN 文件 SPIPLU0020191219efc30005t

HD Boris Johnson hat seine Mission erfüllt; Boris Johnson hat seine Mission erfüllt

BY Afhüppe, Sven

WC 874 字

PD 2019 年 12 月 13 日

SN Handelsblatt Online

SC HNDONL

LA 德文

CY Copyright 2019 Handelsblatt GmbH. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de

LP

Mit Johnsons Sieg steigt die Wahrscheinlichkeit eines Brexit Ende Januar. Die Folgen kann niemand voraussagen, aber wenigstens hat die Hängepartie bald ein Ende.

Boris Johnson hat die Parlamentswahlen in Großbritannien gewonnen. Die absolute Mehrheit ist den konservativen Tories nicht mehr zu nehmen. Das bringt ausreichend Handlungsspielraum, um den Brexit zu vollenden. Damit hat Boris Johnson seine Mission erfüllt: Mission accomplished! Mission erfüllt!

TD

Die Wahrscheinlichkeit, dass der Brexit wie geplant Ende Januar vollzogen werden kann, ist mit der Wahl des neuen britischen Parlaments deutlich gestiegen. Die Folgen des Brexits kann zwar niemand seriös vorhersagen. Aber wenigstens hat die fortgesetzte Hängepartie in absehbarer Zeit ein Ende.

Die neue EZB-Chefin Christine Lagarde hat der Weltöffentlichkeit gleich auf ihrer ersten Pressekonferenz den Anspruch auf Eigenständigkeit verdeutlicht. „Ich werde meinen eigenen Stil haben. Ich bin ich selbst“, betonte die Französin, die zuvor den Internationalen Währungsfonds in Washington geleitet hat, um dann noch eine Warnung anzufügen: Die Öffentlichkeit solle nicht versuchen, sie mit ihrem Vorgänger Mario Draghi zu vergleichen. Selbstbewusstsein ist keine knappe Ressource der neuen EZB-Präsidentin.

An der Geldpolitik ihres Vorgängers änderte Lagarde gleichwohl nichts. Der Leitzins bleibt vorerst auf dem Rekordtief von null Prozent. Allerdings will die EZB-Chefin ab Januar die geldpolitische Strategie der Notenbank überprüfen. Den Schritt nannte sie „überfällig“. „Wir werden jeden Stein umdrehen“, sagte die Französin, ohne Details zu nennen. Eins ist klar: Lagarde will nicht einfach EZB-Präsidentin sein, sie will Großes erreichen.

Das Bundeskartellamt hat gegen ein Stahlkartell mehrerer Unternehmen eine Rekordstrafe verhängt. Thyssen-Krupp, Salzgitter und Voestalpine müssen wegen verbotener Preisabsprachen 646 Millionen Euro zahlen. Mehr als die Hälfte der Summe entfällt auf den Essener Dax-Konzern. Die Höhe der Strafe sollte Abschreckung genug sein. Die Wettbewerbshüter haben deutlich gemacht: Der Schutz der Verbraucher vor illegalen Absprachen ist unverhandelbar.

Seit der Neuauflage der Großen Koalition waren sich Union und SPD selten einig. Beim Umgang mit dem chinesischen Technologiekonzern Huawei ziehen die Bundestagsfraktionen nun überraschend an einem Strang. In einem gemeinsamen Beschluss fordern die Fraktionen die Bundesregierung auf, Hersteller vom deutschen Netz auszuschließen, bei denen das Risiko „von staatlicher Einflussnahme ohne rechtsstaatliche Kontrolle, Manipulation oder Spionage besteht“. Der Entwurf ist für Kanzlerin Angela Merkel ein Affront. Sie fürchtet, dass ein Ausschluss von Huawei einen Handelskonflikt mit **China** auslösen könnte. Huawei droht zum Spaltpilz der Großen Koalition zu werden.

Ungemach droht Merkel auch aus dem anderen Teil der Welt. Mit großer Mehrheit stimmten die Abgeordneten des US-Repräsentantenhauses für Sanktionen, die die Ostseepipeline Nord Stream 2 aufhalten sollen. Die Pipeline läuft quer durch die Ostsee und macht aus Russland und Deutschland eine energiepolitische **Schicksalsgemeinschaft**. US-Präsident Donald Trump will das Projekt unter allen Umständen verhindern. Schließlich gilt sein Versprechen „Make America great again“ – und im nächsten Jahr sind Präsidentschaftswahlen.

Bundesaußenminister Heiko Maas reagierte auf die neue Provokation aus Washington ungewöhnlich verhalten. „Die europäische Energiepolitik wird in Europa entschieden, nicht in den USA“, sagte der SPD-Politiker. Die harmlose Replik ist dem US-Präsidenten wahrscheinlich nicht einmal vorgelegt worden. Wenn Deutschland und Europa in Washington gehört werden wollen, muss der Ton schärfer werden. Es gilt die Erkenntnis von Kurt Tucholsky: „Wer auf andere Leute wirken will, der muss erst einmal in ihrer Sprache mit ihnen reden.“

Wenige Stunden nach den Angriffen gegen die Ostseepipeline schickte US-Präsident Trump einen hoffnungsvollen Tweet zum Handelsstreit mit China um die Welt: „Wir kommen einem großen Abkommen mit China sehr nahe“, schrieb Trump auf Twitter. Der Kompromiss sieht vor, dass die US-Regierung nicht nur auf die nächste Zollerhöhungsrunde gegen chinesische Importe verzichtet, sondern auch bereits geltende Zölle halbiert. Im Gegenzug muss China amerikanische Güter im noch nicht bezifferten Umfang kaufen und geistiges Eigentum besser absichern. Die Börsen reagierten erleichtert. Hoffentlich findet der Handelskrieg wirklich bald ein Ende.

Ende des Jahres wird die globale Verschuldung nach Berechnungen des Institute of International Finance (IIF) auf den Rekordwert von 255 Billionen Dollar steigen. Die Verschuldung der Welt wird dann um mehr als 40 Prozent höher liegen als bei Ausbruch der Finanzkrise. Die niedrigen Zinsen haben nicht nur Staaten, sondern auch Unternehmen zur zügellosen Verschuldung getrieben. Heute schlummern in den Bilanzen der Konzerne bereits mehr als 70 Billionen Dollar Schulden. Wie gefährlich die neue Schuldenorgie für die Weltwirtschaft ist, zeigt die aktuelle Handelsblatt-Titelgeschichte.

Die rund 100 größten börsennotierten Unternehmen in Deutschland haben in den vergangenen zehn Jahren ihre Schulden auf aktuell knapp 800 Milliarden Euro mehr als verdoppelt. Experten fürchten, dass die nächste Finanzkrise durch die Schulden der Unternehmen ausgelöst werden könnte. Fazit: Der Schrecken der Weltfinanzkrise scheint vergessen, das Leben auf Pump feiert weltweit ein gefährliches Comeback.

Und dann ist da noch Tarek Müller. Der Co-Gründer und CEO der Hamburger Mode-Plattform About You rechnet damit, dass die Lieferzeiten im Online-Handel in wenigen Jahren auf 90 Minuten sinken werden – zumindest in urbanen Räumen, sagte der 31-Jährige im Gespräch mit dem Handelsblatt. Von der schönen neuen Welt des E-Commerce träumen viele – gerade in der Weihnachtszeit. Ob die Lieferzeiten irgendwann wirklich so kurz werden, steht in den Sternen. Um keine Enttäuschung zu erleben, sollten wir eine fast vergessene Tugend reaktivieren: Geduld.

Ich wünsche Ihnen ein erholsames und spannendes Wochenende.

Herzliche Grüße

Sven Afhüppe

Chefredakteur

Hier können Sie das Morning Briefing abonnieren.

CO	euruno : European Union
NS	gpol : Domestic Politics gpir : Politics/International Relations gdip : International Relations gvote1 : National/Presidential Elections gtrade : Trade Barriers/Restrictions gvote : Elections gvexe : Executive Branch e51 : Trade/External Payments ecat : Economic News gcat : Political/General News gvbod : Government Bodies
RE	usa : United States uk : United Kingdom gfr : Germany china : China eecz : European Union Countries apacz : Asia Pacific asiaz : Asia bric : BRICS Countries chinaz : Greater China dach : DACH Countries devgcoz : Emerging Market Countries dvpcoz : Developing Economies easiaz : Eastern Asia eurz : Europe namz : North America weurz : Western Europe
PUB	Handelsblatt GmbH
AN	文件 HNDONL0020191213efcd00001

SE Industrie
HD Autoindustrie; Was sich Fiat und Peugeot von der Fusion versprechen
BY Hubik, Franz; Kuchenbecker, Tanja; Krieger, Regina; Kort, Katharina
WC 879 字
PD 2019 年 12 月 18 日
SN Handelsblatt Online
SC HNDONL
LA 德文
CY Copyright 2019 Handelsblatt GmbH. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de

LP
Gemeinsam wollen die Hersteller eine 'Ära nachhaltiger Mobilität' prägen. Doch der chinesische Markt dürfte ihnen auch weiterhin Probleme bereiten.

Erstveröffentlichung 2019-12-18T18:39:52Z

TD

Wochenlang haben Dutzende Manager verhandelt, jetzt ist es fix: Der französische Autobauer Peugeot (PSA) und der italienisch-amerikanische Fiat-Chrysler-Konzern (FCA) fusionieren. Die Unternehmen unterzeichneten am Mittwoch ein sogenanntes 'Binding Combination Agreement' und besiegelten damit ihre 44 Milliarden Euro schwere Verschmelzung zum viertgrößten Fahrzeughersteller der Welt.

Der Chef des neuen Autogiganten ist geradezu verzückt ob der künftigen Perspektiven: 'Unser Zusammenschluss ist eine enorme Chance, eine stärkere Position in der Autoindustrie einzunehmen, um den Übergang in eine Welt sauberer, sicherer und nachhaltiger Mobilität zu meistern', erklärte PSA-Frontmann Carlos Tavares. Der gebürtige Portugiese mit französischem Pass ist überzeugt, 'maximalen Erfolg zu erzielen'.

FCA-Chef Mike Manley assistiert: 'Dies ist der Zusammenschluss von zwei Unternehmen mit unglaublichen Marken und einer erfahrenen und engagierten Belegschaft.' Beide Konzerne hätten 'härteste Zeiten hinter sich' und wüssten Herausforderungen als Chancen zu nutzen.

Bei Opel in Deutschland wird der Zusammenschluss mit Skepsis gesehen. 'Wir sind das kleinste Rad am Wagen' - mit der Fusion von PSA und FCA würden 'die Karten völlig neu gemischt', konstatiert eine Opel-Führungskraft - und zwar eher zum Nachteil von Opel.

Auf einen Namen für die neue Gesellschaft haben sich PSA und FCA noch nicht geeinigt, aber der Sitz des Mutterkonzerns wird in den Niederlanden sein. Börsenplätze bleiben Paris, Mailand und New York. Vor Abschluss der Transaktion in zwölf bis 15 Monaten muss der Deal aber noch von Wettbewerbsbehörden freigegeben werden.

Wird diese Hürde gemeistert, verantwortet CEO Tavares künftig ein Heer von 400.000 Mitarbeitern rund um den Globus, die in 120 Werken 8,7 Millionen Fahrzeuge von 16 unterschiedlichen Marken pro Jahr herstellen. Bei gemeinsamen Umsätzen von 170 Milliarden Euro summieren sich die Betriebsgewinne auf elf Milliarden Euro.

'Unserer Markenportfolio ist sehr wichtig' sagte Tavares. Die Marken brächten ihre Geschichte und ihre Leidenschaft mit sich und diese sei eng mit dem Land verbunden, in dem sie produziert werden. 'Die Marken werden in ihren Ländern bleiben', stellte Tavares klar. 'Die italienischen Marken werden in Italien bleiben, die französischen in Frankreich und die deutschen in Deutschland'.

Die französische Politik lobt den Zusammenschluss. Wirtschafts- und Finanzminister Bruno Le Maire twitterte: 'Die Einigung von PSA/FCA ist eine gute Neuigkeit für Frankreich, für Europa und unsere Automobilindustrie.' Auch die italienische Regierung begrüßte die Allianz. 'Wir schätzen die neue Governance, mit der Arbeiter im Verwaltungsrat vertreten sein werden', sagte Wirtschafts- und Finanzminister Roberto Gualtieri.

In **China** ist keiner von beiden erfolgreich

Positiv äußerten sich zudem einige Arbeiterführer. 'Die Übereinkunft enthält Garantien für alle Werke und das Weiterlaufen der bereits beschlossenen Industriepäne', hob etwa Marco Bentivogli hervor, Generalsekretär der großen italienischen Metallarbeitergewerkschaft Fim Cisl.

Gemeinsam wollen PSA und FCA eine 'neue Ära der nachhaltigen Mobilität' gestalten. Im Hier und Jetzt hinken die Konzerne aber bei nahezu allen Zukunftstechnologien dem Wettbewerb hinterher. Ihr Zusammenschluss ist aus der Not geboren.

Fiat-Chrysler ist ein stramm auf spritschluckende Pick-ups und SUVs ausgerichteter Verbrennerkonzern, der die immer strenger werdenden Vorgaben zum Ausstoß von Kohlendioxid (CO₂) nie und nimmer im Alleingang erreichen könnte. Um Milliardenstrafzahlungen etwa vonseiten der EU zu verhindern, flüchtet man sich in eine **Schicksalsgemeinschaft** mit PSA. Die Franzosen haben nicht nur emissionsärmere Diesel- und Benzinaggregate im Angebot, sondern vor allem einen Plan, wie sich die Flotten elektrifizieren lassen.

PSA ist zwar prinzipiell für die Zukunft besser gerüstet als FCA, aber könnte solo ebenfalls schnell unter die Räder kommen. Zu abhängig ist der Konzern aus Rueil-Malmaison nahe Paris von einer einzigen Region. Mehr als 80 Prozent seiner Fahrzeuge verkauft PSA aktuell in Europa.

Im Gespann mit FCA lässt sich dieses geografische Klumpenrisiko deutlich reduzieren, sind die Italoamerikaner doch in den USA eine Macht. Basierend auf den Geschäftszahlen für das Jahr 2018 würden die fusionierten Unternehmen 46 Prozent ihres Umsatzes in Europa erzielen und 43 Prozent in Nordamerika.

Ein erhebliches Defizit ist **China**. Im weltgrößten Fahrzeugmarkt ist keiner der Konzerne erfolgreich. Und auch sonst sind die Probleme immens.

Nach Berechnungen des Marktforschers LMC Automotive sind die Fabriken von PSA und FCA auf eine Produktion von jährlich 14 Millionen Fahrzeugen ausgelegt, also rund 60 Prozent mehr Einheiten, als die Konzerne derzeit verkaufen. Insbesondere in Europa sind die Überkapazitäten immens.

Tavares lehnt Werksschließungen derzeit ab. Er will Synergieeffekte von 3,7 Milliarden Euro pro Jahr heben, etwa indem er Plattformen, Motorenfamilien und die Modellpalette zusammenstreicht. Branchenexperten sind dennoch überzeugt, dass der Manager harte Einschnitte vornehmen wird: 'Der fusionierte Konzern muss massive Einsparungen erzielen und wahrscheinlich auch Werke schließen, auch wenn die Wortwahl des Konzernchefs anders lautet', konstatiert Frank Schwoppe, Analyst bei der NordLB.

Insbesondere bei Fiat in Italien ist die Angst vor dem Abbau von Jobs groß. Aber auch bei der deutschen PSA-Tochter Opel fürchtet man einen Kahlschlag. Am Opel-Stammsitz in Rüsselsheim steht das größte Entwicklungszentrum der Gruppe mit mehr als 4000 Ingenieuren. Sie arbeiten etwa daran, für alle PSA-Marken Plattformen für leichte Nutzfahrzeuge zu konzipieren. Doch im Geschäft mit Transportern hat Fiat eigentlich mehr Kompetenz.

Mehr

: Fiat Chrysler und die Opel-Mutter PSA leiden unter Absatzschwund, technischen Versäumnissen und schlecht ausgelasteten Werken. Ihr Zusammenschluss kann die Schwachstellen nicht beseitigen, meint Handelsblatt-Reporter Franz Hubik.

CO	peugct : PSA Peugeot Citroen SA fiat : Fiat Chrysler Automobiles N.V.
IN	i35101 : Passenger Cars iaut : Automotive i351 : Motor Vehicles
NS	c181 : Acquisitions/Mergers/Shareholdings cmerg : Mergers c411 : Management Moves c18 : Ownership Changes c41 : Management cacqu : Acquisitions/Mergers cactio : Corporate Actions ccat : Corporate/Industrial News ncat : Content Types nfact : Factiva Filters nfcpx : C&E Executive News Filter nfcpin : C&E Industry News Filter
RE	fra : France gfr : Germany italy : Italy dach : DACH Countries eecz : European Union Countries eurz : Europe medz : Mediterranean weurz : Western Europe
IPD	Unternehmen
PUB	Handelsblatt GmbH
AN	文件 HNDONL0020191218efci000jn

搜索摘要

文字	Schicksalsgemeinschaft and (atleast2 china or jinping)
日期	06/09/2011 至 01/01/2020
资讯来源	所有资讯来源
作者	所有作者
公司	所有公司
新闻主题	所有新闻主题
行业	所有行业
地区	德国
语言	所有语言
新闻过滤器	新闻主题: Not 书面记录 Not 学前教育 资讯来源: Not Der Tagesspiegel Online (Germany, German Language) 语言: Not 英文
搜索结果已找到	120
时间戳记	2023 年 3 月 13 日 11:29 上午